



entwertet *klas*

UB Braunschweig

84



4725-966-5





Inhalts-Verzeichniß

über die

Verhandlungs-Gegenstände

der

Stadtverordneten-Versammlung

zu

Braunschweig

im Jahre 1900/1901.

10012328



Druck der Waisenhaus-Buchdruckerei.

Übersicht

der Verhandlungs-Gegenstände.

A. Nach der Zeitfolge.

I. 11. April 1900.

1. Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters	1 *
2. Stadthaushaltsplan für 1900/01	2
3. Gemeinde-Kirchensteuer für 1900/01	23
4. Erhöhung des Zuschusses für die katholische Schule	23
5. Erlaß eines Wegebaustatuts	24
6. Gebühr für Benutzung des Krankenwagens für Infectionsranke	26
7. Tarif für die Straßenbahnlinie Braunschweig—Wolfenbüttel	26

II. 3. Mai 1900.

8. Lösung eines Rechtsverhältnisses	30
9. Prüfung der Haushaltsrechnungen von 1895/96 und 1896/97	31
10. Erneuerung von Anlagen des Gaswerks an der Bahnhofstraße	31
11. Erweiterungsbauten auf dem Gaswerke an der Taubenstraße	31
12. Erweiterung der Ammoniakfabrik an der Taubenstraße	31
13. Instandsetzung eines Verbindungsweges an der Körnerstraße	32
14. Erwerb von Terrain zur Hamburgerstraße	32
15. Verkauf einer Fläche des ehem. Burgmühlengrabens	32
16. Aenderung des Statuts, betr. die directen Gemeindesteuern	32
17. Hundesteuer-Erlaßgesuche	33
18. Verkauf zweier Flächen am Neustadtringe	33
19. Antrag Müller: Regelung des Straßenverkehrs	34
20. Antrag Müller: Verlegung einer Anschlagsäule	35

* Die Zahlen bedeuten die Seiten in den Berichten.

21.	Ankauf einer Fläche zur Bürgerstraße	35
22.	Project einer Quellwasserleitung	36
23.	Instandsetzung des Fußweges der Broigemerstraße	47
24.	Warmwasserbereitungsanlage im Rathhause	48
25.	Änderung der Fluchtlinie für einen Theil der Maschstraße	49
26.	Ausbau der Biersbergstraße	50
27.	Verlängerung des Canals der Helinstedterstraße	50
28.	Verkauf eines Bauplazes an der Kaiserstraße	51
29.	Verkauf einer Fläche am Bültenwege	53
30.	Anlage eines Fernsprechers für das Arbeitsamt	53
31.	Einstellung eines Hilfslehrers	53
32.	Änderungen in der Markthalle	53
33.	Antrag Lange: Rückzahlung von Bohrkosten	56

III. 14. Juni 1900.

34.	Antrag Lange: Rückzahlung von Bohrkosten	58
35.	Hundesteuer-Erlaßgesuche	61
36.	Satzungen einer Sterbecasse für die städtischen Beamten	62
37.	Rückzahlung von Canalbaukosten	62
38.	Terrainerwerb zur Broigemerstraße	63
39.	Instandsetzung von Räumen der Volksschule	63
40.	Bereinbarung wegen zweier Cautionshypotheken	64
41.	Terrainerwerb an der Carlstraße	64
42.	Neubau der Ferdinandbrücke	65
43.	Anfrage wegen Verwendung des Rathhauskellers	66
44.	Gehaltsätze für die Lehrer und Lehrerinnen der katholischen Schule	72
45.	Anschaffung einer zweiten Dampfspritze	72
46.	Einsprachen gegen die neuen Baulinien für die Maschstraße	72
47.	Anfrage Kiefe: Verbreiterung der Neuenstraße	73

IV. 5. Juli 1900.

48.	Ordnung für die städtische Oberrealschule	76
49.	Ordnung für die gehobenen Mädchenschulen	81
50.	Gehaltsbestimmungen für den Director der Bürgerschulen und Erhöhung des Schulgeldes in den mittleren Bürgerschulen	85
51.	Gehaltsbestimmungen für die städtischen Oberbeamten	89
52.	Statut, betr. die Normalgehälter der städtischen Beamten	93
53.	Verlegung eines Gas- und Wasserrohres u. am Maschplaze	93
54.	Verlauf einer Wiesenfläche des Kieselgutes	94
55.	Feststellung der Kosten der Wolfenbüttlerstraße	94
56.	Abtragung von Erdböschungen an der Hamburgerstraße	95
57.	Änderung des Wegebaustatuts	95
58.	Feststellung von Kosten der Kramersstraße	96
59.	Baulinien für die Straße am Bruchthore	96

IV

60.	Ausbau der kl. Vertramstraße	99
61.	Antrag Lord: Bewilligung von Mitteln für die Volkshochschulcourse	99
62.	Antrag Fiedel: Verlängerung des Canals auf der Helmstedterstraße	100
63.	Herstellung neuer Bürgerbriefe	100
64.	Anfrage Wolff: Fertigstellung des neuen Sitzungssaales	101

V. 30. August 1900.

65.	Auswechslung des Gasrohrs in der Straße „Hintern lieben Frauen“	104
66.	Annahme und Verwendung einer Schenkung	104
67.	Deutsche Städteausstellung in Dresden	105
68.	Erklärung der Giersbergstraße zur Ortsstraße	105
69.	Instandsetzung der Fußwege der Sammannstraße	105
70.	Instandsetzung und Verpachtung von Schul-Kellerräumen	107
71.	Vertrag wegen Abgabe elektrischen Stromes	107
72.	Ausstattung u. eines Schul-Dienstzimmers	108
73.	Uebnahme der Mädchen-Fortbildungsschule	108
74.	Verlegung der Treppe an der Neustadtmühle	109
75.	Erweiterung des Centralfriedhofes und Antrag Brückmann: Errichtung einer Urnenhalle	111
76.	Ausbau eines Theiles der Maschstraße	116
77.	Verlegung eines Gas- und Wasserrohres in der Wilhelmstraße	117
78.	Erwerb von Terrain zum neuen Wasserwerke	117
79.	Darlehensgewährung u. an das Schweifernhaus vom Nothen Kreuz	117
80.	Beleuchtung der Wege nach dem Parkhause	120
81.	Rückzahlung von Wasserrohrkosten	122
82.	Anlage einer Verbindungsstraße zwischen Giesmaroder- und Carlstraße	123
83.	Verstärkung der Statutencommission zur Vorberathung des Ortsbau-statuts	123
84.	Ausbau der Catharinenstraße und Erwerb von Terrain dazu	123
85.	Anfrage Böschigt: Organisation der Kieselgut-Verwaltung	124
86.	Antrag Kieke und Aßmann: Verweigerung des Zuschusses zur Sedanfeier	124
87.	Antrag Aßmann und Kieke: Unterstützung von Arbeitern zum Besuche der Weltausstellung	125

VI. 25. October 1900.

88.	Sterbecasse für städtische Lehrerinnen	131
89.	Hundesteuer-Erlaßgesuche	131
90.	Glassenzimmer für mittlere Knabenschulen	132
91.	Vermiethung von Räumen eines städtischen Hauses	132
92.	Erwerb und Verkauf von Flächen am Madamenwege	132
93.	Erwerb und Enteignung von Flächen zum Madamenwege	133
94.	Aufwendungen für das vormalige Kierterrain am Giershagen	133
95.	Canalisierung eines Theiles der Spohrstraße	134

96.	Einstellung eines Hülfszeichners	134
97.	Instandsetzung der Fußwege an der Sammannstraße	134
98.	Entschädigung für Ermittlungen über die Bodenbenutzung	135
99.	Ordnung für die städtische Oberrealschule	135
100.	Rechnungsabschlüsse für das Jahr 1899/1900	136
101.	Erwerb von Flächen zur Marienstraße	137
102.	Freigabe, bezw. Abtretung einer Grundfläche an der Bodestraße	137
103.	Rückzahlung von Canalisationskosten	138
104.	Nachtrag zum Etat der Kreiscommunalcasse	138
105.	Vertrag wegen des Burgplatzes	138
106.	Instandsetzung des Burgplatzes	139
107.	Einrichtung einer Baumschule	140
108.	Gewächshausanlage für den Centralfriedhof	140
109.	Ankauf eines Grundstücks für die St. Andreas-Kirche	141
110.	Entwässerung der städtischen Grundstücke bei Eisenbüttel	142
111.	Ausdehnung des Schlachthauszwanges	144
112.	Anschließung der städt. Oberrealschule an das Electricitätswerk	145
113.	Anbringung eines Windfanges im Rathhause	145
114.	Gebühr für Anfertigung von Grundplänen	146
115.	Aufstellung von Straßenlaternen	146
116.	Verkauf einer Straßenfläche am Wilhelmöplate	146
117.	Anfrage Aßmann: Auslegung der Geschäftsordnung	147
118.	Antrag Brückmann u. Gen.: Vertilgung der Spargelcultur-Schädlinge	147
119.	Antrag Sander: Asphaltirung der Schuhstraße	148
120.	Anfrage Aßmann: Streifenkauf in den städtischen Bauverträgen	149

VII. 15. November 1900.

121.	Gesuch um Erhöhung des Zuschusses für die katholische Schule	152
122.	Antrag Sander: Asphaltirung der Schuhstraße	152
123.	Erwerb einer Grabenfläche in der Nähe der Carlstraße	153
124.	Verwendung des ehemaligen Demmer'schen Hauses	153
125.	Austausch von Straßenflächen am Langenhof	156
126.	Erwerb von Flächen zur Straße „Hinter der Mäsch“	161
127.	Verwendung der Döcker'schen Baracken	161
128.	Beschaffung von Bogenlampen für den Bürgerpark	163
129.	Rückzahlung von Wasserrohrkosten in der Ackerstraße	164
130.	Anschaffung von Walzenstühlen für die Neustadtmühle	164
131.	Aenderung des Ortsbauplanes für die Kasernen- und die Humboldtstraße, sowie Erwerb von Straßenflächen daselbst	165
132.	Instandsetzung der Fußwege eines Theiles der Sophienstraße	167
133.	Ausbau eines Theiles des Altstadtringes	168
134.	Ausbau eines Theiles des Hofestieges	171
135.	Aenderung des Projectes über den Ausbau des Burgplatzes	171
136.	Antrag Bültemann und Löschigk: Umbau von Abfuhrwagen	171
137.	Anfrage Kiefe: Ausbesserung der Bammelsburgerbrücke	173

VI

VIII. 10. Januar 1901.

138.	Änderung des Entwurfs einer Ordnung für die gehobenen Mädchenschulen	176
139.	Antrag Brückmann und Gen.: Vertilgung der Spargelschädlinge	177
140.	Hundsteuer-Erlaßgesuch	180
141.	Ermächtigung zu einer Reversvollziehung	180
142.	Verlängerung des Straßencanals und des Wasserrohrs in der Helmstedterstraße	181
143.	Unterhaltung der Petroleumlaternen im Stadtparke	181
144.	Fortfall des Kostenbeitrages für Beleuchtung der Umgebung des Hoftheaters	183
145.	Neuanfassungen für das städtische Museum	183
146.	Aufhebung und Verkauf eines Theiles der Altfeldstraße	184
147.	Änderungen beim städtischen Wirthschaftshofe	184
148.	Neugestaltung des Nivellementsnetzes der Stadt	185
149.	Entschädigung für die jährlichen Viehzählungen	186
150.	Weitere Ausgestaltung des städtischen Desinfectionswesens	187
151.	Vergütung wegen eines Grundstücks an der Wendenmaß	190
152.	Ausbau des Riddagshäuser Weges	191
153.	Terrainerwerb zur Rönchstraße	192
154.	Neuerbindung der Centraluhr mit den Stadtkirchenuhren	192
155.	Feststellung des ortsüblichen Tagelohnes gewöhnlicher Arbeiter	192
156.	Verkauf einer Fläche am Altfeldtringe	199
157.	Beihilfe für den Verein gegen Bettel	199
158.	Antrag Schmidt: Nächtliche Ueberwachung abgelegener Straßen	200
159.	Anfrage Löschigk: Abstellung von Wassercalamitäten	201
160.	Antrag Aßmann: Stellungnahme gegen die Erhöhung der Getreidezölle zc.	202
161.	Anfrage Aßmann: Auslegung der Geschäftsordnung	204

IX. 7. Februar 1901.

162.	Feststellung des ortsüblichen Tagelohnes gewöhnlicher Arbeiter	208
163.	Ueberweisung eines Grundstücks an die Canalverwaltung	215
164.	Neuvermietung eines Grundstücks	216
165.	Gesuch um Erlaß von Straßenbaukosten	216
166.	Antrag Aßmann: Stellungnahme gegen die Erhöhung der Getreidezölle	219
167.	Entlastung wegen Verwaltung der Licht- und Wasserwerke zc. für das Jahr 1899/1900	220
168.	Fischerei-Verpachtung	222
169.	Erbanung eines Wagenschuppens	222
170.	Abtretung eines Grundstücks an das städt. Wasserwerk	222
171.	Aufbewahrung der Inhaberpapiere	222
172.	Vermehrung der Classen und Lehrkräfte bei den Bürgerschulen	223
173.	Terrainerwerb zur verlängerten Wiesenstraße	223

174.	Hundesteuer-Erlaßgesuche	224
175.	Befolgung der Mannschaften der Berufsfeuerwehr	224
176.	Terrainaustausch am Bohlwege	225
177.	Ausbau des nördlichen Theiles der Marthastrasse	225
178.	Fluchtlinie für die Ferdinandstrasse zc.	226
179.	Kosten einer Grabenziehung für das Kieselgut	226
180.	Vermehrung der Classen der höheren Mädchenschule	226
181.	Antrag Brückmann u. Gen.: Zwangsbefuch der Fortbildungsschule	227

X. 14. März 1901.

182.	Antrag Schmidt u. G.: Nächtliche Ueberwachung abgelegener Straßen	230
183.	Vergrößerung der Mädchenbürgerschule am Schulwege	230
184.	Uebnahme und Ausbau der Straße „Rosenthal“	231
185.	Bedürfnißanstalt an der Ferdinandstrasse	231
186.	Antrag Aßmann: Stellungnahme gegen die Erhöhung der Getreide- zölle zc.	233
187.	Antrag Brückmann u. Gen.: Zwangsbefuch der Fortbildungsschule	241
188.	Erhöhung des Zuschusses für den Männerturnverein	243
189.	Instandsetzung des Innern vom Altstadt-Rathhause	243
190.	Hundesteuer-Erlaßgesuche	244
191.	Abkommen wegen Regulirung der Wendenstrasse zc.	244
192.	Auswechslung des Wasserrohres in der Roßstrasse	245
193.	Baulichkeiten im Neustadt-Rathhause und Anschaffung von Mobilien	245
194.	Aenderung des Dreibauplanes am Marienstifte	245
195.	Grundsätze für die Bewilligung von Ruheohn und Hinterbliebenen-Ver- sorgung für die städtischen Arbeiter	246
196.	Klageerhebung wegen der Kosten für eine Grundstückseinfahrt	249
197.	Neubau eines Kinderpflegenhauses	249
198.	Anfrage Aßmann: Ueberfüllung des Herzoglichen Krankenhauses	251
199.	Antrag Koch u. Gen.: Aenderung der Städteordnung hinsichtlich der Wahlen zu den Stadtverordneten-Versammlungen	252

XI. 28. März 1901.

200.	Stadthaushaltsplan für 1901/02	254
201.	Aenderung der Gehaltsordnung für die Stadtgeistlichen	288
202.	Gemeinde-Kirchensteuer für 1901/02.	289
203.	Verpachtung von Schlachthausländerei	289

B. Nach den Gegenständen.

Abfuhrwagen-Umbau 171.

Abtretung eines Grundstücks an das Wasserwerk 222.

Änderung der Gehaltsordnung der Stadtgeistlichen 288.

Änderung von Straßenbaulinien 49, 96, 165, 171, 226, 245.

Altstadt-Rathhaus 243.

Ammoniakfabrik 31.

Anfragen der Herren:

Aßmann: Auslegung der Geschäftsordnung 147, 204,

Streikclausel in den Bauverträgen 149,

Ueberfüllung des Herzogl. Krankenhauses 251;

Löschigt: Abstellung von Wassercalamitäten 201,

Organisation der Kieselgutverwaltung 124, 130;

Rieke: Ausbesserung der Bammelsburgerbrücke 173,

Verbreiterung der Neuenstraße 73;

Wolff: Fertigstellung des Rathhausejaales 101.

Ankauf von Straßenflächen und Grundstücken 32, 35, 63, 64, 117, 123, 132, 133, 137, 141, 153, 161, 165, 192, 223.

Anlage neuer Straßen 123.

Anschaffung einer zweiten Dampfpreise 72, 271.

Anschlagssäulen betr. 7, 35.

Anträge, selbstständige, der Herren:

Aßmann: Stellungnahme gegen die Erhöhung der Getreidezölle zc. 202, 219, 233,

Unterstützung von Arbeitern zum Besuche der Weltausstellung 125, 131;

Brückmann: Errichtung einer Urnenhalle 111,

Vernichtung der Spargelschädlinge 147, 177,

Zwangsbefuch der Fortbildungsschule 227, 241;

Bütkemann: Umbau von Abfuhrwagen 171;

Züdel: Verlängerung eines Canals 100;

Koch: Änderung der Städteordnung 252;

Lange: Rückzahlung von Bohrkosten 56, 58;

Löschigt: Gaspreise betr. 19, Verbreiterung der Fahrbahn am Bruchthore 97, 130;

Lord: Mittel für die Hochschulkurse 99; **Müller:** Bepflanzung von Straßen mit Bäumen 271,

Regelung des Straßenverkehrs 6, 34,

Verlegung einer Anschlagssäule 7, 35;

Rieke: Verweigerung des Zuschusses zur Sedanfeier 124;

Sander: Asphaltirung der Schuhstraße 148, 152;
Schmidt: Nächtliche Ueberwachung abgelegener Straßen 200, 230.
Arbeitsamt betr. 8.
 Asphaltirung der Schuhstraße 148, 152.
 Aufbewahrung der Inhaberpapiere 222.
 Aufhebung von Straßen z. 184.
 Aufwendungen für vormaliges Merterrain 133.
 Ausbau von Straßen z.: 9, 12, 50, 99, 116, 123, 168, 171, 171, 191, 225, 231, 270.
 Ausdehnung des Schlachthauszwanges 144.
 Austausch von Straßenflächen 156, 225.
 Autorshof betr. 30.

Baulinien betr. 49, 96, 165, 171, 226, 245.
 Baumschulen-Einrichtung 140.
 Beamtengehälter betr. 8, 17, 89, 93, 230.
 Beamten-Sterbecasse 62.
 Bedürfnisanstalten betr. 231.
 Beihilfe für den Verein gegen Bettelerei 199.
 Beleuchtung der Umgebung des Hoftheaters 183.
 Beleuchtung des Bürger- und Stadtparkes 120, 163, 181.
 Bepflanzung von Straßen mit Bäumen 271.
 Berufsfeuerwehr betr. 224.
 Bettelverein-Beihilfe 199.
 Bogenlampen für den Bürgerpark 163.
 Brücken betr. 7, 10, 65, 173, 271.
 Bürgerbrief-Herstellung 100.
 Bürgerpark betr. 10, 120, 163.

Canalangelegenheiten 50, 62, 100, 134, 181, 215.
 Cautionshypotheken betr. 64.
 Centralfriedhof betr. 111, 140.

Dampfpumpen-Beschaffung 72, 271.
 Demmer'sches Haus betr. 58, 153.
 Desinfectionswesen betr. 187.
 Deutsche Städte-Ausstellung betr. 105.
 Dödersche Baraden betr. 161.

Eingaben hiesiger Einwohner 58, 130, 152, 176, 216.
 Eingekochtes Fleisch 21.
 Einsprache gegen Baulinien 72.
 Einstellung eines Hilfszeichners 134.
 Eisenbahn-Angelegenheiten betr. 12.
 Electricitätswerk betr. 107, 145.
 Enteignung von Flächen 133.
 Entlastung wegen Verwaltung der Licht- und Wasserwerke 220.
 Entschädigung für Ermittlungen über die Bodenbenutzung 135.
 Entwässerung städtischer Grundstücke 142.
 Erbauung eines Wagenschuppens 222.
 Erhöhung des Schulgeldes in den Bürgerschulen 85.
 Erhöhung des Zuschusses für die katholische Schule 23, 152.
 Erlaß von Straßenbaukosten 216.
 Ermächtigung zu einer Reversvollziehung 180.
 Erwerb von Straßenterrain 32, 35, 63, 64, 117, 123, 132, 133, 137, 141, 153, 161, 165, 192, 223.

Fernsprecher im Rathhause 53, 270.
 Feststellung des ortsüblichen Tagelohnes 192, 203.
 Feststellung von Straßenbaukosten 94, 96.
 Festversammlung zur Einweihung des neuen Rathhauses s. besonderen Bericht.
 Feuerlöschwesen betr. 5, 76, 224.
 Fischerei-Verpachtung 222.
 Fortbildungsschulen betr. 108, 227, 241.
 Freigabe z. einer Fläche an der Bodestraße 137.
 Fußgängerverkehr betr. 6.
 Fußweginstandsetzung 7, 10, 47, 105, 134, 167.

Gaspreise betr. 18.
 Gasrohrverlegungen 93, 104, 117.
 Gaswerke betr. 31, 31, 31, 220.
 Gebühr für Benutzung des Krankenwagens 26.
 Gebühr für die Anfertigung von Grundplänen 146.

Gehaltsverhältnisse der Lehrer und Beamten
 8, 16, 17, 72, 85, 89, 93, 230, 288.
 Gemeinde-Kirchensteuer betr. 23, 289.
 Gemeindesteuer betr. 32.
 Geschäftsordnung betr. 147, 204.
 Gesuche hiesiger Einwohner 58, 130, 152,
 176, 216.
 Getreidezölle betr. 202, 219, 233.
 Gewächshausanlage auf dem Friedhofe 140.
 Gewerbeschule betr. 267.
 Grundplananfertigungsgebühr 146.
 Grundsätze für die Bewilligung von Ruheohn: c.
 an die Arbeiter 246.
 Handelsverträge betr. 202, 219, 233.
 Haushaltsrechnungen betr. 31.
 Hinterbliebenen-Versorgung für die Arbeiter 246.
 Hoftheater betr. 183.
 Hundesteuer-Erlasse Gesuche 33, 61, 131, 180,
 224, 244.
 Infectionskranke betr. 26.
 Inhaberpapiere-Aufhebung 222.
 Instandsetzung von Plätzen und Wegen 7, 10,
 32, 47, 95, 105, 134, 139, 167.
 Karte über die Wasserversorgung u. der
 Städte 176.
 Katholische Schule betr. 23, 72, 152.
 Kinder-Pflegehaus-Neubau 249.
 Kirchensteuer-Festsetzung 23, 289.
 Kirchenuhren betr. 192.
 Klageerhebung 249.
 Krankenhausangelegenheit 251.
 Krankenwagen-Verwendung 26.
 Kreiscommunalcasse betr. 138.
 Landesbrandversicherung betr. 3.
 Lehrer-Einstellung 53.
 Lehrerinnen-Sterbecasse 131.
 Schmelzwerke betr. 31, 31, 31, 220.
 Lösung eines Rechtsverhältnisses 30.
 Mädchen-Fortbildungsschule betr. 108.
 Mädchenschulen betr. 81, 108, 226.
 Männerturnverein betr. 243, 257.

Markthalle betr. 13, 53.
 Museum betr. 9, 183, 263.

Nächtl. Ueberwachung abgelegener Straßen
 200, 230.
 Neuanschaffungen für das Museum 183.
 Neubau der Ferdinandsbrücke 10, 65.
 „ eines Kinder-Pflegehauses 249.
 Neustadtmühle betr. 109, 164.
 Neustadt-Rathhaus 245.
 Neuvermietung eines Grundstücks 216.
 Nivellementnetz der Stadt 185.

Oberrealschule betr. 76, 135, 145.
 Öffentliche Brunnen betr. 259.
 Planstrich der Fußböden 280.
 Ordnung für die gehobenen Mädchenschulen
 81, 176.
 Ordnung für die Oberrealschule 76, 135.
 Ortsbauetat betr. 24, 123.
 Ortsstraßen-Erklärung 105.
 Ottmerstiftung betr. 281.

Parkhaus betr. 120, 163.

Quellwasserleitung betr. 19, 36, 56, 58, 117.

Rathhaus betr. 6, 48, 66, 101, 145.
 Rathhausaal-Einweihung f. besonderen Bericht.
 Rathskeller-Ausbau 66, 282.
 Rechnungsabschlüsse 136.
 Regulierung von Straßen 244, 270.
 Remunerationen für städt. Beamte 260.
 Rieselgut betr. 94, 124, 226, 272.
 Rothe Kreuz-Schwefelhäuser betr. 18, 117.
 Rückzahlung von Bohrkosten 56, 58.
 „ „ Canalbaukosten 62, 138.
 „ „ Wasserrohrkosten 122, 164.
 Ruheohn für städt. Arbeiter 246.

Schenkungs-Aannahme u. 104.
 Schlachthaus-Pänderei-Verpachtung 289.
 Schlachthauszwang 144.
 Schülerbibliotheken betr. 279.
 Schulen betr. 18, 23, 107, 108, 132, 223,
 230, 280.

Schulgelderhöhung 85.
 Schulhausbaufonds betr. 19, 21, 259, 261.
 Sedanfeier betr. 124, 259.
 Spargelschädlinge-Vernichtung 147, 177.
 Spielplätze betr. 208.
 Stadtgeistlichen-Gehaltsordnung 288.
 Stadthaushaltepläne 2, 254.
 Stadtpark betr. 181.
 Städte-Ausstellung 105.
 Städteordnung betr. 252.
 Statutenänderung 32.
 Statut, Normalgehälter der Beamten betr. 93.
 Sterbecasse für Beamte 62.
 „ „ Lehrerinnen 131.
 Straßenbahn betr. 26.
 Straßenbaukosten betr. 216.
 Straßenlaternen betr. 146.
 Straßenverbreiterung betr. 73.
 Straßenverkehr betr. 34.
 Straßen u., welche behandelt worden sind:

Ackerstraße 164;
 Altfeldstraße 184;
 Altstadttring 168, 199;
 Amalienplatz 161;
 Bahnhofstraße 31;
 Bammelsburgerstraße 10;
 Bertramstraße 9;
 Bertramstraße, kleine 99;
 Bodestraße 137;
 Bohlweg 225;
 Breitestraße 30;
 Broigemerstraße 47, 63;
 Bruchthore, am 96, 130;
 Bültzenweg 53;
 Bürgerstraße 35;
 Burgplatz 138, 139, 171;
 Cammannstraße 105, 134;
 Carlstraße 62, 64, 123, 153;
 Casernenstraße 165;
 Catharinenkirche a. d., 132;
 Catharinenstraße 123;
 Fasanenstraße 271;
 Ferdinandstraße 10, 65, 226, 231;
 Geiershagen 133;
 Giersbergstraße 50, 105, 146;

Gliesmaroderstraße 122, 123, 138;
 Goslarischestraße 249;
 Hamburgerstraße 32, 95, 200, 230,
 270;
 Helmstedterstraße 50, 100, 181, 245;
 Hintern lieben Frauen 104;
 Hochstraße 146;
 Höhe 7;
 Hohestieg 171;
 Humboldtstraße 165;
 Hufarenstraße 146;
 Juliusstraße 270;
 Kaiserstraße 51;
 Körnerstraße 32;
 Kohlmarkt 6;
 Kramersstraße 96;
 Langerhof 156;
 Madamenweg 132, 133, 216;
 Marienstraße 137;
 Marzfall 7;
 Marthastraße 225;
 Maich, hinter der 161;
 Maschplatz 93;
 Maschstraße 49, 72, 116;
 Mönchstraße 192;
 Neustraße 73;
 Neustadttring 33;
 Osterstraße 141;
 Petristraße 200, 230;
 Ribdagshäuserweg 191, 245;
 Ritterbrunnen 271;
 Rosenthal 231;
 Roßstraße 245;
 Salz, dahlemerstraße 270, 282;
 Schuhstraße 148, 152;
 Sophienstraße 167;
 Spinnerstraße 200, 230;
 Spohrstraße 134;
 Steinweg 7, 35;
 Taubenstraße 31;
 Wendemannsstraße 146, 190, 270;
 Wendenstraße 146, 244;
 Wiesenstraße 223;
 Wilhelmplatz 146;
 Wilhelmstraße 117, 271;
 Wolfenbüttlerstraße 94.

Tagelohn-Feststellung 192, 208.

Thurmuhre des Rathhauses 6.

Trinkwasseranlagen 19, 36, 56, 58, 117.

Ueberrahme der Mädchen-Fortbildungsschule
108.

Ueberrahme von Straßen 231.

Ueberrweisung eines Grundstücks an die Canal-
verwaltung 215.

Uhr des Rathhauses 6.

Uhren der Stadtkirchen 192.

Unterhaltung der Stadtparklaternen 181.

Untersuchung der eingebrachten Fleischwaaren
21.

Urkundenbuch betr. 58.

Urnenhallen-Errichtung 111.

Verbreiterung der Fährbahn am Bruchthore
97, 120.

Vereinbarung wegen zweier Cautionshypotheken
64.

Verein gegen Vetelei betr. 199.

Vergütung wegen eines Grundstücks an der
Wendenmaisch 190.

Verkauf von Straßenflächen und Grundstücken
32, 33, 51, 53, 94, 132, 146, 184, 199.

Verlängerung eines Canals zc. 181.

Verlegung der Treppe an der Neustadtmühle
109.

Verlegung von Gas- und Wasserrohren 93,
104, 117.

Vermehrung der Classen und Lehrkräfte bei
den Bürgerschulen 223.

Vermietung von Räumen 132.

Verpachtung der Fischerei 222.

„ von Schlachthausländerei 289.

Verstärkung der Statutencommission 123.

Vertrag wegen des Burghplatzes 138.

Verwendung der Döder'schen Baracken 161.

„ des Demmer'schen Hauses 58,
153.

Viehzahlungen betr. 186.

Volks-Hochschulcurse betr. 76, 99, 176.

Volksstücke betr. 63.

Vorbesprechung über die Besetzung der Com-
missionen 253.

Wagenschuppen-Erbauung 222.

Wahl des Vorsitzenden zc. 1.

Walzenstuhlbeschaffung 164.

Warmwasserbereitungsanlage im Rathhause 48.

Wartehalle auf dem Rohmarkte betr. 6.

Wasserrohrverlegung zc. 93, 117, 181, 245.

Wasserwerk betr. 117, 201, 220, 222.

Wegebaustatut betr. 24, 95.

Weltausstellungsbefuch betr. 125, 131.

Wirthschaftshof betr. 184.

1900|1901.

N^o 1.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 11. April 1900.

Tagesordnung:

I. Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters	Seite 1
II. Stadthaushaltsplan für 1900/01	" 2
III. Gemeinde-Kirchensteuer für 1900/01	" 23
IV. Erhöhung des Zuschusses für die katholische Schule	" 23
V. Erlaß eines Wegebaustatuts.	" 24
VI. Gebühr für Benutzung des Krankenwagens für Infektionskranke	" 26
VII. Tarif für die Straßenbahnlinie Braunschweig—Wolfenbüttel	" 26

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Netemeyer und Stadträthe Götte, Haake, Meyer, Ramdohr, Sievers, und von Frankenberg.

Entschuldigt die Herren Voller, Buchler, Göcke, Lange, Meyerhoff, Nieß, Ohlmer, Ribbentrop und Seele; später erscheinen die Herren Löschigt und Lorb.

Den Vorsitz übernimmt das älteste Mitglied der Versammlung, Herr Bältemann.

I. Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters.

Nachdem Herr Bältemann dem bisherigen Vorsitzenden für die umsichtige und unparteiische Leitung der Verhandlungen den Dank der Versammlung ausgesprochen und diese sich zur Ehrung des Herrn Semler von den Plätzen erhoben

hatte, wird zur Wahl durch Zuruf geschritten. Dieselbe ergiebt einstimmige Wiederwahl des Herrn Semler.

Letzterer übernimmt nunmehr mit Worten des Dankes für das ihm geschenkte Vertrauen den Vorsitz und läßt zur Wahl seines Stellvertreters schreiten. Aus dieser gleichfalls durch Zuruf erfolgenden Wahl geht der bisherige Stellvertreter, Herr Wolff, mit Einstimmigkeit hervor und nimmt derselbe die Wahl an.

II. Stadthaushaltsplan für 1900/01.

Vor Eintritt in die Verathung nimmt Herr Oberbürgermeister Pockels das Wort, um den gedruckt vorliegenden Stadthaushaltsplan an drei Stellen richtig zu stellen. Zunächst sei auf Seite 59 unter *M* 43 die Remuneration des Hülfschreibers Gerike von 840 *M* auf 930 *M* zu erhöhen und könnte zur Ausgleichung auf Seite 69 unter 3 e der Posten für Drucksachen von 8500 *M* auf 8410 *M* ermäßigt werden. Sodann sei der Gehaltsatz des Lehrers Vestian auf Seite 129 unter 10 des Etats von 2200 *M* auf 2400 *M* zu erhöhen, wofür auf Seite 132 im Cap. VIII der Posten „An Verschiedenem“ von 507,23 *M* auf 307,23 *M* ermäßigt werden könnte. Endlich müßte das Gehalt des Maschinenmeisters Gropengießer auf Seite 101, Cap. IV a des Etats, von 1700 *M* auf 1800 *M* erhöht werden, da die freie Wohnung demselben nicht mit 300 *M*, sondern mit 400 *M* anzurechnen sei. Im Cap. VI „Sonstige Ausgaben“ könnte dann zur Ausgleichung der Betrag von 450 *M* auf 350 *M* abgeändert werden.

Nunmehr tritt die Versammlung in die Etatsberathung ein und berichtet über den Etat namens der Finanzcommission, welche denselben unter Bezugung der übrigen Mitglieder der Versammlung vorberathen hat, Herr Fiedel.

1. Etat der Cämmereicasse.

A. Ordentliche Einnahme und Ausgabe.

Cap. I. Cämmereivermögen:

Einnahme 194 500 *M*. Ausgabe 635 100 *M*.

Cap. II wird bis auf Weiteres unausgefüllt geführt.

Cap. III. Unterrichtswesen:

Einnahme 421 021,20 *M*. Ausgabe 1 342 721,20 *M*.

Die Abstimmung wird nach der Durchberathung der zugehörigen Specialstats vorgenommen.

Cap. IV. Kunst und Wissenschaft:

Einnahme —. Ausgabe 16 800 *M*.

Cap. V. Armenpflege:

Einnahme 147 600 *M*. Ausgabe 419 000 *M*.

Cap. VI. Gesundheitswesen:

Einnahme 1800 *M*. Ausgabe 5 215 *M*.

Cap. VII. Vereinszwecke und Volksfeste:

Einnahme 616,67 M.

Ausgabe 2 107,17 M.

Cap. VIII. Feuerlöschwesen:

Einnahme 26 800 M.

Ausgabe 81 100 M.

Zu dem Punkte 7 der Einnahme: „Beihilfe der Landesbrandversicherungsanstalt zu nicht auf gesetzlicher Verpflichtung beruhenden Aufwendungen 5000 M.“ bemerkt der Herr Referent, daß in der Sitzung der Finanzcommission die Frage eingehend erörtert worden sei, ob es nicht möglich sein würde, durch einen Antrag bei dem Herzoglichen Staatsministerium die der Stadt bisher bewilligte Beihilfe mit Rücksicht auf die allgemein bekannten Verhältnisse, in welchen sich die Stadt zu der Landesbrandversicherungsanstalt befinde, erheblich zu erhöhen. Die Stadt schleppe das Land fast mit durch und zahle im Verhältnisse zu den Brandschäden, welche sie erleide, eine viel zu hohe Prämie. Deshalb erscheine es auch angemessen und wünschenswerth, daß die Landesbrandversicherungsanstalt für das städtische Feuerlöschwesen einen höheren Zuschuß leiste, als bisher. Aus dem angeführten Grunde werde der Versammlung seitens der Finanzcommission anheimgegeben, den Magistrat zu ersuchen, bei dem Herzoglichen Staatsministerium um eine Erhöhung der bezeichneten Beihilfe vorstellig zu werden.

Herr Schmidt will daran erinnern, daß er sich schon vor einigen Jahren vergeblich bemüht habe, den Magistrat zu veranlassen, durch die städtischen Landtagsabgeordneten das Brandcassengesetz zur Sprache zu bringen, jedoch sei in der Sache nichts geschehen, auch habe man keine Aussicht, daß in Zukunft noch etwas geschehen werde. Im Hinblick auf den vor Kurzem erschienenen und übersichtlich zusammengestellten statistischen Bericht über die letzten 10 Jahre der Landesbrandcasse möchte er indessen einige Zahlen hier mittheilen, welche deutlich zeigen, wie die Stadt von der Cassé benachtheiligt werde. Leider gebe es sonst keine Mittel und Wege für die städtischen Vertreter, ihre Stimmen zu erheben gegen die Nachtheile, welche der Stadt durch das Landesbrandcassengesetz erwachsen. Aus dem Berichte ergebe sich, daß das Vermögen der Cassé vor zehn Jahren 4585 763 M betragen habe, während es jetzt auf 5 801 689 M angewachsen sei und der Ueberschuß demnach 1 215 926 M betrage. Nun habe aber die Stadt Braunschweig in demselben Zeitraume nach Abzug der gezahlten Brandentschädigungsgelder 1 211 404 M an Prämien gezahlt, also fast dieselbe Summe, um welche sich der Reservefonds erhöht habe. Man könne daher nicht verstehen, weshalb die Stadt nicht schon längst besser gestellt sei. Daß im Landtage wenig Aussicht auf Besserung dieser Verhältnisse sei, liege daran, daß nicht nur die Vertreter vom Lande, sondern auch die Vertreter der braunschweigischen Landstädte ihren eigenen Vortheil dabei in Betracht ziehen, indem sich die Landstädte unter den jetzigen Verhältnissen fast noch besser stellen, als das Land. Wenn diese Herren aber noch Ehre im Leibe haben und ihr persönliches Interesse nicht allein in den Vordergrund stellen, so müssen

sie einer Aenderung des Gesetzes zustimmen. Die Brandcasse habe in den zehn Jahren an die übrigen 13 Städte des Herzogthums 927 706 M und an die Landgemeinden 784 787 M mehr Entschädigungen gezahlt, als sie Prämien erhalten habe. In der Stadt Braunschweig entfallen auf 1000 M Versicherungssumme 0,87 M in den übrigen Städten 15,85 M und auf dem Lande 10,52 M Entschädigung; auf 1000 M Prämie aber in Braunschweig 121 M, in den übrigen Städten 2016 M und in den Landgemeinden 1299 M Entschädigung. Ferner entfallen insgesamt auf 1005 155 M Prämien 1367 364 M Brandentschädigungsgelder bei Gebäuden mit landwirthschaftlichem Inhalt, welche nicht lediglich landwirthschaftlichen Zwecken dienen. Bei Gebäuden, welche lediglich landwirthschaftlichen Zwecken dienen und die daher für die Stadt Braunschweig fast gar nicht in Betracht kommen, entfallen aber auf 644 105 M gezahlte Prämien 2 103 914 M Entschädigungsgelder, denn diese seien mit nur 1 S, Zuschlagsprämie belegt. Hieraus ersehe man, wie die Stadt Braunschweig wirthschaftlich zu dem übrigen Herzogthum gestellt sei. Er bitte deshalb, den Antrag der Finanzcommission zu unterstützen und den Magistrat zu ersuchen, die Sache beim Herzogl. Staatsministerium dringend zu befürworten, weil man nur auf diese Weise zu einem besseren Resultate kommen könne. Was nun die in den Etat eingestellte Beihilfe von 5000 M anlange, so seien früher 6000 M eingestellt, aber nur 5000 M bewilligt worden, so daß der Magistrat jetzt nur noch 5000 M vorgesehen habe. Von der zur Verbesserung des Feuerlöschwesens im Lande ausgesetzten Summe erhalte die Stadt Braunschweig vom Herzogl. Staatsministerium nicht einmal das, was ihr procentual nach den eingezahlten Prämien zukomme, sondern man lege hiervon noch einen Reservefonds an, was er für verwerflich und auch für vollständig unzulässig halte.

Herr Rieke will zum Beweise dafür, wie schlecht sich die Stadt Braunschweig gegenüber dem Lande stehe, darauf hinweisen, daß im Jahre 1898 die Stadt nicht einmal 4000 M Brandentschädigung erhalten habe, während im Ganzen ohne die Seefener Brände 108 000 M gezahlt worden seien. Um die 5 Millionen des Reservefonds voll zu kriegen, habe man auch allerlei Manipulationen gemacht, indem es 1890 zuerst geheißt habe, es müßten alle Schornsteine, welche auf Schleifhölzern liegen, beseitigt werden, jedoch habe es später mit den Schornsteinen sein Bewenden behalten dürfen und sollten nur diejenigen beseitigt werden, welche gefährlich seien. Die Landesbrandversicherung müsse ein Institut sein, welches dem Wohle der gesamten Bevölkerung des Herzogthums zu dienen habe, es dürfte deshalb nicht nur zum Reservefonds gesammelt werden, sondern die Einkünfte desselben seien gleichmäßig zu vertheilen. Darum möchte er beantragen, daß an die Stadt nicht nur dieses sogenannte Trinkgeld von 5000 M gezahlt werde, sondern daß die städtischen Landtagsabgeordneten ersucht werden, dahin zu wirken, daß die Zuschüsse für die einzelnen Gemeinden entsprechend den gezahlten Prämien

festgesetzt werden. Wenn die Abgeordneten aber dafür nicht eintreten, seien sie nicht werth, daß sie von der Stadt Braunschweig gewählt worden und sei er auch fest überzeugt, daß sie dafür eintreten werden. Wenn auch die Landstädte an dem bisherigen Zustande ein erhebliches Interesse haben mögen, so müßten sie sich doch schließlich belehren lassen, daß das nicht so weiter gehe und die Stadt Braunschweig endlich zu ihrem Rechte kommen müßte.

Herr Hauswaldt kann es nicht der Beurtheilung des Herrn Kiefe überlassen, ob er werth gewesen sei, in den Landtag gewählt zu sein, sondern müsse das seinen Wählern überlassen und gleichzeitig dagegen protestiren, daß hier ein derartiges Urtheil abgegeben werde. Daß die städtischen Abgeordneten für das Interesse ihrer Vaterstadt im Landtage eintreten, sei ganz selbstverständlich, jedoch könne Jeder immer nur nach seinen Kräften wirken, und würde Herr Kiefe, wenn derselbe in den Landtag gewählt wäre, vielleicht mehr erreichen, als die jetzigen Abgeordneten. Im Uebrigen lasse sich im Landtage mit Worten gar nichts erzielen und es bleibe sich bei der Abstimmung vollständig gleich, ob gute oder schlechte Reden gehalten werden, da Interessenpolitik im Landtage getrieben werde. Die einzige Möglichkeit, etwas zu erreichen, sei, wenn der Magistrat mit einem Gesuche an das Herzogl. Staatsministerium, welches ja über den Parteien stehen solle, herantrete.

Der Antrag der Finanzcommission wird darauf angenommen.

Herr Koch möchte anfragen, ob die im Etat vorgesehene Beschaffung einer Drehleiter von 25 m Steighöhe für 7500 M wirklich erforderlich sei, da er aus den Kreisen der Führerschaft der Feuerwehr gehört habe, daß noch fünf Leitern von ausreichender Höhe vorhanden seien, die auch bespannbar gemacht werden könnten. Vielleicht äußere sich Herr Bauernmeister hierüber einmal. Wenn er auch gern für Wohlfahrts Einrichtungen Alles bewilligen wolle, was gefordert werde, so möchte er doch unnöthige Ausgaben vermieden sehen.

Herr Bauernmeister sieht sich außer Stande, zu erklären, ob die vorhandenen Leitern noch stabil genug seien, um ohne Gefahr gebraucht werden zu können, da dieses nur ein Sachverständiger nach genauer Prüfung derselben könne. Es seien sechs frei stehende Leitern vorhanden, von denen eine mit Pferden bespannt werden könne. Die anderen fünf Leitern für die Bespannung mit Pferden umzuarbeiten, sei vielleicht gar nicht möglich, oder doch sehr theuer. Eine derselben gebrauche man nur noch zur Ziehung von Telegraphendrähten, während die Münchener Leiter zu Feuerwehrzwecken gebraucht werden könne. Da nun die höchste der anderen Leitern nur 18,5 m lang sei und es gerade darauf ankomme, mit Rücksicht auf die namentlich in der letzteren Zeit entstandenen sehr hohen Gebäude eine recht lange Leiter zu haben, so empfehle sich deren Beschaffung um so mehr, als die vorhandenen Leitern direct als gute nicht bezeichnet werden könnten.

Herr Müller möchte bitten, an der Ecke von Olfermann- und Husarenstraße einen Feuermelder anzubringen.

Cap. IX. Ortspolizei :

Einnahme 36 479,25 M.

Ausgabe 388730 M.

Herr Müller will den Wunsch aussprechen, daß bei dem Anschlusse des Electricitätswerkes an das Rathhaus die Thurmuhre elektrisch beleuchtet werde. Außerdem möchte er nochmals anregen, den Fußgängerverkehr auf den Hauptverkehrsstraßen der Stadt zu regeln. Seit 50 Jahren habe sich Braunschweig um das Dreifache an Einwohnern vermehrt, während die Straßen der Innenstadt nicht verbreitert seien. Hierdurch müsse aber der Verkehr nothwendigerweise auf den Hauptstraßen ins Stocken gerathen, weshalb er folgenden Antrag stellen wolle:

„Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Magistrat, im Einvernehmen mit der Herzogl. Polizeidirection zur besseren Regelung des Straßenverkehrs an den Einmündungen der Personenbahnhöfe und den verkehrsreichsten Straßen an den Straßenecken Schilder mit „Nichts verkehren“ besonders in die Augen fallend anbringen zu lassen“.

Der Antrag wird nach genügender Unterstützung der Statutencommission zur Vorberathung überwiesen.

Herr Fiedel möchte bitten, mit der Anlage von weiteren Wasserclosets in der ehemaligen Wartehalle auf dem Kohlmarke noch 4—6 Wochen zu warten, da eine Bewegung unter den Anliegern des Kohlmarktes vorhanden sein solle, welche beabsichtige, die Wartehalle auf eigene Kosten zu beseitigen und sie auf einem in der Nähe liegenden Tract wieder aufzustellen.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, daß mit der Anlage unbedenklich noch gewartet und die Sache überhaupt nochmals erwogen werden könne, sobald dem Magistrate ein entsprechender Betrag zu den Kosten zur Verfügung gestellt werde.

Herr Rieke will anheimgeben, über die Petition der Anlieger zur Tagesordnung überzugehen, sofern für die Anstalt nicht vollständiger Ersatz geboten und sie als Bedürfnisanstalt aufrecht erhalten werde, weil sie auf dem Kohlmarke nicht überflüssig sei. Jedenfalls würden die Anlieger schlaue genug sein, das Häuschen nicht in die Straßenschluchtlinie zu bringen. Seiner Meinung nach sehe dasselbe nicht unschöner aus, als wenn ein anderes Haus an die Stelle gesetzt werde. Die Petition rieche ihm auch gar zu sehr nach dem Stammtische, und glaube er, daß kein Taschentuch mehr am Kohlmarke verkauft werden würde, wenn das Häuschen, welches architektonisch sehr gut aussehe, beseitigt wäre.

Herr Löschigt ist auch für die Beibehaltung des Häuschens, kann jedoch nicht zugeben, daß von den Anliegern mit ihrer Petition nur Stammtischpolitik getrieben werde. Daß in der Anstalt verkehrende Publicum betrage sich vielmehr

den Anwohnern gegenüber häufig so rücksichtslos, daß namentlich hiergegen die Anlieger remonstrirten.

Cap. X. Straßen- und Canalbau:

Einnahme 129 000 M.

Ausgabe 273 900 M.

Herr Koch möchte bitten, die so sehr verkehrreiche Ottmerbrücke vollständig mit Asphalt zu belegen, da sich nach fachmännischer Ansicht der auf dem östlichen Theile derselben versuchsweise angebrachte Asphaltbelag ganz außerordentlich bewährt haben sollte. Da der Bohlenbelag der Brücke große Löcher aufweise, so müßte eine Aenderung zum Besseren recht bald eintreten.

Herr Müller muß den Platz der Anschlagssäule am Theater für so ungeeignet halten, daß er deren Beseitigung für erforderlich erachte. Die Stelle sei so eng, daß man bei lebhafterem Verkehre dort nicht durchkommen könne und würde es im allgemeinen Interesse liegen, wenn die Säule nach der gegenüberliegenden Seite auf den freien Platz vor dem Eingange in den südlichen Theil des Theaterparkes verlegt werde. Er beantrage deshalb:

„Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Magistrat, die Anschlagssäule auf dem östlichen Theile des Steinweges zu beseitigen und dieselbe dem Eingange des südlichen Theaterparkes gegenüber in die Nähe der Haltestelle der Straßenbahn zu versetzen“.

Der Besitzer der hiesigen Anschlagssäulen, Herr Wilske, sei bereit, die Säule an die bezeichnete Stelle zu versetzen.

Der Antrag wird, genügend unterstützt, der Baucommission zur Vorberathung überwiesen.

Herr Bueß bittet, auch die Anschlagssäule an dem Markstalle und der Höhe, welche ebenfalls hindernd im Wege stehe, an einen geeigneteren Platz zu stellen.

Herr Bültmann ersucht, die Petition der Anlieger der Salzbadlumerstraße auf der Strecke bis zur Elmstraße, welche um Herstellung des Fußweges gebeten haben, noch in diesem Jahre zu berücksichtigen, da ein dringendes Bedürfnis vorliege, dort einen besseren Fußweg zu erhalten.

Cap. XI. Gemeindesteuern:

Einnahme 2521 950 M.

Ausgabe 5400 M.

Die Beschlußfassung hierüber erfolgt am Schlusse der Berathung.

Cap. XII. Staatszuschüsse und Staatsbedürfnisse:

Einnahme 40 320 M.

Ausgabe 35 800 M.

Cap. XIII. Stadtverwaltung:

Einnahme 40 400 M.

Ausgabe 318 583,28 M.

Der Antrag des Magistrates, dem Archivar Dr. Mack eine außerordentliche Zulage von 300 M zu bewilligen, wird auf Empfehlung der Finanzcommission genehmigt.

Im Weiteren stellt die Finanzcommission folgenden Antrag:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, bei endgiltiger Feststellung der Gehaltsverhältnisse der Oberlehrer und Beamten auch eine Vorlage, betr. die Gehaltsverhältnisse der städtischen Oberbeamten, einzubringen“.

Zur Begründung des Antrages führt Herr Föbel an, daß bei der Aufbesserung der gesammten Beamtengehälter auch die städtischen Oberbeamten hätten in Frage kommen müssen und zwar um so mehr, als in anderen gleichartigen Städten ganz andere Gehälter gezahlt würden. Die Stadt Halle a./S. habe z. B. außer dem Oberbürgermeister noch 6—8 besoldete Magistratsmitglieder, deren Arbeitspensum mithin geringer sein müsse als hier, und außerdem habe sich bei einem Vergleiche von 30 größeren Städten Deutschlands ergeben, daß die Kosten für die Stadtverwaltung gerade hier am geringsten gewesen seien.

Der Antrag wird angenommen.

Herr Rathe möchte anfragen, ob sich das städtische Arbeitsamt in der kurzen Zeit seines Bestehens bewährt habe und ob sich mit der im Etat ausgeworfenen Summe wohl werde auskommen lassen.

Herr Stadtrath von Frankenberg erwidert, daß sich hierüber nach einem zehntägigen Bestehen des Arbeitsamtes natürlich noch kein abschließendes Urtheil bilden lasse, jedoch habe sich in den letzten Tagen die Inanspruchnahme des Amtes schon erfreulich gestaltet, so daß sich die Meinung der Herren, welche geglaubt haben, in dem Arbeitsamte eine nützliche Einrichtung zu schaffen, voraussichtlich nicht als betrogen erweisen werde. Da der Vorsitzende des Innungsausschusses in Aussicht gestellt habe, daß das Arbeitsamt auch von Seiten der Innungen noch mehr werde in Anspruch genommen werden, so lasse sich auf eine immer noch regere Betheiligung hoffen.

Herr Lord kann mittheilen, daß er mit dem Arbeitsamte bereits gute Erfahrungen gemacht und sich auch über die außerordentliche Coulanz gefreut habe, mit welcher die Beamten den Arbeitersuchenden entgegenkommen.

Cap. XIV. Insgemein:

Einnahme 13 134,08 M.	Ausgabe 83 664,55 M.
-----------------------	----------------------

Abschluß:

Einnahme 3 182 100 M.	Ausgabe 3 238 100 M.
Fehlsumme 56 000 M.	

B. Außerordentliche Einnahme und Ausgabe.

Cap. I. Bewegung des Stammvermögens:

Einnahme 696 077,62 M.	Ausgabe 44 477,62 M.
Anleihen 651 600 M.	

Cap. II. Vorrathsvermögen und Vorschüsse:

Einnahme 10 000 M.

Ausgabe 200 000 M.

Cap. III. Verkaufte und angekaufte Grundstücke:

Einnahme 131 256,38 M.

Ausgabe 10 652,38 M.

Cap. IV. Erstattete Vorschüsse, Bauten und öffentliche Anlagen:

Einnahme 469 666 M.

Ausgabe 989 870 M.

Wie Herr Südel erwähnt, hatte Herr Hauswaldt bei der Commissionsberathung beantragt, die unter 1 c ausgeworfene Summe von 20 000 M als erste Rate für den Bau eines Museumsgebäudes zu streichen, weil er solchen Bau nicht eher wünsche, bis im Schulhausbaufonds nachweisbar genügende Mittel zur Herstellung des Gebäudes vorhanden seien. Die Finanzcommission habe diesen Antrag nicht angenommen.

Herr Hauswaldt will hierzu bemerken, daß man seiner Ansicht nach bei der augenblicklichen Finanzlage der Stadt ein Museum nicht bauen dürfe, wenn man das Geld dazu anleihen müsse, sondern daß dieses erst geschehen dürfe, wenn der Schulhausbaufonds dazu genügende Mittel habe, oder doch anzunehmen sei, daß die Mittel während der Bauzeit aufkommen werden. Da dieser Fonds augenblicklich stark durch Schulbauten in Anspruch genommen sei, so würde er es für richtig halten, mit dem Bau des Museums noch einige Jahre zu warten, weil er befürchte, daß später zu einer Anleihe gegriffen werden müsse, wenn schon jetzt die erste Baurate bewilligt werde und der Schulhausbaufonds in den nächsten Jahren ausreichende Mittel nicht besitze. Aus dieser Vorsicht sei sein Antrag, welchen er aber nicht weiter verfolgen wolle, hervorgegangen.

Herr Riese ist entgegengesetzter Ansicht und hält den Bau des Museums für ebenso nothwendig, wie den Bau der Gewerbeschule. Wenn man der Ansicht des Herrn Hauswaldt huldigen wollte, würde keine Stadt in der Lage sein, ein Rathhaus oder eine Schule zu bauen. Die in den Etat eingestellte Summe sei auch so niedrig gegriffen, daß der Magistrat nicht daran denke, das Museum sofort fertig zu bauen, sondern derselbe nur beabsichtige, diese Summe mit den schon zur Verfügung stehenden Beträgen für den Beginn des Baues bereit zu halten. Das städtische Museum habe wieder eine reichhaltige Sammlung und dazu Mittel im Betrage von 48 000—50 000 M erhalten, so daß an einen Neubau desselben wohl gedacht werden könne, und er es bedauerlich finden müsse, wenn solche Anträge überhaupt gestellt würden.

Auf die Anfrage des Herrn Koch, ob im Laufe des Sommers der Ausbau der unausgebauten Theilstrecke der Vertramstraße zu erwarten stehe, erwidert

Herr Bürgermeister Ketemeyer, daß das Ermittlungsverfahren zu Ende sei und der Ausbau nur noch davon abhängen, ob das der Versammlung im Entwurfe vorliegende Begebaustatut angenommen werde.

Herr Rieke möchte anfragen, ob an Stelle der jetzigen Bammelsburgerbrücke mit Rücksicht auf den dort herrschenden regen Verkehr nicht bald eine fahrbare Brücke hergerichtet werden solle, zumal da die jetzige Holzbrücke auch abgängig sei.

Herr Bürgermeister Ketemeyer muß dem gegenüber die Erbauung der Brücke an der Ferdinandstraße für viel dringender halten, weil hinter derselben viele langausgebaute Straßenzüge liegen, was bei der Bammelsburgerstraße nicht in dem Maße der Fall sei. Voraussichtlich werde es indessen nicht lange dauern, bis beide Brücken in Angriff genommen werden könnten.

Herr Nolte möchte anfragen, ob noch nicht in Aussicht stehe, die Bammelsburgerstraße mit Platten zu belegen, da der Zustand dort nur als ein höchst mäßiger bezeichnet werden könne.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, daß der Magistrat auf dem Standpunkte stehe, den Plattenbelag für eine Straße nicht decretiren zu wollen, weil die Anlieger die Kosten tragen müssen. Am zweckmäßigsten würde es sein, wenn ein entsprechender Antrag gestellt und dem Magistrate unterbreitet würde.

Herr Rathe möchte wünschen, daß bei der Erweiterung des Bürgerparks ein etwas ruhigeres Tempo eingeschlagen und für das laufende Jahr nicht die in den Etat eingestellte volle Summe von 50 000 M. ausgegeben würde. Man könne die Ausgabe auf eine längere Reihe von Jahren vertheilen und beantrage er, für das laufende Jahr statt 50 000 M. nur 10 000 M. auszuwerfen.

Herr Bürgermeister Ketemeyer will zugeben, daß es Gefühlsache sei und sich darüber streiten lasse, ob man den Bürgerpark schneller oder langsamer fertig haben wolle. Voriges Jahr sei übrigens die im Etat ausgeworfene Summe von 50 000 M. nicht verbraucht worden, sondern man sei nur auf etwa 25 000 M. gekommen. Die Deputation stehe auf dem Standpunkte, Erdboden gegen volle Bezahlung dorthin schaffen zu lassen, möge sie ihn herbekommen, wo sie wolle, und trotzdem sei die Arbeit doch nicht so schnell vorgeschritten, wie sie wünschte. Jedenfalls erscheine es aber nöthig, den Park in der Nähe der Wolfenbüttlerstraße möglichst schnell fertigzustellen, da die dort herrschenden traurigen Zustände nicht bleiben könnten und wenn es noch mehr Geld kosten sollte. Die rückwärts liegenden Partien des Parks könnten dann vielleicht in langsamerem Tempo in Stand gesetzt werden.

Herr Bues ist der Ansicht, daß Herr Rathe solchen Antrag nicht gestellt haben würde, wenn derselbe in der Nähe der Wolfenbüttlerstraße wohnte. Wer unter den Beschwerden der Müllanfuhr zu leiden habe, dem könne der Bürgerpark gar nicht schnell genug fertiggestellt werden. Wenn die Anwohner des oberen Theiles der Wolfenbüttlerstraße sich trotz der furchtbaren Belästigungen durch die Müllanfuhr den städtischen Behörden gegenüber immer noch ruhig verhalten haben, so geschehe das in der Erwartung, daß es sich um einen Uebergang handle und der Park später eine Zierde der Gegend und auch in gesundheitlicher Beziehung

eine Annehmlichkeit sein werde. Deshalb bitte er, die Etatsposition bestehen zu lassen und den Antrag Rathe abzulehnen.

Herr Blasius schließt sich dem letzteren Wunsche an und will bei der Gelegenheit die Bitte aussprechen, bei der Anfuhr des Mülls eine gewisse Auswahl treffen zu lassen. Nach ihm gewordenen Mittheilungen sollen den Anwohnern der Wolfenbüttlerstraße mehrfach faule Dünste von verwesten Thierleichen u. dergl. aus dem Bürgerparke zugekommen sein. Wenn nun der Antrag Rathe angenommen würde, wäre der Magistrat nicht in der Lage, dort das unbedingt Nothwendige zu thun und die organischen Substanzen mit der nöthigen Menge reiner Erde zu bedecken. Daher bitte er, die 50 000 M im Etat stehen zu lassen und bei der Anfuhr des Mülls eine gewisse Auswahl zu treffen.

Herr Rathe will noch bemerken, daß er bei seinem Antrage die finanzielle Bedrängniß der Stadt in Rücksicht gezogen habe. Wenn im abgelaufenen Jahre nur 25 000 M ausgegeben seien, so erscheine die Sache in einem ganz anderen Lichte. Stelle man aber stets so hohe Summen in den Etat ein, so werde man bald wieder neue Steuern gebrauchen. (Widerspruch.) Die Viersteuer sei doch nur eingeführt worden, weil die Stadt in finanzieller Bedrängniß gewesen sei. Wenn man für solche Luxusausgaben, und die Anlegung des Bürgerparkes halte er in gewissem Sinne für eine Luxusausgabe, nur 25 000 M gebrauche, so sei es nicht nöthig, mehr dafür einzustellen. Um den von den Anwohnern der Wolfenbüttlerstraße beklagten Uebelständen abzuhelpen, reiche es aus, wenn man nur guten Erdboden, der genug ausgeschachtet werde, nach dem erweiterten Bürgerparke fahren lasse. Man brauche ein so beschleunigtes Tempo wirklich nicht einzuschlagen und jährlich 50 000 M für den Bürgerpark einzustellen, während man für den Museumsbau kein Geld habe, sondern man könne auch den Nachkommen etwas von diesen Ausgaben überlassen.

Herr Bürgermeister Netemeyer giebt die auffallend erscheinende Differenz zwischen dem Anschlage und der wirklichen Ausgabe des vorigen Jahres gern zu, wenn auch der definitive Abschluß noch nicht vorliege. Dabei komme indessen in Betracht, daß zwei größere Aufwendungen, welche man für das Vorjahr geplant habe, nicht zur Ausführung gekommen seien, nämlich die schon genehmigte Verbindungsbrücke und die Zuleitung zu dem Teiche aus der Oker oberhalb Eisenbüttel. Beide Anlagen seien wegen Nichtfertigstellung der Projecte nicht zur Ausführung gebracht worden. Ob man nun aber im laufenden Jahre nur eben so viel Mittel gebrauchen werde, wie im Vorjahre, stehe dahin, weshalb eine Ermäßigung der in den Etat eingestellten Summe nicht rathsam erscheine. Auf die Aeußerung des Vorredners, daß möglicherweise höhere Steuern ausgeschrieben werden müßten, wenn die höheren Ausgaben in den Etat eingestellt würden, brauche er wohl nicht einzugehen, weil eine feste Vereinbarung zwischen den städtischen Behörden vorliege, nach welcher diese Einnahmen und Ausgaben nicht in das Ordinarium des Stats hineingehören.

Herr Südel schließt sich der letzteren Aeußerung an, da die ordentlichen Ausgaben nicht erhöht werden könnten, wenn die im Haushaltsplane stehenden Beträge nicht verausgabt würden. Im Uebrigen seien gegen die Anschlagssummen hinterher meistens Ersparnisse und nicht Ueberschreitungen eingetreten.

Herr Löschigt möchte Herrn Blasius erwidern, daß die in dem erweiterten Bürgerparke gefundenen Cadaver sich hinterher als Pelzmützen ausgewiesen haben und deshalb keinen allzustarken Geruch verbreitet haben können. Das Abladen des Mülls würde nicht so viel Staub verursachen, wenn nicht jede Schaufel Müll einzeln abgeladen werden müßte; man sollte darum die Müllwagen so umändern, daß sie leicht und möglichst staubfrei entladen werden können. Den Anwohnern der Wolfenbüttlerstraße sei man Dank schuldig, daß sie der Stadtverwaltung nicht mit mehr Beschwerden gekommen seien und könne er nur bedauern, daß die vorgebrachte Beschwerde von dem Straßenbahn-Etablissement herrühre, da es doch auch nicht angenehm sei, wenn die Straßenbahngleise aufgerissen würden.

Herr Müller bittet, auf die Instandsetzung der Schöppenstedterstraße Bedacht zu nehmen, da sich dieselbe in einem sehr traurigen Zustande befinde.

Der Antrag des Herrn Rathe wird hierauf abgelehnt.

Cap. V. Insgemein:

Einnahme —.

Ausgabe 62 000 M.

Herr Brückmann bittet um Auskunft, ob die Eisenbahn nach Debitsfelde als Normal- oder als Secundärbahn ausgebaut werden solle.

Herr Südel erwidert, daß die Bahn durch den Staatsvertrag als Nebenbahn genehmigt worden sei und voraussichtlich auch als solche ausgebaut werden würde. Es sollen jedoch Verhandlungen im Gange sein, um die Bahn derartig auszubauen, daß sie in absehbarer Zeit als Vollbahn befahren werden könne. Wenn auch die Aufwendungen des Staates und der Stadt Braunschweig für eine Nebenbahn sehr erheblich seien, so müsse man dagegen doch in Rechnung ziehen, daß die preussische Staatseisenbahnverwaltung das allergrößte Interesse daran habe, die Bahn so auszubauen, daß sie eine wirkliche Entlastung für die überlasteten Strecken Berlin—Magdeburg und Stendal—Hannover werden könne.

Abchluß:

Einnahme und Ausgabe 1307 000 M.

2. Etat der mit der Cämmereicasse in Verbindung stehenden Verwaltungen.

I. Städtisches Kieselgut Steinhof:

Einnahme 146 900 M.

Ausgabe 144 000 M.

Ueberschuß 2900 M.

Anhang: Betriebsplan der Abwässer-Pumpstation:
Einnahme und Ausgabe 32 150 M.

Herr Fiedel möchte empfehlen, von einer eingehenden Verathung dieses Punktes heute abzusehen und für eine spätere Sitzung vorzubehalten.

II. Städtische Markthalle:
Einnahme 54500 M. Ausgabe 15 100 M.
Ueberschuß 39400 M.

Herr Rathe würde es für wünschenswerth halten, auch die Zinsen des Anlagecapitales der Markthalle mit unter den Ausgaben zu buchen, weil man sonst im Publicum leicht der Ansicht zuneige, die Markthalle werfe einen so erheblichen Ueberschuß ab.

Herr Fiedel erwidert, daß das Anlagecapital sich etwa mit $3\frac{1}{2}\%$ verzinse.

Herr Rieke möchte die traurigen Verhältnisse in der Markthalle einmal zur Sprache bringen. Die Stadt würde an der Halle erst dann etwas haben, wenn sie voll besetzt wäre. Nothwendig sei es, die festen Stände aus der Halle zu beseitigen, damit die Bewegungsfähigkeit in derselben erhöht würde und die Halle denen anderer modernen Städte mehr gleiche. Es lasse sich auch nicht begreifen, wie man den Gang durch die Halle habe nur 2,20 m breit machen können. Wenn der Versammlung auch s. B. die Zeichnungen über die Halle vorgelegen haben, so lasse sich für dieselbe daraus doch kein Vorwurf erheben, weil sich solche Sachen nicht so schnell übersehen ließen. Die Markthalle in Hannover sehe ganz anders aus und könnte der hiesigen Halle als Muster dienen. Der Deputation würden diese Klagen wohl auch schon zu Ohren gekommen sein, jedoch habe man an Abhülfe anscheinend noch nicht gedacht. Wenn übrigens den in der Halle ausstehenden Verkäufern gesagt werde, sie hätten dort hinzugehen, wo ihnen eine Stelle angewiesen werde und wenn es beim Closet wäre, so entspreche das wohl einem Korporalschaftstone, nicht aber dem Tone eines städtischen Beamten. Das durch die Halle gelegte Bahngleis könne auch beseitigt werden, weil es doch Niemand benutze. Außerdem müsse man dafür sorgen, daß nicht die beste Waare von Braunschweig weggeschickt werde, wodurch man nur die Kunden aus der Markthalle verscheuche. Auch brächten verschiedene Händler ihre Waaren lieber den Kunden ins Haus, als daß sie in der Markthalle Aufstellung nähmen. In allen diesen Dingen müßte Wandel geschaffen werden, worauf sich eine ganz andere Frequenz in der Halle herausstellen würde und man mit einer andern Verzinsung des Anlagecapitales rechnen könne. Er bitte deshalb, den Umbau der Halle recht bald in die Hand zu nehmen.

Herr Koch will hierzu bemerken, daß erst die Erfahrung klug mache und die hannoversche Markthalle ursprünglich ebenso eingerichtet gewesen sei, wie die hiesige. Die Stände seien dort erst später wieder weggenommen und auch hier

würden der Versammlung demnächst verschiedene Pläne zur Abänderung der Stände vorgelegt werden.

Herr Stadtrath Meyer: Die Klagen über die Halle seien alt und die finanziellen Ergebnisse auch nicht gut gewesen, so daß sich die Deputation naturgemäß damit befaßt habe, festzustellen, woran denn eigentlich der schwache Betrieb liege. Wenn nun auch einige Verbesserungen eingeführt werden sollten, so glaube die Deputation doch nicht, daß die von Herrn Rieke angeführten Mittel ohne Weiteres dazu angethan seien, die Wünsche zu erfüllen. Die Klagen über die Einrichtung der Markthalle seien bislang auch nur von den Verkäufern laut geworden, während das Kundenpublicum gar nicht klage. (Widerspruch.) Leider sei auch der Besuch der Halle seitens des Publicums ein so schwacher, daß die Zahl der in der Halle stehenden Verkäufer im Laufe der Zeit sehr herabgesunken sei und die wenigen noch vorhandenen Händler nur schwer ihren Lebensunterhalt zu verdienen vermöchten, obwohl die Hallengebühren schon bedeutend ermäßigt worden seien. Daß die Gänge zu eng sein sollen, könne er nicht finden und in Hannover seien dieselben nur 1,85 m breit gewesen, während man sie hier mit Rücksicht auf die auswärts gesammelten Erfahrungen 2,35 m breit gemacht habe. Aber gerade da, wo die Enge der Gänge am schärfsten hervortrete, nämlich bei den Fleischerständen, habe sich der Verkehr gehoben. Die Enge trete auch nur an den Hauptmarkttagen, speciell am Sonnabend von 8—12 Uhr, hervor, während zu allen übrigen Zeiten die Gänge reichlich breit seien. Das Publicum könne sich in den Gängen vollständig frei bewegen, und es gewinne den Anschein, als ob hauptsächlich die mehr in der Mitte der Stände sitzenden Verkäufer den Wunsch nach Verbreiterung der Gänge hätten, in der Annahme, daß dann die Käufer nicht so leicht von den an der Ecke sitzenden Verkäufern abgefangen würden. Ob aber durch solche Verbreiterung eine Besserung in dem von Herrn Rieke angenommenen Umfange stattfinden werde, erscheine doch sehr zweifelhaft.

Ferner sei gewünscht worden, man möchte die Halle auch zu einer Zeit öffnen, wo sie jetzt geschlossen sei. Gewisse Zeiten hindurch müßte aber die Halle im Interesse eines ordnungsmäßigen Betriebes geschlossen werden, weil eine Reinigung derselben nothwendig stattfinden müsse. Es dürfe wohl angenommen werden, daß sich über die Ordnung und Sauberkeit in der Halle Jeder freuen würde, wenn es auch weniger angenehm wäre, daß sie so geringen Verkehr habe. Vielleicht lasse sich die Dauer der Hallenschließung täglich um 1 bis 2 Stunden, verkürzen, aber eine Hebung des Marktverkehrs werde sich dadurch nicht erzielen lassen. Wenn auch einige Producenten ihre Waaren im Wirthshause verkaufen, oder den Abnehmern ins Haus liefern sollen, so liege das doch nicht daran, daß die Markthalle zeitweise geschlossen werde. Im Uebrigen sei die Deputation bemüht, mehr und mehr die Gründe zu erforschen, welche zur Hebung des Verkehrs in der Halle führen und sei dem Magistrate bereits eine Vorlage

gemacht, Aenderungen zu schaffen, welche vielleicht eine Besserung im Gefolge haben können.

Herr Ebeling kann mittheilen, daß in der Berliner Markthalle am Alexanderplage die Schlachterstände genau so angelegt seien wie hier, und auch in der Leipziger Markthalle, welche 4 Millionen gekostet habe, seien die gleichen Einrichtungen getroffen. Wenn man hier den Verkehr erleichtern wolle, könne man höchstens je einen Schlachterstand herausnehmen, um noch einen Durchgang zu schaffen. Zur Hebung des Verkehrs in der Halle halte er es für geboten, den ganzen übrigen Marktverkehr in der Stadt und auch den Hausirhandel zu schließen. Als Vertreter des westlichen Stadttheils könne er indessen nicht befürworten, den Altstadtmarkt und Kohlmarkt zu räumen, sondern man werde sich wohl oder übel mit dem Gedanken tragen müssen, in der Gegend noch eine neue Markthalle zu bauen. In Leipzig sei in dem ganzen Rayon um die Markthalle herum der Hausirhandel mit Marktwaaaren verboten und der Ständepreis in der Halle von 15 M auf 150 M gestiegen, welcher Preis aber viel zu hoch sei. Hier fahren die Leute die Fallersleber- und die Wendenstraße mit ihren Wagen ab und etabliren Märkte auf der Straße, was wenigstens in der Innenstadt verboten werden müßte.

Herr Wolff möchte den von Herrn Ebeling angeführten Gründen, welche durchaus berechtigt seien, noch hinzufügen, daß das Publicum seine Lieblingsquelle für Grünwaaren ebenso aufzusuchen pflege wie etwa seine Lieblingsquelle für Leberwurst. Bei der Markthalle habe man den Gedanken gehabt, zu möglichst billigen Preisen eine große Auswahl von Waaren zu bekommen, sei darin aber getäuscht. Eine Menge Händler mache auf die Waaren wegen der zu zahlenden Standgelber sogar einen Aufschlag, was ganz verkehrt sei. Man könne thatsächlich in den verschiedensten Gegenden der Stadt besser und billiger kaufen, als in der Markthalle. Dazu sei das Benehmen der Verkäufer in der Markthalle auch nicht einwandfrei und wenn heute Herr Riese dem Markthallenverwalter einen Vorwurf aus seinem Auftreten mache, so könne er das Gegentheil behaupten, denn der Verwalter sei ein ganzer Mann und durchaus an seinem Plaze, ebenso auch die Deputationsmitglieder, über die er seine Freude habe. Mit den Damen der Halle zu verkehren sei aber nicht leicht und wenn einmal ein hartes, grobes Wort gegen sie falle, so könnten sie dasselbe gegen das, was sie dem Publicum bieten, aufwiegen. Durch die Aufhebung der freien Märkte und des Hausirhandels würde der Verkehr in der Markthalle aber auch nicht besser werden.

Herr Bültemann ist der Ansicht, daß erst mit der Aufhebung des Hausirhandels und der offenen Märkte eine Besserung in der Markthalle eintreten könne.

Herr Riese kann aus den Aeußerungen des Herrn Stadtrath Meyer nur den Schluß ziehen, daß die Markthalle eine verfehlte Speculation sei, worauf er sich

indessen nicht einlassen könne. Wünschenswerth erscheine es ihm, an den Kellereinrichtungen der Halle noch Besserungen vorzunehmen, damit die Waaren im Sommer und Winter dort aufbewahrt werden können und man z. B. im Sommer dort nicht zu weiche Butter erhalte. Bei der Verathung des Markthallenbaues sei damals Decentralisation des Markthallenwesens beschlossen worden und könne das Institut nicht eher seine Aufgabe erfüllen, bis noch eine zweite Markthalle vielleicht aus dem alten Gewandhause erbaut sei und man die offenen Märkte aufgehoben habe.

Herr Bauermeister möchte gegenüber dem Angriffe des Herrn Riele auf den Markthallenverwalter hervorheben, daß der Mann in vollem Maße seine Schuldigkeit thue, und wenn wirklich einmal ein hartes Wort falle, so sei das nicht schlimm. In Bezug auf die Butter müßten sich die Leute selber schützen, indem sie sich einen Eißchrank anschafften, was von den meisten auch schon geschehen sei. Die Ventilation in der Halle sei gut und könnte aber auch im anderen Falle von dem Verwalter nicht geändert werden.

Herr Stadtrath Meyer will noch erwähnen, daß eine Beschränkung des Hausirhandels nach der Gewerbeordnung nur möglich sei in Bezug auf den Handel auf den Straßen, während es sich hier um den Handel in den Häusern handle. In Leipzig beziehe sich das Verbot auch nur auf den Handel in den Straßen, jedoch sei derselbe nach der Ansicht der Deputation hier nicht so stark, um ihn aufheben zu müssen.

Herr Ebeling ist der Ueberzeugung, daß manche Gärtner aus Wolfenbüttel, wie z. B. Tampke, bessere Geschäfte auf der Straße machen, als die Händler in der Markthalle und dazu das Standgeld noch sparen.

Herr Stadtrath Meyer möchte dazu bemerken, daß die Wolfenbüttler Gärtner über 1100 M. Standgeld in der Markthalle bezahlen und keineswegs frei ausgehen. Damit wird dieser Gegenstand verlassen.

Das Referat über die Schulen hat Herr Hauswaldt übernommen.

III. Städtische Oberrealschule:

Einnahme und Ausgabe 113 700 M.

Städtischer Zuschuß 60 000 M.

Der stadtseitige Zuschuß beziffert sich, wie Herr Hauswaldt bemerkt, für jeden ortszugehörigen Schüler auf 130,20 M. und für jeden auswärtigen Schüler auf 112 M. Hieraus dürfte sich wohl die Frage anregen lassen, ob nicht das Schulgeld gesteigert werden müßte. Im Jahre 1898 habe der Zuschuß 93,70 M. bezw. 81,14 M. und 1899 schon 114,85 M. bezw. 97,25 M. betragen, während diese Zahlen für 1900 auf 130,20 M. bezw. 112 M. angewachsen seien. Unter den Ausgaben finde sich im Cap. I ein Posten von 6400 M. als Dispositionsfonds der städtischen Behörden zur Erhöhung der Normalgehälter der wissenschaftlichen Lehrer, welcher nur einen Theil der Jahresausgabe repräsentire. Wenn indessen die Vorverhandlungen hierüber schnell abgeschlossen werden könnten, würden die

Gehaltszulagen vom 1. April d. Jz. ab nachgezahlt werden, und dann werde die Summe nicht ausreichen.

Herr K a t h e bedauert, daß bei dieser Sachlage kein Antrag auf Erhöhung des Schulgeldes gestellt worden sei, da es doch nur angemessen erscheine, daß mit der Erhöhung der Lehrergehälter auch das Schulgeld erhöht werden müsse. An anderen Orten sei das Schulgeld 30—50 M. höher als hier.

Herr Oberbürgermeister P o c k e l s will dazu bemerken, daß der Magistrat schon bei der vorläufigen Mittheilung über die Nothwendigkeit einer wesentlichen Erhöhung der Gehälter für die wissenschaftlichen Lehrer an der höheren Mädchenschule angedeutet habe, es werde dann wohl eine Erhöhung des Schulgeldes an der Oberrealschule und der höheren Mädchenschule erforderlich werden und behalte er sich eine entsprechende Vorlage vor. Innerhalb des Schuljahres könne aber eine Erhöhung des Schulgeldes nicht eintreten. Mit der Vorlage über die Erhöhung der Lehrergehälter werde eine Vorlage wegen der Erhöhung des Schulgeldes verbunden werden und zwar voraussichtlich vom nächsten Schuljahre ab.

IV. Städtische höhere Mädchenschule:

Einnahme und Ausgabe 104 320 M.

Städtischer Zuschuß 30 100 M.

Der stadtseitige Zuschuß beträgt für die ortsangehörigen und die ortsfremden Kinder: im Jahre 1898: je 37,³³ M. bezw. 15,⁸⁵ M., 1899: = 41 M. bezw. 13,³⁵ M. und 1900 = 42,¹⁰ M. bezw. 13,⁹⁰ M.

Herr V o r d muß es als selbstverständlich ansehen, daß in der Versammlung beantragt werden könne, den Gehaltserhöhungen rückwirkende Kraft vom 1. April d. Jz. auch dann zu geben, wenn die betreffende Magistratsvorlage verspätet eingeht.

V. Lehrerinnen-Seminar:

Einnahme und Ausgabe 6000 M.

Städtischer Zuschuß 2350 M.

Herr R i e k e möchte fragen, weshalb nicht auch bei dem Lehrerinnen-Seminare die Zahl der dasselbe besuchenden Schülerinnen angegeben sei.

Herr Oberbürgermeister P o c k e l s erwidert, daß der Unterricht am Seminare nicht durch eigens angestellte Lehrer und Lehrerinnen, sondern durch das bei der höheren Mädchenschule angestellte Lehrpersonal erteilt werde, welches den Unterricht ohne besondere Vergütung zu geben habe. Die Anzahl der Schülerinnen wechsele aber derartig, daß dieselbe bei der Aufstellung des Etats noch nicht angegeben werden könne; sie betrage etwa 16—20. Die Anmeldungen zum Seminar erfolgten nicht so zeitig, wie bei den eigentlichen Schulanstalten.

VI. Städtische Mädchenschule:

Einnahme und Ausgabe 71 601,²⁰ M.

Städtischer Zuschuß 38 600 M.

Die Zuschüsse für die ortsangehörigen bezw. die ortsfremden Kinder betragen: 1898 = 65,¹⁰ bezw. 35,¹⁰ M., 1899 = 68,⁶⁵ M. bezw. 34,⁵⁰ M., und 1900 =

81,³⁵ M bezw. 47,¹⁵ M. Die wesentliche Erhöhung des Zuschusses im laufenden Jahre liege an der Erhöhung der Lehrergehälter.

VII. Städtische Bürgerschulen:

Einnahme und Ausgabe 997 400 M. Städtischer Zuschuß 782 400 M.

Der städtische Zuschuß sei von 643 600 M des Vorjahres auf 782 400 M angewachsen und rühre die Erhöhung desselben hauptsächlich aus der Erhöhung der Lehrergehälter her. Für jedes einheimische Kind habe die Stadt einen Zuschuß von 60,⁵⁰ M zu leisten, während dieser Zuschuß im Vorjahre 53,⁴⁰ M betragen habe.

Herr Rathe ersucht, die Schulgelberhöhungen auf alle städtischen Schulen mit Ausnahme der unteren Bürgerschulen auszudehnen, da im Vergleich zu allen anderen Städten hier ein sehr niedriges Schulgeld auf den sogenannten gehobenen Bürgerschulen gezahlt werde.

Herr Oberbürgermeister Pockels will dazu bemerken, daß diese Frage bereits im Schulvorstande gestreift sei und der Director der Bürgerschulen den Auftrag bekommen habe, entsprechende Vorschläge zu machen und zu begründen. Es werde die Frage also auch in Bezug auf die mittleren Bürgerschulen erwogen werden.

VIII. Städt. Fortbildungs- und Gewerbeschule:

Einnahme und Ausgabe 49 700 M. Städtischer Zuschuß 8250 M.

Nunmehr wird auch das Cap. III des ordentlichen Etats, betr. das Unterrichtswesen, insbesondere auch die Erhöhung des Zuschusses für jedes die katholische Schule besuchende einheimische Kind von 15 auf 20 M im Princip, genehmigt. Die Begründung dieser Erhöhung wird noch durch eine besondere Vorlage erfolgen.

Ueber den Rest des Haushaltsplanes berichtet namens der Finanzcommission wieder Herr Südel.

IX. Städt. Armenkasse:

Einnahme und Ausgabe 419 000 M. Städtischer Zuschuß 271 400 M.

Die von Herrn Nolte beantragte Erhöhung der Vergütung an das Schwesternhaus vom Rothen Kreuz für die Stellung von acht Schwestern für das städtische Krankenhaus habe die Finanzcommission abgelehnt und empfehle dieselbe zugleich dem Magistrat die Nichtberücksichtigung der entsprechenden Eingabe des Rothen Kreuzes.

X. Städt. Straßenreinigungs-Institut:

Einnahme und Ausgabe 165 300 M. Städtischer Zuschuß 128 900 M.

XI. Städt. Gaswerke:

Einnahme 1 117 000 M. Ausgabe 942 000 M.

Ueberschuß 175 000 M.

Herr Böschigt bezweifelt nicht, daß sich der Gasconsum trotz der Eröffnung des Electricitätswerkes noch weiter steigern werde. Nun bestehe hier aber ein

Mißverhältniß in den Gaspreisen, welches beseitigt werden müsse. Es bezahle hier nämlich der kleine Consument denselben Preis von 17 S pro cbm für Leuchtgas, welchen der Abnehmer von 6000—7000 cbm zu zahlen habe und das sei vom kaufmännischen Standpunkte aus nicht richtig. Er bitte deshalb, folgenden Antrag zu unterstützen:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, eine Rabatttabelle für den Gasconsum festzustellen in der Art, daß den Consumenten, welche jährlich mindestens 3000 cbm Leuchtgas verbrauchen, Rabatt gewährt wird“.

In Hannover bezahle man für Leuchtgas 16 S und für Brauchgas 12 S , also pro cbm 1 S weniger als hier und trotzdem werde den größeren Abnehmern noch Rabatt gewährt. Weit entfernt, eine Ermäßigung des Gaspreises im Allgemeinen zu beantragen, halte er es doch für einen Act der Willigkeit, den größeren Consumenten etwas entgegenzukommen, damit sie nicht denselben Preis wie die kleinen Abnehmer zu zahlen haben.

Der Antrag findet nicht die genügende Unterstützung und ist deshalb gefallen.

Herr Rathe beantragt, den Schulhausbaufonds aufzuheben und die Ueberschüsse aus den Gas- und Wasserwerken dem ordentlichen Etat zuzuführen. Bei guter finanzieller Stellung der Stadt erscheine der Schulhausbaufonds wohl ganz angebracht, aber unter den jetzigen Verhältnissen halte er es für richtiger, den früheren Beschluß aufzuheben. Da jährlich etwa 250 000 M für Schulbauten erforderlich seien, so würde die Durchführung seines Wunsches den außerordentlichen Etat mit etwa 8000 M belasten, während der ordentliche Etat eine um 175 000 M + 41 200 M + 400 M = 216 600 M erhöhte Einnahme aufweisen werde. Man brauche in dieser Weise nicht für die Zukunft zu sorgen und könne die Schulen aus Anleihen bezahlen, die Ueberschüsse aus den Gas- und Wasserwerken aber für den ordentlichen Etat verwenden, weil man sonst auch leicht geneigt sei, höhere Luxusausgaben, z. B. für den Bürgerpark, aus diesem Fonds zu nehmen. Er bitte also, den Magistrat zu ersuchen, bei dem nächstjährigen Etat mit einer Vorlage zu kommen, nach welcher diese Sparcasse aufgehoben werde.

Auch dieser Antrag findet nicht die genügende Unterstützung und kommt deshalb nicht weiter in Frage.

XII. Städt. Wasserwerk:

Einnahme 307 200 M .

Ausgabe 266 000 M .

Ueberschuß 41 200 M .

Herr Bues fragt an, wann das neue Project einer Trinkwasseranlage vorgelegt werden könne. Ursprünglich habe man eine viel kürzere Frist für die Fertigstellung desselben in Aussicht genommen und geglaubt, daß der Baurath Thiem das Project schneller fertigstellen werde.

Herr Bürgermeister Ketemeyer will gern anerkennen, daß die Sache sich sehr verzögert habe und zwar dadurch, daß der Baurath Thiem durch Krankheit verhindert gewesen sei, das Project fertigzustellen. Nunmehr sei dasselbe aber eingegangen und als ausgezeichnet befunden worden, so daß die Deputation sich gleich nach Ostern mit demselben werde befassen können.

XIII. Städt. Neustadtmühle:

Einnahme 29 400 M.

Ausgabe 29 000 M.

Ueberschuß 400 M.

3. Hauptabschluß des ordentlichen Stadthaushaltes für 1. April 1900/1901

einschließlich der mit demselben durch Zuschuß oder Ueberschuß in Verbindung stehenden städtischen Verwaltungen.

Cap.	Verwaltungszweig	Einnahme		in Pro=centen	Ausgabe		in Pro=centen	Ueberschuß		Fehlsumme	
		M	℔		M	℔		M	℔	M	℔
I.	Kämmereivermögen (im engeren Sinne)	194500	—	6,11	635100	—	19,61	—	—	440600	—
II.	Kirchenwesen . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
III.	Unterrichtswesen . .	177100	—	5,57	1120300	—	34,60	—	—	943200	—
IV.	Kunst und Wissen=schaft	—	—	—	16800	—	0,52	—	—	16800	—
V.	Armenpflege . . .	—	—	—	271400	—	8,38	—	—	271400	—
VI.	Gesundheitswesen . .	1800	—	0,06	5215	—	0,16	—	—	3415	—
VII.	Bereinswesen und Volksfeste . . .	61667	—	0,02	210717	—	0,07	—	—	149050	—
VIII.	Feuerlöschwesen . .	26800	—	0,84	81100	—	2,50	—	—	54300	—
IX.	Ortspolizei . . .	3647925	—	1,15	388730	—	12,00	—	—	352250	75
X.	Straßenbau . . .	129000	—	4,05	273900	—	8,46	—	—	144900	—
XI.	Gemeindesteuern u.	2521950	—	79,25	5400	—	0,17	2516550	—	—	—
XII.	Staatszuschüsse und Staatsbedürfnisse	40320	—	1,27	35800	—	1,11	4520	—	—	—
XIII.	Stadtverwaltung . .	40400	—	1,27	31858328	—	9,84	—	—	278183	28
XIV.	Insgemein . . .	1313408	—	0,41	8366455	—	2,58	—	—	70530	47
Zusammen		3182100	—	100	3238100	—	100	2521070	—	2577070	—

4. Verwaltung des Schulhausbaufonds.

Zugang 575 900 M.

Abgang 437 100 M.

Bestand 138 800 M.

Namens der Finanz-Commission möchte Herr F ü d e l den Wunsch aussprechen, daß der Versammlung in Zukunft eine Erläuterung darüber gegeben werde, woher die große Differenz zwischen dem nach dem vorjährigen Etat angenommenen Bestande am Schlusse des Jahres 1899/1900 mit 57 240 M und dem wirklichen Bestande am 1. April 1900 mit 328 000 M komme. Es werde das wohl daher rühren, daß verschiedene der in Ansatz gebrachten Summen thatsächlich nicht verausgabt seien und empfehle es sich, vielleicht im Begleitschreiben darauf hinzuweisen.

Herr Oberbürgermeister P o c k e l s sagt die Erfüllung dieses Wunsches zu.

5. Anhang.

Canalbaucaſſe.

A. Neubauetat:

Einnahme und Ausgabe 308 500 M.

Aufzunehmende Anleihen 293 400 M.

B. Unterhaltungsetat:

Einnahme und Ausgabe 247 700 M.

Städtischer Beitrag 78 400 M.

Der Etat der Canalbaucaſſe wird mit der Maßgabe genehmigt, daß die Canalabgabe für das Jahr 1900/01 wiederum auf 2 % des Grundsteuercapitales festgestellt werde.

Städtisches Schlachthaus.

Einnahme und Ausgabe 186 700 M.

Tilgungsbetrag 18 304,70 M.

Herr W o l l e n w e b e r möchte auf einen Uebelstand in Bezug auf die Behandlung des eingebrachten Fleisches aufmerksam machen. Unter Hinweis auf den vom Reichstagsabgeordneten Vielhaben veröffentlichten Brief über den geringen Werth des eingeführten dänischen Fleisches würde es sich vielleicht empfehlen, die Herzogl. Polizeidirection darauf aufmerksam zu machen, daß dieses Fleisch wohl nicht direct, wohl aber zu Wurst verpackt in die Stadt komme. Schon der Preis des Fleisches, welches hier an Ort und Stelle ausgebeint einige 30 $\frac{1}{2}$ koste, weise darauf hin, daß es nichts Ordentliches sei. Dieses Fleisch werde hier nicht zugelassen und dürfe auch im Schlachthause nicht verarbeitet werden, dagegen verarbeiten es verschiedene größere Wurstfabriken in der Nähe der Stadt ganz massenhaft und führen es unbeanstandet als Wurstwaare in die Stadt ein. Er bitte deshalb den Magistrat, bei der Herzogl. Polizeidirection dahin vorstellig zu werden, daß die Einführung des dänischen Fleisches in die Stadt inhibirt werden möchte.

Herrn Stadtrath Meyer ist es nicht bekannt, daß die Einführung des dänischen Fleisches hier verboten sei. Der Magistrat werde indessen im Interesse der Schlachterinnung Erkundigungen über diese Angelegenheit einziehen und dann weitere Aufklärung geben.

Herr Wollenweber kann wiederholen, daß das dänische Fleisch thatsächlich von der hiesigen Schlachthausverwaltung und zwar zu Recht zurückgewiesen worden sei, während es auf Umwegen als Wurst wieder in die Stadt hineinkomme. Wenn aber den großen Wurstfabriken aus der Umgebung Braunschweigs nachgewiesen werde, daß sie solches Fleisch zu ihrer Wurst verarbeiten, so müßte ihnen auch die Einführung dieser Wurst in die Stadt verboten werden.

Herr Fudel will bemerken, daß thatsächlich Fleisch in ganz kleinen Stücken aus Dänemark eingeführt werde, welches hier zurückgewiesen sei. Nun werde aber auch eine erhebliche Menge dänischen Fleisches in bedeutend größeren Stücken eingeführt, welches untersucht sei und von dem die in der Nähe der Stadt liegenden Wurstfabriken behaupten, daß sie nur dieses größere Fleisch verwenden. Sollte auch das Fleisch in den kleinen Stücken hier Verwendung finden, so würde das eine Schädigung der gesamten Wurstindustrie Braunschweigs bedeuten.

Herr Blasius glaubt, daß es sich hierbei doch wohl mehr um eine Landessache handle, da unserer Polizeiverwaltung in Bezug auf die umliegenden Ortschaften keine Befugnisse zustehen. Bedauerlich sei es, daß das braunschweigische Fleischsgesetz, welches hier fertig vorgelegen habe, mit Rücksicht auf das vom Reiche zu erwartende Fleischsgesetz, das vielleicht noch recht lange auf sich warten lassen könne, nicht eingeführt worden sei. Hätte man damals das völlig fertiggestellte Gesetz eingeführt, würde man an demselben jetzt einen Schutz gegen die von Herrn Wollenweber angeführten Uebelstände haben können. Vielleicht könnten die städtischen Behörden Schritte thun, daß das Gesetz für das Herzogthum Braunschweig publicirt würde.

Herr Bues hält noch einen anderen Weg für gangbar. Da die auswärtigen Wurstfabriken hier fast sämmtlich Verkaufsfilialen haben, für welche die Waaren in die Stadt gebracht würden, ohne daß sie die Untersuchungsstelle passiren, so müßte den Leuten aufgegeben werden, ihre Waare die Untersuchungsstelle passiren zu lassen, wie das bei anderen eingebrachten Waaren auch nöthig sei.

Herr Stadtrath Meyer kann nicht annehmen, daß ein solches Privilegium bestehe, da auch diese Schlachter verpflichtet seien, das von Außen eingebrachte Fleisch untersuchen zu lassen. Wenn die Herzogliche Polizeidirection im Einzelfalle einmal Jemand von der Untersuchungspflicht dispensire, so thue sie das nach bestem Ermessen, aber eine generelle Ausnahme bestehe in dieser Beziehung nicht.

Herr Bues glaubt Herrn Wollenweber so verstanden zu haben, daß die Herzogl. Polizeidirection angegangen werden möchte, die Untersuchungen auf die eingeführten Wurstwaaren auszudehnen.

Herr Stadtrath Meyer erklärt sich namens des Magistrates bereit, diese Beschwerde an maßgebender Stelle zur Sprache zu bringen.

Der Schlachthausetat wird sodann nach Maßgabe der Vorlage festgestellt.

Casse der Abgabe für Hunde.

Einnahme und Ausgabe 32500 M. Zur Verfügung 510 M.
Der Etat wird genehmigt.

Kreiscommunalcasse.

Einnahme und Ausgabe 1976000 M. Zur Verfügung 1006,14 M.
Der Etat wird gleichfalls genehmigt.

Ebenso erteilt die Versammlung die Zustimmung dazu, daß an Gemeinde-Einkommensteuer wiederum $9\frac{1}{2}$ Einheiten nach Maßgabe der vereinbarten Veranlagungstabelle, an Gemeinde-Grundsteuer 7,5 % vom Grundsteuercapitale, an Gewerbesteuer 75 % der vom Staate auf die bestehenden Gewerbe veranlagten Steuer ausgeschrieben werden.

Zum Schluß wird auch der Etat im Ganzen genehmigt.

III. Gemeinde-Kirchensteuer für 1900/01.

Das Kirchencassencollegium hat bei Vorlegung eines Etatsentwurfes für die Gemeinde Kirchencasse für 1900/01 beantragt, den aus dem Abchlusse desselben sich ergebenden Fehlbedarf von 77000 M durch Ausschreibung einer Gemeinde-Kirchensteuer aufzubringen. Da der Magistrat die sämtlichen Ausgabeposten für erforderlich hält, so beantragt derselbe, nach den in den Vorjahren gemachten Erfahrungen zur Deckung dieses Fehlbetrages die Gemeinde-Kirchensteuer in Höhe von 84000 M, d. s. 6 % der auf die Pflichtigen veranlagten Beiträge zur Gemeinde-Einkommensteuer, auszuscheiden.

Der Antrag wird auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr Wolters berichtet, genehmigt.

IV. Erhöhung des Zuschusses für die katholische Schule.

Mit Rücksicht auf den beim Etat gemachten Vorbehalt des Magistrates, den Zuschuß für jedes die katholische Schule besuchende einheimische Kind von 15 M auf 20 M zu erhöhen und diese Erhöhung in einer besonderen Vorlage noch zu begründen, giebt Herr Wolff namens der Statutencommission anheim, dem weiter gehenden Antrage der hiesigen katholischen Gemeinde nicht Folge zu geben und das Gesuch einstweilen zurückzustellen, um für dessen Begründung noch weiteres Material beschaffen zu können.

Die Versammlung erklärt sich hiermit einverstanden.

V. Erlaß eines Wegebaustatuts.

Auf Grund von Berathungen des Stadtbauamtes ist der Entwurf eines neuen Ortsbaustatutes aufgestellt, der in nächster Zeit seitens der von den städtischen Behörden gewählten gemischten Deputation geprüft und sobald als möglich der Versammlung vorgelegt werden soll. Soweit die bezüglichlichen Vorschriften des jetzigen Ortsbaustatutes den Vorschriften der Bauordnung vom 13. März 1899 entsprechen, haben sie ihre Gültigkeit behalten, soweit dieses nicht der Fall, sind sie außer Kraft getreten. Während nun bislang die Gemeinde berechtigt war, die Vorschriften des Ortsbaustatuts über die Heranziehung der Anlieger anzuwenden, sobald rücksichtlich einer bestimmten Straße von den städtischen Behörden mit Zustimmung des Herzoglichen Staats-Ministeriums ein entsprechender Beschluß gefaßt und veröffentlicht war, ist nach §. 13¹ der Bauordnung ein gleiches Vorgehen durch den Erlaß eines Statuts bedingt, welches die Stadt berechtigt, bestimmte Straßen und Plätze zu Ortsstraßen und Ortsplätzen zu erklären mit der Wirkung, daß alsdann die Beitragspflicht der Anlieger wie bisher in Wirksamkeit tritt. In Folge dieser Vorschrift muß, bevor mit dem Ausbau neuer Straßen begonnen werden kann, zunächst ein bezügliches Statut erlassen werden. Da indessen die Vorarbeiten für ein solches Ortsbaustatut voraussichtlich nicht so bald zum Abschluß gelangen werden, so hält es der Magistrat für erforderlich, daß die auf Grund des §. 13 der Bauordnung zu erlassenden statutarischen Vorschriften vorweg in Form eines besonderen Wegebaustatuts in Kraft gesetzt werden. Es wird deshalb ersucht, den vorgelegten Entwurf eines solchen Statuts zu genehmigen.

Die Statutencommission hat den Entwurf durchberathen und giebt derselbe nach dem Berichte des Herrn Wolff keine Veranlassung zu wesentlichen Beanstandungen. Besonders hervorzuheben sei daraus, daß nach der Bestimmung im §. 10 die Stadtcasse hinfort die Kosten der Erneuerung des Trottoirs übernehmen solle.

Zum §. 2 des Entwurfes hätte Herr Ebeling gewünscht, daß für die Befestigung der Fahrbahn nicht Pflasterung oder Chausfirung, sondern nur die Pflasterung vorgeschrieben würde, auch wenn nur Kleinpflaster verwendet werden sollte. Da in vielen Städten überhaupt nur noch gepflastert werde, so hätte er es, wenn auch nicht für nothwendig, so doch für wünschenswerth gehalten, daß auch hier eine solche Vorschrift erlassen wäre.

Herr Bürgermeister Metemeyer hält diesen Wunsch wohl für gerechtfertigt und sei in letzter Zeit demselben auch durchweg entsprochen worden. Trotzdem möchte er aber warnen, die Chausfirung überhaupt zu streichen, weil sich die Sache auf der einen oder anderen früheren Heerstraße sonst so gestalten könne, daß beim Straßen-

ausbau, wenn es sich nur um die Instandsetzung der noch fehlenden erhöhten Fußwege handle, den Anliegern die Kosten nicht zur Last gelegt werden könnten, weil die Chauffierung ausgeschlossen sei. Da außerdem über einen beabsichtigten Straßenausbau der Versammlung jedes Mal ein Project vorgelegt werden müsse, so habe sie ja in jedem einzelnen Falle die Entscheidung in der Hand.

Herr Wolff würde eine Einschränkung in dieser Beziehung auch für bedenklich halten. Zum §. 4 (2b) wird seitens der Commission hervorgehoben, daß Herr Bürgermeister Ketemeyer es für erforderlich gehalten habe, die bisherige Grandschicht zwischen dem Belage aus Platten, Mosaik, Asphalt oder dergl. und dem Grundstücke wegfällen zu lassen. Die beitragspflichtige Breite des Belages erscheine der Commission mit Rücksicht hierauf aber mit 2 m statt 3 m für angemessen. Am Schlusse des §. 4 ersuche die Commission folgende Bestimmung einzuschalten: „Falls mehr als zwei Straßen bei Kreuzungen in Betracht kommen, soll nach billigem Ermessen unter Zugrundelegung der vorstehenden Bestimmungen verfahren werden“. Die genaue Fassung dieses Zusatzes könne wohl dem Magistrate überlassen bleiben.

Den Absatz 3 des §. 5 ersuche die Commission folgendermaßen zu fassen: „Zu den im §. 4 erwähnten Beiträgen darf jedes Grundstück bezüglich derselben Straße nur ein Mal herangezogen werden“, und die Schlussworte des Absatzes 5 „sofern sie nur demselben Eigenthümer gehören“, zu streichen.

Im §. 6 heißt es: „Bei Straßen, welche auf beiden Seiten bebaut werden sollen, fallen die Kosten, sofern die Straßenbreite nicht über 26 m beträgt, den Eigenthümern der angrenzenden Grundstücke . . . zur Last.“

Herr Rathe beantragt hierzu, es bei einer Breite von 20 m bewenden zu lassen, da eine Straße mit größerer Breite mehr im Interesse der Allgemeinheit, als der Anlieger geschaffen werde.

Herr Bürgermeister Ketemeyer würde eine solche Aenderung nicht befürworten können, da es sich um eine alte Vorschrift handle und man ein Unrecht gegen Diejenigen begehen würde, welche schon früher zu den höheren Kosten herangezogen seien. Dazu komme noch der Umstand, daß über 20 m breite Ortsstraßen nur gebaut werden würden, wenn es sich um neue Straßen handle und er bei den neuen Straßen kein Erbarmen kenne; die Erfahrung habe gelehrt, daß die Anlieger selbst dann noch ein Geschäft machen, wenn denselben die Kosten der 26 m breiten Straßen auferlegt würden. Das bisherige Princip brauche also nicht durchbrochen zu werden. Bei den alten, schon bebauten Communalwegen würde ein Entgegenkommen in dieser Richtung wohl angebracht erscheinen, aber diesen Anliegern würde der Magistrat auch in Zukunft in weitgehendster Weise entgegenkommen, während es für bedenklich erachtet werden müßte, an der jetzigen Praxis eine so wesentliche Aenderung eintreten zu lassen.

Der Antrag Rathe wird darauf abgelehnt.

Zum §. 8 beantragt die Commission, im letzten Satze die Worte „der letzteren“, und im §. 9, erster Absatz, den Zwischensatz „— abgesehen von den Kosten für Erneuerung des Plattenbelages der Fußwege, cfr. §. 10 —“ zu streichen, ferner am Schlusse des letzten Absatzes des §. 9 mit Rücksicht auf die Einfachheit des Satzbaues zu sagen: „... mit folgender Abänderung in Kraft: a. der Beitrag soll ohne Rücksicht auf die Art der Wege einheitlich festgestellt werden, b. bei der Feststellung und Erhebung der Beiträge soll das Verfahren mit der Maßgabe Platz greifen, daß“

Zum §. 10 wird commissionsseitig beantragt, den letzten Absatz des Punktes 1 „Ungleiches haben die Anlieger — der Stadt zur Last fallen“, zu streichen, und im Eingange des Punktes 2 dann folgerichtig zu sagen: „Die Herstellung eines Fußwegbelages“ Außerdem wird vorgeschlagen, dem §. 12 folgende Zusatzbestimmung zu geben: „Diejenigen Ansprüche der Stadtgemeinde auf Entrichtung von Anliegerbeiträgen, welche in Gemäßheit der bisher in Geltung gewesenen Vorschriften zur Zeit des Erlasses dieses Statuts bereits erwachsen sind, bleiben bestehen.“

Die Versammlung genehmigt darauf den Entwurf in der von der Statutencommission befürworteten Fassung.

VI. Gebühr für Benutzung des Krankenwagens für Infectionskranke.

Der stadtheftig zum Transporte von mit ansteckenden Krankheiten behafteten Personen beschaffte Wagen kann in Benutzung genommen werden. Es ist daher nothwendig, für die Benutzung des Wagens eine Gebühr festzusetzen und giebt der Magistrat anheim, dieselbe auf 5 M für den einzelnen Transport zu bemessen, ihn daneben aber zu ermächtigen, diese Gebühr in Bedürftigkeitsfällen ganz oder theilweise zu erlassen.

Auf Befürwortung der Statutencommission, für welche Herr Blasius berichtet, wird die Vorlage gutgeheißen.

VII. Tarif für die Straßenbahnlinie Braunschweig—Wolfenbüttel.

Der Vorstand der hiesigen Straßeneisenbahngesellschaft hat angezeigt, daß er zu einer Erhöhung der Fahrpreise auf einzelnen Theilstrecken der Linie Braunschweig—Wolfenbüttel genöthigt sei und hat angefragt, ob gegen solche Aenderung des Tarifs etwas einzuwenden sei. Nachdem der Magistrat darauf hingewiesen,

daß er ohne Weiteres der Fahrpreiserhöhung nicht zustimmen könnte, machte der genannte Vorstand geltend, daß seiner Ansicht nach die geplante Aenderung von der Genehmigung der städtischen Behörden überhaupt nicht abhängig sei, daß die Wünsche der letzteren aber, wie bisher, so auch künftig so weit irgend möglich berücksichtigt werden sollten. Daraufhin hat der Magistrat den Standpunkt vertreten, daß den städtischen Behörden auch in Bezug auf die Festlegung des Tarifs ein Mitwirkungsrecht eingeräumt und früher auch seitens der Unternehmerin anerkannt sei. Die Gesellschaft ist aber doch bei ihrer Ansicht geblieben und hat angezeigt, daß sie eventuell genöthigt sei, die aufgeworfene Streitfrage im Proceßwege zum Austrag zu bringen. Daß vom Magistrat in Anspruch genommene Recht gründet sich auf den Beschluß der Versammlung vom 16. Mai 1895, laut dessen den seitens des Magistrats wegen Benutzung der Wolfenbüttlerstraße aufgestellten Bedingungen mit der Maßgabe zugestimmt worden ist, daß die Mitwirkung der städtischen Behörden beim Erlasse des Betriebsreglements zur Bedingung gemacht werde. Bislang ist der Magistrat der Ansicht gewesen, daß bei Fassung des obigen Beschlusses nicht nur die den Betrieb regelnden Vorschriften, sondern auch die Fahrpreisbestimmungen gemeint seien. Nach den neuesten Verhandlungen sind nun allerdings beim Magistrate Zweifel darüber entstanden, ob auch die Versammlung bei Fassung des Beschlusses vom 16. Mai 1895 ein solches Recht für die städtischen Behörden habe erlangen wollen, ob nicht ferner die Gesellschaft annehmen durfte, daß fragliche Recht werde stadtseitig nicht beansprucht und ob endlich entsprechend der bislang vom Magistrate vertretenen Ansicht dem Rechte der Mitwirkung der städtischen Behörden bei der Tarifrung in der That die Bedeutung beizumessen sei, daß es geboten erscheine, dieserhalb den Proceßweg zu beschreiten. Da nun der Beschluß vom 16. Mai 1895 gleichsam die Grundlage des in Rede stehenden Rechtes bildet und da ferner eine Klarstellung des Rechtsverhältnisses dem Magistrate unbedingt erforderlich erscheint, so ersucht derselbe, ihm über die Auffassung der Versammlung Mittheilung zu machen. Was die geplante Aenderung des Tarifs selbst betrifft, so trägt der Magistrat nach Einsichtnahme des von der Gesellschaft vorgelegten Geschäftsberichtes für das Jahr 1899 kein Bedenken, den für einzelne Theilstrecken in Aussicht genommenen, durchweg geringfügigen Fahrpreiserhöhungen zuzustimmen, und giebt anheim, in gleichem Sinne zu beschließen.

Die Statutencommission hat die Sachlage an der Hand des vorliegenden Materiales geprüft und ist nach dem Berichte des Herrn Wolff zu der Ansicht gekommen, daß den städtischen Behörden ein Mitwirkungsrecht an der Feststellung des Tarifs nicht zustehe. Nach dem stenographischen Berichte über die betr. Versammlung sei die Tarifrfrage in solcher nicht erörtert worden und wenn es andererseits auch zutrefte, daß die Gesellschaft wiederholt Anträge auf Aenderung des Tarifes bei den städtischen Behörden eingebracht habe, so könne dieser Umstand doch bei Beurtheilung der Frage nicht maßgebend

erscheinen. Das Gutachten der Statutencommission gehe nun dahin, die Versammlung wolle dem Magistrate gegenüber sich in der Richtung äußern, daß sie ein derartiges Mitwirkungsrecht den städtischen Behörden nicht als gegeben erachte,

welchem Antrage die Versammlung beipflichtet.

Die Sitzung wird darauf geschlossen.

Dauer von 4 bis 7¹/₂ Uhr.

1900|1901.№ 2.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten

zu Braunschweig

in deren Sitzung am 3. Mai 1900.

Tagesordnung:

I.	Lösung eines Rechtsverhältnisses	Seite 30
II.	Prüfung der Haushaltsrechnungen von 1895/96 und 1896/97	" 31
III.	Erneuerung von Anlagen des Gaswerks an der Bahnhofstraße	" 31
IV.	Erweiterungsbauten auf dem Gaswerke an der Taubenstraße	" 31
V.	Erweiterung der Ammoniakfabrik an der Taubenstraße	" 31
VI.	Instandsetzung eines Verbindungsweges an der Körnerstraße	" 32
VII.	Erwerb von Terrain zur Hamburgerstraße	" 32
VIII.	Verkauf einer Fläche des ehem. Burgmühlengrabens	" 32
IX.	Änderung des Statuts, betr. die directen Gemeindesteuern	" 32
X.	Hundesteuer-Erlaßgesuche	" 33
XI.	Verkauf zweier Flächen am Neustadttringe	" 33
XII.	Antrag Müller: Regelung des Straßenverkehrs	" 34
XIII.	Antrag Müller: Verlegung einer Anschlagssäule	" 35
XIV.	Ankauf einer Fläche zur Bürgerstraße	" 35
XV.	Project einer Quellwasserleitung	" 36
XVI.	Instandsetzung des Fußweges der Broikemerstraße	" 47
XVII.	Warmwasserbereitungsanlage im Rathhause	" 48
XVIII.	Änderung der Fluchtlinie für einen Theil der Raschstraße	" 49
XIX.	Ausbau der Giersbergstraße	" 50
XX.	Verlängerung des Canals der Helmstedterstraße	" 50
XXI.	Verlauf eines Bauplatzes an der Kaiserstraße	" 51

XXII.	Verkauf einer Fläche am Bültenwege	Seite 53
XXIII.	Anlage eines Fernsprechers für das Arbeitsamt	" 53
XXIV.	Einstellung eines Hilfslehrers	" 53
XXV.	Änderungen in der Markthalle	" 53
XXVI.	Antrag L a n g e: Rückzahlung von Bohrkosten	" 56

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pöckels, Bürgermeister Ketemeyer und Stadträthe Haake, Meyer, Sievers und von Frankenberg, sowie während der Berathung des Punktes XV Herr Baurath Mitgau.

Entschuldigt die Herren Buchler, Rathe und Nieß.

Die Versammlung wird von dem stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Wolff, eröffnet.

I. Lösung eines Rechtsverhältnisses.

Seit langer Zeit besteht zwischen der hiesigen Stadt und dem Eigenthümer des Grundstücks Breitestraße 1 ein Rechtsverhältniß des Inhalts, daß die Stadt den Autorshof während der Dauer jeder Messe als Zugangsweg zu den im Seitengebäude des gedachten Grundstücks befindlichen Meßgewölben offen zu halten hat, wogegen sie 5 Th. Gold und 1 Th. 20 Groschen Courant in jeder Messe erhält. Daneben hat die Stadt an den Eigenthümer des Grundstücks in jeder Messe 10 Th. Gold für die von diesem früher zugestandene Aufgabe eines Budenplatzes auf dem Autorshofe zu zahlen. Bei Aufrechnung beider Zahlungen ergibt sich für den Eigenthümer des Grundstücks Breitestraße 1 jährlich ein Guthaben von 23 M. Aus dem Bestehen dieses Rechtsverhältnisses haben sich wiederholt Unzuträglichkeiten ergeben, weshalb der Magistrat geglaubt hat, darauf Bedacht nehmen zu sollen, die Rente abzulösen und die Beseitigung der Verpflichtung zur zeitweiligen Offenhaltung des Autorshofes herbeizuführen. Nach längeren Verhandlungen ist mit dem jetzigen Eigenthümer des betr. Grundstücks ein Abkommen dahin getroffen, daß gegen Lösung des in Rede stehenden Rechtsverhältnisses die Stadt an den Eigenthümer des Grundstücks, Tapezierer Max Brosje, eine einmalige Entschädigung von 2000 M. zahlt und daß die Brosje'schen Meßgewölbe auf gemeinschaftliche Kosten mit einem stadtseitigen Aufwande von 400 M. vergittert werden. Die Versammlung wird ersucht, den dieserhalb aufgenommenen Vertrag zu genehmigen.

Wie Herr Wolters namens der Finanzcommission berichtet, liegt der Grund zu den vielen Unzuträglichkeiten dieses Rechtsverhältnisses wesentlich mit darin, daß die Gewölbe auch außerhalb der Messe vermietet seien. Mit Rücksicht darauf, daß es im Interesse der Stadt liege, eine so lästige Sache beseitigt zu sehen, gebe die Finanzcommission Genehmigung der Magistratsvorlage anheim, welchem Antrage die Versammlung zustimmt.

Herr Semler übernimmt den Vorsitz.

H. Prüfung der Haushaltsrechnungen von 1895/96 und 1896/97.

Da eine Prüfung der Rechnungen zu Beanstandungen keine Veranlassung gegeben hat, so beantragt Herr Sander namens der Finanzcommission, die Entlastung zu beschließen, was geschieht.

III. Erneuerung von Anlagen des Gaswerks an der Bahnhofstraße.

Die Versammlung wird ersucht, für die Erneuerung von 6 Gewölben zu den Retortenöfen 15000 M zu bewilligen, da die Gewölbe für den weiteren Betrieb nicht mehr Sicherheit genug bieten.

Auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr Lord berichtet, stimmt die Versammlung dem Antrage zu.

IV. Erweiterungsbauten auf dem Gaswerke an der Taubenstraße.

Der Magistrat empfiehlt, die beiden im Retortenhanse des Gaswerkes an der Taubenstraße noch fehlenden Defen, zu welchen die Gewölbe, der Unterbau und der Generator im vorigen Jahre hergestellt sind, mit einem Kostenaufwande von 12500 M einzubauen und betriebsfähig herzurichten, so daß dort dann 7 Defen zur Verfügung stehen. Ferner ist die Erweiterung des Klärbassins erforderlich, in welches die Abgänge aus der Ammoniakfabrik zu ihrer Ablagerung geleitet werden, und wird weiter beantragt, für diese Erweiterung 250 M zu bewilligen. Endlich ist es nöthig, den bisher ungepflasterten Boden des Raumes unter dem Bassin des Gasbehälters zur Aufbewahrung weiterer Reinigungsmasse fest abzudecken und hierfür 850 M auszugeben. Der Magistrat beantragt, die hiernach erforderlichen Kosten mit insgesammt 13600 M zu bewilligen.

Nach Befürwortung des Antrages durch die Finanzcommission, für welche Herr Lord berichtet, wird die geforderte Summe bewilligt.

V. Erweiterung der Ammoniakfabrik an der Taubenstraße.

Der Raum für die Verarbeitung des Ammoniakwassers zu schwefelsaurem Ammoniaksalz reicht nicht mehr aus und muß entsprechend erweitert werden. Mit diesem Erweiterungsbau empfiehlt es sich, eine mittels Dampfrohren heizbare Trockenvorrichtung herzustellen, um das Salz in kürzerer Zeit und auf denjenigen Grad zu trocknen, den es als Handelswaare haben muß. Ferner hat sich auf dem Werke als Uebelstand das Abfüllen von Schwefelsäure aus den Cisternenwagen herausgestellt und wird zur Abstellung desselben empfohlen, in dem Ammoniakfabrikgebäude einen Säurebehälter anzubringen, aus welchem die Säure in das Scheidegefäß durch ein Bleirohr laufen kann, die Säure selbst aber direct vom Cisternenwagen aus mittels

Luftdruck durch ein Bleirohr in den Behälter geführt wird. Vom Magistrate wird beantragt, die Kosten für diese neuen Einrichtungen mit 7300 M zu bewilligen, was auf Empfehlung der Finanzcommission, für die Herr Lord berichtet, geschieht.

VI. Instandsetzung eines Verbindungsweges an der Körnerstraße.

Es erscheint erforderlich, den Verbindungsgang zwischen der Nordseite des Schulhofes der 5. unteren Bürgerschule an der Leonhardstraße und der Körnerstraße im Interesse der ihn benutzenden Schulkinder entsprechend zu befestigen. Die städtische Bauverwaltung hat folgende Instandsetzung empfohlen: In der Mitte wird ein 1,50 m breiter Streifen aus Kleinpflaster hergestellt, die rechts und links liegenden Seitenflächen werden mit Bogasche und Grand chauffirt, während die Ostseite mit einer aus Riefeln gepflasterten Gasse versehen wird. Die Versammlung wird ersucht, die Befestigung des betreffenden Weges mit einem Kostenaufwande von 540 M zu genehmigen und auch dazu die Zustimmung zu geben, daß dieser Weg dauernd aus den Mitteln der Stadt unterhalten und gereinigt werde,

welchen Antrag die Versammlung auf Befürwortung der Schulcommission, für die Herr Blasius berichtet, zum Beschlusse erhebt.

VII. Erwerb von Terrain zur Hamburgerstraße.

Von den an der Hamburgerstraße gelegenen Grundstücken des Bauunternehmers Adolf Schwiegershausen hat die Stadt insgesamt 68,8 qm zu erwerben und giebt der Magistrat anheim, hierfür einen Einheitspreis von 12 M zu bewilligen,

was auf Empfehlung der Baucommission, für die Herr Schmidt berichtet, geschieht.

VIII. Verkauf einer Fläche des ehemaligen Burgmühlengrabens.

Auf Ersuchen des Magistrates genehmigt die Versammlung die Veräußerung einer etwa 47 qm großen, hinter dem Markthallengrundstücke liegenden Fläche des ehemaligen Burgmühlengrabens an die Majoritäts-Association der Sattler und Tapezierer zum Einheitspreise von 15,78 M,

nachdem Herr Wültemann den Antrag namens der Baucommission unterstügt hatte.

IX. Aenderung des Statuts, betr. die directen Gemeindesteuern.

Nach einer Mittheilung des Herzoglichen Staats-Ministeriums hat dasselbe die zuständigen Behörden angewiesen, gegen die seitens der Stadt Braunschweig erfolgte Heranziehung staatlicher Gebäude zur Gemeinde-Grundsteuer auf Grund des §. 2 des Statuts, betr. die Ordnung der directen Gemeindesteuern in der Stadt Braun-

schweig, sowie auch gegen die auf Grund des §. 3 dieses Statuts erfolgte Veranlagung der auf der hiesigen Feldmark gelegenen Klostergrundstücke zur Gemeinde-Grundsteuer die nach dem Gemeindeabgabengesetze gegebenen Rechtsmittel zu verfolgen, da das Herzogliche Staats-Ministerium die erwähnten §§. 2 und 3 des Statuts als im Widerspruche mit dem Gemeindeabgabengesetze stehend nicht als rechtsbeständig ansieht.

Das Herzogliche Staats-Ministerium kann daher die magistratsseitig beantragte Genehmigung zu dem oben erwähnten Statut nicht ertheilen und muß sich darauf beschränken, die nach dem Entwurfe dem §. 10 des bisherigen Statuts gegebene neue Fassung zu genehmigen. Da aber dem Magistrate eine Aenderung des §. 10 nicht so dringlich erscheint, daß sie nicht bis zu der gewünschten Reuredaction des ganzen Statuts aufgeschoben werden könnte, so beabsichtigt derselbe, der vom Ministerium ertheilten Genehmigung jetzt keine weitere Folge zu geben.

Die Versammlung nimmt auf Vortrag des Herrn Vorsitzenden hiervon Kenntniß.

X. Hundesteuer-Erlasseuche.

Auf Antrag des Herrn Vorsitzenden wird beschlossen, dem Milchhändler Milz die Steuer für einen Ziehhund wiederum von 10 M auf 3 M zu ermäßigen, der Wittve Dörre, der Frau Smutny, dem Zimmermann Hardenberg und dem Händler Ohlendorf die Steuer für einen Ziehhund zu erlassen und die Gesuche des Finanzaspiranten L. Schmidt, sowie des Gärtners Ristig um Befreiung von der Steuer für einen Wachhund abzulehnen. Das Gesuch des Finanzaspiranten Schmidt wurde abgelehnt, weil derselbe den betreffenden Hund bis zum 22. April im Besiße gehabt hatte und daher auch verpflichtet war, die Steuer für das ganze Finanzjahr zu entrichten.

XI. Verkauf zweier Flächen am Neustadtringe.

Die Tischlermeister Hamster und Zimmer wünschen das zwischen ihren Grundstücken an der Amalienstraße und dem Neustadtringe gelegene städtische Terrain anzukaufen, und zwar 220 qm Böschungsterrain, sowie außerdem noch eine Fläche von 300 qm. Dem Ersuchen des Magistrates, sich mit dem Verkaufe dieses Terrains zum Einheitspreise von 5 M einverstanden zu erklären,

kann die Baucommission nicht entsprechen, da nach dem Berichte des Herrn Schmidt der Preis für das letztere Terrain zu gering bemessen sei. Es werde empfohlen, das Böschungsterrain zum Einheitspreise von 5 M, das übrige Terrain aber nur zum Einheitspreise von 8 M zu veräußern.

Die Versammlung erklärt sich, unter Ablehnung der Magistratsvorlage, mit dem Commissionsvorschlage einverstanden.

XII. Antrag Müller: Regelung des Straßenverkehrs.

Ueber den in der letzten Sitzung gestellten und begründeten Antrag — Seite 6 des Berichts — berichtet Herr Brückmann, daß er Uebergang zur Tagesordnung empfehle. Wenn der Antragsteller bezwecke, den bestehenden Vorschriften der Straßenpolizeiordnung nach dieser Richtung hin durch den Antrag besser Geltung zu verschaffen, so müsse er demgegenüber bezweifeln, daß solche Schilder einen wesentlichen Einfluß auf das in den Straßen verkehrende Publikum ausüben würden, wie sich das in verschiedenen Städten von Sachsen und Süddeutschland vielfach gezeigt habe. Im Uebrigen habe sich der Rechtsverkehr auch hier schon ziemlich ausgebildet, ohne daß solche Schilder angebracht seien. Am besten wäre die Polizei sein, den polizeilichen Verordnungen noch größere Geltung zu verschaffen, auch möchte es sich empfehlen, in allen Schulen ohne Ausnahme die Jugend auf diese Bestimmung aufmerksam zu machen.

Herr Meyerhoff will dem Magistrate zur Erwägung empfehlen, dahin zu wirken, daß einige Straßen, wie die Schuhstraße, die Stobenstraße und die Bockstweke nur von einer Seite befahren werden dürfen, damit dort Unglücksfälle und Verkehrsstörungen vermieden werden.

Herr Müller kann den Ausführungen des Referenten nicht beipflichten. Wenn die hiesige Einwohnerschaft durch solche Schilder auf die Regelung des Straßenverkehrs hingewiesen würde, so sei ihr das jedenfalls lieber, als wenn es durch die Polizei geschehe. Der Kostenpunkt dieser in vielen Städten getroffenen Einrichtung sei nur gering und das Publicum nehme große Rücksicht darauf, weshalb er um Unterstützung des Antrages bitte. Wenn man berücksichtige, welche Gefahr der elektrische Straßenbahnbetrieb in Verbindung mit dem starken Fahrradverkehr auf schmalen Straßen, wie dem Damme, dem Hutfiltern, der Sonnenstraße zc. anrichten könne, wenn nicht der übrige Verkehr einheitlich geregelt werde, so müsse man dem Antrage ohne Weiteres zustimmen, denn ein derartiges Mittel mache immer Eindruck auf das Publicum, weil es täglich daran erinnert werde, den Vorschriften nachzukommen. Das Mittel sei einfach, koste wenig und die Schilder seien keinem Menschen im Wege. Er bitte deshalb um Annahme seines Antrages.

Herr Hauswaldt würde es bedauern, wenn Uebergang zur Tagesordnung beschloffen werden sollte, weil dieses nach Außen hin den Eindruck machen müßte, als wenn die Versammlung die Anregung des Herrn Müller mißbilligte. Ohne hier eingehend erörtern zu wollen, wie die Sache am besten zu machen sei, möchte er doch bitten, den Antrag Müller dem Magistrate zur Erwägung zu überweisen. Letzterer könne dann überlegen, was in der Sache eventuell zu geschehen habe, und die Versammlung habe die Idee des Antrages als richtig anerkannt.

Herr Löschigt stimmt den Ausführungen des Herrn Hauswaldt zu. Die Polizei befinde sich bei den jetzigen Straßenpolizeivorschriften auch in einer übten

Lage, weil häufig Leute, welche in eine Polizeistrafe genommen seien, hinterher vom Richter freigesprochen würden. Kurz nach dem Erlaß der neuen Straßenpolizeiordnung habe sich die Polizei der Sache mit so großem Eifer angenommen, daß man sich wundern müsse, wie wenig heute dafür geschehe und weshalb das Publicum sich an die Vorschriften noch nicht gewöhnt habe. Jedenfalls werde der Magistrat schon Mittel und Wege finden, daß die Straßenpolizeiordnung mehr beachtet werde.

Herr Brückmann zieht seinen Antrag zu Gunsten des Antrages Hauswaldt zurück.

Herr Wollenweber möchte bitten, den Antrag Müller erst noch einmal der Statutencommission zur Vorberathung zu überweisen. (Widerspruch.)

Herr Asmann will die Absicht des Antragstellers durchaus nicht verkennen, ist aber der Ansicht, daß bei den vielen polizeilichen Vorschriften nur wenig herauskomme, namentlich, wo man auf die Vernunft des Publicums mit rechnen müsse. Der frühere Stadtverordnete Uhde habe einmal gesagt, daß es von einem geringen Bildungsgrade zeuge, wenn die Kinder nicht einmal wüßten, daß sie rechts gehen müßten, weshalb in den Schulen immer wieder darauf hinzuweisen sei. Man möge deshalb in dieser Richtung vorgehen und darauf hinwirken, daß den Kindern in den Schulen Belehrung zu Theil würde, auch müßten die Zeitungen um solche Belehrung ersucht werden. Das würde mehr helfen, als alle polizeilichen Maßregeln.

Der Antrag Hauswaldt wird darauf angenommen.

XIII. Antrag Müller: Verlegung einer Anschlagssäule.

Wie Herr Engelbrecht berichtet, hat die Baucommission den in der letzten Sitzung gestellten Antrag — Seite 7 des Berichts — berathen und ist dabei zu der Ansicht gekommen, daß die Anschlagssäule auf dem östlichen Theile des Steinwegs einen wenig guten Platz habe und deren Verlegung wünschenswerth erscheine. Die Commission empfehle deshalb, den Magistrat zu ersuchen, mit der Herzoglichen Bau- direction wegen Verlegung der betr. Anschlagssäule nach dem gegenüberliegenden Theile der Wallpromenade in Verbindung zu treten und in Erwägung zu ziehen, ob nicht auch der Anschlagssäule am Markthalle ein geeigneterer Platz gegeben werden könnte.

Dieser Antrag wird genehmigt.

XIV. Ankauf einer Fläche zur Bürgerstraße.

Von dem Grundstücke des Baunnternehmers Ohje ist zur Bürgerstraße eine 9 qm große Grundfläche zu erwerben, deren Ankauf zum Einheitspreise von 11 M der Magistrat beantragt

und die Versammlung auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Schmidt berichtet, genehmigt.

XV. Project einer Quellwasserleitung.

In Gemäßheit des Beschlusses vom 29. December 1898 — Seite 85 des Berichts — ist der Baurath Thiem in Leipzig ersucht worden, ein Project wegen Versorgung der hiesigen Stadt mit Quellwasser auszuarbeiten. Derselbe hat darauf zunächst unterm 31. Mai 1899 ein Vorproject ausgearbeitet, in welchem die Frage eingehend erörtert ist, ob es sich empfehle, entweder das bestehende Wasserverk, dem eventuell das am Domesee gewonnene Wasser würde zugeführt werden müssen, beizubehalten, oder aber ein völlig neues Werk und zwar dieses am Domesee zu erbauen. Während die im letzteren Falle aufzuwendenden Baukosten im Thiem'schen Berichte nur 90000 M höher berechnet sind, als diejenigen, welche im Falle der Beibehaltung des bestehenden Werkes aufzuwenden sein würden, sind die Betriebskosten, wenn ein völlig neues Werk eingerichtet werden sollte, um rund 10000 M jährlich niedriger veranschlagt, wesentlich um deswillen, weil in diesem Falle die Unterhaltung eines doppelten Betriebes nicht erforderlich sein würde. Der Baurath Thiem hat deshalb empfohlen, ein völlig neues Wasserverk am Domesee mit zugehöriger Enteisungsanlage und einem auf dem Grundstücke am Giersberge herzurichtenden Hochreservoir zu erbauen. Im Einvernehmen mit der Quellwasserdeputation hat der Magistrat geglaubt, dieser Anregung folgen zu sollen und hat deshalb die Ausarbeitung eines bezüglichlichen Projectes veranlaßt. Letzteres ist jetzt eingegangen, von der Deputation geprüft und seine Ausführung empfohlen. Während die Deputation früher angenommen hatte, die Anlage einer Quellwasserleitung werde sich für etwa 700000 M beschaffen lassen, sind die Kosten — abgesehen von den Kosten für den Grunderwerb und von dem Honorare des Bauraths Thiem — jetzt zu 1326000 M veranschlagt worden. Dieser Mehrveranschlagung gegenüber erscheint dem Magistrate die Frage gerechtfertigt, ob unter solchen Umständen überhaupt auf Ausführung des Projectes Bedacht zu nehmen und eventuell, ob nicht mit Rücksicht auf die augenblicklich hohen Eisenpreise und den derzeitigen Stand des Geldmarktes wenigstens eine Hinausschiebung der Ausführung rathsam sei. Die letztere Frage hat die Deputation verneint, weil nach ihrer Ansicht zwar ein weiteres Anziehen der Eisenpreise nicht zu befürchten, aber auf so niedrige Eisenpreise, wie sie vor Eintritt der jüngsten Preissteigerung bestanden haben, in absehbarer Zeit überhaupt nicht gerechnet werden könne, während andererseits die Preise für die sonstigen Baumaterialien und ebenso die Arbeitslöhne sehr leicht eine weitere Erhöhung der Bau Summe im Gefolge haben könnten. Daneben ist zu beachten, daß die Erbauung eines neuen Filters, dessen Kosten rund 70000 M betragen würden, nach Ansicht des Bauraths Mitgau im Falle der Beibehaltung des jetzigen Werkes nicht ferner zu umgehen sein würde.

Bei Prüfung der Frage dagegen, ob zur Vermeidung der Aufwendung der obengedachten höheren Kosten die Stadt weiter mit Flußwasser zu versorgen sei,

kommt, abgesehen von den der jetzigen Einrichtung anhaftenden Mängeln, wesentlich in Betracht, daß bei Herrichtung der geplanten Neuanlage die Kosten eines neuen Filters mit 70000 M erspart, sowie die Kosten eines Hochreservoirs (veranschlagt zu 240000 M), und eine nach diesem führende, zu 50000 M veranschlagte besondere Rohrleitung über kurz oder lang ohnehin aufzuwenden sein würden, und daß beim demnächstigen Eingehen des jetzigen Werkes die Klärteiche und die Mühle bei Eisenbüttel würden veräußert werden können, daß auch der Wasserpreis von 10 \mathcal{L} pro cbm hier so niedrig bemessen sei, um eine Erhöhung desselben unbedenklich vornehmen zu können und somit eine Verzinsung und Amortisation des aufzuwendenden Anlagecapitals ohne weitere Anspannung der Steuerkraft würde erreicht werden können. Wenngleich nach der Ansicht der Deputation bei Ausföhrung des Projectes auf eine Ermäßigung der einen oder anderen Position wird gerechnet werden können, so verhehlt sich der Magistrat doch nicht, daß unter Hinzurechnung der bereits aufgewandten Kosten für die verschiedenen Versuchsböhrungen und Probebetriebe und unter Einbeziehung der einstweilen nicht veranschlagten Kosten für den Grund und Boden und das Projectirungs- und Ausföhrungshonorar eine Summe von annähernd 1500000 M künftig zu verzinßen und zu amortisiren, mithin der Etat des städtischen Wasserwerkes weiter um rund 67500 M zu belasten sein würde. Da indessen dem diesjährigen Etat zufolge 2580000 cbm Wasser durch Wassermesser abgegeben werden, so würde eine Erhöhung des Wasserpreises um 3 \mathcal{L} pro cbm eine Mehreinnahme von 77400 M ergeben und mit dieser nicht nur eine angemessene Verzinsung, sondern auch eine reichliche Amortisation des Anlagecapitals zu erzielen sein. Der Magistrat hält solche Erhöhung für um so unbedenklicher, als der Einheitspreis von etwa 13 \mathcal{L} noch immer viel geringer sein würde, als die Preise zahlreicher anderer Städte und er überzeugt ist, daß die hiesige Einwohnerschaft das ihr zugemuthete Opfer willig ertragen wird, wenn ihr dafür ein nicht nur gutes, sondern auch schmackhaftes Wasser geliefert wird. Ohne den künftigen Wasserpreis schon jetzt festgelegt zu sehen, möchte der Magistrat doch die Zustimmung dazu erbitten, daß der Wasserpreis demnächst so normirt werde, um durch die Mehreinnahme eine Verzinsung und Amortisation des Anlagecapitals, letztere in Höhe von wenigstens $\frac{1}{2}$ % nebst den ersparten Zinsen, sogleich mit Eröffnung des neuen Wasserwerkes beginnend, zu ermöglichen.

Die Frage, wie eventuell die erforderlichen Mittel zu beschaffen seien, würde gleichfalls später erörtert werden können. Dem Wunsche der Deputation, daß bei Vergebung der Arbeiten, soweit irgend thunlich, hiesige leistungsfähige Firmen und Unternehmer in erster Linie berücksichtigt werden möchten, soll entsprochen werden, zumal die Ueberwachung der Ausföhrung und die Vergebung der Arbeiten zweck-

mäßig der Deputation zu übertragen sein dürfte. Hiernach wird die Versammlung ersucht,

das vorgelegte Project mit der Maßgabe zu genehmigen, daß die Ausführung dem Baurath Thiem übertragen werde, die erforderlichen Mittel der Quellwasserdeputation zur Verfügung zu stellen seien und schon jetzt die Erhöhung des Wasserpreises nach Maßgabe der obigen Darlegungen grundsätzlich beschloffen werde.

Ueber die Vorlage berichtet namens der Finanzcommission Herr Südel: Nach eingehender Berathung sei die Commission mit der Deputation und dem Magistrate der Ansicht gewesen, daß man trotz der in der Vorlage erörterten ungünstigen Verhältnisse doch der Versammlung vorschlagen wolle, schon jetzt an die Ausführung des neuen Wasserwerkes heranzutreten, zumal Niemand wissen könne, ob, wann und wieviel die Eisenpreise sinken würden und wann sich der Geldmarkt günstiger gestalten könnte. Die zu 1326000 M veranschlagten Kosten setzen sich aus folgenden Einzelsummen zusammen: 1) für die Wasserfassung 58500 M, 2) für die Betriebsanlage 709500 M, 3) für die Druckrohrleitung 230000 M, 4) für den Anschluß des Stadtrohrnetzes an die Druckrohrleitung 77000 M, 5) für den Wasserturm 240000 M und 6) für Verschiedenes 11000 M. Der unter 2 vermerkten Summe von 709500 M liegen folgende Theilsummen zu Grunde: 395000 M für die Betriebsgebäude, 228000 M für die Enteisungsanlage, 12500 M für die Rohrleitungen an der Betriebsanlage, 38000 M für das Wohnhaus, 22000 M für die Be- und Entwässerung und 14000 M für Erd- und Pflasterarbeiten. Hierbei sei commissionsseitig auch die Frage besprochen worden, ob es sich nicht empfehlen würde, vorläufig die Enteisungsanlage noch nicht zur Ausführung zu bringen, weil sich bis jetzt eisenhaltiges Wasser noch nicht gefunden habe. Der Baurath Thiem habe nun auf Grund seiner langjährigen Erfahrung mit nahezu absoluter Sicherheit erklärt, das sämmtliche Grundwasser in der norddeutschen Tiefebene zeige nach kürzerer oder längerer Zeit Eisen und Herr Dr. Wolters habe bei seinem Brunnen dieselbe Erfahrung gemacht, so daß die Deputation, der Magistrat und die Finanzcommission zu der Ueberzeugung gekommen seien, die Neuanlage müßte so ausgeführt werden, daß den Mitbürgern mit Sicherheit ein ständig gutes, trinkbares und auch ansehnliches Wasser geliefert werden könne und man mit der Anlage nicht warten dürfe, bis sich Eisen thatsächlich zeige. Die sofortige Ausführung der Enteisungsanlage empfehle sich auch um so mehr, als die ganze maschinelle Anlage sich nach der Einbauung der Enteisungsanlage zu richten habe und erhebliche Mehrausgaben zu erwarten seien, wenn letztere nicht sofort mit eingerichtet würde.

Weiter habe man die Frage aufgeworfen, ob bei der Zuführung des Wassers am Dowesee nicht einzelne Theile der Stadt durch die umgekehrte Zuleitung des Wassers aus dem Norden, statt aus dem Süden der Stadt in eine Wasserverlegen-

heit kommen würden. Nach der Ansicht des Bauraths Mitgau sei dieses aber nicht zu erwarten, da die Reibung eine größere sein werde und auch ferner rings um die Stadt ein weites Rohrnetz liege, durch welches das Wasser zugeführt werde. Der fernerer Befürchtung gegenüber, daß einzelne Rohrstrecken in Folge des sich gebildeten Ansatzes vielleicht nicht mehr einen genügenden Durchmesser besitzen und das Wasser dadurch auch verschlechtert werden könnte, habe Herr Baurath Mitgau erklärt, daß früher vor der Reinigung des Wassers durch Filter an verschiedenen Stellen wohl erhebliche Ablagerungen stattgefunden haben, daß diese seit Jahren aber nicht mehr stattfänden und nur an vereinzelter Stellen solche Reinigungen vorzunehmen sein würden. Eine Gefahr, daß durch solchen Ansatz das Wasser verschlechtert werden könnte, werde von Herrn Baurath Mitgau bestritten.

Die Finanzcommission habe eine eingehendere Prüfung der rein maschinellen Anlage nicht vorgenommen, oder doch nur insofern, als ein Mitglied derselben einige Bedenken gehabt habe, welche durch persönliche Rücksprache mit Herrn Baurath Thiem beseitigt seien, da sie sich nicht für befugt halte, die rein technischen Fragen zu beurtheilen und sich hierbei lediglich auf die langjährige Erfahrung und die Erfolge des Bauraths Thiem, sowie auf das sachverständige Gutachten des Bauraths Mitgau glaube stützen zu sollen. Wenn somit die Finanzcommission sich für die Ausführung des Projectes ausspreche und dasselbe zur Annahme empfehle, so dürfte schon heute die Frage aufzuwerfen sein, in welcher Weise man die dazu erforderliche Summe zu decken gedenke. Der Magistrat wünsche, es möchte vorläufig nur im Allgemeinen beschlossen werden, daß die Versammlung behufs Deckung der entstehenden Mehrkosten mit einer entsprechenden Erhöhung des Wasserpreises sich im Principe einverstanden erkläre. Gegenüber der Ansicht des Magistrates, daß $\frac{1}{2}$ % zur Amortisation des aufzuwendenden Capitals genüge, halte die Finanzcommission, mit Rücksicht darauf, daß ein nicht unerheblicher Betrag desselben auf die Anlage von Maschinen, Pumpen zc. entfalle, eine höhere Abschreibung für nöthig und bitte deshalb, 1 % abzuschreiben, so daß die Anlage nach 33—34 Jahren getilgt sei. Der Magistrat werde gegen diese Aenderung nichts einzuwenden haben. In der Finanzcommission sei ferner der Wunsch laut geworden, die aufzunehmende Anleihe von den sonstigen Anleihen getrennt zu behandeln und sie als Anleihe für das Wasserwerk aufzunehmen. Mit der Deckungsfrage habe sich die Versammlung heute noch nicht im Einzelnen zu befassen, sondern es handle sich nur darum, festzustellen, ob die entstehende Ausgabe durch eine entsprechende Erhöhung des Wasserpreises gedeckt werden solle. Unter Bejahung dieser Frage habe die Commission den Wunsch auszusprechen, daß es durch billige Ueberlassung von Wassermessern den Grundbesitzern möglich gemacht werden möchte, den Wasserverbrauch in den einzelnen Wohnungen ausmessen zu können. Die Finanzcommission empfehle also die Genehmigung der gesammten Magistratsvorlage und beantrage außerdem, die Quell-

wasserdeputation, welcher eine große Arbeit und Verantwortung erwachse, durch einige Mitglieder der Versammlung, nämlich die Herren Schmidt, Schöttler und Wolters, deren Sachverständigkeit wohl nicht angezweifelt werde, zu verstärken, diese Deputation also von 3 auf 6 Mitglieder zu vermehren.

Herr Meyerhoff muß seiner Verwunderung Ausdruck geben, daß man bei dem Projecte mit einem Male auf das Doppelte des vor zwei Jahren angenommenen Betrages angekommen sei. Wenn er sich gegen das Project wende, so thue er es nicht, weil er die Zweckmäßigkeit desselben nicht anerkenne und nicht wünsche, recht gutes Wasser zu haben, sondern weil er nicht wisse, ob mit der Ausführung des Projectes nicht noch gewartet werden könne. Die Preise des Eisens zc. seien augenblicklich auf eine Höhe gestiegen, auf der sie sich nicht mehr lange halten könnten, weshalb ein Abwarten wohl am Plage sei. Sodann gebe er auch zu bedenken, daß bei der Uebertragung der ganzen Arbeiten an den Baurath Thiem die auswärtigen Unternehmer bevorzugt werden könnten. (Widerspruch.)

Herr F ü d e l möchte hierzu berichtend bemerken, daß die Ausführung des Projectes wohl Herrn Baurath Thiem übertragen werde, daß aber der Quellwasserdeputation das Geld überwiesen werde und diese bei der Vergebung der Arbeiten mitzureden habe. Herr Baurath Thiem entwerfe das Project und nehme die Ausschreibungen vor, wobei für die Maschinen, die Pumpen zc. allerdings nur die renommirtesten Firmen genommen werden könnten, während die Bauarbeiten zc. nur mit Genehmigung der Deputation vergeben würden.

Herr Meyerhoff sieht dadurch nur ein Bedenken gegen die Vorlage schwinden. Da der Kostenpunkt noch einmal so hoch geworden sei, wie vor zwei Jahren, so habe man auch zu prüfen, was mit den alten Werthen werden solle, also dem jetzigen Wasserwerke, der Neustadtmühle zc., auf welche doch auch noch Abschreibungen und Verzinsungen vorzunehmen seien, von denen man nicht wisse, wie sie gedeckt werden sollen. Sodann vermisse er auch die Mittheilung, wie viel theurer das Wasser eigentlich werden solle. Eine Verttheuerung um 3 S werde nicht lange genügen, und selbst 5 S würden schwerlich ausreichen. Ferner sollen die Hausbesitzer das Wassergeld wieder in erster Linie einziehen, wenn ihnen auch Gelegenheit gegeben werden solle, dasselbe von den Miethern zurückzuverlangen. Das Wassergeld müßte aber, wie er und auch der Grundbesitzerverein schon vor Jahren beantragt habe, von jedem einzelnen Consumenten direct eingezogen werden. Damals sei von Herrn Stadtrath Haake erwidert, das gehe nicht und jetzt solle es nun mit einem Male gehen (Widerspruch). Wenn das Wasser mehr kosten solle, so müßten die Mehrkosten von der Gesamtheit, nicht aber allein von den Hausbesitzern getragen werden, sonst thue man diesen bitteres Unrecht.

Herr Bürgermeister Ketemeyer möchte Herrn Meyerhoff zunächst erwidern, daß in Bezug auf die Vergebung der Arbeiten mit dem Baurath Thiem ein von

der Versammlung genehmigter Vertrag abgeschlossen sei, welcher dahin gehe, daß aus der Ausarbeitung des Projectes durch den Genannten für die Stadt irgend welche Verpflichtungen, abgesehen von der Bezahlung des Honorars an denselben, nicht hervorgehen. Die Stadt könne in dieser Beziehung thun, was sie wolle, nur habe sie, sofern beschlossen werden sollte, die Ausführung der Arbeiten Herrn Bau-rath Thiem nicht zu übertragen, an diesen $\frac{6}{10}$ des ausbedungenen Honorars für die Vorarbeiten zu zahlen. Im Uebrigen heiße es in dem Vertrage, Herr Bau-rath Thiem oder dessen Vertreter bringe die Ausschreibung der einzelnen Bauthelle in Vorschlag, er verfasse die Bedingnißhefte mit den Unternehmern auf Grund der beratenden Sitzungen der Deputation, er stelle den Bauplan fest und besorge die Bestellungen, während der Vollzug der Verträge dem Magistrate anheimfalle, welcher dieses Geschäft in die Hände der Deputation legen wolle. Demnach sei die Stadt in diesem Punkte vollständig gesichert. Wenn Herr Meyerhoff dann weiter die Frage berührt habe, ob es gerechtfertigt sei, den Wasserpreis zu erhöhen und eventuell um wieviel, so habe derselbe anscheinend die Sache nicht richtig aufgefaßt, da in der Vorlage klar und deutlich gesagt sei, es sollen die gesamten Kosten, welche das Project in Bezug auf Verzinsung und Amortisation erfordere, durch die Erhöhung des Wasserzinses gedeckt werden. Zur Deckung der Verzinsung und Amortisation des jetzt bestehenden Wertes genüge aber der bisherige Wasserpreis von 10 S pro cbm. Bei einer Verbrauchsmenge von ungefähr 2580000 cbm Wasser genüge eine Mehrerhebung von 3 S pro cbm, um die Amortisation und die Zinsen für die ganze in Frage stehende Summe reichlich zu decken und seien hierin auch die Kosten für die Bohrversuche mit enthalten. Auf die weitere Frage, was später mit dem bisherigen Werke werden solle, sei zu erwidern, daß voraussichtlich kein Grund vorliege, bei dem Eingehen des jetzigen Wasserwertes die alten Mühlen bei Eisenbüttel und die Klärteiche noch beizubehalten, wenn man auch vorsichtigerweise noch einige Jahre nach der Inbetriebsetzung des neuen Werkes mit der Veräußerung warten werde. Die Neustadtmühle müßte allerdings mit Rücksicht auf die Spülung der Canäle auch ferner beibehalten werden. Ein Wasserpreis von 13 S pro cbm sei immer noch als ein sehr mäßiger zu bezeichnen und könne von den Betheiligten leicht getragen werden. Die Mehrkosten der Gesamtheit aufzuerlegen sei nicht möglich, weil dieses das Gesetz verbiete. Würde man in dieser Richtung beschließen, so könnte jeder Einwohner, welcher an die Wasserleitung nicht angeschlossen sei, den Beschluß als ungesetzlich anfechten und denselben zur Aufhebung bringen.

Herr Löschigt möchte anfragen, ob auch nach der Erhöhung des Wasserpreises das bisherige Minimalquantum an Wasser weiter verbraucht werden könne. (Zustimmung.) Dann müsse er dem Vorredner Recht geben, daß die Allgemeinheit die Ausgaben aus den Steuern nicht aufbringen könne. Andererseits sei aber auch Herrn

Meyerhoff zuzustimmen, daß den Hausbesitzern die neue Last nicht allein aufgebürdet werden könne und es eine Forderung der Gerechtigkeit sei, zu verlangen, daß, wie jeder Haushalt seinen besonderen Gasmesser habe, auch jede Familie ihren besonderen Wassermesser erhalte und das Wassergeld von jedem Einwohner direct eingezogen werde. Sodann möchte er auch wünschen, bestimmt zu erklären, wie hoch sich das Wassergeld belaufen werde, damit man nicht mit ungewissen Summen zu rechnen habe. Der Hausbesitzer könne seinen Miethern nicht gut das erhöhte Wassergeld abfordern, weil das zu Differenzen führen würde, sondern das Wasserwerk müsse das Einziehen des Geldes von jedem Abnehmer selbst besorgen, dann werde auch das übermäßige Verquasen des Wassers aufhören. Bei der immer mehr zunehmenden Einführung der Wasserclosets werde der Wasserverbrauch mit der Zeit so steigen, daß es dem Hausbesitzer nicht möglich sei, das Wassergeld für seine Miether mit zu tragen.

Herr Aßmann hält es nicht für richtig, neben dem Baurath Thiem nur der Deputation die Ausführung des Baues zu übertragen, da dieser dann der Vorwurf nicht erspart bleiben würde, daß bei der Vergebung der Arbeiten Einzelne bevorzugt und Andere nicht berücksichtigt seien. Man solle deshalb neben der Deputation einem städtischen Baubeamten die Bauleitung mit übertragen, damit solche Vorwürfe der Stadtverwaltung erspart blieben.

Herr Fiedel muß es als selbstverständlich ansehen, daß die Deputation stets den Beirath des Bauraths Mitgau und in baulicher Beziehung eines technischen Mitgliedes des Stadtbauamtes zur Hülfe nehmen werde. Wenn dann Herr Meyerhoff eine weitere Erhöhung des Wasserpreises über 13 \mathcal{M} hinaus befürchte, so sei solche Befürchtung grundlos, weil bisher schon ein Preis von 10 \mathcal{M} genügt habe, um die bestehende Anlage zu verzinsen und zu amortisiren und sogar noch einen kleinen Ueberschuß abzuwerfen. Da nun die neuen Maschinen zu einer Ersparniß wesentlich beitragen werden, so könne eine erhebliche Vermehrung der Betriebskosten bei dem neuen Werke gar nicht eintreten. Was die Wasserpreise in anderen Städten anlange, so habe eine ganze Anzahl derselben Maximal- und Minimalpreise, welche sich wahrscheinlich auf Trink- und auf Brauchwasser beziehen würden. So erhebe Berlin 30 — 15 \mathcal{M} , Breslau 15 — 10 \mathcal{M} , Magdeburg 18 — 8 \mathcal{M} , Altona 28 — 10 \mathcal{M} , Stuttgart 30 — 2 \mathcal{M} , Moskau 15 \mathcal{M} , Frankfurt a./D. 20 \mathcal{M} , Stralsund 22 \mathcal{M} , Worms 15 \mathcal{M} , Schwerin 20 \mathcal{M} , Tilsit 27 \mathcal{M} , Saargemünd 20 \mathcal{M} , Charlottenburg 30 \mathcal{M} , Leipzig 22 \mathcal{M} , Dessau 10 \mathcal{M} u. s. w. Daraus gehe hervor, daß hier der neue Wasserpreis gegen andere Städte keineswegs zu hoch sein würde. Da das Minimalquantum für den Verbrauch an Wasser hier eingeführt worden sei, um eine übermäßige Ersparniß an Wasser zu verhindern, so glaube er auch nicht, daß man von der Festsetzung eines Minimalquantums abgehen werde, zumal sonst der Hausbesitzer seine Miether leicht anhalten könnte, mit dem Wasser so knapp umzugehen, daß die Reinlichkeit darunter leide.

Herr Sander möchte anfragen, ob in den hier genannten Städten, welche einen höheren Wasserpreis erheben als Braunschweig, das Wassergeld von den Hausbesitzern oder den Miethern eingezogen werde. (Nicht bekannt.) Mit Herrn Weyerhoff sei er der Meinung, daß durch diese Anlage der Grundbesitzer wieder bedeutend belastet werde und daß das Wasser bald noch theurer als 13 S werden würde. Da nun nach den Auseinandersetzungen in der Commission der Allgemeinheit diese Ausgaben nicht auferlegt werden könnten, so möchte er vorschlagen, den Hausbesitzern wenigstens die Wassermesser zum Selbstkostenpreise zur Verfügung zu stellen, damit sie in der Lage seien, den Wasserverbrauch ihrer Mieter zu controliren. Wenn auch mit dem Wasser bei dem hier festgesetzten Minimalquantum nicht gespart zu werden brauche, so dürfe man damit doch auch nicht quassen, aber in den meisten Häusern, welche der Wirth nicht mit bewohne, werde thatächlich mit dem Wasser gequast, indem des Nachts die Closets offen gelassen werden u. dgl. mehr. In welcher Weise manche Miether mit dem Wasser umgehen, lasse sich daraus entnehmen, daß in einem seiner Häuser für 200 M mehr als das Minimalquantum in einem Jahre an Wasser verbraucht sei.

Herr Rieke will seiner Freude Ausdruck geben, daß man mit dieser Angelegenheit jetzt so weit gekommen sei, denn nichts sei wichtiger für eine Commune, als ihre Versorgung mit gutem Trinkwasser. Als man i. J. auf eine Harzwasserleitung Bedacht genommen habe, sei mit ganz anderen Summen zu rechnen gewesen, als jetzt, jedoch hätte man damit vielleicht auch eine noch sicherere Anlage erhalten. Das Okerwasser genüge jedenfalls nicht mehr und die Stadt müsse vom Flußwasser zum Quellwasser nothwendig übergehen; auch sei es die höchste Zeit, die Anlage in Angriff zu nehmen und sie gleich so einzurichten, daß die künftigen Generationen noch den Nutzen davon haben. Der Preis von 13 S werde, wie man das aus den anderen Städten schon gehört habe, wohl nicht reichen, und z. B. in Hildesheim werde mehr als das Doppelte an Wassergeld gezahlt, obwohl dort das Wasser noch nicht einmal so gut sei, wie unser Okerwasser. Man könne sich wohl der Hoffnung hingeben, daß die hier geplante Anlage in jeder Beziehung befriedigen und man nicht gezwungen sein werde, die alte Wasserleitung beizubehalten und den Hausbesitzern die doppelten Kosten für zwei Leitungen aufzuerlegen. Genüge die neue Quellwasserleitung, dann habe die Stadt Braunschweig ein sehr guten Griff gethan und es lasse sich dann auch erhoffen, daß neben den sogenannten Waschanstalten die Stadt ein gedecktes Schwimmbassin erhalten werde, welches man durch Ueberdeckung eines der Klärbassins leicht erhalten könne. Natürlich müsse man mit der Beseitigung und dem Verlaufe der Anlagen des alten Wasserwerks noch 4—5 Jahre warten, um die neue Anlage inzwischen ausprobiren zu können; wenn man aber erst zu dem Verlaufe schreiten könne, dann werden sich die Kosten des neuen Wasserwerks ganz bedeutend reduciren. Die gesammte Bürgerschaft habe das größte Interesse daran,

daß die Anlage sobald als möglich geschaffen werde, da am Domesee ein Wasser gefunden sei, wie es keine Stadt besser erhalten könne, und deshalb werde auch Jeder bereit sein, die Kosten mit zu tragen.

Herr Fiedel möchte noch bemerken, daß in der ihm vorliegenden statistischen Tabelle 278 Städte aufgeführt seien, von denen 125 obligatorische Wassermesser haben, die übrigen nicht.

Der Herr Vorsitzende schließt, da sich Niemand mehr zum Worte gemeldet hat, die Verhandlung, eröffnet sie auf Wunsch der Versammlung aber wieder, nachdem noch einige Herren nachträglich ums Wort gebeten hatten.

Herr Meyerhoff muß seine Bedenken wegen der Höhe des Wassergeldes aufrecht halten. Wenn Herr Riese meine, es werde Jeder bereit sein, für diese segensreiche Anlage etwas zu thun, so gebe er demselben recht, jedoch dürfe man, da das Werk zum Segen der Allgemeinheit gebaut werden solle, nicht eine einzelne Bevölkerungsklasse mit den Kosten belasten. Wenn z. B. selbst die Stadtverwaltung von Neapel jedem einzelnen Haushalte einen Wassermesser liefere, so werde das hier auch möglich sein, sofern der Magistrat nur den Hausbesitzern entgegenkommen wolle. Sobald beschlossen werde, das Wassergeld von jedem Consumenten direct einzuziehen, werde jeder Hausbesitzer der Vorlage gern zustimmen. Gerade so wie die Verwaltung der Lichtwerke ihren Abnehmern entgegengekommen sei und die Kochgasleitung von der Leuchtgasleitung getrennt habe, würde man auch den Hausbesitzern in Bezug auf die Einziehung des Wassergeldes entgegenkommen können. Hinsichtlich der Ausführung des Baues hätte er gern gesehen, daß einer der städtischen Baubeamten mit dabei thätig wäre, weil die Stadt die Verpflichtung habe, den jüngeren Baubeamten Gelegenheit zu geben, sich auch hierbei fortzubilden, und weil nach Fertigstellung des Werkes Jemand vorhanden sein müsse, der in den Bau eingeweiht sei. Die preussische Regierung gehe in dieser Beziehung ganz anders vor, indem sie zur Ausführung irgend eines fertig ausgearbeiteten Projectes einen jungen Baumeister einstelle, damit dieser dabei lerne. In ähnlicher Weise müsse auch die Stadt vorgehen. Wenn das hier festgesetzte Minimalquantum an Wasser auch genüge, um den Bedarf zu decken, so sei doch Herrn Sander zuzustimmen, daß im Allgemeinen mit dem Wasser sehr gequast werde. In vielen Fällen könne der Hausbesitzer seine Miether für den Mehrverbrauch an Wasser gar nicht regreßpflichtig machen, weil die Schlußrechnung für das abgelaufene Finanzjahr erst im Juli oder August erscheine und die Miether dann häufig längst ausgezogen seien. Hier liege ein wunder Punkt, gegen den bei der Neuanlage energisch eingeschritten werden müsse.

Herr Schmidt ist der Meinung, daß bei der heutigen Verhandlung das große Ganze zu sehr aus den Augen gelassen werde. (Zustimmung.) Die Versammlung müsse sich darüber klar werden, ob sie für das neue Wasserwerk $1\frac{1}{2}$ Millionen Mark aufwenden wolle, und könne, in Consequenz der früheren Beschlüsse, diesem Antrage

nur zustimmen. Da nun der Vorlage gemäß auch eine Enteisungsanlage mit einem Aufwande von 228000 M und demnach einer jährlichen Belastung von rund 15000 M vorgesehen sei, so möchte er anfragen, was der spätere Einbau dieser Anlage wohl kosten werde. Da z. B. eisenhaltiges Wasser noch nicht gefunden sei und vielleicht überhaupt so bald nicht gefunden werde, weil auch in den Brunnen des Schlachthauses, der Jürgens'schen Brauerei u. noch kein Eisen vorgekommen sei, so empfehle es sich vielleicht, mit der Enteisungsanlage noch zu warten, bis man Eisen finde. Sollte indessen der spätere Einbau dieser Anlage erheblich mehr Aufwendungen verursachen, als wenn dieselbe sofort mit zur Ausführung komme, so bescheide er sich gern. Im Uebrigen stimme er dem vorliegenden Projecte zu.

Herr Stadtrath Haake möchte Herrn Meyerhoff erwidern, daß doch ein großer Unterschied zwischen der Anbringung von Gasmessern und von Wassermessern bestehe. Die Gasmesser könne man viel leichter für jede Familie, welche Gas consumire, aufstellen, als die Wassermesser, weil es sich bei den ersteren doch nur um eine verschwindend kleine Zahl handle, gegenüber der großen der an die Wasserleitung angeschlossenen Wohnungen. Dagegen lasse sich der Wunsch des Herrn Sander auf Ueberlassung von Wassermessern zum Selbstkostenpreise an die Hausbesitzer wohl erfüllen.

Herr Ahmann kann die Ausführungen des Herrn Riefe nicht so auslegen, wie das von Herrn Meyerhoff geschehen sei. Wenn man in jede Wohnung einen Wassermesser legen wollte, so könnte unter Umständen mit dem Wasserverbrauch geknaufert werden und das würde bei einer solchen neuen Anlage nicht als ein Fortschritt bezeichnet werden können.

Herr Südel ist nicht in der Lage, die Frage des Herrn Schmidt nach den Mehrkosten bei einem späteren Einbau der Enteisungsanlage genau zu beantworten. Uebrigens liegen in der Anschlagssumme von 228000 M auch die Kosten für die Wasserbassin. Jedenfalls würde sich bei sofortiger Ausführung der Anlage eine erhebliche Ersparniß erzielen lassen. Irrthümlich sei es, anzunehmen, es würde sich vielleicht gar kein Eisen zeigen, denn es habe sich ja solches bereits gezeigt und sei vom Baurath Thiem festgestellt worden. Thatsache sei es ferner, daß bei den außerordentlich vielen Anlagen, welche der Baurath Thiem schon ausgeführt habe, sich namentlich in der norddeutschen Tiefebene überall nach einem Jahre oder auch schon früher Eisen in mehr oder weniger großer Mächtigkeit gezeigt und sich ständig vermehrt habe. Vielleicht theile auch Herr Wolters die bei seinem Brunnen gemachten Erfahrungen mit.

Herr Müller will darauf hinweisen, daß der Magistrat schon in einer früheren Vorlage auf das Vorkommen von Eisen aufmerksam gemacht habe.

Herr Wolters möchte daran erinnern, daß im Auftrage des Bauraths Thiem etwa 40 Versuchsbohrungen vorgenommen und Proben davon analysirt seien.

Hierbei haben 6—8 thatsächlich eine Menge Eisen gezeigt, so daß mit Sicherheit auf das Vorkommen von Eisen zu schließen sei. Wenn die benachbarten Brunnen kein eisenhaltiges Wasser haben, so liege das vielleicht daran, daß das Wasser einer darüber liegenden Schicht entnommen sei. Es habe sich herausgestellt, daß selbst an den Stellen, welche eisenhaltiges Wasser zeigen, das darüber befindliche Grundwasser eisenfrei gewesen sei. Im Laufe der Jahre pflege der Eisengehalt des Wassers überhaupt noch wesentlich zu wachsen.

Herr Blasius ist noch nicht absolut davon überzeugt, daß das Wasser eisenhaltig sein werde, obwohl er die Untersuchungen desselben genau verfolgt habe. Da aber der Baurath Thiem als eine Autorität erkläre, daß man sicher Eisen bekommen werde, so müßte auch eine Enteisungsanlage vorgesehen werden. Wenn er sich auch nicht denken könne, daß die nachträgliche Einführung der Enteisungsanlage mit hervorragenden Mehrkosten verbunden sein werde, so möchte er doch bitten, dem Magistrate freizustellen, mit der Einrichtung der Enteisungsanlage eventuell noch zu warten. Im Uebrigen erkläre er sich für die Annahme des Projectes.

Herr Bürgermeister Ketemeyer will darauf erwidern, daß der Magistrat nicht geneigt sei, diese Verantwortung allein zu übernehmen. Die spätere Einfügung der Enteisungsanlage sei auch nicht so leicht, wie Herr Blasius annehme. Wenn sich z. B. im Herbst Eisen zeigen sollte, so sei es nicht möglich, die Anlage so schnell fertig zu stellen, daß die Enteisung schon im Frühjahr vor sich gehen könne. Jedenfalls würde die hiesige Einwohnerschaft sehr wenig davon erbaut sein, wenn man ihr bei dem plötzlichen Auftreten einer größeren Menge Eisen $\frac{1}{2}$ — $\frac{3}{4}$ Jahr eisenhaltiges Brunnenwasser lieferte. Da der Sachverständige erklärt habe, es werde Eisen kommen, so müßte man auch hiermit rechnen, namentlich da Herr Professor Bedurts bereits Eisen gefunden habe und die Erfahrung lehre, daß in solchem Falle der Eisengehalt des Wassers im Laufe der Zeit immer stärker zu werden pflege.

Herr Wolff würde empfehlen, die Magistratsvorlage mit der Enteisungsanlage anzunehmen und werde der Magistrat, wenn diese Anlage vielleicht überflüssig sein sollte, schon selbst mit neuen Anträgen kommen.

Herr Lange ist auch zuerst der Ansicht gewesen, daß man die Enteisungsanlage mit Rücksicht auf die Höhe der Kosten zunächst fortlassen könne, er sei aber durch die eingezogenen Erkundigungen belehrt worden, daß solche Anlage immer erforderlich wäre. In der norddeutschen Tiefebene solle eben in dem Grundwasser immer Eisen vorhanden sein und wenn es noch nicht da sei, sich bestimmt einsinden. An der Schulter haben einige Bohrlöcher von vornherein Eisen gezeigt und stehe dort auch der Raseneisenstein, welcher bestimmt auf Eisen hinweise. Bei den Versuchen des Bauraths Thiem stellte sich heraus, daß das eisenhaltige Wasser mit ziemlicher Geschwindigkeit nach den Wasserentnahmestellen gelangte, da Löcher ohne

jede Eisenspur schon nach drei Wochen eisenhaltig gewesen wären. Daraus könne man aber mit positiver Gewißheit schließen, daß sich schon nach einiger Zeit Eisen einstellen werde. Warum solle man unter diesen Verhältnissen mit der Enteisungsanlage warten und sie erst später einschalten, da doch der Bau bei günstigem Wetter ein Jahr dauern werde und auch erhebliche Mehrkosten verursachen müsse. Das möchte er nicht riskiren, zumal die städtischen Behörden in solchem Falle auch die größten Vorwürfe von der Bürgerschaft zu erwarten haben würden.

Herr Ribbentrop glaubt, daß Eisen sich sicher einstellen werde, da das Wandern desselben von einem Bohrloch zum andern schon constatirt sei. Wenn das Werk aber ohne die Enteisungsanlage fertiggestellt sei, so werde es schwer sein, letztere noch nachträglich einzubauen und glaube er, daß dieses erhebliche Mehrkosten verursachen müsse. Deshalb bitte er, die Magistratsvorlage mit der Enteisungsanlage anzunehmen.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird die gesammte Magistratsvorlage von der Versammlung angenommen und die beantragte Erhöhung der Mitgliederzahl der Quellwasserdeputation von 3 auf 6 genehmigt. Durch Zuruf werden die von der Finanzcommission in Vorschlag gebrachten Herren Schmidt, Schöttler und Wolters der Deputation zugewählt.

XVI. Instandsetzung des Fußweges der Broitzemerstraße.

Eine größere Anzahl von Anwohnern der Broitzemerstraße hat gebeten, letztere alsbald bis an die Landeseisenbahn auszubauen, event. aber wenigstens auf einer Seite einen besseren Fußweg herzurichten. Der ordnungsmäßige Ausbau der Straßenstrecke würde die Aufwendung von 90 000 M bedingen, auch würden zuvor die Gas- und Wasserröhren und außerdem für 18 000 M die Canälröhren zu verlegen sein. Da auf beiden Seiten der Straßenstrecke umfangreiche z. B. unbebaute Ländereien liegen, auf deren baldige Verwendung zu Bauzwecken nicht zu rechnen sein wird, so kann sich der Magistrat zu dem Ausbau der Straßenstrecke noch nicht verstehen. Wohl aber will derselbe anerkennen, daß der jetzige äußerst schmale Fußweg höchst mangelhaft ist und hält daher für zweckmäßig, diesen in einer Breite von 1,5—1,6 m durch Bogasche zu befestigen und gegen die Fahrbahn durch rohe Kantensteine abgrenzen zu lassen. Die hierdurch erwachsenden Kosten von rund 800 M ersucht der Magistrat zu bewilligen.

Namens der Baucommission giebt Herr Baurmeister anheim, der Vorlage zuzustimmen.

Herr Ebeling ist der Meinung, daß der Ausbau der Broitzemerstraße bis zur Landeseisenbahn sehr viel kosten und durch die Anlieger nicht bezahlt werden könne. Nothwendig sei es aber, die Straße recht bald in einen guten Zustand zu bringen und müsse er bezweifeln, daß der Fußweg sich mit Bogasche dauernd gut

herstellen lasse. Auch die Fahrbahn sei in einem besseren Zustande zu erhalten, da der Verkehr nach dem Westbahnhofe sich außerordentlich stark entwickle und zwar wohl mit in Folge der Ueberlastung des Hauptbahnhofes. Ohne einen Antrag stellen zu wollen, möchte er doch bitten, die Wegebaucommission zu veranlassen, diesem Wege eine größere Aufmerksamkeit zu widmen.

Herr Bürgermeister Metemeyer muß die Ausführungen des Herrn Ebeling für zutreffend halten, ist aber der Meinung, daß sich der Ausbau der Broitzemerstraße jezt nicht gut vornehmen lasse, weil die Stadt sonst das ganze Capital auf eine Reihe von Jahren für sich allein ausgeben müßte, ohne einen Anlieger dazu heranziehen zu können. Die städtische Bauverwaltung habe auch schon darauf hingewiesen, daß der Ausbau in einigen Jahren nöthig sein würde und empfehle es sich dann vielleicht, die ganze Strecke mit Rücksicht auf den starken Fuhrverkehr pflastern zu lassen. Da nun in der Gegend ein Wandel in so fern bevorstehe, als die Anlieger geneigt sein sollen, ihre dortigen Grundstücke zu veräußern, so lasse sich vielleicht bald dem Ausbau der Wegestrecke nähertreten.

Die Magistratsvorlage gelangt darauf zur Annahme.

XVII. Warmwasserbereitungsanlage im Rathhause.

Bei dem Aufwaschen des Fußbodens im Rathhause wird den Scheuerfrauen das warme Wasser durch einen Arbeiter zugetragen, und sind hierzu etwa 480 Arbeitsstunden mit einem Kostenaufwande von 201,60 M erforderlich. Von der städtischen Bauverwaltung wird nun vorgeschlagen, eine Warmwasserleitungsanlage mit einem einmaligen Kostenaufwande von 2150 M herzurichten und diese Summe zu verwilligen. Hierdurch würde nicht nur eine jährliche Ersparniß von etwa 37,60 M erzielt, sondern auch erreicht, daß die Treppen nicht durch das Wassertragen beschädigt werden.

Herr Bültemann schlägt namens der Baucommission vor, dem Antrage zuzustimmen.

Herr Ahmann will die Zweckmäßigkeit dieser Anlage gern anerkennen, dabei aber seinem Erstaunen Ausdruck geben, daß in einem solchen neuen Gebäude, an dem so viele technische Beamte und Sachverständige mitgewirkt haben, schon Ergänzungseinrichtungen vorzunehmen seien, ehe das Haus vollständig bezogen worden sei.

Herr Koch möchte bei dieser Gelegenheit darauf aufmerksam machen, daß im Rathhause stets eine überaus trockene Luft herrsche, welchem Uebelstande baldigst abgeholfen werden müsse.

Sodann wird die Magistratsvorlage genehmigt.

XVIII. Aenderung der Fluchtlinie für einen Theil der Maschstraße.

Auf Beschluß der städtischen Behörden ist wegen stadtseitigen Erwerbes der zum Ausbau der nördlichen Theilstrecke der Maschstraße erforderlichen Vorgärten das Enteignungsverfahren eingeleitet worden. Im Laufe dieses Verfahrens hat die Mehrzahl der Anlieger gebeten, die Straßenfluchtlinie nachträglich zu ändern und zwar dahin, daß auf der Westseite die Vorgärten erhalten bleiben, mithin die Straße nach Osten verschoben werde. Der Magistrat hält es für unbedenklich, dem Antrage Folge zu geben. Da das Expropriationsverfahren bereits eingeleitet ist und der Antrag auf Enteignung gegen den Willen der Expropriaten nicht zurückgezogen werden kann, so haben sich bei den dieserhalb eingeleiteten Verhandlungen die Anlieger, abgesehen von dem Kaufmann Reimann und dem Rentner Heidergott, mit der geplanten Aenderung der Fluchtlinien einverstanden erklärt. Es entsteht nun die Frage, ob ungeachtet des Widerspruchs der beiden bezeichneten Anlieger auf die beabsichtigte Aenderung der Fluchtlinien Bedacht zu nehmen sei. Unter eingehender Begründung seines Standpunktes giebt der Magistrat anheim, der Abänderung des Ortsbauplanes, sowie der Erstreckung des Enteignungsverfahrens auch auf den Erwerb der größeren, östlich gelegenen Flächen zuzustimmen.

Namens der Baucommission empfiehlt Herr Engelbrecht, die Vorlage gutzuheißen, da die Aenderung vortheilhaft erscheine, indem dadurch auch eine Verbilligung des Projectes herbeigeführt werde und dieses im Interesse der Anlieger nur gewünscht werden könne.

Herr Hauswaldt möchte um Aufklärung darüber bitten, ob die Anlieger auch die in Folge der doppelten Expropriation entstehenden Mehrkosten tragen müßten, oder ob diese die Stadt übernehme.

Herr Bürgermeister Metemeyer will darauf erwidern, daß seitens des Magistrates in dieser Angelegenheit kein Fehler gemacht sei, da die städtischen Behörden auch den früheren Ortsbauplan festgestellt haben. Wenn man früher auch vielleicht zu viel mit dem Lineale operirt habe, so sei doch durchaus correct verfahren worden, und man könne nur bedauern, daß die Anlieger der Maschstraße bei Vorlegung des ersten Projectes nicht gleich ihre Wünsche auf Aenderung desselben zu erkennen gegeben haben. Es unterliege nun wohl keinem Zweifel, daß die vergeblich aufgewendeten Kosten von den Anliegern mit getragen werden müßten. Wenn die Stadt die 45 qm von den beiden in der Vorlage benannten Anliegern wirklich erwerben müßte, so werde sie sie an die jetzigen Eigenthümer auch wieder veräußern können, sobald die auf denselben stehenden alten Häuser durch Neubauten ersetzt würden.

Herr Schmidt kann nur empfehlen, dem Projecte zuzustimmen und muß nur bedauern, daß durch die Hartnäckigkeit einzelner Anlieger der Ausbau der Straße wieder verzögert werde. In diesem Jahre werde an die Ausführung des Projectes

wieder nicht zu denken sein und doch könnten die dort herrschenden Zustände kaum noch länger so bleiben. Man habe bei dem neuen Projecte allerdings damit zu rechnen, daß das etwa 1 $\frac{1}{2}$ m in die Straßenfluchtlinie hineinspringende Haus, welches als alt nicht zu bezeichnen sei, weil es erst vor etwa zehn Jahren gebaut sein könne, später mit angekauft werden müsse.

Herr Bürgermeister Metemeyer möchte dazu bemerken, daß der Magistrat nicht beabsichtige, die Kosten dieses Hauses dem Projecte noch zuzulegen. Nach der Ansicht der städtischen Bauverwaltung könne das Haus auch bei Durchführung des neuen Projectes ruhig stehen bleiben, zumal es keine 1 $\frac{1}{2}$ m vorstehen solle. Wenn die Kosten des Hauses den Straßenkosten noch zugerechnet werden sollten, so entstehe die Frage, ob es nicht richtiger wäre, lieber das alte Project auszuführen.

Herr Hauswaldt will der Umänderung des Projectes unter der Voraussetzung zustimmen, daß nicht hinterher die Kosten für den Ankauf des Hauses noch aufgewendet werden müssen. Wenn im Interesse der Anlieger das zweite Project gewählt werde, so müßten dieselben auch die Unannehmlichkeiten desselben, also namentlich das Stehenbleiben des alten Hauses, mit in den Kauf nehmen.

Die Besprechung wird darauf geschlossen und die Magistratsvorlage gutgeheißen.

XIX. Ausbau der Giersbergstraße.

Der Kreismaurermeister Webler hat beantragt, die Giersbergstraße auszubauen. Da diese Straße jetzt auf ihrer Südseite in regelmäßiger Folge mit Wohnhäusern bebaut wird und der Magistrat daher mit Rücksicht auf die Bestimmung im §. 11 der Bauordnung vom 13. März 1899 eventuell gezwungen werden kann, den Ausbau vorzunehmen, ersucht derselbe, dem Ausbau der Straße zuzustimmen, sowie die Kosten- und Vertheilungsberechnung zu genehmigen. Veranschlagt sind die Grunderwerbs- und Baukosten zu 30800 M und der Anliegerbeitrag zu 115 M für 1 m Frontlänge.

Die Magistratsvorlage wird auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Bültmann berichtet, angenommen.

XX. Verlängerung des Canals der Helmstedterstraße.

Bei dem Neubau der Verwaltungsgebäude auf dem Centrafriedhofe hat auf die Anlage einer ordnungsmäßigen Entwässerung der gedachten Gebäude verzichtet werden müssen. Ausbühlsweise wurde damals ein Canalsystem hergerichtet, welches in eine am tiefsten Punkte des Grundstücks zur Ausführung gebrachte Sickergrube ausmündete. Die mancherlei Uebelstände, welche sich aus der Benutzung dieser Entwässerungsanlage im Laufe der Jahre ergeben haben, ganz besonders aber die neuerdings beobachteten Krankheitserscheinungen in der Familie des Friedhofs-

verwalters Heumann legen es nahe, die Verwaltungsgebäude mit einer ordnungsmäßigen Entwässerungsanlage zu versehen und diese an einen Straßencanal anzuschließen. Zur Durchführung dieses Planes ist es nöthig, den auf der Helmstedterstraße vorhandenen Thonröhrencanal um etwa 190 m zu verlängern und auf dem Grundstücke des Centralfriedhofes eine Hausentwässerungsanlage zu beschaffen. Der Magistrat ersucht, der Ausführung einer solchen Anlage unter Bewilligung von 6200 M zuzustimmen,

was auf Befürwortung der Finanzcommission, für die Herr Lord berichtet, geschieht.

XXI. Verlauf eines Bauplatzes an der Kaiserstraße.

Die Herzogliche Baudirection hat gegen die Aufnahme einer früher beschlossenen Verbindungsstraße zwischen Kaiserstraße und Promenade in den Ortsbauplan verschiedene Bedenken geltend gemacht, welche vom Herzoglichen Staats-Ministerium als begründet erachtet sind. Aus diesem Grunde ist die Genehmigung des vorgelegten Theilortsbauplanes verweigert worden. Um die Möglichkeit der künftigen Anlegung der fraglichen Verbindungsstraße nicht zu vereiteln, konnte sich der Magistrat nicht dazu verstehen, den ganzen, an der Nordseite der Kaiserstraße gelegenen städtischen Bauplatz zu veräußern. Derselbe hat es deshalb für zweckmäßig erachtet, von dem fraglichen Terrain nur eine 408 qm große Theilfläche zu veräußern. Auf dieselbe ist bei der Versteigerung überhaupt nur ein Gebot von 8000 M von dem Maurermeister Fritz Keune abgegeben, welches hinterher auf 9000 M erhöht wurde, als der Bäckermeister Braukmeier sich bereit erklärte, letztere Summe zu bezahlen. Wenn das Gebot, frei von Straßenkosten, auch als sehr gering anzusehen ist, so ersucht der Magistrat doch, dem Herrn Keune den Zuschlag auf 9000 M zu ertheilen, damit an jener Stelle dem unleidlichen Zustande ein Ende gemacht werde. Sollte die Versammlung Bedenken tragen, dem Antrage zu entsprechen, so würde der Platz an der Straße und an seiner Ostgrenze ordnungsmäßig einzufriedigen und den Anliegern gegen Zahlung einer Anerkennungsgebühr bis auf Weiteres zu überlassen sein. Der Magistrat glaubt annehmen zu dürfen, daß in diesem Falle die Versammlung mit Aufwendung der durch Beschaffung der erforderlichen Einfriedigungen entstehenden Kosten einverstanden sein werde.

Die Baucommission hält nach dem Berichte des Herrn Engelbrecht den gebotenen Preis von 9000 M für viel zu gering und giebt Ablehnung der Vorlage anheim, den Magistrat zugleich ersuchend, den schon früher gefaßten Beschluß auf Umzäunung und Instandsetzung des Platzes nunmehr auszuführen.

Herr Schmidt hat von vornherein angenommen, daß sich kein Käufer für den Platz finden werde, nachdem die Gegend in der vorletzten Sitzung so schlecht gemacht sei. Im Namen der Baucommission schlägt er vor, nicht eine Pflanze,

sondern einen Zaun dorthin zu stellen, welcher wenigstens keinen Schimmel ansehen werde und demnach ein würdiges Gegenstück zu dem gegenüber liegenden Volksbade bilden könne.

Herr Rieke möchte erklären, daß er schon deshalb nicht für die Vorlage gestimmt habe, weil der Maurermeister Schmincke dann das größte Recht gehabt haben würde, sich über die hohen Straßenbaukosten zu beklagen. Die Zustände in jener Gegend seien von ihm ohne jede Uebertreibung geschildert worden, was nur Derjenige beurtheilen könne, welcher das mit erlebt habe. Eine Planke von gehobelten Brettern in Höhe von $2\frac{1}{2}$ m halte er dort für ebenso angebracht, wie beim Stadthause. Der Schimmel an dem Volksbade lasse sich vermeiden, wenn Isolirsichten angewendet werden und man nicht die salpeterhaltigen rothen, sondern die salpeterfreien gelben oder die matten Verblendsteine nehme.

Herr Seele kann sich nicht versagen, sein aufrichtiges Bedauern darüber auszusprechen, daß das Herzogliche Staats-Ministerium die Straße nach der Promenade zu nicht genehmigt habe, da die Straße doch das einzige Mittel gewesen wäre, dort Luft und Licht zu schaffen und die stark belastete Wendenstraße etwas vom Fuhrverkehr zu entlasten.

Herr Bürgermeister Ketemeyer möchte auf eine Aeußerung des Herrn Rieke erwidern, daß durchaus nichts Ungeheuerliches darin liege, wenn Herr Schmincke hohe Straßenkosten bezahlen müsse und trotzdem der Magistrat diesen Platz unter Befreiung von Straßenkosten verkaufe. Das sei bei solchen Verkäufen überhaupt schon oft geschehen, damit der Käufer wisse, was er für einen Bauplatz insgesammt zu zahlen habe. Eine Planke aufzustellen, halte er geradezu für bedenklich, wenn sie auch architektonisch besser aussehen möge als ein Stacket, weil sie in solcher Gegend ein Mittel abgeben könne, um Schlupfwinkel zu schaffen. Deshalb empfehle es sich mehr, ein Stacket aufzustellen und das Terrain den Anliegern zu Gartenzwecken, nicht aber zur Aufstellung von Wagen oder zur Lagerung von Materialien zu verpachten. In diesem Falle habe man die Ablehnung des Herzoglichen Staats-Ministeriums noch nicht allzu sehr zu bedauern, da die Straße nach der Promenade doch kommen und das Herzogliche Staats-Ministerium sie hoffentlich auch zulassen werde. Augenblicklich wäre die Straße auch im Falle ihrer Genehmigung doch noch nicht ausgeführt worden, weil die Oker dort erst noch vorher hätte canalisirt werden müssen.

Herr Lange will hinsichtlich des Volksbades an der Kaiserstraße bemerken, daß dasselbe mit Isolirsichten gebaut sei und es auch keinen Schimmel-, sondern einen Salpeterüberzug bekommen habe. Zu dem Bade seien mit Hülfe des Stadtbaumeisters Osterloh die besten Steine ausgewählt worden und habe man vorher nicht wissen können, daß dieselben salpeterhaltig sein würden. Er werde Veranlassung nehmen, die Steine mit Salzsäure abwaschen zu lassen.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird die Magistratsvorlage abgelehnt und der Commissionsantrag genehmigt.

XXII. Verkauf einer Fläche am Bültenwege.

Dem Grundstücke des Kunstgärtners F. Weinchenk am Bültenwege ist eine 16 qm große Wegefläche anzuschneiden, welche der Magistrat zum Einheitspreise von 10 M zu verkaufen bittet.

Der Antrag wird auf Empfehlung der Baucommission, für die Herr Bauermeister berichtet, genehmigt.

XXIII. Anlage eines Fernsprechers für das Arbeitsamt.

Von dem Ausschusse für das städtische Arbeitsamt ist beantragt worden, die im Erdgeschosse des Rathhauses gelegene Geschäftsstelle für Arbeitsvermittlung mit Fernsprechanschluß zu versehen. Der Magistrat hält einen besonderen Anschluß im Interesse des Arbeitsamtes für erforderlich und giebt die Bewilligung der Mittel im Betrage von jährlich 160 M anheim.

Die Vorlage wird auf Befürwortung des Herrn Seele genehmigt.

XXIV. Einstellung eines Hülfslehrers.

In der ersten mittleren Knabenschule am Bültenwege ist die Einrichtung einer neuen siebenten Klasse erforderlich geworden, deren Besetzung mit einem Hülfslehrer der Magistrat unter Anforderung der entsprechenden Mittel anheimgiebt

und die Versammlung auf Empfehlung der Schulcommission, für welche Herr Bührmann berichtet, genehmigt.

XXV. Aenderungen in der Markthalle.

Nach der Meinung der Markthallendeputation soll die wenig gute Entwicklung des Markthallenverkehrs mit darauf zurückzuführen sein, daß ein großer Theil der umfriedeten Stände inmitten der Halle aufgestellt ist und daß die diese Stände durchschneidenden Gänge in Folge ihrer geringen Breite und verhältnismäßigen Länge an stark besuchten Markttagen einen ungezwungenen Verkehr nicht zulassen. Um den Käufern den Besuch dieses Theiles der Halle zu erleichtern, hat die Markthallendeputation, neben weitergehenden, von dem Magistrate z. Z. nicht gebilligten Projecten, vorgeschlagen, aus den Reihen der halb umfriedeten Stände die mittleren Stände zu entfernen, um auf diese Weise parallel dem die ganze Halle von Süden nach Norden durchziehenden Fahrwege einen die vorhandenen Gänge quer durchschneidenden, etwa 4 m breiten neuen Gang zu schaffen. Der Magistrat beantragt, sich mit der vorgeschlagenen Aenderung einverstanden zu erklären und die zur Ausführung derselben erforderlichen 800 M zu verwilligen.

Wie Herr Hauswaldt berichtet, ist die Finanzcommission nicht der Ansicht, daß durch diese Maßnahmen viel gewonnen werden könne; da es sich indessen nur um eine kleine Summe handle, so werde anheimgegeben, dieselbe zur Verfügung zu stellen.

Herr Ackmann kann einen Vortheil in der Aenderung nur dann erblicken, wenn der geplante Gang bis zu den vordersten Ständen durchgelegt werde.

Herr Stadtrath Meyer erwidert, daß die Deputation diese Ansicht theile, aber der Magistrat nicht gern die damit verbundenen hohen Kosten von 5000 M aufwenden wolle und deshalb ersuche, vorläufig nur die 800 M zu bewilligen.

Herr Lange stimmt der Ansicht des Herrn Ackmann zu, und ist der Meinung, daß die vollständige Durchführung des Ganges unmöglich 5000 M kosten könne.

Herr Stadtrath Meyer möchte in Bezug auf die Höhe der Kosten bemerken, daß sich dieselben deshalb so hoch stellen würden, weil die wegfallenden Schlachterstände nicht entbehrt werden könnten und deshalb an der Seite wieder aufgebaut werden müßten. Da das Publicum bei Durchführung der Magistratsvorlage von dem Gange rechts und links ausbiegen und der Gang später immer noch fortgesetzt werden könne, so gebe er anheim, die Vorlage zu genehmigen.

Herr Koch will darauf hinweisen, daß die städtische Bauverwaltung auf Vorschlag der Deputation drei Projecte ausgearbeitet habe, mit welchen die Deputation aber beim Magistrate nicht durchgedrungen sei. Das Hauptproject habe darin bestanden, daß die sämmtlichen festen Stände herausgenommen und an den Wänden angebracht werden sollten, wie man das jetzt in Hannover auch gemacht habe. Der Magistrat habe aber dieses zu 10000 M veranschlagte Project mit Rücksicht auf die Höhe der Kosten verworfen. Wenn sich nun die Deputation auch mit der hier beantragten kleinen Abschlagssumme zunächst begnügt habe, so sei sie doch noch lange nicht damit zufrieden, denn ehe die Gänge in der Markthalle nicht weiter gemacht würden, sei auf eine Steigerung des Verkehrs nicht zu rechnen.

Herr Ackmann hält die Ansicht des Herrn Stadtrath Meyer bei solchen Ständen für zutreffend, welche eine Besserung erfahren müssen, da nun aber grade die Fleischerstände einer solchen bedürfen, so solle man doch hier anfangen, zu bessern.

Herr Stadtrath Meyer kann sich von dem Vorschlage des Herrn Ackmann einen Erfolg nur dann versprechen, wenn man auch den Quergang entsprechend verbreitere, weil sonst die Verlängerung des geplanten Ganges keinen Zweck habe. Die städtische Bauverwaltung habe in den letzten vier Jahren ihre Ansicht über die Einrichtung von Markthallen vollständig geändert und würde jetzt von der Anbringung von Ständen in der Mitte der Halle ganz Abstand nehmen. Da die Stände hier aber einmal in der Mitte angebracht seien, könnte man sie doch nicht gleich wieder fortnehmen.

Herr Niese bittet, die Einrichtungen in der Markthalle gründlich zu reformiren, damit Publicum und Verkäufer zufriedengestellt würden. Dazu gehöre aber die vollständige Durchführung des geplanten Ganges und außerdem der Fortfall mancher für die Verkäufer lästigen und drückenden Bestimmungen, nach welchen z. B. eine Frau, wenn sie auch 15 M monatlich an Standgeld bezahle, doch bei dem Verkaufe ganz geringwerthiger anderer Artikel noch eine Zuschlagstaxe zu bezahlen habe. Im Uebrigen sei der jetzt vorhandene Gang doch nur 2,20 m breit.

Herr Bauermeister kann die Magistratsvorlage nur als eine Abschlagszahlung betrachten. Die Deputation hätte am liebsten das weitgehendste Project genommen, sie sei aber über den hohen Preis von 10000 M auch erstaunt gewesen und hätte Herrn Meyerhoff um seine Ansicht über diesen Preis gebeten. Letzterem sei die Höhe desselben ebenfalls aufgefallen, jedoch hätte er nicht direct sagen können, ob sich die Aenderung würde billiger herstellen lassen. Am liebsten würde Redner sehen, wenn die festen Fleischerstände in der Mitte ganz beseitigt werden könnten.

Herr Ebeling möchte bitten, den Antrag so weit auszudehnen, daß der geplante Gang durchgelegt würde, da er dem Projecte, den Gang nur bis zur Mitte anzulegen, die Zustimmung versagen müsse. Die schmalen Gänge zwischen den Fleischerständen müßten durch einen breiten Gang entlastet werden, wenn man gründlich Abhülfe schaffen wolle.

Herr Meyerhoff tritt dieser Ansicht bei und bittet, die acht Stände zu beseitigen und an der linken Wand wieder aufstellen zu lassen. Durch die Magistratsvorlage werde nicht viel Wandel geschaffen, wenn auch die Grünwaarenhändler einige Eckplätze mehr erhalten würden. An den Sonnabenden sei der Verkehr zwischen den Fleischerständen so stark, daß man Gelegenheit haben müsse, ausbiegen zu können. Er beantrage,

den Magistrat zu ersuchen, bei Anlage des Mittelganges denselben durch die Schlachterstände durchzuführen.

Herr Hauswaldt will bemerken, daß die Finanzcommission für die Genehmigung der Vorlage nur eingetreten sei, weil es sich um eine so geringfügige Summe handle. Im Uebrigen sei aber die Commission und wohl auch der Magistrat der Ansicht, daß man der Markthalle endlich einmal Ruhe gönnen solle, denn wenn fortwährend Besserungsvorschläge laut würden, wisse man schließlich gar nicht mehr, welche Aenderungen die besten sein möchten. Persönlich empfehle er, lieber alle Anträge abzulehnen, als daß vielleicht wieder 6000 M lediglich für einen Versuch ausgegeben würden. Der Deputation könne man es nicht verdenken, wenn sie alle möglichen Mittel in Bewegung setze, um den Verkehr in der Halle zu heben, aber die Versammlung werde wünschen, daß endlich einmal Ruhe eintrete.

In der nun folgenden Abstimmung wird sowohl die Magistratsvorlage, als auch der Antrag Meyerhoff abgelehnt.

XXVI. Antrag Lange: Rückzahlung von Bohrkosten.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wird gebeten, den Magistrat zu ersuchen, Herrn Gebhardt aus Lehre die demselben durch seine Bohrungen bei Mascherode erwachsenen, ca. 4500 M. betragenden Unkosten wieder vergüten zu wollen“.

Zur Begründung führt Herr Lange aus, daß er mit dem Antrage einer Pflicht nachkomme, welche er f. B. übernommen habe. Als die Bohrungen nach Quellwasser bei Mascherode u. nicht den gewünschten Erfolg gehabt hätten, sei er von der Deputation beauftragt worden, weitere Bohrungen am Dowesee vorzunehmen. Da nun das Terrain dort ein sehr großes sei und selbst die Herzogliche Cammer ihm irgend welche Mittheilungen über die dortigen geologischen Verhältnisse nicht habe machen können, sei es ihm sehr angenehm gewesen, daß Herr Gebhardt sich bereit erklärte, ihm eine Anzahl Stellen bezeichnen zu wollen, wo unbedingt Wasser gefunden werden müsse. Daraufhin habe er Herrn Gebhardt gebeten, einige solche Stellen durch Pfähle zu markiren, was geschehen sei. Gleichzeitig habe er dem Genannten versprochen, bei der Versammlung zu befürworten, daß demselben die vorher für die Bohrungen bei Mascherode erwachsenen Auslagen vergütet werden sollten, sofern die am Dowesee bezeichneten Stellen bei der späteren Erbauung des Wasserwerkes benutzt werden würden. Da nun heute der Bau des Wasserwerkes beschlossen sei, auch in der Nähe der von Herrn Gebhardt bezeichneten Stellen die Bohrungen vorgenommen seien, so bitte er die Versammlung um Unterstützung seines Antrages.

Den genügend unterstützten Antrag erhält die Statutencommission zur Vorberathung.

Da die Tagesordnung erledigt ist, schließt der Herr Vorsitzende die Sitzung.

Dauer von gegen 4¹/₂ Uhr bis gegen 7¹/₂ Uhr.

1900|1901.Nr. 3.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten

zu Braunschweig

in deren Sitzung am 14. Juni 1900.

Tagesordnung:

I. Antrag Vange: Rückzahlung von Bohrkosten	Seite 58
II. Hundesteuer-Erlassgesuche	61
III. Satzungen einer Sterbecasse für die städtischen Beamten	62
IV. Rückzahlung von Canalbaukosten	62
V. Terrainerwerb zur Broißemerstraße	63
VI. Instandsetzung von Räumen der Volkshäute	63
VII. Vereinbarung wegen zweier Cautionshypotheken	64
VIII. Terrainerwerb an der Carlstraße	64
IX. Neubau der Ferdinandbrücke	65
X. Anfrage wegen Verwendung des Rathhauskellers	66
XI. Gehaltsätze für die Lehrer und Lehrerinnen der katholischen Schule	72
XII. Anschaffung einer zweiten Dampfpumpe	72
XIII. Einsprachen gegen die neuen Baulinien für die Raschstraße	72
XIV. Anfrage Riefe: Verbreiterung der Neuenstraße	73

Am Magistratsstische die Herren Bürgermeister Ketemeyer und Stadträthe Haake, Meyer, Sievers und von Frankenberg.

Entschuldigt die Herren Blasius, Koch, Meherhoff, Müller, Ohlmer, Sander, Seele und Wagner. Später erscheinen die Herren Büdel und Ußmann.

Der Vorsitzende, Herr Semler, eröffnet die Sitzung und giebt zunächst folgende Eingänge bekannt:

1. Eine Zuschrift des Maurermeisters Rütther in Betreff des Punktes VII der Tagesordnung. Dieselbe wird dem Herrn Berichterstatter über Punkt VII überwiesen.

2. Ein Bewerbungsschreiben des Bautechnikers Otto Ehlers, welcher als Techniker bei der Bauverwaltung eingestellt werden möchte. Da sich die Versammlung mit derartigen Sachen nicht zu befassen hat, wird das Schreiben zu den Acten genommen.

3. Ein Gesuch des Vorsitzenden der Vereinigung Braunschweiger Gastgeber, Herrn D. H. Meyer, in welchem gebeten wird, dahin wirken zu wollen, daß dem Wiederaufbau des früheren Demmer'schen Hauses am Burgplatze der Charakter einer Bausehenswürdigkeit belassen, dasselbe aber nicht zu einem Wein- oder sonstigen Schantheuse eingerichtet und die Verpachtung des Rathstellers noch auf Jahre hinausgeschoben werde. Diese Eingabe wird bei Punkt X der Tagesordnung mit behandelt.

4. Die Abtheilung III des zweiten Bandes des Urkundenbuches der Stadt Braunschweig, mit welcher der zweite Band abgeschlossen ist, wird im Druck vorgelegt und in der Versammlung herumgereicht.

Darauf schreitet die Versammlung zur Erledigung der Tagesordnung.

I. Antrag Lange: Rückzahlung von Bohrkosten.

Ueber den in der letzten Sitzung gestellten Antrag, Herrn Gebhardt in Lehre für die von demselben im Interesse der Stadt bei Mascherode vorgenommenen Bohrungen nach Wasser die Auslagen im Betrage von ca. 4500 M. zu erstatten — Seite 56 des Berichts —, berichtet Herr Wolff, daß nach der Ansicht der Statuten-Commission diese Angelegenheit die Stadt nichts angehe. Die Sache verhalte sich so, daß Herr Gebhardt angesichts der Thatfache, daß am Domesee nach Wasser gebohrt werden solle, erklärt habe, er wolle eine Stelle bezeichnen, an welcher Wasser zu finden sei, worauf Herr Lange bemerkt habe, befürworten zu wollen, daß Herrn Gebhardt die demselben für die Bohrungen bei Mascherode

erwachsenen Kosten ersetzt würden, sofern Herr Gebhardt thatsächlich solche Stellen würde bezeichnen können. Da nun die Statuten-Commission der Meinung sei, daß in der Thätigkeit des Herrn Gebhardt am Dowesee eine für die Stadt nutzbringende Beschäftigung nicht erblickt werden könne, so gebe sie Ablehnung des Antrages anheim.

Herr Lange muß diesen Beschluß der Commission bedauern, da er wohl gewünscht hätte, daß Herrn Gebhardt für seine Leistungen eine entsprechende Vergütung zu Theil werden möchte. Der Genannte habe ihm die Stellen angegeben, an welchen hinterher mit Erfolg gebohrt worden sei und habe hierdurch die Stadt zweifellos ganz wesentliche Kosten erspart, indem man nicht unnütz noch anderwärts gebohrt und noch mehr Geld verbohrt habe, wie das vorher im reichen Maße geschehen sei. Der Umstand, daß Herr Gebhardt ein sogenannter Wasserfinder sei, was vielfach Anstoß in der Bürgerschaft erregt haben solle, könne doch kein Grund sein, die Versammlung in ihrem Urtheile zu beeinflussen. Er habe hierauf gar nichts gegeben, da es ihm ganz gleichgültig gewesen sei, wer ihm einen guten Rath gegeben habe, ob ein Wasserfinder oder ein Anderer, er habe den Rath dankbar angenommen und liege für ihn keine Veranlassung vor, denselben zurückzuweisen, sofern er von einem Wasserfinder komme, besonders da er bei derartigen Leuten schon große und viele Erfolge wahrgenommen habe. Er erinnere dabei an den sogenannten Wassergrafen aus Schlesien, welcher nicht nur in seiner Heimath, sondern auch in unserer Gegend schon mancher Zuckerfabrik auf die Beine geholfen und sie vor Ungemach bewahrt habe. Wenn jetzt gesagt werde, daß es keine Kunst sei, am Dowesee Wasser zu finden, weil man dort bohren könnte, wo man wollte und immer Wasser finden würde, so habe dem gegenüber die Erfahrung gezeigt, daß das nicht zutreffe, weil der Unternehmer Nothdurft und verschiedene andere Leute direct am Dowesee mit großem Eifer gebohrt, aber kein Wasser gefunden haben. Es gelte hier auch die Redensart: wenn man vom Rathhause komme, sei man klüger als vorher. Während der ganzen Bohr- und Pumpzeit am Dowesee habe er draußen nur sehr wenige Leute gesehen, welche sich für die Sache interessirt haben und sei es ihm vorgekommen, als ob man sich gescheut habe, hinauszugehen, um sich den Kopf frei zu halten, sofern die Sache etwa schief gehen sollte. Wäre dieser Fall eingetroffen, so würde er wohl Manches zu hören bekommen haben. (Zustimmung.) Eines Tages sei ihm der Herr Oberbürgermeister am Mittelwege begegnet und habe sich nach dem Stande der Bohrungen erkundigt. Als er erwidert habe, es gehe ausgezeichnet und er hoffe, mindestens 7 cbm Wasser in der Minute pumpen zu können, da habe der Herr Oberbürgermeister lachend erwidert, wenn das eintreffe, sollte er einen ganz besondern Orden haben. (Heiterkeit.) Jetzt, wo man Wasser genug gefunden habe, sei man mit derartigen Lobspriichen aber sparsamer geworden. Da

der Antrag ein gegebenes Versprechen lösen solle, so bitte er die Versammlung, demselben zuzustimmen.

Herr Wolff will dazu bemerken, daß die Verdienste des Herrn Lange um die Wasserangelegenheit sicherlich Niemand im Magistrate und in der Stadtverordneten-Versammlung bestreiten werde und daß der Orden, welchen die Versammlung für solche Sachen gewähren könne, nämlich die rückhaltslose Anerkennung des Verdienstes, Herrn Lange nicht werde vorenthalten werden. Das habe aber nichts mit der Frage zu thun, ob die Versammlung berechtigt sei, städtische Mittel auf Grund einer privaten Zusicherung des Herrn Lange dem Herrn Gebhardt zuzubilligen. Die Commission sei eben der Ansicht, daß ein nachweisbarer Nugeseffekt und ein ursächlicher Zusammenhang zwischen der Thätigkeit des Herrn Gebhardt und dem Wasserfinden nicht zu erkennen sei, weshalb gebeten werde, den Antrag Lange abzulehnen.

Herr Brückmann stimmt dem Referenten zu, daß Herr Gebhardt rechtliche Ansprüche an die Stadt nicht besitze, jedoch sprächen hier die bei anderen Gelegenheiten so oft vorgeführten Billigkeitsgründe mit. Als Herr Gebhardt bei Rascherode im Interesse der Stadt habe bohren wollen, sei von ihm der Stadt ein Vertrag angeboten, nach welchem er 40000 M. beanspruchte, sofern er genügendes, gutes und reichliches Wasser finden würde. Damals sei aber Herr Gebhardt noch ungeschickt in der Bohrwissenschaft gewesen und habe schließlich nach manchen Fehlgrißen und Widerwärtigkeiten die Bohrungen eingestellt. Dann sei der Gedanke mit dem Dowesee gekommen, dessen weiteren Verlauf Herr Lange schon beschrieben habe. In einer Sitzung der Commission habe der Professor Kloos einmal erklärt, daß er in der Sandbüchse am Dowesee kein Wasser suchen möchte. Wenn man sich hiernach gerichtet hätte, wäre man nach den feuchten Stellen am Dowesee gegangen und hätte dort ebenso resultatlos nach Wasser gesucht, wie die Uebrigen. Das habe Herr Gebhardt verhindert. Aus diesem Grunde empfehle er, Billigkeitsgründe walten zu lassen, und wenn die Versammlung glaube, daß der Betrag von 4500 M. zu hoch sei, so möge sie denselben ermäßigen. Jedenfalls handle es sich hier um einen Act der Dankbarkeit und Billigkeit, da Herr Gebhardt erst darauf aufmerksam gemacht habe, wo Wasser zu Tage treten werde.

Herr Böschigt möchte an Herrn Lange die Anfrage richten, ob etwa auch Herr Milag, der in dieser Angelegenheit ebenfalls oftmals genannt worden sei, mit dem Wasserfinden bei Rascherode oder am Dowesee zu thun gehabt habe. Sollte das der Fall sein, so würde es denkbar sein, daß derselbe in Folge dieser Verhandlungen ebenfalls noch mit Ansprüchen hervortrete und für seine Herrn Lange etwa gegebenen Rathschläge eine entsprechende Vergütung verlange. Was aber dem Einen recht, sei dem Andern billig.

Herr Rieke ist dafür, Herrn Gebhardt angemessen zu entschädigen, denn wenn derselbe auch keinen directen Auftrag von der Stadt gehabt habe, so sei er doch indirect von Herrn Lange beauftragt worden.

Herr Lange will Herrn Böschigt. erwidern, daß Herr Wilag mit den Bohrungen am Domesee nichts zu thun gehabt habe.

Herr Ribbentrop möchte bemerken, es sei eine seit mindestens 30 Jahren bekannte Thatsache, daß am Domesee Wasser vorhanden sei.

Herr Bürgermeister Ketemeyer: Nach der Aeußerung des Herrn Rieke könnte man annehmen, die Deputation hätte bisher unnobel gehandelt, indem sie Jemand engagirt hätte, ohne ihn zu honoriren. Das sei nicht zutreffend. Herr Gebhardt habe sich, als die Bohrungen bei Mascherode beginnen sollten, an die Deputation für die Licht- und Wasserwerke gewandt und derselben einen Vertragsentwurf unterbreitet, nach welchem er auf sein Rifico bohren wolle und dafür eine Entschädigung von 20 000 M. verlange, sofern er dort Wasser finde; sollte die Stadt dieses Wasser benutzen, so erhalte er noch weitere 20 000 M. Diesen Antrag habe aber der Magistrat abgelehnt, da die Stadt die Versuche selbst anstellen wollte, was auch geschehen sei. Trotzdem habe Herr Gebhardt in der Nähe der stadtseitigen Bohrversuche auch angefangen zu bohren, habe aber keinen Erfolg gehabt, während die Stadt wenigstens einen kleinen Erfolg bei ihren Bohrungen zu verzeichnen gehabt habe. Die Bohrungen am Domesee seien sodann einer besonderen Deputation übertragen worden und habe diese das Angebot des Herrn Gebhardt, ihr zur Seite zu stehen, abgelehnt. Unter diesen Umständen könne man nicht sagen, daß die Deputation die Dienste des Herrn Gebhardt angenommen habe und sie nun hinterher nicht bezahlen wolle. Später sei Herr Lange von der Deputation ersucht worden, die Bohrarbeiten am Domesee zu überwachen und habe diesem gegenüber sich Herr Gebhardt bei einem gelegentlichen Zusammentreffen erbaten, ihm einige Stellen zu zeigen, wo Wasser zu finden sei.

Herrn Bues ist es auch bekannt, daß man seit mehr als 30 Jahren gewußt habe, es sei am Domesee Wasser zu finden, jedoch sei Niemand auf den Einfall gekommen, dort zu bohren. Man habe bei Mascherode und an anderen Stellen ohne Ergebnis gebohrt; es sei also doch nicht so einfach gewesen, Wasser zu finden. Seiner Meinung nach sprächen Billigkeitsgründe dafür, den Antrag Lange nicht ohne Weiteres von der Hand zu weisen.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag Lange abgelehnt.

II. Hundesteuer-Erlaßgesuche.

Auf entsprechenden Antrag wird folgenden Einwohnern die Steuer für einen Ziehband erlassen: Arbeiter Bohnitz, Frau Han, Frau Poliga, Frau Höppner,

Tischler Hesse, Wittwe Petermann, unverehelichte Höppner und Händler Schmidt. Dagegen lehnt die Versammlung das Gesuch des Milchhändlers Rasten, ihm die Steuer noch für einen zweiten Ziehhund zu erlassen, und das Gesuch des Arbeiters Schifter um Befreiung von der Steuer für einen Wachhund ab.

III. Satzungen einer Sterbecasse für die städtischen Beamten.

Die Hilfs- und Unterbeamten der Stadtgemeinde beabsichtigen, unter sich eine Sterbecasse zu errichten, die dazu bestimmt sein soll, gegen Zahlung eines Eintrittsgeldes und gegen Leistung von Geldbeiträgen den Hinterbliebenen eines Mitgliedes einen Zuschuß zu den Kosten der Beerdigung zc. zu leisten. Insoweit die Satzungen die Bestimmung enthalten, daß die in Zukunft zur Anstellung im städtischen Dienste gelangenden Beamten derjenigen Abtheilungen des Normal Etats, für welche das Anfangsgehalt nicht mehr als 1800 M beträgt, zum Eintritt in die Sterbecasse verpflichtet sein sollen, bedürfen die Satzungen der Zustimmung der Versammlung, die zu erteilen der Magistrat anheimgibt,

und die Statutencommission, für welche Herr Engelbrecht berichtet, befürwortet.

Herr Kiefe hätte gewünscht, daß der Statutenentwurf vervielfältigt und den Mitgliedern der Versammlung zugestellt wäre, da man sonst die Bestimmungen des Statuts, namentlich auch die etwaigen Strafbestimmungen, nicht zu beurtheilen vermöge.

Herr Stadtrath von Frankenberg will dazu bemerken, daß das Statut nicht vom Magistrat, sondern von den betheiligten Beamten entworfen und der Magistrat nur gebeten sei, hinsichtlich der vorerwähnten Bestimmung wegen der Eintrittspflicht der neu angestellten Beamten seine Zustimmung zu erteilen. Die Befürchtung des Herrn Kiefe sei daher wohl ausgeschlossen, umsomehr, als seiner Erinnerung nach das Statut Strafbestimmungen in dem Sinne überhaupt nicht enthalte.

Nach einer weiteren kurzen Bemerkung des Herrn Engelbrecht und nachdem Herr Kiefe das Statut eingesehen hatte, wird dasselbe genehmigt.

IV. Rückzahlung von Canalbaukosten.

Im Jahre 1898 ist auf Antrag des Tischlermeisters Aug. Zimmer der Canal in der Carlstraße um 54 m verlängert worden und hat die Kosten hierfür der

Antragsteller vorgeschossen. Da inzwischen einige Grundstücke auf der Straßenstrecke an den Canal angeschlossen sind und für dieselben jährlich 64,80 M an Canalsteuer entrichtet werden, so giebt der Magistrat anheim, Herrn Zimmer die vorgeschossene Summe von 1017,59 M zurückzuzahlen,

welchem Antrage die Versammlung auf Empfehlung die Finanzcommission, für die Herr Südel berichtet, zustimmt.

V. Terrainerwerb zur Broihemerstraße.

Auf Beschluß der Versammlung vom 15. Februar d. Js. — S. 236 des Berichts — sollen die von den Essen'schen Erben und dem Fuhrherrn Fricke zur Verbreiterung der Broihemerstraße abzutretenden Flächen enteignet werden, weil die Eigenthümer zu hohe Forderungen gestellt haben. In dem inzwischen stattgehabten Sühnetermine haben die beiden Anlieger ihre Forderungen wie folgt ermäßigt: Die Essen'schen Erben beanspruchen für diejenige Theilfläche ihres Gartengrundstücks № 106, welche diesseits der dasselbe schneidenden projectirten Straße liegt, wie bisher 20 M pro qm, für die übrige Theilfläche desselben aber nur 16 M (statt 20 M) und für die vom Grundstücke № 111 abzutretende 9 qm große Fläche 12 M, für das in Wegfall kommende Gebäude aber 2500 M (statt 4000 M) und außerdem Zurücksetzen der vorhandenen Einfriedigung, bezw. Herrichtung einer solchen an Stelle des in Wegfall kommenden Gebäudes. Der Fuhrherr Fricke hat seine Forderung von 20 M pro qm ebenfalls auf 16 M ermäßigt und dazu Zurücksetzung der vorhandenen Einfriedigung gefordert. Der Magistrat hält diese Forderungen für annehmbar und giebt deren Genehmigung anheim. Wenn solches geschieht, werden der Ehefrau des Generalmajors v. Bernewitz für diejenigen 11 qm, welche von ihr zur Straße abgetreten sind, ebenfalls 16 M pro qm zuzubilligen sein und ersucht der Magistrat, auch diesem Grunderwerbe zuzustimmen.

Die gesammte Vorlage wird auf Empfehlung der Baucommission, für die Herr Baumeister berichtet, ohne weitere Besprechung genehmigt.

VI. Instandsetzung von Räumen der Volkstüche.

Die Räume der Volkstüche befinden sich gegenwärtig in einem so mangelhaften Zustande, daß zu dessen Beseitigung etwas geschehen muß. Da die Verwaltung der Volkstüche zur Tragung der hierdurch entstehenden Kosten außer Stande ist, so ersucht der Magistrat, für die Instandsetzung zweier Kzimmer, der Küche, des Vorrathsraumes, des Cassenlocals und des Nebentreppenhauses eine

Summe von zusammen 405 M aus den Mitteln der Luise Ottmer = Stiftung zu verwilligen, .

was auf Empfehlung der Statutencommission, für welche Herr B u e s berichtet, geschieht.

VII. Vereinbarung wegen zweier Cautionshypotheken.

Mit dem Tischlermeister Jung sind im Jahre 1887 notarielle Verträge abgeschlossen worden, durch welche diejenigen Verpflichtungen geregelt werden, welche Jung wegen Erbauung von drei Wohnhäusern an der damals nicht befestigten Osterstraße zu übernehmen hatte. Von den Jung'schen Häusern sind inzwischen zwei Eigentum des Maurermeisters Rütther geworden, während das dritte der Vatermeister Dietrich erworben hat. Wenngleich nun die von Herrn Jung bestellte Sicherheit, bestehend in zwei Cautionshypotheken zu 5500 M, auf die beiden neuen Grundstücksbesitzer nicht übergegangen ist, so hält es der Magistrat doch für richtig, diese Angelegenheit entsprechend zu regeln. Es ist deshalb mit sämtlichen Beteiligten vereinbart worden, daß Rütther und Dietrich, welche für die ihren Grundstücken zur Last gefallenen Beiträge aufzukommen haben, an den Jung'schen Gläubiger, Rentner Karl Siedler, die Summe von 3000 M auszahlen und dagegen die beiden Cautionshypotheken zu 5500 M überwiesen erhalten. Die mit Jung im Jahre 1887 stadtheitig abgeschlossenen Verträge verlieren dann ihre Wirksamkeit. Vom Magistrate wird anheimgegeben, den neuen Vertrag zu genehmigen.

Namens der Statutencommission ersucht Herr Engelbrecht, der Vorlage zuzustimmen und über den nachträglich eingegangenen Antrag des Herrn Rütther, nach welchem derselbe von dem Vertrage zurückzutreten wünscht, zur Tagesordnung überzugehen, da es sich um einen von mehreren Contrahenten rechtsgültig abgeschlossenen Vertrag handle, von welchem nicht ein Contrahent zurücktreten könne.

Die Anträge der Statutencommission werden darauf angenommen.

VIII. Terrainerwerb an der Carlstraße.

Die Bauunternehmer Henkel & Meiners haben von ihren an der Südseite der Carlstraße gelegenen Grundstücken 10,57 a zur Anlegung einer Straße an die Stadt abgetreten. Dabei ist vereinbart worden, daß, wenn die Stadt die betr. Straßenstrecke gesondert ausbauen sollte, weder eine Bezahlung noch eine Anrechnung des Wertes des Terrains erfolgen solle, so daß Grunderwerbskosten in diesem Falle überall nicht in Ansatz gebracht zu werden brauchen. Wenn die Straßenstrecke aber gleichzeitig und einheitlich mit der sich nach Süden zu anschließenden Fortsetzung der in Rede stehenden projectirten Straße ausgebaut wird,

so soll der Erwerbspreis für die jetzt abgetretene Fläche nach dem Durchschnittspreis bemessen werden, welcher für die übrigen Straßenflächen bezahlt wird. Gleichzeitig haben sich die genannten Unternehmer verpflichtet, der Stadt das vor ihren Grundstücken liegende, schon früher zum Ausbau der Carlstraße verwendete Terrain in einem Gesamtumfang von 119 qm der Stadt unentgeltlich aufzulassen. Dem Ersuchen des Magistrates, diesen Vereinbarungen zuzustimmen,

entspricht die Versammlung auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Riefe berichtet.

IX. Neubau der Ferdinandbrücke.

Die städtische Bauverwaltung legt dem Magistrate zwei Entwürfe zum Neubau der Brücke an der Ferdinandstraße nebst den zugehörigen Kostenanschlägen mit dem Antrage vor, dem Entwurf II die Zustimmung zu ertheilen. Für diesen Entwurf spricht wesentlich der Umstand, daß die Kosten sich um 6000 M geringer stellen als bei dem anderen Entwurf und mit den erforderlichen Straßenbauten nur 65000 M betragen, während der Entwurf I einen Aufwand von 71000 M erfordern würde. Außerdem bietet der Entwurf II auch wegen der geringeren Dimensionen der einzelnen Bautheile weniger Schwierigkeiten als das andere Project. Der Entwurf I sieht nur eine Öffnung (ohne Grundpfeiler in der Oer) vor, während der Entwurf II deren zwei besitz.

Der Magistrat schließt sich dem Antrage der städtischen Bauverwaltung an und giebt anheim, der Ausführung des Projectes II unter Bewilligung der erforderlichen Mittel im Betrage von 65000 M zuzustimmen. Ueber das Project selbst möge erwähnt sein, daß der tragende Theil der Brücke nach dem System „Trägerdecke“ aus Beton und Eisen hergestellt werden soll; die Widerlagsmauern, die Flügelmauern und der Flußpfeiler sollen ebenfalls aus Beton bestehen. Die Oer wird an der Brückenbaustelle von 17,5 auf 20,4 m verbreitert werden. Auf den vier Postamenten der Brücke sind Laternenträger mit Laternen vorgesehen. Die lichte Durchflußweite jeder Öffnung in Zielwasserhöhe wird 10,30 m betragen, die ganze lichte Durchflußweite also 20,60 m. Die Breite der Brücke zwischen den Stirnen wird 13 m betragen und die nutzbare Breite 12,60 m, wovon 8 m auf die Fahrbahn entfallen.

Namens der Baucommission empfiehlt Herr Bültemann, das vom Magistrate empfohlene Project II gutzuheißen.

Herr Lange möchte anfragen, ob das Gesuch der Anlieger der Sophienstraße, welche gebeten haben, bei Erbauung der Brücke darauf Bedacht zu nehmen, daß die Fußwege mit Mosaitpflaster versehen und die Straße selbst mit Bäumen

bepflanzt werde, Aussicht auf Erfolg habe. Es handle sich hierbei hauptsächlich um die Anpflanzung der Bäume, da das Pflaster von den Anliegern bezahlt werden müßte.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, daß die Eingabe der städtischen Bauverwaltung zur Berichterstattung überwiesen sei und der Genehmigung des Antrages voraussichtlich nichts im Wege stehen werde.

Die Magistratsvorlage gelangt darauf zur Annahme.

X. Anfrage wegen Verwendung des Rathhauskellers.

Ein hiesiger Einwohner hat angefragt, ob der Magistrat geneigt wäre, die unbenutzten Räume im Kellergeschoß des Rathhauses zur Einrichtung einer Weingroßhandlung zu verpachten, und welche Pachtsumme dafür gefordert werden würde. Die städtische Bauverwaltung äußerte sich hierüber gutachtlich dahin, daß sie solche Einrichtung nicht empfehlen könne, weil mit dem Betriebe einer Weingroßhandlung die Ein- und Ausbringung größerer Fässer verbunden sei und einestheils die Zugänglichkeit jener Räume den in dieser Beziehung zu stellenden Anforderungen nicht entspräche, anderentheils aber der innere Ausbau derselben unter der fraglichen Benutzung leiden und in einem Maße gestört werden würde, daß die ursprünglich beabsichtigte Einrichtung von Wirthschaftsräumen daselbst, oder auch nur von solchen Räumen, die eine bessere Ausstattung bedingen, für immer ausgeschlossen erscheine. Der Magistrat ersucht nunmehr die Versammlung um eine Aeußerung darüber, ob sie bereit sein würde, einer Verpachtung des Kellers zum Betriebe einer Weingroßhandlung, vorbehaltlich der Vereinbarungen über die Pachtbedingungen, zuzustimmen.

Wie Herr Bültemann namens der Baucommission berichtet, hat Herr Stadtbaurath Winter bei der Verathung dieser Angelegenheit noch die Erklärung abgegeben, er sei der Ueberzeugung, daß die Ausdünstungen der Weinfässer dem Kellergewölbe außerordentlich schädlich sein würden. Es habe sich dieses in einem anderen, der Stadt gehörigen Raume, welcher Weinfässer beherberge, ebenfalls gezeigt, und sei diese Thatsache auch noch anderweit bestätigt worden. Außerdem würden die inneren Räume durch den Betrieb eines solchen Geschäftes nicht besser werden und darunter sehr leiden. Die Baucommission habe deshalb dem Antrage auf Verpachtung der Rathhauskellereien zum Zwecke der Einrichtung einer Weingroßhandlung keine großen Sympathien entgegengebracht, sondern sie beantrage, den Magistrat, unter Zurückweisung der Vorlage, zu ersuchen, vorerst noch zu ermitteln, welcher Pachtpreis sich werde erzielen lassen und hiervon der Versammlung Mittheilung zu machen. Hiernach könnte man der Sache eventuell näher treten.

Herr Lössigk giebt seiner Freude Ausdruck, daß endlich eine Anregung gegeben sei, den Keller des Rathhauses zu verpachten. Die Finanzlage der Stadt gebiete, jedes Mittel zu ergreifen, um aus den städtischen Grundstücken eine möglichst gute Rente zu erzielen. Dagegen erscheine es ihm zweifelhaft, ob jetzt schon der Zeitpunkt zur Verpachtung des Rathhauskellers gekommen sei. Zu einer Verpachtung, wie sie hier gewünscht werde, könne er allerdings niemals seine Zustimmung geben, denn die Räume seien zu solchem Zwecke gar nicht angelegt und auch der Stadtbaurath Winter sage, daß durch die Ausdünstungen der großen Weinfässer leicht Absorbirungen an den Wänden und Gewölben des Kellers vorkommen könnten. Jedenfalls würde es schwer und mit großen Kosten und Mühen verbunden sein, die auf solche Weise beschädigten Räume so wieder herzustellen, wie sie heute seien, sofern man sie etwa später noch zu einem Rathskeller einrichten wollte. Deshalb warne er, den Keller zu solchem Zwecke zu verpachten und empfehle es sich, mit der Verpachtung lieber noch zu warten, bis sich derselbe zu einem Rathskeller einrichten lasse. Er stehe dabei auf dem Standpunkte, daß die Einrichtung eines Rathskellers der Stadt und ihrer Einwohnerschaft nur zum Nutzen gereichen könne.

Herr Rieke ist der Ansicht, daß der Keller das Lagern von Weinfässern müsse vertragen können, sonst sei es schade um das viele Geld, welches dafür ausgegeben sei. Bei der Verwendung desselben als Bierauschank würden dieselben Gründe mitsprechen, denn das Bier würde auch in größeren Fässern dorthin geliefert werden. Nur in dem Falle, daß man Most und gährenden Wein in den Keller bringe, könnten die vom Stadtbaurath Winter angeführten Gründe Geltung erhalten, aber das sei doch wohl ausgeschlossen. Da es ihm nun fraglich erscheine, ob sich hier Jemand finden werde, der die Wirthschaftsräume allein pachten könne, denn sie müßten doch wohl eine Pacht von 3—4000 M einbringen (Rufe: 10000 M), so würde es das Beste sein, den Keller zu theilen, vielleicht für eine Wein- und eine Bierwirthschaft. Nicht nur andere größere, sondern selbst viele kleinere Städte, wie z. B. Halberstadt, hätten die Rathhaus-Kellereien verpachtet und was diese könnten, würde sich wohl Braunschweig auch erlauben dürfen. Nebenbei wolle er noch darauf hinweisen, daß das Rathhaus sich niemals so vortheilhaft gegen das Finanzgebäude hervorheben würde, wenn nicht auf Beschluß der Versammlung behufs Erhöhung der Kellerräume der Sockel des Rathhauses herausgehoben wäre. Räume, für deren Verputzung 20—24000 M ausgegeben seien — eine Summe, für die man unter Umständen ein ganzes Haus bauen könne —, die müßten auch wieder etwas aufbringen, und dürfte man sich davon auch nicht durch das Petitioniren einzelner Wirths abhalten lassen. Aus allen diesen Gründen meine er, man möge dem Magistrat anheim geben, der Versammlung Vorschläge zu

machen, wie der Keller am besten zu verwerthen sei. Wenn sich dafür ein einzelner Pächter nicht finde, möge man den Keller theilen. Bleibe man auf dem Standpunkte stehen, daß der Stadtbaurath Winter in dem Keller keine Weinfässer sehen und der Magistrat dort keine Besssteaks riechen wolle, dann würde allerdings im Leben nichts aus der ganzen Sache werden. In Lübeck werde es den Magistratsbeamten in dieser Beziehung sehr leicht gemacht, indem dort gleich eine Treppe aus den Büroräumen in den Keller hinunterführe.

Herr Lange meint, daß der Commissionsantrag auf Anstellung weiterer Ermittlungen gar keinen besonderen Zweck habe, sondern die Sache nur verzögere. Besser erscheine es ihm, der Sache direct näher zu treten und auszusprechen, daß man die Theilung des Kellers in einen Wein- und einen Bierkeller, nicht aber die Verpachtung desselben als Lagerkeller wünsche. Der letzteren Frage brauche man überhaupt gar nicht näher zu treten.

Herr Bürgermeister Ketemeyer möchte bitten, in diesem Sinne irgend eine Entscheidung zu treffen. Der Magistrat sei Anfangs nicht für die Einrichtung eines Rathskellers gewesen und habe denselben nur auf Beschluß der Versammlung einrichten lassen. Nun liege ihm aber daran, von der Versammlung zu erfahren, was mit dem Keller werden solle, denn es sei schwer, mit einem Pachtlustigen zu verhandeln, sofern man nicht wisse, wie die Versammlung über die Verwendung des Kellers denke. Der von den Herren Kiefe und Lange vorgeschlagene Ausweg erscheine ihm dazu ganz passend zu sein. Um Mißverständnissen vorzubeugen, wolle er noch besonders darauf hinweisen, daß die vorliegende Anfrage des Herrn Louis Wagner nicht auf die Einrichtung eines Lagerkellers, sondern einer Weingroßhandlung hinauslaufe. Als Lagerkeller für Weißweine werde der Keller wegen seiner verhältnißmäßig großen Wärme kaum zu gebrauchen sein. Hauptsächlich werde es dem Reflectanten wohl darauf ankommen, ein Verkaufslocal für Flaschenweine mit einer Probirstube zu erhalten. Die Versammlung werde wohl in der Lage sein, zu entscheiden, welche Art der Benutzung des Kellers sie wünsche, damit der Magistrat wisse, wie der Keller verwerthet werden solle, ehe derselbe zur Verpachtung ausgeschrieben werde.

Herr Löschigt glaubt, die Versammlung gehe in ihrer Ansicht darüber nicht auseinander, daß sie nicht wünsche, den Rathskeller als Lagerkeller zu verpachten. Seiner Zeit sei beschlossen worden, im Rathhause einen Schankkeller einzurichten wie in anderen Städten, also verbunden mit Restaurationsbetrieb, während die Wagner'sche Anfrage darauf hinauszugehen scheine, ähnlich wie im Altstadt-Rathhause einen Lagerkeller mit Probirstube zu erhalten. Für solchen Zweck könnte eine angemessene Pacht gar nicht bezahlt werden, auch seien die Räume dazu gar nicht

eingerrichtet. Deshalb bitte er, den Magistrat zu ersuchen, die Verpachtung des Kellers zu dem früher beschlossenen Zwecke auszusprechen.

Herr Nßmann ist entschieden dafür, den Keller zu Restaurationszwecken zu verpachten. Er würde sich aber dagegen erklären müssen, wenn dort ein Großhandel in dem Sinne betrieben werden sollte, daß große Gebinde in den Keller geschafft und kleinere Gebinde wieder abgegeben werden sollten. Sollte aber der Wein im Keller abgezogen und in Flaschen verkauft werden, so könne er darin nichts Bedenkliches oder Schädigendes finden, denn ob man Wein oder Bier in Fässern in den Keller schaffe, sei wohl gleichgültig. Es erscheine ihm zweckmäßig, wenn der Magistrat sich nach der Richtung hin einmal erkundigen wollte. Mit großen Fuhrwerken müßte schließlich auf dem Hofe doch herumgefahren werden, ob nun ein Wein- oder ein Bierkeller dort eingerichtet würde.

Herr Ribbentrop muß es für ausgeschlossen halten, daß der Keller eine Weinlagerung nicht vertragen könne und darunter leiden solle. Die Verpachtung des Kellers als Lagerraum sei aber schon deshalb ausgeschlossen, weil die Erträge desselben dann zu gering sein würden; es könne sich also nur darum handeln, ihn als Restaurationslocal zu verpachten. Dazu seien indessen Vorerhebungen nöthig, um festzustellen, ob auch die für den Restaurationsbetrieb erforderlichen Küchen- und sonstigen Nebenräume vorhanden seien. (Rufe: Sind vorhanden.) Dann müsse der Keller auch wie z. B. der Hamburger Rathskeller als Restaurationslocal verpachtet werden.

Herr Bültemann will darauf hinweisen, daß es sich bei der Anfrage des Herrn Wagner doch nicht um eine Flaschenweinhandlung allein handeln könne, sondern damit auch eine Lagerung von Weinfässern verbunden sein müsse, weil nämlich bei der Besichtigung des Kellers durch Mitglieder der Baucommission ein Magistratsmitglied erklärt habe, es müßte an der Front nach dem Bohlwege zu ein Fenster weggenommen werden, damit die großen Fässer dort in den Keller transportirt werden könnten und die Fuhrwerke dann nicht in den Hof zu fahren brauchten.

Herr Lange glaubt aus den Verhandlungen schließen zu sollen, daß die Meinung der Versammlung dahin gehe, keinen Faßlagerkeller aus dem Rathhauskeller geschaffen zu sehen, aber doch aus demselben Nutzen zu ziehen und ihn zu verpachten. Er stelle darum folgenden Antrag:

„Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Magistrat, der Verpachtung des Rathskellers als Restaurationskeller für Wein und Bier, eventuell getheilt, aber nicht als Faßlagerkeller näher zu treten und der Versammlung demnächst einen bezüglichen Antrag zu unterbreiten“.

Herr Engelbrecht muß die Stellungnahme der Baucommission zu der Sache für ganz correct halten, da die Anfrage viel zu unbestimmt gewesen sei,

sodaß sie hätte zurückgewiesen werden müssen. Im Uebrigen wisse der Magistrat ganz genau, daß die Versammlung von vornherein sich dahin ausgesprochen habe, daß sie eine Restauration in dem Keller eingerichtet zu sehen wünsche, weshalb es Sache des Magistrates gewesen wäre, der Versammlung schon längst mit einer begüglichen Vorlage zu kommen. Seiner Meinung nach sei daher die vorliegende Anfrage zurückzuweisen und der Antrag Lange anzunehmen, damit die schon längst von der Versammlung zum Beschlusse erhobene Verwendung des Kellers als Restauration zur Ausführung komme.

Herr Bürgermeister Ketemeyer muß diesen dem Magistrate gemachten Vorwurf zurückweisen. Nachdem die Versammlung beschlossen habe, das Souterrain des Rathhauses so hoch zu bauen, daß dort ein Rathhauskeller eingerichtet werden könnte, habe der Magistrat diesem Wunsche zugestimmt, und zugleich beantragt, die Mittel zur Verwirklichung dieses Wunsches zu verwilligen, damit die Kellerräume baldigst in Fuß kommen könnten. Weiter sei man aber noch nicht gekommen, weil der Keller noch nicht fertig gewesen sei; der Magistrat hätte daher bislang absolut nichts weiter thun können, weshalb der Vorwurf nicht angebracht gewesen sei. Jetzt habe man nun den Keller soweit fertiggestellt, daß der Verwendung desselben nähergetreten werden könne.

Herr Bues will daran erinnern, daß derzeit vom Stadtbaurath Winter schon eine Zeichnung, welche den Keller zu Restaurationszwecken eingerichtet darstelle, vorgelegt worden sei, und man danach schon immer diesen Zweck für den Keller in Aussicht genommen habe. Es sei ganz eigenartig, daß gerade diejenigen Herren, welche an der Spitze des Vereins zur Hebung des Fremdenverkehrs stehen, gegen die Einrichtung des Rathskellers als Wirthschaft petitioniren, und könne er mittheilen, daß der Verband der Braunschweiger Gastwirthe nicht auf diesem Standpunkte stehe. Wenn auch einzelne Wirthe durch den Betrieb des Rathskellers namentlich im Anfange etwas geschädigt werden mögen, so liege in dessen Einrichtung doch entschieden ein nicht zu unterschätzender Factor zur Hebung des Fremdenverkehrs. Deshalb unterstütze er den Antrag, so bald als möglich den Rathskeller einzurichten.

Herr Nieß möchte warnen, den Keller als Weinlagerkeller zu verpachten, da hiermit eine furchtbare Sauerei verbunden sei, welche sich z. Bt. noch gar nicht übersehen lasse. Durch solche Verpachtung würde man sich die spätere Einrichtung des Kellers als Wirthschaftskeller vollständig verlegen.

Herr Hauswaldt muß es für unzweckmäßig halten, den Keller mit großem Aplomb zu verpachten. Die Anfrage finde er für die Stadt sehr vortheilhaft; solche Sachen müssen eben aus kleinen Anfängen herauswachsen. Er habe es mit

Freuden begrüßt, daß die Gebrüder Wagner den Keller zu Lagerräumen haben und eine kleine Probirstube darin anlegen wollten, und stelle den Antrag:

„Die Stadtverordneten-Versammlung fordert den Magistrat auf, den leer stehenden Theil des Rathskellers durch Verpachtung, entweder im Ganzen oder getheilt, für die Stadt nutzbar zu machen“.

Dadurch erhalte der Magistrat vollständig freie Hand und brauche sich nicht auf Bier oder Wein festzulegen. Wenn dann z. B. Jemand für Wein eine genügende Pachtsumme biete, so brauche der Magistrat das Angebot doch nicht abzulehnen.

Herr Födel möchte sich für den Antrag Hauswaldt aussprechen, weil es verfrüht sei, sich ohne nähere Bestimmung festzulegen. Bei der Verpachtung werfe sich auch die Frage auf, ob die Stadt den Keller selbst ausbauen und zu einer schönen Restauration ausschmücken und dann vermieten wolle, oder ob sie ihn irgend einem Pächter hingeben und diesem die Ausschmückung überlassen wolle. Diese Fragen müssen erst noch geklärt werden, da eventuell noch ganz erhebliche Mittel für den Keller aufzuwenden seien.

Herr Nolte will darauf hinweisen, daß nach der Aeußerung des Herrn Bürgermeister Metemeyer der Magistrat eine ganz bestimmte Antwort zu haben wünsche, wie die Versammlung über die Verwendung des Kellers denke. Bei der Annahme des Antrages Hauswaldt bleibe aber die Sache auf demselben Standpunkte stehen und der Magistrat wisse immer noch nicht, was man wolle. Deshalb bitte er, dem Antrage Lange zuzustimmen. Wenn die Ausstattung des Kellers zu einem schönen Restaurant wirklich noch erhebliche Mittel erfordere, so werde hinterher auch um so erheblicher die Einnahme aus der Pacht sein, welche der Keller aufbringe.

Herr Rieke glaubt nicht, daß Jemand die ganzen Räume des riesigen Rathskellers, von dem nur ein winziger Theil für städtische Zwecke verwendet werde, gebrauchen könne; es sei deshalb besser, die Räume zu theilen und an zwei Pächter abzugeben. Die Räume nach dem Langenhofe zu seien so schön, wie man sie in vielen anderen Häusern im Parterre nicht besser finden könne. Die Einrichtung und Ausschmückung der Räume werde ein Privater nicht übernehmen, auch habe die Stadt ein Interesse daran, die Sache selbst in die Hand zu nehmen und sie so einzurichten, wie es ihrem Zwecke entspreche. Besser wäre es aber im Interesse der Wirthschaft gewesen, wenn noch 10—12 russische Röhren in dem Keller gezogen wären, und sofern die Kellerräume getheilt werden sollten, werde wohl nichts anderes übrig bleiben, als noch einen neuen Schornstein zu bauen. Da der Bau nicht mehr auszutrocknen brauche, auch Räume zu den Rügen und Heizungsanlagen vorhanden seien, so müsse sich die Versammlung jetzt so rasch

wie möglich schlüssig machen, was mit dem Keller werden solle, damit Maler und Tischler ihre Arbeit beginnen können.

Damit wird die Besprechung geschlossen und zur Abstimmung geschritten. Hierbei stimmt die Versammlung mit Mehrheit dem Antrage Lange zu, wodurch die übrigen Anträge hinfällig werden.

XI. Gehaltsätze für die Lehrer und Lehrerinnen der katholischen Schule.

Die Gehaltsverhältnisse der Lehrer und Lehrerinnen an der katholischen Schule werden durch das für diese Schule geltende Regulativ vom 12. März 1892 geregelt. Nachdem die katholische Gemeinde inzwischen eine Aenderung der Gehaltsverhältnisse entsprechend der den Lehrern an den städtischen Bürgerschulen zugestimmten Erhöhung beschlossen hat, auch die städtischen Behörden zwecks Durchführung jenes Beschlusses den stadtseitig für die Schule zu leistenden Zuschuß von 15 M auf 20 M pro Kind und Jahr erhöht haben, erscheint es erforderlich, die einschlägigen Bestimmungen des Regulativs abzuändern. Der Magistrat ersucht, die von ihm vorgenommenen Aenderungen in den §§. 19 und 24 des Regulativs gutzuheißen. Diese Aenderungen gehen dahin, daß die Gehaltsätze der ordentlichen Lehrer 1600—3600 M und der ordentlichen Lehrerinnen 1400—2100 M betragen, während die provisorischen Lehrer und Lehrerinnen 1000—1300 M erhalten sollen.

Wie Herr Wolff berichtet, giebt die Statutencommission anheim, der Vorlage zuzustimmen. Der früher seitens der katholischen Gemeinde gestellte Antrag, den städtischen Zuschuß noch weiter zu erhöhen, werde hierdurch nicht berührt und gelte auch ferner als unerledigt.

Die Vorlage wird darauf angenommen.

XII. Anschaffung einer zweiten Dampfspritze.

Der Kreisbranddirector hat die Anschaffung einer zweiten Dampfspritze mit einem Kostenaufwande bis zu 21000 M empfohlen. Da Herzogl. Staatsministerium zu diesen Kosten eine Beihilfe von 15000 M in Aussicht gestellt hat, so giebt der Magistrat anheim, sich mit Anschaffung und Indienststellung einer solchen Reserve dampfspritze unter Bewilligung eines Credits von 6000 M einverstanden zu erklären,

was auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr Südel berichtet, geschieht.

XIII. Einsprachen gegen die neuen Baulinien für die Maschstraße.

Gegen die von den städtischen Behörden für die nördliche Theilstrecke der Maschstraße beschlossenen Baulinien haben die Ehefrau des Arbeiters Rudolf, der

Kaufmann F. Heimann und der Rentner Heidergott Einsprache erhoben, welche der Magistrat indessen, unter eingehender Darlegung seiner Gründe, für unberechtigt hält und deren Verwerfung anheimgibt.

Wie Herr Schmidt namens der Baucommission berichtet, sind diese Einsprachen so nichts sagend und hinfällig, daß man sich über die Erhebung solcher Ansprüche nur wundern müsse. Die Baucommission empfehle deshalb, sich dem Antrage des Magistrates anzuschließen. Bei dieser Gelegenheit wolle er seinem Bedauern Ausdruck geben, daß gerade in der Maschstraße die Karnickeleien immer wieder von vorn losgehen. Es habe dieses schon zu vielen Widerwärtigkeiten geführt, indem mehrfach Beleidigungen von Beamten vorgekommen seien, die in zwei Fällen zur Verurtheilung zu freiwilligen Bußen geführt haben, während eine Sache noch schwebt u. dgl. m. Die Verhältnisse spitzten sich dort überhaupt derartig zu, daß man der Sache bald überdrüssig werde und deren Ende herbeisehne. Deshalb möchte er den betreffenden Anliegern ans Herz legen, doch endlich einmal Frieden zu halten und den von vielen Seiten schon so lange gehegten Wunsch auf Regulirung der Maschstraße endlich in Erfüllung zu bringen.

Die Einsprachen werden darauf verworfen.

XIV. Anfrage Rieke: Verbreiterung der Neuenstraße.

Zur Begründung der Anfrage:

„Läßt es sich jetzt noch ermöglichen, durch Erwerb des Eckhauses an der Neuenstraße neben dem Demmer'schen Bauplatze die Neuestraße entsprechend zu erweitern?“

führt Herr Rieke aus, daß sich vielleicht jetzt vor der Inangriffnahme des Neubaus auf dem ehemals Demmer'schen Grundstücke das daneben stehende Boret'sche Eckhaus erwerben und, soweit es nicht zur Verbreiterung der Neuenstraße erforderlich sei, dem Demmer'schen Grundstücke zulegen lasse. Dadurch werde vermieden, daß bei der demnächstigen Verbreiterung der Neuenstraße hier an der Ecke wieder ein fleiderschrankartiges Gebäude wie an der Ecke des Langenhofes und Bohlweges entstehe. Bei dem starken Verkehre der Neuenstraße erscheine eine baldige Verbreiterung derselben wohl am Platze zu sein.

Herr Bürgermeister Kete meyer erwidert, daß in dieser Angelegenheit während der letzteren Zeit seitens des Magistrates nichts mehr geschehen sei. Die Frage, ob es sich empfehle, das Boret'sche Haus stadtseitig anzukaufen und mit dem benachbarten ehemals Demmer'schen Grundstücke zu vereinigen, damit hier ein einheitlicher Bau aufgeführt werden könne, sei eingehend erörtert worden, als es sich um den Ankauf des Demmer'schen Hauses gehandelt habe; die städtischen Behörden hätten damals aber das Project verworfen und habe der Magistrat hinterher keine Veranlassung gehabt, demselben nochmals näher zu treten. Jetzt sei es dazu zu spät,

da das Demmer'sche Haus angefangen sei und die Stadt auch ein schlechtes Geschäft machen würde, wenn sie dem jetzigen Eigenthümer desselben, Herrn Schmidt, das Vorel'sche Theilgrundstück anbieten wollte. Uebrigens müsse man hierbei auch die durchaus wünschenswerthe Verbreiterung der Neuenstraße von etwaigen architectonischen Rücksichten trennen, da er es für höchst bedenklich halten würde, lediglich aus Schönheitsrücksichten größere Summen aufzuwenden. Für eine angemessene Verbreiterung der Neuenstraße würde aber der Magistrat wohl zu haben sein.

Damit ist die Tagesordnung erledigt und wird die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis gegen 6 Uhr.

1900|1901.

Nr. 4.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten

zu Braunschweig

in deren Sitzung am 5. Juli 1900.

Tagesordnung:

I.	Ordnung für die städtische Oberrealschule	Seite 76
II.	Ordnung für die gehobenen Mädchenschulen	81
III.	Gehaltsbestimmungen für den Director der Bürgerschulen und Erhöhung des Schulgelbes in den mittleren Bürgerschulen	85
IV.	Gehaltsbestimmungen für die städtischen Oberbeamten	89
V.	Statut, betr. die Normalgehälter der städtischen Beamten	93
VI.	Verlegung eines Gas- und Wasserrohres 2c. am Maschpfele	93
VII.	Verkauf einer Wiesenfläche des Kieselgutes	94
VIII.	Feststellung der Kosten der Wolfenbüttelerstraße	94
IX.	Abtragung von Erdböschungen an der Hamburgerstraße	95
X.	Änderung des Wegebaustatuts	95
XI.	Feststellung von Kosten der Kramerstraße	96
XII.	Baulinie für die Straße am Bruchthore	96
XIII.	Ausbau der fl. Vertramstraße	99
XIV.	Antrag Lord: Bewilligung von Mitteln für die Volkshochschulcarfe	99
XV.	Antrag Jude l.: Verlängerung des Canals auf der Helmstedterstraße	100
XVI.	Herstellung neuer Bürgerbriefe	100
XVII.	Anfrage Wolff: Fertigstellung des neuen Sitzungssaales	101

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Bockels, Bürgermeister Ketemeyer und Stadträthe Haake und Meyer.

Entschuldigbt die Herren Blasius, Buchler und Müller.

Der Vorsitzende, Herr Semler, eröffnet die Sitzung und giebt zunächst den Eingang folgender Sachen bekannt:

- 1) Mittheilung des Magistrates, nach welcher das Herzogliche Staats-Ministerium der Stadt Braunschweig zu dem ihr aus der besonderen Förderung des Feuerlöschwesens im Jahre 1899/1900 erwachsenen Kosten eine erhöhte Beihilfe von 7500 M. verwilligt hat.
- 2) Eingabe des Geh. Hofraths Prof. Dr. Koppe um Bewilligung einer Unterstützung von 2000 M. aus der Luise Dittmer-Stiftung zur Förderung der Volkshochschulcurse. Die Angelegenheit wird mit dem gleichen Antrage des Herrn Lord (Punkt XIV der Tagesordnung) behandelt.

Sodann schreitet die Versammlung zur Erledigung der Tagesordnung.

I. Ordnung für die städtische Oberrealschule.

Der Magistrat überreicht der Versammlung eine unter Mitwirkung des Schulvorstandes aufgestellte Ordnung für die städtische Oberrealschule mit dem Antrage, zum Erlaß derselben die Zustimmung zu erteilen. Aus dem Entwurf dieser Ordnung mögen folgende Neuerungen gegen die bisherigen Bestimmungen hervorgehoben werden. Die Nothwendigkeit einer wesentlichen Aufbesserung der gegenwärtigen Einkommensverhältnisse der wissenschaftlichen Lehrer ist bereits früher nachgewiesen. Dagegen sind die im Jahre 1895 festgestellten Gehaltsbestimmungen für die seminaristisch gebildeten und für die Fachlehrer mit der inzwischen genehmigten Neuerung beibehalten, daß für diese Lehrer eine nicht pensionsfähige Aufwandszulage von je 150 M. eingestellt worden ist. — Was die Höhe des Schulgeldes betrifft, so ist der im Jahre 1894 für einheimische Schüler auf 100 M. festgestellte Satz zur Deckung der aus der Unterhaltung der Schule erwachsenen Ausgaben schon seither unzulänglich gewesen, indem sich der Zuschuß aus der Cämmereicasse im Jahre 1900/1901 auf 130 M. für den einzelnen einheimischen Schüler berechnet. Danach erscheint eine Erhöhung des Schulgeldes auf 120 M. für einheimische und auf 150 M. für ortsfremde Schüler billig und gerecht. Ferner wird magistratsseitig befürwortet, daß der Professor Grotefendt den für das höhere Lehramt geprüften Lehrern im Gehalte gleichgestellt werde und demnach das Dienstgehalt desselben vom 1. April d. Js. ab auf 5400 M. erhöht und fortan nach der Gehaltskala der Oberlehrer, also bis zum Höchstbetrage von 6600 M. aufgebessert werde. Seine Nebenbeschäftigung an der städtischen Gewerbeschule, welche mit einem Einkommen von jährlich 810 M. verbunden ist, wird Herr Grotefendt voraussichtlich bald aufgeben müssen. Mit der Annahme der Vorschläge ist eine Etats-

überschreitung von 5100 M für das laufende Jahr verbunden und giebt der Magistrate anheim, dieselbe zu genehmigen.

Namens der vereinigten Finanz- und Schulcommission berichtet über die Vorlage Herr Nolte:

Zum §. 4 der Ordnung: Es wird anheimgegeben, statt „aufgenommenen Kinder“ zu sagen „aufgenommenen ortsangehörigen Kinder“, damit nicht auch die Eltern der hier in Pension gegebenen Kinder den Anspruch erheben, daß ihre Kinder in die Schule aufgenommen werden müssen.

Zum §. 5, nach welchem das Schulgeld für ortsangehörige Kinder auf 120 M und für ortsfremde Kinder auf 150 M festgesetzt wird, bemerkt

Herr Lange, daß es ihm angefiel, eines stadtseitigen Zuschusses von 130 M für jeden einheimischen Schüler nicht richtig erscheine, das Schulgeld nur um 20 M zu erhöhen, sondern daß er eine Erhöhung auf 130 M für ortsangehörige und auf 190 M für ortsfremde Kinder, entsprechend den betreffenden Sätzen der Stadt Halle a. S., für nothwendig halte. Eine Differenz von 30 M in dem Schulgelde der ortsangehörigen und der ortsfremden Kinder erscheine ihm mit Rücksicht auf das, was die Stadt für die letzteren leiste, allzu gering. Er stelle deshalb einen entsprechenden Antrag.

Herr Abmann kann diesen Antrag noch nicht für ausreichend erachten. Wenn nach dem diesjährigen Etat die Stadt einen Zuschuß von 60000 M für die Oberrealschule zu leisten habe, so ergebe das einen Zuschuß von 127,⁶⁶ M für jeden Schüler dieser Anstalt. Berücksichtige man, daß die auswärtigen Schüler 30 M mehr Schulgeld bezahlen, als die einheimischen, so habe die Stadt doch noch für jeden ortsfremden Schüler einen Zuschuß von 116,³⁴ M zu leisten und müsse er es für gerechtfertigt halten, daß das Schulgeld der ortsfremden Kinder um diesen Betrag erhöht werde. Wenn man heute sehe, daß viele gut bemittelte Leute aus der Stadt fortziehen und vor deren Thoren in Gliezmorbe, Rüningen, Delper u. sich niederlassen, um die städtischen Steuern zu ersparen, so könne er es nur für gerechtfertigt halten, daß solchen Leuten die der Stadt für die Schulen aufzubringenden Kosten voll und ganz auferlegt werden, sobald sie ihre Kinder in die städtischen Schulen schicken. Er beantrage deshalb, für die nicht ortsansässigen Schüler das Schulgeld in Höhe des städtischen Zuschusses um 116 M jährlich gegenüber den ortsansässigen Schülern zu erhöhen.

Herr Fiedel bittet, dem Vorschlage der Commission zuzustimmen. Gerade diese Schule, welche allerdings den größten Zuschuß verlange, werde von einer Bevölkerungsschleife besucht, der es oft recht schwer werde, das Schulgeld zu erschwingen. Es kommen viele Fälle vor, in denen den Eltern guter Kinder der Bürgerschulen von den Schulinspectoren und Lehrern empfohlen werde, den

Kindern eine bessere Ausbildung angeeignet zu lassen und bitte er schon aus diesem Grunde, von einer weiteren Schulgelberhöhung abzusehen. Bei den ortsfremden Kindern habe man zu berücksichtigen, einmal, daß solche in den städtischen Schulen nur zugelassen werden, wenn Platz vorhanden sei und außerdem, daß diese Kinder nicht nur Denjenigen etwas einbringen, bei welchen sie in Pension seien, sondern daß auch deren Eltern und Verwandte öfter hierher gezogen werden und Aufwand machen. Man solle sich doch diesen Zuzug von Außen bei dem schon geringen Fremdenverkehre der Stadt nicht nehmen lassen.

Herr Bürgermeister Metemeyer muß dem an sich wohl erklärlichen Wunsche des Herrn Lange, die großen Ausgaben der Stadt für ihre Schulen durch eine Erhöhung des Schulgeldes auszugleichen, auch Bedenken entgegenhalten. Wenn man ein solches Princip von Leistung und Gegenleistung aufstelle, so dürfe man es nicht auf die Schulen beschränken, sondern müsse sagen: je nach dem, was die Stadt leiste, könne sie auch von den Einwohnern bestimmte Gegenleistungen verlangen. Hierbei würde man indessen bald auf ein bedenkliches Gebiet kommen, denn wenn z. B. das städtische Leitungswasser einmal schlecht oder knapp werde, wenn das Gas nicht recht leuchte, die Straßen einmal nicht ordentlich gereinigt werden, so könnte man bei Befolgung des Principes sich gewärtig sein müssen, daß die Einwohner sich weigern, das Wasser- bezw. das Gasgeld zu zahlen und dergleichen mehr. Deshalb bitte er, es bei dem Satze von 120 M, welcher für einen großen Theil der Eltern schon reichlich hoch sei, bewenden zu lassen. Gegen eine weitere Erhöhung des Schulgeldes für die auswärtigen Schüler würde er persönlich nichts einzuwenden haben, da das Niederlassen hiesiger Einwohner in der unmittelbaren Nähe der Stadt thatsächlich einen bedenklichen Umfang annehme und hierbei die elektrische Straßenbahn und das Fahrrad eine wesentliche Erleichterung des Verkehrs mit der Stadt vermittele. Sollte daher die Versammlung eine weitere Erhöhung des Schulgeldes der ortsfremden Kinder wünschen, so würde der Magistrat einen solchen Beschluß in Erwägung ziehen.

Herr Schöttler möchte daraufhin seine entgegengesetzte Meinung zum Ausdruck bringen. Durch die ortsfremden Kinder erwachsen der Stadt thatsächlich nur ganz geringe Unkosten, weil die Schule dieselbe bleiben würde, gleichviel ob diese Kinder vom Unterrichte ausgeschlossen würden oder nicht, denn die Kinder besetzten nur leere Plätze. Anders würde es liegen, wenn dieser Kinder wegen die Classen vergrößert werden müßten. Er bitte deshalb, es bei dem Antrage der Commission zu belassen.

Herr Hauswaldt will Herrn Ahmann gegenüber berichtigen, daß genau berechnet der Zuschuß der Stadt für ein hiesiges Kind 130,20 M und für ein fremdes Kind 112 M betrage.

Nach kurzer Erwiderung des Herrn Aßmann wird zur Abstimmung geschritten und dabei nach Ablehnung der Anträge Aßmann und Lange die Magistratsvorlage angenommen.

Bei §. 13 fragt Herr Lange an, ob der Magistrat verpflichtet sei, aus der Zahl der ihm nach §. 9, 4 vom Schulvorstande vorzuschlagenden Candidaten die Lehrerstellen zu besetzen, oder ob der Magistrat diese Vorschläge auch unberücksichtigt lassen könne.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, daß der Magistrat nicht verpflichtet sei, den Vorschlägen des Schulvorstandes auf jeden Fall Rechnung zu tragen, wenn auch in Wirklichkeit ohne Unterschied die gemachten Vorschläge bislang berücksichtigt worden seien.

Herr Lange möchte bei solcher Sachlage beantragen, den zweiten Satz des ersten Absatzes wie folgt zu fassen: „Die Ernennung derselben geschieht auf Wahl des Magistrates aus den vom Schulvorstande vorgeschlagenen Candidaten durch die Landesregierung“.

Herr Oberbürgermeister Pockels kann diesem Antrage eine praktische Bedeutung nicht beilegen und bittet deshalb um Ablehnung desselben. Es müßte auch einen eigenthümlichen Eindruck machen, wenn in demjenigen Regulative, welches vom Magistrat allein festgesetzt sei, dem Magistrate das Patronatsrecht ausschließlich vorbehalten werde, während sich hier der Magistrat den Vorschlägen des Schulvorstandes unterordnen solle. Faktisch sei allerdings von den Vorschlägen des Schulvorstandes noch niemals abgegangen worden.

Dem Herrn Vorsitzenden erscheint es zweifelhaft, ob es rechtlich möglich sei, den Antrag Lange durchzuführen, da doch dem Magistrate das Patronatsrecht allein zustehe.

Herr Wolff theilt diesen Standpunkt. Die Stellung des Schulvorstandes sei die eines berathenden Organes, wie z. B. der Landesfürst sich bei seinen Verfügungen des Beirathes der Landesversammlung bediene. Der Antrag Lange könne deshalb unmöglich angenommen werden.

Nach einigen Bemerkungen des Herrn Lord zieht Herr Lange seinen Antrag zurück.

Zum §. 19 führt der Herr Referent aus, daß die vereinigten Commissionen die Vorschläge in Bezug auf die Gehaltsverhältnisse des Directors für gerechtfertigt halten. Wenn das Anfangsgehalt von 6000 M. vielleicht auch etwas zu hoch erscheine, so würde doch nach der Mittheilung des Magistrates eine Herabsetzung desselben nur so geringfügig sein können, um einen Effect damit nicht zu erzielen. Die Gleichstellung der sämmtlichen Directoren der hiesigen Lehranstalten im Gehalte halte die Commission für angezeigt.

Was die Gehaltsätze für die academisch gebildeten Lehrer (§. 19 1b) betreffe, so seien die in der Vorlage enthaltenen Beträge als nicht völlig genügend erachtet worden, die Commissionen schlagen vielmehr im Einverständniß mit dem Magistrate vor, zu beschließen, daß die betr. preussischen Sätze, bei einem Anfangsgehalte von 3400 M und einem Höchstgehalte von 6600 M, eingestellt werden. Der erste Satz des Abschnittes b werde demnach lauten:

„Diejenigen Lehrer, welche bei der Prüfung für das höhere Lehramt mindestens in zwei Unterrichtsgegenständen der Schule die Lehrbefähigung für alle Classen nachgewiesen haben, erhalten bei der Anstellung ein Jahrgehalt von 3400 M, das nach Ablauf von 3 Jahren auf 3700 M, nach 6 Jahren auf 4000 M, nach 9 Jahren auf 4600 M, nach 12 Jahren auf 5200 M, nach 15 Jahren auf 5800 M, nach 18 Jahren auf 6100 M, nach 21 Jahren auf 6400 M und nach 24 Jahren auf den Höchstbetrag von 6600 M steigt“.

Dabei sei noch zu bemerken, daß es den Commissionen nicht gerechtfertigt erschienen sei, die betr. städtischen Lehrer irgendwie wesentlich schlechter zu stellen, als die gleiche Lehrerkategorie an den Staatsanstalten. Bei oberflächlicher Durchsicht der Vorlage könnte es den Anschein gewinnen, als ob die städtischen Lehrer doch schlechter gestellt wären, jedoch sei dieses nicht der Fall. Nach der von ihm aufgestellten Berechnung würde ein Oberlehrer der Oberrealschule in den ersten 25 Jahren 124200 M Gehalt beziehen, ein staatlicher Oberlehrer aber einschl. Wohnungsgeldzuschuß 124300 M. Dieser kleine Unterschied gleiche sich indessen dadurch aus, daß bei der Pensionirung der staatlichen Oberlehrer der Wohnungsgeldzuschuß nur nach den Orten der mittleren Servisclasse eingerechnet werde, die Pension sich also entsprechend niedriger stelle. In ihrer großen Mehrheit seien daher die Commissionen der Ansicht gewesen, daß die obigen Gehaltsätze als genügend anzusehen seien.

Zu dem Punkte 1c des §. 19 bringen die Commissionen in Vorschlag, den Schlußsatz wie folgt zu fassen:

„... pensionsfähige Zulagen gewährt werden, welche bei den Zeichenlehrern bis zu 900 M, bei den übrigen Lehrern bis zu 500 M betragen können“. Man sei in den Commissionen der Ansicht gewesen, daß diese Aenderung mit Rücksicht auf die Wichtigkeit des Zeichenunterrichts gerechtfertigt erscheine. Gegenüber den Vorstellungen der seminaristisch gebildeten Lehrer, ihre Gehaltsätze noch höher zu gestalten, habe er zu bemerken, daß die Commissionen die für solche Erhöhung angeführten Gründe nicht als gerechtfertigt anerkennen können.

Im §. 20 beantragen die Commissionen, die Remunerationen der wissenschaftlichen Hilfslehrer auf bezw. 1800 M, 2100 M und 2400 M festzusetzen und unter b hinter „Hilfslehrer“ einzuschalten „und Fachhilfslehrer“.

Gegen die übrigen Bestimmungen der „Ordnung“ sowie gegen die übrigen Theile der Magistratsvorlage haben die Commissionen nichts einzuwenden.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird die gesammte Magistratsvorlage, einschließlich der Gehaltsverhältnisse für den Professor Grotensend, sowie die „Ordnung für die städtische Oberrealschule“ mit den von den vereinigten Commissionen beantragten Aenderungen genehmigt.

II. Ordnung für die gehobenen Mädchenschulen.

Die unter Mitwirkung des Schulvorstandes aufgestellte Ordnung für die gehobenen Mädchenschulen legt der Magistrat mit dem Antrage auf Genehmigung vor. In Bezug auf die in Aussicht genommenen Gehaltserhöhungen bemerkt derselbe, daß die Gewinnung tüchtiger Directoren und wissenschaftlicher Lehrer sehr bedenklich erschwert werden würde, wenn man ihnen nicht dieselben Gehaltsätze, wie den Knabenlehrern gewähren wollte. Für diejenigen gegenwärtig im Amte befindlichen Lehrer, welche die sogen. Rectorenprüfung bestanden haben, laufen die Fristen für Gewährung von Alterszulagen von dem 1. Januar ab. Im Interesse größerer Einheitlichkeit giebt der Magistrat anheim, den hier in Frage kommenden drei Lehrern die ihnen vom 1. Januar k. J. ab zustehende Gehaltszulage von 300 M schon vom 1. April d. J. ab zu zahlen und hinfort die Zulagen allgemein vom 1. April ab zu gewähren. — Das Schulgeld beträgt gegenwärtig in der höheren Mädchenschule 100 M, in der städtischen Mädchenschule 72 M jährlich, während sich der Zuschuß der Cämmereicasse im laufenden Jahre bei der höheren Mädchenschule auf 42,10 M und bei der städtischen Mädchenschule auf 81,35 M beläuft. In Berücksichtigung dieses Aufwandes, welcher durch die Erhöhung der Lehrergehälter noch weiter steigt, beantragt der Magistrat, das Schulgeld bei der höheren Mädchenschule auf 112 M und bei der städtischen Mädchenschule auf 80 M zu erhöhen. Hierdurch wird eine Mehreinnahme von 7000 M und bezw. 3500 M erzielt werden.

Ferner beantragt der Magistrat, zu genehmigen, daß der Professor Dr. Fröhlich, welcher das Oberlehrerzeugniß nicht besitzt, auch in Zukunft nach den für die wirklichen Oberlehrer derzeit eingeführten Gehaltsbestimmungen aufrücken solle und zwar derartig, daß dessen gegenwärtiges Dienstgehalt von 5300 M auf 5800 M mit der Bestimmung erhöht werde, daß er die erste Alterszulage zum 1. April 1903 zu erwarten habe.

Der Oberlehrer Hohnstein von der städtischen Mädchenschule bittet die Versammlung in einer Eingabe, dahin wirken zu wollen, daß er in die Gehaltsklasse der Oberlehrer eingereiht, bezw. ihm eine angemessene persönliche pensionsberechtigte Zulage gewährt werde.

Den Bericht über diese Vorlage hat namens der vereinigten Schul- und Finanzcommission wiederum Herr Kolke übernommen.

Zum §. 3 der Schulordnung wird beantragt, zwischen „aufgenommenen Kinder“ das Wort „ortsangehörigen“ einzuschalten.

Zum §. 4. betr. die Höhe des Schulgeldes, ersucht die Mehrheit der Commissionen, das Schulgeld der höheren Mädchenschule gleich dem Schulgelde der Oberrealschule auf 120 M festzusetzen. Man habe hierbei principiell den Standpunkt vertreten, daß es wünschenswerth sei, die durch die Gehaltserhöhungen entstehenden Mehrkosten ganz durch das Schulgeld aufzubringen, was sich sonst nicht erreichen lasse. Auf Seite der Minderheit sei die weitere Erhöhung des Schulgeldes auf 120 M aber nicht als gerechtfertigt anerkannt worden, weil der städtische Zuschuß für diese Schule namentlich im Vergleich zur Oberrealschule als ein außerordentlich geringer bezeichnet werden müsse. Die Mehrheit der Commissionen verrete indessen die Ansicht, daß die jetzigen Zustände in der höheren Mädchenschule auf die Dauer nicht weiter bestehen können, und sich eine Theilung derselben nicht wohl mehr lange werde vermeiden lassen, mit Rücksicht hierauf aber die Erhöhung des Schulgeldes auf 120 M gerechtfertigt erscheine.

Herr Schöttler kann dem Beschlusse der Commissionen nicht beipflichten. Die höhere Mädchenschule sei die billigste höhere Schule, welche die Stadt besitze, denn die Differenz zwischen ihren Kosten und dem Schulgelde betrage jetzt nur $\frac{1}{3}$ gegenüber der Oberrealschule und $\frac{1}{2}$ gegenüber der städtischen Mädchenschule. Wenn auch zu beachten sei, daß die Gehaltserhöhungen bei der höheren Mädchenschule höher seien, als bei der städtischen Mädchenschule, so habe man auch zu berücksichtigen, daß ein Unterschied zwischen den Kosten der Schule und dem Schulgelde nöthig sei, weil z. B. die Einkommensteuer nicht von dem Einkommen der einzelnen Person, sondern einer Gruppe von Personen, der Familie, erhoben werde, das gleiche Einkommen also für verschiedene Leute etwas Verschiedenes bedeute und ein gewisser Ausgleich dadurch geschaffen werden müsse, daß die Stadt einen Theil der Erziehungskosten trage. Eine Differenz zwischen den Kosten und dem Schulgelde müsse eben vorhanden sein und wenn man diese Differenz auf der Oberrealschule mit 130 M für angemessen halte, so könne man sie unmöglich auf der höheren Mädchenschule mit nur 40 M für ausreichend ansehen. Der Grund, daß sich die Kosten der höheren Mädchenschule erhöhen würden, sobald sie getheilt werde, könne z. B. noch nicht maßgebend sein; erst dann ins Gewicht fallen, wenn die Theilung wirklich vorgenommen sei. Aber auch selbst dann würde der Zuschuß nicht so hoch sein, wie bei der Oberrealschule, weil man sich in der Mädchenschule den Elementarunterricht hoch bezahlen lasse, während die Knaben diesen auf der Bürgerschule genießen. Eine Schülerin der höheren Mädchenschule, welche deren 10 Classen in 10 Jahren durchmache, koste jetzt 1000 M Schulgeld, ein die Ober-

realschule besuchender Knabe dagegen in der gleichen Zeit, einschließlich der 4 Jahre in der Bürgerschule, nur 680 M., also das Mädchen 320 M. Schulgeld mehr. Nach der von den Commissionen geplanten Erhöhung würde dieser Unterschied aber noch mehr verschärft werden, indem ein Mädchen 1200 M., ein Knabe aber nur 816 M. zu zahlen haben würde. Aus allen diesen Gründen ersuche er, bei der höheren Mädchenschule von einer weiteren Erhöhung des Schulgeldes abzusehen.

Herr Hauswaldt würde es mit dem Vorredner für eine Ungerechtigkeit halten, wenn das Schulgeld für die höhere Töchter Schule noch weiter erhöht werden sollte. Bei dieser Schule mache die Erhöhung der Lehrergehälter 7 M. für den Kopf des Kindes aus, so daß der stadtseitige Zuschuß 49,10 M. betragen würde. Wenn daher das Schulgeld auf 112 M. erhöht werde, habe man Alles gethan, was man thun könne und würde eine weitere Belastung der Eltern eine Ungerechtigkeit in sich schließen. Bei Genehmigung der Commissionsvorschläge werde man erreichen, daß die die höhere Töchter Schule besuchenden ortsfremden Kinder nur einen Zuschuß von 90 S. erfordern, was zu der städtischen Mädchenschule in keinem Verhältnisse stehe. Wenn gesagt werde, die Eltern könnten ihre Kinder auf die billigere städtische Mädchenschule schicken, so würde darin für die Stadt ein schlechtes Geschäft liegen, weil sie dort für jedes Kind 40 M. mehr zuzahlen müsse. Deshalb beantrage er, die Magistratsvorlage wieder herzustellen.

Herr Lord möchte ersuchen, dem Antrage der Commissionen Folge zu geben. Als das letzte Mal das Schulgeld der Oberrealschule und der höheren Mädchenschule von 80 M. auf 100 M. erhöht sei, habe das Verhältniß hinsichtlich des stadtseitigen Zuschusses schon so gelegen, daß die höhere Mädchenschule etwa die Hälfte des Zuschusses der Oberrealschule erfordere. Damals sei aber von Niemand daran gedacht worden, die heute von den beiden Vorrednern ins Feld geführten Gesichtspunkte in den Vordergrund zu stellen, sondern man sei von der richtigen Ansicht ausgegangen, daß die beiden Schulen in ihren Endzielen eine Bildung vermitteln, die den Leistungen einer guten Schule entsprächen und daß demnach beide Schulen finanziell gleich zu behandeln seien. Deshalb bitte er, für beide Schulen auch jetzt in gleicher Weise das Schulgeld auf 120 M. festzustellen. Bei der höheren Töchter Schule handle es sich im Allgemeinen um ein Elternmaterial, dem die Erhöhung des Schulgeldes verhältnißmäßig recht leicht werde, denn die Schule recrutire sich aus den besten Gesellschaftskreisen. In den Fällen, wo Kinder aus den mittleren Gesellschaftskreisen der Schule zugeführt werden, vielleicht um einmal einen besseren gesellschaftlichen Anschluß für die Kinder zu erhalten, könne es nicht schaden, wenn solcher Hochmuth in etwas bestraft würde. In der Oberrealschule finde man dagegen viele Kinder von Bürgern des Mittelstandes vertreten, denen die Aufbringung des Schulgeldes eine gewisse Mühe verursache, weshalb man es in der Bürgerschaft schwer verstehen würde, wenn man das Schulgeld für die

Oberrealschule auf 120 M., für die höhere Mädchenschule aber nur auf 112 M. festsetze. Andere hiesige Lehrinstitute erhoben noch ganz andere Schulgelbsätze, denn ihm sei bekannt, daß auf einer hiesigen höheren Privatschule 180 M. in den beiden ersten Classen, 150 M. in den beiden folgenden und 120 M. in den beiden unteren Classen gezahlt werden müßten. Wenn Herr Schöttler zum Vergleich heranziehe, daß die Jungen weniger Schulgeld bezahlen, weil sie in den ersten Jahren die Bürgerschule besuchen, so wolle er darauf erwidern, daß Niemand die Eltern der Mädchen zwingen, sie von vornherein auf die höhere Töchterchule zu schicken und dieselben ebensogut zuerst die Bürgerschulen besuchen können, welche ganz ausgezeichnet seien.

Herr Nolte bittet noch zu berücksichtigen, daß denjenigen Eltern, welchen das Schulgeld für die höhere Töchterchule zu hoch sei, die Möglichkeit bleibe, ihre Kinder auf die städtische Mädchenschule zu schicken und sie sich hierdurch von der höheren Ausgabe befreien könnten. Von einem schlechten Geschäfte der Stadt könne hierbei nicht die Rede sein, da auch die höhere Mädchenschule nach ihrer demnächstigen Theilung stärker belastet werden würde. Mit Rücksicht darauf, daß auch in anderen größeren Städten ein erheblich höheres Schulgeld gefordert werde, sei es den vereinigten Commissionen berechtigt erschienen, eine Erhöhung eintreten zu lassen.

Herr Hauswaldt kann nur den Grund als stichhaltig für die Erhöhung des Schulgeldes anerkennen, daß auch die höhere Mädchenschule nach ihrer Theilung einen größeren stadtseitigen Zuschuß erfordern werde, wenn sich auch noch nicht übersehen lasse, wie hoch dieser Zuschuß sein werde. Für einen falschen Standpunkt müsse er es halten, sich die Eltern anzusehen und darnach das Schulgeld zu normiren, denn hierdurch werde man gewisse Elemente von der Schule nicht fern halten. Es sei zu berücksichtigen, daß alle Mädchen, welche das Lehrerinnenexamen ablegen wollen, die höhere Mädchenschule besuchen müssen und daß deren Eltern dann das höhere Schulgeld auch zu zahlen haben. Die Idee, die Mädchen erst in die Bürgerschule zu schicken, könne er nur für einen Scherz auffassen (Widerspruch), weil es einem Mädchen nur bei vollständiger Absolvirung der Anstalt möglich sei, das Lehrerinnenexamen abzulegen. Die Eltern solcher Mädchen treffe aber die Schulgelderhöhung ebenso hart, wie die Eltern der die Oberrealschule besuchenden Knaben.

Herr Lord will darauf erwidern, daß für solche Fälle das Schulgeld erlassen werden könne, da ein Dispositionsfonds vorhanden sei, aus welchem bis zu 6 % der auskommenden Gelder Erlasse bewilligt werden können.

Bei der nun folgenden Abstimmung erklärt sich die große Mehrheit der Versammlung für eine Erhöhung des Schulgeldes auf 120 M.

Zum §. 19 wird commissionsseitig beantragt, die Gehälter der unter b bezeichneten Oberlehrer genau so festzusetzen, wie die Gehälter der gleichen Lehrerkategorie der Oberrealschule, wogegen sich Widerspruch nicht erhebt.

Zum §. 20 möchte Herr Schöttler anfragen, ob die Remunerationen für die nicht voll beschäftigten Fachlehrer und Fachlehrerinnen nicht zu niedrig bemessen seien, da bei einem Stundenlohn von 80 M ein Zeichenlehrer schon wöchentlich 28 Stunden geben müsse, um ein Jahreseinkommen von 2240 M zu erhalten, während sich die Zeichenlehrerinnen bei einem Stundenlohn von 50—75 M noch schlechter stehen. Die Lehrerinnen für Handarbeiten und Turnen erhalten Anfangs gar nur 36 M jährlich für die Stunde, was nicht einmal eine Mark für die Unterrichtsstunde ausmache. Anträge könne er aber nicht stellen, weil er die Verhältnisse zu wenig kenne.

Herr Oberbürgermeister Pockels kann darauf erwidern, daß diese Remunerationssätze auch für die Bürgerschulen festgesetzt seien. Bei den gehobenen Mädchenschulen komme es übrigens selten vor, daß Fachlehrer und Fachlehrerinnen mit nicht voller Stundenzahl beschäftigt werden und es handle sich dabei nur um Ausnahme- bzw. Ausnahmefälle, in welchen Lehrkräfte, welche später zur Anstellung gelangen sollen, eingestellt werden. Dagegen seien seines Wissens auch noch niemals Bedenken erhoben worden.

Herr Nolte will dazu bemerken, daß die Commissionen gegen diese Sätze keine Bedenken gehabt haben, um so weniger, als es noch niemals Schwierigkeiten gemacht habe, für diese Sätze Lehrkräfte zu erhalten.

Herr Böschigt muß es für nöthig halten, diese Sätze zu erhöhen, wenn dieselben schon längere Jahre bestehen. Man habe inzwischen die Lehrergehälter erhöht und müßte auch hier den Verhältnissen Rechnung tragen. Gerade die Handarbeitslehrerinnen seien am meisten belastet, weil sie sich mit jedem einzelnen Kinde in der Schule befassen müßten. Anträge wolle er indessen ebenfalls nicht stellen.

Darauf wird die Schulordnung mit den von den Commissionen beantragten Aenderungen angenommen, auch erklärt sich die Versammlung mit der anderweiten Festsetzung des Gehaltes für den Professor Dr. Fröhlich nach den Magistratsanträgen einverstanden. Das Gesuch des Oberlehrers Hohnstein wird dagegen einstweilen zurückgestellt, weil der Magistrat erklärt hat, von seinen hierüber zu fassenden Entschlüssen der Versammlung Mittheilung machen zu wollen.

III. Gehaltsbestimmungen für den Director der Bürgerschulen und Erhöhung des Schulgeldes in den mittleren Bürgerschulen.

Mit Rücksicht auf die zum 1. April d. Js. eingetretene erhebliche Aufbesserung der Gehaltsätze für die Lehrer und Lehrerinnen an den hiesigen Bürgerschulen und in Anlaß der gegenwärtig wegen Einführung neuer Gehaltsbestimmungen für

die Directoren der gehobenen städtischen Schulen, sowie wegen Erhöhung der für den Besuch der letzteren zu entrichtenden Schulgeldsätze stellt der Magistrat den Antrag, das Dienstgehalt des Directors der Bürgerschulen vom 1. April d. Js. ab nach Maßgabe der für die Directoren der gehobenen Schulen vorgeschlagenen Gehaltsbestimmungen zu ordnen und das Schulgeld in den mittleren Bürgerschulen vom kommenden Schuljahre an gerechnet von 20 M auf 24 M zu erhöhen. Die beantragte Erhöhung des Schulgeldes wird eine Mehreinnahme von etwa 23 500 M liefern.

Namens der vereinigten Finanz- und Schulcommission beantragt Herr Kolte, diesen Anträgen des Magistrates zuzustimmen.

Herr Kiefe kann sich mit der Erhöhung des Schulgeldes nicht einverstanden erklären, da es nicht zu billigen sei, daß man den Eltern, welche ihren Kindern eine etwas bessere Schulbildung zukommen lassen wollen, diese Gelegenheit vertheuern wolle. Früher habe man gesagt, daß durch die Biersteuer die Mehrausgaben an Lehrergehältern gedeckt würden und jetzt komme man noch mit Schulgeldeerhöhungen. So lange andere Quellen zur Verfügung ständen, solle man von solchen Erhöhungen absehen. Besser wäre es, die Landboten sorgten dafür, daß aus der Klosterreinertragssasse der Stadt höhere Zuwendungen zu Theil würden, da diese Mittel doch für Culturzwecke Verwendung finden sollen. Nach der Annahme des Magistrates solle die Biersteuer 94 000 M ergeben und lasse sich annehmen, daß dieselbe noch einen höheren Ertrag abwerfe, trotzdem wolle man nun auch noch das Schulgeld für die Bürgerschulen erhöhen, obwohl die kleinen Leute auch den größten Theil der Biersteuer aufbrächten. Von einer anderen Seite aus betrachtet könnte man es allerdings nur gutheißen, daß die gesammte Bürgerschaft ihre Kinder in ein und dieselbe Schule schicke und das Kind des Oberbürgermeisters mit dem Kinde des Besenbinders auf einer Bank sitze, die Kinder der gut situirten Bürger also die Kinder der schlechter gestellten zu sich hinaufziehen. Die hier beabsichtigte Schulgeldeerhöhung sei anscheinend nicht recht in die Bürgerschaft eingedrungen, sonst würde sich wohl ein lebhafter Protest dagegen erhoben haben. Auf Grund einer ihm zugegangenen Mittheilung frage er auch noch an, ob es richtig sei, daß die Lehrer für ihre Kinder kein Schulgeld zu zahlen brauchen. Jedenfalls ersuche er, das Schulgeld auch ferner auf der Höhe von 20 M zu belassen.

Herr Oberbürgermeister Pockels bestätigt, daß die städtischen Lehrer für diejenigen ihrer Kinder kein Schulgeld zu entrichten haben, welche die Schule besuchen, an der der betr. Lehrer unterrichte, so daß die Kinder eines Bürgerschullehrers die Bürgerschule frei besuchen u. Diese schon sehr alte Einrichtung stütze sich auf eine gleiche Bestimmung, welche auch in das Gemeindegewalt-Gesetz aufgenommen sei. Die Biersteuer würde allerdings die Gehaltserhöhungen für die Lehrer gedeckt

haben, wenn die Vorschläge des Magistrates angenommen wären, da aber die Versammlung über diese Vorschläge um etwa 30 000 M hinausgegangen sei, so könne die Biersteuer hierzu nicht ausreichen. Hervorheben wolle er auch noch, daß die Unterrichtsziele der mittleren und der unteren Bürgerschule in den 6 unteren Classen im Wesentlichen die gleichen seien und nur in Bezug auf die oberste Stufe der mittleren Bürgerschule ein Unterschied begründet werde insofern, als gewissermaßen noch eine Selecta auf den Lehrplan gesetzt sei. Es bestehe auch die Bestimmung, daß diejenigen Kinder, welche die untere Bürgerschule durchgemacht haben, auf Antrag ihrer Eltern unentgeltlich in die mittlere Bürgerschule aufgenommen werden und komme es daher vor, daß Kinder, welche 6 Jahre die untere Bürgerschule besucht haben, noch in die mittlere Bürgerschule übertreten.

Herr Meyerhoff will bitten, mit dieser Schulgeldderhöhung so lange zu warten, bis sich übersehen lasse, was die Biersteuer einbringe, zumal da sie dem Vernehmen nach weit über den Anschlag hinausgehen solle. Wenn sie aber einer Schätzung nach wirklich 120 000 M einbringen sollte, so würde die Mehrausgabe an Lehrergehältern von 30 000 M gedeckt sein und die Bedenken des Herrn Oberbürgermeisters wären dann beseitigt.

Herr Nolte tritt nochmals für die Magistratsvorlage ein. Der Zuschuß der Cämmereicasse sei im laufenden Jahre von 33,40 M auf 40,50 M pro Kind und Jahr, also um 7,10 M gestiegen und werde weiter steigen, wogegen die Schulgeldderhöhung von 4 M kaum ins Gewicht falle. Ferner sei zu berücksichtigen, daß das Schulgeld bei dem vorzüglichen Zustande der Schule immer noch sehr gering erscheine und daß, wenn die unteren Bürgerschulen dieselben Ziele erreichen, wie die mittleren, kein Grund vorliege, die Schulgeldderhöhung für die letzteren anzunehmen.

Herr Abmann ist der Ansicht, die Bürgerschaft werde es nicht verstehen, daß die Erhöhung des Schulgeldes mit der Erhöhung der Lehrergehälter begründet werde. Wenn man sich die Zuschüsse für die einzelnen Schulen vergegenwärtige, so finde man, daß die Schulen, in welche die Kinder der besser situirten Eltern gehen, die anderen Schulen an Zuschüssen erheblich überragen, mit welcher Thatsache gerechnet werden müsse. Da bei den Zuschüssen für die Bürgerschulen die mittleren und unteren Schulen zusammengerechnet seien, so lasse sich nicht feststellen, wie viel davon auf die mittleren Schulen entfallen, welche naturgemäß einen viel geringeren Zuschuß erfordern, wie die unteren Bürgerschulen. Bei einem Vergleiche mit den höheren städtischen Schulen kommen in Betreff des städtischen Zuschusses die mittleren Bürgerschulen überhaupt schlecht weg und könne dabei auch der Einwand nicht als berechtigt anerkannt werden, daß die Eltern der diese Schulen besuchenden Kinder geringere Steuern bezahlen. Wenn man die Bildung als Allgemeingut betrachten wolle, so müsse auch den weniger Bemittelten Gelegenheit gegeben werden, ihren Kindern eine bessere Schulbildung zukommen zu lassen.

Es werde auch allgemein bezweifelt, daß die mittleren und unteren Bürgerschulen in ihren Lehrzielen gleich sein sollen. Jedenfalls würden die Eltern, welche ihre Kinder aus den unteren Bürgerschulen wegnehmen, das nicht aus reinem Vergnügen thun, sondern aus der Ueberzeugung, daß die Kinder in den mittleren Schulen besser aufgehoben seien. Aus allen diesen Gründen halte er es nicht für gerechtfertigt, den Satz bei den mittleren Bürgerschulen zu erhöhen und bitte er, den bisherigen Satz von 20 M beizubehalten. Die Bürgerschaft habe angenommen, daß die Gehaltserhöhungen aus der Biersteuer allein gedeckt werden sollten, weshalb man den finanziellen Erfolg derselben erst einmal abwarten sollte, zumal da die kleinen Leute die Biersteuer hauptsächlich tragen müssen.

Herr Lange hält es für leicht möglich, daß die Bürgerschaft sich wundern werde, daß die Biersteuer nicht ausreichen solle, um die bewilligten Gehaltserhöhungen zu decken, sie werde indessen auch verstehen, daß bei den zu leistenden großen Zuschüssen der Stadtcasse eine Erhöhung der Schulgelder nothwendig sei, wenn man nicht eine weitere Erhöhung der Steuern vornehmen wolle. Außerdem werde es die Bürgerschaft begreiflich finden, daß man nach einem Mittel suche, um den ungeheuren Zuzug kleiner Leute von Außen einzuschränken, da es doch feststehe, daß viele kleine Leute schon deshalb mit von Auswärts nach hier ziehen, weil sie wissen, hier billige Schulen zu finden, denen sie dann eine Anzahl Kinder zuführen, ohne selbst Steuern zu zahlen. Deshalb hätte er wohl gewünscht, daß das Schulgeld noch mehr erhöht worden wäre. Die Stadt Halle a. S. nehme durchschnittlich ein Schulgeld von 44 M für einheimische und 65 M für ortsfremde Kinder, so daß mit der Festsetzung des Schulgeldes auf 24 M Jeder zufrieden sein könne.

Herr Böschigt kann diese Ansicht nicht theilen. Wenn er auch den Schulgelderhöhungen der höheren städtischen Schulen mit Freuden zugestimmt habe, so könne er sich mit dieser Erhöhung doch nicht einverstanden erklären und bitte, zunächst den finanziellen Erfolg der Biersteuer abzuwarten.

Herr Abmann glaubt aus den Ausführungen des Herrn Lange entnehmen zu sollen, daß derselbe glaube, die Erhöhung des Schulgeldes würde die Kindererzeugung beeinträchtigen, was doch wohl nicht als richtig anerkannt werden könne. Der Zuzug von Außen dürfe unmöglich als unangenehm angesehen werden, da es hierbei doch sehr darauf ankomme, was für Leute zuziehen; jedenfalls könne man den Zuzug solcher Leute nicht bedauern, welche ihre Kinder noch in die mittleren Bürgerschulen zu schicken vermögen. Das sähe sonst aus, als ob Braunschweig nicht weiter wolle und als ob bedauert würde, wenn die hiesige Bevölkerung zunehme. Den Zuzug zahlungsfähiger Leute könne man immer noch mit Freuden begrüßen, denn wenn man nur den Zuzug einiger höheren pensionirten Beamten

wünsche, würde Braunschweig auf seinem alten spießbürgerlichen Standpunkte ewig stehen bleiben.

Herr Rath e muß Herrn Lange zustimmen, daß fast keine größere Stadt ein so niedriges Schulgeld erhebe, wie Braunschweig in den mittleren Bürgerschulen. Es komme ihm beinahe vor, als ob manche Leute, denen die Steuern immer zu hoch seien, aus reiner Eitelkeit ihre Kinder in die mittlere Bürgerschule schicken, wie das bei den gehobenen Mädchenschulen auch schon erwähnt sei. Die unteren Bürgerschulen seien in ihrer ganzen Einrichtung den mittleren Schulen beinahe gleich und die Lehrmittel an beiden Anstalten bis zur dritten Classe dieselben, weshalb gar kein so großer Unterschied zwischen denselben bestehe. Wem unter solchen Verhältnissen das Schulgeld für die mittleren Schulen zu hoch sei, der könne seine Kinder ruhig den unteren Schulen zuführen. Die Gegner der Vorlage dächten insofern nicht ökonomisch, als sie nicht berücksichtigten, daß das billigere Schulgeld auch denjenigen vermögenden Bürgern zu Gute käme, welche ihre Jungen während der ersten 4 oder 5 Schuljahre in die mittleren Bürgerschulen schickten. Er hätte einen Satz von 30 M für richtig gehalten, wolle sich aber auch gern mit 24 M zufrieden geben.

Die gesammte Magistratsvorlage und damit also auch die Erhöhung des Schulgelbes auf 24 M wird darauf gutgeheißen.

Die besoldeten Mitglieder des Magistrates verlassen den Sitzungssaal bis zur Erledigung des folgenden Punktes.

IV. Gehaltsbestimmungen für die städtischen Oberbeamten.

Auf Anregung der Versammlung in den Sitzungen vom 2. November 1899 und vom 11. April 1900 — Seite 171 und 8 des Berichts — legt der Magistrat den Entwurf zur einheitlichen Umgestaltung der Abtheilungen I—V der im Jahre 1891 geordneten Gehaltsbestimmungen mit dem Antrage vor, den Entwurf zu genehmigen und sich auch damit einverstanden zu erklären, daß gegenüber den jetzigen Inhabern der in dem Entwurfe bezeichneten Dienststellen die Fristen für die aus demselben sich ergebenden Gehaltszulagen, vom 1. April d. Js. an gerechnet, so bemessen werden, wie wenn die seit ihrer Anstellung verflossene Zeit unter der Herrschaft des neuen Normal Etats zugebracht worden wäre. Die Annahme dieser Vorschläge würde für das laufende Jahr eine Mehrausgabe von 7800 M erfordern. Außerdem giebt der Magistrat anheim, zuzustimmen, daß die bei den städtischen Schulen angestellten, die Eigenschaft von städtischen Unterbeamten besitzenden Diener mit ihrem am 2. November 1899 festgestellten Normalgehalte in die Gehaltsbestimmungen für die städtischen Beamten mit ausgenommen werden.

Die in Vorschlag gebrachten Gehaltsätze betragen:

- für die Abtheilung I (Oberbürgermeister) 13000 M (daneben 2000 M an nicht pensionsberechtigten Dienstaufwandsgeldern);
- für die Abtheilung II (Besoldete Magistratsmitglieder) 4800 M bis 8300 M mit Zwischenstufen von 500 M;
- für die Abtheilung III (Leiter der städt. Bauverwaltung und Director der Gas- und Wasserwerke) 7300 M bis 8300 M mit Zwischenstufen von 500 M;
- für die Abtheilung IV (Director der Fortbildungs- und Gewerbeschule) 5000 M bis 7000 M mit Zwischenstufen von 400 M;
- für die Abtheilung V (Abtheilungsvorstände der städt. Bauverwaltung) 3700 M bis 6500 M mit Zwischenstufen von 400 M;
- für die Abtheilung VI (Stadtarchivar und Museumsdirector) 3600 M bis 6000 M mit Zwischenstufen von 300 M;
- für die Abtheilung VII (Geprüfte Baumeister, soweit sie nicht zur Abtheilung V gehören) 3400 M bis 5800 M mit Zwischenstufen von 300 M.

Wie Herr Wolff namens der vereinigten Statuten- und Finanzcommission berichtet, wird der Gehaltsatz der Abtheilung I für sachgemäß angesehen, um so mehr, als derselbe hinter dem Satze anderer größeren Städte theilweise noch ziemlich erheblich zurückbleibe. Mit den Vorschlägen für die Abtheilung II seien die Commissionen indessen nicht einverstanden, indem sie meinen, daß ein Anfangsgehalt von 4500 M für einen höheren Beamten im Alter von etwa 30 Jahren ausreichend sei, während es sich andererseits empfehle, den Höchstsatz von 8300 M auf 8500 M zu erhöhen. In der Abtheilung III ersuchen die Commissionen, den Anfangsatz auf 6000 M, den Höchstsatz aber ebenfalls auf 8500 M festzusetzen.

Herr Schmidt muß diese Besoldung für den höchsten städtischen Baubeamten für zu gering halten, da die Industrie für die technischen Beamten ganz andere Gehälter zahle und die Stadt daher stets vor der Möglichkeit stehe, daß ihr die besseren technischen Beamten von der Industrie weggeholt werden. Es sei auch zu berücksichtigen, daß Braunschweig ganz andere Baubeamte an der Spitze haben müsse, als eine Provinzialstadt, weil hier höhere Ziele zu verfolgen seien, und daß Braunschweig daher diese Beamten besser bezahlen müsse, weil sie sonst leichter weggekapert werden können, zumal da die Augen der Außenwelt mehr auf solche Beamten gelenkt würden, als dieses in kleineren Städten der Fall sei. Der Stadtbaurath Winter würde sich in seinem Dienst Einkommen anderwärts wohl auch schon wesentlich verbessert haben können, da dessen Gehalt seinen Leistungen durchaus nicht angemessen sei, und wenn derselbe mit seinem Gehalte auch vielleicht zufrieden sein möge, so könne dasselbe doch für die Zukunft nicht als ausreichend erachtet werden.

In Consequenz der früheren Beschlüsse der Versammlung, nach welchen die städtischen Baubeamten keine Nebenverdienste haben sollen, müssen diesen Beamten auch höhere Gehälter gezahlt werden, da eine Gehaltserhöhung von 500 M — 1000 M keine entsprechende Entschädigung dafür sei, denn wenn einer der Beamten seine freie Zeit ausnützen wolle, könne er mehr verdienen, als er hier überhaupt Gehalt bekomme. Das Gehalt des ersten städtischen Baubeamten müßte daher mindestens auf 10 000 M festgesetzt werden.

Herr Fiedel will zugeben, daß bei der augenblicklichen Lage der Industrie ein Staat oder eine Stadt einen wirklich tüchtigen Techniker gar nicht so bezahlen könne, wie er für die Industrie Werth habe. Andererseits lassen sich solche staatlich oder stadtsseitig angestellten Beamten aber auch nicht mit denen der Industrie vergleichen, da Letztere zu verdienen, Erstere aber mehr zu erhalten haben, ohne der Stadt oder dem Staate etwas einzubringen. Wenn er nun auch dem Stadtbaurath die weitere Erhöhung des Gehaltes von ganzem Herzen gönnen würde, so müsse er doch darauf hinweisen, daß die Gehaltserhöhungen der übrigen höheren Beamten sich dadurch wesentlich verschieben würden, indem man die Gehälter der Magistratsmitglieder weiter in die Höhe schrauben müßte. Aus einer von den Beamten der städtischen Bauverwaltung vorgelegten Liste gehe hervor, daß wohl einige ausgeschriebene Stellen über die hier beantragten Gehaltsätze hinausgehen, daß aber andere erheblich niedriger seien und es sich bei einzelnen der hohen Gehaltsätze zu meist um Specialitäten handle, indem z. B. Stettin eine neue Hafenanlage machen wolle und hierzu eine Kraft ersten Ranges suche. Seiner Ansicht nach werde die Stadt nicht nöthig haben, die Gehälter in absehbarer Zeit noch weiter hinaufzuschrauben, als dieses jetzt geschehe, denn die Bäume wachsen nicht in den Himmel und die Industrie werde sich auch nicht ewig auf der jetzigen Höhe halten können. Außerdem dürfe man nicht vergessen, daß die fraglichen Stellungen bei der Stadt absolut gesichert und mit Pension und Wittwengeld verbunden seien, was ganz wesentlich mitspreche.

Herr Meyerhoff kann diesen Standpunkt nicht theilen. Die Stadt Stettin schreibe in der Magdeburgischen Zeitung die Stellen eines Stadtbaurathes und eines Stadtrathes aus, von welchen die erstere mit einem Gehalte von 8000 — 12000 M, die letztere mit einem Höchstgehalte von 9000 M, sowie der Pensionsberechtigung, dotirt sei. Der Stadtbaumeister Menadier würde z. B. nach seinem Dienstalter in Stettin ein Gehalt von 11 000 M bekommen. Hiernach zahlen also andere Städte erheblich höhere Gehälter für ihre technisch gebildeten Oberbeamten. Der Theorie, daß ein technisch gebildeter Mann nicht ebensoviel werth sei, wie ein juristisch gebildeter, könne er nicht beipflichten.

Herr Wolff muß es für richtig halten, von dem Grundsatz auszugehen, daß, abgesehen von Personen in führender Stellung, die akademisch gebildeten Leute

gleich bezahlt werden. Erst dann, wenn durch besondere Umstände den Angehörigen der Technik ganz besonders hoch besoldete Stellungen geboten werden und hierdurch die Gewinnung tüchtiger Kräfte für den communalen Dienst nicht mehr möglich sei, werde man über das normale Maß hinausgehen müssen. So weit sei man indessen noch nicht. Auf allen Gebieten lasse sich andererseits aber auch beobachten, wie selbst hervorragend gut bezahlte Leute gern in gesicherte Stellungen mit Pensionsberechtigung übergehen, wie z. B. ein Rechtsanwalt in eine Richterstellung u. dgl. Erst kürzlich habe er das Beispiel erlebt, daß ein süddeutscher Rechtsanwalt mit einem bedeutenden Einkommen die Stelle eines Bürgermeisters angenommen habe, in welcher er sich um mehr als die Hälfte seines Einkommens verschlechtert habe. Er halte es für vollständig, wenn auch für mäßig ausreichend, den Vorsitzenden der städtischen Bauverwaltung mit den Magistratsmitgliedern auf eine Stufe zu stellen, denn wenn er auch nicht dafür sei, daß die Juristen einen Vorzug vor anderen Stellungen haben sollen, indem eben Jeder, sei er Jurist, Philologe oder Techniker, anständig bezahlt werden müsse, so meine er andererseits aber auch, daß die Stellung der Techniker kein Uebergewicht über die der Magistratsmitglieder besitze. Aus diesem Grunde könne man über die Forderung des Magistrats nicht hinausgehen.

Herr Jüdel will noch hervorheben, daß man in Stettin für die Anlage der Canalisation einen ganz besonders tüchtigen Menschen suche und deshalb so viel Geld ausgeben wolle.

Nach einigen weiteren Bemerkungen der Herren Meyerhoff und Wolff werden die Vorschläge der Commissionen angenommen.

Zu der Abtheilung IV hat der Herr Referent nichts zu bemerken, wogegen zu der Abtheilung V commissionsseitig vorgeschlagen wird, die Gehälter der Abtheilungsvorstände der städtischen Bauverwaltung anderweit auf 3800 M — 6600 M festzusetzen.

Herr Schmidt kann diese Säge nicht für ausreichend erachten, weil die betr. Beamten selbst in den Nachbarstaaten besser gestellt seien und er deshalb bitten möchte, über die Commissionsvorschläge hinauszugehen. Die hiesigen städtischen Beamten haben nur sehr geringe Aussichten auf Avancement, während sie in den größeren Staaten weiterkommen können; aus diesem Grunde müßten Erstere ein gutes Auskommen erhalten. Da der Satz von 6000 M nicht als eine gute Besoldung zu bezeichnen sei und nicht nur den Privatbeamten, sondern auch Beamten in anderen Städten und Staaten mehr geboten werde, so liege die Gefahr nahe, daß die bewährten Beamten der hiesigen Stadt nach und nach entzogen werden; er möchte daher zur Erwägung geben, diese Beamten den juristisch gebildeten Beamten des Magistrats gleichzustellen.

Herr Wolff hat darauf zu erwidern, das Herr Schmidt sich irren müsse, denn in Preußen sowohl als in Braunschweig betragen die betr. Gehaltsätze

3600—5700 M, so daß die hiesige Stadt, als Ausgleich gegen den Wohnungsgeldzuschuß, 900 M mehr biete.

Herr Schmidt kann dagegen eine Tabelle vorlegen, nach welcher ein staatlicher Baubeamter im Alter von 55 Jahren 6300 M erhalte.

Der Commissionsantrag wird angenommen.

Zu der Abtheilung VI schlagen die Commissionen vor, die Gehaltsätze auf 3800—6600 M zu erhöhen, um den Stadtarchivar und den Museumsdirector mit den Beamten ähnlicher Kategorien gleichzustellen, dann aber die bisherige Remuneration des Stadtarchivars im Betrage von 300 M wegfallen zu lassen. — Widerspruch wird gegen diesen Vorschlag nicht erhoben.

Die Abtheilung VII setzt die Versammlung nach dem Antrage des Magistrates fest.

Unn mehr werden die sämtlichen Gehalts erhöhungen nach den Vorschlägen der Commissionen angenommen und auch die übrigen Anträge der Magistratsvorlage gutgeheißen.

V. Statut, betr. die Normalgehälter der städtischen Beamten.

Zur Beurkundung der bezüglich der Besoldung städtischer Beamten am 2. November 1899 und am 24. März 1900 gefaßten Beschlüsse, sowie im Anschluß an die heutige Vorlage, betr. die Gehälter für die städtischen Oberbeamten (Punkt IV der Tagesordnung) legt der Magistrat den Entwurf zu einem „Statut, die Normalgehälter der Beamten der Stadt Braunschweig betr.“ mit dem Ersuchen vor, zum Erlaß desselben die Zustimmung zu erteilen. Aus den Gehaltsbestimmungen ist die seither normaletatmäßig ausgestattete Stelle des Stadtgeometers fortgelassen, weil der Magistrat der Ansicht ist, daß die Gewinnung eines tüchtigen, wissenschaftlich gebildeten und geprüften Landmessers zu dem normirten Gehaltsätze von 2200—4000 M leicht Schwierigkeiten bereiten dürfte, und wird die Versammlung ersucht, sich hiermit einverstanden zu erklären.

Auf Antrag der Statutencommission, für die Herr Wolff berichtet, genehmigt die Versammlung das Statut in der vorliegenden Fassung.

VI. Verlegung eines Gas- und Wasserrohrs etc. am Raschplatz.

Der Fabrikant Runge hat für sein am Raschplatz errichtetes Fabrikgebäude die Lieferung von Gas für 60—80 Flammen und für einen Motor von 6 Pferdekraften beantragt. Da der Ausbau der Straße an der Westseite des Raschplatzes im Stadthaushaltsplane vorgesehen ist, so erachtet es der Magistrat für zweckmäßig, wenn zur Verbindung der Raschstraße mit dem Neustadtringe nicht allein ein Gasrohr, sondern auch ein Wasserrohr verlegt wird, außerdem aber auch die

Aufstellung von vier neuen Laternen und die Umwandlung einer dort befindlichen Petroleumlaterne in eine Gaslaterne erfolgt. Es wird deshalb anheimgegeben, für die Anlegung des Gasrohrs und der neuen Laternen 1988,⁶⁰ M, sowie für die Anlegung des Wasserrohrs 866,⁸⁰ M zu verwilligen, was auf Empfehlung des Herrn Födel geschieht.

VII. Verkauf einer Wiesenfläche des Rieselgutes.

Mit dem Ankaufe des Rieselgutes Steinhof ist auch eine 13,⁹¹ ar große Fläche erworben worden, welche sich stadtseitig nicht bewirthschaften läßt. Vom Magistrat wird daher beantragt, diese Fläche zum Preise von 350 M an den Gemeindevorsteher Rischau in Watenbüttel zu verkaufen.

Auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Bültemann berichtet, wird der Verkauf genehmigt.

VIII. Feststellung der Kosten der Wolfenbüttlerstraße.

Bei Vorlegung der Abrechnung über den Ausbau der Wolfenbüttlerstraße hat der Magistrat Folgendes zu bemerken: Für den Straßenbau waren 179 450 M verwilligt worden, während die wirklichen Kosten nur 157 719,⁴⁸ M betragen haben. Die Minderausgabe erklärt sich daher, daß verschiedene Arbeiten zu einem billigeren Preise haben ausgeführt werden können und daß die Pflasterung der Fahrbahn vor der Riedestraße einstweilen unterblieben ist. Dem Projecte und dem Kostenanschlage gemäß sollten die Kosten für die drei Theilstrecken I. Augustthor—Feldschlößchen, II. Feldschlößchen—Hofjäger und III. Hofjäger—Eisenbahn gesondert verrechnet und die Anliegerbeiträge demgemäß festgestellt werden. Von diesen Kosten hat die Stadt zu tragen einmal die durch Pflasterung der Fahrbahn erwachsenen Mehrkosten, sodann die Mehrkosten, welche dadurch entstanden sind, daß die Straße theilweise in größerer Breite als 26 m ausgebaut ist und endlich die Kosten für einen Canalan Anschluß vor dem Wolters'schen Brauereigrundstücke zu 225 M. Hiernach vertheilen sich die Kosten folgendermaßen:

	Gesamtkosten:	Borwegantheil der Stadt:	Gesamtheitrag der Anlieger:	Anliegerbeitrag für 1 m Frontlänge:
I. Theilstrecke	129 910, ⁸² M	58 550, ⁰⁷ M	71 360, ⁷⁵ M	45, ⁶² M
II. "	12 664, ³⁶ "	1 619, ⁴⁴ "	11 044, ⁹² "	36, ⁸³ "
III. "	15 144, ³⁰ "	225, ⁰⁰ "	14 919, ³⁰ "	35, ⁸⁷⁵ "
zusammen	157 719, ⁴⁸ M	60 394, ⁵¹ M	97 324, ⁹⁷ M	

In Gemäßheit des Kostenanschlages war der Anliegerbeitrag auf bezw. 47,⁵⁰ M, 40,⁰⁰ M und 43,⁰⁰ M festgesetzt worden.

Nach der Ansicht des Magistrates ist die ganze Strecke der Wolfenbüttlerstraße von der Elmstraße bis zur Eisenbahn als einseitig bebaute Straße zu behandeln, die für solche vorgeschriebene besondere Kostenberechnung ist aber nur für die dritte Theilstrecke zur Anwendung zu bringen, weil nur diese eine geringere Breite als 26 m hat, den beiden an der Ostseite der dritten Theilstrecke gelegenen Grundstücken fallen demnach ^{13/25} von den vorgedachten 14 919,30 M., der Stadt aber nur ^{12/25} zur Last. In Folge des Umstandes, daß die Wolfenbüttlerstraße zwischen Elmstraße und Eisenbahn westlich vom Bürgerparke begrenzt wird, hat die Stadt noch 20 781,49 M. Kosten zu übernehmen, so daß deren Gesamtlast sich auf 81 176 M. beläuft. Dem Ersuchen des Magistrates, die endgültige Kosten- sowie Vertheilungsberechnung zu genehmigen,

stimmt die Versammlung auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Bültemann berichtet, zu.

IX. Abtragung von Erdböschungen an der Hamburgerstraße.

Auf der Hamburgerstraße ist verschiedenen, diesseits und jenseits der Landes-eisenbahn gelegenen Grundstücken eine Erdböschung vorgelagert, deren Beseitigung im Interesse des Verkehrs auf dem betreffenden Fußwege wünschenswerth erscheint. Nach den vom Magistrate angestellten Ermittlungen können die Besitzer der angrenzenden Grundstücke als Eigenthümer der Flächen nicht angesehen werden, es ist vielmehr anzunehmen, daß dieselben stets Zubehör der Straße gewesen sind und daß im Interesse der Zugänglichkeit der angrenzenden Grundstücke ihre Einebnung unterblieben ist. Die Abtragung des Erdreichs wird 1530 M. kosten. Durch die von den Querner'schen Erben erhobenen Ansprüche, bestehend insbesondere in der Abflachung der vorderen Theile der Querner'schen Grundstücke, der eventuellen Sicherung des auf dem Grundstücke Nr. 25 befindlichen Pavillons, Umsetzen und Ausbessern der Einfriedigung dieses Grundstücks, werden weitere, aber unerhebliche Kosten entstehen, deren stadtseitige Aufwendung dem Magistrate nicht ungerechtfertigt erscheint. Auch findet derselbe nichts dagegen einzuwenden, daß zwei, etwa 25 qm große Theilflächen des Böschungsterrains dem Querner'schen Grundstücke ohne weitere Vergütung zugelegt werden. Wegen eventuellen späteren Ausbaues des Fußweges bleibt die Vorlage eines Projectes vorbehalten. Die Versammlung wird ersucht, der Abtragung der Böschung zuzustimmen,

was geschieht, nachdem Herr Schmidt den Antrag namens der Baucommission zur Annahme befürwortet hatte.

X. Aenderung des Wegebaustatuts.

Der in der Sitzung vom 11. April d. Jä. — Seite 24 des Berichts — festgestellte Entwurf eines Wegebaustatuts ist in verschiedenen Punkten vom Herzogl.

Staats-Ministerium beanstandet worden und ersucht Herr Wolff namens der Statutencommission, diese Aenderungen gemäß dem Antrage des Magistrates gutzuheißen. U. A. wünscht das Herzogl. Staats-Ministerium das Wort „Wegebaustatut“ in „Straßenbaustatut“ geändert zu sehen; auch soll der Punkt 4 des §. 5 lauten: „Als bebaut im Sinne der vorstehenden Bestimmungen gilt jedes Grundstück, auf dem ein Gebäude errichtet ist; das Vorhandensein geringfügiger Bauwerke, wie Garten- und Feldhäuschen, Pavillons, unbedeutender Geräthschuppen u. dgl. soll jedoch die Beitragspflicht nicht begründen“. Größere Aenderungen werden in den §§. 7, 8, 9 und 12 gewünscht. In dem §. 10 soll eine Bestimmung aufgenommen werden, nach welcher der Stadt die Mehrkosten zur Last fallen, welche dadurch erwachsen, daß der Plattenbelag in einer größeren Breite als 2 m hergestellt wird.

Die sämtlichen Aenderungen werden genehmigt.

XI. Feststellung von Kosten der Kramerstraße.

Nach der vorliegenden Abrechnung über den Ausbau der Kramerstraße zwischen Bergfeld- und Schöttlerstraße stellt sich der Beitrag der Anlieger auf 113,77 M für 1 m Frontlänge, welchen der Magistrat in dieser Höhe festzusetzen ersucht,

was auf Empfehlung der Baucommission, für die Herr Niese berichtet, geschieht.

XII. Baulinie für die Straße „am Bruchthore“.

Behufs Errichtung eines Neubaus auf dem ehemals Wentzschens Grundstücke, Friedrich-Wilhelmsplatz 1, seitens der Creditanstalt ist es nothwendig, die Baulinie für dieses Grundstück und die Straße „am Bruchthore“ festzulegen. Während die städtische Bauverwaltung und das Stadtbauamt anheimgeben, die Straße auf 14 m zu verbreitern, ersucht der Magistrat mit Rücksicht auf die sonst entstehenden hohen Kosten, die Straße nur 12,2 m breit festzulegen.

Die Baucommission empfiehlt nach dem Berichte des Herrn Bauernmeister, dem Antrage des Magistrates zuzustimmen und die Straße 12,2 m breit anzulegen, da bei der geringen Tiefe einiger anliegenden Grundstücke sonst ungeheure Kosten für die Stadt entstehen würden.

Herr Meyerhoff tritt für eine Verbreiterung der Straße auf 14 m ein. Wenn auch in Folge der geringen Tiefe einiger Grundstücke die Kosten der Verbreiterung der Straße auf 14 m sehr hoch werden würden, so habe man andererseits auch zu berücksichtigen, daß sich die Gelegenheit, diese lebhaft benutzte Straße entsprechend zu verbreitern, so leicht nicht wieder bieten werde. Sobald die Creditanstalt ihr Grundstück bebaut habe, werde sich auch ein Unternehmer finden,

welcher die alten Häuser abbreche und mehrere Grundstücke zu einem Bauplatze vereinige. Er bitte, die Verbreiterung auf 14 m zu beschließen.

Herr Böschigt würde am liebsten gesehen haben, wenn die Straße auf 16 bis 20 m verbreitert werde. Eine Zurücklegung der Straßenfront allein auf der Westseite könne er aber nicht billigen, weil dieses keinen Zweck habe, indem die Straße dann vom Bankgrundstücke ab einen großen Knick mache, der sich hätte vermeiden lassen, wenn schon bei der Neubebauung des Grundstücks von D. H. Meyer die Straßenfront um 1 m zurückgelegt wäre. Die Zurücklegung der Baulinie auf der Westseite würde viel Geld kosten und keinen praktischen Zweck haben. Dagegen lasse sich etwas erreichen, wenn das neue Gebäude der Creditanstalt um 80 cm zurückgelegt und der Fußweg zu Gunsten des Fahrweges ebenfalls um 80 cm eingeschränkt werde. Auf die Legung eines Doppelgleises der Straßenbahn brauche nicht Rücksicht genommen zu werden, weil dieselbe dort recht gut mit einem Gleise auskommen könne. Er stelle daher den Antrag:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, zu prüfen, ob die Fahrbahn am Bruchthore noch in diesem Sommer durch Verschmälerung des Bürgersteiges verbreitert werden kann“.

Hierin würde eine bedeutende Verbesserung der dortigen Verkehrsverhältnisse liegen.

Herr Lange bittet, für die Verbreiterung der Straße auf 14 m einzutreten. Wenn die Sache auch Geld koste, so sei doch zu berücksichtigen, daß die Straße den Haupteingang des westlichen Stadttheiles in die Innenstadt bilde und sich die Gelegenheit zur Verbreiterung der Straße niemals wieder bieten werde. Auf der östlichen Seite lasse sich z. B. an der Straßenfront nichts mehr bessern, deshalb solle man hier zugreifen, um sich den Vorwurf zu ersparen, daß man nicht aufgepaßt habe. Das Stadtbauamt sei für eine Breite von 14 m eingetreten und nur der Magistrat sträube sich noch dagegen, es lasse sich aber wohl annehmen, daß auch dieser seinen Widerstand aufgeben werde, wenn die Versammlung einen entsprechenden Beschluß fasse. Er beantrage also, zu beschließen, daß die Baulinie für eine Verbreiterung der Straße auf 14 m festgesetzt werde.

Herr Meyerhoff möchte noch darauf hinweisen, daß sich durch entsprechende Verbreiterung dieser Straße auch der Verkehr durch die Südstraße bessern werde, zumal da deren Verbreiterung auch demnächst durchgeführt werden würde.

Herr Böschigt will wiederholt bemerken, daß eine Verbreiterung der Straße am Bruchthore nach Westen hin absolut keinen praktischen Werth habe, weil man dann direct auf das Bankgebäude losfahren würde. Früher hätte man sollen für eine Verbreiterung der Straße auf der Ostseite eintreten.

Herr Bürgermeister Ketemeyer möchte hervorheben, daß die städtische Bauverwaltung ihren Vorschlag, die Straße auf 14 m zu verbreitern, wesentlich damit

motivirt habe, daß die Straßenbahn dort später ein zweites Gleis legen wolle. Dazu solle aber weder eine Aussicht, noch eine Nothwendigkeit vorliegen, weil die Straßenbahn dort recht gut mit einem Gleise auskommen könne. Wenn die Verbreiterung auf 14 m auch wünschenswerth erscheine, so sprächen bei dieser selten ungünstig gelegenen Sache doch auch die Finanzen erheblich mit, da bei Durchführung der Baulinie zu 14 m Breite drei Grundstücke namentlich nach den Vorschriften der neuen Bauordnung unbebaubar werden würden. Die Stadt müßte schließlich die Grundstücke übernehmen und hätte für den verhältnißmäßig geringen Vortheil einer Straßenverbreiterung von 1,8 m ganz unverhältnißmäßig hohe Opfer zu bringen. Bei einer Straßenbreite von 12,2 m lasse sich die Fahrbahn bequem auf 7 m festlegen und gebe es in der Innenstadt eine ganze Menge lebhafter Straßen, in denen die Verhältnisse nicht günstiger liegen. In anderen Städten denke man gar nicht an die Verbreiterung innenstädtischer Straßen, sondern man mache höchstens Straßendurchbrüche, belasse aber die alten Straßen selbst in ihrer bisherigen Breite. Aus allen diesen Gründen sei er in der unangenehmen Lage, erklären zu müssen, daß der Magistrat eine Verbreiterung dieser Straße auf 12,20 m für genügend halte und dem weitergehenden Antrage nicht würde zustimmen können. Sollte die Versammlung trotzdem die größere Verbreiterung beschließen, würden die jetzigen Verhältnisse unverändert bleiben und glaube der Magistrat, das mit in den Kauf nehmen zu müssen.

Herr Nieß kann sich der Ansicht nicht anschließen, daß die Verbreiterung der Straße auf 14 m keinen wesentlichen Vortheil im Gefolge hätte. Bei der Zunahme der Straßenbreite um 1,8 m würde auch der jetzt nicht vorhandene Platz zum Lagern von Schnee, sowie zum Ausweichen der Fuhrwerke gewonnen werden, was man nicht hoch genug anschlagen könne. Gerade für diesen schlechtesten Platz der Stadt an der Kreuzung mit der Südstraße und dem Zufuhrwege nach der Eisenbahn halte er die Verbreiterung für sehr wünschenswerth, und würde er es nicht einmal für ein Unglück halten, wenn die Stadt die Häuser sofort ankaupte und die Verbreiterung vornähme. Es handle sich hier geradezu um einen Schandfleck im Gesichte der Stadt, der schon im Interesse des Fremdenverkehrs verschwinden müßte. Trotz der ablehnenden Erklärung vom Magistratsstische bitte er die Versammlung, der Verbreiterung auf 14 m zuzustimmen und die Vorlage, falls der Magistrat auf seinem ablehnenden Standpunkte verharre, von der Tagesordnung abzusetzen und dem Magistrate zur weiterer Erwägung zu überweisen.

Herr Wolters hält es nicht für nothwendig, die Breite der Straße schon jetzt endgiltig festzulegen, da es sich ja z. B. nur um den Neubau der Creditanstalt handle. Wenn man die Straßenbreite nur vorläufig auf 14 m festsetze, so würde man es auch für die Zukunft noch in der Hand haben, die Baulinie auf

12,2 m zu ermäßigen. In solchem Falle sei doch für die Zukunft wenigstens die Möglichkeit vorhanden, eine Verbreiterung auf 14 m eintreten zu lassen.

Herr Bürgermeister Ketemeyer kann diesen Vorschlag nicht für durchführbar halten, weil die Creditanstalt dann veranlaßt werden müßte, unnöthigerweise Terrain liegen zu lassen. Die Baulinie müßte so oder so festgelegt werden.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird die Magistratsvorlage — unter Ablehnung der Anträge Lange und Kieß — mit 19 : 13 Stimmen angenommen, ebenso gelangt der Antrag Böschigt zur Annahme.

XIII. Ausbau der kl. Vertramstraße.

Der Tischlermeister Vertram, kl. Vertramstraße 1, beansprucht für die von ihm zur kl. Vertramstraße abzutretende Fläche von 56 qm eine Entschädigung von insgesamt 1900 M, welche der Magistrat mit Rücksicht darauf zu bewilligen ersucht, daß die Besitzer der Nachbargrundstücke im Enteignungsverfahren ebenfalls entsprechend entschädigt worden seien.

Auf Empfehlung des Herrn Vorsitzenden wird der Antrag nach einigen unwesentlichen Bemerkungen der Herren Nolte, Bürgermeister Ketemeyer, Koch und Bültmann genehmigt.

XIV. Antrag Lord: Bewilligung von Mitteln für die Volkshochschulcurse.

Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, im Sinne der Eingabe des Herrn Geh. Rath Professor Dr. Koppe für Zwecke der sogenannten Volkshochschulcurse aus den Mitteln der Ottmerstiftung 2000 M zu bewilligen“.

Zur Begründung führt Herr Lord aus, daß die im letzten Winter versuchsweise eingerichteten Curse sich in jeder Beziehung bewährt haben, indem das Verständniß für eine derartige Materie ein viel höheres gewesen sei, als man vorausgesetzt habe und indem der Besuch der Curse so stark gewesen sei, daß Doppelcurse hätten eingerichtet werden müssen. Obwohl die Curse von den Betreffenden unentgeltlich ertheilt seien, habe der Verein doch 1100 M Kosten gehabt, wovon 800 M durch freiwillige Beiträge gedeckt seien. Es bestehe nun die Absicht, im nächsten Winter vor und nach Weihnachten dieselbe Einrichtung im erweiterten Umfange zu treffen. Um indeffen die Curse nicht zu wissenschaftlichen Abendunterhaltungen zu verflachen, beabsichtige der geschäftsführende Ausschuß, durch Einrichtung von Elementarcursen bei den Zuhörern ein grundlegendes Wissen zu vermitteln und solche Curse in der Elementarmathematik, im technischen Zeichnen, sowie im Deutschen abzuhalten. Wenn nun auch die allgemeinen Vorträge von einer großen Anzahl wissenschaftlicher Herren wieder unentgeltlich übernommen würden, so sei es doch

unmöglich, die Elementarcurse Lehrern ohne Entschädigung aufzubürden, weil diese Curse viele Arbeiten verursachen. Außerdem habe man geplant, die allgemeinen wissenschaftlichen Vorträge von 8 auf 20 auszudehnen, wodurch allein an Saalmiethe eine Mehrausgabe von 360 M entstehe. Der Ausschuß würde wohl auch in den folgenden Jahren in die Lage kommen, um einen Zuschuß zu bitten, jedoch lasse sich annehmen, daß derselbe dann in geringerem Maße nöthig sei, weil voraussichtlich das Herzogliche Staatsministerium die Sache unterstützen werde, sobald sie sich bewährt habe. Da die Curse schon Mitte October beginnen sollen und die Ferien der Hochschule am 1. August anfangen, so habe die Erledigung des Antrages Eile. Die Ottmerstiftung sei zur Hälfte zu gemeinnützigen Zwecken bestimmt und da es einen gemeinnützigeren Zweck als diesen wohl kaum geben könne, so ersuche er um Unterstützung und sofortige Behandlung des Antrages.

Der Antrag findet genügende Unterstützung und auch dessen Dringlichkeit wird anerkannt, so daß, da sich Niemand zum Worte meldet, zur Abstimmung geschritten und der Antrag angenommen wird.

XV. Antrag Südel: Verlängerung des Canals auf der Helmstedterstraße.

Der Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle den Magistrat ersuchen, seine Zustimmung dazu zu geben, daß der neu zu verlegende Canal auf der Helmstedterstraße um etwa 15 m verlängert werde, um den beiden östlich gelegenen Grundstücken den Anschluß an den Canal zu ermöglichen“, wird nach kurzer Begründung durch Herrn Südel zur sofortigen Berathung und Beschlußfassung gestellt und nach einigen empfehlenden Worten des Herrn Bürgermeisters Ketemeyer angenommen.

XVI. Herstellung neuer Bürgerbriefe.

Wie Herr Stadtrath Meyer ausführt, sind die Formulare zu den Bürgerbriefen zu Ende gegangen, weshalb Herr Director Leizen ersucht worden sei, einen neuen Entwurf anzufertigen, welcher heute im Probedruck vorliege. Der Magistrat ersuche, für den Druck von 5000 Formularen 1594 M und als Remuneration für Herrn Director Leizen 200 M ohne Commissionsberathung noch heute zu bewilligen.

Herr Hauswaldt würde gern sehen, wenn die Sache noch aufgeschoben werden könnte, da er den Entwurf gar nicht hübsch finde und ihm der alte Bürgerbrief lieber sei. Der vorliegende Entwurf komme ihm wie eine Ansichtspostkarte vor.

Herr Stadtrath Meyer muß den Entwurf für weit schöner halten, als den alten Brief und bittet, die geforderte Summe schon heute zu bewilligen, weil die Briefe dringend gebraucht werden.

Herr Engelbrecht hat im Gegensatz zu Herrn Hauswaldt das Gefühl, als ob die Versammlung durch schnelle Bewilligung der geforderten Summe dem Director Leizen und der Druckerei eine Anerkennung für die vorzügliche Arbeit ausdrücken müßte.

Herr Hauswaldt bemerkt darauf, daß er bei seinem Vergleiche den alten, nicht den letzten Bürgerbrief im Auge habe.

Nach einigen weiteren kurzen Bemerkungen des Herrn Engelbrecht und des Herrn Vorsitzenden wird die geforderte Summe bewilligt.

XVII. Anfrage Wolff: Fertigstellung des neuen Sitzungsjaales.

Herr Wolff möchte an den Magistrat die Bitte richten, dafür zu sorgen, daß der neue Sitzungsjaal wenigstens zum Herbst fertig gestellt werde. Der Gedanke, in diesem Winter nochmals hier zubringen zu müssen, erfülle ihn geradezu mit Grauen.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, daß der Stadtbaurath Winter die Frage, ob mit Bestimmtheit darauf zu rechnen sei, daß der Sitzungsjaal im frühen Herbst bezogen werden könne, bejaht habe, jedoch wolle er nochmals daran erinnern.

Darauf wird die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis 7¹/₂ Uhr.

1900|1901.

№ 5.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 30. August 1900.

Tagesordnung:

I.	Auswechslung des Gasrohrs in der Straße „Hintern lieben Frauen“ . . .	Seite 104
II.	Annahme und Verwendung einer Schenkung.	104
III.	Deutsche Städteausstellung in Dresden.	105
IV.	Erklärung der Giersbergstraße zur Ortsstraße.	105
V.	Instandsetzung der Fußwege der Cammannstraße	106
VI.	Instandsetzung und Verpachtung von Schul-Kellerräumen.	107
VII.	Vertrag wegen Abgabe elektrischen Stromes.	107
VIII.	Ausstattung u. eines Schul-Dienstzimmers	108
IX.	Uebernahme der Mädchen-Fortbildungsschule	108
X.	Verlegung der Treppe an der Neustadtmühle	109
XI.	Erweiterung des Centraalfriedhofes und Antrag Brüdman n: Errichtung einer Urnenhalle.	111
XII.	Ausbau eines Theiles der Rajststraße	116
XIII.	Verlegung eines Gas- und Wasserrohres in der Wilhelmstraße	117
XIV.	Erwerb von Terrain zum neuen Wasserwerke	117
XV.	Darlehensgewährung u. an das Schweßernhaus vom Rothen Kreuz	117
XVI.	Beleuchtung der Wege nach dem Parkhause	120
XVII.	Rückzahlung von Wasserrohrkosten	122
XVIII.	Anlage einer Verbindungsstraße zwischen Giesmaroder- und Carlstraße	123
XIX.	Berfärkung der Statutencommiffion zur Vorberatung des Ortsbaufatuts	123

XX.	Ausbau der Catharinenstraße und Erwerb von Terrain dazu	Seite 123
XXI.	Anfrage Löschigt: Organisation der Kieselgut-Verwaltung	124
XXII.	Antrag Riefe und Ahmann: Verweigerung des Zuschusses zur Sedanfeier	124
XXIII.	Antrag Ahmann und Riefe: Unterstützung von Arbeitern zum Besuche der Weltausstellung	125

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Bockels, Bürgermeister Ketemeyer und Stadträthe Haake, Sievers und von Frankenberg.

Entschuldigt die Herren Voller, Bührmann, Engelbrecht, Hauswaldt, Jüdel, Lorb, Lupprian, Müller, Schmidt, Semler und Wollenweber.

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Wolff, eröffnet und leitet die Verhandlungen.

I. Auswechsellung des Gasrohres in der Straße „Hintern lieben Frauen“.

Der Gasverbrauch im Waisenhause B. M. V. hat so zugenommen, daß das 50 mm weite Straßengasrohr „Hintern lieben Frauen“ nicht mehr genügt und durch ein 100 mm weites Rohr ersetzt werden muß. Dem Ersuchen des Magistrates, die Auswechsellung dieses Gasrohres unter Bewilligung der anschlagsmäßigen Kosten von 917 M. zu genehmigen,

stimmt die Versammlung auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr Wagner berichtet, zu.

II. Annahme und Verwendung einer Schenkung.

Der Rentner Franz Volber hieselbst hat der städtischen Armenverwaltung 1000 M. mit dem Vorbehalte geschenkt, daß ihm der Zinsgenuß hiervon bis an sein Lebensende erhalten bleibe. Vom Magistrate wird beantragt, dieses Geschenk anzunehmen und es im Einverständniß mit dem Geschenkgeber dem städtischen Fonds der „Herzoglichen Gelder“, dessen Zinsen verschämten Armen zu Gute kommen, zu überweisen.

Herr Brückmann empfiehlt namens der Statutencommission Annahme des Geschenkes und nimmt zugleich Veranlassung, dem edlen Geber verbindlichsten Dank für die Gabe auszusprechen.

Die Versammlung beschließt nach dem Antrage des Magistrates und spricht auch der Herr Vorsitzende dem Geber den Dank der Versammlung aus.

III. Deutsche Städteausstellung in Dresden.

Von dem Rathe der Stadt Dresden ist das Ersuchen hierher gerichtet worden, die Geneigtheit zu erklären, daß die Stadt Braunschweig sich an der für das Jahr 1903 geplanten Deutschen Städteausstellung betheiligen wolle. Der Kostenbeitrag der sich an der Ausstellung betheiligenden Städte ist auf Grund eines Vorschlages auf 7,50 M für je 1000 Einwohner berechnet worden. Dem Antrage des Magistrates, ihn zu einer zustimmenden Erklärung zu ermächtigen,

wird von der Versammlung auf Empfehlung der Statutencommission, für welche Herr Wolff berichtet, entsprochen.

IV. Erklärung der Giersbergstraße zur Ortsstraße.

Im Hinblick auf die Vorschrift im §. 1 des Straßenbaustatuts vom 12. Juli 1900 hält es der Magistrat für erforderlich, die Giersbergstraße, deren Ausbau beschlossen ist, zur Ortsstraße zu erklären und giebt anheim, solches zu beschließen.

Auf Befürwortung der Baucommission, für die Herr Rietze berichtet, wird dem Antrage gemäß beschlossen.

V. Instandsetzung der Fußwege der Cammannstraße.

Auf Antrag der Anlieger der Cammannstraße ersucht der Magistrat, zu genehmigen, daß die Fußwege der Cammannstraße in ihrer vollen Breite mit Mosaikpflaster befestigt werden. Nach dem Straßenbaustatut vom 12. Juli d. Js. haben die Anlieger die Kosten dieses Pflasters für eine Breite von 2 m zu tragen, während der Rest im Betrage von 1500 M der Stadtcasse zur Last fallen würde. Der Beitrag der Anlieger stellt sich hiernach auf 13,05 M für 1 m Frontlänge. Wenn der Magistrat auch die Belegung der Fußwege der außenstädtischen Straßen mit Platten oder Mosaikpflaster in voller Breite nicht für erforderlich erachten kann, so erscheint es ihm doch im vorliegenden Falle zulässig, diese volle Befestigung hier eintreten zu lassen, weil der Verkehr auf der Cammannstraße ein sehr lebhafter ist und weil neben dem mit Mosaikpflaster zu versehenen 2 m breiten Fußwegterrain auf der größeren südlichen Theilstrecke nur ein 0,85 m breiter, eventuell zu haussirender Streifen liegen bleiben würde.

Wie Herr Bültmann berichtet, hat sich die Baucommission dem Magistratsantrage angeschlossen und giebt Genehmigung der Vorlage anheim.

Herr Bürgermeister Rietmeyer will darauf aufmerksam machen, daß seit Erlaß des neuen Straßenbaustatuts die Anlieger die Fußwegbefestigung für eine Breite von 2 m zu bezahlen haben, während früher nur die Kosten für eine Breite von 1,5 m gefordert seien.

Herr Ebeling möchte anfragen, ob es mit Rücksicht auf die Mittellofigkeit einer Anzahl Anlieger der Cammannstraße nicht angängig sei, von denselben nur die Kosten für eine Fußwegbreite von 1,5 m einzuziehen und den überschießenden Betrag auf die Stadtcasse zu übernehmen. Als ein Theil der Anlieger um die Instandsetzung der ausbesserungsbedürftigen Fußwege gebeten habe, sei ihnen nicht bekannt gewesen, daß sie die Kosten für eine Breite von 2 m tragen müßten, weshalb es gerechtfertigt erscheine, in diesem besonderen Falle eine Ausnahme zu machen.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, daß es auch möglich sei, den Fußweg nur in einer Breite von 1,5 m mit Mosaikpflaster zu belegen. In dem Straßenbaustatute sei die größere Breite von 2 m vorgesehen, weil es im Interesse der Haltbarkeit der Fußwege liege, dieselben möglichst breit mit Pflaster oder Platten zu versehen. Am allerwünschenswerthesten sei es aber, die Fußwege in ihrer vollen Breite mit Platten oder Mosaikpflaster zu belegen, weil dann die Verschmutzung derselben durch Grand vollständig aufhöre. Wenn die Versammlung meine, daß eine Pflasterung von 1½ m Breite genüge, so gebe er anheim, einen entsprechenden Beschluß zu fassen.

Herr Meyerhoff muß eine Pflasterung von 1½ m Breite, welche sich bis dahin bewährt habe, für ausreichend halten. Wenn durch eine Pflasterung in 2 m Breite die ganze Grandirung beseitigt werden würde, so würde er dafür eintreten; da dieses aber nicht der Fall sei und die Grandirung theilweise beibehalten werden müsse, so erscheine es ihm gleichgültig, ob eine Pflasterung von 1½ m oder 2 m genommen würde. Er bitte, die Belastung der Grundbesitzer, welche hier nicht auf Rosen gebettet seien, so weit als möglich einzuschränken.

Herr Lange ersucht, dem Antrage Ebeling zu entsprechen und den Fußweg in seiner ganzen Breite zu pflastern, von den Anliegern aber nur die Kosten für eine Breite von 1½ m bezahlen zu lassen und zwar mit Rücksicht darauf, daß die Anlieger den Antrag auf Instandsetzung der Fußwege vor Erlass des Begebau-statuts gestellt haben. Bei der großen Frequenz der Straße halte er die Pflasterung der Fußwege in voller Breite für nothwendig.

Herr Bültmann muß sich dagegen erklären, hier einen Ausnahmefall zu schaffen. Wohin solle es führen, wenn später andere Straßen in Stand gesetzt würden und dann die Anlieger auch nur für eine Breite von 1½ m bezahlen wollten. Auf der stark frequentirten Leonhardstraße habe ein Plattenbelag von 1½ m genügt, so daß diese Breite wohl auch hier ausreichen würde.

Herr Böschigt kann es nur für einen Act der Gerechtigkeit halten, wenn den Anliegern die Kosten für eine Breite von nur 1½ m abgenommen würden, weil der Antrag auf Instandsetzung der Fußwege vor Erlass des neuen Straßenbaustatuts gestellt sei. Ein Präjudiz werde dadurch nicht geschaffen. Aus prak-

tischen Gründen erscheine es aber nothwendig, den Fußweg in seiner ganzen Breite zu pflastern, weil die Frequenz dort noch größer sei, als auf der Leonhardstraße, namentlich wenn die Arbeitsschichten zu Ende seien. Er bitte um Annahme der Anträge Ebeling und Lange.

Herr Meyerhoff will sich dem Antrage Ebeling mit Rücksicht darauf anschließen, daß der Magistrat die über $1\frac{1}{2}$ m hinausgehenden Kosten zu übernehmen habe.

Nach einigen weiteren Bemerkungen der Herren Ebeling, Blasius, welcher für die Pflasterung in einer Breite von nur $1\frac{1}{2}$ m eintritt, und Riecke, wird der Antrag Ebeling mit 14 : 10 Stimmen angenommen.

VI. Instandsetzung und Verpachtung von Schul-Kellerräumen.

Für die unter dem Hauptgebäude der Bürgerschule an der Echternstraße befindlichen Kellerräume hat sich seit October 1898 ein Miether nicht gefunden, vermuthlich weil die Einrichtung und Beschaffenheit der Räume zu wünschen übrig läßt, indem die oserseitig gelegenen und leicht bestiegbaren Fenster nicht vergittert sind, eine Wasser-Zuleitung und Ableitung fehlt und der Fußboden in zweien der Räume von Oel und Petroleum stark durchsezt ist, auch die Wandflächen der Besserung bedürftig erscheinen. Nachdem sich der Kaufmann Friedrich Wagner bereit erklärt hat, die betr. Räume behufs der Lagerung von Wein vom 1. September ab auf drei Jahre für einen Preis von 500 M jährlich zu ermiethen, sofern die vorhandenen Mängel beseitigt werden, ersucht der Magistrat, hierfür nachträglich 1100 M zu verwilligen und den Pachtvertrag mit Herrn Wagner zu genehmigen.

Herr Bauermeister giebt namens der Baucommission anheim, der Vorlage zuzustimmen. Einzelne Ansätze in dem Kostenanschlage, z. B. für Vergitterung von sechs oserseitig gelegenen Fenstern nebst Anstrich je 20 M, erscheine ihm allerdings reichlich hoch und bitte er Herrn Meyerhoff, sich hierüber gutachtlich zu äußern.

Herr Meyerhoff erklärt, sich darüber nicht auslassen zu können, weil er weder die Zeichnung noch die Eisenstärke der Gitter kenne. Das Haus habe einen gewissen monumentalen Charakter, welchem die Gitter wohl angepaßt sein würden.

Nach einigen weiteren Bemerkungen der Herren Bauermeister und Wolters wird die Vorlage gutgeheißen.

VII. Vertrag wegen Abgabe elektrischen Stromes.

Die hiesige Straßenisenbahn-Gesellschaft möchte mit Herrn Alfred Löbbecke einen Vertrag abschließen, nach welchem sie sich verpflichtet, für dessen an der Inselpromenade № 11 gelegenes Grundstück auf ihre Kosten eine unterirdische

Anschlußleitung an ihr Kabelnetz bis 2 m über die Grundstücksgrenze auszuführen, wogegen Herr Löbbecke der Straßeneisenbahn-Gesellschaft einen jährlichen Stromverbrauch von mindestens 28 000 Hektowattstunden garantirt und derselben für die gelieferte Hektowattstunde 2,5 M unter Verzicht auf jeden Rabatt vergütet, sich auch verpflichtet, die Ladung seiner Batterie in den Tagesstunden zu bewirken. Unter näherer Begründung der Preisermäßigung ersucht die Gesellschaft, diesen Vertrag gutzuheißen, welcher Antrag von dem Magistrate unter der Bedingung zur Genehmigung befürwortet wird, daß die Stadt Braunschweig an den Vertrag nicht mehr gebunden ist, wenn dieselbe das Elektrizitätswerk in eigenem Besitz nehmen sollte.

Wie Herr Wolff berichtet, empfiehlt die Statutencommission, der Vorlage zuzustimmen. Herr Löbbecke besitze bereits eine elektrische Anlage, welche durch einen Gasmotor gespeist werde. Die Ermäßigung des Preises würde für Herrn Löbbecke in Wirklichkeit einen billigeren Nutzeffekt nicht erzielen, weil für ihn durch die Auffpeicherung viel Strom verloren gehe. Außerdem biete der Vertrag den großen Vortheil, daß die Entnahme des Stromes in den Tagesstunden geschehen müsse.

Nach Beantwortung einer Anfrage des Herrn Löschigt durch Herrn Stadtrath H a f e wird der Magistratsvorlage zugestimmt.

VIII. Ausstattung u. eines Schul-Dienstzimmers.

Zur Einrichtung eines Dienstzimmers für den Inspector der Schule an der Wilhelmstraße beantragt der Magistrat, zu bewilligen: 400 M für Beschaffung von Mobiliar und 195 M für die bauliche Instandsetzung des betr. Raumes. Der bisherige Inspector der Schule hatte das Zimmer mit seinem eigenen Mobiliar ausgestattet, was von dem neuen Inspector um so weniger erwartet werden kann, als derselbe eine Dienstwohnung in dem Schulgebäude nicht erhält.

Auf Empfehlung des Herrn Blasius stimmt die Versammlung der Vorlage zu.

IX. Uebernahme der Mädchen-Fortbildungsschule.

Die hier seit Jahren bestehende Mädchen-Fortbildungsschule droht in Folge Abnehmens ihres bisherigen Leiters und Rücktritts des Curatoriums in Verfall zu gerathen. Die Schule bezweckt, junge Mädchen theils für einen Beruf, theils für häusliche Arbeiten auszubilden und hat dabei bislang so anerkennenswerthe Erfolge erzielt, daß es nach der Ansicht des Magistrates geboten erscheint, die Schule in der Weise zu erhalten, daß sie fortan die Stadt, allerdings ohne eine bestimmte Verpflichtung, unterhält. Der Schulbesuch würde auch künftig lediglich ein freiwilliger sein müssen und es dürfte sich nach der Ansicht des Magistrates nicht empfehlen, zur Zeit die Lehr-

ziele und die Organisation der Schule zu ändern, jedoch wird in Aussicht genommen, die Leitung der Schule künftig einer Lehrerin im Hauptamte zu übertragen und die Schule selbst dem Schulvorstande der städtischen Fortbildungs- und Gewerbeschule zu unterstellen. Nach einer aus dem Jahre 1895 vorliegenden Denkschrift haben die durch Unterhaltung der Schule erwachsenden Kosten derzeit 3646 M jährlich betragen und ist anzunehmen, daß in der letzteren Zeit die Kosten noch etwas geringer gewesen sind. Während der stadtseitige Zuschuß bislang jährlich 700 M betragen hat, läßt sich annehmen, daß die Kosten der Schule nach ihrer Uebernahme durch die Stadt wachsen werden, immerhin werden sich dieselben aber einstweilen aus den zur Verfügung stehenden Mitteln bestreiten lassen. Vorerst entstehen daher besondere Ausgaben nur durch die anderweite Unterbringung der Schule und durch die Beschaffung des nöthigen Mobiliars, indem es sich nicht empfiehlt, der Schule fernerweit zeitweilig verfügbare Classenzimmer zuzuweisen, sondern dieselbe vielmehr in einem eigenen Heim unterzubringen ist, welches thunlichst im Mittelpunkte der Stadt liegen muß. Geeignet dafür ist die am 1. October d. Jz. durch Pensionirung des Schulinspectors Kahnmeier freierwerdende Dienstwohnung in der Schule an der Wilhelmstraße, welche zur Aufnahme der Mädchen-Fortbildungsschule genügenden Raum bietet. Die zur Einrichtung dieser Schule vorzunehmenden baulichen Aenderungen werden etwa 1000 M Kosten verursachen, während das erforderliche Mobiliar 1760 M kosten wird. Da die Schule als gemeinnütziges Unternehmen anzusehen ist, so erscheint es dem Magistrate zulässig, diese Kosten aus den verfügbaren Mitteln der Luise Ottmer-Stiftung zu bestreiten. Es wird daher anheimgegeben, unter Bewilligung der Kosten im Betrage von 2760 M der stadtseitigen Uebernahme der Mädchen-Fortbildungsschule zuzustimmen.

Die Vorlage wird genehmigt, nachdem ihre Annahme von Herrn Blasius befürwortet worden war.

X. Verlegung der Treppe an der Neustadtmühle.

Die schon früher in Aussicht genommene Verlegung der Treppe an der Neustadtmühle ist magistratsseitig bislang nicht weiter verfolgt worden, weil mit dieser Verlegung der Ausbau der Straße an der Neustadtmühle zusammenhängt und dieser Straßenbau zunächst eine Abtretung der fraglichen Straße, welche ebenso wie die Treppe zum Gebiete der Promenade gehört, an die Stadt bedingt, was sich bisher noch nicht hat ermöglichen lassen. Inzwischen hat nun die Herzogliche Straßen- und Wasserbau-Inspection II anheimgegeben, die Verlegung der Treppe schon jetzt auszuführen, da deren Umlegung wünschenswerth erscheine. Die Kosten dieser Verlegung im Betrage von 1500 M hat die Stadt zu tragen, weil dieselben den Anliegern der Osterstraße nicht zur Last gelegt werden können. Die 46,75 qm

große Theilfläche des Promenadenterrains, welche durch Verlegung der Treppe frei wird, will Herzogliche Baudirection an die Stadt unentgeltlich abtreten, sofern Letztere die Reinigung der Straße an der Neustadtmühle übernimmt. Auf diese Bedingung dürfte nach der Ansicht des Magistrates eingugehen sein. Ebenso erscheint es dem Magistrate zulässig, diejenige geringfügige Theilfläche des Mühlenhofes, welche der Straße „an der Neustadtmühle“ zuzulegen ist, schon jetzt freizugeben. Die Versammlung wird deshalb ersucht, der Verlegung der betr. Treppe unter den vorgedachten Bedingungen zuzustimmen und dafür die Summe von 1500 M zu verwilligen.

Nach dem Berichte des Herrn Bauernmeister giebt die Baucommission anheim, der Vorlage in allen Punkten zuzustimmen.

Herr Seele hat angenommen, daß die Treppe ganz verschwinden und dort ein bequemer Fuß- und Fahrweg auf die Promenade führen sollte. Er würde das für eine große Nothwendigkeit halten, weil die Promenade von jenem Stadttheile aus zu Wagen nur über den schlecht gepflasterten Neuenweg oder über die stark frequentirte Kaiser- und Wendenstraße zu erreichen sei. Für das vorliegende Project könne er sich nicht begeistern, weil die Treppe wieder recht lange stehen werde, wenn sie erst einmal umgelegt sei.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, daß das Project wegen Herrichtung einer Verbindungsstraße an dieser Stelle schon früher aufgestellt, aber noch nicht durchgeführt sei, weil die Promenaden dem Staate gehörten und die Stadt bei dem Projecte keine Gegenliebe beim Staate gefunden habe. Im Uebrigen liege die Sache so, daß man die Treppe im Interesse des Fußgängerverkehrs auch dann beibehalten werde, wenn dort eine Fahrbahn angelegt werden solle. Durch das Zurückschieben der Treppe werde der Ausführung des von Herrn Seele erwähnten Projectes also in keiner Weise präjudicirt oder dasselbe gehindert werden.

Herr Blasius will dem Projecte der Treppenumlegung zustimmen, ist aber mit Herrn Seele der Ansicht, daß dort eine Fahrstraße geschaffen werden müsse. Es erscheine ihm deshalb dringend nothwendig, dieser Frage bald näher zu treten.

Herr Rieke ist auch der Meinung, daß die Zustände an der Stelle nicht so bleiben können, wie sie jetzt liegen. Bei Anlegung einer Fahrbahn müßte das Terrain dort um 3 — 4 m erhöht werden, was sich bei den jetzigen Verhältnissen der Neustadtmühle kaum werde ermöglichen lassen. Deshalb sollte man als Abschlagszahlung erst einmal die Umlegung der Treppe hinnehmen.

Herr Seele möchte noch fragen, ob die Brücke auch verbreitert und das Terrain erhöht werden solle, was er allerdings als ersten Schritt einer Verbesserung ansehen würde.

Herr Bürgermeister Ketemeyer bemerkt, daß er diese Debatte geführt habe, weil es sich hier nur um den Theil einer Vorlage handle, welche die Ver-

breiterung der Brücke und den ordnungsmäßigen Ausbau der Straße „an der Neustadtmühle“ zur Ortsstraße umfassen sollte. Da der letztere Theil sich wegen formeller Schwierigkeiten aber noch nicht behandeln lasse, so habe der Magistrat auf Anregung der Herzoglichen Straßenbauinspection gemeint, den ersteren Theil um so mehr vorwegnehmen zu können, als dieses unbedenklich sei und der schlechte Zustand der Treppe auch eine Aenderung erheische.

Die Vorlage gelangt darauf zur Annahme.

XI. Erweiterung des Centralfriedhofes und Antrag Brückmann: Errichtung einer Urnenhalle.

Da der hiesige Centralfriedhof in seinem jetzigen Umfange schon nach einigen Jahren voll besetzt sein wird, so ist sich die Deputation des Kirchenconventes dahin schlüssig geworden, daß die Erweiterung des Friedhofes — um der Capelle und der Leichenhalle eine centrale Lage zu den Begräbnißfeldern zu sichern, sowie um die Anlegung einer zweiten, für den Verkehr aus der östlichen Außenstadt sehr erwünschten Zufahrt zu ermöglichen — in nördlicher Richtung stattzufinden habe. Daraufhin haben entsprechende Verhandlungen mit der Herzogl. Cammer wegen Erwerbes der in Frage kommenden Ländereien des Klostersgutes Ribbadsghausen stattgefunden. Es handelt sich um den Erwerb einer Fläche von 12 ha 20 a, welche die Herzogl. Cammer, vorbehaltlich der Genehmigung des Herzogl. Staats-Ministeriums, zu einem Preise von 2000 M pro 25 a und unter der Bedingung einer angemessenen Entschädigung des Pächters für etwaige Düngungs- und Bestellungskosten verkaufen will. Mit Rücksicht darauf, daß zu dem freihändigen Verkaufe dieser Fläche die Genehmigung der Landesversammlung eingeholt werden muß, diese aber erst Mitte November zusammentreten wird, mithin die Vorarbeiten zur Einrichtung des Terrains noch nicht in Angriff genommen werden können, auch der geforderte Preis den Werth der Ländereien nach der Ansicht des Magistrates übersteigt, so empfiehlt derselbe, das Recht der Zwangsenteignung in Anspruch zu nehmen und sich schon jetzt in den vorläufigen Besitz der betr. Länderei einsetzen zu lassen. Die Versammlung wird ersucht, sich hiermit einverstanden zu erklären.

Die Statutencommission hat die Vorlage durchberathen und giebt durch Herrn Blasius anheim, derselben zuzustimmen. Das Terrain eigne sich in Bezug auf die Beschaffenheit des Bodens bis auf einen kleinen Theil zu Friedhofszwecken und könnte dieser kleine Theil zu Gartenanlagen, Aufstapelung von Erde u. dgl. verwendet werden.

Herr Brückmann stellt hierzu mit Unterstützung der Herren Blasius, Buchler, Ebeling, Lange, Nolte, Ribbentrop und Schöttler folgenden Antrag:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, bei der jetzt geplanten Vergrößerung des Centralfriedhofes die Zurückstellung

eines hinreichenden und passenden Platzes zur Errichtung einer Urnenhalle bezw. eines Urnenhaines in Erwägung zu ziehen“.

Zugleich beantragt derselbe, den Antrag mit der obigen Vorlage gleichzeitig zur Berathung zu stellen.

Die Versammlung erklärt sich hiermit einverstanden und erhält das Wort zur Begründung

Herr Brückmann: Wenn man auch, wie er, nicht Anhänger der Feuerbestattung sei, so könne man sich doch der Ansicht nicht verschließen, daß der Feuerbestattung von Seiten der Stadt Interesse geschenkt werden müsse. In anderen Städten sei das längst geschehen, so habe z. B. Berlin eine Urnenhalle eingerichtet, in Eisenach habe der Gemeinderath zur Erbauung eines Crematoriums 40 000 M. als Beitrag bewilligt u. dgl. m. Eine Gemeinde müsse sich aus medicin-hygienischen sowohl, als auch aus communal-practischen Rücksichten der Bewegung entgegenkommend erweisen. Die medicinische Wissenschaft stehe der Feuerbestattung mit getheilter Ansicht gegenüber, man spreche und schreibe in diesen Kreisen dafür und dawider. Aber die practisch-communale Seite spreche für die Sache, da überall die Friedhöfe in den letzten Jahren bedeutend haben vergrößert werden müssen und hierdurch den Gemeinden große Opfer auferlegt würden. Wenn man sich nun auch nach einer Reihe von Jahren Rath schaffen könne dadurch, daß die Gräber dritter Classe anderweit verwendet würden, so suche man dieses soviel als möglich zu vermeiden, um der Pietät nicht zu nahe zu treten. Die Errichtung eines Crematoriums würde sich hier wohl nur schwer durchsetzen lassen, weil die kirchlichen Behörden der Sache nicht sympathisch gegenüberstehen, jedoch glaube er, daß man bei der Errichtung einer Urnenhalle schon mehr Entgegenkommen finden werde, namentlich wenn man berücksichtige, daß die Feuerbestattung immer mehr um sich greife. An vier Plätzen mit Crematorien seien im Jahre 1899 schon 508 Leichen gegen 423 im Jahre 1898 verbrannt worden. Die Verbrennung würde aber noch mehr um sich greifen, wenn einmal, was Gott verhüten möge, Epidemien eintreten sollten.

Sein Antrag gehe nur dahin, bei der jetzigen Vergrößerung des Centralfriedhofes einen Platz für eine Urnenhalle zurückzustellen, damit, falls sich die Verhältnisse zu Gunsten der Leichenverbrennung ändern sollten, ein genügend großer und passender Platz dafür vorhanden sei. Es sei vorgekommen, daß die hier eingetragene Asche von verbrannten Leichen bei deren Angehörigen nicht habe untergebracht werden können und es müsse doch die Möglichkeit geboten werden, daß man für einen so kleinen Theil des menschlichen Leichnams einen Platz auf geweihter Erde erhalten könne. Mit der Durchführung des Antrages würde den Wünschen eines großen Theiles der Bürgerschaft entsprochen werden.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Nach der Auffassung des Herzoglichen Consistoriums und nach einer dieser Auffassung entsprechenden Entscheidung des Kirchenregimentes ist die Aufnahme von Aschenurnen in dem Centrafriedhofe, weil derselbe einen evangelisch-lutherischen Character trage, unzulässig. Es könne sein, daß diese Auffassung sich im Laufe der Zeit verschiebe und werde, falls dieses eintreten sollte, jederzeit die Gelegenheit geboten sein, eine Halle, oder eine sonstige Einrichtung zur Aufnahme von Aschenurnen zu schaffen. Derjenige Theil des erweiterten Friedhofes, welcher sich nicht besonders zu Begräbnißfeldern eigne, würde schon einen auskömmlichen Platz zur Errichtung einer solchen Halle bieten.

Herr Böschigt bekennt sich als Anhänger der Feuerbestattung. Wenn man bei dem Umbau verschiedener Kirchen gesehen habe, wie die menschlichen Knochen vielleicht zum zehnten Male ausgebuddelt und fuderweise an einen anderen Ort geschafft seien, so müsse man schließlich doch auf den Gedanken kommen, daß sich dem durch die Feuerbestattung vorbeugen lasse, eine Bestattungsart, durch welche der Mensch schnell zu dem werde, was er auf dem Friedhofe nur langsam werden könne. Deshalb sollte man hierfür schon vom menschlichen Standpunkte aus eintreten. Aber auch vom religiösen Standpunkte aus betrachtet, könne er die Stellungnahme der Kirchenbehörde nicht verstehen. Nach seiner Ansicht habe er als evangelisch-lutherischer Christ ein Anrecht darauf, auf dem Centrafriedhofe nach seinem Tode untergebracht zu werden, gleichviel ob er in Form von Asche oder als Cadaver dort einziehe, und es sei sehr bedauerlich, daß die Kirchenbehörde ihren Glaubensanhängern so wenig Entgegenkommen zeige und nicht, wie der alte Fritz, Jeden auf seine Façon selig werden lassen wolle, sondern die Pforten des Centrafriedhofes für die Asche eines Glaubensgenossen verschließe. Vom praktischen Standpunkte aus könne man der Leichenverbrennung nur das Wort reden und unsere Altvordere seien da mit gutem Beispiele vorangegangen, indem sie uns den Weg gezeigt und ihre Todten verbrannt haben. Bei Epidemien sei die Verbrennung der Leichen jedenfalls das wünschenswertheste System der Bestattung und hege er die Hoffnung, daß sich diese Ansicht immer noch mehr Bahn breche. Da es sich hier um menschliche Einrichtungen handle und man schon vielfach gefunden habe, daß sich die schwärzesten Regimenter in liberale Regimenter umgewandelt haben, so könnte das vielleicht auch noch in diesem Punkte der Fall sein. Aus diesem Grunde denke er auch nicht so pessimistisch wie Herr Brückmann, sondern er habe das Vertrauen zu der Regierung, daß dieselbe mit allen Mitteln zu liberalen Anschauungen hinstreben und diesen auch auf diesem Gebiete Rechnung tragen werde.

Herr Lange ist zwar nicht Mitglied des Vereins für Feuerbestattung, hat aber die Ueberzeugung, daß dieselbe früher oder später eintreten werde und müsse man sich deshalb zweckmäßigerweise schon jetzt darauf einrichten. Für den Antrag Brückmann trete er schon deshalb ein, weil er der Ueberzeugung sei,

daß man auf dem Centralfriedhofe mit einer Capelle nicht mehr lange auskommen werde, da es schon mit Rücksicht auf die Zeit der Geistlichen, welche die Einsegnung der Verstorbenen vorzunehmen haben, unzulässig sei, die Leichen allzuweit von der Capelle fortzufahren. Wenn sich dann die Ueberzeugung Bahn gebrochen habe, daß mit der Capelle ein Crematorium verbunden werden könne, so lasse sich auf dem reservirten Platze eine solche Combination: Capelle und Verbrennungs-Ofen, wie sie in Eisenach bestehe, einrichten und das werde die Capelle der Zukunft sein.

Herr Nieß würde der Antrag sympathischer gewesen sein, wenn die Anhänger der Feuerbestattung die Stadtverwaltung ersucht hätten, ihnen einen Platz zur Erbauung einer Urnenhalle zu überweisen, und brauche dabei nicht Vorbedingung zu sein, daß dieser Platz gerade auf dem Centralfriedhofe liegen müsse. Jedenfalls möchte er davor warnen, in Aussicht zu nehmen, daß durch ein Gesetz oder ein Statut die Verbrennung der Leichen decretirt werden solle. Das müsse abgewiesen werden, weil Niemand gezwungen werden könne, seine Leiche verbrennen zu lassen. Außerdem müsse er auch der Anschauung widersprechen, als ob unsere Altvorderen ihre Leichen ohne Ausnahme verbrannt hätten. Das sei durchaus nicht der Fall, denn in denselben Gräbern der Altvorderen fänden sich Leichen, die nicht verbrannt seien und Reste von verbrannten Leichen, so daß es also schon damals Jeder gemacht habe, wie es ihm richtig erschienen sei. Deshalb solle man mit seinen Aeußerungen nicht über das Ziel hinausschießen und nicht mit Belegen kommen, die nicht passen. Aus einer Anzahl Schriften über öffentliche Gesundheitspflege gehe auch hervor, daß verschiedene der größten deutschen Hygieniker, wie Bettenhofer, Wasserfuhr 2c., nicht hätten feststellen können, daß durch die Beerdigung der Leichen eine Gefahr für die Gesundheit der Menschen hervorgerufen werde. Also auch hierbei solle man nicht mit falschen Argumenten fechten. Andererseits müsse aber auch Jeder das Recht haben, bestimmen zu können, daß seine Leiche verbrannt werden solle, ebenso bejahe er die Frage, ob eine öffentliche Aufbewahrungsstelle für die Reste aus der Verbrennung geschaffen werden solle. Wenn indessen die evangelische Kirche die Verbrennung der Leichen nicht für zweckmäßig oder zulässig erachte, so solle man auch diese Kirche nicht zwingen, die Reste aus solcher Verbrennung bei sich aufzunehmen. Ein Antrag des Vereins für Feuerbestattung in der oben angedeuteten Richtung würde seine Unterstützung gefunden haben.

Herr Blasius will nicht über die Vortheile und die Nachteile der Leichenverbrennung sprechen, weil es sich darum bei dem Antrage Brückmann gar nicht handle. Der Antrag bezwecke vielmehr, daß diejenigen hiesigen Einwohner, deren Familienangehörigen sich nach ihrem Tode haben verbrennen lassen, die Aschenüberreste derselben an einem geweihten Orte unterbringen können und sie nicht in ihre Privatwohnung zu stellen brauchen. Eine solche Einrichtung fehle hier und

sei er deshalb für den Antrag. Da nun auch die Aeußerungen des Herrn Oberbürgermeisters die schwache Hoffnung aufkommen ließen, daß sich die Anschauungen der kirchlichen Behörden in diesem Punkte ändern könnten, so empfehle es sich, den Antrag anzunehmen, damit der Magistrat zu geeigneter Zeit davon Gebrauch machen könne.

Herr Meyerhoff ist der Antrag Brückmann durchaus sympathisch, weshalb er für denselben stimmen werde. Das Augenmerk des Magistrates möchte er aber außerdem noch auf die Verhältnisse des Centralfriedhofes in anderer Beziehung richten. Wenn man wahrnehme, daß in einer so kurzen Spanne Zeit ein so großes Terrain zu Friedhofszwecken angekauft werden müsse, so komme man leicht auf den Gedanken, daß es in einer so großen Stadt zweckmäßiger sein würde, die Centralisation des Friedhofswesens aufzugeben und auf der entgegengesetzten Seite der Stadt einen zweiten Friedhof anzulegen. Für die auf der westlichen Seite der Stadt wohnenden Leute sei der Weg nach dem Centralfriedhofe gar zu weit und würde es sich empfehlen, dort einen zweiten Friedhof zu schaffen.

Herr Nieß würde dem Antrage Brückmann in der Auffassung des Herrn Blasius zustimmen, da die Aufbewahrung der Asche Verstorbener für die Angehörigen jetzt viele Unbequemlichkeiten im Gefolge haben könne. Beispielsweise habe eine hiesige Frau ihren verstorbenen Mann in Hamburg verbrennen lassen und dessen Asche im Hause aufbewahrt, jetzt wolle sie sich nun wieder verheirathen und könne die Asche nicht aus dem Hause los werden, was jedenfalls höchst unbequem sei. (Heiterkeit.)

Herr Kiefe will daran erinnern, daß s. B. bei der Begründung der Vorlage über die Einrichtung des neuen Centralfriedhofes vom Magistrate besonders darauf hingewiesen sei, es sollte auch auf die Verbrennung von Leichen Rücksicht genommen werden. Es scheine deshalb, als ob man damals im Magistrate, der doch in der Person seines Vorsitzenden zum Kirchenregimente gehöre, eine ganz andere Auffassung von den Ansichten desselben gehabt habe. Obgleich man nun durch die Presse erfahren habe, daß die hessische Kirchenregierung der Feuerbestattung im weitgehendsten Maße vorgearbeitet habe und auch in anderen Städten diese Art der Bestattung Förderung erfahre, stehe man hier immer noch auf demselben Flecke und wolle den Centralfriedhof schon wieder vergrößern, ohne auf die Feuerbestattung Rücksicht zu nehmen. Daneben bestehe hier das Unicum, daß der katholische Friedhof noch mitten in der Stadt liege und dort noch immer Leichen untergebracht werden, obwohl eigentlich schon lange kein Platz mehr vorhanden sei. Nachgerade werde diese Sache zum Scandal, und man sollte schon aus hygienischen Rücksichten darauf hinwirken, daß dieser Friedhof endlich geschlossen würde. Wenn der hiesige Verein für Feuerbestattung, der nur sehr wenig von sich hören lasse, mehr hervortreten würde, dann würde man seiner

Ueberzeugung nach schon weiter in der Sache sein. Allerdings müßte Jedermann unbenommen bleiben, nach eigenem Ermessen über die Art seiner Beerdigung zu verfügen. Der Centralfriedhof nehme ja auch die Leichen anderer Confectionen und Religionsloser auf, weshalb sollte es da nicht möglich sein, für Aschenurnen Platz zu schaffen. Von diesem Standpunkte aus trete er für den Antrag ein.

Kunmehr wird zur Abstimmung geschritten und dabei sowohl die Magistratsvorlage, als auch der Antrag Brückmann einstimmig angenommen.

XII. Ausbau eines Theiles der Maschstraße.

Von der städtischen Bauverwaltung wird ein Project zum Ausbau der Maschstraße zwischen der Wehrstraße und dem Maschplatz mit dem Bemerken überreicht, daß die Grunderwerbskosten zu 50 500 M, die Straßenbaukosten zu 20 000 M und der voraussichtliche Beitrag der Anlieger zu 175,40 M für 1 m Frontlänge angenommen seien. Der Magistrat ersucht, sich hiermit einverstanden zu erklären.

Wie Herr Rieke berichtet, hält die Baucommission dieses Project für sehr nothwendig, wenn auch für recht kostspielig und empfiehlt die Genehmigung der Vorlage. Die Ausführung des Projectes erfordere wieder einmal in Folge der ungeheuren Grunderwerbskosten so bedeutende Aufwendungen, und zeige sich auch hier wieder, daß diejenigen Einwohner, welche Terrain an die Stadt abzutreten haben, nicht genug dafür kriegen können, während andererseits die Einwohner, welche Terrain zu übernehmen haben, nichts dafür geben wollen.

Herr Meyerhoff will bitten, den rechtsseitigen Anliegern der Maschstraße von der Cellerstraße ab endlich Trottoir, oder doch wenigstens Bordsteine zu geben, da es bei dem jetzigen Zustande der Straße zu gefährlich sei, dieselbe zu passiren.

Herr Sander möchte anfragen, ob bei Genehmigung der Vorlage der Ausbau der Straße noch in diesem Herbst vor sich gehen werde. Was die Legung von Trottoir im südlichen Theile der Maschstraße anlange, so sollen die Verhandlungen mit den Anliegern wegen der Höhe der Kosten gescheitert sein und die Anlieger vorgezogen haben, den jetzigen Zustand beizubehalten. (Zustimmung.)

Herr Bürgermeister Ketemeyer erklärt, die Frage des Herrn Sander beim besten Willen nicht beantworten zu können. Der Magistrat sei den statutarischen Vorschriften unterworfen und müsse Project und Kostenberechnung vier Wochen lang auslegen, worauf den Anliegern das Recht der Beschwerde bezw. der Klage zustehe, so daß Monate darüber hingehen könnten, ehe die Vorverhandlungen erledigt seien.

Die Magistratsvorlage wird darauf genehmigt.

XIII. Verlegung eines Gas- und Wasserrohres in der Wilhelmstraße.

In der nördlichen Strecke der Wilhelmstraße von der Bockswete bis zur Wendenstraße wird die Legung eines 80 mm weiten neuen Gasrohres in einer Länge von 160 m und die Legung eines neuen Wasserrohres in einer Länge von 240 m erforderlich, wofür der Magistrat 1146 M und 2366 M zu bewilligen bittet.

Der Antrag wird auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr Wagner berichtet, genehmigt.

XIV. Erwerb von Terrain zum neuen Wasserwerke.

Bei Feststellung des Ortsbauplanes für die nordöstliche Außenstadt ist die Verbreiterung des vom Büntenwege abzweigenden und in gerader Linie nach dem Querumer Holze führenden sogen. Bienröder Weges auf 22 m in Aussicht genommen, an dessen beiden Seiten je 3 m breite Vorgärten gehalten werden sollen. Auf diese Anordnung wird bei Erbauung der Betriebsanlage für das Wasserwerk am Domesee Rücksicht zu nehmen sein. Für die Betriebsanlage, abgesehen von der Wasserfassung, ist eine Fläche von insgesammt etwa 3 ha 20 a 99 qm erforderlich. Die Herzogliche Cammer ist bereit, dem Herzoglichen Staatsministerium den Verkauf dieser Fläche zum Preise von 3000 M für je 25 a anheimzugeben. Da der Magistrat aber diesen Preis für zu hoch hält, es sich auch empfiehlt, möglichst bald in den Besitz des Landes zu kommen, so ersucht der Magistrat, dem Erwerbe der Fläche im Wege der Zwangsenteignung zuzustimmen.

Nach dem Berichte des Herrn Seele schließt sich die Finanzcommission der Vorlage in allen Punkten an und giebt deren Genehmigung anheim.

Herr Rathe möchte anfragen, ob sich die Stadtverwaltung auch vergewissert habe, daß der geforderte Preis wirklich zu hoch sei. Es handle sich hier um Spargelland, das sehr gesucht sei und hoch bezahlt werde, weshalb er warnen möchte, in das Zwangsenteignungsverfahren einzutreten, wenn man nicht die Gewißheit habe, daß der Preis thatsächlich zu hoch sei.

Herr Bürgermeister Ketemeyer kann darauf erwidern, daß Erkundigungen eingezogen seien über die in den letzten zwei Jahren dort vorgekommenen Verkäufe und danach der hier geforderte Preis den gezahlten Durchschnittspreis übersteige.

Die Magistratsvorlage wird sodann genehmigt.

XV. Darlehensgewährung zc. an das Schwesternhaus vom Nothen Kreuz.

Der Vorstand des Schwesternhauses vom Nothen Kreuz hieselbst bittet, daß ihm zur Bestreitung der Kosten des an der Hamburgerstraße im Bau begriffenen Schwestern- und Krankenhauses ein auf etwa zehn Jahre unkündbares und mit

2 % verzinsliches Darlehen in Höhe von 130 000 — 140 000 M aus städtischen Mitteln gegen Uebernahme der Verpflichtung gewährt werden möge, der Stadt für die Dauer der Darlehensgewährung regelmäßig bis 25 Betten zur Aufnahme von städtischen Kranken für einen Verpflegungssatz von etwa 1,50 M pro Kopf und Tag zur Verfügung zu stellen. Wenn der Magistrat es auch als eine Pflicht der Stadt betrachten muß, dem im Interesse der Stadt wirkenden Schwesternhause bei Ausführung des Bauunternehmens hilfreiche Hand zu leisten, so ist derselbe doch der Ansicht, daß für ein großes, aus dem Grundcapitalvermögen der Stadt zu gewährendes Darlehen Zinsen in üblicher Höhe zu bedingen seien. Es wird deshalb der Vorschlag gemacht, die gewünschte Vereinbarung auf der nachstehenden Grundlage zu treffen:

- 1) Die Stadt gewährt dem Schwesternhause gegen Verpfändung dessen in der Bebauung begriffenen Grundstücks ein auf zehn Jahre unkündbares Darlehen in einer nach der Beleihungsfähigkeit dieses Grundstücks sich bemessenden Höhe von bis 140 000 M zum Zinsfuße von 4 %.
- 2) Das Schwesternhaus hält während der Dauer des Darlehensvertrages stets 25 Betten zur Aufnahme von städtischen Kranken, die durch den Chefarzt des städtischen Krankenhauses, vorzugsweise aus der Kinderabtheilung des letzteren, dorthin überwiesen werden möchten, zur Verfügung und empfängt für die Vereithaltung dieser Betten eine Pauschsumme von jährlich 3000 M, für die Verpflegung und ärztliche Behandlung der dort wirklich untergebrachten Kranken aber noch eine Vergütung, welche pro Kopf und Tag für erwachsene Kranke 1,50 M und für Kinder unter 10 Jahren 1,25 M betragen soll.

Durch dieses Abkommen mit dem Schwesternhause und bei gleichzeitiger Auf- führung eines Kinderpflegehauses wird der sonst schon jetzt nothwendig werdende kostspielige Neubau eines städtischen Krankenhauses auf 12—15 Jahre hinaus- geschoben werden können. — Die Versammlung wird vom Magistrate ersucht, die Zustimmung dazu zu erteilen, daß seitens des Magistrates unter Mitwirkung der Pflegehausdeputation, im Besonderen des Chefarztes des städtischen Krankenhauses, eine Vereinbarung mit dem Vorstande des Schwesternhauses vom Rothen Kreuz auf der vorstehend angegebenen Grundlage getroffen werde.

Wie Herr Seele berichtet, empfiehlt die Finanzcommission die Annahme des Vertrages mit dem Schwesternhause aufs Wärmste, weil sie glaube, daß damit einem beiderseitigen Bedürfnisse abgeholfen werde. Wenn eine solche Abmachung mit dem Rothen Kreuz nicht hätte getroffen werden können, so müßte sich die Stadtverwaltung über den Bau eines zweiten städtischen Krankenhauses schon jetzt schlüssig werden, was bei der augenblicklichen finanziellen Inanspruchnahme der Stadt nicht wünschenswerth sein dürfte. Von großem Werthe sei es ferner, daß

sich die Abhülfe so bald biete, indem das Schwesternhaus im Rohbaue schon beinahe fertig sei. Außerdem werde es allerdings noch nöthig sein, in dem Garten des Pflegehauses ein Kinderheim zu errichten und sollen die einleitenden Schritte hierzu nach der Erklärung des Herrn Stadtraths von Frankenberg schon unternommen sein. Durch dieses Kinderheim, welches Platz für 300 Kinder erhalten sollte, würde ebenfalls eine erhebliche Entlastung des städtischen Krankenhauses eintreten. Die Thätigkeit des Schwesternhauses in unserer Stadt sei außerdem allen Mitbürgern so sympathisch, daß dessen Bestrebungen so weit als möglich unterstützt werden müßten. Hierzu gehöre, daß dem Schwesternhause die Ausbildung der Schwestern im eigenen Heim ermöglicht werden müsse, denn die jetzigen Einrichtungen, nach welchen sie im herzoglichen und im städtischen Krankenhause ausgebildet werden, entsprächen auf die Dauer nicht den Principien der Anstalt.

Herr Nolte möchte die Vorlage zur Annahme empfehlen und dazu noch einige ergänzende Ausführungen machen. Das Rothe Kreuz habe im Wesentlichen das Princip, Schwestern zur Kriegskrankenpflege auszubilden. Um dieses zu ermöglichen, sei es nöthig, daß die Schwestern auch in Friedenszeiten fortwährend in der Krankenpflege beschäftigt und weiter ausgebildet werden, weil sie sonst nicht auf der erforderlichen Höhe erhalten werden können. Es sei auch allgemein anerkannt, daß es geradezu eine Lebensfrage für ein derartiges Institut sei, ein eigenes Krankenhaus zur Ausbildung und Beschäftigung der Schwestern zu besitzen, weil es sonst der Oberin und dem Anstaltsarzte absolut unmöglich sei, die Schwestern so zu erziehen, wie es im Interesse der guten Disciplin und der gründlichen Unterweisung der Schwestern erforderlich erscheine. Auch die Stadt Braunschweig habe ein hohes Interesse daran, daß das Schwesternhaus die Höhe erreiche, welche von einem derartigen Institute verlangt werden müsse, und sich auch auf dieser Höhe erhalte. Bekanntlich wirken eine Anzahl Schwestern jetzt im städtischen Dienste, indem neun derselben im städtischen Krankenhause thätig seien. Durch diese Thätigkeit seien aber die Verhältnisse daselbst ganz wesentlich gebessert worden, wie der Magistrat und die Pflegehausdeputation ausdrücklich anerkannt haben. Wenn man ferner berücksichtige, daß das Schwesternhaus eine ganze Anzahl von Schwestern im Dienste der Privatpflege in der Stadt beschäftige, so werde die Versammlung nicht allzu schweren Herzens das hier beantragte Darlehen gewähren können, zumal eine Gefährdung des Capitaless ganz und gar ausgeschlossen sei.

Herr Asmann will die humanitären Bestrebungen des Institutes vom Rothen Kreuz gern anerkennen, befürchtet aber, daß die Stadt sich durch den Abschluß des Vertrages in dem guten Glauben wiegen werde, es brauche durch die Freihaltung der 25 Betten nun an eine Reform des städtischen Krankenhauses vorerst nicht gedacht zu werden. Er würde das unendlich bedauern, da er ein zweites städtisches Krankenhaus für nothwendiger halten müsse, als ein neues

städtisches Museum, so angenehm dieses auch sein möge, und meine er, daß die finanziellen Verhältnisse der Stadt vor dem Bau eines Krankenhauses nicht zurückschrecken dürften. Wenn dann ferner darauf hingewiesen sei, daß die Schwestern vom Rothen Kreuz besonders für den Kriegsdienst ausgebildet würden, so sei zu berücksichtigen, daß während eines Krieges im Inlande eine Epidemie ausbrechen könne und es dann an Pflegerinnen fehle, so daß dieses Krankenhaus versage. Darum müsse sich die Stadt hiervon freizumachen suchen und dürfe darauf nicht zu große Hoffnungen setzen.

Herr Blasius kann diese Befürchtungen des Vorredners nicht theilen, sondern hofft bestimmt, daß der Magistrat sehr bald mit einer Vorlage über die Reorganisation oder den Neubau des Krankenhauses kommen werde. Die Vorlage selbst möchte er zur Annahme empfehlen und zwar auch vom ärztlichen Standpunkte aus, denn Schwestern, die nicht im Krankenhause ausgebildet seien, könnten in der Krankenpflege nicht so gute Verwendung finden. Hierzu seien gut ausgebildete Schwestern, auch für das städtische Krankenhaus, durchaus nothwendig und lasse sich die Ausbildung in der besten Weise bewerkstelligen, wenn neben dem Schwesternhause ein solches kleines Hospital eingerichtet würde. Da auch die Gelbdanlage für die Stadt ziemlich sicher zu sein scheine, so liege kein Grund vor, die Vorlage nicht zu unterstützen.

Herr Seele möchte noch ergänzend bemerken, daß die Bereitstellung der 25 Betten nur ein Theil der dem städtischen Krankenhause erwachsenden Erleichterung sei, indem nebenbei noch die Erbauung eines Kinderheimes im Pflegehausgarten beabsichtigt werde und hierdurch das städtische Pflegehaus noch 200 Kinder los werde. Nur der Neubau eines städtischen Krankenhauses werde durch das Abkommen mit dem Rothen Kreuze etwas zurückgehalten werden.

Auf entsprechende Anfrage des Herrn Löschig erwidert

Herr Stadtrath von Frankenberg, daß der Versammlung in allernächster Zeit eine Vorlage wegen Erbauung eines Kinderheimes zugehen werde, indem die städtische Bauverwaltung schon beauftragt worden sei, schnelligst eine Skizze darüber anzufertigen. Das Kinderheim werde auch wesentlich zur Entlastung des städtischen Krankenhauses beitragen, weil dann eine Anzahl von Kranken in das Pflegehaus übernommen werden könne.

Die Magistratsvorlage wird darauf genehmigt.

XVI. Beleuchtung der Wege nach dem Parkhause.

Auf Veranlassung der Parkdeputation empfiehlt der Magistrat, zu genehmigen, daß auf dem Fahrwege zwischen der Bruchthorpromenade und dem Wirthschaftsgebäude im Bürgerparke, sowie auf dem die Fortsetzung der Hennebergstraße bildenden Wege nach dem Bürgerparke zehn Stück Spiritus-Blüchlicht-Lampen auf-

gestellt und deren Wartung dem Personale der städtischen Lichtwerke übertragen werde. Der mit solchen Laternen angestellte Versuch hat ergeben, daß dieselben eine erhebliche Leuchtkraft (70 Kerzen) besitzen und daß sich die Kosten für den verbrauchten Spiritus auf $3\frac{1}{3}$ S pro Brennstunde stellen. Wenngleich diese Kosten nicht unerheblich höher sind, als die Betriebskosten der Petroleumlaternen, die nur 1 S pro Brennstunde betragen, so hält es der Magistrat doch im Interesse einer besseren Beleuchtung für angezeigt, an den beiden Wegen Spiritus-Glühlicht-Lampen zu verwenden, und giebt anheim, zehn Stück solcher Laternen mit einem Kostenaufwande von 800 M zu beschaffen.

Wie Herr Sander berichtet, schlägt die Finanzcommission vor, die Magistratsvorlage zu genehmigen. Es lasse sich nicht leugnen, daß die Beleuchtung der Wegestrecken vollständig ungenügend und mangelhaft sei und es müsse anerkannt werden, daß der jetzige Pächter des Parkhauses bestrebt sei, die wirtschaftlichen Verhältnisse im Parkhause zu bessern und zu heben. Da solche Verbesserung auch im Interesse der Stadt liege, so müßte diese auch darauf bedacht sein, die Wege zum Parkhause so zu beleuchten, daß sich Niemand zu scheuen brauche, dieselben Abends zu passiren.

Herr Böschigk muß sich wundern, daß man hier Spirituslampen anbringen wolle, da doch zuerst elektrische Beleuchtung der Wege in Aussicht genommen sei, und die Spirituslampen noch gar nicht diejenige Vollkommenheit erreicht haben sollen, um sie namentlich zur Beleuchtung von Wegen empfehlen zu können. Die Behandlung derselben müsse eine sehr difficile sein und es gehöre schon ein intelligenter Mann dazu, um sie jeden Abend in hellem Lichte erstrahlen zu lassen. Wenn Bogenlampen zu theuer seien, möchte man doch elektrische Glühlampen wählen, selbst wenn sie theurer als diese Spirituslampen sein sollten.

Herr Koch ist erfreut, daß die Zugangswege zum Parkhause besser beleuchtet werden sollen, kann aber nicht verstehen, weshalb man ein derartiges Licht wähle und nicht gleich elektrische Beleuchtung nehme, denn das wäre doch eine zeitentsprechende und anständige Beleuchtung.

Herr Lange möchte zunächst den Ausdruck „anständig“ zurückweisen, denn wenn Herr Koch die Lampen gesehen hätte, welche drei Monate lang probeweise im Parke gebrannt haben, würde er einen derartigen Ausdruck wohl nicht gebraucht haben. Die Lampen haben ein so intensives Licht, daß elektrische Glühlampen damit nicht concurriren können. Wenn er auch zuerst für eine elektrische Beleuchtung der Wege gewesen sei, so habe er sich doch gesagt, nachdem er dieses Licht gesehen und außerdem erfahren habe, daß der Parkhauswirth für seine zwei Bogenlampen 60 S pro Stunde bezahlen müsse, es sei besser, erst einmal dieses Licht zu nehmen. Er empfehle deshalb, die Magistratsvorlage anzunehmen, und könne später eine elektrische Beleuchtung immer noch eingerichtet werden, wenn dieselbe etwa billiger werden sollte.

Herr Rathe kann auf Grund seiner Beobachtung der Spirituslampen deren Beschaffung nur empfehlen, da dieselben ein ganz wundervolles, weittragendes Licht geben. Diese Lampen würde er sogar den Bogenlampen vorziehen, selbst wenn diese noch etwas billiger wären, denn eine schönere Beleuchtung im Freien habe er überhaupt noch nicht gesehen.

Herr Löschigk will gegen die Spirituslampen an sich nichts einwenden, hält dieselben aber für zu theuer. Eine Probefrenzzeit von drei Monaten im Sommer sei noch nicht ausreichend, um die Brauchbarkeit der Lampen festzustellen, dazu gehöre eine längere Probezeit, die sich auch auf den Winter erstrecken müsse.

Herr Ribbentrop kann die Berechnung des Herrn Lange hinsichtlich des Preises der Bogenlampen nicht für richtig anerkennen, da für denselben Betrag mehr als zwei Bogenlampen eingestellt werden können und außerdem noch der Rabatt abgehe, auch die Kohlenstifte frei geliefert würden u. dergl. m. Das Spiritus-Glühlicht brenne wohl sehr hell, lasse aber nach. Auf dem Bahnhof Borsum könne man die neuen von den alten Glühstrümpfen an dem Lichte der Lampen sofort unterscheiden. Eine Ermäßigung des Preises für Electricität stehe bestimmt in Aussicht, da die Kernstlampe bald eingeführt werde. Dieselbe brenne in Paris vorzüglich und es sei unbegreiflich, weshalb die Allgem. Electricitätsgesellschaft sie noch nicht eingeführt habe. Mit der Kernstlampe erhalte man ein ebenso helles Licht wie das Spirituslicht und die Kosten werden etwa die Hälfte desselben betragen.

Herr Sander ist auch zuerst dafür gewesen, elektrische Beleuchtung zu nehmen, ist aber durch die hohen Kosten derselben davon zurückgekommen. Die Beleuchtung durch Spiritus-Glühlicht habe ihn außerordentlich überrascht und könne die Bedienung desselben auch nicht so schwierig sein, weil sie auf den Eisenbahnstationen von gewöhnlichen Arbeitern ausgeführt werde. Die Glühstrümpfe verbrennen auch nicht so leicht, wie bei dem Gas-Glühlicht, so daß er das Spiritus-Glühlicht in jeder Beziehung empfehlen könne.

Nachdem Herr Lange noch darauf hingewiesen hatte, daß die Beleuchtung durch elektrisches Licht nur nach der Hennebergstraße zu möglich sein würde, indem die Herzogl. Baudirection, bezw. Herr Baurath Lieff die Kabellegung nach der Bruchthorpromenade zu abgelehnt habe,

wird die Magistratsvorlage genehmigt.

XVII. Rückzahlung von Wasserrohrkosten.

Die Anwohner der verlängerten Gliesmaroderstraße, auf deren Kosten im vorigen Jahre ein 330 m langes Wasserrohr gelegt worden ist, haben nach der Errichtung verschiedener Wohngebäude in der Straßengegend ersucht, ihnen die ver-

auslagten Kosten von 2807,¹² M zurückzuerstatten. Dem Antrage des Magistrates, diesem Ersuchen zu entsprechen,

schließt sich die Versammlung auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr Wagner berichtet, an.

XVIII. Anlage einer Verbindungsstraße zwischen Gliesmaroder- und Carlstraße.

Der Fabrikant Franz Ed. Meyer und der Holzhändler Severin haben gebeten, eine neue Verbindungsstraße zwischen Carl- und Gliesmaroderstraße auf ihre Kosten auszubauen. Der Versammlung wird vom Magistrate anheimgegeben, zu beschließen, daß die betr. Straße zur Ortsstraße erklärt und das Project nebst Vertheilungsberechnung genehmigt werde. Der Anliegerbeitrag ist hiernach auf 134,5 M für 1 m Frontlänge veranschlagt worden.

Namens der Baucommission empfiehlt Herr Bültemann, den Anträgen zuzustimmen.

Herr Bürgermeister Metemeyer will erläuternd bemerken, daß es sich hier um die letzte Verbindungsstraße in unmittelbarer Nähe von Thate's Etablissement handle, welche eine zweckmäßige Verbindung mit der Gliesmaroderstraße darstelle. Die Straße sei 54 m lang.

Auf die Anfrage des Herrn Meyerhoff, ob es nicht möglich sei, sich mit der Gemeinde Gliesmarode über eine Begrabigung der Feldmarksgrenze an jener Stelle zu einigen, erwidert

Herr Bürgermeister Metemeyer, daß eine Vereinbarung in Bezug auf den Ortsbauplan zu Stande gekommen sei, während sich die Verhandlungen wegen anderweiter Abgrenzung des beiderseitigen Gebietes vorläufig zerstritten haben.

Die Magistratsvorlage wird darauf gutgeheißen.

XIX. Verstärkung der Statutencommission zur Vorberathung des Ortsbaustatuts.

Auf entsprechende Anregung giebt der Herr Vorjizende anheim, die Statutencommission zum Zwecke der Vorberathung des Ortsbaustatuts um 3 Mitglieder, nämlich die Herren Meyerhoff, Kieß und Kiefe, zu verstärken, damit hierdurch die Verhandlungen im Plenum erleichtert werden.

Die Versammlung erklärt sich hiermit einverstanden.

XX. Ausbau der Catharinenstraße und Erwerb von Terrain dazu.

Von dem Magistrate wird ein Project über den Ausbau der östlichen Theilstrecke der Catharinenstraße vorgelegt, mit dem Bemerkten, daß die Straße entlang

dem Garnisonfriedhofe schon jetzt in voller Breite von 13,7 m ausgebaut werden soll, während von der Zurücksetzung der Einfriedigung des Catharinenfriedhofes ebenso wie auf der anschließenden westlichen Theilstrecke wegen der dort befindlichen Gräber einstweilen abgesehen werden kann. Der nördliche Fußweg wird daher hier zunächst nur in einer Breite von 1,31 m angelegt werden. Die Kosten für den gesamten Grunderwerb sind zu 5000 M, die eigentlichen Baukosten zu 13 500 M und der Anliegerbeitrag zu 74 M für 1 m Frontlänge veranschlagt worden. Es wird ersucht, das Project, sowie die Kosten- und Vertheilungsberechnung zu genehmigen und der Erklärung der östlichen Theilstrecke der betr. Straße zur Ortsstraße zuzustimmen. Behufs Erwerbes der von der Garnisonverwaltung zur Straße abzutretenden Fläche ist ein Vertragsskizzenentwurf aufgestellt worden, nach welchem der Militärfiscus 3,84 a, die Stadt aber 1,20 a, demnach der Militärfiscus mehr 2,64 a abzutreten hat, und empfiehlt der Magistrat weiter, zu genehmigen, daß das überschießende Terrain dem Militärfiscus mit 15 M pro qm vergütet werde.

Auf Empfehlung des Herrn Bültmann wird der gesammten Vorlage zugestimmt, nachdem Herr Bürgermeister Ketemeyer die nachträgliche Einbringung derselben mit der Eile, welche die Erledigung der Angelegenheit erheische, motivirt hatte.

XXI. Anfrage Boesigkt: Organisation der Kieselgut-Verwaltung.

Die Anfrage lautet:

„Der Magistrat wird um Auskunft gebeten, an wen sich die Pächter von unseren Kieselfeldern bei Differenzen mit der Gutsverwaltung zu wenden haben?“

Nach kurzer Begründung der Anfrage beantwortet dieselbe

Herr Oberbürgermeister Pockels dahin, daß Beschwerden über die Gutsverwaltung bei der Deputation für das Kieselgut schriftlich oder mündlich anzubringen seien und zwar mündlich bei dem Vorsitzenden derselben, also zur Zeit bei dem Redner selbst.

XXII. Antrag Riecke und Asmann: Verweigerung des Zuschusses zur Sedanfeier.

Zur Begründung des Antrages:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, in Hinblick der jeweiligen politischen Lage, wo Deutsche und Franzosen in China gemeinsam kämpfen, den stadtseitig festgesetzten Zuschuß zur Sedanfeier für dieses Jahr nicht zu bewilligen, auch den Antrag als dringlich sofort zur Berathung zu stellen“,

führt Herr Rieke aus, daß es nach dem Vorbilde vieler anderen Städte sich empfehle, dieses Jahr von einer Sedanfeier abzusehen. Da indessen hier eine Minderheit vorhanden sei, welche den Tag trotz aller Gegenvorstellungen dennoch zu feiern beabsichtige, so empfehle es sich, wenigstens den stadtseitigen Zuschuß für das Mal zurückzuziehen und den betr. Herren zu überlassen, wie sie ohne den Zuschuß fertig werden. Im Interesse des Völkerfriedens liege es jedenfalls, die Feier zu unterlassen und bitte er, den Antrag anzunehmen.

Da der Antrag nur von den Herren Bauernmeister, Bues, Vöschigt und Sander unterstützt wird, also eine ausreichende Unterstützung (von 6 Mitgliedern) nicht findet, so kann derselbe nicht zur Verathung gestellt werden und gilt daher als erledigt.

XXIII. Antrag Aßmann und Rieke: Unterstützung von Arbeitern zum Besuche der Weltausstellung.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, Geldmittel für drei Arbeiter zur Verfügung zu stellen, um denselben Gelegenheit zu geben, die Pariser Weltausstellung zu besuchen“.

Wie Herr Aßmann zur Begründung des Antrages ausführte, haben sich die Arbeitnehmer an die Handwerkskammer gewandt, um einen solchen Zuschuß zu erhalten, seien aber abschlägig beschieden, da nur Reisezuschüsse an Arbeitgeber abgegeben würden. Da es sich hierbei nicht um eine Vergnügungsreise handle, sondern die Arbeiter sich von den Fortschritten der Wissenschaft und der Industrie überzeugen wollen und es nicht nur für Arbeitgeber, sondern auch für Arbeitnehmer auf der Weltausstellung viele interessante und belehrende Sachen gebe, so empfehle sich der Antrag zur Annahme. Wenn Schwierigkeiten bei der Auswahl der zu bestimmenden drei Personen entstehen sollten, so könnten vielleicht die Arbeitnehmer, welche als Beisitzer des Gewerbegerichtes und der Gewerbekammer thätig seien, entsprechende Vorschläge machen. Da die Sache dringlich sei, bitte er um sofortige Verathung des Antrages.

Der Antrag wird, genügend unterstützt, zur sofortigen Verathung gestellt.

Herr Blasius begrüßt den Antrag außerordentlich warm und bittet um Genehmigung desselben. Bei seinem Besuche der Pariser Ausstellung habe er sehr viele Arbeiter aus Deutschland, der Schweiz, Amerika u. in den verschiedenen Ausstellungspavillons namentlich der Maschinenindustrie, der Kunst und des Kunstgewerbes, sowie der Krankenversicherung angetroffen, welche sich Notizen über das dort Gesehene machten. Es empfehle sich jedenfalls, auch von hier einige geeignete Arbeiter nach Paris zu entsenden.

Herr Rieke will hervorheben, daß in dem Antrage nur um die Unterstützung von drei Arbeitern gebeten werde, um in der Forderung nicht zu hoch zu gehen.

Die größten Fortschritte in der Industrie würden auf den Schultern der Arbeiter getragen und wenn sich die Arbeiter auf der Weltausstellung einige Vervollkommnung aneignen können, so komme das auch wieder den jeweiligen Arbeitgebern zu Gute. Um das Verhältniß zwischen diesen beiden Theilen zu pflegen und um auch den Unbemittelten Gelegenheit zum Besuche der Ausstellung zu geben, sei der Antrag eingebracht worden.

Herr Bues möchte den Antrag dahin erweitern, daß fünf Arbeiter nach Paris geschickt und denselben je 200 M Reisekosten bewilligt werden. Die Stadt würde solche Summe für diesen Zweck wohl übrig haben.

Herr Schöttler will im Gegensatz zum Vorredner davor warnen, Leute mit zu geringen Geldmitteln und auf zu kurze Zeit nach Paris zu schicken. Es sei besser, die auszusendende Summe auf recht wenige Köpfe zu vertheilen und die Leute möglichst lange in Paris zu lassen. Wenn ein Arbeiter mit einem Retourbillet für 10 Tage nach Paris fahre, dann sehe er dort so viel von der Ausstellung, als wenn er zu Hause geblieben wäre. In 10 Tagen könne selbst ein Gebildeter dort nicht viel lernen, namentlich wenn man berücksichtige, daß die Reisezeit und die Zeit zum Orientiren von den zehn Tagen noch abgehe und daß dem Arbeiter das Orientiren nicht leicht falle. Deshalb halte er es nicht für zweckmäßig, möglichst viele Leute hinzuschicken, sondern es sei besser, weniger Leute auszuwählen, die entsprechend veranlagt seien und einen ordentlichen Nutzen aus der Reise ziehen können. Nicht jeder beliebige Arbeiter könnte dorthin geschickt werden, sondern es müßten Leute sein, die schon mehr von der Welt gesehen haben und die zu den geschickteren ihres Standes gehören, da selbst diese ihre liebe Noth in Paris haben würden. Es halte schon schwer, sich selbst in einer Berliner großen Ausstellung zurecht zu finden, wie viel schwerer sei dieses in Paris, wo die Unkenntniß der Sprache den Arbeitern noch besondere Schwierigkeiten bieten würde. Er beantrage deshalb, es bei drei Leuten zu belassen und Jedem 300 M zu geben, mit welchem Betrage er 3—4 Wochen in Paris auskommen könne.

Herr Bauermeister kann auf Grund seiner in Paris gesammelten Erfahrungen behaupten, daß sich die Reise dorthin für 200 M sehr wohl bewerkstelligen lasse. Jeder nach Paris gesandte Arbeiter werde seine Branche vorwiegend und eingehend studiren und das Uebrige nur oberflächlich behandeln, auch werde es ihm nicht allzu schwer werden, sich an der Hand des „Griechen“ zu orientiren, so daß er das für ihn Interessante leicht auffinden könne. Im Jahre 1878 habe Redner die Reise für 156 M einschließlich Fahrkarte dritter Classe gemacht. Deshalb möchte er den Antrag Bues, fünf Arbeiter nach Paris zu senden und Jedem 200 M zu geben, warm unterstützen.

Herr Buchler bittet, die Branchen der Arbeiter sorgfältig auszuwählen. Beispielsweise sei in Paris die chemische Industrie ganz ausgezeichnet vertreten,

jedoch sei er sicher, daß jeder Arbeiter, möge man wählen, welchen man wolle, seinen Nutzen aus dieser Industrie ziehen werde, weil demselben die Vorkenntnisse dazu fehlen.

Herr Böschigt giebt anheim, es bei drei Arbeitern zu belassen und lieber dem Einzelnen mehr Mittel zur Verfügung zu stellen, da die Preise in Paris sehr hoch geschraubt sein sollen, andererseits aber die Frage, wer dorthin geschickt werden solle, offen zu lassen. Deshalb unterstütze er den Antrag Schöttler. Dem Arbeiter müssen so viel Mittel gegeben werden, daß er auch alle sich bietenden Verkehrswege benutzen könne, um schnell die ihm zu seinem Studium erforderlichen Plätze erreichen zu können.

Herr Blasius glaubt, daß die Bedenken des Herrn Schöttler sich zerstreuen lassen, wenn den betr. Arbeitern aufgegeben werde, sich vorher bei solchen Leuten nach den Pariser Verhältnissen zu erkundigen, welche schon in Paris gewesen seien. In solchem Falle reichten acht Tage zur Befichtigung der Ausstellung hin. Er bitte daher, bei dem ursprünglichen Antrage zu bleiben und drei Leute hinzusenden, dem Magistrate aber die Höhe der Reiseunterstützung zu überlassen. Persönlich sei er bereit, die nach Paris zu sendenden Leute mit Anweisungen zu versehen.

Herr Kathe weiß nicht recht, was für Arbeiter eigentlich nach Paris gesandt werden sollen. Wenn es Fabrikanten für nöthig halten, Arbeiter nach Paris zu schicken, so würden sie die Mittel dafür auch selbst bewilligen können, und wenn Handwerksmeister so intelligente Leute haben sollten, die Nutzen aus einem Besuche der Ausstellung ziehen könnten, so würden auch diese die Mittel dafür aufbringen können. Wie solle man überhaupt unter den 10 000 Arbeitern gerade die geeignetsten auswählen können? Wenn es sich um die Hinsendung von Arbeitern aus städtischen Betrieben, oder kleiner selbstständiger Handwerker handele, würde er dafür sein, für die Unterstützung anderer Leute aber nicht.

Herr Bues will noch bemerken, daß er 1878 innerhalb 14 Tagen 175 M in Paris verbraucht habe, obwohl er dort gut gelebt habe. Der Arbeiter könne in Paris billigere Wohnung erhalten, als in Berlin, und werde mit 200 M dort recht gut 14 Tage leben können.

Herr Bauernmeister möchte gegenüber Herrn Böschigt hervorheben, daß er schon fünf junge Leute, welche nach Paris gesandt seien, instruiert habe und daß davon zwei vom Staats-Ministerium entsandte Leute mit 150 M ganz gut angekommen seien. Er erkläre sich bereit, auch die von der Stadt zu entsendenden Arbeiter mit Instruction zu versehen.

Herr Alßmann kann die von Herrn Kathe vorgebrachten Bedenken nicht theilen. Wenn Herr Kathe, wie es den Anschein habe, von seinen Leuten Jemand nach Paris schicken wolle, so werde Niemand etwas dagegen einzuwenden haben, jedoch bleiben dann noch eine ganze Menge Branchen übrig, die auch noch

bedacht werden könnten. Die von der Stadt nach Paris zu sendenden Personen würden natürlich so auszuwählen sein, daß sie sich zu dem Zwecke auch eigneten. Nach den Ausführungen der Herren Bauermeister und Bues sei er auch der Ansicht, daß ein Arbeiter mit 200 M. auskommen könne und würde er es deshalb lieber sehen, wenn fünf Arbeiter hingeschickt werden könnten. Herrn Buchler wolle er erwidern, daß die Arbeiter nicht hingesandt werden sollen, um eine Wissenschaft zu studiren, und die Chemie sei doch eine solche, weshalb die in der chemischen Industrie thätigen Arbeiter sich allerdings wenig zu dem Besuche der Ausstellung eignen würden. Jedenfalls würde der Magistrat zu der Auswahl der Personen seine Zustimmung zu geben haben.

Die Besprechung wird darauf geschlossen und nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte, an welcher sich die Herren Schöttler und Mann betheiligen, zur Abstimmung geschritten. Hierbei wird der Antrag, 5 Arbeiter nach Paris zu entsenden, abgelehnt, der Antrag, 3 Arbeiter dorthin zu schicken, aber fast einstimmig angenommen. Ebenso wird beschlossen, die Höhe des Zuschusses dem Magistrate zu überlassen.

Darauf schließt der Herr Vorsitzende die öffentliche Sitzung.

Dauer von 4 bis 7¼ Uhr.

1900|1901.

No 6.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten

zu Braunschweig

in deren Sitzung am 25. October 1900.

Tagesordnung:

I.	Sterbecasse für städtische Lehrerinnen	Seite 131
II.	Hundesteuer-Erlaßgesuche.	" 131
III.	Classenräume für mittlere Knabenschulen	" 132
IV.	Vermietung von Räumen eines städtischen Hauses	" 132
V.	Erwerb und Verkauf von Flächen am Madamenwege	" 132
VI.	Erwerb und Enteignung von Flächen zum Madamenwege	" 133
VII.	Aufwendungen für das vormalige Osterterrain am Geiershagen	" 133
VIII.	Canalisierung eines Theiles der Spohrstraße	" 134
IX.	Einstellung eines Hilfszeichners	" 134
X.	Instandsetzung der Fußwege an der Cammannstraße	" 134
XI.	Entschädigung für Ermittlungen über die Bodenbenutzung.	" 135
XII.	Ordnung für die städtische Oberrealschule.	" 135
XIII.	Rechnungsabschlüsse für das Jahr 1899/1900	" 136
XIV.	Erwerb von Flächen zur Marienstraße	" 137
XV.	Freigabe, bezw. Abtretung einer Grundfläche an der Bodestraße	" 137
XVI.	Rückzahlung von Canalisationskosten	" 138
XVII.	Nachtrag zum Etat der Kreiscommunalcasse	" 138
XVIII.	Vertrag wegen des Burgplatzes	" 138

XIX.	Zustandsetzung des Burgplatzes	Seite 139
XX.	Einrichtung einer Baumschule	" 140
XXI.	Gewächshausanlage für den Centralfriedhof	" 140
XXII.	Anlauf eines Grundstücks für die St. Andreaskirche	" 141
XXIII.	Entwässerung der städtischen Grundstücke bei Eisenbüttel	" 142
XXIV.	Ausdehnung des Schlachthauszwanges	" 144
XXV.	Anschließung der städt. Oberrealschule an das Electricitätswerk	" 145
XXVI.	Anbringung eines Windfanges im Rathhause	" 145
XXVII.	Gebühr für Anfertigung von Grundplänen	" 146
XXVIII.	Anstellung von Straßenlaternen	" 146
XXIX.	Verkauf einer Straßenfläche am Wilhelmplatz	" 146
XXX.	Anfrage Ahmann: Auslegung der Geschäftsordnung	" 147
XXXI.	Antrag Brückmann u. Gen.: Vertilgung der Spargelkultur-Schädlinge	" 147
XXXII.	Antrag Sander: Asphaltirung der Schuhstraße	" 148
XXXIII.	Anfrage Ahmann: Streifenkauf in den städtischen Bauverträgen	" 149

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Ketemeyer und Stadträthe Haake, Heymann, Meyer, Sievers und von Frankenberg.

Entschuldigt die Herren Voller, Meyerhoff und Schmidt.

Der Vorsitzende, Herr Semler, eröffnet die Sitzung und giebt zunächst folgende Eingänge bekannt:

- 1) Der Magistrat benachrichtigt die Versammlung auf deren Beschluß vom 5. Juli d. Js. — Seite 97 des Berichts — daß er es im Einvernehmen mit der städt. Bauverwaltung für rathsam halte, von einer Verbreiterung der Fahrbahn der Straße „am Bruchthore“ unter Verschwälerung des Bürgersteiges zur Zeit Abstand zu nehmen, weil diese Verbreiterung nur so gering sein könne, daß dem Fuhrwerksverkehr damit nicht gedient werde, auch der Fußgängerverkehr dort ein sehr lebhafter sei und eine Umlegung des Pflasters der Straße erst im Mai d. Js. stattgefunden habe, der jetzige Zustand des Pflasters aber zu Verbesserungen keinen Anlaß biete. — Das Schreiben wird herumgereicht.
- 2) Eine am 25. September d. Js. im Gewerkschaftshause stattgehabte öffentliche Bauhandwerkerversammlung hat beschlossen, dem Magistrate und der Stadtverordnetenversammlung folgenden Antrag zu unterbreiten: Die Stadtverwaltung wird ersucht, in alle Contracte bei Vergebung von städtischen Arbeiten einen Passus aufzunehmen, nach welchem der bei der Vergebung von Arbeiten berücksichtigte Arbeitgeber den zwischen Arbeit-

geber und Arbeitnehmer der betr. Branche vereinbarten Lohn, oder, wo eine derartige Vereinbarung nicht getroffen ist, den in der Branche üblichen Lohn zu zahlen hat. — Da diese Eingabe auch dem Magistrate unterbreitet worden ist, wird sie hier zu den Acten genommen.

- 3) Nach einer weiteren Mittheilung des Magistrates hat derselbe den Antrag der Versammlung vom 30. August d. Js. — Seite 128 des Berichts —, drei Arbeiter zum Besuche der Weltausstellung auf städtische Kosten nach Paris zu schicken, nicht zu dem seinigen gemacht, weil er bei Prüfung der Frage, ob von der Entsendung ein entsprechender Nutzen und Erfolg für die Einzelnen wie für die Gesamtheit der Einwohnerschaft zu erwarten sei, nicht die Ueberzeugung zu erlangen vermocht habe, daß hinreichende Zweckmäßigkeitsgründe ein derartiges Vorgehen rechtfertigen würden. Nach den bei anderen größeren Städten eingezogenen Erkundigungen hat man auch dort im Allgemeinen von der Entsendung von Arbeitern abgesehen. — Auch dieses Schreiben wird herumgereicht.

Sodann schreitet die Versammlung zur Erledigung der Tagesordnung.

I. Sterbecasse für städtische Lehrerinnen.

Von den gegenwärtig an den städtischen Bürgerschulen angestellten und beschäftigten 79 Lehrerinnen haben sich bis jetzt 61 in der Absicht vereinigt, eine Sterbecasse zu gründen, um ihren Hinterbliebenen einen Beitrag zu den mit dem Tode verknüpften Kosten zu gewähren. Zu dem Zwecke soll von jedem Mitgliede beim Eintritt in die Cassé die Summe von 3 M. gezahlt und ein gleicher Betrag nach dem Tode eines Mitgliedes für den folgenden Sterbefall erhoben werden. Unter Ueberreichung eines Exemplars der Satzungen ersucht der Schuldirektor Schaarschmidt, bestimmen zu wollen, daß fortan die an die städtischen Bürgerschulen zu berufenden voll beschäftigten Lehrerinnen ohne Unterschied bei ihrem Eintritt in den städtischen Schuldienst der Sterbecasse beitreten müssen. Der Magistrat schließt sich diesem Antrage an,

und wird derselbe auch von der Versammlung auf Empfehlung der Statutencommissiön, für welche Herr Engelbrecht berichtet, genehmigt.

II. Hundesteuer-Erlaßgesuche.

Das Gesuch des Arbeiters Hänig um Erlaß der Steuer für einen Zieh hund wird genehmigt, während die Gesuche des Arbeiters Langtopf, des Deconomieraths Schönermark, des Schlossers Bolling und des Restaurateurs Struß um Erlaß, bezw. theilweisen Erlaß der Steuer für einen Wach hund abgelehnt werden.

III. Classenräume für mittlere Knabenschulen.

In den mittleren Knaben-Bürgerschulen reichen zwei erste Classen nicht mehr aus. Während sich bei der Schule am Hohenstiege noch zwei Reserveräume befinden, von denen der eine als dritte erste Classe in Benutzung hat genommen werden können, fehlt es bei den anderen drei Schulen an einem entsprechenden Raume. Es wird deshalb beantragt, nach dem Vorschlage des Schulvorstandes an den Schulen am Büldenwege, an der Ottmerstraße und an der Okerstraße je eine Classe herzurichten und hierfür zusammen 24 970 M zu bewilligen,

was auf Befürwortung der Schulcommission, für welche Herr Müller berichtet, geschieht.

IV. Vermiethung von Räumen eines städtischen Hauses.

Nachdem sich herausgestellt hat, daß die Wohnungsverhältnisse im Hause des Kirchenvoigtes der Catharinengemeinde geradezu gesundheitschädlich sind, hat der Kirchenvorstand dieser Gemeinde darauf angetragen, ihm die seither von dem Rathsdieners Müller im Hause an der Catharinenkirche N. 4 genutzte Wohnung zur Ueberweisung an den Kirchenvoigt der Catharinenkirche zu vermieten. Der Magistrat erklärt sich hiermit einverstanden und giebt anheim, diese Vermiethung für den Preis von 200 M jährlich vom 1. Januar f. Js. ab zu genehmigen.

Auf Empfehlung der Statutencommission, für welche Herr Bues berichtet, wird der Antrag gutgeheißen.

V. Erwerb und Verkauf von Flächen am Madamenwege.

Zum Ausbau des Madamenweges diesseits der Landeseisenbahn sind einige kleinere Theilstrecken der angrenzenden Privatgrundstücke verwandt, auf welche das wegen der übrigen Flächen inzwischen durchgeführte Enteignungsverfahren nicht erstreckt ist, nämlich von dem Grundstücke des Malermeisters Lohe zwei 61 qm und von dem Grundstücke der Esen'schen Erben drei 31 qm große Flächen. Die Eigenthümer sind bereit, diese Flächen zu dem im Enteignungsverfahren festgesetzten Einheitspreise von 12 M der Stadt zu überlassen und ebenso hat sich Herr Lohe erboten, die seinem Grundstücke zuzulegende Theilfläche von 9 qm für denselben Preis zu erwerben. Der Magistrat ersucht, dem Ankauf, bezw. dem Verkauf dieser Grundflächen zuzustimmen,

was geschieht, nachdem Herr Bauermeister den Antrag namens der Baucommission unterstützt hatte.

VI. Erwerb und Enteignung von Flächen zum Madamenwege.

Der Ausbau des Madamenweges westlich der Landeseisenbahn bedingt den stadtseitigen Erwerb verschiedener Theilflächen, auf welche das Enteignungsverfahren seiner Zeit absichtlich um deswillen nicht erstreckt ist, weil der Magistrat eine gütliche Vereinbarung erhoffte. Es handelt sich dabei um folgende Grundflächen: Die Braunschweigische Landeseisenbahn-Gesellschaft hat sich bereit erklärt, diejenigen Theilflächen des Bahnkörpers, welche in den Schienentweg fallen und zu dem Straßenbau, insbesondere zur Ermöglichung der Straßenverbreiterung auf beiden Seiten des alten Weges nöthig sind, unentgeltlich für den Wagenverkehr freizugeben. Einer Auflassung dieser Flächen bedarf es nicht. Dagegen wird die Landeseisenbahn für die beiden nördlich des Madamenweges gelegenen Theilflächen ihrer Ladestraße resp. des Parallelweges, welche zu 156 qm vermessen sind, um deswillen zu entschädigen sein, weil diese Flächen nicht unmittelbare und nothwendige Zubehörstücke des öffentlichen Schienentweges sind. Die Landeseisenbahn ist bereit, diese Flächen der Stadt zu dem Einheitspreise von 8 M und gegen Ueberweisung der in den Flächen liegenden Pflastersteine zu überlassen, mit welchem Abkommen der Magistrat ersucht, sich einverstanden zu erklären. — Wegen der westlich der Landeseisenbahn von Privaten noch weiter zu erwerbenden Flächen hat sich mit dem Haupteigenthümer, Fabrikant Willies, ein Abkommen nicht erzielen lassen, weshalb der Magistrat anheimgiebt, ihn zu ermächtigen, die Enteignung der sämmtlichen dort stadtseitig noch zu erwerbenden Theilflächen zu beantragen.

Nach Empfehlung der gesammten Vorlage durch Herrn Engelbrecht, welcher für die Baucommission berichtet, und nach einer kurzen Bemerkung des Herrn Ebeling werden die Magistratsanträge gutgeheißen.

VII. Aufwendungen für das vormalige Osterterrain am Geiershagen.

Gelegentlich der Verhandlungen, betr. die Canalisation des Burgmühlengraben's unterhalb des Geiershagen, ist den Anliegern das Recht eingeräumt worden, das durch die Canalisation gewonnene Terrain bis dahin unentgeltlich gegen eine Anerkennungsgebühr von je 1 M jährlich zu benutzen, daß das fragliche Areal stadtseitig zu einem anderen Zwecke werde benutzt werden. Auch hat sich der Magistrat bereit erklärt, in der Längsrichtung des Areals einen 1,5 m hohen Harzzaun zu ziehen. Das Terrain kann jetzt den Anliegern überlassen werden; zuvor empfiehlt es sich jedoch, nicht nur den fraglichen Harzzaun mit einem Kostenaufwande von 165 M aufzustellen, sondern auch innerhalb des Terrains einen Einfallsgraben herzurichten, das Areal am Geiershagen ordnungsmäßig durch ein 2,25 m hohes Lattenstaket abzuschließen und das außerhalb dieser Einfriedigung liegende Terrain provisorisch zu befestigen. Alle diese Maßnahmen würden einen

Kostenaufwand von zusammen 470 M erfordern, dessen Bewilligung der Magistrat anheimgiebt,

und die Versammlung auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr Sander berichtet, beschließt.

VIII. Canalisirung eines Theiles der Spohrstraße.

Der in nächster Zeit in Angriff zu nehmende Ausbau der Spohrstraße macht auch eine Umlegung des in der östlichen Theilstrecke der Spohrstraße befindlichen provisorischen Straßencanals erforderlich. Seitens des Magistrates wird daher ersucht, dieser Umlegung unter Bewilligung der anschlagsmäßigen Kosten von 2400 M zuzustimmen. Da sich die zu dem provisorischen Canal verwandten Thonröhren anderweit noch verwerten lassen, so wird der Werth derselben im Betrage von etwa 300 M von den Kosten in Abzug gebracht werden können.

Der Antrag des Magistrates wird auf Befürwortung der Finanzcommission, für die Herr Sander berichtet, nach einigen Erläuterungen des Herrn Bürgermeisters Ketemeyer angenommen.

IX. Einstellung eines Hülfszeichners.

Die städtische Bauverwaltung hält die Einstellung eines Hülfszeichners für nothwendig, um die rückständig gebliebenen zahlreichen Arbeiten der Vermessungsabtheilung der städtischen Bauverwaltung möglichst bald fertigzustellen. Da auch der Magistrat solche vorübergehende Einstellung für erforderlich hält, so beantragt derselbe, für den Hülfszeichner eine Remuneration von 90 M monatlich zunächst bis zum Ablauf dieses Rechnungsjahres zu bewilligen,

was auf Befürwortung der Baucommission, für die Herr Bültmann berichtet, geschieht.

X. Instandsetzung der Fußwege an der Cammannstraße.

In der Sitzung vom 30. August d. Js. — Seite 107 des Berichts — ist die Magistratevorlage wegen Belegung der Fußwege auf der Cammannstraße mit Mosaitpflaster oder Platten unter der Bedingung genehmigt worden, daß den Anliegern nur die Kosten für einen 1,5 m breiten Belag zur Last gelegt würden. Der Magistrat muß wegen der sonst unvermeidlichen Verurtheilungen Bedenken tragen, diesem Beschlusse zuzustimmen. Wenn bei der Verathung der Vorlage s. B. zur Begründung des vorerwähnten Beschlusses darauf hingewiesen worden ist, daß das Gesuch der Anlieger vor Erlass des Straßenbaustatuts eingereicht sei, so kann dieser Umstand nach Ansicht des Magistrates nicht ausschlaggebend sein, weil die

Belegung der Fußwege einer Straße mit Platten oder Mosaik selbst dann würde erfolgen können, wenn sämtliche Anlieger sich dagegen erklären sollten. Ebenso wenig könne die ungünstige Lage einzelner Anlieger die allgemeine Ermäßigung der Anliegerbeiträge rechtfertigen. Endlich sei auch noch zu beachten, daß der Unterschied zwischen den Beiträgen, je nachdem man diese nach 2 m oder 1,5 m Breite bemesse, verhältnißmäßig gering sei; er betrage nämlich 13,05 M — 10,66 M = 2,39 M für das laufende Meter. Sofern die Versammlung aber trotzdem den früheren Beschluß aufrecht erhalten sollte, bleibe zur Beseitigung der vorerwähnten Bedenken nichts Anderes übrig, als den Plattenbelag in einer Breite von nur 1,5 m herzurichten. Die Beiträge der Anlieger würden in diesem Falle 10,66 M für 1 m betragen. Der Magistrat giebt anheim, eventuell diesem Projecte zuzustimmen und alsdann die letztere Kosten- und Vertheilungsberechnung zu genehmigen.

Wie Herr Bültemann berichtet, ist die Baucommission auch jetzt noch der Ansicht, daß es sich empfehle, der ursprünglichen Magistratsvorlage zuzustimmen, also die Fußwege in ihrer vollen Ausdehnung mit Mosaikpflaster zu belegen und die Anlieger für eine Breite von 2 m zu den Kosten heranzuziehen. Es werde deshalb beantragt, die ursprüngliche Magistratsvorlage wieder herzustellen.

Herr Ebeling hält die Vorzüge der Fußwegpflasterung im vollen Umfange für so bedeutend, daß er es vorziehe, dem Antrage der Baucommission zuzustimmen, als daß nur ein Theil der Fußwege mit Pflaster versehen werde.

Der Antrag der Baucommission wird nach Beantwortung einer Anfrage des Herrn Lange genehmigt.

XI. Entschädigung für Ermittlungen über die Bodenbenutzung.

Im Laufe der letzten Monate hat die vorgeschriebene Ermittlung über die land- und forstwirtschaftliche Bodenbenutzung stattgefunden, bei welcher der Magistrat sich der sachverständigen Mitwirkung der Vorstände der hiesigen Feldmarksgemeinden bedient hat. Dem Ersuchen des Magistrates, für diese Arbeit eine Entschädigung von 140 M zu bewilligen,

entspricht die Versammlung auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr Wagner berichtet.

XII. Ordnung für die städtische Oberrealschule.

Von der Herzoglichen Oberschulcommission ist der Wunsch ausgesprochen worden, die von der Versammlung festgesetzte Ordnung für die städtische Oberrealschule wie folgt zu ändern:

- 1) Im §. 1 Absatz 2 hinter den Worten: „für die höheren Schulen“ einzuschließen: „nebst den dazu mit Genehmigung des Herzogl. Staats-Ministeriums von Herzogl. Oberschulcommission verfügten Abänderungen und Ergänzungen.“
- 2) Im §. 14 die Pflichtstundenzahl des Directors von 10 auf 12 zu erhöhen.
- 3) Den §. 16 lauten zu lassen: „Die Lehrer können von dem Director in jeder beliebigen Classe verwandt werden“. Das Wort „aushilfsweise“ fällt weg.
- 4) Im §. 17 Absatz 2 zu sagen: „Privatunterricht gegen Entgelt“.
- 5) Am Schluß des §. 18 hinzuzufügen: „Der Director hat im Falle seiner Abwesenheit wegen seiner dienstlichen Vertretung in den Directorialgeschäften Anordnung zu treffen, und darüber, daß und wie solches geschehen, gleichfalls an den Schulvorstand zu berichten“.
- 6) Im §. 26 noch eine Bemerkung wegen der Pension, die den Relicten der verstorbenen Lehrer zukommt, anzubringen.

Dem Antrage des Magistrates, diese Abänderungsvorschläge gutzuheißen, stimmt die Versammlung auf Befürwortung der Schulcommission, für die Herr Rolte berichtet, zu.

XIII. Rechnungsabschlüsse für das Jahr 1899/1900.

Nach den der Versammlung zur Kenntnißnahme mitgetheilten Rechnungsabschlüssen für das Jahr 1899/1900 betragen die Gesamteinnahmen des Ordinarii der Cämmereicasse 3098 374,44 M, die Gesamtausgaben dagegen 2900 567,69 M, so daß ein Ueberschuß von 197 806,75 M verbleibt. In dem Voranschlage war Einnahme und Ausgabe mit 2925 600 M vorgesehen. Der Einnahme des Extraordinarii der Cämmereicasse von 2005 456,40 M steht eine Ausgabe von 2572 299,83 M gegenüber, so daß eine Mehrausgabe von 566 843,43 M entstanden ist.

Wie Herr Födel hierzu ausführt, finde man bei näherer Prüfung, daß der recht erhebliche Ueberschuß hauptsächlich aus den Gemeindesteuern und den sonstigen Abgaben herrühre. Durch diese günstige Gestaltung der Verhältnisse erhalte man wohl etwas freiere Hand, jedoch habe sich im Laufe der letzten 20 Jahre auch die Thatsache ergeben, daß 10 Jahre Ueberschüsse und 10 Jahre Mindereinnahmen gebracht haben, an welchem Verhältnisse voraussichtlich auch in Zukunft eine Aenderung nicht eintreten werde. Ohne in irgend einer Weise die zukünftige finanzielle Lage der Stadt ungünstig behandeln zu wollen, dürfte es sich doch empfehlen, schon jetzt die Ansicht auszusprechen, es möchte bei der demnächstigen

Aufstellung des Haushaltsplanes darauf Rücksicht genommen werden, daß wir uns augenblicklich noch in einer Zeit befinden, welche in Folge des wirthschaftlichen Hochganges aller Verhältnisse ganz außerordentlich hohe Steuern gebracht habe, auf welche nicht für alle Zeiten gerechnet werden dürfe. Wenn wir nun auch durch die großen Ueberschüsse in die Lage kämen, mancherlei Wünsche der Bürgerchaft zur Ausführung bringen zu können, ohne auf die ungünstige Lage der Finanzen Rücksicht nehmen zu müssen, so würde es andererseits doch unberechtigt sein, schon jetzt daraus die Schlüsse zu ziehen, daß die günstige Finanzlage uns berechtige, eine Kritik an der Einführung der Biersteuer und der Erhebung der bisherigen Steuern zu üben. Um sich hierüber ein richtiges Urtheil bilden zu können, müßten erst einige Jahre vergangen sein.

Der Gegenstand wird damit verlassen.

XIV. Erwerb von Flächen zur Marienstraße.

Nachdem der Maurermeister Gröpler sich bereit erklärt hat, die zum Ausbau der Marienstraße erforderlichen, 72 qm großen Theilflächen des ehemals Ricks'schen Grundstücks zum Einheitspreise von 10 M an die Stadt abzutreten, ersucht der Magistrat, ihn zum Ankauf dieser Fläche zu ermächtigen,

was auf Befürwortung der Baucommission, für die Herr Kieke berichtet, geschieht.

XV. Freigabe bezw. Abtretung einer Grundfläche an der Bodestraße.

Der Rentner Julius Naacke hat im Jahre 1886 von seinem an der Fufarenstraße gelegenen Grundstücke eine 9,05 a große Theilfläche unentgeltlich an die hiesige Stadt zur Anlegung der Bodestraße abgetreten und zwar unter der stillschweigenden Voraussetzung, daß der Werth der Fläche demnächst auf die dem Grundstücke zur Last fallenden Straßenkosten werde angerechnet werden. Der jetzige Eigenthümer des Grundstücks, Kaufmann Tfferte, hat gebeten, diese Werthbemessung nunmehr vorzunehmen, und beabsichtigt derselbe, das ihm bislang zur Nutzung überlassene Terrain freizugeben, da es ihm nicht mehr möglich sei, die Sperrung der Fläche aufrecht zu erhalten. Es ist nun mit Herrn Tfferte vereinbart worden, daß er seinerseits die erforderliche Einfriedigung der Restfläche seines Grundstücks beschafft und von der Stadt einen Zuschuß zu den Kosten in Höhe von 7,50 M für das laufende Meter erhält. In diesem Falle ist der Genannte bereit, auf die ihm stadtseitig für die Duldung des Abzugsanals auf seinem Grundstücke zu zahlende Jahrespacht von 20 M zu verzichten, und auch damit einverstanden, daß alle ihm zukommenden Vergütungen nicht baar gezahlt,

sondern auf die ihm im Falle des Ausbaues der Bodestraße zur Last fallenden Straßenkosten angerechnet werden. Der Magistrat ersucht um die Ermächtigung, nach diesem Abkommen zu verfahren,

und beschließt die Versammlung auf Empfehlung der Baucommission, für die Herr Bauermeister berichtet, dem Antrage gemäß.

XVI. Rückzahlung von Canalisationskosten.

Nachdem die Verlängerung der Gliesmaroderstraße entsprechend bebaut ist, giebt der Magistrat anheim, dem Holzhändler Severin die für den Canal daselbst verauslagten Kosten von 2064,84 M zurückzuzahlen.

Auf Empfehlung der Finanzcommission, für die Herr Fiedel berichtet, wird dem Antrage stattgegeben.

XVII. Nachtrag zum Etat der Kreiscommunalcasse.

Die Versammlung wird ersucht, sich mit der Feststellung eines Nachtragsetats zum diesjährigen Etat der Kreiscommunalcasse des Inhalts einverstanden zu erklären, daß in Einnahme die Ueberweisung von 35810 M und in Ausgabe ein gleich hoher Betrag als außerordentliche Zuwendung an die Cämmereicasse behufs der Unterhaltung der außersstädtischen Straßen eingestellt werde. Zur Begründung dieses Antrages wird darauf hingewiesen, daß der diesjährige Gesamtetat des Ordinarii der Cämmereicasse mit einer Fehlsomme von 56000 M abschließt und daß die Ausgleichung bezw. Erleichterung der Last der städtischen Wegeverbesserung eine hauptsächlichliche Aufgabe des Kreisfonds bildet, sowie daß die Aufwendungen der Cämmereicasse für die Unterhaltung der in den Außenbezirken der Stadt gelegenen Straßen in einem stetigen und starken Wachsthum begriffen sind, wogegen der Zuschuß des Kreisfonds zu dieser Unterhaltungslast bei der Stabilität seiner Einnahmen und den ihm für sonstige gemeinnützige Zwecke obliegenden Aufgaben im Laufe der Jahre nicht allein nicht gewachsen, vielmehr im Abnehmen begriffen ist.

Der Nachtragsetat wird auf Befürwortung der Finanzcommission, für welche Herr Fiedel berichtet, genehmigt.

XVIII. Vertrag wegen des Burgplatzes.

Die Ausführung der im diesjährigen Stadthaushaltsetat vorgesehenen Instandsetzung des Burgplatzes setzt eine Feststellung der Grenzen des Gebiets der Burg Dankwarderode voraus. Die Stadtgemeinde hat bekanntlich im Jahre 1886 der Hofstatt die derzeitige Burgruine mit der zu ihrer Restaurierung erforderlichen Area unter dem Vorbehalt zur Verfügung gestellt, daß als Entgelt hierfür die

Summe von 50 000 M. dann zu zahlen sei, wenn und sobald das Grundstück der Zweckbestimmung als Hofstattgebäude entzogen werden sollte. Der Magistrat hat nun mit der Herzogl. General-Hofintendantur in Bezug auf die Gestaltung des Rechtsverhältnisses und die Begrenzung des zukünftigen Burggebietes eine Uebereinkunft auf der Grundlage der nachstehenden Bestimmungen getroffen:

1. Die Stadt überweist der Hofstatt zu Eigenthum ohne Entgelt die näher beschriebenen Grundflächen und verpflichtet sich, diejenigen Theile dieser Flächen, welche als Zubehörungen von öffentlichen Plätzen dem bürgerlichen Verkehre entzogen sind, in Verkehr setzen zu lassen.

2. Die Stadt duldet das seitens der Hofstatt zur Verbindung der Burg mit dem Dome hergerichtete, die Straße überbrückende Bauwerk unter Verzicht auf eine Rente, und ist bereit, dieses Rechtsverhältniß in das Grundbuch eintragen zu lassen.

3. Die Hofstatt verpflichtet sich, der Herzogl. Landesregierung demnächst die unentgeltliche Benutzung der Böschung des im Osten der Burg hergerichteten Burggrabens zur Aufstellung eines Denkmals für den hochseligen Herzog Wilhelm zu gestatten, bezw. derselben das hierzu erforderliche Terrain ohne Entgelt zu Eigenthum zu übertragen, auch die Vornahme der erforderlich werdenden Aenderungen an den dortigen Futtermauern und Einfriedigungen zu dulden.

4. Die von der Hofstatt im örtlichen Anschluß an die unter 1 bezeichneten Gebietsgrenzen auf privatem Eigenthum der Stadt und bezw. auf öffentlichem Straßenterrain angelegten Fußwege, sowie der auf Kosten der Hofstatt vor der Westfront der Burg angelegte Fahrweg behalten die Eigenschaft als dem bürgerlichen Verkehre dienende Grundflächen.

5. Die von der Herzogl. General-Hofintendantur für die Hofstatt übernommene Verpflichtung, der Stadt als Entschädigung für Uebertragung des Eigenthums an der unter 1 bezeichneten Grundfläche eine Summe von 50 000 M. alsdann zu zahlen, wenn und sobald die Fläche, bezw. das auf derselben errichtete Gebäude der Zweckbestimmung als Hofstattgebäude entzogen werden sollte, wird seitens der Verpflichteten bestätigt.

Dem Antrage des Magistrates, ihn zum Abschlusse eines Vertrages mit der Herzogl. General-Hofintendantur auf der vorstehenden Grundlage zu ermächtigen, stimmt die Versammlung zu, nachdem Herr Engelbrecht den Antrag namens der Statutencommission zur Annahme empfohlen hatte.

XIX. Instandsetzung des Burgplatzes.

Wegen der Instandsetzung des Burgplatzes hat die städt. Bauverwaltung ein Project ausgearbeitet, nach welchem die Kosten 33 500 M. betragen werden, und

würden hiervon den Anliegern 2500 M. Beiträge zur Last fallen. Nach der Ansicht des Magistrates kann der an der Westseite der Burg Dankwarderode s. Z. auf Kosten der Herzogl. General-Hofintendantur hergerichtete Fahrweg unbedenklich in seiner jetzigen Gestalt und Breite beibehalten werden und wird es auch nicht für erforderlich gehalten, daß die in dem Projecte der städt. Bauverwaltung vorgesehene umfangreiche Abtragung von Terrain (in maximo 35 cm) nicht nur des Burgplatzes selbst, sondern auch der Straße vor der Burg und der beiden Straßen an der West- und Südseite des Domes ausgeführt werde. Wenn aber hiervon Abstand genommen wird, so ermäßigen sich die Kosten auf 25 000 M., wovon der Stadt 22 500 M. zur Last fallen würden. Die Versammlung wird ersucht, der Ausführung des Projectes, unter Berücksichtigung der obenbezeichneten Aenderung, zuzustimmen und zu dem Zwecke 22 500 M. zu verwilligen,

was auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Riefe berichtet, geschieht.

XX. Einrichtung einer Baumschule.

Die Partdeputation erachtet die Einrichtung und Unterhaltung einer Baumschule zur Beschaffung der für die städtischen Parkanlagen nöthigen Bäume für zweckdienlich. Die Anlage soll in erster Linie für den Bürgerpark bestimmt sein, auf dessen Erweiterungsfonds auch deren Kosten zu übernehmen sein würden, jedoch würden aus ihr auch Laubbäume für die städtischen Wege abgegeben werden können. Eine für diesen Zweck geeignete Fläche findet sich am Mittelwege im Umfange von 81 a, welche s. Z. an die Straßenreinigungsdeputation zur Gewinnung von Luzerne verpachtet war, für die nächsten Jahre aber wegen des Fruchtwechsels zu gleichem Zwecke nicht genutzt werden kann. Die Versammlung wird ersucht, der Einrichtung der Baumschule auf diesem Platze zuzustimmen.

Auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr L o r d berichtet, wird die Vorlage gutgeheißen.

XXI. Gewächshausanlage für den Centralfriedhof.

Die Gewächshausanlage auf dem Gartengrundstücke des Centralfriedhofes reicht räumlich nicht mehr aus, die von Jahr zu Jahr sich mehrenden Forderungen des Publicums nach Aufstellung von Blattpflanzen in der Friedhofscapelle zu befriedigen und diejenigen Verpflichtungen rationell zu erfüllen, welche die Friedhofsverwaltung auf Wunsch der Betheiligten betreffs der Ausschmückung und Pflege der Gräber zu übernehmen gehalten ist. Die Friedhofsdeputation hat darnach die Errichtung eines Kalthauses nebst Arbeitsraum, sowie den Bau eines Warmhauses mit Aufwendung einer zu 17 000 M. veranschlagten Gesamtsumme für nothwendig erklärt und einen Antrag

des Kirchencassencollegiums erwirkt, dahingehend, zur thunlichsten Beschleunigung der dringlichen Aufführung der Gewächshäuser die Zustimmung der Versammlung zur Belastung des nächstjährigen Generaletats der Gemeinde Kirchencasse mit der anschlagsmäßigen Summe von 17000 M schon jetzt einzuholen. Dem Antrage des Magistrates, diesem Ersuchen stattzugeben,

schließt sich die Finanzcommission, für welche Herr Lord berichtet, an.

Auf die Anfrage des Herrn Hauswaldt, zu welchem Zwecke überhaupt ein Warmhaus nöthig sei, da die zur Ausschmückung der Capelle dienenden Pflanzen in einem Kalthause aufbewahrt würden, erwidert

Herr Oberbürgermeister Pockels, daß die zur Ausschmückung der Capelle, der Gräber und der Leichenhalle erforderlichen Zierpflanzen von der Friedhofsverwaltung nicht gekauft, sondern selbst gezogen würden. Das geschehe auch schon jetzt, nur sei das vorhandene Gewächshaus zu klein geworden, um die stetig wachsenden Anforderungen des Publicums zu befriedigen. Unter den heutigen Verhältnissen müsse ein Theil der Pflanzen unter Aufwendung größerer Mittel von auswärts gekauft werden, was nach Erweiterung der Gewächshausanlagen vermieden werden solle.

Herr Lord will noch darauf hinweisen, daß es sich bei der Beschaffung von Pflanzen auch mit um die Ausschmückung der Gräber handle. Hierzu seien aber sehr viele Pflanzen nöthig, was schon daraus hervorgehe, daß aus diesen Leistungen der Friedhofsgärtnerei jährlich 16000 M aufkommen, während aus der Ausschmückung u. der Capelle und der Leichenhalle nur 2500 M an Einnahme resultiren. Es handle sich also bei diesen Gewächshäusern nicht allein um die Unterbringung der Palmen und sonstigen Zierpflanzen, sondern hauptsächlich auch um die Erzeugung der zur Ausschmückung der Gräber erforderlichen Pflanzen.

Herr Oberbürgermeister Pockels möchte zum Beweise der Dringlichkeit dieser Bauten noch bemerken, daß die Deputation die Nothwendigkeit derselben schon im Jahre 1892 anerkannt habe und die Forderung nur deshalb zurückgestellt sei, weil damals noch besondere Aufwendungen für die Ausrüstung des letzten Theiles des Friedhofes erforderlich gewesen seien. Wenn man aber die Pflanzen nicht erfrieren lassen wolle, müsse jetzt unbedingt eingegriffen werden. Uebrigens beabsichtige man nicht, die 17000 M zu Lasten des nächstjährigen Etats zu übernehmen, sondern man wolle sie im Wege der Anleihe beschaffen, worüber die Versammlung noch besondere Mittheilung erhalten werde.

Die Vorlage wird darauf genehmigt.

XXII. Ankauf eines Grundstücks für die St. Andreaskirche.

Dem Kirchenvorstande zu St. Andreas bietet sich gegenwärtig eine günstige Gelegenheit, den schon lange gehegten Wunsch auf Erwerb eines Pfarrhauses für

den zweiten Prediger der Gemeinde zur Ausführung zu bringen, indem das dem Kreismaurermeister Bewig gehörige, an der Okerstraße gelegene und für den fraglichen Zweck sehr geeignete Wohnhaus *M. ass.* 4001 zu dem verhältnißmäßig billigen Preise von 34 000 *M.* erhältlich ist. Zur ordnungsmäßigen Instandsetzung des Hauses würden außerdem noch 3450 *M.* erforderlich sein. Da die Aufwendungen für Verzinsung und Tilgung des Kauf- und Einrichtungscapitals über die dem Prediger zu gewährende Miethsentschädigung von 1000 *M.* hinausgehen, so erscheint es dem Magistrat geboten, zu dem beabsichtigten Kaufe des betr. Hauses die hiermit beantragte Genehmigung der Versammlung einzuholen.

Nach dem Berichte des Herrn Seele hat die Finanzcommission anerkannt, daß für die Andreaskirche ein Bedürfnis vorliege, auch für ihren zweiten Prediger ein Pfarrhaus zu haben, weil es demselben kaum möglich sei, inmitten des Gemeindebezirks eine passende Miethwohnung zu finden. Aus diesem Grunde empfehle die Commission, dem Kaufvertrage zuzustimmen, was geschieht.

XXIII. Entwässerung der städtischen Grundstücke bei Eisenbüttel.

Es erscheint dem Magistrat geboten, verschiedene Einrichtungen zu treffen, um die weitere Verunreinigung der Oker durch die städtischen Grundstücke an der Eisenbüttlerstraße zu vermeiden. Hierbei handelt es sich um die Anlage von zwei wasserdichten Gruben und deren Entleerung, welche Einrichtung einen einmaligen Kostenaufwand von 600 *M.* und einen laufenden Aufwand von jährlich 150 *M.* bis 200 *M.* erfordert. Darüber, ob künftig die Kosten der Entleerung der Pächter der Mühlen zu tragen habe, wird bei der Neuverpachtung derselben Entscheidung zu treffen sein.

Die Baucommission giebt nach dem Berichte des Herrn Engelbrecht anheim, der Vorlage zuzustimmen.

Herr Blasius möchte anfragen, ob es nicht möglich sei, die Grundstücke der städtischen Canalisation anzuschließen. Da in dem z. B. in Arbeit befindlichen Ortsbaustatut sich eine Bestimmung vorfinde, nach welcher bis zum Jahre 1905 alle Grundstücke in Straßen, welche Canäle haben, der Canalisation angeschlossen sein müssen, so werde das hier für den Nothbehelf geforderte Geld eventuell geradezu weggeworfen. Deshalb möchte er sich die Anfrage erlauben, ob es nicht möglich sei, die betr. Häuser dem Canalisationsneße sofort anzuschließen.

Herr Bürgermeister Netemeyer will dazu bemerken, daß ein Zwang zum Anschluß an den Canal, wo solcher liege, schon jetzt vorhanden sei und das neue

Ortsbaustatut nur den Zwang in Bezug auf den Anschluß der Closets allgemein durchgeführt wissen wolle. Hier sei aber kein Canal vorhanden und habe sich die städt. Bauverwaltung schon früher einmal dahin ausgesprochen, daß es nicht möglich sei, dort eine Canalisirung in angemessener Weise zur Ausführung zu bringen. Neuerdings haben die übrigen Anlieger der Eisenbüttlerstraße die Auflage erhalten, eine Aenderung ihrer Abwässerableitung vorzunehmen und die Zuflüsse zur Oker zu beseitigen, worauf dieselben den Magistrat ersucht haben, die Anlegung eines Canales nochmals in Erwägung zu ziehen. Das Gesuch sei der städt. Bauverwaltung zur Prüfung überwiesen, und werde die hier geplante Anlage jedenfalls vor Eingang des Berichtes nicht zur Ausführung kommen, zumal da im Winter die Gefahr einer größeren Verunreinigung der Oker nicht so erheblich sei. Sollte der Bericht, wie zu befürchten sei, dahingehen, daß z. B. die Canalisirung nicht ausführbar sei, so würde die hier beantragte Anlage allerdings nothwendig werden.

Herr Blasius erklärt sich mit der Vorlage unter diesen Umständen einverstanden. In der Stadt selber werde man mit der Zeit sicher dahin kommen, daß alle Straßen canalisirt seien und dann greife die betr. Bestimmung des Ortsbaustatuts ein.

Herr Engelbrecht möchte bemerken, die Baucommission habe sich auf den Standpunkt gestellt, daß derartige Mängel bei städtischen Grundstücken sofort beseitigt werden müssen. Aus diesem Grunde habe man der Vorlage ohne Weiteres zugestimmt.

Herr Ebeling hält die Bewilligung der geforderten Summe für wünschenswerth, möchte aber doch darauf hinweisen, welche bedeutenden Kosten den übrigen Anliegern aus der Auflage erwachsen und es trotzdem sehr zweifelhaft sei, ob man dadurch aus der Gefahr herauskomme. Es sei gar nicht möglich, die sämtlichen Abwässer in den Gruben aufzufangen, wenn nicht fortwährend ein Wagen zur Entleerung derselben unterwegs sein solle; deshalb bitte er den Magistrat, dort gründlich Abhülfe zu schaffen. Man müsse den Leuten, welche die Grundstücke von der Stadt gekauft haben, möglichst entgegenkommen und, wenn es nicht anders gehe, nach der Hennebergstraße zu canalisiren, da die Anlage von Sentgruben sich gar nicht empfehle.

Herr Ribbentrop ist der Ansicht, daß sich nach der Hennebergstraße zu niemals ein Canal werde ziehen lassen, weil die Eisenbüttlerstraße zu tief liege. Es lasse sich jedenfalls nicht anders Abhülfe schaffen, als daß die Abwässer durch eine Pumpe nach der Wolfenbüttlerstraße zu hinaufgeschafft würden.

Die Magistratsvorlage wird darauf genehmigt.

XXIV. Ausdehnung des Schlachthauszwanges.

Nach der am 1. October 1900 in Kraft getretenen Novelle der Reichsgewerbeordnung ist es der Landesgesetzgebung gestattet, private Schlachtereien in solchen Orten zu untersagen, für welche ausreichende öffentliche Schlachthäuser vorhanden sind, und zwar selbst dann, wenn die betreffenden Schlachthäuser nicht in dem Orte selbst, wohl aber in unmittelbarer Nachbarschaft desselben liegen. Die Herzogliche Kreisdirection hat nun zu einer Aeußerung darüber aufgesordert, ob und inwiefern hiernach mit Rücksicht auf die Verhältnisse der Stadt Braunschweig und der umliegenden Gemeinden eine Aenderung des Schlachthausgesetzes zweckmäßig erscheine. Die Forderung, den Schlachthauszwang der Stadt auszudehnen auf alle in einem Umkreise von etwa 10 km wohnenden Schlachter, hat die hiesige Fleischerinnung wiederholt gestellt, und hat der Magistrat diese Forderung Herzoglichem Staatsministerium gegenüber im August 1896 auch in der Richtung unterstützt, als derselbe anheimgegeben hat, eine gezielte Unterlage für Statutarvorschriften zu schaffen, wonach Schlachtvieh, welches in einem 5 km betragenden Umkreise der Stadt von stehenden Gewerbetreibenden geschlachtet werden solle, im städtischen Schlachthause geschlachtet werden müsse. Für diese Stellungnahme war maßgebend nicht nur das Bestreben, die umliegenden Betriebe im Interesse der Gesundheit der Braunschweiger Einwohner einer schärferen Controle zu unterstellen und der Wunsch, die hiesigen, mit den Schlachthausunkosten belasteten Fleischer jenen umliegenden Betrieben gegenüber concurrenzfähig zu machen, sondern auch die Hoffnung, durch die Erweiterung des Schlachthauszwanges den stadtbraunschweigischen Fleischern die Lust zu nehmen, außerhalb des Stadtbezirks, aber doch nahe genug, um die Vortheile der Stadt zu genießen, Wurstfabriken und dergleichen zu gründen.

Die Versammlung wird um eine gutachtliche Aeußerung über die in Rede stehende Frage ersucht mit dem Hinzufügen, daß nach dem Dafürhalten der Schlachthausdeputation die Schlachthausanlagen z. B. für einen erweiterten Schlachthauszwang in dem vorbezeichneten Umfange ausreichen, daß aber eine dadurch in Zukunft nähergerückte Erweiterung nicht gefürchtet zu werden brauche, weil das Schlachthausterrain eine Erweiterung ohne Mühe zulasse und weil durch die in Aussicht stehende erhöhte Gebühr der etwaige Schaden ausgeglichen werde.

Wie Herr Engelbrecht berichtet, empfiehlt die Statutencommission, die verlangte Aeußerung dahin abzugeben, daß die Versammlung eine Ausdehnung des Schlachthauszwanges über die Grenzen der Stadt Braunschweig hinaus für wünschenswerth halte. Eine weitergehende Aeußerung scheine der Commission nicht angezeigt, weil zunächst die Landesregierung und die Landesversammlung dazu Stellung zu nehmen haben.

Nachdem noch die Anfrage des Herrn Brückmann, ob auch die hier eingeführten Wildschweine untersucht werden müßten, von Herrn Bürgermeister Ketzner bejaht war,

wird der Antrag der Statutencommission angenommen.

XXV. Anschließung der städtischen Oberrealschule an das Elektricitätswerk.

Auf Antrag des Directors der städtischen Oberrealschule ersucht der Magistrat, die im Interesse des physikalischen Unterrichts dringend erwünschte Anschließung des Gebäudes der genannten Schule für Physik und Chemie an das Elektricitätswerk, unter Verwilligung der Einrichtungskosten zu insgesammt 605 M, gutzuheißen.

Namens der Schulcommission ersucht Herr Müller, dem Antrage stattzugeben, was auch nach einigen kurzen Bemerkungen der Herren Löschigt und Ribbentrop geschieht.

XXVI. Anbringung eines Windfanges im Rathhause.

Von den Beamten der Stadtcassenebestellen wird über den starken Luftzug bei geöffneten Treppensestern unausgesetzt geklagt, und hat der Stadtkämmerer gebeten, Abhilfe zu schaffen. Zur Beseitigung dieses Uebelstandes giebt der Magistrat die Anbringung eines Windfanges auf dem nach der Dankwardstraße zu gelegenen Theile des Corridors im Rathhause und die Bewilligung der Kosten im Betrage von 750 M anheim.

Herr Bültemann empfiehlt namens der Baucommission, den Antrag zu genehmigen.

Herr Löschigt kann dem Antrage nicht zustimmen, weil der Windfang nichts nützen werde, sofern man nicht an dem Eingange eine feste Thür anbringe. Zweckmäßig würde es ihm auch erscheinen, wenn das Bureau für Arbeitsvermittlung aus dem Corridore verlegt würde, damit namentlich zur Zeit der Steuerbezahlung das Gedränge dort aufhöre und die Thür an dieser Seite nicht so oft geöffnet zu werden brauchte.

Herr Oberbürgermeister Pockels will bemerken, daß bei starkem Westwinde die Corridorthür nach der Dankwardstraße zu leicht aufschlage und die Beamten in den Hebestellen in Zugluft setze, indem der Wind durch die offenen Schalter der Hebestellen in den Corridor dringe. Wenn nun innerhalb des Corridors eine zweite Thür angebracht werde, so glaube die städtische Bauverwaltung dem Uebel-

stande damit abhelfen zu können, weil es kaum vorkommen werde, daß beide Thüren gleichzeitig offen ständen. Allerdings handle es sich hier nur um einen Versuch, dessen Erfolg abgewartet werden müsse.

Die Vorlage gelangt darauf zur Annahme.

XXVII. Gebühr für Anfertigung von Grundplänen.

Dem Stadtgeometer ist die Anfertigung von Grundplänen als Privatarbeit nicht mehr gestattet, vielmehr sollen Pläne dieser Art fortan auf Anfordern durch die Vermessungsabtheilung der städt. Bauverwaltung gegen feste, an die Stadt zu zahlende Gebühr hergestellt und an Private verabsolgt werden. Auf Vorschlag der städt. Bauverwaltung empfiehlt der Magistrat, die Gebührensätze hierfür in folgender Weise festzusetzen: für einen Tag Feldarbeit (8 Stunden) einschließlich der Vergütung für zwei Meßgehilfen 18 M, für einen Tag Bürouarbeit 12 M. Ein angefangener halber Tag soll als voller halber Tag gerechnet werden, so daß die niedrigste Gebühr 9 M bzw. 6 M betragen würde.

Nach dem Berichte des Herrn Wolters empfiehlt die Finanzcommission die Genehmigung der Vorlage, und beschließt die Versammlung diesem Antrage gemäß.

XXVIII. Aufstellung von weiteren Straßenlaternen.

Es wird magistratsseitig anheimgegeben, die Aufstellung von fünf Gaslaternen (davon drei an der Hochstraße und je eine an der Wendenmaschstraße und der Husarenstraße), sowie von zwei weiteren Petroleumlaternen an der Giersbergstraße, deren Ausbau in diesem Herbst nicht mehr zur Ausführung kommen wird, zu genehmigen und hierfür 800 M zu bewilligen,

welchen Antrag Herr Sander namens der Finanzcommission befürwortet.

Herr Nolte möchte anfragen, ob es nicht möglich sei, den engen Durchgang am Ausgange der Wendenstraße wenigstens während der Dauer des Neubaus etwas besser zu beleuchten. Bei dem dort herrschenden starken Verkehre sei es Abends oft gefährlich, die Stelle zu passiren, weshalb eine bessere Beleuchtung nothwendig erscheine.

Herr Stadtrath Haake sagt eine Prüfung der Frage zu.

Die Magistratsvorlage wird darauf gutgeheißen.

XXIX. Verkauf einer Straßenfläche am Wilhelmsplatz.

Dem Grundstücke des Architekten Munte, Wilhelmsplatz Nr. 22, sind 8 qm von dem Straßenterrain zuzulegen und beantragt der Magistrat, hierfür einen Einheitspreis von 50 M pro qm zu fordern.

Auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Bültemann berichtet, beschließt die Versammlung nach dem Antrage.

XXX. Anfrage Alßmann: Auslegung der Geschäftsordnung.

Wie Herr Alßmann ausführt, habe der stellvertretende Herr Vorsitzende in der letzten Sitzung bei Verathung des Antrages Alßmann und Riefe — Seite 125 des Berichts — erklärt, daß bei der Zählung der den Antrag unterstützenden Stimmen die Stimmen der beiden Antragsteller nicht mitzuzählen seien und der Antrag die zur Verathung erforderliche Stimmenzahl nicht erhalten habe. Der §. 14 des Statuts, die Ordnung und Verwaltung der Stadtgemeinde Braunschweig betreffend, laute:

„Anträge einzelner Stadtverordneten sind schriftlich zu überreichen. Dieselben gelangen zur Verhandlung nur dann, wenn sie nach ihrer Begründung durch den Antragsteller von sechs Mitgliedern unterstützt sind.“

Hieraus gehe aber nicht hervor, daß die Stimmen sämmtlicher Antragsteller bei der Abstimmung über die Unterstützungsfrage nicht mitgezählt werden dürfen, weshalb er bitte, diese Frage endgültig festzulegen.

Herr Wolff will als damaliger Vorsitzender der Versammlung nur darauf hinweisen, daß auch bei der Mitzählung des zweiten Antragstellers der Antrag nicht genügend unterstützt gewesen wäre, indem dann nur fünf Stadtverordnete denselben unterstützt hätten.

Der Herr Vorsitzende verweist die Angelegenheit zur Vorberathung in die Statutencommission.

XXXI. Antrag Brückmann und Gen.: Vertilgung der Spargelkultur-Schädlinge.

Der Antrag lautet.

„Die Versammlung wolle beschließen: Der Magistrat wird ersucht:

- 1) ein Statut zu erlassen, nach welchem die Vertilgung der Spargelkultur-Schädlinge im städtischen Gebiete vorgeschrieben wird,
- 2) bei den angrenzenden braunschweigischen Kreisdirectionen und den Landrathsamtern der Provinz Hannover ein gleiches Statut zu erwirken.“

Zur Begründung führt Herr Brückmann Folgendes aus: Unter den Schädlingen, welche in der Landwirtschaft und im Gartenbau namentlich im letzten

Jahre verheerend aufgetreten seien, erscheinen die Schädlinge der Spargelcultur jedenfalls am gefährlichsten, weil sie ein sehr kostbares Product vernichten. Wenn sich auch im städtischen Gebiete der durch diese Schädlinge entstandene directe Schaden nicht als ein außergewöhnlich großer rechnungsmäßig nachweisen lasse, so sei doch der in den angrenzenden Gebieten des Herzogthums und der Provinz Hannover erwachsene Schaden ein so großer, daß die Erwirkung eines derartigen Statuts von allen Seiten mit Freude begrüßt werden würde. Beispielsweise sei im Kreise Potsdam eine zweijährige Cultur so stark durch Schädlinge inficirt, daß sie in großer Gefahr schwebe, und Fachleute wollen wissen, daß nicht nur eine Mißernte dadurch hervorgerufen sei, sondern auch selbst die Qualität des Spargels darunter gelitten habe. Ein einseitiges Vorgehen der städtischen Behörden innerhalb des Stadtgebietes würde aber wenig nützen, wenn nicht auch das angrenzende Gebiet von Braunschweig und Hannover mit für die Sache interessirt werden könnte. Daß man bei der preussischen Regierung auf ein Entgegenkommen werde rechnen können, beweiße schon der Umstand, daß das Reichsgesundheitsamt sich mit dieser Materie bereits befaße und auch ein hiesiger Sachverständiger zu den betr. Verhandlungen geladen sei. Da die in Aussicht genommenen, sehr einfach durchzuführenden Maßnahmen großen Erfolg versprechen sollen, so bitte er, dem Antrage zuzustimmen, zumal durch die Schädlinge ein Nationalvermögen solle verloren gehen können.

Der Herr Vorsitzende hält es für wünschenswerth, den genügend unterstützten Antrag der Statutencommission zur Vorberathung zu überweisen und diese Commission für den vorliegenden Fall durch die Herren Bültemann und Ebeling zu verstärken.

Herr Brückmann spricht den Wunsch aus, auch den zu den Berathungen des Reichsgesundheitsamtes zugezogenen Gärtner Meyer zu den Berathungen der Statutencommission einzuladen.

Der Herr Vorsitzende giebt Herrn Brückmann anheim, Herrn Meyer zu den Verhandlungen einzuladen, da die Versammlung kein Recht habe, denselben hierzu zu sistiren.

Die Versammlung erklärt sich mit den sämmtlichen Vorschlägen des Herrn Vorsitzenden einverstanden.

XXXII. Antrag Sander: Asphaltirung der Schuhstraße.

Zur Begründung des Antrages:

„Die Versammlung wolle beschließen, aus den Ueberschüssen des Etatsjahres 1899/1900 die Schuhstraße mit Asphalt belegen zu lassen“, führt Herr Sander aus: Es sei sehr erfreulich, daß die Schwarzmalerei, welche bei Gelegenheit der Berathung der Biersteuer getrieben sei, und welche Manche

veranlaßt habe, für diese Steuer zu stimmen, sich nicht verwirklicht, sondern sich geradezu in das Gegentheil verwandelt habe. Ohne für eine schnelle Verpulverung des Ueberschusses eintreten zu wollen, glaube er doch, daß es in dem Wunsche der Bürgerschaft liege, auch in Bezug auf die Straßenbefestigung in die Reihe der Großstädte zu treten und endlich mehr asphaltirte Fahrbahnen zu erhalten. Der Anfang sei ja an der Münzstraße gemacht worden. Die Schuhstraße habe er herausgegriffen, weil sie jedenfalls die frequenteste Straße der Stadt sei. Sonderbar erscheine es, daß sich der Wagenverkehr seit der Asphaltirung eines Theiles der Münzstraße mehr und mehr nach der Schuhstraße hin verschlagen habe, vermuthlich, weil die Wagenführer sich scheuen, den für die Pferde ungewohnten Asphalt zu befahren. Das könne indessen kein Grund sein, von der Asphaltirung abzusehen. Bei dem großen Wagenverkehre der Schuhstraße und dem dadurch entstehenden furchtbaren Getöse erscheine ihm diese Straße am meisten zur Asphaltirung geeignet.

Der Antrag wird, genügend unterstützt, der Baucommission zur Berathung überwiesen.

Persönlich will Herr Südel bemerken, daß er sich dagegen verwahren müsse, namens der Finanzcommission bei der Berathung der Biersteuer Schwarzmalerei getrieben zu haben. Bei der Debatte über die Biersteuer sei nicht von dem Jahre 1899/1900, sondern von dem Jahre 1900/1901 die Rede gewesen und habe man damals schon eine Mehreinnahme von 155 000 M als in Aussicht stehend angenommen.

XXXIII. Anfrage Altmann: Streikclausel in den städtischen Bauverträgen.

Herr Altmann fragt an,

„ob es richtig sei, daß der Magistrat auf eine Anfrage des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe zum Zwecke der Einführung der sogenannten Streikclausel in den städtischen Bauverträgen, zustimmend geantwortet habe“, und begründet die Anfrage in folgender Weise: Es sei ihm darum zu thun, Aufklärung darüber zu erhalten, ob die Zeitungsnachrichten über diesen Punkt zutreffend seien. Wenn der Magistrat thatsächlich zustimmend geantwortet habe, so müsse daraus ein klein wenig Parteinahme für die Arbeitgeber gefolgert werden, selbst wenn der Magistrat sich für jeden einzelnen Fall das Recht der Prüfung vorbehalte. Es handle sich hier unter Umständen um eine Kraftprobe zwischen zwei streitenden Parteien. Werde der Streik von dem Arbeitnehmern provoziert, so geschehe das im Allgemeinen wegen der Erhöhung des Lohnes. Ohne darauf eingehen zu wollen, ob Streiks gerechtfertigt seien oder nicht, erscheine es ihm nicht immer ungerechtfertigt, wenn der Arbeiter die ihm günstigen Conjecturen ausnütze, zumal da der Arbeitgeber dasselbe thue. Deshalb habe man kaum Ursache,

einseitig dieses Kampfmittel illusorisch zu machen dadurch, daß man dem Unternehmer die Baufristen verlängere, und könne es dem Magistrate dabei leicht passiren, daß er in der einen oder anderen Richtung nicht das Richtige treffe und dann den anderen Theil schädige. Es wäre daher gerechtfertigter, wenn der Magistrat in dieser Sache neutral bliebe und sagte: macht, wie ihr es wollt, wir stellen uns auf den Boden unserer Verträge. Die Nothwendigkeit könne z. B. eine Fertigstellung gewisser Bauten dringend erheischen und der Magistrat sei dann trotzdem nicht im Stande, die Arbeit in eigener Regie fertigstellen zu lassen. Aus den Erklärungen vieler anderen staatlichen und städtischen Behörden gehe klar hervor, daß er sich mit seinen Anschauungen in guter Gesellschaft befinde und man zweifelhaft sein müsse, ob der hiesige Magistrat recht gehandelt habe, daß er sich in diese Sache mische, zumal da der Magistrat auch angeordnet habe, daß das Arbeitsvermittlungsamt sogar bei Streiks seine Thätigkeit fortsetze. Die Fürstlich Reußsche Landesregierung habe erklärt, daß dem Antrage auf Gestattung der Streikclausel in den Bauverträgen nicht entsprochen werden könne. Die Königliche Eisenbahn-Direction in Magdeburg sage ebenfalls, daß dem Antrage grundsätzlich nicht entsprochen werden könne. Der Magistrat in Aachen erwiderte, daß sich zur Aufnahme einer Streikclausel in die Bauverträge ein Bedürfniß nicht herausgestellt habe und dieselbe deshalb nicht nothwendig erscheine. Der Magistrat in Flensburg finde sich zur Abgabe einer bindenden Versprechung nicht veranlaßt. Die Magistrate zu Hannover, Hildesheim, Köln a./Rh. u. haben ebenfalls davon Abstand genommen. Hier in Braunschweig dagegen habe der Magistrat nicht bedingungslos abgelehnt (Widerpruch); sollte derselbe indessen heute erklären, daß er dieses doch gethan habe, so sei er befriedigt, wenn es auch aus dem Schreiben nicht herauszulesen sei. Die Erklärung des Magistrates, er wolle die Frage von Fall zu Fall prüfen, sei doch etwas Anderes, als verschiedene andere Behörden geantwortet haben. Er wolle nicht darauf eingehen, daß auch eine Anzahl Behörden zustimmend geantwortet und andere sich eine Erklärung vorbehalten haben. Im Uebrigen heiße es ausdrücklich in dem Schreiben, daß man den Arbeitgebern bei frivolen Streiks Unterstützung angezeihen lassen wolle.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, daß seiner Ansicht nach der Magistrat die Aufnahme der Streikclausel bedingungslos abgelehnt habe. Wenn aber hinterher der Arbeitgeber komme und erkläre, er könne seinen Vertrag nicht innehalten, so behalte sich der Magistrat eine Prüfung der Gründe vor.

Die Sitzung wird darauf geschlossen.

Dauer von 4 bis gegen 6 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 15. November 1900.



Tagesordnung:

I. Besuch um Erhöhung des Zuschusses für die katholische Schule	Seite 152
II. Antrag Sander: Asphaltirung der Schuhstraße	" 152
III. Erwerb einer Grabenfläche in der Nähe der Carlstraße	" 153
IV. Verwendung des ehemaligen Demmer'schen Hauses	" 153
V. Austausch von Straßenflächen am Langenhoje	" 156
VI. Erwerb von Flächen zur Straße „Hinter der Rajch“	" 161
VII. Verwendung der Döcker'schen Baracken	" 161
VIII. Beschaffung von Bogenlampen für den Bürgerpark	" 163
IX. Rückzahlung von Wasserrohrkosten in der Aderstraße	" 164
X. Anschaffung von Walzenstühlen für die Reusladmühle	" 164
XI. Aenderung des Ortsbauplanes für die Kasernen- und die Humboldtstraße, sowie Erwerb von Straßenflächen dazwischen	" 165
XII. Instandsetzung der Fußwege eines Theiles der Sophienstraße	" 167
XIII. Ausbau eines Theiles des Altkirchhofes	" 168
XIV. Ausbau eines Theiles des Hofes	" 171
XV. Aenderung des Projectes über den Ausbau des Burgplatzes	" 171
XVI. Antrag Bültemann und Löschigt: Umbau von Abfuhrwagen	" 171
XVII. Anfrage Riefe: Ausbesserung der Bammelsburgerbrücke	" 173

Am Magistratsstische die Herren Bürgermeister Ketemeyer und Stadträthe Haake, Heymann, Meyer, Ramdohr, Sievers und von Frankenberg.

Entschuldigt die Herren Voller, Engelbrecht, Lange und Semler.

Die Versammlung wird von dem stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Wolff, eröffnet und geleitet.

I. Besuch um Erhöhung des Zuschusses für die katholische Schule.

Der Kirchenvorstand zu St. Nicolai hat sich an die Versammlung mit der Bitte gewandt, den bislang für jedes städtische, die hiesige katholische Schule besuchende Kind seit dem Jahre 1892 gezahlten Zuschuß von 15 *M.* auf 25 *M.* zu erhöhen, da der Betrag von 15 *M.* im Jahre 1892 ungefähr der Hälfte der Kosten entsprach, welche damals auf ein Schulkind der städtischen Bürgerschulen entfielen, während diese Kosten sich jetzt auf etwa 50 *M.* belaufen.

Nach dem Berichte des Herrn Wolff empfiehlt die Statutencommission der Versammlung (nachdem der Zuschuß durch den Etat inzwischen, unter Vorbehalt der Beschlußfassung über den Antrag, auf 20 *M.* erhöht sei), in theilweiser Annahme des Antrages den Magistrat zu ersuchen, vom 1. April 1901 ab den Zuschuß für die katholische Schule widerruflich auf 25 *M.* für ein städtisches Kind zu bemessen. Dabei sei die Commission von dem Standpunkte ausgegangen, daß jeder Rechtsanspruch der katholischen Mitbürger auf solchen Zuschuß zu verneinen sei, daß es sich jedoch empfehle, aus Billigkeitsrücksichten einen Zuschuß von 25 *M.* zu bewilligen, weil sich die Verhältnisse seit dem Jahre 1892 so wesentlich geändert haben, daß ein in dieser Höhe bemessener Zuschuß angemessen erscheine, zumal, wenn man bedenke, welcher Zuschuß für die evangelischen Kinder geleistet werde. Da die Zahl der katholischen städtischen Schulkinder etwas über 1000 betrage, so beziffere sich die jährliche Mehrausgabe auf etwa 10000 *M.*, welcher Betrag den durch den Etat in Aussicht genommenen Zuschuß von 20 *M.* pro Kind um 5000 *M.* überschreite. Unter Berücksichtigung lediglich dieser Billigkeitsgründe empfehle die Statutencommission, dem Antrage auf Widerruf vom 1. April 1901 ab stattzugeben.

Der Antrag wird genehmigt.

II. Antrag Sander: Asphaltirung der Schuhstraße.

Wie Herr Rieke berichtet, hat die Baucommission den in der letzten Sitzung gestellten und begründeten Antrag — Seite 148 des Berichts — beraten und einstimmig abgelehnt mit der Begründung, daß die Schuhstraße noch sehr gut im Pflaster sei und Duzende von städtischen Straßen eine Neupflasterung größer nöthig haben, als die Schuhstraße. Die Commission gebe anheim, sich diesem Beschlusse anzuschließen.

Herr Sander kann nicht bestreiten, daß die Schuhstraße sich noch in brauchbarem Zustande befinde und noch zehn bis zwanzig Jahre so belassen werden könne. In der Begründung seines Antrages habe er aber auch das Bedürfniß nach einer Aenderung nicht behauptet, sondern sich mehr auf den Standpunkt gestellt, daß es sich in gewisser

Weise um eine Luxusausgabe handeln solle, welche von dem vorjährigen Ueberschusse im Stadtsäckel zu bestreiten sei. Wenn eine Stadtgemeinde einen so erheblichen Ueberschuß erziele, könne sie sich auch einmal einen solchen Luxus erlauben. Da jedoch die Baucommission den Antrag einstimmig abgelehnt habe, so wolle er nicht weiter dafür eintreten, wenn er auch der Ueberzeugung sei, daß in nicht zu ferner Zeit die Versammlung beschließen werde, daß die Hauptverkehrsstraßen der Stadt nach und nach mit Asphalt belegt werden. Er betrachte deshalb den Antrag nur als eine Anregung.

Die Annahme des Commissionsantrages wird darauf beschloffen.

III. Erwerb einer Grabenfläche in der Nähe der Carlstraße.

Vor dem Ausbau der projectirten Verbindungsstraße zwischen Carl- und Gliesmaroderstraße ist der Erwerb einer 58 qm großen Grabenfläche erforderlich, welche die Feldmarksgemeinde Hagen zum Einheitspreise von 5 *M.* abtreten will. Dem Ersuchen des Magistrates, sich mit dem Erwerbe dieser Fläche auf Kosten der Unternehmer Meyer und Severin einverstanden zu erklären,

stimmt die Versammlung auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Bauernmeister berichtet, zu.

IV. Verwendung des ehemaligen Demmer'schen Hauses.

Das am Burgplatze gelegene ehemals von Veltheim'sche Gartengrundstück ist nunmehr der Stadt aufgelassen und sind auch die wieder zu verwendenden Materialien des ehemaligen Demmer'schen Hauses auf diesem Grundstücke untergebracht worden. Um zwecklose Arbeiten zu vermeiden, wird vor Anfertigung der Pläne für das zu errichtende Bauwerk über dessen künftige Verwendung Entscheidung zu treffen sein. Wegen miethweiser Ueberlassung des wiederaufzustellenden Gebäudes sind sowohl der Innungsausschuß, als auch die Handwerkskammer vorstellig geworden und ebenso hat sich der Gastgeber Robert Schrader schon früher bereit erklärt, das Grundstück als Zubehör seines Wirthschaftsbetriebes zu nutzen. Der Magistrat hält den Wunsch der zu Innungen verbundenen, bezw. in dem neugeschaffenen Institut der Handwerkskammer vereinigten Gewerbetreibenden, das altherwürdige Bauwerk zur Abhaltung von Versammlungen und zu sonstigen der Förderung des Innungslebens dienenden Zwecken zu verwenden, für gerechtfertigt, erachtet es aber für nothwendig, dabei auszubedingen, daß:

- a) auf eine den Charakter des ganzen Bauwerks in unzulässiger Weise beeinflussende Aenderung auch des Innern des Bauwerks ebenso wie auf kostspielige An- und Erweiterungsbauten verzichtet,
- b) das Grundstück stadtheitig nicht mehreren, sondern einem Miether, unter Einräumung des Rechtes der Aftervermiethung überlassen und
- c) ein Miethpreis gezahlt werde, durch den wenigstens eine angemessene Verzinsung der stadtheitig aufgewandten 50 000 *M.* erzielt werde.

Die Handwerkskammer ist bereit, das Grundstück nach erfolgtem Wiederaufbau für jährlich 2500 M. zu mieten und den im zweiten Obergeschoße herzurichtenden, etwa 100 qm großen Saal dem Innungsausschusse, bezw. den einzelnen Innungen zu überlassen. Nach der von der städtischen Bauverwaltung in Vorschlag gebrachten Ausgestaltung des Gebäudes würden im Erdgeschoße die Büroräume der Handwerkskammer, in dem ersten Obergeschoße die Wohnräume für den Hausverwalter und im zweiten Obergeschoße der Innungssaal einzurichten sein. Die Versammlung wird ersucht, sich mit dieser Verwendung des Grundstückes im Princip einverstanden zu erklären. Im Falle der Genehmigung dieses Antrages würde noch ein ordnungsmäßiger Bauplan ausgearbeitet und der Versammlung zur endgültigen Beschlussfassung vorgelegt werden.

Im Namen des am Erscheinen behinderten Referenten der Baucommission, Herrn Engelbrecht, berichtet Herr Wolff, daß die Baucommission beantrage, die Magistratsvorlage hinsichtlich der Verwendung des Demmer'schen Hauses zur Annahme zu empfehlen, jedoch mit dem Ersuchen, auf eine Erhöhung der Wohnung im zweiten Geschoße durch Anlegung einer Balkendecke möglichst Bedacht zu nehmen.

Herr Bültmann möchte dem Referate ergänzend hinzufügen, daß die Zwischenetage nach dem Ortsbaustatute 10 cm zu niedrig sei, der Stadtbaurath Winter aber erklärt habe, es lasse sich ermöglichen, die Etage um 15 cm zu erhöhen, wenn die Balkenlage nicht verdeckt würde.

Herr Rieke will darauf aufmerksam machen, daß nach dem neuen, in Berathung befindlichen Ortsbaustatute die niedrigste Höhe der Zimmer 2,50 m betragen solle und man es nur bei den alten historischen Bauwerken bei 2,30 m belassen wolle. Da nun jetzt die Zwischengeschoße in den Geschäftshäusern nicht unter 3,10 m hoch sein dürfen, so erscheine es doch fraglich, ob nicht ein Beschluß, wie er commissionsseitig beantragt werde, zu unzähligen Verurtheilungen führen müsse. Aus diesem Grunde habe er sich mit der Vorlage nur dann einverstanden erklären können, wenn die Decke des Mittelgeschoßes höher gelegt werde. Da sich aber die Ständer nun einmal nicht verlängern lassen, so sei dieses ausgeschlossen. Er hege noch heute die Meinung, daß es besser gewesen wäre, das alte Haus seinem Schicksale zu überlassen, da sich doch nichts daraus machen lasse. Vom Standpunkte der heutigen Zeitansehung aus dürfte der Bau überhaupt nicht genehmigt werden.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, daß die Bedenken des Herrn Rieke in gewisser Weise nicht von der Hand zu weisen seien. Der Magistrat habe sich mit dieser Frage auch schon befaßt und sich dabei auf den Standpunkt gestellt, daß es sehr wohl zulässig sei, in besonderen Fällen, wie dem vorliegenden, die Dispensation von den gesetzlichen Bauvorschriften bei dem Herzoglichen Staatsministerium zu erbitten. Die Genehmigung zur Errichtung des Baumwerkes müßte aber so wie so um deswillen eingeholt werden, weil ein nicht massives Wohnhaus erbaut werden solle, und glaube der Magistrat, daß in solchem Falle, wo ein Haus wie das Demmer'sche der Nachwelt erhalten werden

solle, das Herzogliche Staatsministerium den Dispens wohl ertheilen werde. In dieser Beziehung herrsche beim Magistrat und auch bei der großen Mehrheit der Versammlung eine andere Ansicht als bei Herrn Riefe, denn sonst wäre das Haus aus der Stadt verschwunden. Die in dem Ortsbaustatute gegebenen Vorschriften über die Höhe der Gebäude haben an sich wohl ihre volle Berechtigung, aber andererseits müsse man auch anerkennen, daß selbst bei einer Höhe von 2,90 m sich nicht immer erreichen lasse, was man beabsichtige, daß nämlich die in den Wohnräumen verkehrenden Personen mit einem so großen Luftraume ausgestattet seien, um alle sanitären Bedenken zu verhüten. Wenn nämlich viele Personen in einem genügend hohen Raume wohnen, so sei für jede derselben auch nicht mehr Luftraum vorhanden, als wenn ein weniger hoher Raum von weniger Personen bewohnt werde. Diesen Grund könnte man in dem Dispensationsgesuche geltend machen und darauf hinweisen, daß zwei einzelne Leute in das Haus gesetzt würden.

Herr Bührmann möchte anfragen, wie der Magistrat über die Nutzung des hinter dem Hause liegenden Gartens denke. So viel ihm bekannt, nütze Herr Schrader denselben.

Herr Bürgermeister Ketemeyer entgegnet, daß das ganze Grundstück zur Zeit von Herrn Schrader gemiethet sei, der Miethvertrag aber durch den Verkauf des Grundstückes hinfällig werde. Persönlich sei er der Ansicht, daß der Garten der Handwerkskammer mit überwiesen werde.

Herr Alßmann ersucht um Auskunft, ob der Miethpreis von 2500 *M.* wohl ein den gebotenen Räumen angemessener sei, oder ob er so niedrig sei, daß man darin eine Subvention der Handwerkskammer erblicken müsse. Wenn die Ansicht des Herrn Bürgermeisters Ketemeyer zuträfe, dann müßte man Häuser für Verheirathete und für Ledige bauen und Jeder, der eine Villa bauen wolle, könne sagen, er brauche nicht so hoch zu bauen, weil er keine Kinder mehr zeugen wolle.

Herr Bürgermeister Ketemeyer will zur Verhütung einer irrthümlichen Auffassung seiner vorthin gethanen Aeußerung bemerken, daß er es auch für bedenklich erachten würde, allgemein für alle Häuser den Grundsatz in Bezug auf die Zuthellung eines gewissen Luftraumes auf jede in dem Hause wohnende Person auszusprechen, weil eben die Controle über die Zahl dieser Personen zu schwierig sei, wenn indeß die Stadtverwaltung es in der Hand habe, in die Wohnung nur eine bestimmte Zahl von Personen aufzunehmen, so werde das Herzogliche Staatsministerium eher in der Lage sein, Dispensation zu ertheilen. Diesen Standpunkt halte er auch jetzt noch aufrecht. Was den Miethpreis von 2500 *M.* betreffe, so sei derselbe als ein angemessener zu bezeichnen, denn für 4 bis 5 Geschäftsräume zu ebener Erde, für die kleine Wohnung in der Mitte und für den Saal oben dürfte dieser Preis genügen. Bei der Bemessung des Preises habe sich der Magistrat auf den Standpunkt gestellt, daß die von St. Königl. Hoheit und von dem Herzoglichen Staatsministerium überwiesenen 30 000 *M.* nicht zu verzinsen seien, ebenso auch nicht der

auss dem Schulhausbaufonds bewilligte größere Zuschuß, welcher als von der Stadt für die Kunst verwendet anzusehen sei, daß aber die weiter stadtseitig aufgewendeten 50 000 M. verzinst werden müßten.

Herr Sander fragt an, ob der Hotelier Robert Schrader in dem Hause später die Wirthschaft übernehmen werde. (Nein.)

Herr Bues möchte wissen, ob das Haus demnächst überhaupt zu wirthschaftlichen Zwecken benutzt, oder die Wirthschaft nur während der Innungsversammlungen ausgeübt werden solle. Wenn man das Haus etwa als ein Heim für die sämmtlichen Innungen betrachten wolle, so würde er das nicht für richtig halten, da er angenommen habe, es solle nur den Versammlungen der Innungen dienen, bei welcher Gelegenheit allerdings etwas gereicht werden könne.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, daß die Vorlage hiervon überhaupt nichts sage. Bisher sei noch von keiner Seite angeregt worden, daß in dem Hause ein Wirthschaftsbetrieb geduldet werden möchte; im Gegentheil wollen die Innungen ihre Versammlungen nicht gern immerfort im Wirthshause abhalten. Würden die Innungen aber, wenn auch nur zeitweise, den Wirthschaftsbetrieb einführen wollen, so müssen sie dieserhalb erst den Magistrat fragen und dieser würde das Gesuch ablehnen.

Herr Rieß will auch noch hervorheben, daß es der dringende Wunsch der Innungen sei, dort keinen Wirthschaftsbetrieb einzurichten. Seines Wissens beabsichtigen dieselben das Aus- und Einschreiben der Lehrlinge und Junggejellen dort vorzunehmen, und dazu empfehle es sich, ein Local ohne Wirthschaftsbetrieb zu nehmen, weil es vorgekommen sei, daß die jungen Leute in berauschem Zustande vor den Tisch getreten seien, was man gern vermeiden möchte.

Die Magistratsvorlage wird darauf nach dem Antrage der Baucommission angenommen.

V. Austausch von Straßenflächen am Langenhofe.

Bei der Bebauung des Grundstücks Nr. ass. 2057 am Langenhofe hat die Firma Heint. Jacob Schade ihren Neubau 1 m hinter der seiner Zeit festgesetzten Baulinie aufgeführt, sodaß eine 25 qm große Fläche des Grundstücks verfügbar geblieben ist. Dagegen ist eine 5 qm haltende Fläche des Straßenterrains vor dem derselben Firma gehörenden Nachbargrundstücke Nr. ass. 2056 für den Neubau mit in Anspruch genommen. Dem Magistrate erscheint es zweckmäßig, die früher festgestellte Baulinie nicht nur vor dem betr. Neubau, sondern auch im Interesse des Rathhauses innerhalb des Gartens der Dompfarre entsprechend zu verschieben, hält es jedoch für räthlich, von der Aenderung bezüglich des Pfarrgartens einweilen noch Abstand zu nehmen. Dagegen wird es magistratsseitig für billig erachtet, daß die Stadt die 25 qm erwirbt und auf ihre Kosten besehtigt. Zur Abtretung dieser Fläche ist die Firma bereit, wenn ihr dagegen stadtseitig außer den vorbezeichneten 5 qm noch die weitere vor dem Grundstück Nr. ass. 2055 liegende

Straßenfläche von 24 qm überlassen wird. Der Magistrat hält diesen Austausch für annehmbar und ersucht, seiner Ausführung zuzustimmen.

Nach den vorliegenden schriftlichen Notizen des am Erscheinen behinderten Referenten der Baucommission empfiehlt dieselbe, wie der Herr Vorsitzende ausführt, Genehmigung der Vorlage. Es liege wohl im Sinne aller Mitglieder der Versammlung, wenn er bei der Gelegenheit dem Bedauern Ausdruck gebe, daß es nicht möglich gewesen sei, den betr. Theil des Gartens der Dompfarre stadtfestig zu erwerben.

Herr Meyerhoff ist einigermaßen erstaunt über die hier in Vorschlag gebrachte neue Baulinie, zumal im Hinblick darauf, daß sie bei dem Grundstücke der Dompfarre nicht einmal durchgeführt werden solle. Während man in neuerer Zeit bei dem Magistrate und auch bei der Baucommission in Bezug auf sehr nothwendige Straßenverbreiterungen z. B. am Bruchthore, an der Schuhstraße u. sehr wenig Entgegenkommen gefunden habe, wolle man an dem Langenhofe durch Zurücklegung der Baufluchtlinie einen Zickzackurs der Straßenlinie einführen, der durchaus zwecklos sei, da der Langehof breit genug sei und durch die Zickzacklinie nach dem neuen Brenneke'schen Hause zu nicht schöner werde. Leider lasse sich an der Baulinie für das ziemlich fertige Haus der Firma Heinr. Jacob Schade nichts mehr ändern, sonst würde er dagegen auftreten. Es lasse sich auch gar nicht erkennen, welche Fluchtlinie man für die noch zu bebauenden Grundstücke Nr. ass. 2055 und 2056 vorschreiben wolle.

Herr Bürgermeister Metemeyer will hierzu bemerken, daß auch der Magistrat die Ansicht des Herrn Meyerhoff theile, nach welcher es wünschenswerth sei, einen Theil des Pfarrgartens zur Straße zu nehmen. Die Verhandlungen hierüber habe der Magistrat eingeleitet, jedoch sei er dabei zu der Ueberzeugung gekommen, daß sich durch Zwang nichts erreichen lasse, indem bezweifelt werden müsse, daß das Herzogl. Staatsministerium der Stadt zu diesem Zwecke das Recht der Zwangsenteignung einräumen werde. Deshalb müsse der gegebene Zeitpunkt abgewartet werden und beabsichtige der Magistrat dann vorzugehen, um das Zurücksetzen der Einfriedigung des Dompfarrgartens zu erzielen, was sich wohl auch erreichen lassen werde. Von einer Aenderung der Baulinie sei hier aber gar keine Rede, sondern die Firma Heinr. Jacob Schade sei mit ihrem Bau aus freien Stücken zurückgegangen. Nun hätte ja das Stadtbauamt verlangen können, daß die Firma in die Baulinie vorrückte, aber dasselbe habe einstimmig beschlossen, daß durchaus kein Grund vorliege, das Zurücksetzen des Gebäudes zu verhindern, indem man dort der Ansicht gewesen sei, daß es dem Rathhause nur zum Vortheil gereichen könne, wenn das gegenüberliegende Haus zurückgerückt werde. Dem Stadtbauamte sei außerdem auch bekannt geworden, daß der Erbauer des Rathhauses selbst das Vorhaben der Firma mit Freude begrüßt und derselben zugeredet habe, so zu verfahren. Nachdem nun vom Stadtbauamte das Zurücklegen der Baulinie gestattet worden, sei der Magistrat vor die Frage gestellt, ob es angezeigt erscheine, jetzt auch die neue Baulinie festzusetzen. Nach längeren Verhandlungen habe man sich schließlich dahin geeinigt, die Festlegung der Baulinie bis

dahin zu verschieben, daß über die Bebauung der Nachbargrundstücke Projecte eingereicht werden, und daß werde wohl das Richtige sein. Es sei zuzugeben, daß die Festlegung einer schrägen Baulinie für das Lambrecht'sche Haus allein dem Langenhofe nicht zur Zierde gereichen würde, jedoch werde es dahin wohl auch nicht kommen. Deshalb möchte er bitten, die Frage der Baulinie, welche in der Vorlage noch gar nicht berührt sei, vorläufig auszuscheiden.

Herr Hauswaldt würde es nicht für im Interesse der Stadt liegend halten, wenn sie das von der Firma Heint. Jacob Schade freiwillig liegen gelassene Terrain erwerben und dafür das seitlich gelegene Terrain der Firma abtreten solle, weil diese mit dem liegen gelassenen Terrain doch nichts anfangen könne und es ganz gerechtfertigt erscheine, wenn die Stadt es ohne Entschädigung übernehme. Bei der Neubebauung des Grundstücks Nr. ass. 2056 würde die Annahme einer Baulinie nach der Ecke des Brennede'schen Grundstücks ja nicht mehr möglich sein, weil die gerade Linie mit dem Winkel dann an die Firma verkauft sein würde. Deshalb halte er es für richtiger, dieses Terrain jetzt nicht als Tauschobject fortzugeben, sondern es noch zu behalten, die 25 qm aber, welche vor dem Grundstücke Nr. ass. 2057 unbebaut geblieben seien, einfach hinzunehmen. (Heiterkeit.) Er sehe keinen Grund ein, weshalb das Terrain hergegeben werden solle. Erst dann, wenn man darüber klar sei, wie der Winkel bebaut werden solle, könne man das Terrain vielleicht als Tauschobject benutzen.

Herr Bürgermeister Ketemeyer muß zugeben, daß das von Herrn Hauswaldt vorgeschlagene Geschäft das allergünstigste für die Stadt sein würde. Der Magistrat habe sich aber auf den Standpunkt gestellt, zu sagen, wenn die Firma das Terrain der Stadt überweise und es diene in gewisser Weise zur Erleichterung des Verkehrs im Langenhofe, oder es sei der stadtheilige Erwerb des Terrains aus sonstigen Gründen wünschenswerth, so könne die Stadt anständigerweise nicht sagen, sie wolle das Terrain hinnehmen und nichts dafür zahlen, sondern sie müsse es als Tauschobject betrachten. Dazu trete noch der Umstand, daß in der Regel bei Feststellung der Baulinie der Bauunternehmer für Straßenterrain, welches seinem Grundstücke zuzulegen sei, einen sehr geringen Preis biete und behaupte, es habe für ihn absolut keinen Werth, während der Preis für das Terrain vor dem Grundstücke Nr. ass. 2056 bei dem hier vorgeschlagenen Tausche doch ziemlich vollwerthig bemessen werde.

Herr Rieß kann den letzteren Ausführungen nur zustimmen und zu Gunsten der Vorlage noch Folgendes anführen: Wenn die Firma gezwungen wäre, in die jetzt bestehende Baulinie hineinzubauen, wäre die Möglichkeit vollständig abgeschnitten, von dem Garten der Dompfarre ein entsprechendes Stück zur Straße abzutrennen, welche Möglichkeit doch offengehalten werden müsse. Sollte sich die Straßenlinie demnächst nicht anders festsetzen lassen, als mit einem Winkel am Brennede'schen Hause, so werde eben auf dem Grundstücke Nr. ass. 2055 ein Altan in die Straßenlinie gebaut, welcher Bau ein sehr

schönes Straßenbild abgeben würde. Die Versammlung könne deshalb der Vorlage ohne Bedenken zustimmen.

Herr Altmann möchte unter Anerkennung der von den Herren Meyerhoff und Hauswaldt angeführten Gründe für eine Vertagung des Beschlusses bis dahin eintreten, daß das Terrain der Dompfarrre zu haben sein würde. Wenn die Firma Heinr. Jacob Schade vor ihren Schaufenstern gern ein recht breites Trottoir haben wolle, so könne sie auch vorläufig die Kosten für das dazu erforderliche Terrain tragen, und habe er nichts dagegen, wenn ihr die Stadt später dieses Terrain abnehme, sobald sich die neue Baulinie vollständig durchführen lasse. Leider sei die Baulinie für den Langenhof durch die Errichtung des Brennecke'schen Hauses vollständig verpufft, doch lasse sich dagegen nichts mehr machen. Ob sich ein Vorbau, wie ihn Herr Nieß vorschlage, sehr schön ausnehmen werde, erscheine ihm doch ziemlich zweifelhaft.

Herr Rolte ist für die Annahme der Vorlage. Wenn man berücksichtige, daß durch die Zurücksetzung des neuen Schade'schen Gebäudes thatsächlich eine sehr nützliche Verbreiterung des Langenhofes eingetreten sei, so würde es, unter Berücksichtigung der Geschichte der heutigen Vorlage und des Umstandes, daß sich noch eine Baulinie von der Ecke des Neubaus bis zur Ecke des Brennecke'schen Hauses ermöglichen lasse, für eine Gemeinde wie Braunschweig nicht schön sein, wenn sie eine derartige Gelegenheit benutzen wollte, sich das Terrain, wenn auch nur vorläufig, schenken zu lassen.

Herr Kathe will darauf hinweisen, daß die Vorgeschichte dieser Baulinie zurückreiche bis zur Genehmigung des Rathhausbaues. Damals sei in Aussicht genommen, an der Stelle noch viel mehr Terrain von dem Grundstücke zur Straße zu nehmen, und nach allen Richtungen hin eine schöne Aussicht auf den Monumentalbau zu schaffen; auch habe das Stadtbauamt dem Magistrate vorgeschlagen, die Baulinie zur Erreichung dieses Zweckes noch weiter zurückzuschieben. Da nun auch in gewisser Weise eine Einwirkung des Stadtbauamtes und des Magistrates auf die Firma stattgefunden habe, um sie zu veranlassen, ihren Neubau möglichst weit zurückzustellen, so bitte er, dem Magistratsvorschlage zuzustimmen. Es würde noch besser gewesen sein, wenn das Gebäude noch weiter zurückgestellt wäre und von dem Pfarrgarten noch mehr könnte abgeschnitten werden. Jedenfalls würde es der Stadt nicht würdig sein, wenn man sich jetzt dahinter verschanzen wollte, daß die Firma freiwillig mit ihrem Neubau zurückgegangen wäre.

Herr Löschnigk möchte fragen, ob auch dann ein Abschnitt von dem Dompfarrgrundstücke hätte genommen werden können, wenn die Firma Schade nicht freiwillig mit ihrem Neubau zurückgegangen wäre.

Herr Bürgermeister Ketemeyer: Die kleine 5 qm große Fläche, welche dem Neubau der Firma Schade hätte zugelegt werden müssen, habe der Magistrat der Firma bereits im Sommer während der Ferien der Versammlung überwiesen, weil er sich auf den Standpunkt gestellt habe, daß sich über die Höhe der Entschädigung wohl ein Ein-

verständnis werde erzielen lassen. Diese 5 qm müßten also der Firma auf jeden Fall überlassen werden. Wenn die angrenzenden 24 qm nach der Ansicht des Herrn Asmann in suspenso bleiben sollen, so möchte er fragen, wie lange dieser Zustand währen solle. Die Firma wolle das von ihr gleichfalls erworbene Haus Nr. ass. 2056 nicht etwa stehen lassen, sondern wolle das Grundstück auch neu bebauen, sodaß der Wunsch der Firma gerechtfertigt erscheine, Klarheit darüber zu erhalten, ob sie in die Lage versetzt werde, die Fläche zu erwerben oder nicht. Aus diesem Grunde müsse die Versammlung zu einem Entschlusse kommen.

Herr Schmidt: Herr Meyerhoff habe gegen den Magistrat und die Baucommission den Vorwurf erhoben, daß sie nicht so hochfliegende Pläne habe wie er. Der Magistrat möge sich seiner Haut allein wehren, aber im Namen der Baucommission möchte er deren Standpunkt dahin festlegen, daß dieselbe im Interesse der Steuerzahler möglichst sparsam zu Werke zu gehen pflege, auch wenn sich dabei nicht immer das Wünschenswerthe erreichen lasse. Da er nun noch niemals aus der Versammlung gehört habe, daß gegen diesen Standpunkt der Commission von der Mehrheit Einwendungen erhoben seien, so liege für die Commission auch keine Veranlassung vor, von ihrem Standpunkte abzugehen, sofern die Versammlung nicht meine, es könnte mit dem Gelde etwas freigebiger umgegangen werden. Hier handle es sich aber gar nicht um einen Kostenaufwand, sondern um den Tausch von Grundstücksflächen, welchen die Commission zu genehmigen bitte. Seiner Ansicht nach würde die Festlegung einer schrägen Fluchtlinie in ihrer Ausführung einen unschöneren Eindruck machen als der Vorschlag des Herrn Nieß, wie das sich bei dem Siebrecht'schen Hause und an vielen Stellen anderer größeren Städte zeige.

Herr Hauswaldt erklärt sich mit dem Magistratsvorschlage nunmehr vollständig einverstanden, nachdem er gehört habe, daß das Haus Nr. ass. 2056 auch schon zum Abbruch kommen solle.

Herr Bültmann bittet zu berücksichtigen, daß die Firma Heinr. Jacob Schade mit ihrem Neubau freiwillig zurückgegangen sei und man ihr deshalb auch Entgegenkommen zeigen müsse.

Herr Meyerhoff will noch bemerken, daß er sich nicht gegen den Austausch, sondern allein gegen die Fluchtlinie gewandt habe. Wenn Herr Schmidt sage, die Baucommission würde auf Wunsch der Versammlung flott in den Stadtsäckel greifen, so wünsche er, daß das nur geschehen möge. Da die Feststellung der Fluchtlinie hier nichts koste, so erscheine es um so wunderbarer, daß neuen Häusern gegenüber eine solche Fluchtlinie geschaffen werden solle, zumal das Stadtbauamt und die Firma Schade wohl nichts dagegen eingewendet haben würden, wenn eine Fluchtlinie von der Dompfarre bis zu dem Brennecke'schen Grundstücke gezogen wäre. Jetzt entstehe eine böse Ede, welche auch bleibe, wenn sie nach dem Vorschlage des Herrn Nieß verkleidet werden sollte.

Hierauf wird die Magistratsvorlage genehmigt.

VI. Erwerb von Flächen zur Straße „hinter der Mäsch“.

Der bischöfliche Stuhl zu Hildesheim hat von seinen beiden „hinter der Mäsch“ gelegenen Grundstücken zwei, zusammen 77 qm haltende Theilflächen, welche zur Verbreiterung der Straße nöthig sind, an die Stadt abgetreten. Die Auffassung soll sofort erfolgen, der Kaufpreis aber, dessen Bemessung demnächst nach Verhältniß der für die übrigen noch abzutretenden Flächen zu zahlenden Vergütung den städtischen Behörden überlassen ist, soll in und mit den Straßenkosten verrechnet werden. Vom Magistrate wird ersucht, den hierüber abgeschlossenen Vertrag zu genehmigen,

was auf Empfehlung der Baucommission, für die Herr Schmidt berichtet, geschieht.

VII. Verwendung der Döcker'schen Baracken.

Bei der Erörterung der Schutzmaßregeln, welche für den Fall des Auftretens der Pest in hiesiger Stadt zu treffen sein würden, ist es als dringend wünschenswerth bezeichnet worden, wenn zur Schaffung einer Beobachtungsstation für die ansteckungsverdächtigen Hausgenossen von Pestkranken die beiden der Stadt gehörenden Döcker'schen Baracken in der Nähe des Herzogl. Krankenhauses aufgeschlagen und dem Staat zur Verfügung gestellt würden. Die Behandlung der Pestkranken soll ausschließlich im Herzogl. Krankenhause erfolgen, woselbst auch die Beobachtung der in genannter Anstalt als ansteckungsverdächtig bezeichneten Personen vorgenommen werden wird. Der Magistrat erklärt sich mit diesen Vorschlägen einverstanden und giebt anheim, zu genehmigen, daß im Falle einer Pestkrankung die beiden Baracken auf dem Amalienplatze aufgeschlagen und dem Herzogl. Krankenhause zur Verfügung gestellt werden.

Ueber diese, von einer Commission nicht durchberathene Vorlage berichtet Herr Blasius, indem derselbe zunächst die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen mittheilt und in Bezug auf den für die Aufstellung der Baracken in Vorschlag gebrachten Platz es für zweifelhaft halten muß, ob sich gerade der Amalienplatz hierzu eigne. Vom sanitären Standpunkte aus sei es unbedingt zu befürworten, daß die Behandlung der Pestkranken und die Beobachtung der Pestverdächtigen in einer Hand liege und nur ein Krankenhaus sich damit beschäftige. Seiner Ansicht nach müßte auf dem großen Terrain des Herzogl. Krankenhauses so viel Platz disponibel sein, um dort die Baracken aufstellen zu können, jedoch solle nach der Meinung der Direction des Herzogl. Krankenhauses dieser Platz nicht vorhanden sein. Wenn man nun auch pestverdächtige Personen überall beobachten könne, so empfehle es sich doch, die Beobachtungsstation möglichst in der Nähe des Krankenhauses zu haben. Sollte deshalb das Terrain desselben dazu wirklich nicht ausreichen, so würde sich vielleicht ein Stück Land jenseits der Landesbahn ausfindig machen lassen. Es brauchte deshalb heute nur der Wunsch ausgesprochen zu werden, der Magistrat möchte für den Fall, daß die Baracken aufgestellt werden müssen, ein kleines

Stück Land dazu bereit halten, von dem Amalienplatze aber absehen, denn es scheint dem Sinne vieler Braunschweiger zu entsprechen, wenn die Pestbaracken möglichst weit hinausgerückt würden. Aus diesem Grunde empfehle er, die Magistratsvorlage mit dem Ersuchen anzunehmen, für die Aufstellung der Baracken einen anderen Platz auf der anderen Seite des Krankenhauses auszuwählen, sofern es nicht gelingen sollte, mit der Herzogl. Landesregierung sich über einen Platz auf dem Terrain des Krankenhauses selbst zu einigen.

Herr Rathe hält es für nöthig, mit den Baracken nach der äußersten Ecke des städtischen Gebietes zu gehen und eine Stelle auszuwählen, welche nur einen ganz geringen Verkehr habe, weil die Bevölkerung zu sehr in Angst versetzt werde, wenn man die Baracken auf einen umbauten Platz stellen wolle. Es eigne sich dazu vielleicht der Winkel in der Nähe der schwarzen Berge, wo Spierling's Fabrik stehe, oder ein Platz in der Nähe des Münzberges, denn an diesen Stellen sei die Stadt am meisten vor der Ansteckungsgefahr geschützt. Bei derartigen Epidemien müsse man recht vorsichtig zu Werke gehen und auch nur solche Ärzte zur Behandlung von Pestkranken zulassen, welche mit anderen Menschen gar nicht zusammenkommen.

Herr Ribbentrop würde es für zweckmäßig halten, die Baracken in der Nähe des Centalfriedhofes aufzustellen, damit der Transport der Leichen nicht durch die ganze Stadt stattfinden brauche.

Herr Stadtrath von Frankenberg will den beiden Vorrednern gegenüber darauf hinweisen, daß es sich nicht um Pestbaracken, sondern um Beobachtungsbaracken handle, denn die Behandlung der Pestkranken geschehe im Herzoglichen Krankenhause. In der stattgehabten Conferenz bei dem Herzoglichen Staatsministerium sei er für die Aufstellung der Baracken auf dem Grundstücke des Krankenhauses eingetreten, wäre dabei aber dem Bedenken begegnet, daß der Raum hierfür nicht vorhanden sei. Heute handle es sich weniger um sanitäre Bedenken als solche, welche auf dem Gebiete des Gefühlslebens zu suchen seien. Er habe nichts dagegen, wenn die Vorlage nur insoweit genehmigt würde, als die Baracken dem Herzogl. Krankenhause zur Verfügung gestellt werden dürften; dann würde der Magistrat sich bemühen, die aufgetauchten Bedenken hinsichtlich des Platzes zu beseitigen. Auch werde die Versammlung wohl nichts dagegen einzuwenden haben, wenn der Magistrat im Nothfalle das Zwangsenteignungsverfahren für irgend einen Platz beantragen würde.

Herr Sander ist ganz erstaunt, zu vernehmen, daß der Amalienplatz zur Aufstellung der Baracken in Aussicht genommen sei. Selbst wenn es sich um Beobachtungsbaracken handle, so werde doch die Gegend, in welcher solche stehen, dadurch ganz bedeutend geschädigt. Auch gegen die Aufstellung der Baracken in der Nähe des Pflegehauses habe er sich damals ausgesprochen. In der Nähe des Krankenhauses gebe es noch so viel unbebautes Terrain, welches näher zum Krankenhause liege, als der Amalienplatz, daß man dieserhalb gar nicht in Verlegenheit kommen könne. Man habe dort die Landesbauschule und ein vor derselben liegendes größeres unbebautes Terrain, auch das

Grundstück des Krankenhauses biete noch genügenden Raum, namentlich in dem über einen Morgen großen Dienstgarten. Der Westen der Stadt sei dem Osten gegenüber schon so benachtheiligt, daß es Unrecht sein würde, ihn durch solche Maßnahmen noch weiter zu schädigen. Er mache sich anheischig, genügendes Terrain für die Baracken herauszufinden und bitte, die Benutzung des Amalienplatzes zu solchem Zwecke abzulehnen.

Herr Asmann möchte schon deshalb warnen, den Amalienplatz zu nehmen, weil es der einzige Spielplatz im Westen der Stadt sei und dieser längere Zeit nicht als Spielplatz würde gebraucht werden können, wenn die Baracken daraufgestellt werden sollten. Selbstverständlich müssen der Stadt alle Mittel zur Verfügung gestellt werden, um einen geeigneten Platz für die Baracken zu erhalten, nur bitte er, von dem Amalienplatze abzusehen.

Herr Blasius ersucht um Annahme der Vorlage in der Richtung, daß der Magistrat gebeten werde, in der Nähe des Krankenhauses einen geeigneten Platz auszuwählen. Uebrigens lasse sich ein solcher Platz wohl erpachten, sodaß nicht zu dem Mittel der Zwangsent eignung geschritten zu werden brauche. Den Antrag auf Benutzung des Amalienplatzes bitte er abzulehnen.

Der Herr Vorsitzende bringt in Vorschlag, zu beschließen, daß die Baracken hergestellt werden, daß indessen von der Benutzung des Amalienplatzes abgesehen werden möchte und im Uebrigen dem Magistrat überlassen werde, einen geeigneten Platz für die Baracken auszuwählen, demselben zu diesem Zwecke auch genügende Geldmittel zur Verfügung gestellt würden.

Herr Rathe bittet, nicht zu sagen, daß der Magistrat von der Benutzung des Amalienplatzes absehen möchte, sondern daß der Platz zur Aufstellung der Baracken bestimmt nicht gewählt werde.

Herr Stadtrath v. Frankenberg muß es für selbstverständlich erklären, daß der Magistrat von der Verwendung des Amalienplatzes absehe, nachdem dagegen so viele Bedenken aufgetaucht seien.

Die Magistratsvorlage wird darauf in der von dem Herrn Vorsitzenden befürworteten Fassung genehmigt.

VIII. Beschaffung von Bogenlampen für den Bürgerpark.

Es hat sich herausgestellt, daß die Beleuchtung der verlängerten Hennebergstraße und des von der Bruchthorpromenade nach dem Parkhause führenden Fahrweges durch zehn Stück Spiritus-Blüchtlampen nicht ausreicht, weshalb der Restaurateur Struß gebeten hat, die Zahl der Laternen zu vermehren. Gleichzeitig hat sich derselbe erboten, in dem Falle, daß sich die Stadt zur Beschaffung von zwei an den vorhandenen Leitungsmasten anzubringenden Bogenlampen verpflichten sollte, die Beleuchtung derselben auf eigene Kosten zu bewirken. Der Magistrat hält dieses Anerbieten für annehmbar und ersucht, ihn zur

Annahme desselben zu ermächtigen, sowie für Beschaffung der beiden Lampen 307 *M.* zu bewilligen.

Namens der Finanzcommission beantragt Herr Wagner, der Vorlage zuzustimmen.

Herr Koch kann den Antrag nur mit Freuden begrüßen, weil durch denselben endlich Wandel geschaffen werde und man das Parkhaus nun auch zur Abendzeit besuchen könne. An den Magistrat möchte er die Bitte richten, die Bogenlampen recht bald anbringen zu lassen, damit sie dem Wirth und dem Publicum schnell zu Gute kommen. Auch würde er es für angezeigt halten, wenn die Parkdeputation anregte, daß auch der Stadtpark recht bald bessere Beleuchtung erhalte.

Die Magistratsvorlage gelangt sodann zur Annahme.

IX. Rückzahlung von Wasserrohrkosten in der Ackerstraße.

Nachdem der Verbrauch an Leitungswasser in der Ackerstraße derartig zugenommen hat, daß die Voraussetzungen zur Rückzahlung der von der Firma Max Züdel & Co. vorauslagten Kosten für die Legung des Wasserrohrs in der Ackerstraße vorliegen, ersucht der Magistrat, zu genehmigen, daß diese Kosten mit 4071,90 *M.* zurückgezahlt werden.

Dem Antrage wird auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr Wagner berichtet, entsprochen.

X. Anschaffung von Walzenstühlen für die Neustadtmühle.

Vor etwa Jahresfrist ist ein Walzenstuhl zum Vermahlen von Weizen in der Neustadtmühle aufgestellt worden, welcher sich gut bewährt hat. Es hat sich nun als nothwendig herausgestellt, noch drei Walzenstühle zum Vermahlen von Roggen nebst Reinigungsmaschine mit einem Kostenaufwande von 8800 *M.* zu beschaffen, um gutes und weißes Mehl zu erzielen. Den Antrag auf Bewilligung dieser Summe

empfiehlt Herr Wagner namens der Finanzcommission zur Genehmigung.

Herr Ebeling will anerkennen, daß die Neustadtmühle nicht mit solchen, der Neuzeit entsprechenden Einrichtungen versehen sei wie andere Mühlen, jedoch meine man in der Bürgerchaft vielfach, daß die Neustadtmühle ihrem jetzigen Zwecke nur vorübergehend diene und es sich mehr empfehle, dieselbe zu verkaufen, als noch größere Aufwendungen für sie zu machen. Wenn die Mühle auch mit einem kleinen Ueberschusse arbeite, so möchte er doch zunächst einmal anfragen, ob sie überhaupt viel von Mahlkunden in Anspruch genommen werde. Sollte das nicht der Fall sein, könnte man vielleicht von den hier beantragten großen Aufwendungen absehen und dem Verlaufe der nicht mehr zeitgemäß eingerichteten Mühle nähertreten.

Herr Stadtrath Haake kann die Frage, wie stark die Mühle benutzt werde, im Augenblicke nicht beantworten. Den Verkauf der Mühle könne er nicht für vortheilhaft halten, weil sie, abgesehen von der Rücklage im Reservefonds, noch einigen Ueberschuß

abwerfe und auch die Anlage des Capitals von 8800 *M.* sich gut verzinsen werde. Vielleicht lasse sich die beabsichtigte Neuanlage noch billiger herstellen, und solle deshalb noch von einer zweiten Firma ein Kostenanschlag eingefordert werden.

Herr Koch würde es im Interesse der hiesigen Bäcker bedauern, wenn die Neustadtmühle verkauft werden sollte, da sie stets ein gutes Mehl geliefert habe. Während er einer Beschaffung von Walzenstühlen für Weizen nicht zustimmen könnte, befürworte er die Aufstellung von Walzenstühlen für Roggen sehr warm.

Herr Asmann tritt für die Genehmigung der Vorlage ein. Die Mühle müsse so eingerichtet werden, wie es die Jetztzeit verlange und deshalb könne er die Bewilligung der geforderten Summe nur empfehlen. Zugleich erjuche er aber, noch bei anderen Firmen Concurrenzpreise einzuholen.

Herr Löschigt steht mit Herrn Koch auf demselben Standpunkte, und tritt für die Bewilligung der geforderten Summe ein. Da in Braunschweig zwei gleichwerthige Mühlenbauanstalten vorhanden seien, so habe er sich schon das vorige Mal gewundert, daß die zweite Firma nicht zur Abgabe einer Forderung erjucht sei und freue er sich, daß man diese Versäumniß jetzt nachholen wolle. Die Inhaber der Braunschweigischen Mühlenbauanstalt seien außerdem hier wohnhaft, während die Inhaber der anderen Bauanstalt von hier verzogen seien.

Herr Stadtrath Haake glaubt, daß im vorigen Jahre auch von der zweiten Firma eine Bewerbung eingefordert sei, wenn er dieses auch im Augenblicke nicht fest behaupten könne.

Herr Gbeling möchte der Ansicht entgegentreten, als wenn er für den Verkauf der Neustadtmühle eingetreten sei. Das treffe nicht zu, sondern er habe nur einmal hören wollen, wie die Mühle rentire. Uebrigens glaube er auch, daß an einen Verkauf nicht so leicht gedacht werden könne, weil die Wasserverhältnisse die Stadt zwingen dürften, die Mühle zu behalten.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird die Magistratsvorlage genehmigt.

XI. Aenderung des Ortsbauplanes für die Casernen- und die Humboldtstraße, sowie Erwerb von Straßenflächen daselbst.

Seit längerer Zeit sind zwischen der Militärverwaltung und dem Magistrate wegen der Regulirung der nördlichen Theilstrecke der Casernenstraße und Vergrößerung des Grundstücks der Infanteriecaserne Verhandlungen gepflogen, die schließlich dahin führten, daß sich der Magistrat bereit erklärte, nach Bereitstellung der durch den fraglichen Straßenbau und die geplante Erweiterung des Casernements dem Reichsmilitärfiscus erwachsenden Kosten, frühestens jedoch 1902, das Verfahren wegen der in Rede stehenden Straßenregulirung einzuleiten. Nach der Ansicht des Magistrates erfordert die im Ortsbauplan vorgesehene Regulirung der Casernenstraße die Beseitigung des Bierbaum'schen Wohnhauses Nr. ass. 2930, jedoch wird diese Beseitigung auch durch die Fertigstellung der

Humboldtstraße bedingt, weshalb es billig erscheine, die durch den Wegfall des Gebäudes erwachsenden Kosten beiden Straßen je zur Hälfte zur Last zu legen. Da dieses aber nur zulässig ist, wenn beide Straßen gleichzeitig ausgebaut werden, so empfiehlt es sich, auch auf den endgiltigen Ausbau der Humboldtstraße Bedacht zu nehmen. Die baldige Ausführung der beiden Straßenprojecte erscheint auch schon aus Verthehrsrücksichten und um deshalb empfehlenswerth, weil das Hauptdruckrohr des neuen Wasserwerkes am Domesee innerhalb der Casernenstraße zu verlegen ist, und eine provisorische Verlegung desselben auf der betreffenden Straße einen Mehraufwand von 10 000 *M.* verursachen würde. Um die Verlegung des Druckrohres nicht zu verzögern, sind die Bierbaum'schen Erben und der Kaufmann Rimpau ersucht worden, diese Anlage schon jetzt zuzulassen. Dieses Ersuchen ist indeß abgelehnt worden, sodaß nichts Anderes übrig bleibt, als das Recht zur Verlegung des Druckrohres im Wege des Enteignungsverfahrens zu erlangen. Bei Lage der Umstände empfiehlt es sich nach der Ansicht des Magistrats, schon jetzt auf die Erlangung dieses und des weitergehenden Rechts zur Enteignung der sämtlichen zu den beiden Straßenanlagen erforderlichen Grundflächen Bedacht zu nehmen. Wird der Stadt dieses Recht verliehen, so würde dasselbe, je nach dem Verlaufe der demnächstigen Verhandlungen, einstweilen nur mit der Beschränkung ausgeübt werden können, daß nur die Duldung der Druckrohrlegung erzwungen wird. Die endgiltige Entschliebung hierüber ersucht der Magistrat ihm zu überlassen.

Die städtische Bauverwaltung hat nun darauf hingewiesen, daß es sich empfehle, zunächst auf eine Aenderung des Ortsbauplanes Bedacht zu nehmen und zwar in der Richtung, daß im Interesse einer rechtwinkligen Einmündung der Casernenstraße in die Humboldtstraße die betreffende Fluchtlinie entsprechend geändert werde, daß ferner zu beiden Seiten der Casernenstraße auf der Strecke zwischen Humboldt- und Wiesenstraße, abgesehen von dem schon bebauten Grundstücke Nr. ass. 4728, je 3 m breite Vorgärten angeordnet werden, sowie daß der an der Südseite der Straße am Fallersleberthore jenseits des Umfluthgrabens vorgesehene Vorgarten aufgehoben und durch Festlegung einer neuen Fluchtlinie eine angemessene Abstumpfung der nordwestlichen spitzen Ecke am Einlaß der Humboldtstraße in die Giesmaroderstraße erzielt werde. Vom Magistrate werden diese Aenderungen für zweckmäßig gehalten. Im Falle allseitiger Genehmigung des Projectes würden zu enteignen sein: zur Casernenstraße: 13,79 a vom Bierbaum'schen Grundstücke, 8 qm vom Lindenzweig'schen Grundstücke, 9,44 a vom Rimpau'schen Grundstücke, 1,24 a vom Majeberg'schen Grundstücke und 7 qm von der Infanteriecaserne; zur Humboldtstraße: 28,80 a vom Bierbaum'schen Grundstücke.

Indem sich der Magistrat vorbehält, die Straßenbauprojecte nebst den Kosten- und Vertheilungsberechnungen vorzulegen, ersucht derselbe, die vorgedachten Aenderungen des Ortsbauplanes zu genehmigen und dem Erwerbe der vorbezeichneten Flächen im Wege der Zwangsent eignung zuzustimmen, sofern die Aenderung des Ortsbauplanes auch die ministerielle Genehmigung findet.

Wie Herr Bültemann berichtet, empfiehlt die Baucommission die Genehmigung dieser Vorlage.

Herr Rathe begrüßt die Beseitigung dieser „Mausefalle“ mit Freuden und will nur dem Wunsche Ausdruck geben, daß der Magistrat bei Abschließung des Vertrages mit der Militärverwaltung möglichst auf die Anlegung von Wasserlosets seitens derselben halten möchte, damit der entsetzliche Dunst aus der Casernenstraße beseitigt würde.

Die Magistratsvorlage wird darauf angenommen.

XII. Instandsetzung der Fußwege eines Theiles der Sophienstraße.

Die Anwohner der Sophienstraße zwischen Cammann- und Juliusstraße haben gebeten, die Fußwege dieser Straßenstrecke mit Mosaikpflaster zu belegen und mit Bäumen zu bepflanzen. Für einen 1,5 m breiten Mosaikbelag aus Basalt würden die Kosten insgesamt 5100 *M.* und danach die Anliegerbeiträge 10,85 *M.* für 1 m Frontlänge betragen. Der Magistrat giebt anheim, das Project nebst der Kosten- und Vertheilungsberechnung zu genehmigen und die zur Beschaffung von 50 Stück Rothdornen nebst Einfriedigungen zc. erforderlichen 1800 *M.* zu verwilligen.

Nach dem Berichte des Herrn Schmidt kann sich die Baucommission nur für den ersten Theil der Vorlage erwärmen und muß sich aus praktischen Gründen gegen die Anpflanzung von Bäumen an dieser Straße erklären, weil die Bewilligung der dafür geforderten Summe zu massenhaften Verurtheilungen führen würde. Wenn man bei einer solchen, nur 13,70 m breiten Straße diesem Antrage zustimmte, würde man einen gleichen Antrag bei keiner Straße mehr ablehnen können. Obwohl der Magistrat mit Rücksicht auf die geringe Breite der Straße vorschläge, Rothdornen zu pflanzen, welche nur einen kleinen Schatten werfen, so hätten Bäume an der Straße doch so mancherlei Uebelstände im Gefolge, wie Verdunkelung der Wohnungen, Heranziehen von Ungeziefer, Spettakel der Sperlinge zc. (Widerspruch), daß es sich nicht empfehle, auch an engen Straßen Bäume zu pflanzen. Die Sperlinge machten thatsächlich einen so entsetzlichen Lärm, daß er manchmal bedauere, an der Promenade zu wohnen. Aus allen diesen Gründen könne sich die Baucommission für die Anpflanzung von Bäumen nur dann erklären, wenn die Anlieger die Hälfte der Kosten trügen.

Herr Blasius bittet, auch die Anpflanzung der Bäume zu genehmigen. Er möchte wünschen, daß die Möglichkeit gegeben würde, an jeder Straße aus städtischen Mitteln Bäume anpflanzen zu können, wenn dieselben auch so gehalten werden müßten, daß sie die Häuser nicht zu sehr verdunkeln. Die Parks und die Bäume seien die Lungen einer Stadt, welche man erhalten müsse.

Herr Alßmann ersucht, den Wünschen der Anlieger Rechnung zu tragen, da die Plagen der Herren, welche an den Promenaden wohnen, wohl nicht so schlimm sein würden, wie sie Herr Schmidt schildere. Er glaube wenigstens nicht, daß die Promenadenbewohner mit den Anwohnern des Nidelnkufles tauschen würden. Vor dem Wilhelm-

thore habe man fast noch gar keine Straßen mit Bäumen und könne man schon aus diesem Grunde den dortigen Bewohnern entgegenkommen.

Herr Ebeling will noch darauf hinweisen, daß die Anwohner der Sophienstraße als besonderen Grund für ihren Wunsch die ausgezeichnete Perspective angeführt haben, welche die Bäume von der neuen Brücke aus abgeben würden. Wenn nun die Bewohner des Westens der Stadt einmal einen so bescheidenen Wunsch äußern, so möge man ihn auch erfüllen.

Herr Bauermeister möchte bemerken, daß die Baucommission auch mit von dem Grundsätze ausgegangen sei, das Trottoir sei zu schmal und die Bäume würden mit ihrer Umgitterung ungünstig auf den Straßenverkehr einwirken. Wenn die Anlieger aber trotzdem Bäume haben wollten, möchten sie auch ihr Scherflein zu den Kosten beitragen.

Herr Bültemann will diese Auffassung bestätigen und weiter darauf hinweisen, daß die Bezahlung der Bäume aus städtischen Mitteln zu vielen Verusungen führen und die Anlieger anderer Straßen veranlassen würde, ebenfalls Bäume zu verlangen.

Herr Ebeling kann nicht anerkennen, daß die Sophienstraße für die Anpflanzung von Bäumen zu schmal sei, weil viele andere Straßen mit geringerer Breite Baumreihen haben, wie die Kastanienallee, die Bismarckstraße u. a.

Herr Blasius würde es nicht für ein Unglück halten, wenn noch recht viele Straßenanlieger um Anpflanzung von Bäumen bitten würden. Die Stadt habe Millionen unter der Erde verbraucht und könnte nun auch einmal etwas für die Straßenoberfläche thun. Er beantrage deshalb, die Magistratsvorlage im vollen Umfange anzunehmen.

Herr Bültemann will dem gegenüber darauf hinweisen, daß bei der Anlage neuer Straßen die Kosten der Baumpflanzungen mit in die Baukosten eingerechnet und von den Unternehmern getragen werden, während hier die Stadt die ganzen Kosten übernehmen solle. Das sei eine Ungerechtigkeit und halte er für richtig, wenn die Anlieger wenigstens die Hälfte der Kosten trügen. Gegen Baumpflanzungen in den Straßen sei er durchaus nicht, sondern nur dagegen, daß der Eine sie umsonst bekomme, während sie der Andere bezahlen solle.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird die Magistratsvorlage im vollen Umfange genehmigt.

XIII. Ausbau eines Theiles des Altstadtringes.

Nachdem das zur Anlage des Altstadtringes zwischen Madamenweg und Kreuzstraße erforderliche Terrain stadtseitig erworben ist, hat die städtische Baubewaltung ein Project ausgearbeitet, nach welchem die 12 m breite Fahrbahn mit Kleinpflaster befestigt werden und jeder der beiden je 6 m breiten seitlichen Fußwege einen 2,10 m breiten Plattenbelag und eine Baumreihe erhalten sollte. Dabei waren die Grunderwerbskosten zu 48000 M., die Baukosten zu 33000 M. und die Anliegerbeiträge zu 248 M. für

Im Frontlänge veranschlagt worden. Mit Rücksicht darauf aber, daß dieses Straßenbild ohne Frage eintönig wirken muß, hat die städtische Bauverwaltung auf Veranlassung des Magistrates zur Erzielung einer gefälligeren Querausbildung des Straßenkörpers weitere Lösungen versucht. Der Magistrat giebt von den verschiedenen Projecten demjenigen den Vorzug, nach welchem an jeder Außenseite ein 3 m breiter, mit einem 2,10 m breiten Plattenbelage versehener Fußweg, in der Mitte der Straße ein 4 m breiter grandirter, in der Mitte mit einer Baumreihe beplanzter Promenadenweg und zu beiden Seiten des Letzteren eine je 7 m breite, mit Kleinpflaster befestigte Fahrbahn hergerichtet werden soll. Die Baukosten würden bei dieser Anordnung 39 000 *M.* und die Anliegerbeiträge 266,14 *M.* betragen. Der Magistrat ersucht, dieses Project nebst Kosten- und Vertheilungsberechnung zu genehmigen.

Nach dem Berichte des Herrn Bültemann stimmt die Baucommission dem Antrage des Magistrates zu und giebt dessen Genehmigung anheim.

Herr Meyerhoff muß die Anlegung einer Baumreihe in der Mitte des Promenadenweges, der nur 4 m breit werden solle, für verfehlt halten, da die Leute bei stärkerem Verkehre dann schlecht ausbiegen können. Sollte sich nicht an jeder Seite des Weges ein Baum anbringen lassen, dann müsse er bitten, auf das erstere Project zurückzugreifen.

Herr Bültemann will darauf aufmerksam machen, daß die Bäume 10 m weit auseinander zu stehen kommen und die Passanten bei einer Wegebreite von 4 m sehr wohl im Stande seien, sich auszubiegen. Außerdem gebe es auch noch zu beiden Seiten der Straße Wege, welche wahrscheinlich am meisten benutzt werden würden.

Herr Nieß bittet, das Project mit dem Anheimgenben zu genehmigen, daß die Bäume an die beiden Seiten des Mittelweges, aber nicht rechtwinklig, sondern schräg zu einander gepflanzt werden, dann bleibe die Mitte des Weges ganz frei.

Herr Bürgermeister Ketemeyer bemerkt, diese Frage sei auch schon erwogen, die städtische Bauverwaltung habe aber darauf hingewiesen, daß solche Anordnung der Bäume ihre Bedenken insofern habe, als man bei dieser Ringstraße auf die spätere Anlegung einer Straßenbahn Rücksicht nehmen müsse. Verlege man nämlich die Straßenbahn auf die eine Seite des Mittelweges, so können sich die Bäume nicht ausdehnen, weil sie sonst mit den Masten und Drähten der Straßenbahn in Conflict geräthen. Aus diesem Grunde sei der Magistrat auf den vorbezeichneten Ausweg verfallen. Ideal sei der Zustand durchaus nicht, aber wenn es nicht so gemacht werde, bleibe nichts Anderes übrig, als das gewöhnliche Project der Ringstraße am Leonhardsplatze, wo man einen ungeheuer breiten Fahrweg und zwei Fußwege habe, deren Unterhaltung sehr viel koste, auch hier durchzuführen. Das Straßenbild sei aber jedenfalls schöner, wenn in der Mitte der Straße ein Promenadenweg liege. Richte man auf jeder Seite der Straße einen 3 m breiten Laufweg ein, so könnten sich die Passanten wohl genügend auf der Straße bewegen, und bis dahin, daß die Bäume in der Mitte des Promenadenweges

solchen Umfang gewonnen haben, daß die Fußgänger keinen Platz zum Ausbiegen mehr haben, fließe noch viel Wasser vom Berge herunter. Da es sich hier auch nur um eine sehr kurze Strecke handle, so würde es außerdem kein Unglück sein, wenn sich hinterher herausstellte, daß die Einrichtung für den Verkehr nicht so vortheilhaft wäre. In solchem Falle würde die nächste Strecke eben anders gemacht und gereiche ein Wechsel des Straßenbildes einer Stadtgegend durchaus nicht zum Nachtheile. Es empfehle sich deshalb, dem Versuche zuzustimmen, jedoch werde sich der Magistrat auch einem anderen Beschlusse der Versammlung nicht widersetzen.

Herr Blasius ist der Vorschlag des Herrn Nieß ganz sympathisch. Wenn demnächst einmal die elektrische Bahn auf jener Straße angelegt werden sollte, würden die Bäume schon so hoch sein, daß sie durch die elektrische Bahn keinen Schaden mehr nehmen könnten.

Herr Meyerhoff möchte vorschlagen, den Mittelweg als solchen ganz wegzfallen zu lassen und an dessen Stelle gärtnerische Anlagen zu bringen. (Widerspruch.) In anderen Städten finde man solche Anlagen, welche mit Baumanpflanzungen streckenweise wechseln könnten, sehr viel und kosteten dieselben nicht mehr als die Bäume, auch sei es für die Anwohner und die Passanten erquicklicher, auf solche Anlagen, als immerfort auf Baumreihen zu sehen. Beispielsweise nehme sich die Humboldtstraße sehr schön aus. Er empfehle deshalb, auf dieser kleinen Strecke einmal den Versuch mit gärtnerischen Anlagen zu machen.

Herr Ebeling tritt für die Durchführung der Magistratsvorlage ein. Wenn man die Bäume an beiden Seiten des Promenadenweges aufstelle, so bleibe für den Fuhrwerksverkehr bei einer Breite der beiden Fahrwege von je 7 m nur sehr wenig Raum, namentlich wenn später die Straßenbahn noch dazukommen sollte. Da nun auch eine Baumreihe in der Mitte des Promenadenweges einen größeren landschaftlichen Reiz habe, als wenn die Bäume an beiden Seiten je 20 m auseinander stehen, so empfehle er, der Magistratsvorlage zuzustimmen.

Herr Löschigt giebt der Magistratsvorlage ebenfalls den Vorzug. Für den Fußgängerverkehr bleibe genügender Platz vorhanden, auch wenn die Bäume in der Mitte des Weges ständen, und das Publicum würde dadurch auch einmal angehalten, rechts zu gehen.

Herr Bültemann empfiehlt nochmals die Genehmigung der Magistratsvorlage, da auf dem Promenadenwege Raum genug zum Ausbiegen verbleibe.

Herr Schmidt hält den Wunsch des Herrn Nieß nicht für durchführbar, weil die Bäume 75 — 80 cm von der Bordkante entfernt bleiben müssen und dann zu wenig Raum für den Fußgängerverkehr vorhanden sei.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird die Magistratsvorlage im vollen Umfange genehmigt und der Antrag des Herrn Nieß abgelehnt.

XIV. Ausbau eines Theiles des Hofestieges.

Mit dem Ausbau des Altstadtringes kann zweckmäßigerweise auch die Instandsetzung der 11 m langen westlichen Theilstrede des Hofestieges erfolgen. Nach der Kosten- und Vertheilungsberechnung sind die Kosten des Straßenbaues zu 2800 *M.* und die Anliegerbeiträge zu 134,⁶² *M.* für 1 m Frontlänge ermittelt worden, während die Kosten des zu verlegenden Straßencanals zu 250 *M.* veranschlagt worden sind. Dem Antrage des Magistrates, dieses Project nebst der zugehörigen Kosten- und Vertheilungsberechnung zu genehmigen und gleichzeitig die Kosten für den Straßencanal mit 250 *M.* zu verwilligen, stimmt die Versammlung auf Empfehlung des Herrn Bültemann zu.

XV. Aenderung des Projectes über den Ausbau des Burgplatzes.

Unter Bezugnahme auf die bei Punkt XIX der vorigen Tagesordnung behandelte Magistratsvorlage — Seite 139 des Berichtes — führt Herr Bürgermeister Ketemeyer aus, daß die Herzogl. General-Hofintendantur Werth darauf lege, den an der Westseite der Burg Dantwarderode vorhandenen Fahrweg entsprechend verbreitert zu sehen, und sich bereit erklärt habe, die Kosten hierfür zu übernehmen. Da Magistrat und Versammlung nur wegen der Kosten von der Verbreiterung des Fahrweges abgesehen haben, so nehme er an, daß die Versammlung unter diesen Verhältnissen gegen die Verbreiterung nichts einzuwenden habe.

Die Versammlung stimmt dieser Annahme zu.

XVI. Antrag Bültemann und Löschigt: Umbau von Abfuhrwagen.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle der Straßenreinigungsdeputation 3000 *M.* bewilligen, um die Rehricht-Abfuhrwagen schleunigst umbauen zu können.“

Zur Begründung führt Herr Bültemann aus, daß die Beseitigung der jetzigen geräuschvollen Abfuhrwagen wohl Jedermann wünsche. Da nun ein Theil derselben reparaturbedürftig geworden sei und Herr Bürgermeister Ketemeyer eine Construction von Abfuhrwagen erfunden habe, welche man geradezu ideal nennen könne, so erbitte sich die Deputation 3000 *M.*, um die zehn fogen. Donnerwagen umbauen lassen zu können. Die neuen Wagen würden mit einer Decke aus wasserdichtem Stoffe versehen, wodurch auch das lästige Stäuben während des Transportes vermieden würde.

Die Versammlung erklärt sich für sofortige Berathung des genügend unterstützten Antrages.

Herr Meyerhoff will nur seiner Freude Ausdruck geben, daß die Kanonenwagen endlich beseitigt werden sollen.

Herr Blasius möchte sich dafür aussprechen, den Antrag einer Commission zur Vorberathung zu überweisen, da die neue Construction nicht allen Stadtverordneten be-

kannt sein werde und es möglicherweise andere Constructionen geben könne, welche noch praktischer seien. Da die Sache eine so fliegende Eile nicht haben werde, könne eine Commissionsberathung der Beschlußfassung wohl voraufgehen.

Herr Löschigk ist Jedem dankbar, welcher der Deputation Winkte in Bezug auf eine Verbesserung der Wagenconstruction geben könne. Es sei das Mögliche geschehen, um den Scandal in der Stadt zu vermeiden, welchen die schweren Wagen verursacht haben, und müsse er sich wundern, daß Herr Meyerhoff nicht bemerkt habe, daß die Wagen nicht mehr über den Bohsweg fahren. Durch die neue Construction werde nicht nur das betäubende Geräusch der jezigen Wagen vermieden, sondern es falle bei dem Abladen auch die gewaltige Staubbildung fort. Leider habe sich die Bestimmung, daß der Kehricht nur angefeuchtet in die Müllkästen auf die Straße gestellt werden solle, nicht durchführen lassen, sodaß bei dem Auf- und Abladen desselben meist ein entsetzlicher Staub entstehe, welcher durch diese Wagenconstruction möglichst vermieden werde. Durch Annahme des Blasius'schen Antrages würde nur eine Verzögerung verursacht werden, welche vermieden werden müsse, weil sonst verschiedene Wagen einer Reparatur zu unterziehen seien, deren Kosten sich bei sofortiger Annahme des Antrages vermeiden ließen. Außerdem seien die Handwerker, welche die Wagen umbauen sollten, jetzt gerade frei und könnten sofort mit der Arbeit beginnen. Es handle sich nicht etwa um die Beschaffung neuer Wagen, sondern es sollten auf die alten Unterwagen nur neue Oberwagen gestellt werden. Nach den angestellten Versuchen zu schließen, würde man eine bessere Wagenconstruction kaum erhalten, weshalb er bitte, dem vorliegenden Antrage sofort zuzustimmen.

Herr Wollenweber kann sich nicht denken, daß sich die Umgestaltung der zehn Wagen mit 3000 *M.* werde machen lassen. Sollte es sich nur um eine oberflächliche Reparatur handeln, welche in einigen Jahren wieder neue Ausgaben im Gefolge habe, so würde er es für besser halten, gleich ganz neue Wagen zu beschaffen. Die sogenannten Kanonenwagen müßten ganz aus der Welt geschafft werden.

Herr Blasius will nochmals ersuchen, mit der Beschlußfassung zu warten, weil die Versammlung gar nicht in der Lage gewesen sei, sich über die Construction der verschiedenen Wagen zu informiren. Wenn die jezigen Wagen so lange gehalten haben, würden sie wohl auch noch weitere vier Wochen halten.

Herr Bültemann bittet nochmals dringend, seinem Antrage sofort zu entsprechen. Es handle sich nicht um die Unterwagen, welche tadellos seien, sondern um die Wagenkasten. Man habe so viel Wagenmaterial aus anderen Städten beschafft, aber nichts gefunden, was ebenso einfach und ebenso praktisch sei, wie gerade diese Construction, deshalb könnte die geforderte Summe auch unbedenklich bewilligt werden.

Herr Bürgermeister Ketemeyer glaubt, von der bisherigen Gepflogenheit des Magistrates, zu Anträgen aus der Versammlung nicht sofort Stellung zu nehmen, hier einmal abweichen zu sollen, weil sich der Magistrat schon mit der Sache befaßt und be-

schlossen habe, eine entsprechende Vorlage einzubringen. Gegenüber den Bedenken des Herrn Blasius möchte er nur darauf hinweisen, daß die verschiedenen Constructionen von Abfuhrwagen ihm bekannt seien und alle darauf hinauslaufen, die Bewohnerschaft anzuhalten, Gefäße von ganz bestimmter Größe zu verwenden, was sich schwer durchführen lasse. Während bei allen anderen, meist sehr complicirten Constructionen das Entladen der Wagen unendlich erschwert sei, stehe er auf dem Standpunkte, daß man die heilige Verpflichtung habe, die furchtbare Arbeit des Entladens der Wagen so schnell wie möglich zu gestalten. Das Princip dieses, von ihm übrigens nicht allein erfundenen Wagens beruhe darauf, daß der Langwagen unter dem Kasten wegfalle, sodann sich auf einen Ruck mehrere Klappen in dem sonst festen Kasten öffnen und aus diesen der Müll nach unten falle. Der Mann brauche hierbei nicht einmal neben dem Wagen zu stehen, sondern könne von demselben zurüdtreten. Im Interesse der Arbeiter würde es jedenfalls liegen, daß solche Wagen recht bald beschafft würden, selbst wenn es noch bessere Constructionen geben sollte.

Herr Rieke möchte ebenfalls ersuchen, dem Antrage sofort zuzustimmen. Es handle sich hier um eine so einfache Sache, daß er nicht begreife, wie man daran so lange herumtüsteln könne. Uebrigens bitte er, nicht nur den Bohlweg, sondern auch die Kuhstraße von dem Donner der Kanonenvagen zu befreien, da die hier wohnenden Leute das Geräusch auch nicht haben möchten.

Herr Löschigk will noch besonders hervorheben, daß die Deputation großen Werth darauf lege, geschlossene und zugleich dichte Wagenkasten zu haben, welche Eigenschaften die bisherigen Wagen nicht besaßen hätten.

Der Antrag Bültemann wird darauf angenommen.

XVII. Anfrage Rieke: Ausbesserung der Bammelsburgerbrücke.

Die Anfrage:

„Ist der Magistrat bereit, die Bammelsburgerbrücke resp. deren sehr schadhafte Belag, der in seinem jetzigen Zustande sehr leicht zu Unglücksfällen Anlaß geben kann, noch vor Eintritt des Winters in ordnungsmäßigen Zustand zu versetzen?“ begründet Herr Rieke damit, daß die Brücke, auch wenn sie bald durch eine Vollbrücke sollte ersetzt werden, in ihrem jetzigen traurigen Zustande nicht länger verbleiben könne, weil man Gefahr laufe, daß die Kinder mit ihren Füßen in die Löcher des Bohlenbelages gerathen und sich verletzen. Außerdem empfehle es sich, aus der Umgebung der Brücke die stehenden Sümpfe zu entfernen.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, daß die städtische Bauverwaltung veranlaßt werden solle, sofort das Nöthige zu veranlassen.

Damit wird die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis gegen 7 Uhr.

Bericht
über die
Festversammlung
des
Magistrates und der Stadtverordneten
zu
Braunschweig
im
Saale des neuen Rathhauses
am
27. December 1900,
Mittags 12 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Anwesend: Die Mitglieder des Stadtmagistrats und der Stadtverordneten-Versammlung; ferner die Herren Wirkl. Geh. Rath Hartwig, Excellenz, Wirkl. Geh. Rath Dr. jur. Triep s und Kreisdirector Langerfeldt als Ehrengäste, sowie der Erbauer des Rathhauses, Herr Stadtbaurath Winter, die Mitglieder der Armentdirection, die Armenbezirksvorsteher, die Directoren der städtischen Schulen und die städtischen Hülf s- und Unterbeamten.

Die Versammlung wird von Herrn Oberbürgermeister Dr. jur. Pockels mit folgender Ansprache eröffnet:

„Die Sitzung ist eröffnet; sie gilt der Einweihung dieses Saales, mit dessen Fertigstellung unser Rathhausbau seinen Abschluß, der lang ersehnte Wunsch nach einer würdigen Stätte für die Thätigkeit der städtischen Verwaltung seine Erfüllung gefunden hat. Es ist deshalb der heutige Tag für uns ein Tag der Freude; er sei uns aber auch ein Tag der Sammlung!

Lob, Preis und Dank vor Allem dem allgütigen Gotte, der uns bei der schwierigen Errichtung dieses umfangreichen Baues vor jeglichem Unfalle gnädiglich bewahrt hat.

Zur Ehre der Stadt, zum Stolze der Bürgerschaft steht unser Rathhaus da, ebenso hervorragend schön in seiner äußeren Gestaltung, wie zweckentsprechend in seiner inneren Einrichtung: ein glänzendes Zeugniß dessen, was heimische Baukunst, heimisches Handwerk und heimisches Gewerbe zu leisten vermögen. Es ist uns eine liebe Ehrenpflicht, vollste Anerkennung zu zollen und wärmsten Dank abzustatten dem genialen Schöpfer und zielbewußten Leiter dieses prächtigen Baues. Dank sei auch dargebracht allen Denen, die ihm bei Durchführung seines Werkes treu geholfen haben; herzlich gedankt endlich sei dem edelsinnigen Bürger, der in diesen Rathhausbau die kostbare, aus der Blüthezeit niederächsischen Stadtlebens stammende Ausstattungsgegenstände einer ehemaligen Braunschweiger Rathsstube in reicher Verjüngung hat einfügen lassen.

Es bildet unser Rathhausbau ein Denkmal der Zeit, in der unsere altehrwürdige Stadt unter dem Schirm einer weisen und huldvollen Staatsregierung zu kräftiger Entwicklung und zu neuem Aufschwunge gelangte; er

ist ein Wahrzeichen der gegenwärtigen Stärke unseres Gemeinwesens, die auf dem Boden einer freien Stadtverfassung sich entwickeln konnte durch die opferbereite Theilnahme seiner Bürger an den städtischen Angelegenheiten.

Der Stadt zu Ruh' und Frommen ist unser Rathhaus errichtet; es sollen in ihm berathen und geleitet werden die ferneren Geschicke unserer lieben Stadt; dem Wohle der Stadt soll die Arbeit dienen, die hier verrichtet werden wird.

Meine hochgeehrten Herren! An uns und an Denen, die nach uns hierher kommen werden, liegt es, die Bedeutung dieses Baues zu erhalten und zu pflegen, seinen Werth zu erhöhen. Wie er uns mahnen soll, gewissenhaft Wacht zu halten, daß in ihm die Wohlfahrt der Stadt sicher und gut geborgen sei; wie wir an unserer Seite geloben wollen, daß unsere Arbeit — in Treue zu dem erhabenen Träger der Staatsgewalt — der Ordnung, der Gerechtigkeit und der gleichen Liebe zu allen Kreisen der Bürgerschaft gewidmet sein solle, so sei er auch den künftigen Geschlechtern eine ernste Mahnung zur festen Treue gegen die Stadt und zur sorglichen Pflege ihres Wohles. — In seinen Räumen walte immerdar echter Bürgersinn; er sei und bleibe eine Stätte der Eintracht; er biete den Jahrhunderten Trost und blicke stets auf friedliche Zeiten, auf eine zufriedene Bürgerschaft. Das walte Gott!

Das Wort hat Se. Excellenz, der Herr Wirkliche Geh. Rath Hartwig^a.

Herr Wirkl. Geh. Rath Hartwig, Excellenz:

„Hochgeehrter Herr Oberbürgermeister! Meine hochgeehrten Herren!

Ich möchte zunächst dem Bedauern Ausdruck geben, daß der Herr Staatsminister Dr. jur. von Otto behindert ist, an diesem Tage selbst als Vorsitzender des Herzoglichen Staats-Ministeriums den städtischen Behörden seinen Glückwunsch auszusprechen. Er bedauert dieses selbst um so mehr, als er vor seinem Eintritt in das Staats-Ministerium lange Jahre der Stadtverordneten-Versammlung als Mitglied und auch als Vorsitzender angehört hat. An seiner Stelle und zugleich als dasjenige Mitglied des Staats-Ministeriums, das zunächst mit der Oberaufsicht über die Angelegenheiten der Gemeinden betraut ist, erlaube ich mir, heute den Wünschen des Staats-Ministeriums Ausdruck zu geben.

Eine fürsorgende Staatsregierung nimmt Theil an dem Wohl und Wehe aller einzelnen Gestaltungen innerhalb des Staatsorganismus; um so mehr fühlen wir es an diesem Tage als eine dringende Nothwendigkeit, der Stadt Braunschweig von Herzen unseren Glückwunsch auszusprechen. Meine hochgeehrten Herren, ich glaube wohl nicht auf Widerspruch stoßen zu können, wenn ich sage, daß die aufsichtführenden Organe der Regierung stets bemüht gewesen sind, in voller Schonung und Wahrung der durch die Verfassung und die

Städte-Ordnung den städtischen Organen gewährleisteten freien Selbstständigkeit, sich vor jedem unnöthigen Eingriffe in die städtische Verwaltung zu hüten, und ich glaube versprechen zu können, meine Herren, daß dieser Grundsatz auch fernerweit von der Staatsregierung immer als oberster Grundsatz angesehen und beobachtet werden wird. Andererseits muß ich mit voller Bereitwilligkeit anerkennen, daß die städtischen Behörden innerhalb der ihnen gesetzten Schranken bei der Verwaltung der Stadt und bei der Berathung ihrer Angelegenheiten sich lediglich und stets haben leiten lassen von der Rücksicht auf das Wohl der Gesamtheit.

Meine Herren! Ich habe ebenso oft Anlaß gehabt, die Sachlichkeit, die Schnelligkeit und die Gründlichkeit der Verhandlungen der Stadtverordneten zu bewundern, wie die der Executive des Magistrates, an dessen Spitze die Stadt Braunschweig einen Mann gesetzt hat, den wir unbestritten als ein erstes organisatorisches Talent bezeichnen dürfen. M. H. Die städtische Verwaltung bezieht heute ein neues Heim, das bis in die fernsten Zeiten den Ruhm seiner Erbauer verkünden wird. Ich glaube mich nicht zu irren, daß von den todtten Inventarstücken nur wenige mit hinüber genommen sind in die neuen Räume, aber, m. H., das geistige, ideale Inventar, mit dem Sie in den früheren Räumen gearbeitet haben, dieses Inventar, d. h. die völlige selbstlose Hingabe an das Ganze, die treueste Pflichterfüllung vom Oberhaupt bis herunter zum geringsten Diener, dieses geistige Inventar nehmen Sie mit hinüber in die neuen Räume, und mit diesem geistigen Inventar ausgerüstet wird unter dem Schutze der Regierung für das Wohl der Stadt weiter gearbeitet werden.

Mögen alle Berathungen, die hier gepflogen, alle Beschlüsse, die hier gefaßt, alle Maßnahmen, die hier getroffen werden, recht erspriechlich sein und das wahre Wohl der Stadt fördern! Das ist der herzliche, innige Wunsch, den das Herzogliche Staats-Ministerium den städtischen Behörden ausspricht. Der allmächtige Gott gebe dazu seinen reichsten Segen!"

Herr Oberbürgermeister Dr. jar. Pockels:

"Ew. Excellenz bitte ich im Namen der städtischen Behörden und der gesamten Bürgerschaft, den verbindlichsten Dank entgegennehmen zu wollen für die schönen und warmen Worte, mit denen Sie uns soeben im Namen der hohen Staatsregierung zu unserm neuen Heim beglückwünscht haben.

Und so sei denn dieser Saal, der Mittelpunkt des gesamten öffentlichen Lebens unserer Stadt, mit heißen Segenswünschen seiner Bestimmung übergeben! Ich ersuche den Herrn Vorsitzenden der Stadtverordneten-Versammlung, von ihm Besitz zu ergreifen".

Herr Stadtverordnetenvorsteher, Justizrath Semler:

„Namens der Stadtverordneten-Versammlung nehme ich Besitz von diesem Saale, indem ich der Hoffnung Ausdruck gebe, daß die soeben von unserm verehrten Herrn Oberbürgermeister und von Sr. Excellenz dem Herrn Minister ausgesprochenen Wünsche sich erfüllen mögen. Es befeelt mich ein stolzes Gefühl in dem Gedanken, daß wir von nun an in diesem herrlichen Bau unseres Amtes walten werden. Wie Sie wissen, waren die Ansichten über Art und Umfang der Ausführung dieses Hauses anfangs getheilt; allein nachdem wir in Gemäßheit der von den städtischen Behörden gefaßten Beschlüsse dieses Bauwerk habe entstehen sehen, giebt es keine Meinungsverschiedenheit mehr: wir Alle sind heute freudig bewegt, daß wir dieses Merkzeichen einer glücklichen Entwicklungsperiode unserer Vaterstadt Dank der genialen Schöpfungskraft des Stadtbauraths Winter jetzt das unsrige nennen dürfen.

Wenn wir alten Braunschweiger an unsere Jugend zurückdenken, an die Stadt mit 45 000 Einwohnern, an die — sit venia verbo — stinkenden Gassen, an die Beleuchtungskörper in Gestalt von über die Straße gezogenen Dellampen, welche die einzige Straßenbeleuchtung bildeten, an die Piepenbrüderschaften, welche die Wasserversorgung der Stadt in ihre Obhut genommen hatten, und schließlich an die Stadtverwaltung selbst, die in übergroßer Sorge vor Ueberlastung der Armenkasse jeden Zugang von Außen zu verhindern suchte, so müssen wir sagen: es ist ein erfreuliches Bild, welches uns in den letzten Decennien der Aufschwung Braunschweigs bietet. Unter dem Schutze eines mächtigen Reiches konnten wir die Segnungen des Friedens genießen: Industrie und Handel blühten auf und mit der steigenden Einwohnerzahl hob sich Wohlstand und Steuerkraft. Wir hatten das Glück, an der Spitze der städtischen Verwaltung einen Magistrat zu sehen, der die großen Aufgaben, wie sie das raiche Aufblühen eines Gemeinwesens mit sich bringt, verstand und zu lösen wußte. Und von uns, meine Herren Stadtverordneten, darf ich sagen, daß wir redlich bemüht waren, nach bestem Wissen und Können unsere Pflicht zu thun. Wir mögen geirrt haben, aber wir fordern die Anerkennung, daß niemals aus unlauteren Motiven unsere Beschlüsse entsprangen, sondern stets das Gemeinwohl die Richtschnur unseres Handelns bot. So wollen wir auch ferner es halten.

Gebe der Himmel, daß der Gemeinfinn in der Bürgerschaft Braunschweigs sich hält und erstarkt, das Gefühl der Dankbarkeit für all das Gute, welches die Heimathstadt uns bietet, die Erkenntniß ihrer Vorzüge, welche nicht das Fremde verachten läßt, aber auch nicht gestattet, daß man über die heimischen Institutionen nur die Nase rümpft und es nirgends so zurückgeblieben findet wie zu Hause. Die Liebe zur Heimath ist die natürliche, gesunde Grundlage

jedes wahren Patriotismus. Wer die Welt beglücken will, der fange im kleinen Kreise an. Wir sind nicht Alle zu Weltstürmern berufen und wer sich zu hohe Ziele steckt, verliert nur zu häufig die Fähigkeit, seine Kraft im wahren Interesse seiner Mitmenschen zu gebrauchen. Weise Beschränkung verbürgt auch hier den Erfolg. Wer als Armenpfleger sich seiner bedrängten Mitbürger annimmt, nützt seiner Vaterstadt mehr, als Derjenige, welcher sich in philosophischen Betrachtungen über das in diesem ganzen irdischen Sammerthale herrschende Elend ergeht.

So lange die freundige Bethätigung des practischen Gemeinfinnes uns bleibt, können wir die uns durch unsere Gesetzgebung verbürgte Selbstverwaltung, die hochzuhalten wir in einer Zeit alle Veranlassung haben, wo sich die Idee eines modernen Imperialismus breit macht, im Interesse des Ganzen ausnützen und die Lösung der mannigfachen socialpolitischen Aufgaben, welche die Zukunft uns bringen wird — ich erinnere nur an die Bekämpfung des Bodenvuchers und an die Wohnungsfrage — erhoffen. Daß die schon jezt nicht unerhebliche finanzielle Belastung der Stadt uns hindern wird, an die Lösung anderer Aufgaben heranzutreten, brauchen wir nicht zu fürchten, denn die weitere Ausnützung der Steuerkraft und das fernere Aufblühen der Stadt, sowie eine weise Sparsamkeit werden auch diese Schwierigkeiten überwinden lassen und zu stetem Fortschritt befähigen.

Lassen Sie uns vertrauensvoll in die Zukunft blicken. Wie das Deutsche Reich an Macht und Ansehen gewinnt, so werden auch wir nicht zurückbleiben. Die Regierung des Landes wird nicht umhin können, auch die Interessen der Hauptstadt mit wahrzunehmen und, soweit sie vermag, deren rationellen Anschluß an die Verkehrswege zu Wasser und zu Lande zu fördern, damit Handel und Gewerbe sich heben. Wenn einst den späten Geschlechtern, wenn unsere Namen längst verklungen und vergessen sind, dieser Saal von der Jetztzeit erzählt, dann werden, so Gott will, unsere Nachkommen sich noch voll Selbstbewußtsein Braunschweigs Bürger nennen, die Blüthe und die ewige Jugend der alten Welfenstadt preisend. Ich sehe im Geiste die einstigen Friedhöfe als freundliche Anlagen inmitten der Stadt; die Parks, theilweise umbaut, mit uralten Bäumen geschmückt; im Süden der Stadt weit draußen den Bahnhof, kaum im Stande, den Verkehr zu bewältigen und im Norden den Hafen des Canals, bestimmt, den Import der Rohproducte und den Export der Industrieerzeugnisse in die entferntesten Welttheile zu erleichtern. Der Kampf ums Dasein dauert fort, aber die Schärfe der socialen Kämpfe ist verschwunden: man versteht sich und Jeder fühlt sich als Kind einer für alle Bewohner sorgenden Vaterstadt. Das ergraute Rathhaus dient noch immer seinem Zwecke und schaut auf eine im Frieden arbeitende regsame Bevölkerung herab.

Möge es einst so sein, das ist der Wunsch, mit dem ich schließen will.
Möge unsere Vaterstadt Braunschweig blühen, wachsen und gedeihen! Diesem
Wunsche geben wir Ausdruck, indem wir rufen: Unser geliebtes Braunschweig
lebe hoch, hoch, hoch! (Geschieht.)

Und damit schließe ich die Sitzung“.

Einer Einladung des Herrn Oberbürgermeisters Dr. jur. Pockels folgend, trat die
Versammlung nunmehr einen Rundgang zur Besichtigung des Rathhauses an. An der
Brüstung der Haupttreppe sprach der Herr Oberbürgermeister folgende Worte:

„Damit der Nachwelt frisch und unvergänglich erhalten bleibe das Andenken des
Mannes, der unter Einsetzung seines ganzen reichen Könnens unser schönes Rathhaus
geschaffen hat, soll in dessen Bau diese eherner Tafel eingefügt werden, deren Inschrift
lautet:

Dem Erbauer des Rathhauses, Stadtbaurath Ludwig Winter, widmen diese
Ehrentafel der Stadtmagistrat und die Stadtverordneten der Stadt Braun-
schweig i. J. 1900 n. Chr. G.

Sie mögen, mein lieber Herr Stadtbaurath, in dieser Widmung ein Zeichen der
Gefühle der Anerkennung und der Dankbarkeit finden, von denen der Magistrat und die
Stadtverordneten bei der nunmehr vollzogenen Abnahme Ihres Meisterwerkes sich durch-
drungen fühlen. Wir aber wollen diesem Gefühle jetzt auch noch dadurch Ausdruck geben,
daß wir Ihnen zurufen: Herr Stadtbaurath Winter lebe hoch, hoch, hoch!“

Die Anwesenden stimmten in dieses Hoch lebhaft ein. Nachdem Herr Stadtbaurath
Winter dem Herrn Oberbürgermeister für diese Ehrung gedankt und die Glückwünsche
von den nächststehenden Theilnehmern an der Versammlung entgegengenommen hatte,
auch die ausgestellte Tafel einer Besichtigung unterzogen war, wurde der Rundgang
fortgesetzt.

1900|1901.№ 8.

Be r i c h t

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 10. Januar 1901.

Tagesordnung:

I. Aenderung des Entwurfs einer Ordnung für die gehobenen Mädchen- schulen.	Seite 176
II. Antrag Brückmann und Gen.: Vertilgung der Spargelschädlinge . . .	" 177
III. Hundesteuer-Erlaßgesuch	" 180
IV. Ermächtigung zu einer Reversvollziehung	" 180
V. Verlängerung des Straßencanals und des Wasserrohrs in der Helmstedter- straße	" 181
VI. Unterhaltung der Petroleumlaternen im Stadtpark	" 181
VII. Fortfall des Kostenbeitrages für Beleuchtung der Umgebung des Hof- theaters	" 183
VIII. Anschaffungen für das städtische Museum	" 183
IX. Aufhebung und Verkauf eines Theiles der Altfeldstraße	" 184
X. Aenderungen beim städtischen Wirthschaftshofe	" 184
XI. Neugestaltung des Nivellementsnetzes der Stadt	" 185
XII. Entschädigung für die jährlichen Viehzählungen	" 186
XIII. Weitere Ausgestaltung des städtischen Desinfectionswesens	" 187
XIV. Vergütung wegen eines Grundstücks an der Wendenmisch	" 190
XV. Ausbau des Ribdagshäuser Weges	" 191
XVI. Terrainerwerb zur Mönchstraße	" 192

XVII.	Neuerbindung der Centraluhr mit den Stadtkirchenuhren	Seite 192
XVIII.	Feststellung des ortszüblichen Tagelohnes gewöhnlicher Arbeiter	" 192
XIX.	Verkauf einer Fläche am Altstadtringe	" 199
XX.	Beihilfe für den Verein gegen Bettellei	" 199
XXI.	Antrag Schmidt: Nächtl. Ueberwachung abgelegener Straßen	" 200
XXII.	Anfrage Löschigt: Abstellung von Wassercalamitäten	" 201
XXIII.	Antrag Aßmann: Stellungnahme gegen die Erhöhung der Getreidezölle u.	" 202
XXIV.	Anfrage Aßmann: Auslegung der Geschäftsordnung	" 204

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Dr. jur. Pockels, Bürgermeister Ketemeyer und Stadträthe Götte, Haake, Heymann, Meyer, Sievers und von Frankenberg.

Entschuldigt die Herren Ohlmer und Wollenweber.

Der Vorsitzende, Herr Semler, eröffnet die erste geschäftliche Sitzung im Saale des Rathhauses und giebt folgende Eingänge bekannt:

- 1) Abdruck der auf der Weltausstellung in Paris im großen Maßstabe vorgeführten Karte über die Wasserversorgung und die Beseitigung der Abfallwässer in größeren Städten, welche herumgereicht wird;
- 2) Gesuch des Maurers Th. Bartels um Erlaß von Straßenbaukosten; dasselbe wird der Statutencommission zur Vorberathung überwiesen;
- 3) Uebersicht der volkshümlichen Lehrcurse, welche im II. Vierteljahre des Winters 1900/1901 im Polytechnicum veranstaltet werden. Die Uebersicht gelangt zur Vertheilung.

Sodann wird in die Berathung der Tagesordnung eingetreten.

I. Aenderung des Entwurfs einer Ordnung für die gehobenen Mädchenschulen.

Die Versammlung wird ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß der von den städtischen Behörden genehmigte Entwurf einer Ordnung für die gehobenen Mädchenschulen auf Anregung des Herzoglichen Staats-Ministeriums in folgenden Punkten abgeändert werde:

- 1) Die Einleitung laute: „Die Einrichtung und Verwaltung der von der hiesigen Stadtgemeinde errichteten, ab Seiten der Herzoglichen Landesregierung als höhere Schulen im Sinne des Gesetzes vom 8. April 1876 Nr. 37 anerkannten beiden Schulanstalten „städtische höhere Mädchenschule“ und „städtische Mädchenschule“, sowie die Dienstverhältnisse der Lehrer und Lehrerinnen an diesen Schulen bestimmen sich nach folgender Ordnung, mit der Maßgabe, daß, insoweit dieselben

abweichende Bestimmungen nicht enthalten, das Gesetz über die Gemeindeschulen in der Fassung des Gesetzes vom 27. October 1898 *M* 54 und die das letztere später etwa abändernden Gesetze Anwendung zu finden haben."

2) Der aus dem Entwurfe vorstehend fortgelassene Zwischenatz finde im §. 28 hinter der Zahl 1900 mit den Worten Aufnahme: „Mit diesem Tage verliert das Regulativ vom 15. November 1880, die städtischen Mädchenschulen zu Braunschweig betreffend, seine Gültigkeit."

3) Der letzte Absatz des §. 12 laute: „die ordentlichen Lehrerinnen müssen die Prüfung für den Unterricht an mittleren und höheren Mädchenschulen, die Fachlehrerinnen"

4) Im §. 23 laute der Absatz 1: „Directoren, Lehrer und Lehrerinnen können ihre Verabschiedung nur zu Ostern oder zu Michaelis, nach vorausgegangener sechsmonatiger Aufkündigung fordern."

5) Der §. 26 erhalte einen Schlusatz folgenden Inhalts: „Der Anspruch auf Wittwen- und Waisenpension bestimmt sich nach den landesgesetzlichen Vorschriften."

6) Der §. 18 endlich möge folgende Fassung erhalten: „Der Director kann dem Lehrpersonal einen dreitägigen Urlaub ertheilen. Urlaub bis zu 14 Tagen ertheilt der Schulvorstand. Urlaubsgesuche auf längere Dauer gehören zur Zuständigkeit des Herzoglichen Consistoriums. Von der Zeit ihrer Abwesenheit während der Ferien haben der Director dem Schulvorstande, die Lehrer dem Director lediglich Anzeige zu machen. Der Director hat im Falle seiner Abwesenheit wegen seiner dienstlichen Vertretung in den Directorialgeschäften Anordnung zu treffen und darüber, daß und wie solches geschehen, an den Schulvorstand zu berichten."

Namens der Schulcommission, in welcher Bedenken gegen diese Aenderungen nicht obwalten, ersucht Herr Nolte, der Vorlage zuzustimmen, was geschieht.

II. Antrag Brückmann und Gen.: Vertilgung der Spargelschädlinge.

Ueber den in der Sitzung vom 25. October 1900 — Seite 147 des Berichts — gestellten und begründeten Antrag berichtet namens der Statutencommission Herr Blasius: Die Spargelschädlinge sind theils thierischer, theils pflanzlicher Natur. Zu ersterer Gruppe gehört die Spargelfliege, eine ca. 6 mm lange dunkelbraungrau gefärbte Fliege. Sie legt im Frühjahr ihre Eier hinter die Schuppen der eben aus der Erde schießenden Köpfe. Nach 8—10 Tagen schlüpfen die jungen Larven aus und bohren sich in den Stengel der Länge nach ein, sie verpuppen sich im Juni zu 6—8 mm lang werdenden Puppen, die in dem unterirdischen Stengeltheile bis zum nächsten Frühjahr ruhen. Der befallene Stengel

biegt sich um und geht zu Grunde. — Sodann ist zu erwähnen das Spargelhähnchen, ein 6 mm langer Käfer mit drei weißgelben Flecken auf jeder blauschwarzen Flügeldecke. Das Weibchen legt einzeln oder reihenweise an die Spargelpflanze angeheftete Eier. Die daraus sich entwickelnden, bis 8 mm langen Larven fressen mit den Käfern zusammen die Stengel und Blätter vollständig ab. Zur Verpuppung lassen sie sich auf die Erde fallen und entwickeln sich in einer aus Steinchen und Sandkörnern gebildeten Hülle in 15—20 Tagen zu Käfern. In einem Sommer treten meist zwei Generationen auf, die eine ganze Spargelanlage fahl fressen können. — Das zwölffmal punktirte Spargelkäferchen hat auf rothgelben Flügeln zwölf schwarze Flecken. Die erste Generation lebt in den Blättern, die zweite in dem Samen des Spargels. Zur Verpuppung lassen sie sich auch auf die Erde fallen. — Aus der Gruppe der Pflanzen ist dann schließlich noch der Spargelrost zu erwähnen. Er gehört zur Familie der Rostpilze und lebt nur auf der Spargelpflanze. Im Laufe eines Jahres erzeugt er mehrere Arten von Sporen, nämlich im Sommer solche von röthlicher oder rothbrauner Farbe und im Herbst schwarzbraune, sogenannte Wintersporen. Durch Begiere wird er von einem Jahre in das andere übertragen. Der Pilz wächst mit seinen Saugarmen in das Innere der Pflanze und vernichtet diese. Bei warmer feuchter Witterung vermehrt sich der Spargelrost ungeheuer schnell, da der leiseste Wind die Sommersporen weit verbreitet. Meist findet sich der Spargelrost in zweijährigen Anlagen.

Die Bekämpfung der Spargelschädlinge geschieht in der Weise, daß man in Bezug auf die Spargelfliege die erkrankten Stengel möglichst nahe der Wurzel abschneidet und verbrennt, während die beiden Käferarten abgeschüttelt und getödtet werden. Die Larven vernichtet man durch Ueberstreuen pulverisirter Holzkohle. Die vom Spargelroste befallenen Spargelpflanzen werden einige Zoll unter der Erde abgeschnitten und verbrannt, die abgefallenen kleinen rostigen Blättchen werden gesammelt und ebenfalls verbrannt. Ob ein Umgraben im Herbst etwas nützt, ist noch nicht festgestellt. Unter allen Umständen darf das Spargelstroh nicht z. B. als Streu- oder Deckmaterial verwandt werden, sondern ist zu verbrennen.

Da es sich hier nicht nur um rein städtische Sachen handelt, indem die Sporen des Spargelrostes auch von den benachbarten Feldmarken durch den Wind nach unserer Feldmark herübergeführt werden können, so erscheint es der Statutencommission nothwendig, daß sich die benachbarten Gemeinden den nothwendigen Maßnahmen anschließen. Es sei daher erforderlich, vielleicht durch ein Landesgesetz und durch entsprechende Vorschriften in der Provinz Hannover geeignete Schutzmaßnahmen zu ergreifen. Die Statutencommission empfehle deshalb, den Magistrat zu ersuchen, zur Vernichtung der Spargelschädlinge geeignete Schritte zu thun.

Herr Ebeling will bemerken, daß er schon im Sommer eine Eingabe an das Herzogliche Staatsministerium gerichtet und vorher einen Bericht an das Kaiserliche Gesundheitsamt in Berlin eingereicht habe. Aus dem ihm vorliegenden Materiale wolle er nur mittheilen, daß die hierüber erstatteten Berichte des biologischen Institutes in Berlin und des Professors Hüllrich in Halle sich im Wesentlichen decken. Auch liege ihm ein Schreiben des Reichsanzlers vor, in welchem sich derselbe bereit erkläre, für den Fall, daß eine Bekämpfung des Spargelrostes in der Umgegend von Braunschweig vorgenommen werden sollte, die biologische Abtheilung des Reichsgesundheitsamtes zu veranlassen, sich dabei zu betheiligen. Wenn sich der Magistrat daher an das Staatsministerium wenden sollte, würden auch die preussischen Ortschaften bald für die Sache zu haben sein. Uebrigens bitte er, zunächst es bei dem Spargelroste bewenden zu lassen, da wegen der Spargelfliege erst noch weitere Untersuchungen angestellt werden müßten und hierbei jedenfalls die Arbeit nicht im Verhältniß zu dem Erfolge stehen würde.

Herr Brückmann bittet, sich dem Antrage des Referenten anzuschließen, da dieser Antrag mehr allgemein gehalten sei und es nicht gut sein würde, nur eine Species der Schädlinge herauszugreifen. Wenn die Spargelfliege auch hier nicht so stark aufträte, so sei sie doch in der Provinz Hannover im größeren Umfange vorhanden. Wolle man einmal solche Vorschriften erlassen, so sehe er keine Gefahr darin, das allgemein zu thun. Im Uebrigen könne man die nähere Ausführung Denjenigen überlassen, welche als Sachverständige darüber gehört werden würden, da diese mehr Zeit darauf verwenden könnten, sich mit der Sache zu befassen, als die Mitglieder der Versammlung.

Herr Bältemann ist der Ansicht, daß der Spargelrost meist dadurch so sehr schädlich werde, daß das befallene Spargelstroh nicht verbrannt, sondern zu Streu- und Bedeckungszwecken verbraucht werde. Diesem Unfuge müsse durch Statut oder Gesetz entgegengetreten werden, damit die Spargelzüchter gezwungen würden, solches Stroh durch Feuer zu vernichten. Das sei das einzige Mittel, welches nützen könne, während sich die einzelnen Schädlinge nicht so rasch bestimmen ließen.

Herr Rieke will bemerken, daß Spargelzüchter, welche das befallene Kraut verbrannt haben, unter den Spargelschädlingen häufig stärker zu leiden gehabt haben, als solche, welche dieses Mittel nicht benutzten. Die Ursache des stärkeren Auftretens der Schädlinge solle namentlich in der häufig mehr als zweifelhaften Art der Düngung liegen. Wenn es auch nichts schade, bei Zeiten solche Vorbeugungsmaßregeln zu ergreifen, so müsse er doch darauf hinweisen, daß seit langen Jahren ein Statut zur Vertilgung des Franzosenkrautes bestehe und trotzdem dieses Kraut sich an vielen Stellen selbst bei Gärtnern noch finde. Ob daher die hier in Aussicht genommene Maßnahme viel nützen werde, hänge allein von dem Verhalten der Betheiligten ab.

Herr Blasius möchte erwähnen, daß er in seinem Referate absichtlich vermieden habe, bei den zu ergreifenden Maßregeln auf Einzelheiten einzugehen, da dieses Sache der ausführenden Behörden bleiben müsse. Er möchte deshalb warnen, in dem zu fassenden Beschlusse auf irgend welche specielle Sachen einzugehen und vielleicht nur die Vertilgung des Spargelrostes zu empfehlen, sondern er bitte, den Antrag der Statutencommission in seiner allgemeinen Fassung anzunehmen, das Weitere aber den Sachverständigen zu überlassen.

Der Commissionsantrag wird darauf gutgeheißen.

III. Hundesteuer-Erlaßgesuch.

Das Gesuch des Invaliden Schubert um Erlaß der Steuer für einen Wachhund wird aus den entgegenstehenden principiellen Gründen abgelehnt.

IV. Ermächtigung zu einer Reversvollziehung.

Bei der Aufnahme des Lageplanes für das nördlich am Schlachthause gelegene Areal wurde der städtische Vermessungsbeamte von der Direction der Braunschw. Landeseisenbahn-Gesellschaft darauf aufmerksam gemacht, daß es rathsam sei, wenn von dem Magistrat bei der Direction eine generelle Erlaubniß zum Betreten des Bahnareals im Stadtgebiete für die städtischen Vermessungsbeamten bei Vornahme geometrischer Arbeiten ausgewirkt würde. Die Direction will indessen entsprechende Erlaubnißkarten zum Betreten des Bahnkörpers erst dann ausstellen, wenn der Magistrat einen im Muster beigefügten Revers unterzeichnet, und giebt der Magistrat anheim, ihn zur Vollziehung dieses Reverses zu ermächtigen.

Wie Herr Engelbrecht berichtet, hat sich die Statutencommission bei der Vorberathung dieses Antrages dahin entschieden, daß die beantragte Genehmigung nicht zu ertheilen sei, weil sich die Folgen der zu übernehmenden Haftung nicht absehen ließen. In dem Reverse werde u. A. verlangt, daß der Magistrat der Landeseisenbahn dafür Gewähr leiste, daß derselben aus der Ertheilung der Erlaubniß keinerlei Vermögensnachtheile entstehen. Auch solle sich der Magistrat verpflichten, die Landeseisenbahn wegen aller Entschädigungsansprüche schadlos zu halten, welche gegen dieselbe von den Karteninhabern oder von deren Erben u. aus Unfällen beim Betreten der Bahnanlagen auf Grund des Reichshaftpflichtgesetzes oder auf Grund anderer gesetzlichen Vorschriften hergeleitet werden könnten. Da es der Statutencommission zu gewagt erscheine, solchen Revers zu vollziehen, so gebe sie Ablehnung des Antrages anheim.

Der Commissionsantrag wird darauf angenommen.

V. Verlängerung des Straßencanals und des Wasserrohres in der Helmstedterstraße.

Der Kaufmann Franz Bertling hat gebeten, sein Grundstück, Helmstedterstraße 50, an das Wasserrohr anzuschließen und ihm die Herstellung eines die Helmstedterstraße in schräger Richtung durchschneidenden Privatcanals, dessen Kosten zu 336 M veranschlagt sind, zu gestatten. Dem Vorschlage der städt. Bauverwaltung entsprechend empfiehlt der Magistrat, an Stelle eines solchen Privatcanals lieber die Fortführung des Straßencanals bis zum Bertling'schen Grundstück zu beschließen und den von Herrn Bertling hierzu in Aussicht gestellten Zuschuß von 200 M anzunehmen. Außer diesem Zuschusse würde Herr Bertling noch die Kosten des Anschlußcanales mit etwa 136 M zu tragen haben. Die Kosten der Verlängerung des Wasserrohres bis an das Bertling'sche Grundstück sind zu 434,52 M veranschlagt worden, und hat sich Herr Bertling weiter bereit erklärt, den Mindestbetrag von 45 M jährlichem Wasserzins zu zahlen, sofern diese Anlage stadtseitig ausgeführt werde. Der Magistrat giebt anheim, für die Verlängerung des Straßencanals 1020 M und für die Verlängerung des Wasserrohres 434,52 M zu bewilligen, und zwar die erstere Summe mit dem Vorbehalte, daß zu derselben Herr Bertling vor Beginn der Arbeiten einen Zuschuß von 200 M leiste.

Auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr Wolters berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

VI. Unterhaltung der Petroleumlaternen im Stadtparke.

Vom Restaurateur Jäger ist gebeten worden, eine bessere Beleuchtung des Stadtparkes eintreten zu lassen. Die Bedienung der daselbst aufgestellten 7 Petroleumlaternen ist bislang Herrn Jäger überlassen gewesen. Für 3 dieser Laternen erhält er eine jährliche Vergütung von zusammen 90 M, während ihm die übrigen 4 Laternen im Vorjahre vorgeliehen und von ihm unentgeltlich zu unterhalten sind. Wenn der Magistrat auch anerkennen will, daß die jetzige Beleuchtung ungenügend ist, so kann derselbe doch dem Vorschlage der Pardeputation, die Beleuchtung mittels 8 Spiritusglühlichtlaternen stadtseitig zu übernehmen, nicht zustimmen, weil nach den bisherigen Ermittlungen die Betriebskosten für eine die ganze Nacht brennende Spiritusglühlichtlaterne 180 M jährlich betragen und weil sich überdies an den im Bürgerparke seit längerer Zeit unterhaltenen Probelaternen Betriebsstörungen bei niedriger Temperatur gezeigt haben, die es angezeigt erscheinen lassen, vorläufig von der Beschaffung weiterer Spiritusglühlichtlaternen abzusehen. Die Aufstellung acht solcher Laternen würde 615,50 M kosten.

Dagegen hält es der Magistrat für zulässig und angezeigt, daß fortan die Stadt die Unterhaltung und Bedienung der 7 im Stadtparke vorhandenen

Petroleumlaternen übernimmt und ersucht, dieser Maßnahme zuzustimmen. Auch dürfte es sich empfehlen, die Kosten für die im vorigen Jahre dem Stadtparke vorgeliehenen 4 Candelaber nebst Petroleumlaternen jetzt endgiltig zu verrechnen und deren Kosten mit 317,20 M zu verwilligen.

Nach dem Berichte des Herrn Sander empfiehlt die Finanzcommission, der Vorlage zuzustimmen. Die Commission sei ebenfalls zu der Ueberzeugung gekommen, daß z. B. noch von der Beschaffung weiterer Spiritusglühlichtlaternen abgesehen werden müsse, weil dieselben noch nicht auf der Höhe ständen und auch ihre Unterhaltungskosten viel zu hoch seien.

Herr Koch ist erfreut, daß der Magistrat nicht noch weitere Spiritusglühlichtlaternen anschaffen wolle, da er neulich im Bürgerparke Zeuge davon gewesen sei, daß bei der starken Kälte keine einzige dieser Laternen gebrannt habe, obwohl sich der Laternenwärter die größte Mühe gegeben habe, sie in Gang zu bringen.

Herr Engelbrecht möchte anfragen, ob die Zahl der Petroleumlaternen vermehrt werden solle. Im letzten Herbst seien die Zugänge zum Stadtparke Abends so dunkel gewesen, daß man sehr leicht in die dort gezogenen Drähte hätte gerathen könne.

Herr Sander erwidert, daß zu den 7 vorhandenen Laternen noch eine dazukommen solle und man hoffe, mit diesen 8 Laternen die Zugangswege zum Wirthschaftsgebäude genügend beleuchten zu können.

Herr Bauermeister möchte für eine Vermehrung der Laternen eintreten, da der Stadtpark schon wegen der Passage vom ehem. Exercierplatze nach der Kaiser-Wilhelmstraße gut beleuchtet sein müsse.

Herr Bürgermeister Ketemeyer will dem Herrn Referenten gegenüber darauf hinweisen, daß in der Magistratsvorlage eine Vermehrung der vorhandenen Laternen nicht beantragt werde. Der Magistrat sei nämlich der Ansicht, daß die bisherige mangelhafte Beleuchtung des Stadtparkes theilweise durch die schlechte und unsachgemäße Bedienung der Laternen herbeigeführt sei; sollte sich indessen bei stadtseitiger Unterhaltung der Laternen herausstellen, daß deren Beleuchtung noch nicht genüge, so lasse sich eine Vermehrung derselben noch immer vornehmen. Zur Beleuchtung des ganzen Parkes liege allerdings kein Grund vor.

Herr Engelbrecht will sich gern beruhigen, wenn sich herausstellen sollte, daß stadtseitig unterhaltene Laternen heller brennen, als andere.

Herr Rathe möchte Herrn Koch gegenüber, der so oft Zeuge gewesen sei, daß die Spiritusglühlichtlaternen im Bürgerparke nicht gebrannt haben, bemerken, daß die städtischen Gaslaternen während der starken Kälte auch nicht gebrannt haben.

Der Steinweg, die Casparistraße, die Wilhelmsstraße und viele andere Straßen seien zeitweise fast ohne Beleuchtung gewesen und man habe sich nur freuen können, daß gerade Mondschein gewesen sei.

Die Magistratsvorlage wird sodann genehmigt.

VII. Fortfall des Kostenbeitrages für Beleuchtung der Umgebung des Hoftheaters.

Die Intendantur des Herzoglichen Hoftheaters ersucht den Magistrat, den Vertrag vom 16. Mai 1862, nach welchem die Candelaber an der West- und Südseite des Hoftheaters an den Vorstellungstagen angezündet werden, während der Zeit vom 1. Juni 1901 bis zur Wiedereröffnung des Hoftheaters außer Kraft zu setzen. Vom Magistrate wird empfohlen, sich damit einverstanden zu erklären, daß während der Zeit des bevorstehenden Umbaues des Hoftheaters, vom 1. Juni 1901 an gerechnet, der Betrag von jährlich 480 M., welchen die Intendantur zu den Kosten der Beleuchtung der Umgebung des Theaters zu leisten hat, außer Hebung bleibe.

Im Namen der Finanzcommission ersucht Herr Wagner, dem Antrage zuzustimmen.

Herr Nieß will dem Antrage gleichfalls zustimmen, da er annehme, daß die Leitung des Hoftheaters den Betrag nothwendig gebrauche zur Aufbesserung der Gehälter ihrer Cammermusiker.

Herr Löschigt fürchtet, daß bei dem Fortfall der Candelaber die Umgebung des Hoftheaters zu dunkel sein werde und bittet, anderweit für eine angemessene Beleuchtung derselben zu sorgen.

Herr Stadtrath Haake will zusagen, daß für ausreichende Beleuchtung der Umgebung des Hoftheaters gesorgt werden solle, sobald sich herausstelle, daß die vorhandene Beleuchtung nicht genüge.

Herr Wagner ist der Ueberzeugung, daß die Beleuchtung auch ohne die betreffenden Candelaber genüge.

Die Versammlung stimmt der Magistratsvorlage zu.

VIII. Neuanschaffungen für das städtische Museum.

Der Director des städtischen Museums bittet um die Bewilligung der Mittel für einen photographischen Apparat zum Betrage von 450 M., für einen Schrank, der die Kupferstiche des Museums aufnehmen solle, im Betrage von 229 M. und für zwei Schränke für Ethnographica zum Betrage von 628 M. Dem Antrage

des Magistrates, der Einstellung dieser Beträge in den nächstjährigen Haushaltsplan zuzustimmen,

entspricht die Versammlung auf Befürwortung der Statutencommission, für welche Herr Engelbrecht berichtet.

IX. Aufhebung und Verkauf eines Theiles der Altfeldstraße.

Die bereits früher beschlossene Aufhebung der Altfeldstraße kann auf der südlichen Strecke zwischen Hohestieg und Madamenweg erfolgen, sobald der Altstadtring so weit hergerichtet sein wird, daß die Altfeldstraße als Verkehrsweg entbehrlich erscheint. Der Schlossermeister Küster hat nun gebeten, ihm das Terrain der Altfeldstraße sobald als möglich zu überlassen. Wenngleich dies zur Zeit noch nicht möglich ist, so hat der Magistrat doch keine Bedenken getragen, mit Herrn Küster schon jetzt einen Vertrag abzuschließen, demzufolge die Stadt sich verpflichtet, dem Genannten das fragliche Wegeterrain demnächst käuflich zu überlassen und die Uebertragung vorzunehmen, sobald sie selbst Eigenthümerin des verlassenen Weges geworden sein wird. Von diesem Terrain muß dem p. Küster eine 97 qm große Theilfläche vertragsmäßig zu 6 M pro qm überlassen werden, während für die Restfläche von 103 qm ein Einheitspreis von 12 M vereinbart worden ist. Der Magistrat giebt anheim, der Aufhebung der Altfeldstraße auf der fraglichen Theilstrecke mit der Maßgabe zuzustimmen, daß die Entscheidung darüber, wann diese Aufhebung zur Ausführung zu bringen sei, dem Magistrate überlassen bleibe, sowie den mit Küster abgeschlossenen Vertrag zu genehmigen.

Auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Bültemann berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

X. Aenderungen beim städtischen Wirthschaftshofe.

An Stelle des zum Betriebe der Häcksel-Schneidemaschine auf dem Wirthschaftshofe an der Taubenstraße vorhandenen, stark abgenutzten Göpels empfiehlt die Straßenreinigungs-Deputation einen Elektromotor zu beschaffen, weil die Verwendung elektrischer Kraft für diese Arbeit vortheilhafter sei und der elektrische Strom dann auch zu anderen Zwecken passend würde verwendet werden können, z. B. zum Aufwinden der Haserläcke, zum Betriebe eines Maisbrechers resp. einer Schrotmühle und zur Beleuchtung des Grundstücks und der Gebäude. Während sich jetzt die Kosten des Göpels auf ungefähr 338 M jährlich stellen, würde ein Elektromotor von 1½ Pferdestärken die gleiche Arbeit in 156 Betriebsstunden verrichten und würden sich die Kosten für Stromverbrauch auf nur 42,12 M belaufen. Wenn auch diese Berechnung sich hinterher als zu günstig erweisen sollte, so dürfte

doch die elektrische Anlage aus den verschiedensten Gründen, welche der Magistrat im Einzelnen aufführt, den Vorzug verdienen. Die Kosten der Motoranlage nebst Zubehör sind zu 1250 M veranschlagt worden, und hat sich die Straßeneisenbahn-Gesellschaft außerdem bereit erklärt, in dem Falle das Kabel, welches z. B. nur bis zur Ecke von Nebenstraße und Mittelweg reicht, mit einem Kostenaufwande von etwa 1000 M auf eigene Kosten herzurichten, wenn elektrischer Strom auch zum Zwecke der Beleuchtung des Wirtschaftshofes sollte gefordert werden. Der Magistrat hält es für zweckmäßig, auf diese letztere Anlage um so mehr Bedacht zu nehmen, als aus feuerpolizeilichen Rücksichten die Beleuchtung der Stallungen und Böden mittels Glühlampen vor der Gasbeleuchtung den Vorzug verdienen dürfte und es sich auch empfehlen möchte, Glühlampen zur Beleuchtung des Hofes und der Schlaf- und Wohnräume der Arbeiter zu verwenden. Die Deputation hält die Anbringung von insgesammt 41 Glühlampen für erforderlich und es sind die Kosten einer entsprechenden Beleuchtungsanlage ausschließlich der Kosten der Glühlampen, deren Preis 80 S pro Stück beträgt, zu 1700 M veranschlagt worden. Ermittlungen darüber, welche Kosten für Stromverbrauch zu Beleuchtungszwecken erwachsen würden, sind noch nicht angestellt worden, jedoch läßt sich annehmen, daß eine Steigerung gegen die Kosten der Gasbeleuchtung nicht eintreten werde. Die Kosten für eine elektrische Aufzugsvorrichtung an der bereits vorhandenen Winde können aus den Mitteln für die laufenden Ausgaben bestritten werden, während ein Antrag auf Beschaffung eines Maisbrechers vorbehalten bleibt. Die Versammlung wird ersucht, für die vorbezeichneten Anlagen zusammen $1250 \text{ M} + 1700 \text{ M} + 32,80 \text{ M} = 2982,80 \text{ M}$ zu verwilligen.

Nach dem Berichte des Herrn Seele empfiehlt die Finanzcommission Annahme der Vorlage mit dem Hinzufügen, daß sie es für practisch befinden würde, wenn in die Anlage ein Generalabsteller eingefügt würde, so daß die ganze Leitung durch einen Griff abgestellt werden könnte. Magistratsseitig sei auch die Zusicherung gegeben, daß die Leitung für den Strohboden so angebracht würde, um zu Bedenken keinen Anlaß zu geben.

Die Magistratsvorlage wird darauf angenommen.

XI. Neugestaltung des Nivellementsnetzes der Stadt.

Nach den eingehenden Darlegungen der städtischen Bauverwaltung macht sich seit Jahren das dringende Bedürfnis einer Erneuerung des Höhennetzes unseres Stadtgebietes geltend, da dasselbe der Hauptsache nach auf einem ganz unzureichenden Nivellement aus dem Jahre 1883 beruht. Die derzeitige Höhengrundlage ist, wie näher begründet wird, ganz unzureichend und wird daher vorgeschlagen, durch ein Präcisionsnivellement eine neue Grundlage zu schaffen, welche allen Anforderungen

zu genügen im Stande sein werde. Zu diesem Zwecke soll in den bebauten Stadttheilen an jeder Straßenkreuzung oder Straßengabelung mindestens ein abgerundeter Bolzen mit fortlaufender Nummer angebracht werden; weiterhin will man solche an allen Kirchen, an Schulen und anderen öffentlichen Gebäuden, sowie an allen Brücken anbringen. Die Zahl der unter diesem Gesichtspunkte anzubringenden Höhenfestpunkte ist einstweilen auf 350 veranschlagt worden, während die Gesamtlänge aller Nivellementsstrecken rund 110 km betragen wird. Um den Stadtgeometer durch die persönliche Theilnahme an den Nivellementsarbeiten nicht zu sehr dem regulären Geschäftsbetriebe der Vermessungsabtheilung zu entziehen, empfiehlt es sich, die Arbeiten auf zwei Jahre zu vertheilen derart, daß im ersten Jahre die Vermarkung, im folgenden das Nivellement erledigt würde. Auch empfiehlt sich weiter eine Beschäftigung der verschiedenartigen Vermarkungen in Städten mit neuer Vermessung, wie Hannover, Leipzig und Dresden, seitens des Stadtgeometers. Die Gesamtkosten für die Vorarbeiten, die Ausführung und die Bearbeitung des Präcisionsnivelements würden sich anslagsmäßig auf rund 2900 M stellen und sich auf zwei Jahre vertheilen. Der Magistrat ersucht, diese Summe zu verwilligen und der Einstellung von 1450 M in den nächstjährigen Etat zuzustimmen.

Wie Herr Lord berichtet, ist dieser Gegenstand in der Finanzcommission auf seinen Wunsch von der Berathung abgesetzt worden, weil ihm die Materie zu schwierig erschienen sei und auch wohl jenseits der Grenze liege, welche eine ortsübliche Durchschnittsbildung zu erreichen pflege. Da er inzwischen die Materie geprüft habe, so erkläre er sich indessen bereit, darüber zu berichten, sofern Widerspruch nicht dagegen erhoben werde. (Geschieht nicht.) In Bezug auf die Frage, ob die Stadt sich nicht durch diese erste Bewilligung zu anderen Ausgaben festlege, sei er beruhigt worden. Allerdings müsse der Meinung Ausdruck gegeben werden, daß in nicht zu ferner Zeit die Stadt für eine vollständig neue Aufmessung des städtischen Gebietes zu außerordentlich erheblichen Kosten werde veranlaßt werden. Er möchte anheimgeben, die hier geforderten Mittel für die durchaus nothwendigen Arbeiten zu verwilligen,
was geschieht.

XII. Entschädigung für die jährlichen Viehzählungen.

Nach gesetzlicher Vorschrift findet alljährlich am 1. October eine Zählung und Aufzeichnung des Pferde-, Rindvieh- und Schafbestandes in jedem Gemeindebezirke auf Veranlassung der Gemeindebehörde statt. Diese Zählung ist in der Stadt Braunschweig von jeher durch das Executivcorps Herzoglicher Polizeidirection ausgeführt worden, ohne daß dafür eine Entschädigung gezahlt worden wäre. Da diese Leistung indessen nicht zu denen gehört, zu welchen das Corps an und für

sich verpflichtet erscheint, so hat die Herzogliche Polizeidirection die stadtseitige Gewährung einer Entschädigung für die Zukunft in Erwägung gestellt und dabei den Betrag von 200 M als angemessen bezeichnet. Nachdem der Magistrat für die diesjährige Mühewaltung den Polizeibeamten 100 M gezahlt hat, ersucht derselbe, in Zukunft der Herzoglichen Polizeidirection für die Ausführung der Viehzählung eine Entschädigung von 200 M zu Gunsten des Executivcorps überweisen zu dürfen.

Auf Antrag der Statutencommission, für welche Herr Engelbrecht berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

XIII. Weitere Ausgestaltung des städtischen Desinfectionswesens.

Bei der Erörterung der für den Fall des Auftretens der Pest in hiesiger Stadt zu treffenden Schutzmaßregeln ist das städtische Desinfectionswesen insbesondere in seinem Personalbestande für die Zeit einer Seuche als unzulänglich bezeichnet worden. Herzogliches Staats-Ministerium hat dem Magistrate hiervon durch die Herzogliche Kreisdirection Mittheilung machen lassen und daran den Auftrag geknüpft, zu der Frage einer Neuregelung des Desinfectionswesens der Stadt Braunschweig Stellung zu nehmen. Wenn auch die jetzige Einrichtung sich bewährt hat und für normale Verhältnisse ausreicht, so leuchtet doch ein, daß sie bei dem Eintritt einer Epidemie nicht genügt. Nach der vom Magistrate getheilten Ansicht des Chefarztes des städtischen Krankenhauses wird es genügen, wenn der vorhandene Desinfectionsapparat geändert und die Zahl der Desinfectoren von 2 auf mindestens 12 erhöht werde. An dem Apparate läßt sich nämlich mit einem Kostenaufwande von 1000 M eine Aenderung dahin vornehmen, daß eine Erhitzung auf 100° C. ermöglicht wird. Da zur Desinfection einer selbst kleinen Wohnung zwei Personen mindestens einen Tag gebrauchen, so erscheint auch die weitere Forderung, die Zahl der Desinfectoren auf 12 zu erhöhen, nicht übertrieben. Zur Durchführung dieser Maßnahme wird magistratsseitig vorgeschlagen, nicht nur 12, sondern die sämtlichen Mannschaften der Berufsfeuerwehr in der Desinfection ausbilden zu lassen. Eine Beeinträchtigung der Feuerbereitschaft ist damit in keiner Weise verknüpft, weil sowohl die Ausbildung, als auch die Ausübung der Desinfection auf die dienstfreie Mannschaft beschränkt werden kann und soll. Die Ausbildung würde etwa 5 Stunden in Anspruch nehmen und soll unter der Leitung des Sanitätsraths Dr. von Holwede durch einen der beiden vorhandenen Desinfectoren geschehen. Damit dieser aber seine Kenntnisse vorher in einem großen Desinfectionsbetriebe, vielleicht in Hamburg, wieder auffrischt, wird es für zweckmäßig gehalten, ihn und einen Mann der Berufsfeuerwehr zu einem solchen Curfus nach Hamburg zu entsenden und wird die gesammte Ausbildung der Mannschaften mit

300 M zu bestreiten sein, wozu zu rechnen ist, daß den Mannschaften für die Stunde der Ausbildung wegen der Entziehung anderweiten Verdienstes eine Entschädigung von je 40 S gegeben werden soll. Endlich empfiehlt es sich, die Zahl der Formalinapparate und der dazu gehörigen Ammoniakentwickler von 2 auf 6 zu erhöhen, wodurch 360 M Kosten entstehen werden. Die Versammlung wird ersucht, sich mit diesen Vorschlägen einverstanden zu erklären und zu deren Durchführung 1660 M zu verwilligen.

Die Statutencommission giebt nach dem Berichte des Herrn Blasius anheim, der Vorlage mit der Maßgabe zuzustimmen, daß auch der Sanitätsrath Dr. med. von Holwede mit nach Hamburg geschickt werde, um das dortige Desinfectionswesen gründlich kennen zu lernen.

Herr Hauswaldt kann sich kein richtiges Bild davon machen, wie die nicht übermäßig stark besetzte Berufsfeuerwehr diese Arbeit noch werde übernehmen können. Die dienstfreie Mannschaft solle sich doch ausruhen und könne unmöglich noch zu anderen Geschäften herangezogen werden.

Herr Blasius erwidert, daß die Berufsfeuerwehr in dem Theile der dienstfreien Zeit ausgebildet werden solle, in welchem sie sich mit anderen Arbeiten noch einen Nebenerwerb verschaffe, und habe auch der Kreisbranddirector erklärt, daß hierunter die Berufsthätigkeit der Feuerwehr nicht leiden würde. Es liege deshalb auch nicht das geringste Bedenken vor, dem Antrage zuzustimmen.

Herr Stadtrath Meyer will dazu bemerken, daß der vierte Theil der Mannschaft stets einen Tag frei habe, um sich zu stärken und um Gelegenheit zu erhalten, sich der Familie zu widmen und einmal im eigenen Bett zu schlafen. Diese Leute liegen nun nicht den ganzen Tag auf der Bärenhaut, sondern sie suchen sich im eigenen Interesse nutzbringend zu beschäftigen. So z. B. sei es seit Jahren üblich gewesen, daß die dienstfreien Leute bei vorhandener Ueberlastung der Magistratsdiener zur Ausshändigung der Steueraussschreiben mit verwendet und dafür besonders honorirt seien. Dadurch würden die Leute nicht überlastet, wohl aber freuten sie sich, wenn sie auf solche Weise noch etwas verdienen könnten.

Herr Kathe ist erstaunt, daß man zu diesem Zwecke die Feuerwehrleute verwenden wolle, da dieselben doch bei dem Ausbruche einer Epidemie ihrem eigentlichen Zwecke dienen müßten und nicht als Desinfectoren verwendet werden könnten. Seiner Ansicht nach wäre es besser gewesen, wenn man hierzu andere Leute herangezogen hätte, zumal die Feuerwehr schon heute manche Arbeit auf das Wasserwerk abwälze und anscheinend überlastet sei. Man möge sich andere Leute herausuchen, welche Lust und Liebe genug besitzen, um sich bei dem Ausbruch einer Epidemie sofort in den Dienst der Menschheit zu stellen und Leben und Gesundheit preiszugeben. Er bitte deshalb, den Antrag auf Ausbildung der Feuer-

wehrmannschaften zurückzuweisen und andere Einwohner dafür zu gewinnen zu suchen.

Herr Oberbürgermeister Pockels glaubt, daß die Herren Hauswaldt und Rathe doch wohl den Umfang überschätzen, in welchem die Leute zu der Sache herangezogen werden sollen. Es handle sich zunächst um die Ausbildung, welche in sehr kurzer Zeit beendigt sein werde, und dann um die Thätigkeit der Leute als Desinfectoren. Solche Desinfectionen könnten einmal ganz plötzlich nothwendig werden, so daß stets ausgebildete Leute vorhanden sein müßten, auf die man sich verlassen könne; sollte aber in solcher Zeit auch ein großes Feuer ausbrechen, so werde die Desinfection der Wohnungen eben bis zur Löschung desselben ausgesetzt werden müssen. Nachdem der Kreisbranddirector sich mit der Einrichtung einverstanden erklärt habe, könne auch die Versammlung ihr ganz unbedingt zustimmen.

Herr Rathe will noch bemerken, daß doch eine gewisse Ansteckungsgefahr vorliege, wenn dieselben Leute als Desinfectoren und als Feuerwehrleute verwendet würden.

Herr Oberbürgermeister Pockels möchte seine Ausführungen noch dahin ergänzen, daß schon einmal der Versuch gemacht worden sei, freie Arbeiter als Desinfectoren auszubilden. Diese Leute hätten die Gelegenheit wahrgenommen, sich ausbilden zu lassen, seien aber, als man sie hätte haben wollen, gar nicht mehr in Braunschweig gewesen. Deshalb müsse man zu solchem Zwecke ortsanfällige, ständige Leute haben und wisse er nicht, wen man besser dazu gebrauchen könne, als die Feuerwehrmannschaften.

Herr Blasius will Herrn Rathe, welcher ängstlich zu sein scheine, daß die Desinfectoren angesteckt werden und die Krankheit auf andere Einwohner übertragen könnten, erwidern, daß es schlechte Desinfectoren sein würden, wenn solches vorkäme. Jedenfalls könne man den Lehrern in Hamburg, welche die Leute unterweisen sollen, so viel Sachkenntniß zutrauen, daß so etwas nicht vorkommen dürfe. Wenn auf die Feuerwehr nicht zurückgegriffen werden solle, bliebe nichts Anderes übrig, als eigene Desinfectoren anzustellen, welche dann sehr selten etwas zu thun hätten; es sei deshalb ein glücklicher Gedanke gewesen, die Feuerwehr hierzu heranzuziehen.

Herr Hauswaldt hat wegen der Ausbildung der Leute keine Bedenken, sondern nur wegen der etwaigen Thätigkeit derselben als Desinfectoren. Wenn zwei Leute einen Tag gebrauchten, um eine Wohnung zu desinficiren, so würden z. B. bei einer Scharlachepidemie 12—14 Leute nöthig sein, um 6—7 Wohnungen zu desinficiren und damit wäre das ganze freie Viertel der Feuerwehr schon verbraucht, was er mit Rücksicht auf die Erholung der Leute nicht für richtig halten

könne. Vielleicht ließen sich auch Mannschaften der Straßenreinigung als Desinfectoren verwenden. Wenn nichts mehr helfe, greife man auf die Feuerwehr zurück. Er könne sich für die Sache nicht begeistern und nicht dafür stimmen.

Herr Stadtrath Meyer erwidert, daß es sich doch nur um Vorbereitungen handle, um beim Eintreten einer Epidemie gewappnet zu sein. Die Ausbildung erfordere aber nicht so viel Zeit, daß es nicht möglich wäre, bei dem etwaigen Auftreten einer Epidemie zur Entlastung der Feuerwehrleute noch andere Leute auszubilden. Selbst in dem kaum denkbaren Falle, daß alle ausgebildeten Feuerwehrmannschaften hinsterven sollten, würden sich in 5—6 Stunden weitere Desinfectoren ausbilden lassen, so daß die Stadt nur in dem Falle in Verlegenheit kommen könne, wenn die ausgebildeten Mannschaften gleich am ersten Tage der Epidemie sämmtlich versterben würden.

Darauf gelangt die Magistratsvorlage zur Annahme.

XIV. Vergütung wegen eines Grundstücks an der Wendenmash.

Das Grundstück der Pumpstation hat müssen zur Verhütung von Ueberschwemmungen durch Hochwasser nicht unwesentlich erhöht werden. Hierdurch ist der benachbarte Garten des Schmiedemeisters Tegtbuhr insofern beeinflusst, als der bisherige Abfluß des Himmelswassers geändert ist und theilweise in den Tegtbuhr'schen Garten sich ergießt. Um diesem Uebelstande abzuheffen, ist der Garten durch Aufbringen von Müll und Erde nicht unwesentlich erhöht worden, doch haben sich diese Schutt- und Erdmassen so gesetzt, daß auch jetzt noch ein nicht unerheblicher Höhenunterschied zwischen beiden Grundstücken besteht, dessen Beseitigung nothwendig erscheint. Nach längeren Verhandlungen hat der Magistrat sich mit dem Genannten dahin geeinigt, daß Letzterer die noch nöthigen Aufschüttungen selbst vornimmt und ihm stadtfteitig eine Vergütung von 300 M. gezahlt werde, deren Bewilligung der Magistrat anheimgiebt,

und die Statutencommission, für welche Herr Bues berichtet, empfiehlt.

Herr Brückmann möchte bei dieser Gelegenheit anfragen, wann die Brücke an der Bammelsburgerstraße fertiggestellt sein werde. Da demnächst die neue Schule in der Gegend eröffnet werden würde, so empfehle es sich, die Brücke bald in Angriff zu nehmen, zumal auch die Bewohner jenes Stadttheiles recht unzufrieden über die Verzögerung seien.

Herr Bürgermeister Ketemeyer kann die Anfrage dahin beantworten, daß das Project wegen Erneuerung der Brücke habe zurückgestellt werden müssen, weil die Wendenmashstraße selbst noch nicht ganz ausgebaut sei. Da nun der Magistrat den schleunigen Ausbau derselben für nöthig halte, so stehe er persönlich auf dem

Standpunkte, daß man dann den Bau der Brücke nicht länger mehr aufhalten könne. Die städtische Bauverwaltung werde veranlaßt werden, das Project demnächst wieder vorzulegen.

Die Magistratsvorlage wird darauf genehmigt.

XV. Ausbau des Riddagshäuserweges.

Die städtische Bauverwaltung legt ein Project zum Ausbau des Riddagshäuserweges vor, nach welchem die Grunderwerbskosten zu 13 000 M., die Straßenbaukosten zu 38 000 M. und die Beiträge der Anlieger zu 84 M. für 1 m Frontlänge veranschlagt worden sind. Hiernach soll die gesammte Straßenbreite auf 16 m gebracht werden, wovon 9 m auf die mit Kleinpflaster zu befestigende Fahrbahn und je 3,5 m auf die beiderseitigen Fußwege entfallen. Letztere sollen einen 2 m breiten Plattenbelag erhalten. Der Antrag des Magistrates, dieses Project nebst Kosten- und Vertheilungsberrechnung zu genehmigen,

wird von Herrn Bültemann Namens der Baucommission befürwortet.

Herr Koch möchte darauf hinweisen, daß das Rettungshaus durch diesen Straßenausbau in eine recht schwierige Lage gerathe, indem es nicht nur 19 000 M. Straßenbaukosten zu zahlen haben werde, sondern auch noch neben Hergabe von Terrain einige Nebengebäude verliere, für welche durch Errichtung eines Anbaues mit einem Kostenaufwande von etwa 30 000 M. Ersatz geschaffen werden müsse. Da nun das Rettungshaus nicht gut fundirt sei, so sei dessen Vorstand in schwerer Sorge, wie er diese Mittel aufbringen solle. Es handle sich um eine Wohlfahrts-einrichtung, welche im städtischen Interesse wirke, und halte er es für angezeigt, den Magistrat zu ersuchen, einen Theil der dem Rettungshause aufzuerlegenden Straßenkosten auf die Stadtcasse zu übernehmen.

Herr Rathe schließt sich diesem Ersuchen an, da eine so gemeinnützig wirkende Anstalt wie das Rettungshaus möglichst geschützt werden müsse. Im Uebrigen bitte er, hier im SitzungsSaale eine Vorrichtung zum Anheften von Bauplänen anzubringen, damit solche Projecte von den Mitgliedern der Versammlung vor der Beschlußfassung eingesehen und geprüft werden könnten.

Herr Bürgermeister Ketemeyer muß bitten, den Antrag der Herren Koch und Rathe abzulehnen, da ein Vorgehen im Sinne dieses Antrages wenigstens im höchsten Grade ungewöhnlich erscheinen müßte. Von der Frage, ob der Riddagshäuserweg ausgebaut werden solle oder nicht, sei die hier aufgeworfene Frage, ob dem Rettungshause ein Theil der Straßenbaukosten erlassen oder gestundet werden solle, ganz getrennt zu behandeln. Der Vorstand des Rettungshauses gehe auch gar nicht so weit, wie die beiden Vorredner, sondern er wünsche nur eine Stundung

der Kosten, über welchen Antrag z. B. Verhandlungen im Gange seien. Solche weitgehenden Anträge müßten doch wohl erst in einer Commission vorberathen werden.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird die Magistratsvorlage, unter Ablehnung des Antrages Koch, genehmigt.

XVI. Terrainerwerb zur Mönchstraße.

Zur Regulirung der Mönchstraße ist vom evangelischen Vereinshause eine 12 qm große Fläche erforderlich, welche zum Einheitspreise von 45 M anzukaufen der Magistrat ersucht

und die Versammlung auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Riefe berichtet, genehmigt.

XVII. Neuverbindung der Centraluhr mit den Stadtkirchenuhren.

Da das Polytechnicum die Räume, in dem z. B. die Centraluhr aufgestellt ist, zu anderen Zwecken benutzen muß, so beabsichtigt die Gesellschaft „Normal-Zeit“ die Centraluhr in der Werkstatt ihres hiesigen Leiters, des Herrn Günther, Höfenstraße 12, aufzustellen und ersucht den Magistrat, die neue Anschlußleitung von der Petrikirche ab herstellen zu lassen. Dem Antrage des Magistrates, hierfür 150 M zu verwilligen,

nimmt Herr F ü b e l Namens der Finanzcommission zu.

Herr L o r d möchte hierbei anregen, die Rathhausuhr während der ganzen Nacht beleuchtet zu lassen und nicht um 10 Uhr Abends das Licht hinter derselben auszulöschen.

Die Magistratsvorlage wird darauf gutgeheißen.

XVIII. Feststellung des ortsüblichen Tagelohnes gewöhnlicher Arbeiter.

Einer Anregung des Reichsanzlers entsprechend hat eine neue Prüfung des zuletzt im Herbst 1892 festgestellten ortsüblichen Tagelohnes gewöhnlicher Arbeiter (§. 8 des Krankenversicherungsgesetzes) in hiesiger Stadt zu erfolgen. Gegenwärtig ist dieser Lohnsatz, bei dem nur diejenigen Arbeitskräfte zu berücksichtigen sind, welche sich durch keinerlei besonders erlernte Fertigkeiten auszeichnen, in der Stadt Braunschweig festgesetzt für erwachsene Arbeiter auf 2,20 M, für Arbeiterinnen auf 1,50 M, für jugendliche, noch nicht 16 Jahre alte Arbeiter und Arbeiterinnen, sowie für Lehrlinge auf 1 M. Mit der überwiegenden Mehrheit der hiesigen Armenbezirksvorsteher und dem ebenfalls gutachtlich gehörten Geschäftsführer des

städtischen Arbeitsamtes ist der Magistrat der Meinung, daß diese Sätze einer Erhöhung bedürftig geworden sind, da thatsächlich die Lohnsätze eine Steigerung erfahren haben, und zwar in der Weise, daß der tägliche Lohnsatz für erwachsene Arbeiter auf 2,50 M, für Arbeiterinnen auf 1,75 M und für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen auf 1,25 M festzusetzen ist. Die Versammlung wird um gutachtliche Aeußerung darüber ersucht, ob Bedenken gegen diese Feststellung bestehen.

Wie Herr Schmidt berichtet, ist diese Frage von so einschneidender Bedeutung, daß er im Einverständniß mit dem Vorsitzenden der Baucommission zu beantragen habe, die Vorlage nochmals an den Magistrat zurückzugeben, um noch mehr Material dafür zu beschaffen. Da die Vorlage der Commission erst am Montag zugegangen sei, so sei es nicht möglich gewesen, bis heute die zur Beurtheilung derselben erforderlichen statistischen Zahlen zu beschaffen. Während die Armenbezirksvorsteher und das städtische Arbeitsamt einen Durchschnittslohnsatz von 2,50 M befürworten, wünschen die Besitzer vom Gewerbegericht einen Lohnsatz von 3 M festgestellt zu sehen, der nach seiner, auch von anderer Seite getheilten Ueberszeugung nicht zutreffe. Letztere haben an 852 Arbeiter Fragebogen herumgeschickt und hiernach den Lohnsatz von 3 M ermittelt, doch könne er kaum glauben, daß die mitgetheilten Lohnsätze richtig seien, weil in den Fragebogen nur 26 Arbeiter mit einem Lohnsatze von 2 M aufgeführt seien, was kaum stimmen könne, da es eine Menge Betriebe gebe, welche viele Arbeiter unter 2 M lohnen. Unter den befragten Arbeitern befänden sich auch Schachtmeister und Saisonarbeiter, welche doch kaum maßgebend sein könnten. Deshalb empfehle es sich, auch die größeren Betriebe, z. B. Maschinenfabriken, die Zutespinnerei und ähnliche Werke nach dem Durchschnittslohnsatze ihrer Arbeiter zu befragen. Ob die Armenpfleger gerade competent seien, bei der Festsetzung des Lohnsatzes z. B. für Fabrikarbeiter mitzuwirken, erscheine ihm sehr fraglich, da diese Herren wohl von unterstützungsbedürftigen Leuten überlaufen würden, jedoch kaum über die Lohnsätze der Fabrikarbeiter unterrichtet sein könnten. Ebenso wenig halte er es für möglich, daß das städtische Arbeitsamt darüber unterrichtet sein könne, denn die hier verkehrenden Arbeiter könnten als ständige Arbeiter in dem Sinne des Gesetzes wohl kaum anzusehen sein, weil sie meistens nur einige Tage an einer Stelle arbeiten und dann wieder fortgehen. Aus diesem Grunde könnten die von diesen Stellen angegebenen Zahlen hierfür wohl nicht als maßgebend angesehen werden. Die Festsetzung des ortsüblichen Tagelohnsatzes sei aber von sehr hoher Bedeutung, indem der Satz nicht nur für die Krankencassen, sondern auch für das Unfallversicherungsgesetz maßgebend sei. Wenn daher der bisherige Satz von 2,20 M auf 2,50 M erhöht würde, würden alle diesen Gesetzen unterliegenden Betriebe mit einer 15procentigen Erhöhung bedacht werden. Davon würden namentlich auch die kleinen Handwerker ganz besonders schwer betroffen werden. Ihm sei eine Fabrik

bekannt, welche mit 23 Lehrlingen ohne einen einzigen Gehülfen oder Arbeiter arbeite, welche ebenfalls darunter leiden müßte. Wenn nun auch Betriebe mit so viel jugendlichen Arbeitern durchaus nicht wünschenswerth seien, so lasse sich darüber doch nicht so ohne Weiteres abschällig urtheilen, weil man nicht wisse, ob sie bei Einstellung von Gehülfen concurrenzfähig bleiben würden. Wenn man andere Städte in Vergleich ziehe, so habe Leipzig den Durchschnittslohnsatz erst jetzt auf 3 M. heraufgesetzt. Dazu komme, daß man sich anscheinend in einem Niedergange in Bezug auf den Lohn befinde, indem die Industrie kaum noch in der Lage sein werde, die bisherigen hohen Löhne zu zahlen. Man dürfe deshalb hierbei die letzten Jahre nicht allein in Rücksicht ziehen. Wenn nun auch die Baucommission beschlossen habe, den Antrag des Magistrates zur Genehmigung zu empfehlen, so sei er doch mit dem Vorsitzenden der Commission der Ansicht, daß es richtiger sei, den Magistrat zunächst um die Vorlage weiteren statistischen Materials zu ersuchen.

Herr Stadtrath von Frankenberg will nicht das Mindeste dagegen einwenden, wenn eine erneute Prüfung der Frage beschlossen werden sollte, er möchte sich jedoch dagegen verwahren, wenn die Ansicht Platz greifen sollte, als ob seitens des Magistrates die Vorbereitung der Angelegenheit nicht mit derjenigen Gründlichkeit erfolgt wäre, welche im Interesse der Sache nothwendig sei. Es werde dem Magistrate kaum möglich sein, noch mehr statistisches Material zur Beurtheilung der Sache zu beschaffen. Wenn der Magistrat sich hierbei auch des städtischen Arbeitsamtes bedient habe, so glaube er, daß die $\frac{3}{4}$ -jährige Erfahrung desselben ein recht guter Barometer in Rücksicht auf die Ermittlung des ortsüblichen Tagelohnsatzes sei und deshalb nicht ohne Weiteres von der Hand gewiesen werden dürfe. Die eigentliche Feststellung dieses Tagelohnsatzes erfolge durch die Herzogliche Polizeidirection, jedoch habe der Magistrat das Gutachten der Versammlung dazu einholen wollen. Auch die 18 Beisitzer im Gewerbegerichte dürften hiesigen Betrieben gezahlt werden. Außerdem habe er in der Sitzung der Baucommission eine Zusammenstellung der Tagelohnsätze in Städten von mehr als 100 000 Einwohnern überreicht und das volle Material zu dieser Zusammenstellung dem Referenten zur Verfügung gestellt, so daß er überrascht sei, von Letzterem zu hören, dieses Material sei ungenügend. Wenn die Versammlung nun ihrerseits noch weitere Erhebungen anstellen wolle, so sei dagegen nichts zu erinnern, aber der Magistrat vermöge in der Sache nichts mehr zu thun.

Herr Bültmann möchte erläuternd bemerken, daß ihn der Referent während der Sitzung gebeten habe, sich damit einverstanden zu erklären, daß die Vorlage heute an den Magistrat zurückverwiesen werde, weil das vorliegende Material nicht ausreiche. Daraufhin habe er sein Einverständniß ausgesprochen unter der Vor-

aussetzung, daß auch die übrigen Mitglieder der Commission nichts dagegen einzuwenden haben.

Herr Altmann will darauf hinweisen, daß der hier zu fassende Beschluß nicht von geringer Bedeutung für den Arbeiter sei, weil der Durchschnittslohnsatz nach den socialpolitischen Gesetzen einen gewissen Einfluß darauf ausübe, was der Arbeiter an Unterstützung erhalte. Im anderen Falle könnte es dem Arbeiter gleichgültig sein, wie hoch der ortsübliche Tagelohnsatz sei, wenn er nur selbst ausreichend verdiene. Wenn aber der Arbeiter einen Lohn von 3 M verdiene und der ortsübliche Tagelohn sei niedriger, so sei dieses für ihn schädigend, weil die Krankencasse und die Unfallversicherung sich hiernach richten müsse. Die Ansicht des Herrn Stadtrath von Frankenberg, daß das Arbeitsamt in gewisser Weise als Barometer für die Höhe des Lohnes gelten könne, sei in einer Beziehung wohl zutreffend, jedoch sei ihm von Gewerbegerichtsbeisitzern gesagt worden, daß das Arbeitsamt nicht als Barometer in dieser Beziehung gelten könne, weil wiederholentlich geklagt worden sei, daß namentlich bei dem Vorhandensein vieler Arbeitsstellen in der Regel die schlechtest bezahlten Stellen offen bleiben und die Arbeiter sich davon abwendeten, weshalb der vom Arbeitsamte ermittelte Durchschnittslohnsatz nicht als ganz richtig angesehen werden könne. In den Zuckerfabriken, Maschinenfabriken, städtischen Betrieben, Druckereien, Cigarrenfabriken, Gießereien, Branereien, Spinnereien, Ziegeleien, bei Hochbauunternehmern, Steinsetzern, Seifenfabriken, Theerfabriken, bei der Straßenbahn u. seien sämmtliche Arbeiter nach ihrem Lohne gefragt worden und wenn die hierbei ermittelte Höhe des Tagelohnes angezweifelt werden sollte, so erscheine ihm der Vorschlag des Herrn Schmidt ganz acceptabel, daß der Magistrat seinerseits eine Enquete über die gezahlten Löhne veranstalten möchte. Wenn Herr Stadtrath von Frankenberg sage, die Sache sei nach allen Seiten hin untersucht worden, so glaube er das gern, immerhin könnte eine noch eingehendere Untersuchung nichts schaden. Es haben allerdings nur 852 Arbeiter ihre Lohnsätze angegeben, welche Zahl verhältnißmäßig niedrig erscheine, das liege aber daran, daß viele Arbeiter sich scheuen, ihren Verdienst anzugeben. Jedenfalls sei der Wunsch der Arbeiter berechtigt, eine möglichst genaue Grenze bei Festsetzung des Lohnsatzes zu ziehen. Die Grenze von 2,50 M halte er auch für zu niedrig bemessen und bitte deshalb, eine möglichst genaue Untersuchung in dieser Sache anstellen zu lassen.

Herr Rieke hat gegen das vom Magistrate vorgelegte Material nichts einzuwenden. Wenn der Magistrat sich bei einer größeren Anzahl von Städten erkundigt habe, so habe derselbe seine Schuldigkeit gethan und könne diese Erkundigungen höchstens noch fortsetzen, wenn er Zeit dazu habe. Alles Andere könne das städtische Arbeitsamt machen, denn dieses sei ebenso zuständig, wie die anderen Organe, welche Herr Schmidt noch zur Beurtheilung der hiesigen Verhältnisse

heranziehen wolle. Wenn man die Festsetzung etwa davon abhängig machen wolle, daß voraussichtlich eine Krise eintreten und der Lohnsatz im Allgemeinen sinken werde, so müsse er ein solches Vorgehen entschieden bekämpfen. Man habe damit zu rechnen, welche Forderungen an die Lebenshaltung der Arbeiter zu stellen seien und diese zu erhalten zu suchen; denn es sei kein Kulturfortschritt, sich von Gründen leiten zu lassen, wie sie der Herr Referent vorgetragen habe. Wenn man nur große Betriebe befragen wolle, würde der ortsübliche Tagelohn vielleicht noch unter den jetzigen Satz von 2,20 M. heruntergehen. Da Leipzig und andere für uns in Betracht kommende Städte den Lohnsatz auf 3 M. heraufgesetzt haben, so könne man sich daran ein Beispiel nehmen, nicht aber an Städten wie Breslau, Posen und dergl., denn schlesische und posenische Verhältnisse seien für Braunschweig nicht maßgebend. Auch in dieser Frage möge man ein Herz haben für Diejenigen, für welche man hier rathe und thate und den Geist der Humanität durch diese Räume wehen lassen.

Herr Nieß will sich über die Sache selbst nicht aussprechen, weil ihm die Frage noch nicht genügend geklärt scheine und sie weiterer Berathung überlassen werden müsse. Indessen wolle er sich gegen die Auffassung des Herrn Riese aussprechen, daß der ortsübliche Tagelohn über diejenigen Grenzen hinausgehen solle, welche den tatsächlichen Verhältnissen entsprächen. Magistrat und Versammlung hätten genau so human zu verfahren gegen ihre Bürger, welche Geschäfte betreiben, als gegen die Arbeiter, welche in diesen Geschäften beschäftigt werden. Die Humanität habe sich nach beiden Seiten hin gleichmäßig zu bethätigen. Wenn hier der Lohnsatz vor eingehender Prüfung der Verhältnisse über den wirklichen Durchschnitt hinaus festgesetzt würde, so sei die Folge davon, daß Diejenigen, welche zur Ausführung der socialpolitischen Geseze materiell beitragen müßten, hierzu über den Durchschnitt herangezogen würden, und das sei doch wohl keine Gerechtigkeit. So z. B. müßten bei dem Unfallversicherungsgezeze in den Lohn-erklärungen alle Löhne auf den ortsüblichen Tagelohn gebracht werden, auch wenn sie denselben nicht erreichten, und seien hiervon die Beiträge an die Unfallversicherung zu leisten. Sobald also die Durchschnittssätze über die wirklichen Lohnsätze hinausgehen, schädigen sie Diejenigen, welche mit ihren Mitteln dafür einspringen müßten. Er bitte deshalb, vor der Festsetzung des Durchschnittslohnsatzes noch weitere Erhebungen anzustellen.

Herr Rathe hat sich gegen die Erhöhung des Durchschnittslohnsatzes ausgesprochen, weil es dadurch nur zu Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern kommen müsse. Den ortsüblichen Tagelohn sehe er als den Mindestlohn an, welcher jedem Arbeiter gezahlt werden müßte, weil man sonst bei Streitigkeiten in Differenzen gerathe mit den minderwerthigen Arbeitern, welche den ortsüblichen Tagelohn verlangen würden. So z. B. würde die Stadt bei starken Schneefällen keine

Arbeiter unter 2,50 M einstellen können, wenn der Durchschnittslohnsatz diese Höhe erreicht habe. Deswegen bitte er, die Sache einer sehr gründlichen Prüfung zu unterziehen, zumal es sich um eine Festlegung nicht nur für heute und morgen handle.

Herr Ackmann möchte noch darauf hinweisen, daß die Herren Rathe und Nieß in vortrefflicher Weise ihre Gründe angeführt haben, aus welchen sie gegen eine Erhöhung des Durchschnittslohnsatzes seien, weil sie nämlich fürchten, unter Umständen höhere Lasten tragen zu müssen. Wenn Herr Rathe besonders betone, daß der ortsübliche Tagelohn seiner Meinung nach in der Höhe festgesetzt werden müsse, wie der Lohn für die schlechtesten und die krüppeligen Arbeiter gezahlt werde, so erkenne derselbe die ganze socialpolitische Gesetzgebung und müsse er dieser Auffassung gegenüber constatiren, daß der Reichstag doch um ein Bedeutendes weiter gehe, als Herr Rathe, was wirklich auch nicht zu verwundern sei. Hiergegen müsse er sich aussprechen und glaube er, es werde auch die große Mehrzahl der Versammlung sich damit einverstanden erklären, daß weder der niedrigste noch der höchste, sondern ein durchschnittlicher Lohnsatz eines Durchschnittsarbeiters als Basis für die Festlegung des ortsüblichen Lohnsatzes diene. Um nach allen Seiten gerecht zu werden, beantrage er, den ortsüblichen Tagelohn für männliche Arbeiter auf 3 M festzusetzen.

Herr Nolte ist der Ansicht, daß die Versammlung nach der Erklärung des Referenten, die Commission sei über die einschlägigen Verhältnisse noch nicht genügend informiert, dem Antrage auf Zurückverweisung an die Commission zustimmen müsse. Dieses erscheine im Interesse der Arbeiter und der Arbeitgeber um so wünschenswerther, weil die Feststellung des ortsüblichen Tagelohnes jetzt noch eine viel höhere Bedeutung habe als bisher. Nach der neueren Gesetzgebung sei nämlich eine Aenderung insofern eingetreten, als bei jugendlichen Arbeitern, sobald sie das 16. Lebensjahr zurückgelegt haben, der ortsübliche Tagelohn der erwachsenen Arbeiter Anwendung finde. Daher beantrage er, die Vorlage an die Commission zurückzuverweisen.

Herr Schöttler schließt sich diesem Antrage vollständig an. Wenn auch die Festlegung des Satzes eine sehr wichtige Sache sei, so halte er sie doch nicht für eine Humanitätsfrage. Die Humanität habe mit der Sache gar nichts zu thun, sondern es handle sich dabei nur um ein mathematisches Rechenexempel, welches richtig gelöst werden müsse. Hierbei dürfe nicht mit Wohlwollen oder Uebelwollen gearbeitet werden, sondern es sei dabei allein maßgebend, daß ein möglichst richtiges Ergebnis gefunden werde, und hoffe er, daß die Baucommission in diesem Sinne die Sache noch einmal untersuche und das Ergebnis dann der Versammlung vorlege. Den Humanitätsstandpunkt müsse man aber hierbei ganz außer Acht lassen.

Herr Schmidt möchte Verwahrung dagegen einlegen, daß er darauf ausgehen solle, die Löhne der Arbeiter zu drücken; im Gegentheil sei er stets erfreut, wenn diese Löhne steigen. Er sei indessen dagegen, daß die Handwerker durch eine ungerechte Hinaufschraubung des Durchschnittslohnsatzes zu sehr gedrückt werden. So z. B. würden die Lehrlinge schon jetzt zu der Unfallberufsgenossenschaft mit 2,20 M. eingesetzt, während sie dem Meister anfangs nichts und später auch nur wenig verdienen. Für die Handwerker habe er gesprochen, aber nicht für die Großindustrie, welche die höheren Löhne meistens bezahlen könne. Beispielsweise habe er in seiner Fabrik Niemand, der nicht 2,50 M. Lohn beziehe. Gegenüber Herrn Stadtrath von Frankenberg sei er erstaunt, daß derselbe es ablehne, die nöthigen Erhebungen anzustellen. Die Baucommission könne doch unmöglich bei den einzelnen Betrieben nach den gezahlten Löhnen fragen und außerdem brauche einer Privatperson Niemand darüber Auskunft zu geben, während der Magistrat solche fordern könne. Wenn es zutrefte, daß die über 16 Jahre alten Lehrlinge mit dem ortsüblichen Tagelohne bei der Unfallversicherung eingestellt werden, so sei die Magistratsvorlage in Bezug hierauf nicht richtig. Er bitte nochmals, die Vorlage an den Magistrat mit dem Ersuchen zurückzugeben, in der angedeuteten Richtung noch weitere Erhebungen anzustellen.

Herr Löschigk muß sich wundern, daß vom Magistratsstische aus abgelehnt werde, weitere Erhebungen in dieser noch nicht geklärten Frage anzustellen. Da die Arbeitgeber alljährlich über die Lohnverhältnisse der von ihnen beschäftigten Arbeiter an den Magistrat berichten müßten, so lasse sich vielleicht aus diesem Materiale ein Durchschnittslohnsatz feststellen.

Herr Südel muß dieser Auffassung widersprechen. In den Besoldungslisten der Arbeiter stehen auch solche Arbeiter verzeichnet, welche ein Gewerbe erlernt haben, und diese haben mit dem ortsüblichen Tagelohn nichts zu thun. Er stehe auf dem Standpunkte des Herrn Schöttler, daß es ganz gleichgültig sein müsse, wie der ortsübliche Tagelohn zurückwirken werde, es komme vielmehr allein darauf an, den richtigen Satz zu finden. Auch ein Vergleich mit anderen Städten führe nicht zum Ziele, da im Westen der Tagelohn wesentlich höher und im Osten wesentlich niedriger sei, als hier. Durch die vielen Monteure seiner Fabrik, welche in ganz Deutschland herumkämen, habe er Gelegenheit, den ortsüblichen Tagelohn vieler Orte zu erfahren und habe er daraus entnommen, daß dieser Satz in Deutschland zwischen 1,40 M. und 3,60 M. schwanke. Es sei dringend erwünscht, die Sicherheit zu erlangen, daß der hier zu ermittelnde Satz sich auf einer genügend breiten Grundlage aufbaue, weshalb er den Magistrat ebenfalls ersuchen möchte, noch weiteres Material zu beschaffen.

Herr Stadtrath von Frankenberg erklärt sich bereit, den Versuch zu machen, durch Verhandlung mit dem Berichterstatter die erörterten Schwierigkeiten

aufzuklären bezw. zu beseitigen. Er ersuche, die Vorlage zu dem Zwecke nach dem Antrage des Herrn Nolte an die Commission zurückzuverweisen.

Ein Schlußantrag wird hierauf angenommen.

Herr Rathe möchte Herrn Ahmann gegenüber persönlich bemerken, daß er nicht von dem Vohnsage alter und gebrechlicher Arbeiter gesprochen, sondern gesagt habe, der ortsübliche Tagelohn sei derjenige, welcher mindestens von der Stadt gezahlt werden müsse, wenn sie Arbeiter einzustellen habe.

Dem Antrage des Herrn Nolte gemäß wird sodann die Vorlage an die Bau-commission zurückverwiesen.

XIX. Verkauf einer Fläche am Altstadtringe.

An der Kreuzstraße ist eine 34 qm große Fläche in Folge Aenderung des Ortsbauplanes verfügbar geblieben, welche der Schuhmachermeister Haumann zum Einheitspreise von 12 M unter der Bedingung zu erwerben wünscht, daß der Kaufpreis von 408 M in drei gleichen Jahresraten gezahlt werden darf.

Dem Antrage des Magistrates, sich hiermit einverstanden zu erklären,

stimmt die Versammlung auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Bauermeister berichtet, zu.

XX. Beihilfe für den Verein gegen Bettel.

Der hiesige Verein gegen Bettel hat sich unter eingehender Darlegung seiner Vermögensverhältnisse abermals mit dem Ersuchen um Unterstützung aus Stadtmitteln an den Magistrat gewandt. Letzterer ist der Ansicht, daß die nützlichen Bestrebungen des Vereins Anerkennung und Förderung verdienen und daß ihm zur Deckung des entstandenen Fehlbetrages ein angemessener Zuschuß zu gewähren sei. Da der Magistrat aus der Elischen Stiftung den Betrag von 1000 M zur Verfügung stellen wird, so ersucht derselbe, noch eine weitere Beihilfe von 2000 M zu Lasten der Armenkasse gutzuheißen.

Nach dem Berichte des Herrn Hauswaldt empfiehlt die Finanzcommission die Genehmigung dieser Vorlage.

Herr Koch begrüßt die Vorlage mit großer Freude, möchte aber bitten, dem Vereine noch 1000 M mehr zu geben, weil derselbe in diesem strengen Winter in große Verlegenheit gerathen werde und seine Unterstützungen sonst vielleicht einstellen müsse. Der Verein habe jetzt 24 Jahre segensreich gewirkt und jeder Armenpfleger wisse, wie nothwendig derselbe neben der öffentlichen Armenpflege sei. Die augenblickliche Arbeitslosigkeit veranlasse den Verein, manche Leute zu unterstützen,

die sonst der öffentlichen Armenpflege anheimfallen würden. Innerhalb der letzten drei Wochen seien allein 2700 M an Unterstützungen verbraucht worden, obwohl nur bei äußerster Noth eine Unterstützung bewilligt worden sei. Wenn der Verein nicht bestände, würde der Armenetat ganz erheblich anschwellen. Deshalb bitte er, noch weitere 1000 M zu bewilligen.

Herr Stadtrath von Frankenberg will gern anerkennen, daß die Worte des Herrn Koch außerordentlich gut gemeint seien, jedoch glaube er, daß die magistratsseitig geforderte Summe zunächst ausreiche, namentlich wenn sich die Mitgliederzahl des Vereins wieder etwas heben sollte. Gestern habe außerdem die Armendirection beschlossen, Feuerungsmaterial aus den Mitteln des Weberischen Legates zu vertheilen, in welchem nahezu 6000 M zur Verfügung stehen. Wenn daher die Kälte anhalten sollte, könnte von der Armendirection in 6 bis 8 Wochen ein ähnlicher Beschluß gefaßt werden. Im Uebrigen sei in der Finanzcommission die Anregung gegeben, daß der Verein auf den Weg gewiesen werden möchte, in Zukunft von den städtischen Behörden einen jährlich wiederkehrenden Beitrag zu erbitten.

Herr Rieke muß es, ohne Stellung zu der Magistratsvorlage zu nehmen, für zweckmäßiger halten, wenn so rasch wie möglich Nothstandsarbeiten, z. B. am Domesee, in Angriff genommen würden, als daß dem Vereine gegen Bettelerei Mittel überwiesen werden. Die Leute könnten sich dann durch ihre Arbeit ernähren und brauchten nicht den alten Zeughof und die Armenpfleger zu belagern. Der Magistrat möge daher sein Augenmerk darauf richten, Wege und Plätze in Stand zu setzen, oder am Domesee Arbeiten vornehmen zu lassen.

Unter Ablehnung des Antrages Koch wird darauf die Magistratsvorlage genehmigt.

XXI. Antrag Schmidt: Nächtliche Ueberwachung abgelegener Straßen.

Die Herren Schmidt, Supprian, Brückmann und Sander haben folgenden Antrag eingebracht:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, für eine ausreichende nächtliche Ueberwachung der städtischen Straßen auch in abgelegeneren Bezirken Sorge tragen zu wollen“.

Zur Begründung führt Herr Schmidt aus, daß nach der Mittheilung von Anwohnern der Spinnerstraße, der Petristraße, des oberen Theiles der Hamburgerstraße u. d. dort keine Wächter vorhanden sein sollen. Solche Zustände dürfte man aber nicht so hingehen lassen, da in diesen Straßen wiederholt Unordnungen vor-

gekommen seien und die Stadt die Verpflichtung habe, dort eine bessere Controle einzuführen. Wenn die Straßen auch nicht so häufig begangen würden, als die anderen Straßen, so müßte sich doch Nachts wenigstens ein Wächter einmal sehen lassen. Auf entsprechende Beschwerde bei der Polizei sei erklärt worden, es stehe kein Wächterpersonal zur Verfügung.

Der genügend unterstützte Antrag wird der Statutencommission zur Vorberatung überwiesen.

XXII. Anfrage Böschigt: Abstellung von Wassercalamitäten.

Die Anfrage lautet:

„Hat die Verwaltung der städtischen Licht- und Wasserwerke Vorsehrungen getroffen, daß solche Calamitäten in der Wasserlieferung wie in voriger Woche nicht wiederkehren können?“

Wie Herr Böschigt zur Begründung ausführt, würde es beruhigend auf die Bevölkerung wirken, wenn magistratsseitig zugesagt werden könnte, daß solche Sachen wie am 2. Januar nicht wieder vorkommen könnten. Glücklicherweise sei bei der Kälte nichts passiert, sonst hätte sich ein großes Unglück ereignen können, denn die Stadt sei volle sechs Stunden ohne Wasser gewesen. In sehr vielen Häusern habe man geglaubt, die Wasserleitung sei eingefroren, weshalb die Klempner und die Leute des Wasserwerkes sehr begehrt gewesen seien. Nach den mit einer Anzahl von Einwohnern anscheinend abgeschlossenen Wasserlieferungsverträgen, von denen er bis dahin keine Kenntniß gehabt habe, sollen die Abnehmer für die Zeit der Nichtlieferung von Wasser keine Entschädigung von der Stadt fordern können, was der Bürgerschaft in Erinnerung gebracht werden müßte, um allen entgegenstehenden Gerüchten zu begegnen. Wäre an dem Tage ein Schadenfeuer ausgebrochen, hätte es böse in der Stadt werden können.

Herr Stadtrath Haake erwidert darauf etwa Folgendes: Die Calamität sei in erster Linie dadurch entstanden, daß ein Zuleitungsrohr zu einem Dampfkessel verstopft gewesen sei. Das Condenswasser werde einem Brunnen mittels eines Rohres entnommen und in dieses Rohr habe sich Schmutz gesetzt, so daß die eine Maschine kein Condenswasser hätte erhalten können. Die zweite Maschine habe darauf so stark gearbeitet, daß sie ins Klappern gekommen sei und außer Betrieb habe gesetzt werden müssen. Hierauf seien zwei alte Maschinen in Thätigkeit gesetzt und habe es zwei Stunden gedauert, bis wieder Wasser gekommen sei. Ein solcher Fall könne immer mal wieder vorkommen, wenn auch Alles was möglich sei, geschehen solle, um ihm vorzubeugen.

XXIII. Antrag Aßmann: Stellungnahme gegen die Erhöhung der Getreidezölle etc.

Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordneten wollen beschließen, den Magistrat zu ersuchen, dahin zu wirken, daß der Bundesraths-Bevollmächtigte des Herzogthums gegen Erhöhung der Getreidezölle eintreten möge, weil durch diese die Preise der nothwendigsten Lebensmittel besonders der ärmeren Bevölkerung um ein Bedeutendes erhöht würden, so daß eine Rückwirkung auf die finanziellen städtischen Verhältnisse eintreten müßte; ferner den Bundesraths-Bevollmächtigten zu ersuchen, für langfristige Handelsverträge eintreten zu wollen“.

Wie der Herr Vorsitzende ausführt, habe er Bedenken, diesen Antrag überhaupt zur Behandlung zuzulassen. Im §. 51 der Städteordnung heiße es:

„Behuf Förderung der Wohlfahrt der Stadt und der Gemeindegengenossen, insbesondere:

- 1) um die Erwerbsquellen der Einwohner zu erweitern und ergiebiger zu machen, sowie um die entgegenstehenden Hindernisse zu beseitigen,
- 2) um die vorhandenen Bildungsmittel allgemein zugänglich zu machen und, soweit es erforderlich, zu vermehren und zu verbessern,
- 3) um die Sittlichkeit zu fördern,

sind die Stadtverordneten befugt, Anträge zu stellen und dem Stadtmagistrate zur Zustimmung und Ausführung vorzulegen.“

Hiernach gehöre der Antrag jedenfalls nicht zur Competenz der Versammlung, denn wenn man ihn dazu rechnen wollte, entzöge sich dieser Competenz eigentlich nichts. Seiner Meinung nach müsse man sich bei der Auslegung des §. 51 auf das beschränken, was dort stehe und nur diejenigen Sachen zur Competenz der Versammlung rechnen, welche die Wohlfahrt der Stadt und der Gemeindegengenossen direct betreffen, nicht aber auch anderen politischen Körperschaften unterliegende Handlungen. Jedenfalls sei es nicht Sache der Stadtverordnetenversammlung, Instructionen für die Landesversammlung, die Regierung und den Reichstag herbeizuführen. Wenn er sich auch für die Folge das Recht vorbehalten wolle, Anträge, welche seiner Ansicht nach nicht zur Competenz der städtischen Behörden gehörten, ohne Weiteres abzulehnen, so wolle er doch in diesem Falle von dem Rechte keinen Gebrauch machen und Herrn Aßmann Gelegenheit geben, seine Ansicht, daß der Antrag zur Competenz der Versammlung gehöre, zu begründen.

Herr Aßmann kann nicht finden, daß in dem Antrage Politik liege, zumal auch die Stadtverordnetenversammlungen anderer großen Städte sich schon mit dieser Frage befaßt haben. Er sei selbst dagegen, daß in der Versammlung Politik

getrieben werde, aber der Begriff „Politik“ lasse sich nicht so leicht festlegen, denn es sei schon wiederholt vorgekommen, daß selbst der Richter sich mit der Frage zu beschäftigen gehabt habe, wo die Politik anfangen und wo sie aufhöre. Seiner Meinung nach würde auch das Ministerium nichts darin finden, wenn der Antrag hier behandelt würde. Die Stadtverordnetenversammlungen in Charlottenburg, Offenbach, Königsberg, Gotha u. haben ähnliche Anträge zum Beschlusse erhoben und Niemand habe etwas darin gefunden. Deshalb bitte er, den Antrag zur Debatte zuzulassen und zu genehmigen.

Der Herr Vorsitzende muß es für angemessen halten, wenn die Kompetenzfrage reiflich erwogen werde und wenn auch der Magistrat in der Commission seine Ansicht darüber äußerte.

Herr Blasius möchte vorschlagen, die Kompetenzfrage der Statutencommission zur Vorberathung zu überweisen, da auch die Sache nicht besonders eile.

Herr Hauswaldt kann der Sache nicht solche Gefährlichkeit beimessen und findet es unbedenklich, wenn dem Wunsche Ausdruck gegeben werde. Der Magistrat brauche schließlich dem Ersuchen keine Folge zu geben, wenn derselbe meine, daß es nicht angebracht sei, sich mit solcher Angelegenheit zu befassen. Die Grenze, wo die Politik anfangen und wo sie aufhöre, bestimme sich häufig sehr schwer.

Der Herr Vorsitzende kann auch keine Gefährlichkeit, wohl aber eine Lächerlichkeit in solchem Vorgehen erblicken.

Herr Wolff ist ebenfalls der Ansicht, daß sich die Versammlung auf die Gemeindeaufgaben zu beschränken habe, weil sie, wenn sie darüber hinausgehe, im Begriff stehe, sich lächerlich zu machen.

Herr Hauswaldt will noch bemerken, daß er auch gegen eine Besprechung des Antrages stimmen würde, daß er aber in der Behandlung desselben nichts erblicken könne, was der Versammlung Schaden könne. Jetzt handle es sich doch nur darum, ob der Antrag besprochen werden solle oder nicht.

Der Herr Vorsitzende wünscht nur, diese Rechtsfrage in engerem Kreise geprüft zu sehen, da die Städteordnung die Verfassung für die Versammlung bilde. Letztere beschränke bei eventueller Zurückweisung des Antrages ihre Kompetenz nicht, sondern das Gesetz schreibe sie ihr vor.

Herr Wolff möchte seine letzte Aeußerung als im Princip gesprochen aufgefaßt wissen, da er nicht habe behaupten wollen, daß über diese Sache nicht gesprochen werden dürfe. Seiner Ansicht nach müsse sich die Versammlung nur hüten, über ihre Kompetenz hinauszugehen, weil sonst die Sache den Anflug der Lächerlichkeit erhalte.

Herr **Aßmann** will noch darauf hinweisen, daß von einem Antrage gar keine Rede sei, sondern nur von einem Ersuchen. Die Versammlung könne sich doch an Jemand mit einem Ersuchen wenden, der Einfluß habe, und wenn der Magistrat das Ersuchen ablehne, so habe sich die Versammlung dadurch nicht lächerlich gemacht.

Herr **Rieß** glaubt, daß Herr **Aßmann** seinen Zweck schon erreicht haben werde, denn derselbe habe gegen die Vertheuerung der Lebensmittel gesprochen und Diejenigen, welche es hören sollten, würden es wohl zu hören bekommen. (Widerspruch des Herrn **Aßmann**.) Er dürfe darüber wohl denken, wie er wolle. Wenn Herr **Aßmann** den Wunsch habe, gegen die Vertheuerung der Lebensmittel anzukämpfen, so möge er sich persönlich oder im Namen einer Versammlung von Gleichgesinnten dieserhalb an den Reichstag wenden. Jedenfalls gehöre die Thätigkeit des Bundesrathes nicht zu der Competenz der Stadtverordnetenversammlung, weshalb diese sich nicht auf ein solches Gebiet begeben dürfe. Trotzdem sei er aber dafür, daß der Antrag wegen seiner formellen Behandlung an die Statutencommission gegeben werde, damit diese über die Grenzen der Berechtigung der Versammlung discutire.

Herr **Riese** kann nicht begreifen, daß es über die Competenz hinausgehen solle, wenn eine communale Vertretung in einem Statute festgelegt habe, sie könne über das geistige und leibliche Wohl der Commune berathen und sie wolle dann ihre Wünsche in der beantragten Form zum Ausdruck bringen. Jedenfalls verstehe er nicht, wie man sich dadurch solle lächerlich machen können. Wenn es sich um so hochwichtige Dinge handle, durch welche Millionen der Bevölkerung geschädigt würden und für die von den Interessententreisen mit Hochdruck gearbeitet werde, so sollte sich die Versammlung ihres Rechtes nicht begeben, dagegen aufzutreten. Als Bürger und Stadtverordneter thue er hier seine Schuldigkeit und brauche sich nicht von Herrn **Rieß** Sachen unterschieben zu lassen, an die er nicht gedacht habe, denn alle Stadtverordneten, selbst Herr **Rieß**, sollten doch die gleichen Interessen haben. Es handle sich darum, zu beweisen, daß man aus der Vergangenheit auf die Gegenwart und Zukunft zu schließen verstehe und der Antrag wolle nichts Anderes, als das, was die Bürger anderer Städte auch schon gethan haben.

Der Herr Vorsitzende will darauf erwidern, daß, wenn sich die Competenzfrage mit hochtönenden Worten lösen ließe, Herr **Riese** die Lösung gefunden haben würde. Er überweise den Antrag der Statutencommission, damit diese zunächst die Competenzfrage vorberathe.

XXIV. Anfrage **Aßmann**: Auslegung der Geschäftsordnung.

Die in der Sitzung vom 25. October 1900 — Seite 147 des Berichts — von Herrn **Aßmann** gestellte Frage in Bezug auf die Unterstützung von Anträgen

beantwortet der Herr Vorsitzende dahin, daß bei der Frage der Unterstützung eines Antrages der Antragsteller mit zu zählen sei. Wenn z. B. ein Antrag mindestens 6 Unterschriften aufweise, werde die Unterstützungsfrage gar nicht gestellt werden.

Darauf wird die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis gegen 7 Uhr.

1900|1901.N^o 9.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten

zu Braunschweig

in deren Sitzung am 7. Februar 1901.

Tagesordnung:

I.	Feststellung des ortsüblichen Tagelohnes gewöhnlicher Arbeiter	Seite 208
II.	Ueberweisung eines Grundstücks an die Canalverwaltung	" 215
III.	Neuvermietung eines Grundstücks	" 216
IV.	Gesuch um Erlass von Strassenbanklösen	" 216
V.	Antrag Ahmann: Stellungnahme gegen die Erhöhung der Getreidezölle u.	" 219
VI.	Entlastung wegen Verwaltung der Licht- und Wasserwerke u. für das Jahr 1899 1900	" 220
VII.	Fischerei-Verpachtung	" 222
VIII.	Erbanung eines Wagenschuppens	" 222
IX.	Abtretung eines Grundstücks an das städt. Wasserwerk	" 222
X.	Aufbewahrung der Inhaberpapiere	" 222
XI.	Vermehrung der Classen und Lehrkräfte bei den Bürgerschulen	" 223
XII.	Terrainerwerb zur verlängerten Wiesenstraße	" 223
XIII.	Hundesteuer-Erlassgesuche	" 224
XIV.	Befoldung der Mannschaften der Berufsfeuerwehr	" 224
XV.	Terrainaustausch am Bohlwege	" 225
XVI.	Ausbau des nördlichen Theiles der Marthastraße	" 225

XVII.	Fluchtlinie für die Ferdinandstraße u.	Seite 226
XVIII.	Kosten einer Grabenziehung für das Nieselgut	226
XIX.	Vermehrung der Classen der höheren Mädchenschule	226
XX.	Antrag Brückmann u. Gen.: Zwangsbesuch der Fortbildungsschule. . .	227

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Dr. jur. Pockels, Bürgermeister Ketemeyer und Stadträthe Haake, Meyer, Sievers und von Frankenberg.

Entschuldigt die Herren Voller und Seele.

Nach Eröffnung der Sitzung theilt der Vorsitzende, Herr Semler, zunächst mit, daß ein Besuch des Ausschusses für Volks- und Jugendspiele in der Stadt Braunschweig, die städtischen Spielplätze betreffend, eingegangen sei, welches in der Versammlung vorläufig nicht behandelt werde, weil auch der Magistrat eine Eingabe erhalten habe.

Sodann wird in die Berathung der Tagesordnung eingetreten.

I. Feststellung des ortsüblichen Tagelohnes gewöhnlicher Arbeiter.

Nachdem der Berichterstatter, Herr Schmidt, die in der vorigen Sitzung bereits behandelte Magistratsvorlage und die sich daran knüpfenden Verhandlungen — Seite 192—199 des Berichts — kurz wiederholt hatte, führt derselbe weiter aus, daß sich die Vorlage nur nach dem Gefühle beurtheilen lasse, weil eine ordentliche Statistik mit positiven Zahlen fehle, trotzdem ihm jetzt noch ein recht werthvolles statistisches Material von der Handelskammer zur Verfügung gestellt worden sei. Die Baucommission habe sich entschlossen, der Magistratsvorlage zuzustimmen. Man kann sich bei der Festsetzung dieses Lohnsatzes — so fährt Herr Schmidt fort — nicht durch die Humanität leiten lassen, denn wir haben nicht das Recht, zu beschließen, den Satz beliebig in die Höhe zu drücken, weil hierdurch das Gewerbe wesentlich belastet wird. Das Gesetz über die Krankencassen bestimmt, daß die Hälfte des ortsüblichen Tagelohnes von der Krankencasse als Krankengeld zu zahlen ist und das Gesetz über die Unfall-Vereinsgenossenschaft legt dem ortsüblichen Tagelohnsatz ebenfalls eine hohe Bedeutung bei, indem es bestimmt, daß der Lohnsatz für erwachsene Arbeiter auch für jugendliche Arbeiter und Lehrlinge anzurechnen sei. Noch fühlbarer wird aber die Erhöhung des Satzes bei der Alters- und Invaliditäts-Versicherung. Denn hier werden die Lehrlinge bei einem ortsüblichen Tagelohne von 1,25 M unter Zugrundelegung von 300 Arbeitstagen auf 375 M Jahreseinkommen gesetzt, wodurch die bisherige Versicherungsmarte von 15 S auf

20 \S erhöht werden muß, was als eine erhebliche Mehrbelastung der Gewerbetreibenden anzusehen ist. Ferner muß darauf hingewiesen werden, daß das Gesetz den Interessenten sogar die Möglichkeit läßt, gegen den Beschluß der Gemeindebehörde anzugehen, denn diese wird nur gehört, während die Herzogliche Kreisdirection bezw. das Herzogliche Staats-Ministerium den Lohnsatz festzustellen hat. Durch solchen Einspruch könnte unser Beschluß also noch hinfällig werden. Ich halte es auch nicht für richtig, daß der Durchschnittslohnsatz einer Fabrik, welche einen Arbeiter mit einem niedrigen Lohnsaze, alle anderen Arbeiter aber mit hohen Lohnsätzen beschäftigt, durch Ermittlung des wirklichen durchschnittlichen Lohnbetrages gefunden wird. Es handelt sich also um Sachen, die nach dem Gefühle zu beurtheilen sind. Von meinem Standpunkte aus bin ich zu der Ueberzeugung gekommen, daß die von der Handelskammer zur Verfügung gestellten Zahlen wohl einen Anhalt dafür bieten können, den ortsüblichen Tagelohnsatz von 2,50 M als den vorliegenden Verhältnissen entsprechend anzusehen. In diesem Sinne hat sich denn auch die Baucommission ausgesprochen und empfiehlt der Versammlung, den Tagelohn für erwachsene Arbeiter auf 2,50 M, für Arbeiterinnen auf 1,75 M und für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen auf 1,25 M festzusetzen. Weiteres Material läßt sich wegen Kürze der Zeit nicht mehr sammeln, deshalb ersuchen wir um Genehmigung der vorge schlagenen Sätze.

Diese Sache ist vielfach von anderer Seite angefochten und so hingestellt worden, als wenn wir bei der Feststellung der Sätze ganz beliebig vorgehen könnten. Besonders ist dieses in letzterer Zeit geschehen auf Grund einer Statistik, welche von den Besitzern zum Schiedsgerichte aufgestellt und nach der der durchschnittliche Tagelohnsatz auf 3 M ermittelt worden ist. Ich erkläre diese Ermittlung für grundfalsch, denn wenn man auch noch so umsichtig vorgehen wollte, würde man auf diesen Durchschnittslohnsatz doch nicht kommen. Daß die Ansichten selbst hinsichtlich der Richtigkeit eines Durchschnittssatzes von 2,50 M schon getheilt sind, können Sie daraus entnehmen, daß die Armenbezirksvorsteher zum Theil abgelehnt haben, den jetzigen Durchschnittslohnsatz zu erhöhen, und daß auch einzelne Industrielle gegen die Erhöhung sind. In einer Zuckerraffinerie kommt der Lohnsatz auch nicht über 2,20 M. Obwohl wir also in der Commission nicht unbedingt sicher sind, das Richtige mit dem Lohnsaze von 2,50 M zu treffen, empfehlen wir Ihnen doch die Genehmigung der Magistratsvorlage.

Herr Bültmann: Bei der ersten Verathung der Vorlage in der Baucommission, in welcher die sämtlichen Mitglieder außer Herrn Engelbrecht, welcher fehlte, der Magistratsvorlage zustimmten, hatte der Referent schon seine Bedenken gegen die Höhe der Lohnsätze, namentlich bezüglich des Satzes für die Lehrlinge, ausgesprochen. Als nun die Vorlage in der letzten Sitzung zur Verhandlung kommen sollte, fragte mich der Referent, ob ich nichts dagegen hätte, wenn die

Sache nochmals von der Tagesordnung abgesetzt würde. Darauf habe ich ausdrücklich gesagt, ich wäre damit einverstanden, sofern auch die beiden anderen Mitglieder der Commission nichts dagegen hätten. Wenn nun Herr Schmidt die beiden Herren nicht gefragt hat, so ist das nicht meine Schuld. Trotzdem habe ich mir müssen den Vorwurf machen lassen, daß ich über die Köpfe der anderen Commissionsmitglieder hinaus die Sache in Gemeinschaft mit dem Fabrikanten Schmidt von der Tagesordnung hätte absetzen wollen. Das entspricht nicht der Wahrheit und ich möchte mich dagegen verwahren. Das stenographische Protocoll wird die Richtigkeit meiner Ausführungen ergeben.

Herr Aßmann: Der Herr Referent führte aus, daß die Commission die Annahme der Vorlage empfehle, daß es aber Jedem überlassen bleiben müsse, zu stimmen, wie er wolle, weil die Annahme der Vorlage eine Gefahr für das ganze Gemeinwesen bilden könne; auch deutete er an, daß es sehr wohl möglich sei, den hier zu fassenden Beschluß anzufechten und Magistrat und Versammlung allein nicht berechtigt wären, den Lohnsatz endgiltig festzusetzen, sondern es Mittel und Wege gebe, solchen Beschluß illusorisch zu machen. Wenn aber der Magistrat selbst die Annahme dieser Lohnsätze empfiehlt, so könnte Herr Schmidt eigentlich darüber beruhigt sein, daß in der Annahme derselben keine Gefahr für Stadt und Commune liege. Es scheint fast, als ob Herr Schmidt meinte, die Grundveste der ganzen Stadt würde durch die Annahme der Vorlage erschüttert werden. Da nun aber die Arbeitnehmer-Beisitzer des Gewerbeschiedsgerichtes durch Umfrage festgestellt haben, daß bei 852 hiesigen Personen der durchschnittliche Lohnsatz 3,03 M beträgt, so kann die Erhöhung des Satzes von 2,20 M auf 2,50 M doch wirklich keine Ungeheuerlichkeit bedeuten. Die Fragebogen sind bei allen möglichen Betrieben, welche ich in der vorigen Sitzung verlesen habe, herumgeschickt und zwar nicht etwa bei den sogenannten gelernten, sondern nur bei ungelernten Arbeitern. Wenn unter solchen Verhältnissen die Arbeiter die Forderung aufstellen, den Durchschnittslohnsatz auf 3 M festzusetzen, so dürfte dieses eine größere Bedeutung haben, als wenn Herr Schmidt meint, daß selbst der Satz von 2,50 M noch zu hoch gegriffen wäre, indem er befürchtet, daß die Belastung bei den Krankencassen und der Berufsgenossenschaft, zu welchen die Arbeitnehmer doch auch ihren Anteil zahlen, zu stark werden könnte. Diese Befürchtung tritt aber bei einem Satze von 2,50 M nicht ein, auch nicht einmal bei dem Satze von 3 M. Aber selbst wenn es der Fall wäre, würde man doch nicht von Humanität zu sprechen und diese so sehr in das Vordertreffen zu führen brauchen, denn wenn die kranken Arbeiter wirklich einige Pfennige mehr erhielten, als ihnen zukäme, so würden sie bei dem geringen Krankengelde doch nicht fett werden können. Es kann auch keine Gefahr für das Vaterland erwachsen, wenn die Industrie hierdurch etwas stärker belastet wird, denn verdient muß doch das Geld werden und die Arbeiter müssen es mit

verdienen. Demnach kann also von einer besonderen Humanität gegenüber der Ermittlung eines Durchschnittssatzes von 3,03 M seitens der Beisitzer des Gewerbegerichts nicht wohl die Rede sein, wenn der Lohnsatz auf 2,50 M festgesetzt werden soll, sondern es ist mein früherer Antrag, denselben auf 3 M festzusetzen, durchaus gerechtfertigt. Diesen Antrag halte ich auch für heute hoch und ich kann mich den Befürchtungen des Herrn Schmidt nicht anschließen, welcher durchblicken läßt, daß sich hiesige Bürger finden könnten, welche gegen die Höhe des Durchschnittslohnsatzes protestiren.

Herr Brückmann: Bei der Beurtheilung dieser Frage soll man sich nach den tatsächlichen Verhältnissen richten und jede leidenschaftliche Beurtheilung ausschließen. Es würde vielleicht gar nicht schwer fallen, einen großen Theil Arbeiter zu finden, welche einen noch höheren Lohnsatz erhalten, als 3 M, aber trotzdem entspricht der Satz von 2,50 M den tatsächlichen Verhältnissen am meisten, so daß ich demselben zustimmen werde. Dagegen finde ich, daß der für die gewöhnlichen Arbeiterinnen — also nicht für Saisonarbeiterinnen — vorgeschlagene Durchschnittslohnsatz von 1,75 M nicht den Thatfachen entspricht. Sie können nachfragen, wo Sie wollen und werden hören, daß gewöhnliche Arbeiterinnen nicht so viel erhalten, sondern daß mit einem Durchschnittssatz von 1,50 M eher das Richtige getroffen wird. Die Arbeiterinnen in Conservefabriken, die Spargelstecherinnen und dergl. können hierbei nicht in Betracht kommen, weil dieselben Saisonarbeiterinnen sind. Ich möchte daher bitten, dem Antrage der Commission gemäß den Durchschnittslohnsatz für erwachsene Arbeiter auf 2,50 M zu erhöhen, den Durchschnittssatz für Arbeiterinnen aber auf 1,50 M zu belassen.

Herr Schmidt: Ich habe diese Sache in der vorigen Sitzung absichtlich so wie geschehen behandelt, weil ich aus den Gesprächen mit einzelnen Herren aus der Versammlung, welche über die einschlägigen Verhältnisse eigentlich unterrichtet sein mußten, hörte, daß sie über die weitgehende Forderung, welche die Vorlage uns bringt, nicht genügend informiert waren. Ich habe auch besonders betont, wie weit die Vorlage in unsere Verhältnisse eingreift, und ist der Zweck meiner Ausführungen wohl auch erreicht worden. Wenn Herr Ahmann behauptet, einen Durchschnittssatz von 3 M herausrechnen zu können, so erkläre ich diesen Satz für falsch, da giebt es kein Reden gegen. Nach der von der Handelskammer überwiesenen Zusammenstellung ergeben sich in den einzelnen Betrieben folgende Durchschnittssätze: Maschinenfabriken 2,47—2,85 M, Conservefabriken (deren Arbeiter aber zu den Saisonarbeitern gehören) 2,77—3,00 M, Bierbrauereien 2,46—2,58 M, Eichorienfabriken 2,30—2,50 M, Cigarrenfabriken 2,23—2,55 M, Branntweinbrennereien 3,00—4,00 M, Blechwaarenfabriken 2,46—2,87 M, Baugeschäfte 3,05—3,25 M (diese sind auch als Saisonbetriebe anzusehen), Chemische Fabriken 2,31—2,57 M, Lichte- und Seifenfabriken 3,02 M, Ziegeleien (Saisonbetriebe)

2,82—3,00 M, Zuckerfabriken 2,40—3,10 M, Wurst- und Fleischwarenfabriken 2,55—2,65 M, verschiedene andere Betriebe 2,72 M. Wie Sie da 3 M herausrechnen wollen, ist mir räthselhaft. Das sind aber die größten Betriebe hier in der Stadt. Die Herren Hßmann und Riefe sind also hierüber nicht gut unterrichtet.

Herr Riefe: Ich hatte nicht vorausgesetzt, daß die Sache uns heute noch einmal so eingehend beschäftigen würde. Wenn sich der Vorsitzende der Baucommission, Herr Bültemann, heute gegen die wider ihn erhobenen Vorwürfe verwahrt, so hätte er das in der vorigen Sitzung thun sollen, dann würden die Angriffe wohl unterblieben sein. (Ruf: Ist geschehen.) Es bedurfte in der vorigen Sitzung doch erst des Eingreifens des Vorsitzenden, um überhaupt festzustellen, was die Baucommission beschloffen hatte. Wenn man übrigens von einer Commission als Referent bestellt wird und bei dem Referate dann seine persönliche Meinung herausstreckt, so ist das eine verkehrte Geschäftsordnung. In der vorigen Sitzung hatte ich für die Magistratsvorlage auf Festsetzung des Durchschnittssatzes auf 2,50 M gestimmt; nachdem ich mich aber inzwischen näher unterrichtet habe, bin ich zu der Ueberzeugung gekommen, daß Vergleiche mit den Lohnsätzen in Schlesien, der Futeppinnerei u. dergl. hier nicht maßgebend sein können und man lieber den Westen oder Leipzig zu Vergleichen heranziehen soll. Es ist richtig, daß man heute auf der Straße eine Masse Arbeiter für 2,50 M finden kann, aber es ist ja auch eins der größten Verdienste des Capitalismus, sich eine Reservearmee von Arbeitern eingerichtet zu haben. Diese Armee wird weniger fühlbar, wenn es mehr Beschäftigung giebt, während sie zu jetziger Zeit besonders stark ist. Wir leben nun einmal in dem elektrischen Zeitalter: so flüchtig wie der Verkehr sind darin die Menschen und die Betriebe. Wenn heute ein Arbeiter im Betriebe verunglückt, so erhält er ²/₃ seines Einkommens als Rente, wenn er aber durch Krankheit und anderes Mißgeschick brotlos wird, dann wird er ohne Schuld des Fabrikanten und ohne eigene Schuld aus den Verhältnissen hinausgeworfen und geräth unter die Gelegenheitsarbeiter, oder die gewöhnlichen Tagesarbeiter. Hierbei kommt es aber darauf an, wie der Lohnsatz festgestellt wird. Aus diesem Grunde stimme ich für den Antrag Hßmann, den ortsüblichen Tagelohnsatz auf 3 M festzusetzen. Wenn in die Zusammenstellung der Beisitzer zum Schiedsgerichte auch Bauarbeiter und dergl. mit aufgenommen sind, so ist das insofern gerechtfertigt, als diese Leute heute hier, morgen da arbeiten und selbst jeder Handwerker durch die Verhältnisse dazu kommen kann, schon morgen Gelegenheitsarbeiter zu sein.

Herr Riefe: Ich möchte zunächst feststellen, daß der Vorwurf, welchen Herr Riefe Herrn Bültemann hier gemacht hat, nicht als berechtigt angesehen werden kann, denn Herr Bültemann hat seine heutige Erklärung auch schon in der vorigen Sitzung abgegeben. Was die Sache selbst betrifft, so sind die Unterlagen der

Herrn Riefe und Ahmann falsch. Bei der Feststellung der Sätze handelt es sich um ganz etwas Anderes, als die beiden Herren hier vortragen. Die Festsetzung des ortsüblichen Tagelohnes wird vorgenommen, damit derselbe bei Berufsangehörigen der Rentenkategorie zu Grunde gelegt wird, sofern jemand weniger verdient, als diesen Durchschnittssatz. Auch bei der Bemessung des Einkommens der Lehrlinge ist dieser Satz anzunehmen. Auf die Feststellung von Renten der in Arbeit befindlichen Arbeiter hat der ortsübliche Tagelohnsatz gar keinen Einfluß, sofern dieselben einen höheren Lohnsatz verdienen, denn die Rentenfestsetzung erfolgt nach den Lohnlisten, welche der Arbeitgeber einreicht. Hat z. B. jemand 4 M Lohn verdient, so wird der Bemessung einer Rente dieser Lohnsatz, nicht aber der Durchschnittssatz zu Grunde gelegt. Die ganzen Folgerungen, welche die Herren aus ihren Darlegungen gezogen haben, sind also unrichtig. Nun noch ein Anderes. Die Herren Ahmann und Riefe ergingen sich in socialdemokratischen Problemen, die sich längst als falsch und überholt erwiesen haben. Sie haben ja den Angriff auf den Capitalismus gehört, auf das Gespenst, gegen welches der Arbeiter losgehetzt wird. Das ist eine ganz unrichtige und überholte Anschauung, von der ich nicht weiß, wozu sie hier noch aufgewärmt wird. Die Unterchiebung des Herrn Ahmann, daß in der Industrie der Arbeiter das Geld für die Renten erst verdienen müßte, ist auch nicht richtig. Die Arbeiter zahlen zu den Renten überhaupt nichts, sondern die werden von den Unternehmern allein bezahlt und Niemand anders zahlt etwas dazu. Die Wirkung einer Erhöhung des Durchschnittslohnsatzes ist aber die, daß, wenn Sie eine ungerechtfertigte Erhöhung desselben vornehmen, davon nicht die paar Unternehmer, welche an der Spitze der Industrie stehen, getroffen werden. Z. B. im Baugewerbe würde für Herrn Göcke oder mich die Erhöhung des Durchschnittslohnsatzes verhältnismäßig wenig ins Gewicht fallen, so daß wir wenigen Personen, welche an der Spitze dieser Industrie mit stehen, die fernere Belastung auch noch tragen würden, aber die kleinen und kleinsten Gewerbetreibenden, denen die Prämienzahlung erst executivisch abgeholt werden muß und die an der Grenze stehen, einen selbstständigen Betrieb halten zu können, diese Leute dürfen Sie nicht ungerecht belasten. Das ist der Grund, welcher uns veranlassen muß, den Durchschnittslohnsatz nach den tatsächlichen Verhältnissen festzusetzen und nicht nach falschen socialdemokratischen Principien.

Herr Südel: Die Erhebungen der Handelskammer sind nicht zu dem Zwecke gemacht worden, um daraus den durchschnittlichen Lohnsatz ermitteln zu können, sondern zu einem anderen Zwecke. Deshalb sind die Ermittlungen vielleicht auch nicht so maßgebend, wie in der Commission angenommen wird. Was die Ausführungen des Herrn Ahmann angeht, so habe ich mich mit der Frage beschäftigt, ob nicht auch eine Zusammenstellung aus den Steuerlisten ein richtiges Bild für unsere Zwecke abgeben müßte. Ich will zugeben, daß sich keine genaue Feststellung

aus den Steuerlisten wird machen lassen, wohl aber läßt sich ermitteln, ob die Arbeiter durchschnittlich 900 M jährlich verdienen. Nun haben wir im Jahre 1900/01 bis zu der Steuerklasse von 900 M 17 512 Steuerzahler mit einem Einkommen von 13 722 500 M, woraus sich eine Durchschnittszahl von nur 800 M ergibt. Das wäre doch wohl der höchste Betrag, den man als Durchschnittseinkommen annehmen könnte. Würde der durchschnittliche Tagelohn wirklich 3 M betragen, so müßte derselbe auch bei der Steuererhebung zum Ausdruck kommen. Ich möchte deshalb bitten, dem Antrage der Commission Folge zu geben und den ortsüblichen Tagelohnsatz für Männer auf 2,50 M festzusetzen. Es ist kaum möglich, zahlenmäßig nachzuweisen, welches der richtige Satz ist, aber meinem Gefühle nach glaube ich den Satz von 2,50 M als richtig annehmen zu sollen. Jedenfalls schaden wir mit diesem Satze Niemandem.

Herr Altmann: Obwohl Herr Nieß seine Ausführungen ganz vortrefflich gemacht und Alles, was wir hier vorgebracht haben, als socialdemokratische Tendenzen und Verdrehungen hingestellt hat, wird wohl Niemand außer ihm ein Gruseln dabei bekommen haben. Die Aufstellungen der Beisitzer des Gewerbegerichtes wird Herr Nieß wohl nicht anzweifeln wollen, denn wenn die 852 Arbeiter ihre Lohn-erklärungen abgegeben haben, so können die Herren, welche das Ermittlungs-verfahren arrangirt haben, für den Ausfall der Umfragen nicht verantwortlich gemacht werden, und dürfen wir an der Wahrheitsliebe derselben wohl nicht zweifeln. Die Ausführungen des Herrn Nieß werden hoffentlich Alle, die es noch nicht wußten, darüber belehrt haben, was socialdemokratische Uebertreibungen sind. Wenn Herr Nieß Herrn Riefe vorwirft, dieser habe die Sachlage nicht den Verhältnissen entsprechend dargestellt, so hat sich Herr Nieß vollständig geirrt, denn Herr Riefe hat ausdrücklich den Vergleich angezogen, wenn ein ungelernter Arbeiter 4 M pro Tag verdiene, so würde er im Falle einer Verletzung im Betriebe bei voller Dienstunfähigkeit eine Rente von 800 M bekommen, während er bei einem Einkommen von 600 M nur 400 M erhielte. Demnach weiß Herr Riefe sehr wohl, daß die Berechnung der Rente nach dem letzten Lohnsatze erfolgt, und war die Belehrung nicht nöthig. Dagegen weiß ich gar nicht, weshalb Sie ein solches Geschrei darüber machen, daß eine Erhöhung des Durchschnittslohnsatzes erfolgen soll, da doch die Belastung gar nicht so groß sein kann, wie sie Herr Nieß hinstellen sucht. Herr Südel hat die Sache schon in einem anderen Lichte gezeigt, wenn derselbe meint, man könnte höchstens ein Durchschnittseinkommen von 800 M annehmen; das macht aber bei 300 Tagen 2,67 M. Nach den von der Handels-kammer ermittelten Sätzen waren einzelne Betriebe auch mit höheren Sätzen vertreten. Sofern Leute darunter sind, welche nicht immer arbeiten, so brauchen sie und die Arbeitgeber auch für diese Zeit keine Krankencassenbeiträge zu bezahlen. Wenn Herr Nieß sagte, die socialdemokratische Tendenz, daß die Arbeiter auch mit

verdienen müßten, halte nicht Stand vor der nationalöconomischen Wissenschaft, so gehört dazu doch nur ein geringes Fassungsvermögen und jedes kleine Kind wird einsehen, daß der Arbeiter das mit verdienen muß, wovon die Beiträge bezahlt werden.

Herr Rieß: Ich habe weder für, noch gegen irgend eine Höhe des Durchschnittslohnsages gesprochen, sondern ich habe nur dafür plaidirt, daß bei der Festsetzung des Lohnsages keine falschen Grundsätze angewendet werden möchten. Das betone ich ausdrücklich, damit mir nicht nachträglich falsche Motive untergeschoben werden. Uebrigens bemerke ich Herrn Ahmann gegenüber, daß dessen socialdemokratische Tendenzen vollständig falsch sind, wissenschaftlich und nationalöconomisch. Ich beschäftige durchschnittlich 60 Leute, und diese erwerben nach den Grundsätzen des Herrn Ahmann neben ihrem Einkommen auch Dasjenige, was ich als mein Einkommen angeben kann. Das ist eine falsche Darstellung: wenn ich morgen aus meinem Geschäfte ausscheide und überlasse es meinen Arbeitern, in einem Zeitraume von einem Jahre sind sie bankrott und das Geschäft ist zum Teufel: ich bin Derjenige, welcher erwirbt, was ich habe.

Herr Rieke: Das ist ein sehr schlechtes Zeugniß, was Herr Rieß seinen Arbeitern ausstellt. Natürlich würde nicht jeder seiner Arbeiter ein Stadtverordnetenmandat haben, das steht wohl fest. Wir haben noch niemals socialdemokratische Tendenzen hier in die Verhandlungen hineinragen wollen und es ist auch noch kein Stadtverordneter, so lange wir in der Versammlung sind, so rigoros gegen uns aufgetreten, wie Herr Rieß, das muß ich besonders feststellen. Aber Leute, die früher Socialdemokraten, oder doch wenigstens freisinnig und freireligiös waren und die von Haus zu Haus die Leute aufforderten, ihre Kinder nicht taufen zu lassen, die alle politischen Parteiwandlungen durchgemacht haben . . . (Glocke des Vorsitzenden.)

Damit wird die Verhandlung geschlossen.

Herr Rieß (persönlich): Herr Rieke ist in dem, was er über mich gesagt hat, gerade so falsch unterrichtet, wie er hinsichtlich seiner wirthschaftlichen Anschauungen sich falsch unterrichtet gezeigt hat.

Bei der nun folgenden Abstimmung genehmigt die Versammlung, unter Ablehnung der Anträge Ahmann und Brückmann, die Magistratsvorlage in allen Punkten nach den Anträgen der Baucommission.

II. Ueberweisung eines Grundstücks an die Canalverwaltung.

Für die zum Reinigen der Straßencanäle benutzten Handgeräte und Karren, welche bislang auf dem Grundstücke der ehemaligen Fusarencaserne am Magnithore

untergebracht waren, muß, ebenso wie für die bei der Canalreinigung beschäftigten Arbeiter ein geeigneter Unterkunftsraum beschafft werden. Um beide Räume möglichst im Mittelpunkte der Stadt zu haben, wird magistratsseitig vorgeschlagen, zu dem Zwecke das ehemals Barges'sche Grundstück, H. Burg 9, zu benutzen und die bislang dem Aufseher Kortegast miethweise überlassenen Wohnräume als Unterkunftsräume für die Arbeiter und die werthvollsten Handgeräthe zu verwenden. Für die Wagen und Karren genügt alsdann ein kleiner Schuppen, dessen Kosten zu 1250 M veranschlagt worden sind. Dem Antrage des Magistrates, sich mit diesem Projecte einverstanden zu erklären,

stimmt die Versammlung auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Bauermeister berichtet, zu.

III. Neuvermiethung eines Grundstücks.

Nachdem die Versammlung ihre Genehmigung zu der Vorlage unter II der Tagesordnung ausgesprochen hat, muß ferner beschlossen werden, daß die von dem Aufseher Kortegast bislang gezahlte Miethe von jährlich 150 M vom 1. April d. Jrs. ab seitens der Canalbaucaße an die Caße des Straßenreinigungsinstitutes zu entrichten ist. — Um nun dem Aufseher Kortegast und einigen anderen, bei der Straßenreinigung beschäftigten Arbeitern Wohnungen thunlichst im Mittelpunkte der Stadt zu überlassen, hat der Magistrat den mit dem Schlosser Welz wegen des Hauses H. Burg 10 abgeschlossenen Miethsvertrag auf den 1. April d. Jrs. gekündigt und ersucht, zu genehmigen, daß das betreffende Haus unter den bisherigen Bedingungen dem Aufseher Kortegast miethweise überlassen werde. Dem Ersuchen des p. Welz, ihm aus Billigkeitsrücksichten diejenigen Aufwendungen, welche er zur Verbesserung einzelner Räume des Hauses gemacht hat, durch Erlaß der halbjährigen Miethe zu erstatten, kann der Magistrat nicht im vollen Umfange entsprechen, wohl aber beantragt derselbe ferner, dem Genannten die Summe von 100 M von der letzten Miethgelbrate zu erlassen.

Auf Befürwortung der Finanzcommission, für welche Herr Südel berichtet, wird der Vorlage in allen Punkten zugestimmt.

IV. Gesuch um Erlaß von Straßenbaukosten.

Der Bauunternehmer Th. Bartels bittet um Erlaß der Straßenbaukosten für sein Grundstück, Madamenweg 25, und begründet dieses Gesuch wie folgt: Im Jahre 1880/81 habe er sein Wohnhaus an die damals bestehende Baulinie stellen müssen und habe dieses um so lieber gethan, als er dadurch einen zweiten Bauplatz erzielte. Durch die Festsetzung der neuen Baulinie sei er nun insofern geschädigt

worden, als er den zweiten Bauplatz verloren habe und sein, s. Z. neu erbautes Wohnhaus 29,5 m von der Straße zurück zu liegen gekommen sei und über Eck gegen die Straßenlinie stehe, was die Wohnungen desselben im Werthe herabsetze. Hierdurch sei ihm ein Verlust von gegen 5000 M erwachsen.

Wie Herr Brückmann berichtet, empfiehlt die Statutencommission, das Gesuch nicht zu berücksichtigen, da die Baulinien im Interesse der Allgemeinheit festgestellt werden und es sich bei Bartels nur um eine Entgehung von Gewinn handle. Im Uebrigen habe Bartels schon früher eine Entschädigung von 700 M erhalten und außerdem würden die beiden Grundstücke durch eine dort projectirte Straße doch noch an die Straße zu liegen kommen.

Herr Rieke möchte ersuchen, die Straßenkosten dem p. Bartels wenigstens zu ermäßigen, da eine Entwerthung des Grundstücks durch die Verlegung der Straßenlinie entschieden stattgefunden habe. Der noch vorhandene Bauplatz sei deshalb ziemlich werthlos, weil davon ein Weg liegen bleiben müsse, der nach dem mittleren Grundstücke führe, und sei eine Schädigung trotz der schon gezahlten 700 M vorhanden. Ob und wann die projectirte Querstraße dort wirklich einmal durchkomme, stehe sicher noch nicht fest.

Herr Rieß will die Frage, ob Bartels geschädigt, oder ihm ein Gewinn entgangen ist, nicht näher erörtern, sondern nur feststellen, daß derselbe im Jahre 1880 gezwungen worden, sein Haus auf dessen jetzigen Platz zu stellen. Wenn ihm nun auch die Möglichkeit erhalten bleibe, das liegen gebliebene Terrain zur Aufstellung eines zweiten Hauses zu verwerthen, so sinke dadurch doch das ursprünglich an der Straßenfront errichtete Gebäude zu einem Hinterhause herab, und entstehe hierdurch eine Schädigung. Nach dieser Sachlage müsse er dafür eintreten, daß Bartels von den Straßenkosten möglichst entbunden werde.

Herr Bürgermeister Metemeyer kann diese Auffassung nicht für richtig halten. Bartels sei von Niemandem gezwungen worden, sein Haus an der jetzigen Stelle zu errichten, sondern der Fehler sei darin zu finden, daß Bartels an einer Straße gebaut habe, die noch nicht endgiltig ausgebaut worden sei. Wer das riskire, müsse auch die Folgen tragen. Der Anspruch des Herrn Bartels werde nur darauf gegründet, daß die städtischen Behörden den Ortsbauplan hinterher geändert haben. Würde man dem Antrage Folge geben, so müßte die Stadt Aufwendungen machen, welche mit den jetzigen Steuern nicht zu decken wären, denn der Ortsbauplan würde bekanntlich recht oft geändert. Das Gesetz besage deshalb in seinen Motiven ausdrücklich, daß die städtischen Behörden jeder Zeit in der Lage seien, den Ortsbauplan zu ändern, ohne daß die betr. Grundbesitzer daraus einen Anspruch ableiten können. Wenn aber die Versammlung trotzdem der Ansicht sei, daß dem Bittsteller eine besondere Entschädigung zustehe, dann

müßte doch erst einmal die Höhe derselben festgestellt werden, und es könne nicht einfach der Betrag der Straßenbaukosten als angemessen erachtet werden. Wenn nun dem Genannten dadurch ein Schaden erwachsen sei, daß das als Vorderhaus projectirte Gebäude jetzt zum Hinterhause geworden sei und er deshalb eine Vergütung erhalte, so müßte er diese doch wohl wieder herausgeben, sobald das Haus die Eigenschaft eines Hinterhauses wieder verliere. Dieser Zeitpunkt werde aber eintreten, sobald die dort projectirte Querstraße ausgebaut sei; dann liege das Haus an der Straße, wenn auch mit dem Giebel dagegen gerichtet. Wäre der Ortsbauplan nicht geändert, so wäre das Bartels'sche Grundstück in zwei Theile getheilt worden und Bartels hätte auf jeden Theil ein Vorderhaus stellen können, was für ihn einen Vortheil bedeutet haben würde. Wenn nun die jetzige Aenderung der Baulinie auch die Entziehung eines Vortheiles in sich schließe, so füge sie dem Genannten doch noch keinen Schaden zu. Die Sachverständigen haben damals bei dem Enteignungsverfahren erklärt, daß gewisse Nachtheile für Bartels aus der Abnahme seines Terrains wohl herzuleiten seien, aus welchem Grunde ihm das Terrain auch mit 12 M bezahlt und ihm wegen der Einschränkung des vorderen Bauplatzes noch eine Entschädigung von 700 M zugebilligt worden sei. Diese habe er erhalten und mehr könne er nicht gut fordern. Er gebe deshalb anheim, über das Gesuch zur Tagesordnung überzugehen.

Herr Löschigk ist der Ansicht, daß Bartels, welcher ihn um Unterstützung seines Gesuches gebeten habe, einen Anspruch auf Entschädigung nicht mehr erheben könne, da er schon 700 M erhalten und sich damit zufrieden erklärt habe. Wenn Herr Bartels meine, er könne auf das ihm gehörige Terrain seine zwei Häuser mehr hinstellen, so irre er sich, da dort wenigstens ein Doppelhaus stehen könne.

Herr Ebeling muß anerkennen, daß die Verhältnisse bei Bartels anders liegen, als bei den übrigen Anliegern. Gerade der Umstand, daß Bartels Besitzer eines Eckgrundstücks sei, habe ihn in eine üble Lage gebracht, denn er hätte in jener Zeit vielleicht noch ein Haus auf sein Grundstück stellen können, wenn dort nicht gerade eine Querstraße projectirt wäre, die nun vielleicht in 50 Jahren ausgebaut würde. Wenn er auch nicht dafür eintreten wolle, dem Genannten die Straßenkosten zu schenken, so möchte er doch bitten, sie ihm wenigstens zu stunden. Bartels sei damals sehr schlecht weggekommen und wenn auch Niemand aus der Aenderung des Ortsbauplanes ein Recht auf Entschädigung herleiten könne, so bedauere er doch, daß dieses nun der erste Bantapfel aus der Nichtgeradelegung des Madamenweges sein solle. Für die Geradelegung des Madamenweges habe er lange genug gekämpft, aber das von der Stadtverwaltung so gut gemeinte Project sei durch das geringe Entgegenkommen der Anlieger leider in den Brunnen gefallen, und Herr Bartels könne sich bei seinen Nachbarn bedanken, daß über seinen Antrag hier so lange debattirt werde. Bartels sei thatsächlich der erste,

welcher unter diesen Verhältnissen leide und möchte er den Magistrat bitten, demselben bei der Stundung der Kosten so weit als möglich entgegenzukommen.

Die Versammlung beschließt darauf, über das Gesuch zur Tagesordnung überzugehen.

V. Antrag Aßmann: Stellungnahme gegen die Erhöhung der Getreidezölle etc.

Nach dem Berichte des Herrn Wolff hat der in der vorigen Sitzung gestellte Antrag — Seite 202 des Berichts — durch nachträgliche Abänderung seitens des Antragstellers jetzt eine solche Gestalt erhalten, daß Bedenken gegen die Zulässigkeit des Antrages bei der Statutencommission nicht mehr vorhanden seien. Dadurch sei die Aufgabe der Statutencommission zunächst erledigt.

Der Antrag lautet nunmehr:

„Die Versammlung wolle beschließen:

In Erwägung, daß die Erhöhung der Getreidezölle eine Vertheuerung der unentbehrlichsten Volksnahrungsmittel bedeutet, ersucht die Versammlung den Magistrat, diesem Beschlusse beizutreten und mit anderen Städten des Deutschen Reiches gegen die Erhöhung der Getreidezölle zu protestiren, oder zu gelegener Zeit bei dem Deutschen Reichstage in Form einer Petition die Angelegenheit zu verfolgen und zugleich für langfristige Handelsverträge eintreten zu wollen.“

Zur Begründung des Antrages führt Herr Aßmann Folgendes aus: Die Abänderung des Antrages hatte insofern keine besondere Bedeutung, als der Sinn derselbe geblieben ist. Es lag mir fern, irgend welche politischen Körperschaften mit dem Antrage zu verquicken, und den Magistrat zu veranlassen, mit diesen in Verbindung zu treten. Ich stand also ganz auf dem Standpunkte der Commission und freue mich, daß dieselbe empfohlen hat, den Antrag zur Verathung zu bringen. Sachlich ist über den Inhalt des Antrages in verschiedenen städtischen Vertretungen und in den Zeitungen so viel verhandelt worden, daß in allen größeren Städten wohl kaum ein Widerspruch dagegen erfolgen wird. In Berlin, Königsberg, Danzig und vielen anderen größeren Städten sind zu Gunsten niedriger Getreidezölle und langfristiger Handelsverträge Resolutionen angenommen worden und, so viel ich weiß, haben die Magistrate der verschiedenen Städte sich der Sache meist angenommen und in Gemeinschaft mit den Stadtverordneten petitionirt, oder beabsichtigen doch, an den Reichstag zu petitioniren, falls eine Vorlage eingehen sollte. Der Antrag selbst ist sehr kurz gehalten und ihm keine nähere Begründung beigegeben, damit er bei Niemandem Anstoß erregen soll. Die Sache spricht ja für sich selbst. Es liegt mir absolut nicht daran, hier eine Rede zu halten, die draußen

gehört werden soll, sondern ich habe die Zuversicht, daß eine Unterstützung des Antrages durch Magistrat und Versammlung ihren Eindruck nicht verfehlen wird. Es kommt darauf an, festzustellen, welche großen Gefahren uns durch die Erhöhung der Kornzölle drohen und daß von Seiten der Communen Einspruch gegen solche Vertheuerung erhoben wird. Wenn die nothwendigsten Lebensmittel vertheuert werden, vergrößern sich auch die Armenlasten der Stadt, so daß diese ein wesentliches Interesse an der hier behandelten Sache besitzt. Die Begründung der Nordhäuser Stadtvertretung (welche Redner verliest) weist ebenfalls darauf hin, und trifft dasselbe auch hier zu. Deswegen wurde in der Commission betont, daß es zweckmäßig wäre, den Magistrat zu ersuchen, dem Beschlusse beizutreten und auch mit den übrigen Stadtvertretungen sich behufs gleichen Vorgehens in Verbindung zu setzen. Auf dem preussischen Städtetage ist auch beschlossen worden, die übrigen größeren Städte aufzufordern, sich dem Vorgehen anzuschließen. Wenn der Magistrat dem Antrage zustimmen könnte, würde es zweckmäßig sein, daß derselbe sich den übrigen Städten auf Einberufung eines allgemeinen Städtetages anschliesse. Ich ersuche deshalb um Genehmigung des Antrages und bitte den Magistrat, die Frage recht wohlwollend zu prüfen.

Der genügend unterstützte Antrag wird der Statutencommission zur Vorberathung überwiesen.

VI. Entlastung wegen Verwaltung der Licht- und Wasserwerke :c. für das Jahr 1899/1900.

Den jedem Mitgliede der Versammlung zugestellten Bericht über die Verwaltung der städtischen Gaswerke, des Wasserwerkes und der Neustadtmühle für das Jahr vom 1. April 1899 bis 31. März 1900 legt der Magistrat der Versammlung mit dem Ersuchen vor, sich damit einverstanden zu erklären, daß der Direction der städtischen Licht- und Wasserwerke wegen Verwaltung der Werke Entlastung ertheilt werde. Außerdem empfiehlt der Magistrat einen Antrag der Deputation zur Annahme, dahingehend, daß von dem Gewinne des Wasserwerkes mit Rücksicht darauf, daß demselben fortwährend seitens des Gaswerkes erhebliche Vorschüsse geleistet werden müssen, der Betrag von 30 000 M auf den Betriebsfonds übertragen werde.

Wie Herr Hauswaldt namens der Finanzcommission berichtet, gaben die von einem beeidigten Bücherrevisor geprüften Rechnungsabschlüsse zu Beanstandungen keinen Anlaß, so daß die beantragte Entlastung unbedenklich ausgesprochen werden könne. Der Gewinn des Gaswerkes könne mit 249 978,32 M und der Gewinn des Wasserwerkes, nach Abzug der dem Betriebsfonds zuzuführenden 30 000 M, mit 41 115,36 M dem Schulhausbaufonds überwiesen werden. Der

Umsatz des Privateinrichtungsgeschäftes sei auf 194 000,19 M, also gegen das Vorjahr um 57 000 M zurückgegangen, so daß die Direction der Licht- und Wasserwerke auch in diesem Punkte den Wünschen der Versammlung Rechnung getragen habe. Mit dem Vorschlage des Magistrates, von dem Gewinne des Wasserwerkes 30 000 M dem Betriebsfonds zu übertragen, sei die Finanzcommission vollständig einverstanden, weil das Wasserwerk mit einem gar zu geringen Betriebsfonds arbeite und seinen Verpflichtungen gegen das Gaswerk sonst nicht nachkommen könne. Dem Abschlusse der Neustadtmühle solle nächstes Jahr eine Bilanz beigefügt werden.

Herr Wolters möchte darauf hinweisen, daß nach den Ausführungen der Direction der städtischen Licht- und Wasserwerke ein weiterer Rückgang in der Benutzung der Neustadtmühle, welche nur einen Gewinn von 198,93 M abgeworfen habe, ohne Zweifel eintreten werde, wenn nicht zeitgemäße Veränderungen in den Betriebseinrichtungen derselben vorgenommen werden. Er ersuche um Auskunft, ob solche Aenderungen geplant würden.

Herr Stadtrath Haake erwidert, daß in der Sitzung vom 15. November 1900 — Seite 164 des Berichtes — zu dem Zwecke schon 8800 M aus dem Rezervefonds der Mühle bewilligt worden seien.

Herr Niese: Bei der Abhaltung eines Einspruchstermines in Wolfenbüttel in Betreff des Protestes gegen die Einführung von Kaliabwässern in die Oker habe Herr Stadtrath Meyer geäußert, daß das hiesige Wasserwerk möglicherweise gezwungen sein könne, aus der Oker noch Wasser zu entnehmen. Es liege ihm daran, zu erfahren, ob dieses thatsächlich die Anschauung des Magistrates sei, oder ob derselbe selbst nicht daran glaube, daß die 1½ Millionen, welche für das neue Wasserwerk ausgegeben werden sollen, weggeworfen sein werden. Im Publicum werde die Aeußerung an manchen Stellen verkehrt aufgefaßt, so daß er um eine nähere Erklärung bitten möchte, zumal da ein etwaiger Vorwurf in dieser Sache Magistrat und Versammlung gleichmäßig treffen würde.

Herr Stadtrath Meyer: In jenem Termine sei von ihm hervorgehoben worden, daß es an sich nicht ausgeschlossen erscheinen könnte, daß die neue Anlage der Stadt einmal nicht functionirte und daß in solchem Falle die Stadt darauf angewiesen sein würde, das Wasser aus der Oker zu entnehmen. Aus diesem Grunde habe die Stadt ein wesentliches Interesse daran, das Okerwasser stets in einer solchen Beschaffenheit zu haben, daß es im Nothfalle von der Stadt Braunschweig zu Genußzwecken verwendet werden könne.

Die Entlastung der Direction der Licht- und Wasserwerke wird darauf ausgesprochen und die Ueberweisung von 30 000 M an den Betriebsfonds des Wasserwerkes genehmigt.

VII. Fischerei-Verpachtung.

Der Kaufmann Richard Eichler hat sich bereit erklärt, die Fischerei unterhalb des Münzberges vom 1. April 1901 ab auf 9 Jahre mit dem Rechte zu pachten, am 1. April 1907 vom Vertrage zurücktreten zu dürfen. Als jährliches Pachtgeld will derselbe zahlen: für die ersten drei Pachtjahre 100 M., für die folgenden drei Jahre 150 M. und für die letzten drei Jahre 200 M. Vom Magistrate wird anheimgegeben, daß dem Genannten die Fischerei unter den dargelegten Bedingungen überlassen werde, da durch eine meistbietende Verpachtung ein besseres Resultat sich nicht werde erzielen lassen.

Auf Empfehlung der Statutencommission, für welche Herr Engelbrecht berichtet, stimmt die Versammlung der Vorlage zu.

VIII. Erbauung eines Wageneschuppens.

Es hat sich die Erbauung eines höheren Schuppens für Stroh- und Heufuder auf dem Grundstücke des Straßenreinigungsinstitutes an der Taubenstraße als nothwendig herausgestellt und ersucht der Magistrat, der Einstellung von rund 4000 M. in den nächstjährigen Etat zuzustimmen, damit einstweilen erst einmal ein Theilschuppen mit 3 Fächern ausgeführt werde.

Die Baucommission stimmt der Vorlage nach dem Berichte des Herrn Bültemann mit dem Hinzufügen zu, daß der Bau möglichst hiesigen Werkmeistern übertragen werden möchte,

und beschließt die Versammlung dem Antrage gemäß.

IX. Abtretung eines Grundstücks an das städtische Wasserwerk.

Das an der Ecke der Casernen- und Giersbergstraße, südlich vom Katholischen Friedhofe gelegene, der Cämmerei gehörige Ackerstück soll in einer Größe von 37 a 02 qm an das städtische Wasserwerk gegen Erstattung eines zu 12 M. pro qm vorläufig in Aussicht genommenen Preises abgetreten werden und zwar wird beabsichtigt, das Kaufcapital einstweilen zu stunden und mit jährlich 4 % zu verzinsen. Dem Antrage des Magistrates, sich hiermit einverstanden zu erklären,

stimmt die Versammlung auf Befürwortung der Finanzcommission, für welche Herr Wolters berichtet, zu.

X. Aufbewahrung der Inhaberpapiere.

Um den des Näheren dargelegten gesetzlichen Vorschriften nachzukommen, beantragt der Magistrat, zu beschließen, daß die Inhaberpapiere der Stadt wie bisher

in der Weise verwahrt werden, daß die Schuldverschreibungen im Magistratsdepot niedergelegt, die Zinsscheine und Zinsleisten aber in den Händen der Rechnungsführer verbleiben, sowie sich damit einverstanden zu erklären, daß die Verwahrung der Inhaberpapiere der Kirchen, Stiftungen und Gemeindeschulen in gleicher Art stadtseitig übernommen werde.

Auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr Hauswaldt berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

XI. Vermehrung der Classen und Lehrkräfte bei den Bürgerschulen.

Zu Ostern d. Js. wird sich die Schülerzahl in den mittleren Knabenschulen um 240, in den mittleren Mädchenschulen um 64 und in den unteren Schulen um 98 Knaben und 182 Mädchen vermehren. Es sind deshalb 9 neue Schulclassen zu errichten und dafür 10 neue Lehrkräfte anzustellen, nämlich 7 provisorische Lehrer und 3 provisorische Lehrerinnen.

Der Antrag des Magistrates, die hierfür erforderlichen Mittel zu bewilligen, wird von der Versammlung auf Empfehlung der Schulcommission, für die Herr Blasius berichtet, angenommen.

XII. Terrainerwerb zur verlängerten Wiesenstraße.

Dem Ortsbauplane zufolge ist vom Interessentengraben, Blatt I, Hagen Nr. 254, eine 222 qm große Theilfläche dem angrenzenden Grundstücke von Till und Bergert zuzulegen. Der Vorstand der Feldmarksgemeinde Hagen ist bereit, diese Grabenfläche käuflich zu überlassen, sofern der Gemeinde gleichzeitig auch der übrige Theil des Grabens im Umfange von 9,20 a abgenommen werde. Da diese Fläche zur Anlegung einer Straße bestimmt ist, so ersuchte Herr Till um den stadtseitigen Ankauf derselben und erklärte sich bereit, den seitens der Stadt dafür zu zahlenden Kaufpreis bis zur Anlegung der betr. Straße, längstens jedoch während der Dauer von zwei Jahren mit 4 % zu verzinsen. Der Magistrat ist bereit, auf diesen Vorschlag einzugehen in der Erwägung, daß ein Verzicht der Herren Bergert und Till auf die erstere Fläche verhütet werden müsse und daß der Ausbau der vorgedachten projectirten Straße (verl. Wiesenstraße) voraussichtlich alsbald nach Anlegung der Bodestraße und Erbauung der Paulikirche werde erfolgen müssen. Inzwischen hat Herr Bergert die ganze Grabenfläche angekauft und gebeten, es möge die Stadt in Ansehung der von ihr zu erwerbenden Fläche in den Vertrag eintreten, welche Bitte der Magistrat unterstützt. Die Stadt würde danach für die 920 qm große Fläche bei einem Einheitspreise von 5 M eine Summe von 4600 M, abzüglich der von Till und Bergert im Voraus zu zahlenden Zinsen von

368 M, also 4232 M zu zahlen haben. Es wird ersucht, diesem Abkommen zuzustimmen.

Nach dem Berichte des Herrn Engelbrecht empfiehlt die Statutencommission Genehmigung der Vorlage, da es von Wichtigkeit sei, daß die Herren Till und Bergert das Terrain erwerben.

Auf die Frage des Herrn Hauswaldt, welches Interesse die Stadt daran habe, das Terrain schon jetzt anzukaufen, obwohl die Straße noch gar nicht ausgebaut werden solle,

erwidert Herr Engelbrecht, es sei für die Stadt wünschenswerth, daß die Herren Bergert und Till das andere Terrain erwürben und dadurch Anlieger der Straße würden.

Herr Bürgermeister Ketemeyer will dazu noch bemerken, man erreiche damit, daß dann die beiden Herren zu den Straßentkosten herangezogen werden können, wozu die Herren auch gern bereit seien.

Die Magistratsvorlage gelangt darauf zur Annahme.

XIII. Hundesteuer-Erlaßgesuche.

Die Gesuche von Gryhmann und Bandusch um Erlaß der Steuer für einen Wachhund bezw. einen Kunsthund werden auf Antrag des Herrn Vorsitzenden verworfen.

XIV. Besoldung der Mannschaften der Berufsfeuerwehr.

Die Mannschaften der Berufsfeuerwehr haben ein Gesuch um Erhöhung ihres Dienst Einkommens und um Gewährung eines Anspruchs auf Ruhegehalt eingereicht. In soweit das Gesuch auf Gewährung eines Pensionsanspruches gerichtet ist, theilt der Magistrat mit, daß er im Begriffe stehe, der Versammlung eine Vorlage zu unterbreiten, nach welcher den sämtlichen städtischen Arbeitern und den sonstigen im Dienste der Stadt ohne Anspruch auf Pension Angestellten nach Ablauf einer bestimmten Dienstzeit stadtseitig eine Invaliden- bezw. Altersrente, den Hinterbliebenen derselben aber ein Wittwen- und Waisengeld gewährt werden soll.

Nach dem gegenwärtigen Besoldungssysteme beziehen: der erste Oberfeuerwehrmann jährlich 1380 bis 1500 M, die übrigen Oberfeuerwehrmänner 1200 bis 1320 M, die Feuerwehrmänner Anfangs 780 M, nach einem Jahre 900 M, nach 4 Jahren 960 M und nach 7 Jahren 1020 M. Daneben erhalten die gesammten Mannschaften ihre Kleidung und Ausrüstungsgegenstände geliefert. Eine Aufbesserung dieser Bezüge erscheint dem Magistrat angezeigt, zumal der Nebendienst der Mannschaften im Laufe der Jahre

erheblich zurückgegangen ist und gegenwärtig im Durchschnitt nur 70 M pro Kopf und Jahr beträgt. Der Magistrat beantragt daher, folgende Besoldungsgrundsätze zu genehmigen: Die Oberfeuerwehrmänner beziehen Anfangs jährlich 1200 M und erhalten nach je 3 Jahren 100 M Zulage bis zum Höchstfaze von 1600 M; die Feuerwehrmänner mit Einschluß der Maschinisten und Heizer erhalten Anfangs 900 M, welcher Betrag sich nach je 3 Jahren um 100 M bis zum Höchstfaze von 1200 M steigert. Die als Maschinisten fungirenden Mannschaften beziehen in jeder Altersstufe 100 M mehr. Daneben wird den gesammten Mannschaften Dienstkleidung und Ausrüstung wie bisher gehalten. Ein Anspruch auf Gewährung von Alterszulagen soll den Mannschaften aber nicht eingeräumt werden, dieselbe ist vielmehr von treuer Dienstführung abhängig. Die Zulagefristen laufen vom 1. April ab, so zwar, daß, wenn die Anstellung resp. Beförderung in den 9 ersten Monaten des Kalenderjahres erfolgt ist, die Zulage vom 1. April des betreffenden Jahres, anderenfalls vom 1. April des folgenden Jahres an gewährt wird. Die hierdurch sich ergebende Mehrausgabe würde für das nächste Rechnungsjahr 5020 M betragen.

Wie Herr Fübcl berichtet, empfiehlt die Finanzcommission, unter dem besonderen Ausdruck ihrer Freude über das Vorgehen des Magistrates hinsichtlich der Errichtung einer Pensionsanstalt für die städtischen Arbeiter, der Magistratsvorlage zuzustimmen,
was geschieht.

XV. Terrainaustausch am Bohlwege.

Der Kaufmann Carl Bartels, welcher das am Bohlwege Nr. 2077 gelegene Grundstück neu bebauen will, hat sich bereit erklärt, eine 6 qm große Theilfläche desselben an die Stadt abzutreten, wenn ihm tauschweise eine 13 qm große Fläche des Rathhausgrundstückes überlassen werde. Der Magistrat hält dieses Anerbieten für annehmbar und giebt anheim, das Abkommen zu genehmigen,

was auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Schmidt berichtet, geschieht.

XVI. Ausbau des nördlichen Theiles der Marthastraße.

Es hat sich das Bedürfniß herausgestellt, die nördliche Theilstrecke der Marthastraße als Ortsstraße auszubauen. Nach dem vorgelegten Projecte sollen die mit Bordsteinen einzufassenden Fußwege in einer Breite von 2,85 m hergestellt und mit einem 1,5 m breiten Plattenbelage versehen werden, während die 8 m

breite Fahrbahn chauffirt werden soll. Von den sich anschlagsmäßig ergebenden Kosten zu 7200 M würde die Stadt insgesammt 1230,82 M für Wegeübergänge zc. zu übernehmen haben, während den Anliegern 5969,18 M, d. s. 32,744 M für 1 m Frontlänge zur Last fallen. Der Magistrat giebt anheim, dieses Project nebst Kosten- und Vertheilungsberechnung zu genehmigen,

welchem Antrage die Versammlung auf Empfehlung der Baucommission, für die Herr Bültemann berichtet, zustimmt.

XVII. Fluchtlinie für die Ferdinandstraße zc.

Die Ersetzung der bisherigen Fußgängerbrücke an der Ferdinandstraße durch eine Fahrbrücke läßt eine Abrundung der scharfen, vorspringenden Ecke des Vorgartens vom Neumann'schen Grundstücke M. ass. 4113 als dringend erforderlich erscheinen. Da Herr Neumann zur Abtretung einer entsprechenden Theilfläche seines Vorgartens nicht bereit ist, so beantragt der Magistrat, für die fragliche Stelle eine neue Fluchtlinie festzustellen und das außerhalb derselben liegende Terrain zu enteignen. Es wird deshalb anheimgegeben, der Feststellung dieser Fluchtlinie zuzustimmen und unter der Voraussetzung, daß dieselbe allseitig genehmigt wird, den Magistrat zur Einleitung des Enteignungsverfahrens hinsichtlich der 8 qm großen Theilfläche zu ermächtigen.

Der Antrag wird auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Engelbrecht berichtet, genehmigt.

XVIII. Kosten einer Grabenziehung für das Nieselgut.

Zur Ableitung des Drainwassers von der Zollwiese des Nieselgutes Steinhof hat ein Abflußgraben zur Oer gezogen werden müssen, welcher Privatgrundstücke der Feldmarken Rothemühle und Neubrück durchschneidet. Die Herstellungskosten des Grabens haben 2186,43 M betragen, während die Eigenthümer der durch die Grabenziehung betroffenen Grundstücke für die abgetretene Fläche von 13,05 a mit 598,90 M, zuzüglich 4 % jährlicher Zinsen vom 1. Januar 1901 ab, entschädigt werden sollen. Da beide Summen angemessen erscheinen, so giebt der Magistrat anheim, dieselben zu bewilligen,

was geschieht, nachdem Herr Fudel den Antrag namens der Finanzcommission befürwortet hatte.

XIX. Vermehrung der Classen der höheren Mädchenschule.

Nach den vorliegenden Anmeldungen zu der höheren Mädchenschule erscheint es nothwendig, eine neue Parallellasse VIII einzurichten, welche in dem ehemaligen

Stadtcassengebäude untergebracht werden kann. Das Ersuchen des Magistrates, ihm zur Errichtung dieser Classe einen Credit von 1715 M — darunter 1300 M für eine Lehrkraft — zu bewilligen,

wird auf Befürwortung der Schulcommission, für welche Herr Blasius berichtet, genehmigt.

XX. Antrag Brückmann und. Gen.: Zwangsbesuch der Fortbildungsschule.

Der von den Herren Brückmann, Göcke, Meyerhoff, Rieß, Sander und Wolters gestellte Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, in Erwägung zu ziehen, ob die Errichtung von Fortbildungsschulen zum Zwangsbesuche der schulentlassenen Jugend nothwendig und ausführbar ist“.

Zur Begründung führt Herr Brückmann Folgendes aus: Ich bin mir wohl bewußt, eine wichtige Frage angeschnitten zu haben, aber wie man jede wichtige Sache mit Vorsicht anfassen soll, so geschieht es auch hier, indem ich nur wünsche, der Magistrat möchte die Angelegenheit in Erwägung ziehen. Wenn man sich ein Bild machen will von dem Zustande der heutigen schulentlassenen Jugend, so ist dasselbe sehr trauriger Art. Bei der Vorzüglichkeit unserer Schulen kann dieses an der Erziehung in denselben nicht gelegen haben, wohl aber darf man mit Recht sagen, daß die Erziehung in der eigenen Familie der Kinder nicht derartig ist, um hiermit zufrieden sein und eine Aufsicht über die der Schule entwachsene Jugend entbehren zu können. Bei Durchsicht der Kriminalstatistik finden sich jugendliche Sünder in großer Anzahl vor und an den Excessen gegen Sitte und Ordnung nehmen jugendliche Taugenichtse in starkem Verhältnisse Theil. Deshalb hat wohl auch schon Jedermann einmal darüber nachgedacht, wie dieser Krebschaden der menschlichen Gesellschaft zu heilen sei. Auf dem preussischen Städtetage haben fast sämmtliche Theilnehmer die Nothwendigkeit solcher Heilung anerkannt, aber auch gleichzeitig zugegeben, daß die Ausführung außerordentlich schwierig sei. Nur ein Schulrath a. D. hat gemeint, daß sich dieses nicht durch Zwang, wohl aber durch den facultativen Besuch von Fortbildungsschulen erreichen lasse, was ich indessen nicht glaube. Wir haben hier in unserer kaufmännischen Fortbildungsschule ein kleines Mittel zur Besserung dieser Verhältnisse. Man findet dort, wie die jungen Leute theils ohne Erziehung, theils ohne Moral in die Lehre kommen, wie sie eine Unlust zum Lernen und eine Unzufriedenheit, denn letztere basiert meistens auf der Unkenntniß einer gereiften Lebenserfahrung, mit in die Schule bringen; wenn Sie aber die Schüler nach einem Jahre wiedersehen, können

Sie sich schon überzeugen, wie sie an Bildung, an Benehmen und Lerneifer zugenommen haben. Gerade so wie damals mit nur schwachem Widerstande die Einrichtung der Fortbildungsschule genehmigt wurde, werden Sie hoffentlich auch diesem Antrage gern zustimmen. Deshalb bitte ich auch den Magistrat, die Sache wohlwollend zu beurtheilen und, sobald sie spruchreif ist, uns mit entsprechenden Vorschlägen zu kommen.

Den ausreichend unterstützten Antrag erhält die Schulcommission zur Vorberathung.

Darauf wird die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis gegen 6^{1/2} Uhr.

1900|1901.N^o 10.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 14. März 1901.

Tagesordnung:

I.	Antrag Schmidt u. Gen.: Nächtliche Ueberwachung abgelegener Straßen	Seite 230
II.	Vergrößerung der Mädchenbürgerschule am Schulwege	" 230
III.	Uebernahme und Ausbau der Straße „Kosenthal“	" 231
IV.	Bedürfnisanstalt an der Ferdinandstraße	" 231
V.	Antrag Asmann: Stellungnahme gegen die Erhöhung der Getreidezölle zc.	" 233
VI.	Antrag Brückmann u. Gen.: Zwangsbesuch der Fortbildungsschule	" 241
VII.	Erhöhung des Zuschusses für den Männerturnverein	" 243
VIII.	Instandsetzung des Innern vom Altstadt-Rathhause	" 243
IX.	Hundesteuer-Erlaßgesuche	" 244
X.	Abkommen wegen Regulirung der Wendestraße zc.	" 244
XI.	Auswechselung des Wasserrohres in der Koffstraße	" 245
XII.	Baulichkeiten im Neustadt-Rathhause und Anschaffung von Mobilien	" 245
XIII.	Änderung des Ortsbauplanes am Marienstifte	" 245
XIV.	Grundsätze für die Bewilligung von Ruhelohn und Hinterbliebenen-Versorgung für die städtischen Arbeiter	" 246
XV.	Klageerhebung wegen der Kosten für eine Grundstückseinfahrt	" 249
XVI.	Neubau eines Kinderpflegehauses	" 249
XVII.	Anfrage Asmann: Ueberfüllung des Herzoglichen Krankenhauses	" 251
XVIII.	Antrag Koch u. Gen.: Änderung der Städteordnung hinsichtlich der Wahlen zu den Stadtverordneten-Versammlungen	" 252

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Dr. jur. Bockels, Bürgermeister Ketemeyer und Stadträthe Götte, Haake, Meyer, Sievers und von Frankenberg.

Entschuldigt die Herren Nieß und Schmidt.

Nach Eröffnung der Sitzung giebt der Vorsitzende, Herr Semler, bekannt, daß der Magistrat ein an den Stadtarchivar Dr. Mack gerichtetes Schreiben der Versammlung abschriftlich mitgetheilt habe, in welchem die Gehaltsverhältnisse des Genannten nach den Wünschen der Versammlung geregelt seien. Das Schreiben wird zur Einsichtnahme ausgelegt und sodann in die Tagesordnung eingetreten.

I. Antrag Schmidt u. Gen.: Nächtliche Ueberwachung abgelegener Straßen.

Der in der Sitzung vom 10. Januar 1901 — Seite 200 des Berichts — gestellte Antrag findet nach dem Berichte des Herrn Bues seine Erledigung dadurch, daß eine neue Vorlage über das städtische Nachtwachwesen in Vorbereitung sei und die Antragsteller unter diesen Umständen den Antrag zurückgezogen haben.

II. Vergrößerung der Mädchenbürgerschule am Schulwege.

Die Räumlichkeiten der mittleren Mädchenbürgerschulen, welche seit dem Jahre 1894 eine Erweiterung nicht erfahren haben, sind nicht mehr im Stande, die Zahl der Schülerinnen zu fassen. Besonders fühlbar ist der Mangel im Osten der Stadt geworden, und hat der Schulvorstand zur Schaffung von Abhilfe vorge schlagen, der mittleren Mädchenbürgerschule am Schulwege einen Neubau anzugliedern, welcher außer den 7 Classenzimmern noch einen Zeichensaal und ein Modellzimmer enthalten soll. Der Schulhof wird durch den Bau nicht in zu hohem Grade beengt werden und auch dann noch mehr Raum enthalten, als verschiedene andere Schulhöfe der Innenstadt. Im Anschluß an diesen Neubau sollen auch eine Vergrößerung des Lehrerinnenzimmers, die Instandsetzung der als Turnhalle zu benutzenden Aula, der Anschluß der Aborte der Schule an das Canalnetz und mehrere andere kleinere Abänderungen vorgenommen werden. Die Kosten dieser Neu- und Umbauten werden sich auf 116500 M stellen, wovon 98020 M auf den Neubau des Classengebäudes, 1850 M auf die Vergrößerung des Lehrerinnenzimmers, 10000 M auf die Anschaffung des Mobiliars und der Rest auf die sonstigen Aenderungen entfallen werden.

Der Magistrat befürwortet den Vorschlag des Schulvorstandes und beantragt, die durch dessen Ausführung entstehenden Kosten mit 116500 M zu bewilligen, was auf Befürwortung der vereinigten Schul- und Baucommission, für welche Herr Blasius berichtet, geschieht.

III. Uebernahme und Ausbau der Straße „Rosenthal“.

Die Grundstücke des „Rosenthal“ entwässern z. B. noch in die Oer und ist ihr Anschluß an das städtische Canalnetz in der Weise geplant worden, daß die Abwässer der Grundstücke 5—9 dem Abzugscanale der Schule an der Wäschstraße, diejenigen der übrigen Grundstücke aber einem in dieser Straße herzurichtenden und in den Canal der Tellerstraße mündenden Abzugscanale zugeführt werden sollen. Der letztere Canal hat indessen noch nicht ausgeführt werden können, weil die Straße Privateigenthum der Ahrenholz'schen Erben ist und von diesen die Eintragung des dinglichen Rechtes in Betreff der Verlegung des Canals nicht zu erlangen war. Bei den mit den Anliegern des Rosenthals eingeleiteten Verhandlungen wegen Uebernahme der Straße nebst der diese mit der Promenade verbindenden Fußgängerbrücke ist jetzt schließlich eine Vereinbarung dahin erzielt worden, daß die Straße nebst Brücke unentgeltlich an die Stadt abgetreten werde und diese die Straße nach Art der städtischen Ortsstraßen ordnungsmäßig ausbauen und unterhalten lasse, sowie daß die durch die erstmalige Instandsetzung erwachsenden, zu 9800 M veranschlagten Kosten von den Anliegern erstattet werden und die Brücke auf Kosten der Stadt dauernd unterhalten und eventuell auch erneuert werden müsse. In dem mit den Anliegern abgeschlossenen Vertrage ist vorgesehen, daß die auf 27 M für 1 m Frontlänge ermittelten Anliegerbeiträge zwar in üblicher Weise festgestellt, indessen im Hinblick auf die überaus ungleichmäßigen Frontlängen der einzelnen Grundstücke in der Weise auf die beteiligten Grundstücke repartirt werden, daß für die beiden Häuslerschen Grundstücke vorweg 2000 M gezahlt und jedem der übrigen Grundstücke 600 M zur Last gelegt werden. Ferner ist vorgesehen, daß die auf dem Straßenterrain und verschiedenen Grundstücken ruhenden Servitute gelöscht werden sollen.

Bei Berücksichtigung aller Verhältnisse hält der Magistrat das mit den Anliegern getroffene Abkommen für annehmbar und giebt anheim, den mit denselben abgeschlossenen Vertrag und das Project wegen Ausbaues der Straße nebst der Kosten- und Vertheilungsberechnung zu genehmigen, sowie sich damit einverstanden zu erklären, daß die Stadt das Terrain des Rosenthales nebst der Brücke unentgeltlich erwirbt und die Straße zur Ortsstraße erklärt wird.

Die Baucommission hat die Vorlage in eingehender Verhandlung geprüft und giebt nach dem Berichte des Herr Wiltmann einstimmig deren Genehmigung anheim.

Von der Versammlung wird diesem Antrage gemäß beschlossen.

IV. Bedürfnisanstalt an der Ferdinandstraße.

Die städtische Bauverwaltung legt ein Project zur Errichtung einer Bedürfnisanstalt an der Westseite des Volksbades an der Ferdinandstraße mit dem Berichte

vor, daß sich die Kosten dieser Anstalt auf 3900 M. stellen werden. Mit Rücksicht auf die architectonische Wirkung und die freie Lage des Volksbades, welches schon von der Juliusstraße ab sichtbar ist, wurde die Anstalt vor der Mitte der Westfront des Volksbades angeordnet. Sie hat eine Breite von 1,50 m, eine Länge von 3,40 m und bietet Platz für 5—6 Personen; zugänglich ist die Anstalt durch einen 1 m breiten Gang von der Ferdinandbrücke resp. dem südlichen Fußwege aus. Als Ersatz der bisher in den Räumen des Kellergechoffes des Volksbades befindlichen und durch den Vorbau der Bedürfnisanstalt verdunkelten drei Fenster sind drei neue Fenster vorgesehen. Der Magistrat ersucht um Genehmigung des Projectes und um Bewilligung der geforderten 3900 M.

Wie Herr Wagner berichtet, empfiehlt die Finanzcommission, der Vorlage zuzustimmen. Der Grund für die ziemlich hohen Kosten liege in den schwierigen Ausführungen, welche die Lage des Platzes erfordere.

Auf die Frage des Herrn Ebeling, aus welchem Grunde die Anstalt nicht unmittelbar an die Brücke gesetzt werde, erwidert

Herr Bürgermeister Ketemeyer, daß die städtische Bauverwaltung den Platz aus Schönheitsrücksichten vorgeschlagen habe, weil man die Badeanstalt schon von der Juliusstraße aus sehen könne, und es einen wenig schönen Anblick gewähren würde, wenn man auf die eine Seite dieses Gebäudes solchen Vorbau stellen wollte. Aus Verkehrsrücksichten wäre es vielleicht praktischer, die Anstalt dicht an die Straße zu stellen, jedoch sei die Entfernung so gering, daß es nicht viel verschlage, wenn sie auf den in Aussicht genommenen Platz gestellt würde.

Herr Buchler möchte wissen, weshalb man eine so außerordentlich schwere Mauer ziehen wolle, um das Bauwerk zu tragen, da man hierdurch nur drei Fenster verdunkle und die Kosten erhöhe. Bei anderen ähnlichen Bauwerken nehme man Strebepfeiler aus Eisen bezw. Schienen und es scheine ihm die schwere Mauer hier ganz unnütz zu sein.

Herr Lange bittet, es bei dem Projecte der städtischen Bauverwaltung zu belassen. Wenn die große Mauer wegfiel und der Bau nach den Angaben des Herrn Buchler ausgeführt würde, ließe sich derselbe wohl billiger herstellen, aber schön würde er nicht aussehen. Daß die Fenster des Volksbades theilweise verdunkelt würden, schade nicht viel, weil es sich dabei nur um den Coakskeller handle, der noch genug Licht behalte. Ebenso sei es selbstverständlich, daß die Anstalt in die Mitte gerückt werde. Wenn man jetzt wieder anfangen, an dem Projecte zu ändern, würde dessen Ausführung immer noch weiter hinauszugeschieben, so daß er nur empfehlen könne, der Magistratsvorlage zuzustimmen.

Herr Wagner schließt sich der Bitte um Genehmigung der Magistratsvorlage an, da schon zwei andere Pläne vorgelegen haben und man mit solchen

Widerwärtigkeiten zu kämpfen gehabt habe, daß man froh sein könne, wenn die Anstalt nun endlich zur Ausführung komme.

Die Magistratsvorlage wird darauf gutgeheißen.

V. Antrag Aßmann: Stellungnahme gegen die Erhöhung der Getreidezölle etc.

Der in der Sitzung vom 7. Februar 1901 — Seite 219 des Berichts — gestellte und begründete Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen:

In Erwägung, daß die Erhöhung der Getreidezölle eine Vertheuerung der unentbehrlichsten Volksnahrungsmittel bedeutet, ersucht die Versammlung den Magistrat, mit anderen Städten des Deutschen Reiches gegen die Erhöhung der Getreidezölle zu protestiren, oder zu gelegener Zeit bei dem Deutschen Reichstage in Form einer Petition die An gelegenheit zu verfolgen und zugleich für langfristige Handelsverträge eintreten zu wollen.“

Namens der Statutencommission berichtet über diesen Antrag Herr Brückmann: Sie werden wohl nicht voraussetzen, führt Redner aus, daß ich Ihnen hier einen wissenschaftlichen zollpolitischen Vortrag halten soll. Hierzu bedarf man eines längeren Studiums und auch der Kenntniß aller dabei in Betracht kommenden Factoren. Durch die Zulassung des Antrages zur Verathung ist die formelle Competenz der Versammlung wohl anerkannt worden, jedoch handelt es sich jetzt noch darum, festzustellen, ob auch eine sachliche Competenz vorhanden ist. Es dürfte aber nicht in der Aufgabe einer communalen Vertretung liegen und auch nicht in ihrer Macht stehen, alle hierbei in Betracht kommenden Verhältnisse genau untersuchen zu lassen. Unsere communale Vertretung kann diese sehr wichtige Frage vielmehr nur vom ganz allgemeinen Standpunkte aus behandeln, weil ihr eben die nöthigen Unterlagen für die Beurtheilung aller wirthschaftlichen Verhältnisse und für das zwischen den vertragsschließenden Staaten bestehende wechselseitige Interesse fehlen. Die von der deutschen Reichsregierung seit Jahren ausgearbeiteten genauen Untersuchungen und Feststellungen über die Wirkung des Zolles sind nicht derartig bekannt geworden, daß man ein richtiges, sachgemäßes Urtheil darauf gründen kann. Bis dahin war man gewohnt, alle zollpolitischen Fragen vom principiellen und einseitigen Interessenstandpunkte aus zu beurtheilen, das trifft aber heute nicht mehr zu. Die maßgebenden Organe beurtheilen diese sehr wichtige Frage vielmehr von Fall zu Fall, in Berücksichtigung aller Erwerbsklassen und

des allgemeinen Wohles aller Bevölkerungsklassen. Man könnte sich auch fragen, ob unsere Commune durch eine Zollveränderung direct in Mitleidenschaft gezogen würde. Solches ist aber zu bezweifeln, denn wir befinden uns nicht in dem gleichen Verhältnisse wie die Seestädte Hamburg, Stettin u. dergl., indem wir nicht über einen durchgehenden Kornimport zu verfügen haben. Deshalb würde es gewagt sein, zu behaupten, daß die heimische Exportindustrie durch Veränderung der Kornzölle in irgend einer Weise beeinflusst werden könnte. Nach dieser Richtung ist der Antrag in der Statutencommission berathen worden und empfiehlt Ihnen dieselbe Ablehnung des Antrages, jedoch Zustimmung zu folgender Resolution:

„Eine Communalvertretung als solche ist nicht im Stande und nicht berufen, ein Urtheil über die so außerordentlich schwierige Frage „Kornzölle betreffend“ abzugeben. Es ist nicht angängig, diese für alle Bevölkerungsklassen so sehr wichtige Frage allein vom principiellen oder einseitigen Interessenstandpunkte aus zu beurtheilen, es ist vielmehr unbedingt nothwendig, alle Zollfragen von Fall zu Fall unter Berücksichtigung der im Reiche jeweilig vorliegenden allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse und der zwischen den vertragsschließenden Staaten wechselseitig bestehenden Interessen zu erledigen.“

Die Statutencommission empfiehlt also unter Annahme dieser Resolution Uebergang zur Tagesordnung.

Herr Hauswaldt: Ich bin kein Freund von Demonstrationen und Protesten, sofern man nicht auch die Macht hat, sie durchzuführen. Wenn ich den Herrn Referenten richtig verstanden habe, sollen wir jetzt den Schritt zurückthun, den wir früher gethan haben, als wir den Antrag zur Verhandlung zuließen. Das möchte ich nicht thun, denn ich stehe auf dem Standpunkte, daß wir sehr wohl berechtigt und in der Lage sind, uns über diese Sache auszusprechen. Außerdem möchte ich nicht unausgesprochen lassen, daß ich als Vertreter unserer Gemeinde ohne Frage in der Erhöhung des Kornzolles eine Schädigung unserer Bürger sehe. Wenn wir das aber zum Ausdruck gebracht haben, können wir auf alles Weitere, was in dem Antrage Ahmann liegt, verzichten. Deshalb möchte ich bitten, den Antrag der Statutencommission nicht anzunehmen, sondern folgendem Antrage zuzustimmen:

„Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, daß die Erhöhung der Kornzölle gegen das Interesse der Stadtgemeinde liegt, geht aber aus formellen Gründen über den Antrag Ahmann zur Tagesordnung über.“

Ich möchte vermieden sehen, daß wir protestiren, wo wir keine Macht haben, dem Proteste Nachdruck zu verleihen. Hierin würde ich eine Schädigung unseres

eigenen Ansehens erblicken. Nachdem diese Frage aber einmal angeschnitten ist, möchte ich wünschen, daß die Versammlung eine Erklärung abgäbe, welche nach Außen hin keinen Zweifel aufkommen läßt, daß wir eine Erhöhung der Kornzölle als gegen die Interessen unserer Mitbürger verstoßend empfinden würden. Die Welt wird jetzt einmal mit Schlagwörtern regiert und möchte ich keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, wie wir über diese Frage denken. Ich bitte Sie also, den Antrag Aßmann abzulehnen, dagegen meinen Antrag als den richtigeren anzunehmen.

Herr Aßmann: Von Seiten der Statutencommission wird der Versammlung einstimmig empfohlen, meinen Antrag abzulehnen, während Herr Hauswaldt so freundlich war, anzuerkennen, daß die Getreidezölle schädlich wirken würden, wobei er es aber nicht für zweckmäßig erachtete, daß die Versammlung die Sache weiter verfolgte und durch den Magistrat bei der Reichsregierung c. petitionirte, um die Vertheuerung der nothwendigsten Lebensmittel zu verhüten. Herr Hauswaldt sagte zum Schluß: „die Welt wird mit Schlagwörtern regiert“, was sich ja nur auf die regierenden Parteien beziehen kann, weil die Regierten, zu denen wir gehören, ja nicht regieren. Damit kommen wir aber nicht weiter und ich habe deshalb auch nicht versucht, die Frage mit Schlagwörtern lösen zu helfen. Wenn wir anerkennen, daß die Getreidezölle für die Allgemeinheit schädlich sind, dann sollte man doch auch ruhig den Schritt weiter gehen und gegen die weitere Erhöhung derselben protestiren. Gegenüber der Aeußerung des Referenten, daß es gewagt sein würde, zu behaupten, unsere Exportindustrie würde durch die Getreidezölle geschädigt, möchte ich beweisen, daß unsere Exportindustrie schwer dadurch geschädigt wird. Bei einer Erhöhung der Getreidezölle sprechen nicht nur die Interessen des Reiches mit, sondern auch andere Länder werden dadurch in Mitleidenschaft gezogen, so daß diese Repressivmaßregeln gegen unser Reich treffen werden, indem sie durch Erschwerung der Einföhrung unserer Producte einen Zollkrieg mit uns föhren werden. Rußland hat schon bestimmte Andeutungen in dieser Richtung gemacht, indem es durch eine hochgestellte Persönlichkeit bekannt geben ließ, daß es nicht lange warten, sondern mit Repressivmaßregeln alsbald vorgehen werde. Wenn das aber der Fall ist, dürfte für uns Braunschweiger die Sache nicht so ganz gleichgültig sein und der Referent nicht Recht haben, wenn er meinte, nur die Seestädte hätten ein größeres Interesse daran, daß die Getreidezölle nicht erhöht werden, um nämlich eine Lahmlegung des Dampfschiffverkehrs zu vermeiden. Wir haben dabei zu erwägen, ob unsere Stadt nicht doch ein größeres Interesse daran hat, und ich glaube, daß unsere Industrie ein Wort mit-sprechen kann, indem die Gefahr vorliegt, daß ihr Exporthandel geschädigt werden wird. Rußland hat z. B. bisher mit uns industriell in ziemlich lebhaftem Verkehr gestanden und von uns vielfach Waaren bezogen; Braunschweig ist aber gerade

eine derjenigen Städte, welche Specialfabrikate erzeugt und diese auf den Export berechnet. Wird dieses anerkannt, so trifft es auch zu, daß Braunschweig durch die Erhöhung der Getreidezölle getroffen werden wird, sobald Repressivmaßregeln eintreten, und daß dieses der Fall sein wird, darüber dürften wir wohl keinen Augenblick im Zweifel sein, weil bisher noch jedes Land mit Gegenmaßregeln gekommen ist, wenn ihm die Ausfuhr von Waaren erschwert wurde. Es steht aber fest, daß durch Einführung höherer Zölle das Absatzgebiet der Producte aller Art erheblich verkleinert wird.

Stellen wir einmal die Ausfuhr der verschiedenen Producte in den Jahren 1892 und 1897 gegenüber, so erhalten wir folgendes Resultat:

	1892	1897
	Millionen Mark	Millionen Mark
Großbritannien	640	851,6
Rußland	239,5	437,3
Oesterreich-Ungarn	376,6	466
Holland	233,8	327,7
Schweiz	173,8	284,7
Frankreich	202,9	216,7
Belgien	140,7	207,1
Dänemark	75,6	125,8
Schweden	67,5	136,1
Norwegen	37,8	77.

Je weniger die betr. Länder mit uns in Verührung stehen, desto geringer wird natürlich auch die Ausfuhr unserer industriellen Producte sein. Im Ganzen ist demnach innerhalb der fünf Jahre bei den jetzt geltenden Zollsätzen unsere Ausfuhr um 83 % gestiegen. Das ist nicht auf reine Zufälligkeiten zurückzuführen und einen wirtschaftlichen Aufschwung haben wir in dem Zeitraume auch nicht gehabt, sondern es liegt daran, daß unsere Industrie von Außen her gut beschäftigt werden konnte. Mit Rücksicht auf diese Verhältnisse sollten wir uns aber hüten, dazu beizutragen, daß andere Staaten Maßregeln gegen uns ergreifen. Auch sollten wir nicht mit Schlagwörtern regieren, sondern sollten dieses zurückweisen und darauf aufmerksam machen, daß wir kein Recht haben, das Deutsche Reich zu schädigen. Unsere Industrie darf nicht zurückgehen, sondern muß sich weiter entwickeln, denn es wird Jeder einsehen, daß sie nicht so viel übrig hat, um zurückgehen zu können. Da es sich bei uns um eine Specialindustrie handelt, so halte ich es für notwendig, daß unsere Stadt sich nicht zu denjenigen Städten rechnet, welche bei den Kornzöllen nicht in Betracht kommen, sondern daß es hier ausgesprochen wird, wie Braunschweig mindestens ein ebenso großes Interesse an einem Rückgange der Ausfuhr, bezw. einem Zollkriege hat, als andere Städte.

Wenn aus dem Referate durchblickte, daß die Versammlung nicht competent sei, zu entscheiden, ob die Getreidezölle zweckmäßig oder nothwendig seien, und daß man von Fall zu Fall prüfen müsse, ob ein Zollsatz gut sei oder nicht, so muß ich dem gegenüber bemerken, daß es in Deutschland absolute Freihändler nur noch wenige giebt und selbst meine speciellen politischen Freunde nicht dazu gehören, sondern für mäßige Schutzzölle zu haben sind, soweit diese Zölle als nothwendig anerkannt werden. Wollte man dieses aber bei der Landwirthschaft untersuchen, so wird sich die Frage schwer austragen lassen. Wenn unsere Agrarier sagen, daß durch den Getreidezoll dem Consumenten kein Leid gethan werden soll, indem das Ausland den Zoll trage, so verstehe ich nicht, weshalb man die Erhöhung des Zolles überhaupt will, da doch nur der Staatsfädel den Vortheil davon haben würde und nicht der Producent im Inlande. Hieraus geht schon klar hervor, daß diese Zollerhöhung lediglich im Interesse der Landwirthschaft liegt und dadurch eine Erhöhung der Preise für die nothwendigsten Lebens- und Bedürfnismittel erstrebt wird. Wenn wir uns nicht für competent erklären, ein Gutachten darüber abzugeben, ob die Erhöhung der Getreidezölle lähmend auf das ganze Staatswesen eingreift, so dürfte für uns vielleicht das Urtheil eines Volkswirtschaftslehrers maßgebend sein, der immerhin einige der Stadtverordneten noch zu belehren vermag. Professor Conrad weist nämlich in einer Schrift nach, daß der Arbeiter durch die Erhöhung der Getreidezölle derart geschädigt würde, daß er 10—13 M jährlich mehr als bisher für Lebensmittel auszugeben habe, mithin sein Einkommen von durchschnittlich 900 M mit $1\frac{1}{2}\%$ extra besteuert werde; da nun zum Lebensunterhalte des Arbeiters 600 M nothwendig seien, so würden die überschüssenden 300 M extra mit 5 % versteuert. Wenn wir aber aus solchem Munde hören, welche Folgen die Zollerhöhung haben wird, so dürfte für uns daraus folgen, daß Staat und Commune dadurch mit belastet werden, weil der arme Mann geschädigt wird. Deshalb hätten wir aber eben so gut ein Interesse daran, gegen solche Erhöhung zu protestiren und darnach zu streben, die Steuer zurückzuhalten. Es wäre das durchaus keine unglöse Demonstration, wenn wir dem Reichstage und dem Ministerium sagten: Ihr geht verkehrte Wege, die große Masse des Volkes wird durch solche Maßnahme geschädigt, und es wäre nicht richtig, zu beschließen, daß die Zölle wohl schädigen, wir uns aber darum nicht bekümmern wollen.

Schließlich will ich noch darauf aufmerksam machen, daß nicht allein der Roggen und Weizen unter der Zollerhöhung leiden wird, sondern auch die Gerste, welche bekanntlich auch zur Bereitung des Malzes dient. Da nun s. B., als die Biersteuer kommen sollte, verschiedene Interessenten der Brauereibranche sich kräftig dagegen wehrten, so muß es mich Wunder nehmen, daß diese Herren jetzt in der Commission für die Erhöhung der Getreidezölle gewesen sind. Es hat natürlich Jeder das Recht, zu stimmen, wie er will, aber die Argumente müssen doch

unzweideutig zu erkennen sein. Im Interesse des Gemeinwohls bitte ich also, meinen Antrag anzunehmen.

Herr Lord: Ich bin gleich Herrn Hauswaldt der Ansicht, daß weitere Kreise der Braunschweiger Bevölkerung durch die Erhöhung der Kornzölle beeinträchtigt und geschädigt werden und ich ziehe daraus die Consequenz, daß ich für den Antrag Ahmann stimmen werde. Der Standpunkt der Statutencommission ist, soweit er durch den Herrn Referenten vorgeragen wurde, meiner Ansicht nach so zu sagen der Standpunkt des beschränkten Unterthanenverständes. Wer soll denn über derartige Fragen urtheilen, vielleicht nur der landwirthschaftliche Centralverein, oder der Bund der Landwirthe? Haben sich denn nicht auch Leute von uns mit solchen Fragen beschäftigt und ist es nicht mit Freuden zu begrüßen, wenn solche Sachen hier auch einmal verhandelt werden? Sie wissen, daß diese Frage in preussischen Städten sehr verschieden behandelt worden ist: in Stettin hat man sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Schiffahrt durch die Kornzölle erheblich leiden würde und die Bürgerschaft deshalb dagegen Stellung nehmen müsse; in Barmen dagegen hat der Oberbürgermeister den Stadtverordneten gesagt, er ließe den Antrag nicht zu, weil die Stadt ein directes Interesse an den Kornzöllen nicht habe. Also mit der Behandlung eines derartigen Antrages kann man sich wohl lächerlich machen, aber nicht mit der Stellung des Antrages. Das ist mein Standpunkt in dieser Frage. Ich stimme für den Antrag Ahmann, weil ich weite Kreise der Bevölkerung Braunschweigs durch die Kornzölle für geschädigt halte; ich stimme aber auch aus politischen Gründen dafür, weil ich nicht will, daß auf viele Jahre hinaus durch derartige Maßnahmen des Reichstages die Agitationskraft der Partei, welcher Herr Ahmann angehört, so bedeutend gestärkt werde, wie es durch Annahme der Kornzölle nothwendig geschehen muß.

Herr Wolff: Der Antrag Ahmann lag zunächst dem Herrn Vorsitzenden der Versammlung in einer Form vor, die Bedenken hervorrief, ob solcher Antrag zur Berathung zugelassen werden könne; es fand dann eine commissarische Berathung darüber statt und der Herr Antragsteller hat beliebt, seinen Antrag so zu ändern, daß ein Bedenken gegen die Zulässigkeit der Berathung desselben nicht mehr vorlag. So ist denn der Antrag der Versammlung selbst zur Entscheidung vorgelegt worden. Mit dieser damaligen Guttheißung des Antrages in formaler Beziehung hat aber die Frage nichts zu thun, ob die Versammlung auch den inneren Beruf in sich fühlt, den Antrag in sachlicher Beziehung zuzulassen. Deshalb war die Statutencommission der Ansicht, daß die Zeiten vorbei seien, wo über solche Sachen nach Principien und absoluten Grundsätzen abgestimmt werde, und hat die Commission erwogen, daß es für uns nicht klar sei, ob die Kornzölle nothwendig seien oder nicht. Jedes Mitglied der Statutencommission wird schließlich einer Erhöhung der Kornzölle nur dann zustimmen, wenn die absolute Nothwendigkeit dazu vorliegt.

Ob solche Nothwendigkeit aber vorliegt oder nicht, das hängt nach der Ansicht der Commission von Umständen ab, die eine ganz außerordentlich schwierige und weitläufige Prüfung der gesammten Interessen der Nation nach den verschiedensten Rücksichten hin erfordern, und wir haben in der Commission gemeint, möge man ihr deswegen auch beschränkten Unterthanenverstand vorwerfen, daß eine solche Erforschung in der Aufgabe einer communalen Vertretung nicht liege und daß diese eine solche Prüfung auch dann nicht anstellen lassen könne, wenn einzelne gottbegnadete Mitglieder unter uns sein mögen, welche die Befähigung dazu besitzen, weil eben die berufenen Vertreter der Bürgerschaft in dieser Versammlung als solche nicht dazu da seien, sich auf ein solches Gebiet zu begeben. Ich nehme keinen Anstand, zu erklären, daß ich es aufs Tiefste bedauern würde, wenn die Kornzölle erhöht werden müssen, ob dieses aber geschehen muß, das weiß ich nicht. Ich ringe in dieser Frage schon lange Jahre und bin doch nicht zu einer Klärung gekommen, ich weiß es bei Gott nicht, was hier zu geschehen hat, aber ich bin ruhig damit einverstanden, wenn mir deswegen beschränkter Unterthanenverstand vorgeworfen wird: wir Vertreter der Communalverwaltung sind eben nicht dazu da, uns auf das Gebiet der Zollpolitik, oder, wie Herr Lord es gethan hat, der hohen Politik zu begeben. (Zustimmung.) Mag vielleicht Jeder in einer Volksversammlung seiner Meinung hierüber Ausdruck geben, aber als Communalvertretung fühlen wir nach der Ansicht der Commission nicht den inneren Beruf, die Sache zu klären.

Herr Hauswaldt meinte nun, wir möchten über den Antrag Asmann zur Tagesordnung übergehen, aber unser Interesse für die Sache als solche erklären. Was soll aber dieser Antrag? Ich nehme keinen Anstand, zu erklären: es ist ein Unglück, wenn die Kornzölle erhöht werden müssen, ob aber das Unglück ein kleineres ist gegenüber einem größeren Unglück, das ist der schwierige Punkt in dieser Sache. Aus diesem Grunde hat die Statutencommission die vom Herrn Referenten vorgetragene Resolution gutgeheißen.

Herr Fiedel: Ich glaube mit allen Mitgliedern der Versammlung auf dem Standpunkte zu stehen, daß wir nichts sehnlicher wünschen würden, als wenn eine Vertheuerung des Brotes nicht einzutreten brauchte. Ich würde mich nicht zum Worte gemeldet haben, wenn Herr Asmann nicht auf das wirtschaftliche Gebiet hinübergewandert wäre, und die Handelskammer nicht einen Beschluß gefaßt hätte, der sich dahin aussprach, daß wir es für unerlässlich halten und zwar für Braunschweig sowohl, als auch überhaupt für ganz Deutschland, wenn langfristige Handelsverträge zum Abschluß gelangen, und daß wir bereit sind, zur Erreichung dieses Zweckes, einer mäßigen Erhöhung des Kornzolles unsere Zustimmung zu geben. Es hat uns dazu die Frage bewogen, ob es überhaupt möglich sein wird, in Deutschland die Zustimmung der Regierungen und der Parlamente zu langfristigen

Handelsverträgen zu erhalten, ohne eine mäßige Erhöhung der Kornzölle. Wenn wir uns von vornherein auf den Standpunkt stellen, um keinen Preis eine Erhöhung der Kornzölle zuzubilligen, so ist es fraglich, ob dann die Zustimmung zu langfristigen Handelsverträgen zu erreichen sein wird.

Dann kommt aber noch ein zweiter Punkt in Betracht. Wenn heute Deutschland mit der Ueberzeugung und dem festen Entschlusse, die Kornzölle nicht zu erhöhen, an die Vertragsmächte herantritt, so ist es doch sehr die Frage, ob diese den Standpunkt nicht ausnützen und, da kein Handelsobject mehr vorhanden ist, die Zölle auf Industrieartikel derartig erhöhen werden, daß unser Export schwer geschädigt wird. Wir haben uns gesagt: es ist schlimm, wenn das Brot vertheuert wird, aber lieber etwas theureres Brot, als gar keins, denn wir würden nichts haben, wenn die Industrie nicht mehr exportiren kann. So war es also eine reine Frage der Zweckmäßigkeit, welche mit der hiesigen fast alle Handelskammern in den Industriegebieten Deutschlands zu dem gleichen Beschlusse veranlaßt hat, eine mäßige Erhöhung der Getreidezölle gutzuheißen. Wenn unsere Industrie weiter blühen soll, müssen wir langfristige Handelsverträge haben, was unerläßlich ist, und wenn es dann einmal nicht anders geht, so müssen wir auch die Folgen tragen, daß das Brot etwas vertheuert wird.

Aber wir wollen uns in keiner Weise festlegen und wollen Denjenigen, welche die Handelsverträge machen, auch die Gelegenheit bieten, die Kornzölle als Handelsobject zu benutzen, zumal wir der Ueberzeugung sind, daß die Zollerhöhung höchstens bis zu 5 M. gehen wird. Dazu kommt auch noch der Umstand, daß eine Einrichtung, welche noch zu treffen ist, wesentlich dazu beitragen wird, das Gewicht der Zölle zu vermindern. Bisher ist nämlich das Getreide im unreinen Zustande nach Deutschland geliefert und erst hier gereinigt worden. Nun sind an vielen Stellen des Auslandes schon Einrichtungen im Gange, welche eine Reinigung des Getreides am Orte der Erzeugung bezwecken, und da 8—10 % Verunreinigung im Getreide enthalten ist, so wird hierdurch Fracht und Zoll erheblich ermäßigt werden. Wir hoffen und glauben deshalb, daß dann die etwaige Zollerhöhung nicht annähernd so schwer empfunden werden wird, als es jetzt den Anschein hat.

Aus allen diesen Gründen muß ich es für richtiger halten, mich dem Standpunkte der Statutencommission anzuschließen, da ich mit dem Vorredner auch sagen muß, daß ich nicht weiß, ob ein erhöhter Zoll zweckmäßig ist oder nicht. Deshalb kann ich mich aber auch nicht dazu aufrufen, die Versammlung zu bewegen, in dieser so wichtigen Sache einen bestimmten Beschluß zu fassen.

Herr Rolte: Auf die Aeußerung des Herrn Hauswaldt, daß ein bestimmter Beschluß gefaßt werden müsse, weil die Frage durch die Zulassung des Antrages nun einmal angeschnitten sei, möchte ich Folgendes erwidern: Bei der ersten Verhandlung kam es darauf an, ob der Antrag formell zuzulassen sei, und ist diese

Frage nach Abänderung des Antrages bejaht worden. Die weitere, heute zur Verhandlung stehende Frage, ob der Antrag hier materiell geprüft werden könne und ob die Versammlung dazu der rechte Ort sei, hat damit gar nichts zu thun und ist diese Frage absolut zu verneinen. Nun kommt noch ein anderer Punkt dabei in Betracht. Bislang bewegen sich alle Angaben über die Erhöhung der Kornzölle auf dem Felde der Vermuthung, denn es ist von der Regierung noch keine Vorlage gemacht worden. Im Allgemeinen ist es aber ein principieller Standpunkt, den auch die Parlamente zu befolgen pflegen, daß in einem derartigen Stadium der Vorverhandlungen solche Sachen überhaupt nicht officiell verhandelt werden, da man von der Annahme ausgeht, daß jede Regierung, und doch wohl auch unsere deutsche Regierung, das Zeugniß für sich in Anspruch nehmen muß, zum Besten des Wohles der Gesamtheit handeln zu wollen. Nun ist es aber verfehlt, wenn man in einem so schwierigen Stadium der Verhandlungen den schon an sich sehr schweren Standpunkt der Regierung gegenüber dem Auslande noch mehr dadurch erschwert, daß man diese Frage officiell behandelt.

Da sich Niemand mehr zum Worte meldet, wird die Besprechung geschlossen und zur Abstimmung, welche auf Antrag des Herrn Rieke eine namentliche ist, geschritten.

Es stimmen für den Antrag der Statutencommission auf Ablehnung des Antrages Aßmann und Genehmigung der vorgeschlagenen Resolution die Herren Baurmeister, Blasius, Boller, Brückmann, Buchler, Bues, Bührmann, Bültemann, Ebeling, Engelbrecht, Fiedel, Kathe, Lange, Lupprian, Müller, Nolte, Ohlmer, Ribbentrop, Schöttler, Seele, Wagner und Wolff.

Gegen den Antrag stimmen die Herren Aßmann, Göde, Hauswaldt Koch, Löschigk, Lord, Meyerhoff, Rieke, Sander, Wollenweber und Wolters.

Der Antrag der Statutencommission ist demnach mit 22:11 Stimmen angenommen, wodurch auch der Antrag Hauswaldt als abgelehnt gilt.

VI. Antrag Brückmann u. Gen.: Zwangsbesuch der Fortbildungsschule.

Ueber den in der Sitzung vom 7. Februar 1901 — Seite 227 des Berichts — gestellten und begründeten Antrag berichtet namens der Schulcommission Herr Blasius: Nach der Ansicht der Commission steht es fest, daß die Jugend zwischen dem 14. und 18. Lebensjahre vielerlei Gefahren im öffentlichen Leben ausgesetzt und in gewisser Weise eine Verrohung derselben zu beobachten ist, ferner, daß die Fortbildungsschule ein gutes Mittel sein würde, diese Verrohung der Jugend zu verhindern, indem man die Schüler, welche namentlich für das Handwerk das

erforderliche Lehrmaterial liefern, ähnlich wie es auf den höheren Schulen geschieht, bis zum 18. Lebensjahre unter einer gewissen festen Aufsicht hielte. Da nun die Sache selber noch nicht ordentlich geklärt ist, so theilt die Commission die Meinung des Antragstellers, daß es richtiger sei, zunächst den Magistrat aufzufordern, in Erwägung zu ziehen, ob die Durchführung des Antrages nothwendig und möglich sei. Aus diesem Grunde empfiehlt die Statutencommission den Antrag Brückmann zur Annahme.

Herr Brückmann: Wenn wir uns einmal umhören, wie das Fortbildungsschulwesen in anderen deutschen Ländern vorgeschritten ist, so finden wir bald, daß wir hier ganz bedeutend im Hintertreffen sind. Zum Beweise dessen führe ich folgende statistische Zahlen an: Es besitzen:

	bei einer Einwohner- zahl von Seelen	allgemeine Fortbildungsschulen		gewerbliche Fortbildungsschulen	
		Anzahl	Schüler	Anzahl	Schüler
Braunschweig . . .	440 000	1	250	11	1 734
Sachsen-Weimar . .	340 000	452	5 152	10	1 552
Hessen	1 100 000	905	25 268	81	8 322
Baden	1 800 000	1 591	25 649	106	8 390
Württemberg . . .	2 100 000	2 079	31 176	169	15 592
Sachsen	3 800 000	1 943	76 994	39	10 660

In verschiedenen Staaten ist das Fortbildungsschulwesen durch Landesgesetz geordnet worden, wie z. B. in Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Sachsen-Weimar, Meiningen u., meistens sogar mit obligatorischem Schulbesuche. Erfahrungen sind also in genügender Weise vorhanden und giebt es darüber auch eine so ausgiebige Statistik, daß es für ein Land wie Braunschweig, welches doch in der Civilisation mit voranmarschiren will, nothwendig ist, ein solches Unternehmen zu fördern. Wie in den meisten Staaten die Regierungen diese Sache in die Hand genommen haben, so wird auch unser Herzogliches Staatsministerium, welches der Sache durchaus wohlwollend gegenüberstehen soll, derselben um so mehr fördernd nachhelfen, wenn es weiß, daß bei sämtlichen Communalbehörden eine wohlwollende Meinung darüber herrscht. Ich bitte daher, dem Vorschlage des Herrn Referenten zuzustimmen und hoffe, daß dann das Fortbildungsschulwesen bald in besseren Fluß kommen wird, zum Wohle unseres ganzen Volkes.

Der Antrag der Schulcommission wird darauf angenommen.

VII. Erhöhung des Zuschusses für den Männerturnverein.

Auf Wunsch des Herrn Referenten erklärt sich die Versammlung damit einverstanden, daß der Gegenstand für heute von der Tagesordnung abgesetzt wird.

VIII. Instandsetzung des Innern vom Altstadt-Rathhause.

Das Innere des Altstadt-Rathhauses befindet sich in einem so verbesserungsbedürftigen Zustande, daß die städt. Bauverwaltung auf Anregung des Magistrates empfiehlt, in dem Hauptsale folgende Verbesserungen vorzunehmen: Erneuerung des Wandanstriches und zwar in hellerer Farbengebung, Herstellung eines neuen Podiums, sowie eines neuen eichenen Riemen-Parquetbodens, Ersetzung der vorhandenen werthlosen Kachelöfen durch eiserne Dauerbrandöfen, zweckentsprechende Lüftungsvorrichtungen durch Anbringung einiger Luftklappen in den Fenstern der Längseite des Saales, endlich die Herrichtung einer besseren Beleuchtungsanlage und zwar soll elektrische Beleuchtung genommen werden, wobei dann die vorhandenen Kronen durch neue Kronleuchter zu ersetzen sind. Für das Treppenhaus und die Vorhalle sind einfache, an den Decken zu befestigende Beleuchtungskörper vorgesehen. Dazu würde dann noch eine angemessene Instandsetzung des Treppenhauses und der zu ebener Erde gelegenen Vorhalle kommen. Die Gesamtkosten dieser Neuerungen belaufen sich auf 14500 M., wovon auf den Hauptsaal 12350 M., das Mobiliar zc. 1000 M., das Treppenhaus nebst Vorhalle 960 M. und auf unvorhergesehene Ausgaben 190 M. entfallen.

Der Antrag des Magistrates auf Bewilligung der geforderten 14500 M. wird von Herrn Bauernmeister Namens der Baucommission zur Annahme empfohlen.

Herr Wagner begrüßt diese Vorlage mit um so größerer Freude, als er vor einigen Jahren selbst auf die Nothwendigkeit einer Instandsetzung des Saales hingewiesen habe. Bedauern müsse er aber, daß nicht auch eine Bedürfnisanstalt, wenn auch nur für einfachere Zwecke, vorgesehen sei. Bei den mancherlei Versammlungen von Bedeutung, welche im Saale des Altstadt-Rathhauses begrüßt werden, sei es allgemein als ein Uebelstand stark empfunden worden, daß man zur Befriedigung eines Bedürfnisses nach dem Hofe hinunterlaufen müsse. Er bitte deshalb, auch in diesem Punkte Abhilfe zu schaffen.

Herr Meyerhoff will sich diesem Wunsche anschließen und bitten, eine solche Anstalt auch für größere Bedürfnisse einzurichten, da diese an Besucher von Versammlungen ebenfalls herantreten können.

Die Magistratsvorlage wird sodann genehmigt.

IX. Hundesteuer-Erlaßgesuche.

Die Gesuche des früheren Parkaufsehers Voges und des Herrn Römermann um Erlaß der Steuer für einen Wachhund werden entsprechend den Vorschriften des Statuts verworfen.

X. Abkommen wegen Regulirung der Wendestraße 2c.

Aus Anlaß des Umbaues der Gebäude auf dem Grundstücke des ehemaligen Herzogl. Krankenhauses wünscht die Herzogl. Baudirection, daß die für die angrenzenden Straßen vorgesehene Grenzregulirung zur Ausführung gelange. Zu dem Zwecke würde die Stadt von dem fraglichen Grundstücke eine 2,32 ar große Theilfläche zu erwerben und zu demselben eine 1 qm große Theilfläche der Wendestraße abzutreten haben. Der Magistrat hat nun mit der Herzoglichen Baudirection unter Zustimmung des Herzogl. Staats-Ministeriums dieserhalb Folgendes vereinbart:

1. Eine 10 qm große, durch die Straße am Wendenthor begrenzte Theilfläche wird unentgeltlich an die Stadt abgetreten, jedoch hat diese auf ihre Kosten die Umfassung der vorhandenen Einfriedigung und die Befestigung der Fläche zu übernehmen, während sie künftig vom Staate als Theil der Promenade unterhalten wird.
2. Eine weitere, 68 qm große, an die Wendestraße grenzende Fläche erwirbt die Stadt zum Preise von 100 M pro qm und überläßt für denselben Preis die 1 qm große Fläche dem Staate. Die erstere Fläche ist ausschließlich auf Kosten der Stadt in Stand zu setzen.
3. Die mittlere, 154 qm große, ebenfalls an die Wendestraße grenzende Theilfläche erwirbt die Stadt zu demselben Einheitspreise und baut auf dieser Strecke die Straße nach einem noch vorzulegenden Projecte zur Ortsstraße aus, soweit dieses noch nicht geschehen ist. Auf der letzteren Strecke ist das staatliche Grundstück beitragspflichtig.

Wegen der noch zu ermittelnden Höhe dieses Beitrages wird Folgendes vereinbart:

a. Die zur Verbreiterung der Westseite der betr. Straßenstrecke f. B. von dem Tischlermeister Jung an die Stadt abgetretene 40 qm große Fläche wird jetzt zu einem Gesamtpreise von 4000 M in Ausgabe gestellt.

b. Bei Ermittlung der Anliegerbeiträge wird von den Gesamtkosten die Summe von 6000 M als entsprechender Theilbetrag desjenigen Zuschusses in Abzug gebracht, den der Staat f. B. mit 13800 M zu den Kosten des Ausbaues der Schubert- und Wendestraße an die Stadt gezahlt hat. Wird hiernach verfahren, so würde sich der Anliegerbeitrag anschlagsmäßig auf 338,78 M für 1 m

Frontlänge stellen und somit dem Krankenhausgrundstücke die Summe von 15482,29 M zur Last fallen, so daß dem Staate nach Abfaz dieses Beitrages von den Kosten für den Verkauf von Grundflächen noch ein Guthaben von 6617,71 M verbliebe.

Der Antrag des Magistrates, dieses Abkommen zu genehmigen, wird von der Versammlung auf Befürwortung der Baucommission, für die Herr Engelbrecht berichtet, gutgeheißen.

XI. Auswechslung des Wasserrohres in der Roßstraße.

Die Anlieger der Roßstraße haben wiederholt über mangelhafte Wasserzuführung aus der städtischen Wasserleitung geklagt und um Abhilfe gebeten. Da nach den angestellten Ermittlungen das 100 mm weite Wasserrohr dem Bedürfnisse durchaus nicht mehr genügt, so ersucht der Magistrat, die Auswechslung des Wasserrohres gegen ein solches von 200 mm Weite zu genehmigen und die anschlagsmäßigen Kosten mit 7415 M zu bewilligen,

welchen Antrag die Finanzcommission durch Herrn Seele zur Annahme empfehlen läßt.

Herr Löschigt möchte anfragen, ob das Wasserrohr auch verlängert werden wird, da früher einmal die weiter hinaus wohnenden Anlieger der Roßstraße um Wasserzuführung gebeten hätten.

Herr Stadtrath Haake erwidert, daß eine Verlängerung des Rohres zunächst nicht vorgehen sei.

Der Magistratsvorlage wird darauf zugestimmt.

XII. Baulichkeiten im Neustadt-Rathhause und Anschaffung von Mobilien etc.

Es hat sich als nothwendig herausgestellt, im Neustadt-Rathhause verschiedene kleine bauliche Aenderungen vorzunehmen und namentlich auch ein Arbeitszimmer für den Archivar Dr. Mack zu schaffen. Daraufhin beantragt der Magistrat, zu genehmigen, daß für Baulichkeiten zusammen 760 M, für Beschaffung von Mobiliargegenständen 1200 M und von Regalen 1000 M, zusammen 2960 M verwilligt werden.

Auf Empfehlung der Statutencommission, für welche Herr Engelbrecht berichtet, entspricht die Versammlung dem Antrage.

XIII. Aenderung des Ortsbauplanes am Marienstifte.

Der Vorstand des Marienstiftes hat gebeten, die im Ortsbauplane vorgesehene, das Grundstück der genannten Stiftung durchschneidende Verbindungsstraße zwischen Helmstedterstraße und Ribdagshäuserweg aufzuheben, weil er beabsichtigt, in diesem Sommer ein größeres Gebäude auf dem Grundstücke zu erbauen. Bei

der Auswahl des Bauplatzes haben sich in sofern Schwierigkeiten ergeben, als das Gesamtgrundstück nicht nur durch die vorgedachte projectirte Straße, sondern auch durch den nach Ansicht der städtischen Bauverwaltung einstweilen noch beizubehaltenden offenen Abzugsgraben durchschnitten wird. Wenngleich ohne Weiteres anzuerkennen ist, daß aus Verkehrsrücksichten die Beibehaltung des Straßenzuges empfehlenswerth erscheint, so ist nach der Ansicht des Magistrats doch zu berücksichtigen, daß sich ein lebhafter Durchgangsverkehr auf der Straße im Falle ihrer Anlegung schwerlich entwickeln würde, während andererseits die Stadt Veranlassung hat, der Anstalt im Hinblick auf ihre gemeinnützige Thätigkeit soweit thunlich entgegenzukommen. Aus diesen Gründen hält der Magistrat die Aufhebung der Straße für zulässig, wenn gleichzeitig eine Ersatzstraße in den Ortsbauplan aufgenommen und die ordnungsmäßige Entwässerung der südöstlichen Außenstadt nicht erschwert wird. Um dieses zu erreichen, ist mit dem Vorstande des Marienstiftes und des benachbarten Rettungshauses vereinbart worden, daß der Stadt unentgeltlich das Recht eingeräumt werde, den Hauptsammelcanal innerhalb der Grundstücke der beiden Stiftungen zu verlegen und dauernd zu unterhalten. Die Versammlung wird hiernach ersucht, der fraglichen Aenderung des Ortsbauplanes unter der Voraussetzung zuzustimmen, daß wegen der Verlegung und dauernden Unterhaltung des Abzugscanales ein durch grundbuchamtliche Eintragung zu sicherndes Abkommen mit den beiden Stiftungen zu Stande kommt.

Die Versammlung genehmigt diesen Antrag auf Befürwortung der Baucommission, für die Herr Bültemann berichtet.

XIV. Grundsätze für die Bewilligung von Ruheohn und Hinterbliebenen-Versorgung für die städt. Arbeiter.

Die im Dienste der Stadt als ständige Arbeiter und zu sonstigen Dienstleistungen auf Kündigung angenommenen Personen entbehren bisher einer städtischen Altersversorgung, und hält es der Magistrat für eine Aufgabe der Stadt, diesen Arbeitern und Angestellten für die Zeit der Erwerbslosigkeit einen Ruheohn zu gewähren, wie auch den Hinterbliebenen derselben eine Versorgung zu sichern, welche dieselben vor der Inanspruchnahme der öffentlichen Armenpflege schützt. Hiernach hat der Magistrat allgemeine „Grundsätze für die Bewilligung von Ruheohn und Hinterbliebenen-Versorgung für die ohne Pensionsberechtigung im Dienste der Stadt Braunschweig beschäftigten Personen“ aufgestellt und legt dieselben der Versammlung eingehend begründet mit dem Ersuchen vor, zu deren Handhabung die Zustimmung zu erteilen.

Die Vorlage ist jedem einzelnen Mitgliede der Versammlung zugänglich gemacht und von der Statutencommission vorgeprüft worden. Namens derselben berichtet Herr Wolff, daß die sachlichen Vorschläge des Magistrates die volle

Billigung der Statutencommission gefunden haben. Insbesondere sei es auch als richtig anerkannt worden, daß der Arbeiter durch diese Versorgungsgrundsätze ein klagbares Recht nicht erwerben solle, sondern sie als eine freiwillig zu gewährende Beihilfe zu betrachten habe. Ferner sei anzuerkennen, daß die Vorlage sich in Bezug auf die Höhe der Bezüge in den richtigen Grenzen halte und daß von irgend welcher Prüfung der finanziellen Wirkung der Grundsätze abgesehen werden könne, weil das weder im vollen Maße angängig, noch auch erforderlich sei. So stehe die Commission mit den die Vorlage begründenden Ausführungen des Magistrates im vollem Einklange und wünsche nur, zwei Punkte davon auszunehmen. Während die Commission nämlich anerkenne, daß es sachgemäß sei, wenn der Magistrat nach freiem Ermessen die betr. Bezüge bewillige, habe sie es für richtig erachtet, die Aenderung oder Wiederentziehung derselben von der Zustimmung der Stadtverordneten abhängig zu machen. Hiervon müsse aber dann Abstand genommen werden, wenn nach §. 10 der Grundsätze in Folge concurrirender Bezüge von selbst eine Vereinträchtigung der städtischen Bezüge einzutreten habe. Sodann sei im §. 8 der Grundsatz aufgestellt worden, daß bei Bemessung des Wittwengeldes diejenigen Sonderbezüge, welche nach §. 10 dem Berechtigten anzurechnen gewesen wären, aus Billigkeitsgründen der Wittve nicht angerechnet werden sollen; die Commission habe nun geglaubt, in Consequenz dessen für den §. 9 vorzuschlagen, daß diejenigen Bezüge, welche der Wittve anzurechnen gewesen sein würden, auch bei der Berechnung des Waisengeldes nicht in Wegfall kommen sollen.

Im Besonderen werden von der Statutencommission zu den „Grundsätzen“ folgende Aenderungsvorschläge gemacht:

Zum §. 1: Der Schluß soll lauten: „ . . . , wird ein Ruhelohn und deren Hinterbliebenen eine Versorgung nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen gewährt“.

Für den §. 2 wird folgender Wortlaut vorgeschlagen: „Der Ruhelohn und die Hinterbliebenen-Versorgung können nicht als klagbares Recht gefordert werden, diese Bezüge werden vielmehr in jedem einzelnen Falle vom Stadtmagistrate unter Berücksichtigung der nachstehenden Bestimmungen nach freiem Ermessen bewilligt und können jederzeit geändert oder wieder entzogen werden. Eine Aenderung oder Entziehung bedarf jedoch, soweit nicht die Vorschriften des §. 10 in Betracht kommen, der Zustimmung der Stadtverordneten“.

Der §. 3 soll im Eingange lauten: „Voraussetzungen der Gewährung eines Ruhelohnes sind a. Eintritt in den städtischen Dienst vor vollendetem 50. Lebensjahre; b. eine mindestens zehnjährige ununterbrochene Beschäftigung im städtischen Dienste nach vollendetem 25. Lebensjahre; c. die ohne eigene Verschuldung eingetretene Unfähigkeit, den bisherigen oder einen ähnlichen städtischen Dienst zu

versehen; d. treue Pflichterfüllung". Der folgende Absatz des §. 3 heißt unverändert, während der letzte Absatz: „Auf Personen keine Anwendung“, wegfällt.

Zum §. 4 ist nichts zu ändern.

Zum §. 5 sollen die beiden Worte „das Recht“ in Zeile 4 des Entwurfs fortfallen.

Zum §. 6 würden die Schlußworte zu lauten haben: „ . . . in derjenigen Lohnklasse, der er vorher angehört hatte“.

§. 7 bleibt unverändert.

Zum §. 8 hätte der zweite Satz des ersten Absatzes zu lauten: „Bei Berechnung des Wittwengeldes kommen jedoch anderweite Bezüge, die dem Verstorbenen nach §. 10 anzurechnen gewesen wären, nicht in Abzug“. Außerdem würde der Schluß des letzten Absatzes wie folgt zu fassen sein: „ . . . nach dem Ausscheiden des Mannes aus dem städtischen Dienste geschlossen war“.

Bei der Verathung des §. 8 giebt Herr Koch dem Wunsche Ausdruck, daß die Zahlung des Wittwengeldes nicht schon mit dem Ablaufe des Monats, in welchem die Wittwe stirbt, enden möge, sondern erst mit dem Ablaufe des folgenden Monats. Es könnte vorkommen, daß dem Tode der Wittwe eine längere Krankheit vorausginge und die Hinterbliebenen dann doch einen Theil der Kosten der Krankheit von dem Wittwengelde zu decken vermöchten.

Herr Wolff kann sich von seinem Standpunkte als Referent aus für diesen Vorschlag nicht erwärmen. Es seien hier einheitliche Grundsätze festzustellen, und erscheinen ihm die Vorschläge des Magistrates durchaus gerecht und sachgemäß. Träten besondere Fälle ein, so würden diese stets angemessen berücksichtigt werden und könnten bei besonderer Bedürftigkeit aus den vorhandenen Mitteln Unterstützungen gewährt werden.

Der Antrag Koch wird darauf von der Versammlung abgelehnt.

Zum §. 9 wünscht die Commission vor dem letzten Absätze einen neuen Absatz folgenden Wortlautes eingeschoben zu sehen: „Bei Berechnung des Waisengeldes kommen jedoch anderweite Bezüge, die auf das Wittwengeld nach §. 10 anzurechnen sind, nicht in Abzug“.

Zu den §§. 10—14 hat die Commission nur zu bemerken, daß im §. 13 als Datum der „1. April 1901“ nachzutragen sein würde.

Herr Aßmann begrüßt die Vorlage mit Freuden und will constatiren, daß sie jedenfalls überall angenehm berühren werde. Da indessen dem Arbeiter kein Klagerecht auf den Ruhelohn zustehe, so befürchte er, daß sich hieraus noch Schwierigkeiten ergeben können. Daran dürfe aber die Vorlage nicht scheitern, zumal da es sich hier gar nicht um ein officielles Statut handle, dessen etwaige

Änderung der ministeriellen Genehmigung unterliege. Auch habe er es hart gefunden, daß Personen, welche das 50. Lebensjahr überschritten haben, nicht mehr pensionsberechtigt sein sollen, da diese theilweise noch recht gut zehn Jahre würden arbeiten und sich einen Ruhe-lohn verdienen können. Einen Abänderungsantrag habe er aber nicht stellen wollen, um die Einrichtung erst einmal ins Leben treten zu sehen, und wolle er nochmals constatiren, daß er mit der Vorlage im Allgemeinen freudig einverstanden sei und hoffe, daß die sich etwa ergebenden Mängel später sehr wohl noch zu beseitigen seien.

Die Magistratsvorlage gelangt darauf mit den von der Statutencommission beantragten Änderungen zur Annahme.

XV. Klageerhebung wegen der Kosten für eine Grundstückseinfahrt.

Auf Ansuchen des Kunstgärtners Meyerhoff ist für dessen an der Goslarischen-straße gelegenes Grundstück innerhalb des Fußweges eine gepflasterte Einfahrt hergerichtet worden, deren Kosten im Betrage von 96,01 M trotz mehrfacher Anforderung noch nicht eingegangen sind.

Dem Ersuchen des Magistrates, ihn zu ermächtigen, wegen der Zahlung dieser Kosten Klage zu erheben,

stimmt die Versammlung auf Befürwortung der Statutencommission, für welche Herr Wolff berichtet, zu.

XVI. Neubau eines Kinderpflegehauses.

In der Kinderabtheilung des städtischen Pflegehauses hat sich seit längerer Zeit der Platzmangel immer mehr fühlbar gemacht. Der Magistrat hat deshalb die städt. Bauverwaltung beauftragt, zunächst eine Bausskizze nebst Kostenüberschlag betreffs eines Kinderpflegehauses auszuarbeiten, das im Garten des Pflegehausgrundstückes aufgeführt und annähernd 300 Kindern ein Unterkommen bieten, zugleich auch eine Dienstwohnung für den Inspector, sowie die sonst erforderlichen Verwaltungs- und Magazinräume enthalten solle. Die außerordentlichen Vortheile, welche sich aus der Nachbarschaft des Armen- und Krankenhauses und aus der wirtschaftlichen Vereinigung mit denselben ergeben, sind so einleuchtend, daß der Magistrat die Erbauung des Hauses auf dem städtischen Grund und Boden schon aus finanziellen Rücksichten für sehr empfehlenswerth hält. Der Bau nach der vorliegenden Skizze wird dem Raumbedürfnisse für absehbare Zeit genügen, auch wenn man die mit dem Wachsen der Bevölkerung verbundenen gesteigerten Anforderungen in Betracht zieht. Der Kostenüberschlag schließt mit einer Summe

von 537 000 M ab. Nachdem auch die Armendirection dem Plane in allen seinen Einzelheiten zugestimmt hat, wird die Versammlung ersucht, der Ausführung des Kinderpflegehauses im Garten des Pflegehausgrundstückes mit einem Kostenaufwande bis zu 537 000 M zuzustimmen.

Die Baucommissiön hat die Vorlage geprüft und empfiehlt nach dem Berichte des Herrn Baumeister deren Annahme.

Herr Sander begrüßt die Vorlage mit Freuden, da durch dieselbe ein lange gehegter Wunsch der Bürgerschaft erfüllt werde. Wenn die Anlieger der Pflegehausstraße ihn schriftlich gebeten hätten, dafür einzutreten, daß die Erbauung dieses Hauses in dem Pflegehausgarten nicht genehmigt werden möchte, so müsse er dazu bemerken, daß dieses außerhalb seiner Macht liege, nachdem er durch Einsichtnahme des Bauplanes sich überzeugt habe, daß das Gebäude der Straße nur zur Zierde gereichen könne. Schließlich möchte er noch der Bitte Ausdruck geben, daß mit dem Bau des Hauses auch die Pflegehausstraße ausgebaut werden würde.

Herr Brückmann möchte anfragen, ob nicht in Ueberlegung genommen sei, das städtische Krankenhaus, welches doch einer Vergrößerung bedürftig sein solle, etwas weiter hinauszulegen und auf dem Platze desselben ein Kinderhospital zu errichten. Er bedauere, daß dieser Platz für derartige Zwecke nicht in Anspruch genommen werde und finde, daß ein Kinderpflegehaus recht unpraktisch in Verbindung mit dem Krankenhause liege. Die jetzige Lage des städtischen Krankenhauses sei durchaus keine günstige, da dasselbe schon mitten in einem Stadtviertel liege und man ja mit Recht dazu übergehe, die Krankenhäuser weiter hinaus zu legen.

Herr Stadtrath von Frankenberg will darauf erwidern, daß bei Vorlegung des Planes über das Kinderpflegehaus schon auf die Nothwendigkeit hingewiesen sei, daß mit dem Bau desselben der Ausbau der Pflegehausstraße würde erfolgen müssen. Was die Ausführungen des Herrn Brückmann betreffe, so sei der Magistrat mit der Pflegehausdeputation der Ansicht gewesen, daß gerade die wirthschaftliche Verbindung mit dem Krankenhause und dem Pflegehause außerordentlich zweckmäßig sei und daß man auf diese Weise nicht nur für absehbare Zeit etwas Nützliches für die im Pflegehause unterzubringenden Kinder schaffen, sondern auch in finanzieller Beziehung das Richtige treffen würde. Das von Herrn Brückmann angeedeutete Project würde mit einer Million jedenfalls nicht abgethan sein.

Die Frage des Herrn Sander, ob in der veranschlagten Summe auch der Werth des Platzes mit enthalten sei, wird verneint und darauf die Magistratsvorlage genehmigt.

XVII. Anfrage Alßmann: Ueberfüllung des Herzoglichen Krankenhauses.

Die Anfrage lautet:

„Ist dem Magistrate bekannt, daß das Herzogliche Krankenhaus zur Zeit überfüllt ist und daß nicht alle Kranken Aufnahme finden? Welche Schritte sind geschehen, oder welche gedenkt der Magistrat zu thun, um diesen für das Gemeindewohl schädlichen Zustand zu beseitigen?“

Zur Begründung führt Herr Alßmann aus, daß schon vor etwa acht Jahren ein Antrag auf Erweiterung des städtischen Krankenhauses in der Versammlung gestellt, aber nicht weiter verfolgt sei. Da sich nun in letzter Zeit herausgestellt habe, daß das Herzogliche Krankenhaus nicht groß genug sei und schon Kranke zurückgewiesen habe, so trete die Pflicht an die Stadt heran, für eine Vergrößerung des städtischen Krankenhauses zu sorgen. Er möchte deshalb den Magistrat fragen, ob derselbe etwa schon Mittel in den nächstjährigen Haushaltsplan hierfür eingestellt habe, oder welche Schritte sonst zur Abhülfe geschehen seien. Eine hiesige Krankencasse habe geklagt, daß sie nicht wisse, wohin sie mit ihren Kranken solle, und auch in einer hiesigen Zeitung habe ein längerer Artikel sich mit der Angelegenheit befaßt. Wenn diese Calamität wirklich so ernst sei, wie sie in der Zeitung dargestellt worden, so möchte er um Beseitigung derselben dringend ersuchen. Die Zahl der Kranken könne augenblicklich nicht so hoch sein, daß hierdurch die Ueberfüllung des Krankenhauses herbeigeführt worden sei, um so mehr müsse man darauf bedacht sein, auch für besondere Unglücksfälle und Epidemien gewappnet zu sein.

Herr Stadtrath von Frankenberg erwidert, daß die Versammlung soeben durch Genehmigung des vorigen Punktes der Tagesordnung dem Magistrate ein sehr wesentliches Mittel in die Hand gegeben habe, um die Entlastung des städtischen Krankenhauses zu ermöglichen, indem ein Theil der jetzt im städtischen Krankenhause untergebrachten Personen, die sogenannten Siechen, voraussichtlich in das bisherige Pflegehaus verlegt werden könne. Ferner habe die Versammlung vor etwa $\frac{3}{4}$ Jahren der Vorlage des Magistrates zugestimmt, wonach mit dem Schwesternhause vom Rothen Kreuz gegen Gewährung eines Beitrages ein Vertrag wegen der Unterbringung von Kranken zu bestimmten Tarpreisen abgeschlossen worden sei. Hierdurch werde das städtische Krankenhaus eine wesentliche Entlastung erfahren, so daß es dem Bedürfnisse soweit möglich werde genügen können. Wenn aber das Herzogliche Krankenhaus sich nach erst sechsjährigem Bestehen schon als unzureichend erweisen sollte, so sei das in erster Linie Sache des Staates, für Abhülfe zu sorgen, weshalb die Anfrage wohl hauptsächlich als an die Adresse des Staates gerichtet betrachtet werden dürfe.

XVIII. Antrag Koch u. Gen.: Aenderung der Städteordnung hinsichtlich der Wahlen zu den Stadtverordneten-Versammlungen.

Die Herren Koch, Lange, Müller, Wagner, Bues und Buchler haben folgenden Antrag eingebracht:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, bei dem Herzoglichen Staats-Ministerium dahin vorstellig zu werden, daß dasselbe dem nächsten Landtage einen Antrag einbringe, nach welchem dem Gesetze, betr. die Städteordnung für das Herzogthum Braunschweig, d. d. Camenz, den 18. Juni 1892, eine Zusatzbestimmung hinzugefügt werde, durch welche gleichwie bei den Landtagswahlen (§. 12 des Wahlgesetzes d. d. Braunschweig, den 6. Mai 1899) jeder wahlberechtigte Bürger, welcher ohne Entschuldigung zur Wahl eines Stadtverordneten nicht erscheint, eine entsprechende Ordnungsstrafe zu zahlen verpflichtet wird“.

Zur Begründung führt Herr Koch aus, daß das Ergebnis der letzten Stadtverordnetenwahlen, nach welchem nur 63 % der Wahlberechtigten das Wahlrecht ausgeübt haben, ihn veranlaßt habe, den Antrag einzubringen. Nachdem durch die Verschiebung der Steuerpflichtigen innerhalb der drei Wahlclassen die Wahlen zur dritten Classe für die bürgerlichen Parteien recht schwierig geworden seien, erscheine es nothwendig, auch die lauen Wähler zur Betheiligung an der Wahl heranzuziehen. Bei den Landtagswahlen sei die Nichtbetheiligung an der Wahl mit Geldstrafe bedroht und müsse die Stadt gegenüber den gleichgültigen Wählern dasselbe Recht haben wie der Staat. Bei den letzten Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung seien die bisherigen Vertreter der dritten Wahlclasse so heftigen persönlichen Angriffen ausgesetzt gewesen, daß dieses nur aufs Tiefste bedauert werden könne und man wesentlich in Folge dieser maßlosen Angriffe und der Laune der Wähler drei Stadtverordnete aus der Versammlung scheiden sehe, welche stets voll und ganz ihre Schuldigkeit gethan haben.

Der genügend unterstützte Antrag wird der Statutencommission zur Vorberatung überwiesen, und darauf die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis 6¹/₄ Uhr.

1900|1901.№ 11.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 28. März 1901.

Tagesordnung:

I. Stadthaushaltsplan für 1901/02	Seite 254
II. Aenderung der Gehaltsordnung für die Stadtgeistlichen	" 288
III. Gemeinde-Kirchensteuer für 1901/02.	" 289
IV. Verpachtung von Schlachthausländerei	" 289

Am Magistratsstische die Herren Bürgermeister Ketemeyer und Stadträthe Haake, Meyer und von Frankenberg.

Entschuldigt die Herren Koch und Schmidt.

Der Vorsitzende, Herr Semler, eröffnet die Sitzung und ersucht zunächst die fünf ältesten Mitglieder der Versammlung, nämlich die Herren Rieß, Riefe, Blasius, Seele und Lange, sich am 1. April, Vormittags $3\frac{1}{11}$ Uhr zu einer Vorbesprechung über die Besetzung der Commissionen im Rathhause einzufinden. Es entspreche das einem althergebrachten Brauche.

Sodann wird zur Erledigung der Tagesordnung geschritten.

I. Stadthaushaltsplan für 1901/02.

Der Stadthaushaltsplan ist von der Finanzcommission, unter Betheiligung einer großen Anzahl von Mitgliedern der Versammlung vorberathen worden und berichtet über das Ergebniß der Vorberathung Herr Jüdel: Aus einigen von ihm aufgestellten und hier ausgehängten Tabellen sei zu ersehen, in welcher Weise die einzelnen Steuerclassen seit dem Jahre 1880 zu der Gemeindesteuer beitragen. Man könne daraus entnehmen, daß auf je 1000 Einwohner berechnet, also vollständig unabhängig von dem Wachsthum der Stadt, die Einkommen von 600 bis 800 M zurückgegangen seien, wogegen die Einkommen von 900—1200 M und von 1200—2000 M ganz erheblich gewachsen seien. Ferner lasse sich daraus ein ständiges Zurückgehen der Einkommen von 2000—4500 M ersehen, während andererseits zu erkennen sei, wie bedeutend die über 10000 M betragenden Einkommen an der Steuerlast der Stadt jetzt theilnehmen. Das sei im Wesentlichen eine Folge der Steigerung der progressiven Steuer von 4 auf 6 % und der Steigerung der steuerpflichtigen Einkommen durch die Selbsteinschätzung. Aus einer anderen, ebenfalls an der Wandfläche vorgeführten Zusammenstellung über die Einnahmen und Ausgaben der Stadt gehe hervor, wie in den ersten Jahren die Staatszuschüsse überwiegen, während jetzt die Realsteuern, namentlich die Biersteuer, im Wachsen begriffen seien.

Was nun den Etat für 1901/02 anlange, so sei der im Cap. XIV vorgesehene Ueberschuß von 70 000 M nur dadurch ermöglicht, daß aus dem Jahre 1899/1900 ein Ueberschuß von 197 806,75 M in den Haushaltsplan hätte eingetragen werden können. Dabei dürfe auch nicht übersehen werden, daß wiederum ein etwas höherer Steuerertrag eingestellt worden sei und daß eine erhebliche Mehreinnahme aus der Erhöhung des Schulgeldes resultire. Das Ergebniß des Haushaltsplanes schließe also eigentlich keineswegs mit einem Ueberschusse, sondern mit einem Fehlbetrage ab. Wenn man sich nun auch der Hoffnung hingeben könne, in das folgende Jahr wiederum einen Ueberschuß aus dem laufenden Jahre einstellen zu können, so dürfte derselbe doch nicht annähernd die Höhe des vorjährigen Ueberschusses erreichen, und man müsse mit der Möglichkeit rechnen, demnächst mit einem Fehlbetrage abzuschließen, namentlich wenn erst die fällig werdenden Amortisationssummen den Ausgaben zuzurechnen seien und diese dadurch um 30 000 M wachsen würden. Der Ausblick in die Zukunft sei aber auch insofern erheblich getrübt, als man bei den allgemeinen gewerblichen Verhältnissen wohl nicht darauf rechnen könne, daß die Gemeindesteuern dauernd die Erträge geben werden, welche jetzt zu verzeichnen gewesen seien. Hierbei habe man allerdings zu berücksichtigen, daß in Folge der segensreichen Einrichtung der Steuerberechnung nach Durchschnittsergebnissen, das Sinken der Steuerbeträge nicht ein plötzliches, sondern ein

etwas gemildertes sein werde. Bei solcher Sachlage habe man sich mit Recht zu fragen, auf welche Weise man der Zukunft etwas vorbeugen könne, und sei es am natürlichsten, möglichste Sparsamkeit zu empfehlen. Wenn man sich aber die einzelnen Capitel des ordentlichen Stadthaushaltes genau ansehe, so finde man, daß in diesem Ersparnisse kaum zu machen seien, da sie sich im Wesentlichen aus Gehältern und Löhnen zusammensetzen. In dem gesammten Haushaltsplane, einschließlich in den Nebenstats und den gewerblichen Einrichtungen finde sich eine Ausgabe an Gehältern, Löhnen und Pensionen von 2 277 500 M.; davon entfallen auf den ordentlichen Etat an Gehältern 1 744 500 M. — wovon auf die Schulen allein 1 324 000 M. kommen, an Löhnen 240 000 M. und an Pensionen nur 43 700 M. Da sich nun an diesen auf festen Abmachungen beruhenden Zahlen nichts sparen lasse, so sei es von der größten Wichtigkeit, dafür Sorge zu tragen, daß die Steuerkraft der Mitbürger nach Kräften erhöht werde, daß viele steuerkräftige Leute nach Braunschweig ziehen und daß das einheimische Gewerbe möglichst gefördert und gepflegt werde.

Nunmehr wende er sich den einzelnen Capiteln des Stats selbst zu.

I. Etat der Cämmereicasse.

A. Ordentliche Einnahme und Ausgabe.

Cap. I. Cämmereivermögen.

Einnahme 189 500 M.

Ausgabe 683 900 M.

Das gesammte Stamm- und Vorrathsvermögen der Stadt beträgt 2 093 522 M. 61 $\frac{1}{2}$. Von der Finanzcommission ist, wie der Herr Referent weiter ausführt, erneut angeregt worden, im Altstadttrathhause eine Bedürfnisanstalt anzulegen, und sei darauf vom Magistratsstische aus erwidert worden, daß die städt. Bauverwaltung bereits Anweisung erhalten habe, geeignete Entwürfe dazu vorzulegen. — Wenn auf Seite 21 des Stadthaushaltsplanes unter lfd. Nr. 5 b. 6 eine geringere Summe zur Amortisation vorgesehen sei, als im Jahre vorher, so komme das daher, daß bei den Ausloosungen nie genau die vorgeschriebene Summe getroffen werden könne und deshalb in dem einen Jahre eine höhere, in dem anderen eine geringere Summe zur Ausloosung gelange.

Herr Hauswaldt: Die auf den Seiten 19 und 21 verzeichneten Beträge an Zinsen und Amortisationen von zusammen 619 897 M. 11 $\frac{1}{2}$ scheinen zum ernststen Nachdenken anregen zu müssen. Im Gegensatz zu Herrn Südel möchte ich hier kurz skizziren, wie ich mir die Zukunft der Stadt in Bezug auf ihre finanziellen Verhältnissen denke. Für die nächste Zukunft, also speciell für das nächste Jahr, sehe ich auch nicht schwarz, da wir uns unter Zuhilfenahme des bedeutenden Ueberschusses aus dem Jahre 1899/1900 so durchwinden werden. Was aber dann

zu geschehen hat, weiß ich noch nicht zu sagen, doch unterliegt es für mich keinem Zweifel, daß wir spätestens in drei Jahren vor einem Deficit stehen werden, welches wir durch neue und zwar durch indirecte Steuern decken müssen. Nach dem bestehenden Landesgesetze sind wir nicht in der Lage, unsere directen Steuern zu erhöhen, ohne gleichzeitig auch die indirecten Steuern anzuspinnen, weshalb wir uns bei jeder Ausgabe sagen müssen, daß wir damit einen Wechsel auf spätere indirecte Steuern ziehen. Das nächste Jahr bringt uns eine Amortisationsquote von 30 000 M, eine Mehrausgabe von 50—53 000 M für die Schulen und noch sonstige Mehrausgaben, so daß es mir ein reines Räthsel ist, wie es auf die Dauer möglich sein soll, den Etat zu balanciren. Dem Herrn Referenten gebe ich vollkommen Recht, daß in dem ordentlichen Etat nichts zu sparen ist. Ueberhaupt, wenn man sich zuerst mit dem städtischen Etat befaßt, kommt man auf die irrige Idee, daß der Schwerpunkt desselben in dem ordentlichen Etat liege. Der ordentliche Etat steht aber fest wie auf Bronze und läßt sich an demselben nichts ersparen. Sparen können wir nur, indem wir uns hüten, für den außerordentlichen Etat weitere Schulden zu machen. Ich habe die große Bedeutung des außerordentlichen Etats sehr häufig unterschätzt, jedoch werden hier die kürzeren oder längeren Wechsel gezogen, welche im ordentlichen Etat hinterher eingelöst werden müssen. Es ist sehr bequem, Schulden zu machen, um etwas Nützliches und Schönes zu erbauen, man vergißt aber dabei leicht die dann folgende große Zinsenlast und die drückende Amortisation. Deshalb müssen wir uns fragen, ob es zu verantworten ist, daß wir im außerordentlichen Etat noch Schulden contrahiren, die nicht absolut nothwendig sind, wenn es auch großer Ueberlegung bedarf, um festzustellen, was nothwendig ist und was nicht. In dem vorliegenden Etat sind wiederum Anleihen von $2\frac{1}{4}$ Millionen vorgesehen, wovon 1 070 000 M auf das Cämmereivermögen entfallen; das bringt über 40 000 M an Zinsen und Amortisationen. In nächster Zeit kommt auch noch unsere letzte große Anleihe zur Amortisation, wodurch die Quote wiederum erheblich steigt. Deshalb müssen wir im außerordentlichen Etat sparen, denn mit der Vertröstung auf den Bezug von Fremden können wir keinen Hund hinter dem Ofen weglocken. Wir können nichts Anderes thun als sparen, aber am richtigen Orte, und ich möchte noch besonders darauf verweisen, daß die im Cap. I vermerkten Zinsen von 555 914 M etwa $\frac{7}{8}$ der ganzen Ausgaben dieses Capitels ausmachen. Deshalb bitte ich Sie, nach Durchberathung der Ausgaben des ordentlichen Etats die gleiche Sparsamkeit auch im außerordentlichen Etat walten zu lassen, dann haben wir unsere Pflicht und Schuldigkeit in vollem Maße gethan.

Herr Fiedel will dem Vorredner in Bezug auf die Nothwendigkeit, zu sparen, vollständig beistimmen, möchte zugleich aber bitten, nicht an solchen Plätzen zu sparen, wo es sich um Geldausgaben für gewerbliche Anlagen handle.

Cap. II wird z. B. unausgefüllt geführt.

Cap. III. Unterrichtswesen:

Einnahme 492 332 M.

Ausgabe 1 435 832 M.

Die Abstimmung erfolgt nach der Durchberathung der zugehörigen Nebenetats.

Cap. IV. Kunst und Wissenschaft:

Einnahme —.

Ausgabe 20 200 M.

Cap. V. Armenpflege:

Einnahme 147 600 M.

Ausgabe 440 600 M.

Die Beschlußfassung erfolgt nach der Durchberathung des zugehörigen Nebenetats.

Cap. VI. Gesundheitswesen:

Einnahme 2400 M.

Ausgabe 4840 M.

Cap. VII. Vereinszwecke und Volksfeste:

Einnahme 616,67 M.

Ausgabe 2307,17 M.

In diesem Capitel ist eine Erhöhung des dem Männerturnverein stadtseitig gezahlten Zuschusses von 300 auf 500 M jährlich vorgesehen und berichtet darüber auf Grund einer besonderen Magistratsvorlage namens der Statutencommission

Herr Engelbrecht: Obwohl der eigentliche Grund zur Unterstützung des Männerturnvereins, nämlich die Stellung der Mannschaften zur Turnerfeuerwehr, fortgefallen ist, beantragt die Commission dennoch, dem Antrage auf Erhöhung des Zuschusses stattzugeben und zwar deshalb, weil der Verein auch jetzt noch im hohen Grade gemeinnützig wirkt, indem er allein eine Frauen-Turnabtheilung eingerichtet hat, sowie einen besonderen Turnlehrer hält, welcher sehr viel dazu verwendet wird, den Lehrern der anderen Turnvereine Unterricht zu ertheilen, und indem er seine Turnhalle auch anderen Vereinen zur Verfügung stellt.

Herr Meyerhoff möchte dafür eintreten, den Zuschuß auf 1000 M zu erhöhen. Der Verein wirke ganz förderlich auf das gesammte Turnwesen in Stadt und Land ein, indem z. B. auch die Turnlehrer an den städtischen Schulen sich durch Besuch der Vorturnerstunde des Vereins zu vervollkommen suchen. Außerdem stelle derselbe bei den Ganturnfesten seine Geräthe zur Verfügung, die durch den Transport und die Aufstellung in Wind und Wetter auch nicht besser werden. Ferner seien die Gehälter der Turnlehrer gegen früher erheblich gestiegen, so daß dadurch ebenfalls eine Mehrausgabe erwachsen sei, und habe man z. B. den jetzigen Turnlehrer nur dadurch hier zu fesseln vermocht, daß man ihm versprochen habe, sein Gehalt alle zwei Jahre zu erhöhen. Wenn von anderer Seite behauptet

werde, mit einer Beihilfe von 1000 M sei dem Vereine auch nicht gedient, so wolle er dazu bemerken, daß der Verein auf ganz gesunden Füßen stehe und ihm eine städtische Beihilfe von 1000 M um so mehr zu Statten komme, als dann auch das Herzogl. Staatsministerium eine Beihilfe in gleicher Höhe gewähren werde. Sollte der Verein aber eine ausreichende Unterstützung nicht erhalten, so werde derselbe möglicherweise die Vorturnerstunde wegfällen lassen müssen, was der hiesigen Turnsache nicht förderlich sein dürfte.

Herr Engelbrecht möchte dazu bemerken, daß dieses in der Statutencommission auch erwogen sei, daß man indessen angenommen habe, es könne dem Männerturnverein nur geholfen werden, wenn derselbe bei seinen Hypothetgläubigern die Herabsetzung des Zinsfußes durchsetze. Außerdem sollten auch Berufungen anderer Turnvereine vermieden werden. Persönlich stehe er den Ausführungen des Herrn Meyerhoff durchaus sympathisch gegenüber.

Herr Bürgermeister Ketemeyer würde den für eine Erhöhung des Zuschusses angeführten Grund, daß die städtischen Turnlehrer in dem Männerturnverein weiter ausgebildet werden, wohl als maßgebend für die Stadt ansehen können, den Zuschuß noch weiter zu erhöhen, während die sonstige Begründung höchstens den Staat zu einer Erhöhung seines Beitrages veranlassen könnte. Da indessen der erstere Grund dem Magistrate gegenüber noch nicht erörtert worden sei, so empfehle es sich, darüber erst noch nähere Erkundigungen einzuziehen. Er möchte daher anheimgeben, die Summe von 500 M zu bewilligen und außerdem dem Magistrate zur Erwägung zu geben, ob dem Vereine nicht ein bis auf 1000 M erhöhter Beitrag bewilligt werden könne. Wenn die Schwierigkeiten des Vereins etwa durch einen zu hohen Zinsfuß seiner Hypothetcapitalien herbeigeführt seien, so lasse sich stadtseitig vielleicht auch in der Weise Abhilfe schaffen, daß dem Vereine eine Hypothet zu 4 % gegeben werde, sofern dieselbe sicher sei. (Zustimmung.)

Herr Seele will noch darauf aufmerksam machen, daß der Männerturnverein auch eine Jugendabtheilung eingerichtet habe und dadurch über einen großen Theil der Wochentage in für ihn wenig nützbringender Weise verfügt habe, während andere Turnvereine sich während der Zeit bessere Einnahmequellen zu erschließen verstanden hätten. Sodann sei der Verein in den letzten Jahren noch dadurch in gewisse Schwierigkeiten gerathen, daß er plötzlich von seinem Gebäude eine Grundsteuer habe bezahlen müssen, welche noch dazu für mehrere Jahre nachgefordert worden sei. Aus diesen Gründen nehme er die Anregung des Vorredners auf und beantrage, dem Vereine 500 M zu bewilligen, außerdem aber dem Magistrate anheimzugeben, sich wegen weiterer Beihilfe noch schlüssig zu werden und der Versammlung Vorschläge zu machen.

Herr Meyerhoff giebt seiner Freude Ausdruck, daß seine Anregung überall so sympathisch aufgenommen sei. Daß dem Vereine vorgeliehene Hypothetcapital

stehe durchaus sicher und habe die Stadt dabei nichts zu riskiren. Früher habe der Verein auch noch Lagerräume vermietthen können, welche bei der Einrichtung der Damenabtheilung zu Garderobenräumen hätten genommen werden müssen, so daß dem Vereine hierdurch auch noch ein finanzieller Nachtheil erwachsen sei.

Der Antrag des Herrn Seele wird hierauf angenommen.

Cap VIII. Feuerlöschwesen:

Einnahme 29 100 M.

Ausgabe 82 800 M.

Cap IX. Ortspolizei:

Einnahme 36 287,10 M.

Ausgabe 411 200 M.

Dem Wunsche des Herrn Rieße, bei diesem Capitel auf Cap. VII „Zuschuß zu den Kosten der Feier des Sedantages“ zurückzugreifen, kann der Herr Vorsitzende nicht entsprechen.

Herr Löschigt ersucht, die öffentlichen Brunnen alljährlich nach Maßgabe der Witterung und nicht zu einem bestimmten Zeitpunkte zu öffnen, da nach seiner Beobachtung die Brunnen bei schöner und warmer Witterung häufig noch geschlossen seien.

Bei dem Zuschusse der Stadt zur Krankenversicherung der Nachtwächter (unter 2c der Ausgabe) ist nach dem Berichte des Herrn Fudel übersehen worden, der beabsichtigten Vermehrung der Nachwächterstellen Rechnung zu tragen. Er schlägt indessen vor, die Ausgabeposition nicht zu ändern, sondern die Mehrausgabe am Schlusse des Capitels als kleine unbestimmte Ausgaben zu buchen.

Cap. X. Straßen- und Canalbau:

Einnahme 172 600 M.

Ausgabe 354 900 M.

Herr Wagner möchte darauf aufmerksam machen, daß sich der Grundstein für das Bughagenedenkmal in einem höchst unschönen Zustande befinde, indem man hinter dessen Einfriedigung alle möglichen Abfälle geworfen habe. Er bitte, diesen Platz ab und zu reinigen zu lassen.

Cap. XI. Gemeindesteuern und sonstige Abgaben:

Einnahme 2576 050 M.

Ausgabe 8 400 M.

Die Beschlußfassung hierüber erfolgt später.

Cap XII. Staatsbedürfnisse:

Einnahme 36 470 M.

Ausgabe 36 800 M.

Cap. XIII. Stadtverwaltung:

Einnahme 42 800 M.

Ausgabe 345 489,84 M.

Herr Hauswaldt fragt an, ob es sich nicht empfehle, hier zunächst eine Besprechung über den Schulhausbaufonds einzuschieben, da dieses Capitel einen

Zuschuß aus dem Fonds aufweise und dessen Contirung so sehr im Argen liege, daß sich die Finanzcommission darüber nicht habe klar werden können.

Herr Födel möchte bezweifeln, daß hier gerade solche Besprechung angebracht wäre, weil es sich hier nur um einen Zuschuß zu dem Gehalte eines städtischen Beamten handle, der für den Schulhausbaufonds thätig sei. Dieser Einnahmeposten werde alle Jahre in dem Statscapitel erscheinen und sei es auch gleichgültig, aus welcher städtischen Cassé dieses Gehalt bezahlt werde.

Herr Bürgermeister Kitemeyer will dazu bemerken, daß durch die Zahlung dieses Beamtengehaltes aus dem Schulhausbaufonds nur dem Wunsche des Herrn Hauswaldt, welcher vorhin besonders gebeten habe, zu sparen, entsprochen werde, indem man den Fonds zu Gunsten des Ordinariums belaste. Da in Folge der fortwährenden Schulbauten ein Beamter dauernd für den Schulhausbau thätig sein müsse, so erscheine die Belastung des fraglichen Fonds mit dem Gehalte durchaus gerechtfertigt.

Der Referent, Herr Födel, weist des Ferneren darauf hin, daß die bislang dem Professor Hänselmann bewilligte Remuneration als Custos des Museums weggefallen sei. Bei dieser Gelegenheit habe die Finanzcommission erwogen, ob es bei den jetzt bestehenden Gehaltsätzen der städtischen Beamten überhaupt noch angezeigt sei, denselben derartige Remunerationen zu zahlen. Es werde deshalb beantragt, den Magistrat zu ersuchen, zwar die bestehenden Remunerationen nicht sofort einzuziehen, wohl aber bei der Neubesezung der betr. Stellen den Fortfall der Remunerationen ins Auge zu fassen. Man wünsche also, daß die Remunerationen überall da bestimmt beseitigt werden, wo die Beamten während ihrer Dienstzeit noch neben ihrem Hauptamte eine Arbeit im Nebenamte zu erledigen haben. Wenn dagegen ein Beamter außerhalb der Dienstzeit für die Stadt thätig zu sein habe, z. B. mit der Beaufsichtigung der Sammlungen des städtischen Museums an den Sonntagen und dergl., so müßten dafür auch Remunerationen bezahlt werden.

Nach einigen kurzen Bemerkungen der Herren Wolff und Müller wird der Antrag gutgeheißen.

Cap. XIV. Insgemein:

Einnahme 202906,23 M.

Ausgabe 73 017,99 M.

Abschluß:

Einnahme und Ausgabe 3568 200 M.

B. Außerordentliche Einnahme und Ausgabe.

Cap. I. Bewegung des Stammvermögens:

Einnahme 1315 181,95 M.

Ausgabe 151 214,35 M.

Anleihen 1 170 000 M.

Die Gesamtsumme derjenigen Darlehen, welche die Stadt in kleineren Beträgen auf ihren Credit bis zum Höchstbetrage von 500 000 M aufnehmen darf, ist seit der Herabsetzung des Zinsfußes auf 5 % auf 285 650 M zurückgegangen. Der Magistrat beantragt daher, bei diesen Darlehen zu dem früheren Zinsfuß von $3\frac{1}{2}$ % zurückzukehren und beschließt die Versammlung diesem Antrage gemäß.

Cap. II. Vorrathsvermögen und Vorschüsse:

Einnahme 40 000 M.

Ausgabe 700 000 M.

Cap. III. Verkaufte und angekaufte Grundstücke:

Einnahme 131 318,05 M.

Ausgabe 10 478,92 M.

Cap. IV. Erstattete Vorschüsse, Bauten und öffentliche Anlagen:

Einnahme 266 500 M.

Ausgabe 808 010 M.

Herr Hauswaldt muß es als eine seltsame Behandlungsweise ansehen, daß auch hier wieder über eine Ausgabe aus dem Schulhausbaufonds befunden werde, ohne daß dieser Fonds selbst zur Behandlung gekommen sei. Man müsse sich doch erst über den Fonds selbst klar sein, ehe man Ausgaben desselben beschließe.

Herr Südel erwidert, daß es sich hier um einen Posten handle, der aus dem Vorjahre übertragen sei. Im Uebrigen habe er nichts dagegen, wenn jetzt der Schulhausbaufonds vorweg zur Berathung gestellt werde. Die Versammlung ist hiermit einverstanden.

4. Voranschlag über die Verwaltung des Schulhausbaufonds.

Zugang 246 200 M.

Abgang 328 670 M.

Bestand 13 120 M.

Der Herr Referent will zunächst eine Zusammenstellung derjenigen Ausgaben geben, welche aus dem Schulhausbaufonds seit seinem Bestehen gemacht worden seien. Der Fonds ist zuerst im Jahre 1896 eingerichtet worden und hat damals aus der Cämmereicasse eine Ueberweisung erhalten von . 145 830,86 M,

ferner wurden überwiesen der tatsächliche Gewinn des Gas-

und Wasserwerkes aus dem Jahre 1895/96 mit . . . 231 523,35 "

aus dem Jahre 1896/97 mit . . . 296 597,93 "

" " " 1897/98 " . . . 282 062,35 "

" " " 1898/99 " . . . 280 938,62 "

" " " 1899/00 " . . . 291 093,68 "

endlich zwei Staatsbeihilfen von zusammen . . . 50 500,00 "

so daß die Gesamteinnahme des Fonds betragen hat 1 578 546,79 M.

Hiervon sind 50 000 M an das Wasserwerk zurückgezahlt worden und beträgt demnach die Gesamteinnahme 1 528 546,79 M.

An Ausgaben sind aus dem Fonds bestritten:

für den Bau von Volksschulen insgesammt	1 133 575,11 M,
für den Bürgerpark	147 790,27 "
für das Huneborstel'sche (Demmer'sche) Haus	28 000,00 "
für die Festschrift des Naturforschertages	6 000,00 "
für die Kaiser Wilhelmbrücke	18 000,00 "
für die Gewerbeschule	175 791,15 "
Bestand am 31. März 1901	19 390,26 "
zusammen	1 528 546,79 M.

Hiernach weist der Fonds einen thatsächlichen Bestand von 19 390,26 M auf. Wenn in dem Haushaltsplan 95 590 M stehen, so liegt das darin, daß der Bau der Schule an der Wendenmaischstraße, veranlaßt durch das Drängen der Schulbehörde, außerordentlich beschleunigt wurde und im Jahre 1900/01 über die Bewilligung der 200 000 M hinaus noch eine größere Summe zur Ausgabe gelangt ist. Da in dem vorliegenden Stadthaushaltsplane für den Bau der Schule an der Wendenmaischstraße 200 000 M als letzte Baurate eingestellt worden sind, so wird sich diese Summe um die schon vormeg verausgabten 175 800 M ermäßigen. Wenn hier 216 200 M als Gewinn des Gas- und Wasserwerkes vorgesehen sind, so dürfte sich diese Summe aller Voraussicht nach wohl um 70 000—80 000 M erhöhen, da das Vorjahr einen ähnlichen Ueberschuß ergeben hat. Einem Wunsche der Finanzcommission Rechnung tragend, soll dann hier noch die Frage erörtert werden, ob und in welcher Weise es möglich sein wird, diesen Etat mehr zu consolidiren und gleichmäßiger zu gestalten. Es läßt sich das vielleicht in der Weise machen, daß ähnlich wie beim Capitel „Insgemein“ nur diejenigen Beträge hier eingestellt werden, welche dem Fonds thatsächlich aus dem Gas- und Wasserwerke zufließen, während der Voranschlag vor der Linie ausgeworfen würde. Herr Oberbürgermeister Pöckels hat sich mit diesem Vorschlage im Principe einverstanden erklärt, will sich aber den Fall noch eingehender überlegen. In dem nächstjährigen Stadthaushaltsplane soll dann auch eine Zusammenstellung der seit dem Bestehen des Schulhausbaufonds erwachsenen Einnahmen und Ausgaben zum Abdruck gelangen, um hierdurch ein Bild aus der Vergangenheit zu geben und daraus Schlüsse für die Zukunft ziehen zu können.

Herr Hauswaldt: Es ist dankenswerth, wenn der Herr Oberbürgermeister das von Herrn Fiedel erwähnte Versprechen gegeben hat; ich meine aber, es würde zur Uebersichtlichkeit des Etats viel beitragen, wenn wir wenigstens den Bestand zu Beginn des neuen Etatsjahres als eine absolut feststehende Zahl betrachten könnten, die etatisirten Einnahmen und Ausgaben könnten dann vor der Linie

verrechnet und im nächsten Jahre ausgefüllt werden. Es ist immer unangenehm, wenn man nicht irgendwie eine Continuität mit dem Vorjahre feststellen kann.

Die unter 8 der Ausgaben vorgesehene erste Rate zur Errichtung eines Museumsgebäudes von 20000 M bitte ich aber dringend, zu streichen. An und für sich hätte ich nichts dagegen einzuwenden, wenn das Museum gebaut würde, sofern ich annehmen dürfte, daß der Schulhausfonds im nächsten Jahre in der Lage wäre, die weitere Rate zu liefern. Wir haben aber ein trübes Beispiel auf Seite 85 des Etats vor Augen, woselbst ersichtlich ist, daß der Schulhausbaufonds nicht mehr ausreicht, um die dritte Baurate für das Gewerbe- und Schulgebäude zu decken und man zu einer Anleihe greifen muß. Wenn es auch nicht darauf ankommt, ob die 20000 M in dem Etat stehen oder nicht, so verpflichten sie uns doch und es wird angefangen werden zu bauen. Haben wir aber einmal A gesagt, müssen wir auch B sagen und müssen mit angeliehenem Gelde das Museum bauen. Dafür würde ich nicht zu haben sein und bitte deshalb um Streichung des Postens.

Herr Bürgermeister Ketemeyer: Die letzte Annahme ist nicht richtig. Wenn Sie heute beschließen, die 20000 M in Ausgabe zu stellen, so liegt eine gewisse moralische Verpflichtung wohl vor, die zu erwartende Magistratsvorlage nicht abzulehnen und zu sagen: wir wollen überhaupt kein Museum bauen; denn mit der Bewilligung der ersten Baurate wird anerkannt, daß Sie die Erbauung des Gebäudes für nothwendig oder doch für wünschenswerth erachten. Wenn aber Herr Hauswaldt sagt, daß Sie sich durch Einstellung der 20000 M auch in der Beziehung die Hände binden, daß der Betrag nicht aus dem Schulhausbaufonds, sondern aus dem Extraordinarium gedeckt werden muß, so ist das nicht richtig, weil der Magistrat der Versammlung erst noch einen Antrag über die Aufbringung der Mittel für den Museumsbau unterbreiten muß. Es ist auch bereits eine Vorlage eingebracht, aber für heute von der Tagesordnung abgesetzt worden, jedoch wird sie voraussichtlich in der nächsten Sitzung zur Berathung kommen. Diese Berathung würde ganz wegfallen können, wenn heute beschlossen werden sollte, die erste Baurate von 20000 M zu streichen. Ich würde einen solchen Beschluß allerdings für auffallend erklären müssen, weil erst vor etwa einem halben Jahre die Versammlung mit Herrn Hauswaldt zusammen an den Magistrat das Ersuchen gerichtet hat, ein Project wegen Erbauung eines Museums ausarbeiten zu lassen, was nunmehr geschehen ist. Auch bin ich im Zweifel darüber, ob heute über die Museumsfrage hier überhaupt gesprochen werden soll, da es bisher nicht üblich gewesen ist, über solche Sachen eingehend zu verhandeln, welche zwar im Extraordinarium angedeutet sind, um ein Bild darüber zu erhalten, wie viel Geld im nächsten Jahre aufgebracht werden muß, die aber in ihren Einzelheiten mangels einer speciellen Vorlage noch gar nicht bekannt sind. Wollte man diese Praxis

eingeführen, würde man auch bei jedem Straßenbau dessen Einzelheiten erörtern können.

Der Herr Vorsitzende erwidert darauf, daß es sich hier um eine definitive Bewilligung der 20 000 M für den Museumsbau handle und er deshalb keinem Stadtverordneten verwehren könne, diesen Bau hier im Allgemeinen hinsichtlich seiner Nothwendigkeit und Zweckmäßigkeit zu erörtern.

Herr Bürgermeister Ketemeyer kann diese Ansicht nicht theilen. Wenn heute die 20 000 M bewilligt würden und die Versammlung lehnte demnächst die Vorlage wegen des Museumsbaues ab, so würde der Magistrat von den heute bewilligten 20 000 M doch nichts ausgeben können, zumal auch eigentliche, mit besonderen Kosten verbundene Vorarbeiten hierbei nicht in Frage kämen. Der Posten sei in den Etat nur eingestellt worden, um den Geldbedarf für das nächste Jahr ungefähr feststellen zu können.

Herr Rieke möchte zunächst Aufklärung darüber haben, weshalb für die Errichtung je eines neuen Classenzimmers in den Schulen an der Ottmerstraße, dem Büldenwege und der Osterstraße so sehr verschieden hohe Beträge angefordert würden, indem dafür in den Etat 12 100 M, bezw. 4470 M und 8400 M eingestellt seien. Was sodann den Museumsbau anlange, so hätten die Erklärungen der Herren Zübel und Hauswaldt von Kaufleuten und Finanziers gar nicht passender gemacht werden können, nur könne er nicht begreifen, wie man jetzt mit einem Male das Sparen so betone und nachher zugeben müsse, daß Ausgaben für erwerbende Anlagen nicht zurückgehalten werden dürften. Das Museum bilde ebenfalls eine erwerbende Anlage, oder glaube man, daß die Spieluhr auf dem Rathhausthurm allein den Fremdenverkehr nach hier ziehen könne? Ob die Schätze des Museums großen, oder nur mittleren, oder gar geringen Werth haben, wage er nicht zu beurtheilen, aber nach dem Urtheile Sachverständiger könnten sie allen anderen derartigen Sammlungen würdig an die Seite gestellt werden und sollten einzelne Sachen sogar einzig dastehen, indem nicht einmal Berlin solche Gegenstände aufzuweisen habe. Wenn man diese Sammlungen passend unterbringen wolle, so geschehe das am besten in der Nähe der neuen Gewerbeschule, damit diese dieselben als Vorbilder mit benutzen könne. Wunderbar müsse es erscheinen, daß man für die Bekrönung der Kaiser Wilhelm-Brücke im vorigen Jahre 50 000 M bewilligt habe und den Neubau des Museums beanstande, obwohl die Brücke auch ohne solche Bekrönung dem Verkehre im vollem Maße zu dienen vermöge. Aus diesem Grunde sei er auch nur dafür gewesen, auf der Brücke kunstgerechte Beleuchtungskörper ohne den figürlichen Schmuck anzubringen. Wenn man aber für solche Luxusausgaben noch Geld übrig habe und dem gegenüber den so nothwendigen Bau eines Museums ablehne, so halte er das für eine riesige Inconsequenz, die er mit seinem beschränkten Unterthanenverstande sich nicht zu erklären vermöge.

Für derartige nothwendige Bauten müsse man immer Geld haben, während man weniger nothwendige Sachen, namentlich Verschönerungen und Verzierungen, ruhig einmal weglassen könne. Sparen müsse man immer an richtiger Stelle und am richtigen Orte, auch dürfe man nicht zu weit im Voraus rechnen, sonst müsse man zweimal rechnen. Als vor einigen Jahren die Biersteuer durchgesetzt werden sollte, rechnete man ein Deficit von 104 000 M aus dem Jahresabschlusse heraus und nachher sei bekanntlich ein Ueberschuß dagewesen, so könne es auch jetzt noch kommen. Wenn das Landesgesetz verbiete, die directen Steuern zu erhöhen, so sei das bedauerlich, aber je eher man einsehe, daß man mit diesem Principe nicht auskomme, desto eher würde auch Wandel geschaffen werden. Aus den angeführten Gründen stimme er für die Einstellung der 20 000 M und zwar um so mehr, als der Senator Götting der Stadt neben seiner werthvollen Sammlung noch 50 000 M für den Bau eines Museums geschenkt habe und es demnach als eine heilige Pflicht der Stadt anzusehen sei, ein Museum zu bauen.

Herr Südel: Der Museumsbau macht schon eine Reihe von Jahren in dem städtischen Etat durch. Einmal habe der Magistrat 60 000 M für den Bau eines Museums in den Etat eingestellt, worauf die Versammlung den Bau der Gewerbeschule für nothwendiger erklärte und beschloß, je 30 000 M für den Bau einer Gewerbeschule und eines Museums in den Etat einzustellen. Das ziehe sich durch die ganzen Jahre hindurch und sei stets anstandslos von der Versammlung bewilligt worden. Sollte es nun nicht angängig sein, über diesen und einige andere Ausgabeposten heute mit dem Vorbehalte der ausdrücklichen Genehmigung hinwegzugehen und der Ansicht darüber bei Verathung der Vorlage Ausdruck zu geben? Diejenigen Herren, welche auf dem Standpunkte des Sparenwollens stehen, die aber in dem Bau des Museums ein Mittel zur Hebung des Fremdenverkehrs sehen, können — darin sei Herrn Riese beizustimmen — für den Bau eintreten; wer diesen Bau aber als einen Luxus ansehe, der müsse dagegen stimmen.

Herr Engelbrecht muß es für bedenklich halten, daß Herr Hauswaldt diese Frage hier als Principienfrage angeschnitten habe, da heute noch Niemand ein Urtheil darüber abgeben könne, ob der Bau mit Rücksicht auf die finanzielle Lage der Stadt ausgeführt werden könne oder nicht. Er sei ein Freund der Sache und möchte wohl, daß ein Weg gefunden würde, darüber wegzukommen. Am besten wäre es gewesen, wenn die 20 000 M gar nicht im Etat ständen, da sie aber schon früher darin gestanden haben und auch mehrere Jahre hindurch bewilligt seien, so sollte man auch jetzt darüber hinweggehen, denn es wäre falsch, heute über die Principienfrage zu entscheiden. Besser würde es noch sein, wenn der Magistrat für heute den Posten aus dem Etat zurückzöge.

Der Herr Vorsitzende will besonders darauf hinweisen, daß Herr Bürgermeister Metemeyer erklärt habe, die Versammlung binde sich moralisch für den

Bau des Museums, wenn sie heute den Posten von 20000 M als erste Baurate genehmige.

Herr Bürgermeister Netemeyer entgegnet, daß Derjenige, welcher absolut gegen die Errichtung des Museums sei, auch für die Streichung der 20000 M stimmen müsse; wer aber heute erkläre, er stelle die 20000 M ein, der könne hinterher nicht grundsätzlich gegen den Bau sein. Die Hände binde sich im Uebrigen Niemand durch die heutige Abstimmung. Gegen den Vorschlag des Referenten finde sich magistratsseitig nichts einzuwenden.

Herr Hauswaldt möchte Herrn Kiefe's Anfrage in Bezug auf die verschiedene Höhe der Kosten für den Anbau einer Schulclasse dahin beantworten, daß an der Ottmerstraße ein besonderer kleiner Bau errichtet werden müsse, der natürlich mehr koste, als wenn sich die Classe dem bestehenden Schulgebäude angliedern lasse. Die Ausschmückung der Kaiser Wilhelm-Brücke sei zu einer Zeit beschlossen worden, als die Stadt viel Geld übrig gehabt habe und außerdem habe in gewisser Weise auch eine Verpflichtung zu der Ausschmückung vorgelegen. Der Theorie des Herrn Kiefe, für das Museum zu stimmen, als Abschreckung gegen die indirecten Steuern, könne er nicht beipflichten. Herr Bürgermeister Netemeyer habe ihn insofern falsch verstanden, als er nicht im Princip gegen den Museumsbau gesprochen habe, oder ein Votum darüber habe herbeiführen wollen, daß die Versammlung ein Museum nicht wünsche. Er wolle ganz selbstverständlich ein Museum bauen, aber erst dann, wenn die Stadt das Geld dazu habe. Wenn die 20000 M hier abgesetzt würden, habe sich die Versammlung in keiner Weise gebunden, auch könne andererseits, das wolle er besonders feststellen, nicht der leiseste Zwang auf die Versammlung ausgeübt werden, wenn sie die erste Baurate bewillige. Es sei nämlich schon sehr oft vorgekommen, daß die Versammlung nach der Bewilligung einer ersten Baurate gezwungen sei, auch die weiteren Bauraten zu bewilligen.

Herr Wolff: Wenn heute die Versammlung für die 20000 M stimmen sollte, so dürfe kein Präjudiz dadurch geschaffen werden, auch in Zukunft für den Bau stimmen zu müssen. Zu dem Museumsbau könne also nur dann geschritten werden, wenn die zu erwartende Vorlage des Magistrates die Gewähr biete, daß die Wünsche der Versammlung erfüllt werden, sonst lehne sie die Vorlage eben ab. Wenn der Herr Vorsitzende meine, daß Niemand verwehrt werden könne, heute über den Museumsbau nach allen Richtungen hin zu sprechen, so sollte die Versammlung doch die weise Selbstbeschränkung üben, nicht im Einzelnen auf die zu erwartende Vorlage einzugehen, sondern einfach den Standpunkt darzulegen, ob sie für oder gegen die Einstellung der 20000 M in den Etat sei.

Herr Wolters möchte zur Zerstreung der finanziellen Bedenken des Herrn Hauswaldt die Frage aufwerfen, ob denn die Gewerbeschule und das Museum

allein aus dem Schulhausbaufonds, oder theilweise auch aus dem Extraordinarium gebaut werden sollen.

Herr Füdcl erwidert, daß sich diese Frage mit Sicherheit schwer beantworten lasse, da man nicht wisse, ob der Schulhausbaufonds ausreiche, um auch den Bau des Museums zu decken. Durch die heute aus dem Schulhausbaufonds bewilligten Anbauten von Classenzimmern sei das Bedürfniß in Bezug auf Schulräume für die Innenstadt wohl auf etliche Jahre gedeckt, ob dasselbe auch bei der Außenstadt der Fall sei, könne man noch nicht sagen, weil das wesentlich auf den Zuzug von Außen ankomme. Ein solcher Zuzug bedinge allerdings auch wieder eine Zunahme an Steuern, so daß sich irgend welche Zusicherungen in Bezug auf die Anfrage des Vorredners nicht geben lassen. Des Weiteren würde in Frage kommen, ob nicht der Erlös aus dem alten Stadthause mit für den Museumsbau verwendet werden könnte, wenn auch Herr Hauswaldt der Ansicht sei, daß der Werth dieses Gebäudes auf den Rathhausbau anzurechnen sei. Jedenfalls lasse sich das Stadthaus nicht eher verkaufen, bis ein Museum vorhanden sei, das die Sammlungen aufnehmen könne. Die hier eingestellte erste Baurate sei thatsächlich schon verschiedene Jahre im Etat gewesen und es bestehe die Gepflogenheit, solche nicht ausgegebenen Summen wieder in den nächstjährigen Etat einzustellen.

Nachdem der Herr Vorsitzende besonders constatirt hatte, daß nach den heutigen Erklärungen und Aeußerungen verschiedener Redner durch die Bewilligung der 20000 M kein Präjudiz für oder gegen das Project des Museumsbaues geschaffen werde, wird der Schulhausbaufonds genehmigt.

Die Versammlung geht nunmehr zurück zum Cap. IV des außerordentlichen Etats.

Herr Hauswaldt will die Frage anregen, ob es nicht möglich sei, die im Cap. IV für die Errichtung des Gewerbeschulgebäudes geforderte dritte Baurate von 175000 M dem außerordentlichen Etat aus dem Schulhausbaufonds wieder zurückzuerstatten, sobald dieser dazu in der Lage sei. Wenn dann auch die Summe jetzt angeliehen werden müßte, würde doch die spätere Anleihe so viel geringer ausfallen können. Die Sache sei wohl in gewisser Weise nur Theorie, aber der ordentliche Etat werde doch im nächsten Jahre um die Zinsen der 175000 M erhöht werden, was sich theilweise vermeiden ließe, wenn seiner Anregung Folge gegeben würde.

Der Herr Vorsitzende kann diesem Wunsche keine Bedenken entgegenstellen, da es ein Verfahren sei, das im Landtage vielfach geübt werde.

Herr Füdcl schließt sich dieser Anschauung ebenfalls an, da sehr wohl beschlossen werden könne, dem außerordentlichen Etat die vorgeschossene Summe zurückzuerstatten. Sobald ein solcher Beschluß gefaßt werde, dürfe aber nicht eher etwas Anderes aus dem Schulhausbaufonds bewilligt werden, bis dieser Vorschuß

gedeckt sei. Durch solchen Beschluß erhalte man das Mittel, daß das Museum nicht eher gebaut werden könne, bis der Vorschuß zurückerstattet sei. (Zustimmung).

Herr Nieß würde solchen Antrag ablehnen, wenn er dadurch festgenagelt werden sollte, nicht eher Mittel für das Museum zu bewilligen, bis der Vorschuß zurückgezahlt sei. Die 175 000 M seien erst dann zurückzuzahlen, wenn der Fonds sie zur Verfügung habe. Im Uebrigen verstehe er nicht, wie man eine Ausgabe, welche im Principe eigentlich längst genehmigt sei, zum Gegenstande einer finanzpolitischen Debatte machen könne, da diese die weitere Entwicklung der Stadt nur auf das Furchtbarste aufhalten müßte.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erinnert sich nicht, daß bei Verathung der Vorlage über den Bau der Gewerbeschule ausdrücklich beschloffen worden sei, die Mittel nur dem Schulhausbaufonds zu entnehmen. Aus diesem Grunde würde es noch einer Verständigung mit dem Magistrate bedürfen, um dem geäußerten Wunsche Rechnung zu tragen, jedoch könne zur Zeit die Summe nur dem Extraordinarium entnommen werden, weil der Schulhausbaufonds nicht über genügende Mittel verfüge.

Herr Kolte kann Herrn Hauswaldt nur anheimgeben, den Antrag jetzt zurückzuziehen und später einen Antrag auf Rückvergütung der 175 000 M zu stellen, wenn der Schulhausbaufonds die nöthigen Mittel besitze. Die ganze Sache schwebt bei Annahme des Hauswaldt'schen Antrages vollständig in der Luft, da man gar nicht wisse, wann die Summe zurückgezahlt werden könne.

Herr Seele schlägt vor, zu beschließen, die 175 000 M in jährlichen Raten zurückzuerstatten, da dann der Schulhausbaufonds nicht mit einem Male, sondern nachgerade die Summe zu ersetzen habe.

Herr Wolff: Wer den finanziellen Grundsätzen des Herrn Hauswaldt folgen und damit ein Princip construiren will, das mir bedenklich erscheint, der muß dem Antrage zustimmen; wer aber der Versammlung freie Hand bewahren will, muß dagegen stimmen. Ueber die Rückvergütung der 175 000 M lasse sich immer noch sprechen, wenn der Fonds die Mittel dazu besitze.

Der Herr Vorsitzende weist dem gegenüber darauf hin, daß das von Herrn Hauswaldt verfolgte Princip im Landtage sehr viel angewandt werde und zwar aus Sparsamkeitsrückichten, um die Ausgaben möglichst aus den gewöhnlichen Einnahmen zu decken.

Herr Wolters ist der Ansicht, daß der Antrag Seele zur Folge haben könnte, die Rückzahlung auf Kosten des Museumsbaues vorzunehmen. Um jedoch diesen Bau nicht zu verhindern, schlage er vor, daß Herr Hauswaldt auf seinen Wunsch verzichte, daß jedoch an die Genehmigung dieses Postens die Bedingung geknüpft werde, den Museumsbau lediglich aus dem Schulhausbaufonds zu bezahlen.

Herr Födel scheint der Antrag Seele richtiger zu sein, weil durch denselben das Princip gewahrt werde, Schulbauten nur aus dem Schulhausbaufonds zu bestreiten. Die Versammlung sei auch in der Lage, die jährlichen Raten zu bestimmen, und wenn es auch möglich, ja sehr wahrscheinlich sei, daß nur sehr wenig aus dem Fonds zurückgezahlt werden könne, so habe man doch das Princip gewahrt.

Herr Löschigk möchte beantragen, dem Schulhausbaufonds jährlich 10 000 M zurückzuzahlen. Die Kosten des Museumsbaues müßten ebenfalls aus diesem Fonds bestritten werden.

Herr Seele beantragt:

„Die Versammlung wolle beschließen, daß die dritte Baurate für die Gewerbeschule im Betrage von 175 000 M durch Anleihe aufgebracht und durch jährliche Raten von mindestens 10 000 M vom Schulhausbaufonds an den außerordentlichen Etat zurückerstattet werde“.

Herr Nolte wird diesem Antrage gern zustimmen, da er Grund und Boden unter den Füßen habe und man bei ihm wisse, was geschehen solle.

Herr Brückmann befürchtet, daß bei Genehmigung des Antrages eine Ausgabe bewilligt werde, für die man eventuell Deckung nicht besitze, denn wenn z. B. an dem Gas- und Wasserwerke nicht genug verdient werde, könne man auch die Abzahlungen nicht leisten. Es sei doch wohl ziemlich gleichgiltig, aus welchem Fonds die Summe bezahlt werde.

Herr Rathe bittet, bei Genehmigung des Antrages Seele aus dem Schulhausbaufonds in Zukunft keine anderen Bewilligungen vorzunehmen, als für Schulbauten. Schon im vorigen Jahre habe er sich dagegen ausgesprochen, eine Ausgabe für den Bürgerpark diesem Fonds zu entnehmen, ebenso müssen die Kosten für Reparaturen und Anbauten an Schulgebäuden dem laufenden Etat entnommen werden und nicht dem Schulhausbaufonds. Dadurch würde man erreichen, daß in diesem Fonds mehr Mittel für Schulhausneubauten verfügbar seien.

Herr Engelbrecht muß dem Hauswaldt'schen Antrage den Vorzug geben, weil nach dem Antrage Seele die jährliche Ueberweisung von 10 000 M auch dann stattzufinden habe, wenn der Schulhausbaufonds gar nicht die nöthigen Mittel besitze. Besser wäre es, wenn die Versammlung sich vorbehielte, die zurückzahlenden Summen von Fall zu Fall zu bestimmen.

Der Herr Vorsitzende kann diesen Standpunkt nicht theilen. Wenn der Schulhausbaufonds mit 10 000 M belastet werde und er besitze diese Summe einmal nicht, so bleibe er eben damit bis auf Weiteres belastet.

Herr Meyerhoff würde es für das Zweckmäßigste halten, beide Sonderanträge zurückzuziehen, da man sich nur um des Kaisers Bart streite. Werde beschlossen, das Museum aus dem Schulhausbaufonds zu bauen, so könnten dessen Mittel nicht ausreichen, um auch diese 175 000 M zu ersetzen.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag Seele abgelehnt und die Uebernahme der 175 000 M auf den außerordentlichen Etat genehmigt. Der Antrag Hauswaldt wird hierdurch hinfällig.

Wie Herr Fiedel weiter berichtet, ist von der Finanzcommission der Wunsch ausgesprochen, es möchte das Cap. IV in Zukunft derartig getrennt werden, daß diejenigen Ausgaben, für welche der Magistrat durch den Etat die Genehmigung zur Ausführung haben wolle, besonders aufgeführt und von denjenigen Ausgabe-posten getrennt werden, für die noch eine besondere Vorlage erscheinen werde. Wenn das geschehe, wisse die Versammlung gleich, über welche Ausgaben definitiv entschieden werde. Herr Oberbürgermeister Pöckels habe sich hiermit einverstanden erklärt.

Herr Ebeling giebt anheim, die Fahrbahn der Hamburgerstraße, welche nur 9 m breit sei, auf Kosten der angrenzenden Fußwege zu verbreitern, da die Straße von Fuhrwerken sehr stark frequentirt werde und die Fußwege breit genug seien, um etwas hergeben zu können.

Herr Böschigt empfiehlt, für die städtische Bauverwaltung im Stadthause einen eigenen Fernsprecher zu beschaffen, da es störend sei, daß beide Verwaltungszweige nur einen Fernsprecher besäßen.

Herr Müller möchte auf Wunsch der Anlieger anregen, die Salzdhumerstraße nicht nur bis zur Elmstraße, sondern bis zum Bahnübergange auszubauen, da sich namentlich die Fußwege dort in einem schlechten Zustande befinden.

Herr Sander fragt an, ob es sich bei dem Ausbau der verlängerten Wendemajstraße um den Straßenzug handle, der bis zur Brücke nach der neuen Schule führe und dessen Ausbau vom Magistrate schon in Aussicht gestellt sei.

Herr Wolters möchte wissen, welches Project dem Grunderwerbe in der Salzdhumerstraße, für den 35 000 M ausgeworfen seien, zu Grunde liege, namentlich also, wie bezw. an welcher Seite der Straße man sich die Verbreiterung gedacht habe.

Herr Bürgermeister Metemeyer ist nicht in der Lage, über den Ausbau der Salzdhumerstraße eingehend zu referiren. Das Project gehe dahin, ein in die Straße vorspringendes Haus einstweilen stehen zu lassen und die Straße provisorisch nach Osten zu verschieben. Inwieweit die volle, in den Etat eingestellte Summe für den Grunderwerb erforderlich sein werde, lasse sich noch nicht sagen, weil die Verhandlungen über den eventuellen Ankauf des Tönniges'schen Hauses noch nicht zum Abschlusse gebracht seien.

Herr Lange will im Namen der Anlieger bitten, den kleinen Platz vor Wreden Darre nicht zu bebauen, da auf denselben die Juliusstraße, die Frankfurter-, Bergfeld- und Ekbertstraße einmünden und es wünschenswerth sei, diesen Platz als solchen zu erhalten.

Cap. V. Insgemein:

Einnahme —.

Ausgabe 83296,73 M.

Die Finanzcommission läßt durch Herrn Südel beantragen, den Betrag von 6000 M als Theilzahlung für Anschaffung einer zweiten Dampffeuerspritze im nächstjährigen Etat durch Cap. VIII des Ordinarii dem Extraordinarium wieder zuzuführen. Die Einstellung in das Extraordinarium sei erfolgt, weil über die Dampffeuerspritze eine besondere Rechnung geführt werde und auch die Staatsregierung einen besonderen Beitrag dazu zahle. Herr Oberbürgermeister Bodels habe sich hiermit einverstanden erklärt.

Herr Hausswaldt empfiehlt, die 6000 M im außerordentlichen Etat ruhig zu belassen, da die Versammlung heute so freudig im Bewilligen für diesen Etat sei, daß auch dieser kleine Posten darin bleiben könne. Wenn er gewußt hätte, wie freudig die Versammlung heute Alles bewilligen würde, hätte er nicht für den Antrag der Finanzcommission gestimmt.

Herr Lange tadelt das langsame Fortschreiten der Arbeiten an den Straßenanschlüssen der Ferdinandsbrücke. Wenn die Arbeiten thatsächlich daran hapern sollten, daß die Dampfwalze nicht in Ordnung sei, so möchte er den Magistrat bitten, die städt. Bauverwaltung zu veranlassen, Reparaturen an der Walze im Winter vorzunehmen und nicht zu einer Zeit, wo dieselbe gebraucht werde.

Der Antrag der Finanzcommission wird angenommen.

Herr Müller möchte wünschen, daß die Fasanenstraße mit Laubbäumen bepflanzt werde, da die Straße auch die erforderliche Breite dazu habe. Er stelle daher folgenden Antrag:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, die Fasanenstraße sobald als thunlich mit Laubbäumen, am liebsten Rothdorn, bepflanzen zu lassen“.

Ferner wolle er darauf aufmerksam machen, daß die Acazienbäume an der Wilhelmstraße mit der Zeit eine solche Ausdehnung angenommen haben, um die abendliche Beleuchtung erheblich zu beeinträchtigen. Wenn man Abends vom Steinwege aus die westliche Seite der Wilhelmstraße betrete, glaube man in einen Sack hineinzusehen. Darum müßten entweder die Bäume fortgenommen oder die Laternen anders aufgestellt werden. Er stelle darum folgenden weiteren Antrag:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, die Acazienbäume auf der Wilhelmstraße, eventuell auch auf dem Ritterbrunnen beseitigen und dafür Rothdorn anpflanzen zu lassen“.

Dieser Antrag findet nicht die genügende Unterstützung und gilt daher als erledigt, während der erstere, genügend unterstützte Antrag der Baucommission zur Vorberathung überwiesen wird.

Abschluß:

Einnahme und Ausgabe 1 753 000 M.

2. Etats der mit der Cämmereicasse in Verbindung stehenden Verwaltungen.

1. Städtisches Kieselgut Steinhof:

Einnahme und Ausgabe 155 300 M.

Wie Herr Fiedel berichtet, gedenkt der Magistrat eine Vorlage einzubringen, nach welcher die Bruttoerträge des Kieselgutes mit denen der Magdeburger und Berliner Kieselgüter gleichgestellt werden sollen. Nach den vorliegenden Zusammenstellungen seien die Bruttoerträge von den selbstbewirtschafteten Ländereien der Kieselgüter der drei Städte im Jahre 1899/1900 folgende gewesen:

Berlin bei 3419,69 ha = 1 086 956,15 M, also im Durchschnitt auf
1 ha = 318 M,

Magdeburg bei 360,78 ha = 90 595,60 M, also im Durchschnitt auf
1 ha = 251 M,

Braunschweig bei 169,15 ha = 60 337,00 M, also im Durchschnitt auf
1 ha = 356 M.

Die Fehlbeträge waren folgende: bei Berlin 1898/99 = 929 094,19 M, bei Magdeburg 1899/00 = 75 780,71 M und bei Braunschweig 1899/00 = 31 431,78 M.

Diese Zusammenstellungen, so dankenswerth sie auch seien, könnten ihn indessen nicht bestimmen, irgend welche Schlüsse daraus zu ziehen. Vom kaufmännischen Standpunkte aus betrachtet, kämen bei solchen Vergleichen noch andere Factoren in Frage, z. B. die Bonität des Landes, der Preis und die verschiedene Art der Bebauung. Gewisse Früchte brächten wohl einen höheren Ertrag, erforderten aber auch erheblich höhere Unkosten u. dgl. m. Deshalb könnte aus diesen Zahlen auf die Verwaltung des Kieselgutes durchaus kein Schluß gezogen werden. Vom rein finanziellen Standpunkte aus beurtheilt, möchte er, ohne ein sachkundiges Urtheil abgeben zu wollen, Folgendes zur Erwägung vorstellen: Der in Selbstbewirtschaftung befindliche Theil des Kieselgutes bestehe in 225,14 ha und ergebe einen Bruttoertrag von 125 031 M, während die auf die Bearbeitung

dieser Flächen entfallenden Unkosten, also mit Ausschluß der Gebäude, der Pumpwerke zc., 118175 M betragen, so daß sich ein Ueberschuß von 6856 M ergebe. Dem gegenüber stehe ein Ertrag von 33985 M aus der verpachteten Fläche von 141,61 ha. Ein derartiges Ergebniß müsse aber wohl oder übel zu der Ueberlegung führen, ob es nicht richtiger sei, noch mehr Land aus der Selbstbewirthschaftung zu ziehen und zu verpachten, ja wo möglich Alles zu verpachten und die eigene Wirthschaft ganz aufzugeben. Da er aber nicht Sachverständiger genug sei, um das beurtheilen zu können und da dieselben Erwägungen auch schon in der Rieseldeputation stattgefunden haben sollen, so möchte er sich erlauben, persönlich folgenden Antrag stellen:

Die Versammlung richtet an den Magistrat das Ersuchen, die nach Mittheilung des Herrn Oberbürgermeisters Bockels durch die Rieseldeputation schon vorbereitete Frage wegen weiterer Verpachtung von Ländereien des Rieselgutes auch seinerseits zu prüfen und über das Ergebniß dieser Prüfung den Stadtverordneten Mittheilung zu machen“.

Herr Bültmann: Schon seit längerer Zeit ist mir zu Ohren gekommen, daß ich die s. B. erhobenen Ausstellungen an der Verwaltung des Rieselgutes nicht aus sachlichen Gründen, sondern aus Rancune vorgebracht haben soll. Da ich heute zum letzten Male in der Versammlung stehe, möchte ich versuchen, mich von diesem Verdachte zu reinigen. Ich habe eine Begründung meines Vorgehens dem Herrn Oberbürgermeister schriftlich überreicht und auch in der Deputation zum Vortrage gebracht und will nun mit ruhigem Gewissen abwarten, ob ich persönlich oder sachlich vorgegangen bin. In Cap. I der Einnahme findet sich, daß 214,95 ha Ackerland und Wiesen bestellt worden sind; es werden also rund 860 Morgen von uns bewirthschaftet. Darin sind 160 Morgen Wiesen enthalten, welche nicht gerieft werden. Auf dieser Bewirthschaftung ruhen aber so viel Löhne, daß auf jeden beackerten Morgen 50,58 M entfallen. Rechnet man die 160 Morgen Wiesen ab, welche ganz bedeutend geringere, von mir aber doch auf 20 M angenommene Kosten verursachen, so stellen sich die Unkosten für einen Morgen Ackerland auf 57,57 M. Dazu kommt, daß die Zuleitungsgräben und die Böschungen mit in dem der Berechnung zu Grunde gelegten Acker enthalten sind und daß nach Abrechnung derselben sich der Kostenpreis pro Morgen sogar auf 64 M stellt. Nun kommen die Kosten für Einsaat, Maschinendrusch, Kalk, künstlichen Dünger, Kraftfutter u. dgl., sowie die Abgaben und Lasten an Steuern und Versicherungen, auch die Kosten für Unterhaltung der Arbeiterwohnungen zc. noch hinzu, so daß sich unter Hinzurechnung derselben die Unkosten pro Morgen sogar auf 92,80 M erhöhen, ohne das Gehalt des Administrators, des Rieselmeisters und der 16 Rieselwärter, sowie ohne die Kosten der Pumpstation und ohne die bei jeder Landwirthschaft vorkommenden Eventualitäten in Form von krankem Vieh zc. Rechnet man

diese Ausgaben auch noch hinzu, so stellen sich die Unkosten für jeden bewirthschafteten Morgen auf 127,⁸⁰ M oder für den Hectar auf 511,²⁰ M. Wenn Sie dem gegenüber im Etat den Höchstertrag pro Hectar mit Ausnahme von Spargel und Conserven auf 500 M angegeben finden, so dürfte es erklärlich sein, wenn ich dafür eingetreten bin, daß wir möglichst viel verpachten möchten.

Ferner habe ich mir die Mühe gemacht, an der Hand der Etats die Ausgaben an Gefinde- und Tagelöhnen auszuziehen und bin dabei zu folgendem Ergebnisse gekommen:

An Land und Wiesen waren verpachtet:

Im Jahre 1896/97 = 134 Morgen; die Ausgabe an Löhnen betrug 33090 M,

" " 1901/02 = 604 " " " " " " 40586 " .

Trotzdem wir also im Jahre 1901/02 470 Morgen Acker und Wiesen mehr verpachtet haben werden, als im Jahre 1896/97, werden wir doch an Löhnen für die Bewirthschaftung des übrig gebliebenen Theiles des Riesellandes 7496 M mehr als damals auszugeben haben. Wer diese Zahlen liest, wird wohl zugestehen müssen, daß sachlicher Niemand zu Werke gehen kann und daß von persönlichen Angriffen dabei nicht die Rede sein darf. Gegenüber der Behauptung in der Deputation, daß eine Verpachtung des ganzen Gutes nicht angängig sei, weil sonst der Pächter bei Ueberrieselungen von bestelltem Lande entschädigt werden müsse, meine ich, daß es ganz gleich ist, ob wir uns selbst oder unserem Pächter etwas durch Rieselung vernichten, weil der Schaden auf jeden Fall von der Stadt getragen werden muß. Im Uebrigen glaube ich auch gar nicht an die Mär, daß wir Früchte todtrieseln werden. Eine Parallele zwischen den Magdeburger und Berliner Rieselgütern einerseits und unserm Rieselgute andererseits zu ziehen, ist nicht möglich. In Magdeburg und zum größten Theile auch in Berlin pachtet Niemand Land von den Rieselgütern, weil es sich dabei um wüstes, wenig nutzbringendes Land handelt. Ich halte es aber für angebracht, der Sache der Verpachtung des ganzen Rieselgutes noch einmal näher zu treten, wenn meine Ansichten hierüber in der Deputation auch nur noch von einem einzigen Mitgliede getheilt worden sind.

Herr Bürgermeister Kete Meyer: Ich muß bedauern, daß Herr Oberbürgermeister Pockels heute hier nicht zugegen sein kann, da die übrigen Mitglieder des Magistrates nicht im Stande sein werden, die Angaben des Herrn Bültmann auf ihre Richtigkeit zu prüfen. Der Magistrat pflegt in denjenigen Verwaltungszweigen, für welche eine gemischte Deputation eingesetzt worden ist, sich von der Verwaltung fern zu halten und sind damit die besten Erfahrungen gemacht worden, so daß es sich empfiehlt, dieses Verfahren auch in Zukunft beizubehalten. Der Schwerpunkt der Thätigkeit muß in solchen Fällen also bei der Deputation liegen,

so daß es erklärlich ist, wenn bei dem Fehlen des Referenten die übrigen Mitglieder des Magistrates nicht auf Einzelheiten des Verwaltungszweiges eingehen können. Auf eines möchte ich aber doch hinweisen: es macht einen unangenehmen Eindruck, wenn Herr Bültemann hier öffentlich erklärt, der Magistrat wende über 500 M pro ha Lohn auf. Diese Parallele hätte ich nicht gezogen, weil die Pumpstation mit ihren 32 232,50 M, sowie 16 550 M für Rieselmeister und Rieselwärter den Etat leider auch belasten und man diese 48 782,50 M doch unmöglich der Länderei an Bewirthschaftungskosten mit zur Last legen kann. Rechnerisch mag es wohl auf eins hinauskommen, aber man soll das doch nicht so ohne Weiteres erklären, weil es eine Menge Leute nicht verstehen und diese dann sagen, der Magistrat wendet über 500 M für die Bewirthschaftung von 1 ha Rieselgutländerei auf. Wir haben das Rieselgut doch nicht angeschafft, um Deconomie zu treiben, sondern um unsere Abwässer los zu werden, und der hierfür stadtheftig zu leistende Zuschuß erscheint mir gar nicht so ungeheuerlich hoch. Wenn man zurückdenkt an die Zeiten, wo wir bei jedem Straßenbau in Verlegenheit waren wegen der Beseitigung der Abwässer und wir die unglaublichsten Versuche machten, dieselben los zu werden, dann wird man es mit Freuden begrüßen, daß wir das Rieselgut besitzen, selbst auf die Gefahr hin, daß es noch mehr Kosten verursachen würde. Wenn die Deputation den Versuch macht, die Ausgaben des Rieselgutes zu vermindern, so ist das anzuerkennen, jedoch gehören derartige Vorschläge in die Deputation hinein, ebenso der Vorschlag des Herrn Bültemann, eine größere Fläche des Rieselgutes zu verpachten. Diese Frage läßt sich heute hier nicht beantworten; wir haben schon darüber gesprochen, jedoch wurde dem entgegengehalten, daß es technisch unzulässig sei, eine größere Fläche zu verpachten. Bei Annahme des Antrages Fudel wird die Frage hier auch noch zur Erörterung kommen. Im Uebrigen ist es mir vollständig unverständlich, daß Herr Bültemann von irgend einer Seite der Vorwurf gemacht sein soll, er hätte seine früheren Einwendungen gegen die Verwaltung des Rieselgutes aus persönlicher Rancüne erhoben; ist dieses außerhalb der Versammlung geschehen, so soll man es hier nicht zum Austrage bringen; in der Versammlung oder der Deputation ist mir aber nichts davon bekannt geworden.

Herr Blasius: In der Deputation hat Niemand daran gedacht, daß die Ausstellungen des Herrn Bültemann aus persönlichen oder sonstigen Rücksichten gemacht seien, sondern Jeder hat sie für Bemängelungen sachlicher Natur gehalten. Im Uebrigen stehe ich auf dem Standpunkte des Herrn Bürgermeister Kietemeyer und bitte ebenfalls, es der Deputation zu überlassen, ob mehr Länderei verpachtet werden soll oder nicht. Was die Frage der hohen Kosten anlangt, so ist über dieselbe schon seit mehreren Jahren berathen worden und hat der Deputationsvorsitzende selbst angeregt, der Frage näher zu treten, wie man mit der Ver-

achtung des Kieselgutes vorgehen könnte. Nehmen Sie, bitte, den Antrag Jüdel an und gehen Sie nicht weiter auf Einzelheiten ein; ich möchte mir das wenigstens versagen, weil es hier nicht am Platze ist.

Herr Löschigk: Ich habe mich vergeblich bemüht, aus dem Haushaltsplane zu entnehmen, was das Kieselgut überhaupt gekostet hat; es soll dasselbe annähernd eine halbe Million Mark an Grund und Boden gekostet haben. (Rufe: Mehr!) Nehmen wir nur diese Summe an, dann involvirt das für mich noch nicht, ruhig, zuzusehen, ob der Zuschuß nicht immer noch größer wird, da doch die Unkosten ebenfalls noch mehr wachsen. Der Zuschuß aus der Cämmereicasse für 1901 beträgt schon 21900 M, dazu kommen dann noch die Zinsen des Anlagecapitals, die ich gar nicht rechnen will. Ich mache mir nun folgendes Exempel: Wir haben etwa 1500 Morgen Land, von dem ein Theil verpachtet ist, und zwar erhalten wir an Pacht durchschnittlich 55—60 M pro Morgen. Unser Kieselgut liegt, so viel ich weiß, entgegen Berlin und Magdeburg, in einer Gegend, die gutes Land hat, welches stets angefordert wird. Es sollen aber jetzt schon Leute abgewiesen sein, welche Land pachten wollten. Wenn wir auch nur einen Durchschnittspachtbetrag von 40 M pro Morgen erhalten, würden wir doch eine Verwerthung von 60000 M haben, so daß bei 48000 M directen Unkosten noch ein Fluß von 12000 M übrig bleiben würde, mit welchem das Gehalt des Administrators zc. gedeckt werden könnte. Aus diesem Grunde habe ich mich gefreut, daß vom Referenten die Anregung gekommen ist, dem Magistrate anheimzugeben, darüber nachzudenken, wie sich Wandel schaffen lasse. Meiner Meinung nach wird sich das Kieselgut auch leichter verpachten lassen, als die Deputation annimmt. Vor einem Jahre ist mir entgegengehalten, eine Verpachtung des Kieselgutes sei schon deshalb nicht angängig, weil wir größere Flächen zum Todtrieseln haben müßten. In den sechs Jahren, welche wir das Kieselgut besitzen, haben wir bei normaler Leistung im Winter 9000—10000 cbm Schmutzwasser binnen 24 Stunden nach dem Kieselgute hingeschafft und im Sommer 11000—12000 cbm; während die höchste Leistung bei besonders starkem Gewitterregen 18000 cbm gewesen sind. Auf dem Kieselgute sind nun 55 Morgen mit sogenannten Bassins vorhanden, in welche bei Nothständen das Wasser gepumpt werden kann. Dadurch ist aber die uns vorgestellte Gefahr des Todtrieselns ziemlich ausgeschlossen, denn in diesen Bassins kann ein erhebliches Quantum Wasser bleiben. Außerdem ist es ziemlich gleichgültig, ob wir einmal Länderei todtrieseln müssen, die wir in eigener Regie haben, oder die verpachtet ist; da es nicht so schlimm ist, wenn wir wirklich einmal in einem besonderen Nothfalle 500 M Entschädigung pro ha an den Pächter bezahlen müssen. Daraufhin könnten wir es wohl einmal versuchen, möglichst viel Land abzuverpachten und glaube ich, daß wir noch dahin kommen werden, unsere ganze Kieselgutländerei zu verpachten.

Herr Südel: Alle diese Erörterungen führen uns nicht weiter, sondern wir wollen jetzt nur die Zusage von der Deputation haben, daß dieselbe der Frage einer Verpachtung weiterer Länderei nähergetreten ist. Deshalb lassen Sie uns mit diesen Erörterungen warten, bis die Vorlage des Magistrates kommt. Es ist auch zu berücksichtigen, daß in dem Vertrage mit dem Staate gewisse Bedingungen stehen, welche auf die Verieselung Einfluß haben.

Herr Ebeling: Ich will nur kurz auf die Zahlen des Herrn Bültmann eingehen. Vorweg muß ich bemerken, daß der ganze Posten von 64 046 M an Gehältern und Löhnen sich auf 900 Morgen eigene und 570 Morgen verpachtete Länderei vertheilt. Nimmt man die Gehälter der Administrations- und Rieselbeamten davon, so verbleiben für 900 Morgen eigene Länderei 40 586 M an Löhnen, was auf den Morgen 45 M bringt. Das ist aber ein sehr günstiges Ergebnis. Nimmt man die weiteren Unkosten dazu, so stellt sich die Gesamtausgabe an Löhnen zc. auf 61 M pro Morgen. Nun fragen Sie einmal bei Landwirthen an, wie hoch sich deren Unkosten für parcellirte Ländereien stellen und Sie werden hören, daß 55—60 M pro Morgen stets herauskommen. Liegt die Länderei zusammen, können sich die Unkosten vielleicht bis auf 40 M ermäßigen, aber hiermit haben wir nicht zu rechnen. Herr Bültmann hat auch verschwiegen, obgleich er es weiß, daß 17 Morgen Spargel angelegt sind, welche sich noch nicht in Nutzung befinden. Das ist aber ein angesammeltes Capital, das Zinsen trägt und noch nichts einbringt. Wenn Herr Böschigt meint, wir möchten die ganzen 1500 Morgen verpachten, so will ich dazu bemerken, daß kein Pächter auch nur 10 M für den Morgen bieten wird, sobald Sie ihm die Verpflichtung auferlegen, sein Land so zu bestellen, daß es die Abwässer aufnehmen kann. Es sollte mich freuen, wenn ich in der Sitzung der Deputation eines Andern belehrt würde, aber wir werden uns später hier in der Versammlung wieder sprechen und Sie werden dann sagen, daß ich Recht gehabt habe. Die Arbeiter bekommen auch 50 S mehr als vor fünf Jahren, das sammelt sich ebenfalls und wenn trotzdem die Producte nicht theurer werden, so können sie eben nicht mehr einbringen. Ich wollte, ich säße in der Deputation für die Gas- und Wasserwerke, dann könnte ich auch über einen bedeutenden Ueberschuß berichten.

Hierauf wird der Antrag Südel angenommen.

Anhang. Betriebsplan der Abwässer-Pumpstation:

Einnahme und Ausgabe 32 700 M.

II. Städtische Markthalle:

Einnahme 55 500 M.

Ausgabe 16 500 M.

Ueberschuß 39 000 M.

Es kommen nunmehr die Stats der einzelnen städtischen Schulen, über welche Herr Hauswaldt referirt, zur Verathung.

III. Städtische Oberrealschule:

Einnahme und Ausgabe 123 620 M. Städtischer Zuschuß 59 900 M.

Der stadtseitige Zuschuß für jeden der 420 einheimischen Schüler beträgt 127,45 M, während er sich im Vorjahre auf 130,20 M belief.

IV. Städtische höhere Mädchenschule:

Einnahme und Ausgabe 112 740 M. Städtischer Zuschuß 22 100 M.

Der stadtseitige Zuschuß beträgt für jedes der 720 ortzangehörigen Kinder 30,62 M, gegen 42,10 M des Vorjahres.

V. Lehrerinnen-Seminar:

Einnahme und Ausgabe 6500 M. Städtischer Zuschuß 2400 M.

VI. Städtische Mädchenschule:

Einnahme und Ausgabe 75 130 M. Städtischer Zuschuß 37 000 M.

Der stadtseitige Zuschuß beträgt für jedes der 485 ortzangehörigen Kinder 75 M gegen 81,35 M im Vorjahre.

— Herr Wolff übernimmt den Vorsitz. —

VII. Städtische Bürgerschulen:

Einnahme und Ausgabe 1059 342 M. Städtischer Zuschuß 812 500 M.

Die städtischen Bürgerschulen sind besucht worden von Kindern:

Ostern:	mittlere Bürgerschulen	untere Bürgerschulen und Hülfschule	zusammen	Der Zuschuß der Stadt betrug M
1885	4 840	4 813	9 653	255 900
1890	5 566	5 608	11 174	400 200
1895	5 891	7 285	13 176	527 100
1896	6 022	7 631	13 653	555 200
1897	6 276	8 017	14 293	574 000
1898	6 566	8 328	14 894	601 700
1899	6 650	8 723	15 373	643 600
1900	6 945	8 850	15 795	782 400
1901	7 050	9 210	16 260	812 500

Für jedes ortsangehörige Kind beträgt der Zuschuß:

- a. in den mittleren Bürgerschulen 38,38 M gegen 40,50 M des Vorjahres und bei den schulgeldfreien Kindern 62,38 M gegen 60,50 M im Vorjahre,
- b. in den unteren Bürgerschulen 58,38 M gegen 56,50 M und bei den schulgeldfreien Kindern 62,38 M gegen 60,50 M im Vorjahre.

Im Etatsjahre 1901 werden besucht werden: die mittleren Bürgerschulen von 6120 ortsangehörigen zahlenden, 680 ortsangehörigen nicht zahlenden und 120 ortsfremden Kindern; die unteren Bürgerschulen von 4512 ortsangehörigen zahlenden und 4340 ortsangehörigen schulgeldfreien Kindern, wobei bemerkt wird, daß sich die Zahl der Kinder im Etat nicht deckt mit der wirklichen Frequenz der Schulen.

Die Kosten der städtischen Schulen steigen jährlich um etwa 50000 M.

Zu dem Ausgabeposten „Schülerbibliotheken“ — Seite 150 des Etats — beantragt Herr Hauswaldt namens der Finanzcommission, die Ansätze für die mittleren Bürgerschulen um 15 M pro Schule und für die unteren Bürgerschulen um 30 M pro Schule zu erhöhen, weil sonst mit diesen Bibliotheken zu wenig zu erreichen sei. Die Mehrausgabe könne durch den Dispositionsfonds bestritten werden.

Herr Fiedel beantragt im Einverständnisse mit dem Herrn Oberbürgermeister, den Antrag folgendermaßen zu fassen:

„Die Versammlung spricht den Wunsch aus, daß der Magistrat aus seinem Dispositionsfonds zur Verstärkung dieses Fonds weitere Mittel zur Verfügung stelle, falls solches der Schulvorstand für zweckmäßig erachtet“.

Durch die Fassung dieses Antrages wolle man nur bezwecken, daß der Schulvorstand bei dieser Sache nicht umgangen werde.

Herr Lord ist der Ansicht, daß auch dem ursprünglichen Antrage der Finanzcommission, welcher von ihm ausgehe, unbedenklich zugestimmt werden könne. Mit einer Jahresauswendung von 15 M für die Bibliothek einer sechsklassigen mittleren Schule lasse sich absolut nichts machen und bei den unteren Schulen gehe es mit den 45 M ebenso. Wenn die Schülerbibliotheken auch nur für die drei oberen Klassen bestimmt seien, so wisse man doch, daß man dort fast überall Doppelklassen habe, weil sich die Schülerzahl so sehr häufe. Die Schulinspektoren wüßten bei der Unzahl von Kindern in diesen Klassen gar nicht, was sie anschaffen sollen, um dem Bedürfnisse auch nur einigermaßen zu genügen. Im Principe sei es wohl richtig, daß man den Schulvorstand bei derartigen Sachen hören müsse, aber bei solcher Bagatelle dürfe die Versammlung doch wohl auch ohne Schulvorstand

zuständig sein. Im Uebrigen wolle er die Entscheidung darüber gern der Versammlung überlassen.

Nach einigen weiteren Bemerkungen der Herren Hauswaldt und Füdel wird der Antrag Füdel angenommen.

Herr Brückmann möchte bitten, in Erwägung zu ziehen, ob die Bauten von Bürgerschulen sich nicht billiger herstellen lassen, wenn der Kauf der erforderlichen Grundstücke schon früher geschehe, als die Nothwendigkeit des Baues an die Stadt herantrete. Sobald es erst bekannt sei, daß ein Grundstück zu diesem Zwecke gekauft werden müsse, würden stets sehr hohe Preise gefordert. Die Schulbevölkerung steige nach ziemlich bestimmten Gesetzen und man könne ungefähr vorher sagen, zu welcher Zeit und in welcher Gegend wieder ein neues Schulgebäude fällig werde, deshalb könne der Magistrat sich bei Zeiten geeignete Grundstücke zu mäßigen Preisen reserviren, wenn auf deren Preis natürlich auch der Zinsverlust geworfen werden müsse. Außerdem sei zu erwägen, ob die Schulen nicht eventuell auch auf Hinterland gestellt werden können, da dieses billiger sei und die Kosten für die theuren Facaden und den Straßenbau wegfielen, sowie die Schulen mehr gegen Straßengeräusche geschützt seien. Deshalb bitte er den Magistrat, darauf Bedacht zu nehmen.

Was die Ausgaben dieses Etats anlange, so finde er zwei Beträge von 800 + 700 M. ausgeworfen für das Einlegen neuer Dichtungsringe zwischen die Rohrverbindungen der Warmwasser-Mitteldruckheizung in den Schulen an der Maschstraße und der Sophienstraße, die er für zu hoch halte. Was ferner den Ausgabe-posten von 1200 M. für den „Anstrich einzelner Fußböden in verschiedenen Schulhäusern mit einem die Staubbildung verhütenden, besonderen Del“ betreffe, so sei man über den Werth eines solchen Anstrichs an vielen Stellen zur Tagesordnung übergegangen. Ein Del mit einer derartigen Eigenschaft könne es auch garnicht geben, denn sobald es eintrockne, lasse sich der Staub abfegen und das Del verliere seine Wirkung, und so lange es feucht sei, habe man einen schmierigen Fußboden.

Herr Blasius kann die Ansicht über den Werth des Deles nicht theilen. Vom hygienischen Institute in München habe man mit demselben so gute Resultate erzielt und Professor Buchler in München habe sich so günstig darüber ausgesprochen, daß man vom gesundheitlichen Standpunkte aus nur für die Verwendung des Deles eintreten könne.

Herr Hauswaldt möchte auch dem Delanstrich das Wort reden. Er habe mit Herrn Schuldirektor Schaarschmidt die sämmtlichen Schulen besucht und sei ihm dabei aufgefallen, wie viel angenehmer die Luft in denjenigen Schulen gewesen sei, welche diesen Anstrich besäßen, gegenüber den Schulen ohne solchen Delanstrich. Das Del sehe nicht gut aus, aber es besäße zwei große Vorzüge. Einmal vermindere es

die Zerspitterung der Fußböden und außerdem mache es die Luft staubfrei. Der ganze Staub wälze sich beim Reinigen zusammen wie eine Wattenschicht, welche man aufnehmen könne. Er sei von dieser Sache ganz entzückt gewesen und auch die Lehrer hätten erklärt, daß die Luft dadurch ziemlich staubfrei geworden wäre.

Herr Bues hat dieses Öl in seinen Räumen seit drei Jahren benutzt und den besten Erfolg davon verspürt. Er könne deshalb nur empfehlen, den Anstrich beizubehalten. Die Kosten desselben würden durch die längere Haltbarkeit des Fußbodens bald ausgeglichen.

— Herr Semler übernimmt den Vorsitz wieder. —

VIII. Städtische Fortbildungs- und Gewerbeschule:

Einnahme und Ausgabe 53 100 M. Städtischer Zuschuß 23 900 M.

IX. Städtische Mädchen-Fortbildungsschule:

Einnahme und Ausgabe 5400 M. Zuschuß aus der Louise Ottmerstiftung 1980 M.

Herr Kolte: Von verschiedenen Einwohnern habe er gehört, daß manche Damen Unterstützungen aus der Louise Ottmerstiftung erwarten und meinen, die Mittel derselben würden nicht so verwendet, wie es die Stiftungsurkunde vorschreibe. Da er die Bestimmungen der Urkunde nicht kenne, so bitte er um Aufklärung hierüber.

Herr Bürgermeister Ketemeyer erwidert, daß die Louise Ottmerstiftung ebenso selbstständig sei, wie das Ottmerstift für Lehrerinnen. Von den Mitteln der Louise Ottmerstiftung werde die eine Hälfte zu gemeinnützigen, die andere zu Unterstützungszwecken verwendet. Letztere Hälfte sei Sache des Magistrates, erstere Hälfte Sache der städtischen Behörden. Ob aus der Louise Ottmerstiftung viel oder wenig genommen werde, bleibe sich gleich, da die übrigen Stiftungsabtheilungen nicht davon berührt würden.

Damit wird auch das Cap. III des ordentlichen Etats, betr. das Unterrichtswesen, als erledigt angesehen.

— Das Referat übernimmt nunmehr wieder Herr Jüdel. —

X. Städtische Armenkasse:

Einnahme und Ausgabe 440 600 M. Städtischer Zuschuß 293 000 M.

Anhang zum Etat der Armenkasse:

Einnahme und Ausgabe 143 400 M. Städtischer Zuschuß 96 800 M.

Damit gilt auch das Cap. V des ordentlichen Etats, betr. Armenpflege, als angenommen.

XI. Straßenreinigungs-Institut:

Einnahme und Ausgabe 178 400 M. Städtischer Zuschuß 140 800 M.

XII. Städtische Gaswerke:

Einnahme 1 172 350 M. Ausgabe 1 062 150 M.

Ueberschuß 110 200 M.

Herr Müller ersucht, die Straßenbeleuchtung auf der Salzdhumerstraße zu verbessern, da von der Gertruden- bis über die Elmstraße hinaus an der Ostseite sich keine einzige Laterne befindet.

Herr Stadtrath Haake sagt eine Prüfung dieser Anregung zu und stellt eine Vorlage wegen Erweiterung der Straßenbeleuchtung in Aussicht.

XIII. Städtisches Wasserwerk:

Einnahme 314 200 M. Ausgabe 270 600 M.

Ueberschuß 43 600 M.

Auf den Betrieb des neuen Wasserwerkes ist hierbei in keiner Weise Rücksicht genommen worden.

Anhang Neustadtmühle:

Einnahme 26 400 M. Ausgabe 26 000 M.

Ueberschuß 400 M.

Hiernach kehrt die Versammlung zurück zum Cap. XI des ordentlichen Etats, betreffend die Gemeindesteuern, und hat der Magistrat dazu folgende Anträge gestellt:

- „an Gemeindeeinkommensteuer 9½ Einheiten nach Maßgabe der vereinbarten Veranlagungstabelle,
 - an Gemeindegrundsteuer 7,5 % vom Grundsteuercapitale,
 - an Gewerbesteuer 75 % der vom Staate auf die stehenden Gewerbe veranlagten Steuer
- wie bisher auszuschreiben.“

Die Versammlung erklärt sich hiermit auf Empfehlung der Finanzcommission einverstanden.

Zum Cap. XIV des ordentlichen Etats — Insgemein — ist vom Magistrat u. A. Folgendes ausgeführt worden:

„Wir sind der Ansicht, daß die bei Ausführung des vorliegenden Etats mit hoffentlich 50 000 M. verfügbar bleibende Summe den nachfolgenden Jahren zu Gute gehen solle, nicht zwar durch Uebertragung derselben in den nächsten Etat, vielmehr dadurch, daß man durch rentable Verwendung derselben im bevorstehenden Jahre dem zukünftigen Stadthaushalte eine neue und dauernde Einnahmequelle eröffnet. Eine solche Einnahmequelle wird dadurch aufgeschlossen werden können, daß man den bislang nur im Puz fertiggestellten Rathskeller auch im Innern einrichtet und denselben darnach behuf des Schankwirtschaftsbetriebes verpachtet.“

Wir werden eine hierauf gerichtete Vorlage einbringen, dafern die geehrten Herren — warum wir hiermit gebeten haben wollen — diesem Projecte ihre Zustimmung im Principe ertheilen sollten.“

Dazu führt Herr Födel namens des Finanzcommission etwa Folgendes aus: Diese Frage hat in der Finanzcommission zu einer eingehenden Erörterung geführt und hat es sich hierbei hauptsächlich darum gehandelt, ob man noch weitere 50 000 M für den Ausbau des Rathskellers aufwenden wolle und ob man den zukünftigen Pächter desselben auch mit einer solchen Pachtsumme werde belasten können, daß die sämmtlichen auf den Keller verwendeten Bau- und Einrichtungskosten der Stadt gut verzinst werden. Die andere Frage war, ob es nicht zweckmäßiger sein würde, den Keller in seinem jetzigen Zustande zu einem billigen Pachtstake zu verpachten und dem Pächter die innere Ausschmückung des Kellers auf eigene Kosten zu überlassen. Ich habe mit dem Herrn Oberbürgermeister auch in dieser Sache noch einmal conferirt und ist dieser der Ansicht, daß die 50 000 M nur ausreichen würden, um die Heizungs- und Closetanlage, die Wasserleitung, die Canalabflußanlage und die einfache Ausschmückung der Wände herzustellen, vielleicht auch das feststehende Inventar zur Kocheinrichtung zc. zu bezahlen, während das Mobilair in diese Kosten nicht eingerechnet worden sei. Es würde sich also darum handeln, ob die Versammlung noch weitere 50 000 M aufzuwenden gewillt wäre, um eine Verpachtung des Kellers zu ermöglichen, wobei eine Pachtsumme von etwa 6000 M in Aussicht zu nehmen sein würde. Diese Pacht erscheint allerdings recht niedrig, wenn man bedenkt, daß auch auf die Amortisation des Anlagecapitals Bedacht genommen werden muß, andererseits würde es aber auch schwer sein, aus dem Keller eine höhere Pacht zu erzielen.

Herr Hauswaldt: Wir sind in der Finanzcommission der Ansicht gewesen daß es wünschenswerth wäre, den Rathskeller ergiebig zu machen und wir dieses auch der Stadt schuldig seien, denn es sind bereits 25 000 M aufgewendet worden, um das Gewölbe desselben zu erhöhen; wir sind aber nicht der Ansicht gewesen, daß 50 000 M nothwendig seien, um den Rathskeller nutzbar zu machen. Unserer Ansicht nach genügte es, wenn die Heizungs- und Entwässerungsanlagen zc. gemacht würden und wenn man dann den Keller einem Pächter für ein Billiges überließe und dieser sich sein bescheidenes Mobilair mitbrächte und in bescheidenster Weise den Wirthschaftsbetrieb anfinge. In solchem Falle würde der Wirth wohl ein Geschäft machen und den Keller in die Höhe bringen. Grundsätzlich würde es aber sein, den Keller vom künstlerischen Standpunkte aus großartig zu decoriren und ein hohes Pachtgeld zu nehmen, weil dann der Pächter bald caputginge. Uebrigens brauchen wir uns heute über die Aufwendung der 50 000 M nicht weiter auszusprechen, sondern nur zu erklären, daß wir im Principe mit der

Instandsetzung des Rathskellers einverstanden sind, da wir dann die Magistratsvorlage ruhig abwarten können.

Herr Lange: Das Princip, den Keller nutzbar zu machen, haben wir längst angenommen, indem wir den Magistrat f. Z. ersuchten, uns eine Vorlage darüber zu machen. Für 50000 M läßt sich aber eine ganze Menge beschaffen und ich möchte mir die Anfrage erlauben, ob die Aeußerung des Herrn Oberbürgermeisters, nach welcher für 50000 M nur die Heizungs- und Entwässerungsanlagen, sowie der Anstrich, nicht aber auch das Mobiliar beschafft werden könne, auf einem Anschlag beruht? (Ja.) Dann ist der Anschlag von der städt. Bauverwaltung? (Ja.) Bei solcher Sachlage möchte ich mir den Vorschlag erlauben, den Keller einmal von anderer Seite einrichten zu lassen, dann werden wir wahrscheinlich für 50000 M die ganze Anlage bekommen und brauchen uns nicht alte Tische und Stühle in den Keller bringen zu lassen. Wenn Letzteres geschieht, geht Niemand in den Keller hinein.

Herr Fiedel: Der Herr Stadtbaurath Winter hat sich dahin geäußert, daß sich der Keller mit 80000 M nutzbar herrichten lasse. (Der Bericht wird verlesen.) Ich glaube aber, daß wir uns heute darüber schlüssig werden müssen, ob wir den Keller mit 50000 M nutzbar machen wollen, denn das ist hier ausdrücklich vom Magistrate bemerkt worden.

Herr Bürgermeister Ketemeyer: Ich glaube nicht, daß der Antrag so aufzufassen ist, und von der Versammlung verlangt wird, heute die 50000 M zu bewilligen. Die Commission hat ihrer Ansicht dahin Ausdruck gegeben, daß die Versammlung sich darauf beschränken möchte, die baulichen Einrichtungen zu genehmigen, und ich möchte anheimgeben, hiernach zu beschließen und die Magistratsvorlage abzuwarten. Der von Herrn Fiedel erwähnte Anschlag des Herrn Stadtbauraths Winter ist uns noch nicht vorgelegt worden, so daß der Magistrat dazu noch nicht Stellung genommen hat.

Herr Lange: Ich möchte nochmals anheimgeben, von anderer Seite noch einen Kostenanschlag anzufordern, dann werden wir vielleicht für die 50000 M auch noch das Mobiliar erhalten. Gezeichnete Möbel mit scharfen Kanten und hohen Ecken, an denen man sich den Kopf einrennt, brauchen wir für den Keller nicht anzuschaffen, sondern es genügen gute und einfache Tische und Stühle aus Eichenholz.

Herr Nieß: Ein eigentlicher Kostenanschlag soll überhaupt noch nicht vorliegen. Dann weiß ich aber nicht, was der Streit nutzen soll über Sachen, die noch gar nicht existiren. Auch verstehe ich nicht, ob Sie in der Lage sind zu beschließen, daß ein Anderer einen Voranschlag für die innere Einrichtung des Rathskellers machen soll, nachdem Sie die Messingtafel im Treppenhause des Rathhauses haben

anbringen lassen. Wenn Sie die Ausschmückung des Kellers ohne Mobilien genehmigen, müssen Sie auch Jemand mit der Controle des Mobiliars beauftragen, welches der Pächter in den Keller bringen wird, damit dasselbe zu der sonstigen Einrichtung des Kellers paßt. Gegenüber der Ansicht des Herrn Hauswaldt glaube ich, daß dieses der erste Schritt sein würde zum Ruine des Wirthes. Wer etwas bezahlen kann und ausgeben will, der geht nicht in ein Local hinein mit zusammengewürfelten Möbeln, sondern der sucht sich ein Local aus, das ihn anheimelt. Soll der Wirth die Möbel selbst beschaffen, kann auch nur ein solcher genommen werden, der die nicht unerheblichen Mittel zur Beschaffung derselben besitzt. Jedenfalls bitte ich aber, diese Frage erst dann zu discutiren, wenn ein Plan vorliegt.

Herr Rieke: Wenn der Magistrat heute den Antrag stellt, im Principe zu genehmigen, ob der Keller nutzbar gemacht werden soll, so verstehe ich dieses insofern nicht, als doch solcher Beschluß längst vorliegt. Einmal ist es beschlossen worden, durch Bewilligung der Mehrausgabe für Erhöhung des Sockels und später ist noch einmal ein besonderer Antrag an den Magistrat gerichtet worden. Viel besser würde es sein, wenn wir statt dieses Planes eine Schlußrechnung über den Rathhausbau erhalten hätten, damit wir erst einmal wissen, was das Rathhaus überhaupt kostet. Die Räume des Kellers müßten überhaupt längst für den Wirthschaftsbetrieb hergerichtet sein. Wenn man auch in der Markthalle vorschreibt, daß Jeder seine Kisten und Kästen selbst mitbringen soll, so müssen andererseits hier im Rathhause die Möbeln im Keller doch einigermaßen zu denen der oberen Etagen passen. Ich glaube, die kleinste Stadt würde uns ob solchen Beschlusses auslachen und sie hätte ein Recht dazu, denn in einem derartigen Gebäude muß vom Keller bis zum Dache Alles zu einander passen. Wenn wir mit den 50 000 M auch den imponirenden Rathhauskeller in Hamburg nicht erreichen werden, so läßt sich damit doch auch schon etwas erreichen.

Herr Wolters: Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß gewünscht wird, diesen Betrag aus dem Ordinarium des Etats zu nehmen. Da es aber nicht abgeschlossen ist, daß man später auf die Idee des Herrn Hauswaldt eingehen wird, so erscheint es mir nothwendig, hierauf besonders hinzuweisen.

Herr Födel: Es handelt sich lediglich darum, ob man den im Etat vorgesehenen Ueberschuß von 70 000 M (Cap. XIV, 4) verwenden wollte, um die Steuereinheit eine Kleinigkeit zu ermäßigen. Nachdem aber die Versammlung zugestimmt hat, daß die bisherige Steuereinheit beibehalten werden soll, bleibt der Ueberschuß zur Disposition der städtischen Behörden.

Herr Wolters: Wenn es ermöglicht werden könnte, diesen Ueberschuß von 70 000 M mit in das nächste Jahr hinüberzunehmen, würde das mit um so größerer

Freude geschehen können, als wir derartige Ueberschüsse später kaum noch zu erwarten haben werden. Dieser Gesichtspunkt ist von besonderer Bedeutung, weil durch solche Maßnahmen der nächstjährige Etat gestärkt werden würde.

Herr Meyerhoff: Ich stehe im Gegensatz zu Herrn Lange auf dem Standpunkte, daß wir bei dieser Sparsamkeit zum Schaden der Einkünfte aus dem Rathskeller sparen würden und daß es dem Erbauer des Rathhauses gegenüber, der gespart hat, wo er konnte, nicht angängig ist, die Instandsetzung des Kellers von einem Anderen besorgen zu lassen. Jeder Fremde, welcher sich das Rathhaus ansieht, würde sich wundern, wenn die Ausschmückung des Kellers im schroffen Gegensatze zu den übrigen Etagen des Rathhauses stände. Bei der Beschaffung des Mobiliars müßte übrigens auch eine Commission mitwirken, denn wenn Sie z. B. einen gebogenen Stuhl in den Keller setzen, würde Sie die ganze Welt auslachen.

Herr Bürgermeister Ketemeyer: Das Rathhaus ist aus Anleihen gebaut worden und wenn früher auch von der Versammlung beschlossen war, den Rathskeller auszubauen, so war der Magistrat doch nicht ohne Weiteres in der Lage, dem Antrage stattzugeben, ohne die Genehmigung zu einer weiteren Anleihe einzuholen. Deshalb ist der Magistrat dem Ausbau nicht früher näher getreten. Da der ordentliche Etat aber jetzt einen Ueberschuß ergiebt, so haben wir beantragt, denselben zum Ausbau des Rathskellers zu verwenden.

Die Versammlung erklärt sich hierauf, vorbehaltlich der noch zu erwartenden Magistratsvorlage, im Principe damit einverstanden, daß die 50 000 M zum Ausbau des Rathskellers dem Ordinarium entnommen werden.

3. Hauptabschluß des ordentlichen Stadthaushaltes für 1. April 1901/1902

einschließlich der mit demselben durch Zuschuß oder Ueberschuß in Verbindung stehenden städtischen Verwaltungen.

Cap.	Verwaltungsweig	Einnahme		in Pro=centen	Ausgabe		in Pro=centen	Ueberschuß		Fehlsumme	
		M	₡		M	₡		M	₡	M	₡
I.	Cämmereivermögen (im engeren Sinne)	189500	—	5,31	683900	—	19,17	—	—	494400	—
II.	Kirchenwesen . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
III.	Unterrichtswesen .	279470	—	7,83	1251345	—	35,07	—	—	971875	—
IV.	Kunst und Wissen=schaft	—	—	—	20200	—	0,57	—	—	20200	—
V.	Armenpflege . . .	—	—	—	293000	—	8,21	—	—	293000	—
VI.	Gesundheitswesen .	2400	—	0,07	4840	—	0,14	—	—	2440	—
VII.	Vereinswesen und Volksfeste . . .	616	67	0,02	2307	17	0,06	—	—	1690	50
VIII.	Feuerlöschwesen .	29100	—	0,81	82800	—	2,32	—	—	53700	—
IX.	Ortspolizei . . .	36287	10	1,02	411200	—	11,52	—	—	374912	90
X.	Straßenbau . . .	172600	—	4,84	354900	—	9,95	—	—	182300	—
XI.	Gemeindesteuern u.	2576050	—	72,19	8400	—	0,23	2567650	—	—	—
XII.	Staatszuschüsse und Staatsbedürfnisse	36470	—	1,02	36800	—	1,03	—	—	330	—
XIII.	Stadtverwaltung .	42800	—	1,20	345489	84	9,68	—	—	302689	84
XIV.	Insgemein . . .	202906	23	5,69	73017	99	2,05	129888	24	—	—
	Zusammen	3568200	—	100	3568200	—	100	2697538	24	2697538	24

4. Voranschlag über die Verwaltung des Schulhaus=baufonds.

Ist bereits erledigt. Siehe Seite 261 des Berichtes.

5. Anhang.

Canalbaucasse.

A. Neubauetat:

Einnahme und Ausgabe 168 300 M. Aufzunehmende Anleihen 153 200 M.

B. Unterhaltungsetat:

Einnahme und Ausgabe 241 000 M. Städtischer Beitrag 76 630 M.

Der Etat der Canalbaucasse wird mit der Maßgabe genehmigt, daß die Canalabgabe für das Jahr 1901/02 wiederum auf den diesjährigen Betrag von 2 % des Grundsteuercapitals festgestellt werde.

Städtisches Schlachthaus.

Einnahme und Ausgabe 199 250 M. Tilgungsbetrag 18 326,60 M.

Der Etat wird nach Maßgabe der Vorlage genehmigt.

Casse der Abgabe für Hunde.

Einnahme und Ausgabe 31 200 M. Zur Verfügung 410 M.

Auf Antrag der Finanzcommission beschließt die Versammlung, den Etat nach Maßgabe der Vorlage festzustellen, jedoch den Magistrat zu ersuchen, für die aus den Einnahmen dieses Etats zu bewilligenden Ausgaben in Zukunft einen besonderen Etat aufzustellen. Hierdurch soll erreicht werden, daß bei Bewilligungen aus den Aufkünften dieser Abgabe nicht gesagt zu werden braucht, die Beihilfen u. seien der Casse der Hundesteuer entnommen.

Kreiscommunalcasse.

Einnahme und Ausgabe 3 147 400 M. Zur Verfügung 1418,47 M.

Der Etat wird ebenfalls genehmigt.

Damit ist die Etatsberatung beendet und genehmigt die Versammlung zum Schluß den gesammten Stadthaushaltsplan für 1901/1902 nach Maßgabe der Vorlage.

II. Aenderung der Gehaltsordnung für die Stadtgeistlichen.

Das Kirchencassen-Collegium hält es für angezeigt, mit Rücksicht auf die in den letztverfloffenen Jahren gesteigerten Kosten der Lebenshaltung die Einkommensverhältnisse der hiesigen Stadtgeistlichen neu zu ordnen. Dasselbe ist bei dieser Prüfung zu der Ansicht gelangt, daß die für die Besoldung der Stadtgeistlichen im Jahre 1894 festgestellten Grundsätze in der Richtung abzuändern seien, daß die Zulagefristen von 4 Jahre auf 3 Jahre herabgesetzt werden und bei der Berechnung der Höhe des Dienst Einkommens die zu jährlich 200 M angenommenen Gebühren,

welche den Predigern für Haustaufen, Haustrauungen und Zeichenpredigten zufließen, fortan außer Ansaß bleiben. Bei Berücksichtigung dieser Aenderungen würden die Stadtgeistlichen in der Regel den Höchstsatz des Einkommens in der Mitte der 50er Lebensjahre erreichen. Da die eigenen Mittel der Pfarrpfünde resp. der Gemeine-Kirchencasse zur Tragung der sich aus der Durchführung dieses Vorschlages ergebenden Mehrausgabe von 5300 M für 1901/02 nicht ausreichen, so wird die Stadtverwaltung ersucht, der beantragten Aenderung zuzustimmen, was auf Empfehlung des Magistrates und der Statutencommission, für welche Herr Wolff berichtet, geschieht.

III. Gemeinde-Kirchensteuer für 1901/02.

Bei Vorlegung eines Entwurfs zum Generaletat der Gemeine-Kirchencasse für das Finanzjahr 1901/02 beantragt das Kirchencassen-Collegium, den aus dem Abschluß des Etats sich ergebenden Fehlbedarf von 80 000 M durch Ausschreibung einer Gemeinde-Kirchensteuer aufzubringen. Der Magistrat hat die sämtlichen Ausgabeposten des Etatsentwurfes als zu ordnungsmäßiger Befriedigung der Bedürfnisse der hiesigen Stadtkirchen erforderlich anerkannt und giebt hiernach, sowie in der Voraussetzung, daß im bevorstehenden Finanzjahre die Gemeinde-Einkommensteuer wiederum in Höhe von $9\frac{1}{2}$ Einheiten der bisherigen procentualen Steuersätze werde ausgeschrieben werden, anheim, zu genehmigen, daß für das kommende Finanzjahr die Gemeinde-Kirchensteuer, wie im laufenden Jahre geschehen, in Höhe von 6 % der auf die Pflichtigen veranlagten Beiträge zur Gemeinde-Einkommensteuer ausgeschrieben werde.

Die Finanzcommission läßt die Vorlage durch Herrn Seele befürworten und die Versammlung genehmigt dieselbe.

IV. Verpachtung von Schlachthausländerei.

Aus Mitgliedern der hiesigen Schlachterinnung hat sich zwecks gemeinsamen Vertriebes der bei den Schlachtungen gewonnenen Thierfelle vor mehreren Jahren eine Häute- und Felle-Vereinigung gebildet. Sie hat die für die Bearbeitung und Lagerung der Felle erforderlichen Räume gegen Zahlung einer Miete vom Schlachthause überwiesen erhalten, doch läßt sich dieses Pachtverhältnis nicht länger fortsetzen, weil das Schlachthaus jene Räume im eigenen Betriebe nicht mehr entbehren kann. Nachdem nun die Vereinigung mit einem Antrage auf stadtseitige Errichtung eines Fellehauses bei der Schlachthausdeputation nicht durchgedrungen ist, beantragt erstere, ihr eine Fläche des Schlachthausgrundstückes zur Errichtung eines für sie geeigneten Gebäudes auf längere Jahre zu verpachten. Die Schlachthausdeputation glaubt, auf diesen Wunsch eingehen zu können und schlägt vor, von dem zwischen Landeseisenbahn und den nördlichen Stallgebäuden des Schlachthauses liegenden

Terrain, welches bislang an die Landeseisenbahn gegen eine Jahrespacht von 200 M verpachtet war, eine 3 a 43 qm haltende Fläche der Vereinigung zur Erbauung eines Lagerhauses zu verpachten. Die Deputation hat dieserhalb mit den Schlachtermeistern Wollenweber und Schrader, als den Vertretern der Vereinigung, einen Vertrag abgeschlossen und um Bestätigung desselben durch die städtischen Behörden gebeten. Der Magistrat stimmt dem Vorgehen der Schlachthausdeputation zu und ersucht die Versammlung, den Vertragsentwurf zu genehmigen, was auf Empfehlung der Statutencommission, für die der Herr Vorsitzende berichtet, geschieht.

Nachdem die übrigen Punkte der Tagesordnung wegen der vorgerückten Zeit zurückgestellt waren, schließt der Herr Vorsitzende die Sitzung.

Dauer von 4 bis gegen 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.
